

Bildungsberichterstattung

2007

BILDUNG



in

Baden-Württemberg



Herausgeber
Landesinstitut für Schulentwicklung
Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Str. 68
70199 Stuttgart

Umschlagfoto
Laura-Schradin-Schule Reutlingen

Fotonachweis
Martin Bell, Joachim Böhringer,
Brigitte Gass, Siegmund Keller,
Dr. Norbert Müller, Tabea Raidt,
Königin-Olga-Stift Stuttgart
Landesakademie für Fortbildung
und Personalentwicklung an Schulen,
Janusz-Korczak-Kindergarten
Tübingen, Schlossschule Ilvesheim

Dezember 2007

Vertrieb
best@ls.kv.bwl.de

www.bildungsberichterstattung-bw.de

© Landesinstitut für Schulentwicklung
und Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg,
Stuttgart 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die
Verbreitung auch auszugsweise,
über elektronische Systeme/
Datenträger bedarf der vorherigen
Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben
vorbehalten

Bildungsberichterstattung 2007

**Landesinstitut für Schulentwicklung
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**

Stuttgart 2007

Wegen der leichteren Lesbarkeit
umfassen Bezeichnungen von Personengruppen
in der Regel weibliche und männliche Personen.

Die Herausgeber haben sich bemüht, die in dieser Publikation enthaltenen Angaben mit größter Sorgfalt zusammenzustellen. Sie können jedoch nicht ausschließen, dass die eine oder andere Darstellung auf irrtümlichen Angaben beruht oder bei Drucklegung bereits Änderungen eingetreten sind. Deshalb kann keine Gewähr und Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Beiträge übernommen werden.

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung, Konzeption und Organisation:** Siegmund Keller, Dr. Rainer Wolf ■
Texte: Jutta Demel, Dr. Dirk Eisenreich, Siegmund Keller, Tabea Raidt, Silvia Schwarz-
Jung, Peter Sikorski, Dr. Ulrich Trautwein, Dr. Rainer Wolf ■ **Mitarbeit:** Werner Brachat-
Schwarz, Ivar Cornelius, Dr. Monika Hin, Dr. Eberhard Nemitz, Sabine Schmidt ■ **Re-
daktion:** Jenny Reichert, Regina Koch-Richter ■ **Technische Leitung:** Wolfgang Krentz
■ **DTP/Grafiken:** Gabriele Haas, Birgit Krämer, Florian Lenz, Kai Möhrke, Ute Peust,
Gabriele Vogel ■ **Repro/Druck:** Kurz+Co. Stuttgart

Vorwort



Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung gehören zu den entscheidenden Standortfaktoren Baden-Württembergs. Die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems bestimmt Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt des Landes. Bildung ist zugleich die Grundlage für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben.

Nach Entscheidung von Landesregierung und Landtag soll künftig eine regelmäßige und systematische Aufbereitung von Daten zur Beschaffenheit des Bildungswesens und seiner Prozesse einen Beitrag dazu leisten, dessen Qualität zu sichern und stetig weiter zu entwickeln.



Mit der vorliegenden Veröffentlichung stellen das Landesinstitut für Schulentwicklung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg in gemeinsamer Herausgeberschaft den ersten Band der Bildungsberichterstattung Baden-Württemberg vor. Er bildet entsprechend der Verfügbarkeit der Daten insbesondere die vorschulische und schulische Bildung mit deren Strukturen und Ergebnissen ab. Eine wesentliche Aufgabe der Bildungsberichterstattung ist es, mittel- und langfristige Entwicklungslinien im Bildungswesen des Landes aufzuzeigen. Sie soll deshalb künftig in einem Turnus von drei Jahren erfolgen und dabei sowohl einen Kern von gleichbleibenden Indikatoren regelmäßig darstellen als auch offen für neu hinzukommende Indikatoren sein. Darüber hinaus ist beabsichtigt, in jedem Band ein wechselndes Schwerpunktthema aufzugreifen. In der Bildungsberichterstattung 2007 ist dies der Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an beruflichen Vollzeitschulen.

Erstlingswerke haben es an sich, dass in ihre Vorbereitung und Erstellung besonders viel Mühe und Aufwand einzubringen sind. Unser Dank gilt deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren beiden Einrichtungen, die daran beteiligt waren und diesen Band gestaltet haben.

Wir wünschen unserer gemeinsamen Veröffentlichung „*Bildung in Baden-Württemberg, Bildungsberichterstattung 2007*“ eine große Verbreitung und eine positive Aufnahme bei allen am Bildungswesen unseres Landes Interessierten. Gerne weisen wir auf die Internetseite www.bildungsberichterstattung-bw.de hin, wo Sie neben der pdf-Datei des Bildungsberichts künftig weitergehende Informationen im Kontext der Bildungsberichterstattung finden werden.

Suzan Bacher

Direktorin Landesinstitut für Schulentwicklung

Dr. Carmina Brenner

Präsidentin Statistisches Landesamt

Inhalt

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	8
A Einleitung	11
A 1 Bildungsberichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene	11
A 2 Konzeption der Bildungsberichterstattung für Baden-Württemberg	14
A 3 Wichtige Ergebnisse im Überblick	17
B Rahmenbedingungen und Strukturen	25
B 1 Demografische Entwicklung	25
B 1.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene	25
B 1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen	26
B 1.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund	28
B 2 Struktur der Kultusverwaltung	31
B 3 Grundzüge des Bildungswesens	34
B 3.1 Bildungswege	34
B 3.2 Bildungsbeteiligung	34
B 3.3 Bildungsstand der Bevölkerung	37
C Vorschulische Einrichtungen	41
C 1 Kinder in Kindertageseinrichtungen	41
C 2 Personal in Kindertageseinrichtungen	44
C 3 Grundschulförderklassen und Schulkindergärten	45
D Allgemein bildende Schulen	47
D 1 Grundschule	47
D 1.1 Einschulung	47
D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen	51

D 1.3	Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen	58
D 2	Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem	69
D 2.1	Hauptschule	69
D 2.2	Realschule	73
D 2.3	Gymnasium	77
D 2.4	Integrierte Schulformen	83
D 2.5	Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich	87
D 3	Sonderschulen	90
D 4	Ganztagsschulen	96
D 5	Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten	100
D 6	Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025	106
E	Berufliche Schulen	113
E 1	Überblick – berufliche Schulen in Baden-Württemberg	113
E 2	Berufsvorbereitungsjahr und vergleichbare Angebote	120
E 3	Zweijährige Berufsfachschulen, die zur Fachschulreife führen	126
E 4	Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife	131
E 5	Berufliche Gymnasien	136
E 6	Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern an beruflichen Schulen	143
E 7	Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025	146
F	Abschlüsse	149
F 1	Erwerb allgemein bildender Abschlüsse	149
F 2	Abschlüsse ausländischer Schulabgänger	164
F 3	Perspektiven für Hauptschulabgänger im dualen System	168
F 4	Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2025	175
G	Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren (TOSCA)	179
G 1	Das Forschungsdesign der TOSCA-Studie	179
G 2	Schulleistungen von Abiturienten	181
G 3	Effekte des familiären Hintergrunds	186

G 4	Der Übergang in das Studium	188
G 5	Ausblick	192
H	Lehrpersonal	193
H 1	Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen	193
H 2	Lehrkräfte an beruflichen Schulen	201
H 3	Professionalisierung des pädagogischen Personals	205
H 3.1	Lehrkräfteausbildung	205
H 3.2	Lehrerfortbildung	210
I	Qualitätsentwicklung	219
I 1	Nationale und internationale Studien zur Kompetenzmessung	219
I 1.1	TIMSS (Third International Mathematics and Science Study)	219
I 1.2	PISA (Programme for International Student Assessment)	219
I 1.3	IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung)	221
I 1.4	DESI (Deutsch Englisch Schülerleistungen International)	223
I 1.5	Lernstandserhebungen in den Bundesländern	224
I 2	Diagnose- und Vergleichsarbeiten	225
I 3	Qualitätsentwicklung und Evaluation	228
J	Anhang	239
J 1	Glossar	239
J 2	Tabellen	245
	Literaturverzeichnis	293

Abkürzungsverzeichnis

2BFS	zweijährige Berufsfachschule, die zur Fachschulreife führt	GSE	Grundschulempfehlung
AG	Agrarwissenschaftliches Gymnasium	GY	Gymnasium
AufnVO	Verordnung des Kultusministeriums über das Aufnahmeverfahren für die Realschulen und die Gymnasien in Normalform	HS	Hauptschule
BBiG	Berufsbildungsgesetz	HwO	Handwerksordnung
BE	Gemeinsame Bildungsempfehlung	IGLU	Internationale Grundschul-Leseuntersuchung
BEJ	Berufseinstiegsjahr	KM	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
BFBV	Berufsfachschule, berufsvorbereitend	KMK	Kultusministerkonferenz
BFS	Berufsfachschule	K.u.U.	Amtsblatt „Kultus und Unterricht“
BG	Berufliches Gymnasium	LAU	Studie „Aspekte der Lernausgangslage und Lernentwicklung“
BK	Berufskolleg	LKR	Landkreis
BKfH	Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife	LS	Landesinstitut für Schulentwicklung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	MLR	Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg
BTG	Biotechnologisches Gymnasium	MPI	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DESI	Studie „Deutsch Englisch Schülerleistungen International“	OES	Modellvorhaben „Operativ Eigenständige Schule“
DVA	Diagnose- und Vergleichsarbeiten	PISA	Programme for International Student Assessment
EG	Ernährungswissenschaftliches Gymnasium	Q2E	Qualitätsmanagementsystem „Qualität durch Evaluation und Entwicklung“
EU	Europäische Union	QB	Qualitätsbereich
FH	Fachhochschule	RS	Realschule
FHR	Fachhochschulreife	SBFBV	Sonderberufsfachschule, berufsvorbereitend
G8	Gymnasium in achtjähriger Form	SBS	Sonderberufsschule
G9	Gymnasium in neunjähriger Form	SBVJ	Sonderberufsvorbereitungsjahr
GBI.	Gesetzblatt Baden-Württemberg	SchG	Schulgesetz
GHS	Grund- und Hauptschule	SG	Sozialpädagogisches Gymnasium
GS	Grundschule		

SGB	Sozialgesetzbuch	TOEFL	Test of English as a Foreign Language
SKR	Stadtkreis (kreisfreie Stadt)	TOSCA	Studie „Transformation des Sekundar- schulsystems und akademische Karrieren“
SM	Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg	TZ	Teilzeit
TG	Technisches Gymnasium	VD	Vorbereitungsdienst
TIMSS	Third International Mathematics and Science Study (Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie)	VZ	Vollzeit
TO	Technische Oberschule	WG	Wirtschaftsgymnasium
		WO	Wirtschaftsoberschule

A Einleitung

A 1 Bildungsberichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene

Im Kontext der Sicherung der Qualität des Bildungswesens und dessen Weiterentwicklung besteht im In- und Ausland Konsens über die Notwendigkeit einer systematisch angelegten Bildungsberichterstattung. Damit soll eine Grundlage dafür gelegt werden, wie es dem Bildungswesen als einem komplexen institutionellen Gefüge gelingt, die ihm auferlegten gesellschaftlichen Anforderungen zu erfüllen. Zudem kann gegebenenfalls verdeutlicht werden, in welchen Bereichen Veränderungsbedarf bzw. Gestaltungsspielraum gegeben ist. Im Zentrum der Bildungsberichterstattung stehen dabei Indikatoren – statistische Kennziffern wie beispielsweise Bildungsstand der Bevölkerung, Klassengrößen, Übergänge, Abschlüsse –, die in der Regel Vergleiche auf nationaler und internationaler Ebene mit entsprechenden Schlussfolgerungen zulassen.

Eine regelmäßige Bildungsberichterstattung erfolgt bereits seit einigen Jahren zum einen von supranationalen Einrichtungen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (UN). Zum anderen veröffentlichen Einzelstaaten nationale Bildungsberichte, die zentrale Entwicklungen im Bildungsbereich sowohl unter quantitativen wie qualitativen Aspekten analysieren und darstellen. In jüngster Zeit baut sich außerdem innerhalb der Länder der Bundesrepublik – aufgrund des föderalen Charakters und der damit verbundenen Zuständigkeit für den Bildungsbereich – eine Länderberichterstattung auf. Gefördert wird dies durch pädagogische Entwicklungen, die allen Ländern gemeinsam sind, wie höhere Gestaltungs- und Handlungsfreiheiten der Einzelschulen und der damit verbundenen Notwendigkeit der Rechenschaftslegung. Zu unterscheiden sind derartige Bildungsberichte von Schulleistungsstudien wie PISA und IGLU, die der Frage nachgehen, über welche Kompetenzen Schüler eines bestimmten Alters oder Jahrgangs in ausgewählten Fächern verfügen.

Bildungsberichte supranationaler Organisationen

Bei ihren Bemühungen um eine effektive Bildungspolitik, die die sozialen und wirtschaftlichen Aussichten des Einzelnen verbessert, Anreize

für eine größere Effizienz bei der Bildungsvermittlung bietet und dazu beiträgt, Ressourcen zur Bewältigung der steigenden Bildungsnachfrage verfügbar zu machen, lenkten die Regierungen der 30 OECD-Mitgliedsstaaten in den 1980er-Jahren ihre Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf vergleichende internationale Analysen bildungspolitischer Maßnahmen.



Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit sowohl innerhalb der OECD als auch in anderen internationalen Zusammenschlüssen strebten die Länder an, voneinander zu lernen, wie die Vorteile von Bildung für alle sichergestellt werden können, wie man am besten die für eine Wissensgesellschaft notwendigen Kompetenzen fördern kann und wie Lehren und Lernen zu gestalten sind. Dieser Fokus hat zu umfangreichen Bemühungen seitens der OECD geführt, eine Erfassung und Darstellung vergleichender Statistiken und Indikatoren im Bereich der Bildung zu verwirklichen und mündete in die Studie „Bildung auf einen Blick“ („Education at a Glance“), die erstmals im Jahre 1992 erschien. Seit diesem Datum wird die Studie jährlich erstellt und in der Regel im September eines Jahres publiziert. Das deutsche Bildungswesen ist jeweils umfassend repräsentiert, der föderale Charakter des Bildungssystems wird allerdings bei der Interpretation der Daten nicht berücksichtigt. So lassen sich in der Regel keine bundesländerspezifischen Aussagen ableiten.

Den Kern der Studie bilden sogenannte Bildungsindikatoren, die Informationen über eine Reihe von wichtigen Aspekten der Funktionsweise, Entwicklung und Auswirkungen von Bildung zur Verfügung stellen. Sie decken den gesamten Bereich von der frühen Kindheit über die formelle Bildung bis hin zu lebenslanger Fort- und Weiterbildung ab. Sie bieten jedem einzelnen Land die Möglichkeit, sein eigenes Bildungssystem im Licht der Leistungsfähigkeit anderer Länder zu betrachten und Stärken und Schwächen im internationalen Vergleich identifizieren zu können. Zusammen mit den länderspezifischen Untersuchungen und Analysen ist die Abbildung der Indikatoren darauf ausgelegt, die Regierungen in ihren Bemühungen um Reformen in der Bildungspolitik zu unterstützen.

Nationale Bildungsberichterstattung außerhalb Deutschlands

Bei einem internationalen Vergleich der Bildungsberichterstattung der einzelnen Staaten lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Formen ausmachen. Länder wie die USA, Kanada und Frankreich konzentrieren sich auf die Darstellung bildungsstatistischer Kennzahlen ähnlich dem OECD-Bericht. Die Bildungsberichte von Ländern wie den Niederlanden und England hingegen sind im Kontext mit der dort seit Jahren etablierten Schulinspektion zu sehen. Sie sind gleichermaßen eine Zusammenfassung von hunderten bzw. tausenden von Einzelberichten von Schulinspektionen und konzentrieren sich somit eher auf die Qualität von Schule und Unterricht. Durch die hohe Anzahl eingebundener Schulen sind damit auch tendenzielle Aussagen zu landesweiten Entwicklungen möglich.

Die Schweiz hat am 12. Dezember 2006 ihren ersten Bildungsbericht veröffentlicht, der im Auftrag des Bundes und der Kantone von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) erstellt wurde. Die 216 Seiten umfassende erste systematische Bestandsaufnahme des schweizerischen Bildungswesens analysiert die einzelnen Bildungsbereiche von der Vorschule bis zur Weiterbildung. Alle Bildungsstufen werden nach den drei Kriterien Effizienz, Effektivität und Equity (= Chancengleichheit) untersucht. Der Bericht versteht sich als Pilotversion für eine regelmäßige Bildungsberichterstattung im Zyklus von vier Jahren. Der nächste Bericht ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

Bildungsberichterstattung in Deutschland - Vom „Bericht 75“ zum ersten nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“

Der Deutsche Bildungsrat legte 1975 den „Bericht 75 – Entwicklungen im Bildungswesen“ vor, der als Vorläufer einer umfassenden Bildungsberichterstattung gesehen werden kann. Neben einem Sachstandsbericht unterbreitete er darüber hinaus Vorschläge zur Weiterentwicklung in verschiedenen Bereichen des Bildungswesens.

Vergleichbare Berichte hat es danach lange Zeit nicht mehr gegeben. Dafür entstanden in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig aktualisierte Dokumentationen wie die „Grund- und Strukturdaten“, die jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) herausgegeben werden. In diese Reihe zu stellen ist auch die von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgegebene Analyse „Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen“. Sie präsentiert eine ausgewählte Sammlung länderspezifischer kommentierter Schuldaten. In diesem Kontext sind noch der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung herausgegebene Bildungsfinanzbericht und der ebenfalls jährlich erscheinende Berufsbildungsbericht zu nennen.



Letzterer wird in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), der Bundesagentur für Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellt. Ansätze zu einer Bildungsberichterstattung gibt es auch aus dem Wissenschaftsbereich. Exemplarisch sei hier die Publikation des Aktionsrats Bildung vom März 2007 erwähnt: „Bildungsgerechtigkeit – Jahresgutachten 2007“. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hatte 2005 die Gründung des Aktionsrats Bildung unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dieter Lenzen (FU Berlin) initiiert, um Reformdruck auf

die politischen Entscheidungsträger auszuüben. Der Aktionsrat soll mit diesem Gutachten die Lage des deutschen Bildungssystems analysieren, das politische Vorgehen bewerten, Prognosen geben und Perspektiven im Bildungsbereich aufzeigen.

Seit der Veröffentlichung internationaler Schulleistungsstudien wie TIMSS, PISA oder der Grundschulstudie IGLU ab dem Ende der 1990er-Jahre steht das Bildungswesen wieder verstärkt im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dabei ist deutlich geworden, dass es über das deutsche Bildungswesen eine Vielzahl von Einzelinformationen gibt, eine systematische Gesamtschau jedoch fehlt. Vor diesem Hintergrund hat die Kultusministerkonferenz im Jahr 2002 beschlossen, künftig regelmäßig einen Bericht über wichtige Daten und Entwicklungen im deutschen Bildungswesen vorzulegen. Ein unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) beauftragtes Konsortium legte im September 2003 seine Ergebnisse unter dem Titel „Bildungsbericht für Deutschland, Erste Befunde“ vor.

Die vorläufig letzte große Veröffentlichung ist der am 2. Juni 2006 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz gemeinsam vorgelegte erste nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“.



Der Bericht „Bildung in Deutschland“ gilt als erste umfassende empirische Bestandsaufnahme, die das deutsche Bildungswesen als Gesamtsystem beschreibt. Ein Schwerpunktkapitel widmet sich dabei dem Bereich Migration. Erarbeitet wurde der Bericht von einem Konsortium, dem das Deutsche Institut für Internationale Pädago-

gische Forschung (DIPF) – federführend –, das Deutsche Jugendinstitut (DJI), die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören. Der erste Band steht dabei am Anfang einer auf Dauer angelegten Berichterstattung, die in einem zweijährigen Zyklus Informationen zu den verschiedenen Bereichen und Aspekten des deutschen Bildungswesens liefern soll. Der zweite Band ist für Ende 2008 geplant. Schwerpunktthema wird dann der Bereich „Übergänge Schule-Berufsausbildung-Hochschule-Arbeitsmarkt“ sein.



Ebenfalls im Jahr 2006 erschien erstmals die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2006“. Dieser neue Bericht ist eine Ergänzung zur OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ und soll künftig zeitgleich mit der OECD-Studie erscheinen. Anlass, einen solchen zusätzlichen Bericht zu erstellen, war die Tatsache, dass die OECD-Studie – wie erwähnt – nur Deutschland als Ganzes in den Blick nimmt und sich daraus nicht ohne Weiteres länderspezifische Aussagen ableiten lassen. Die Zusatzstudie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wählt diejenigen Bildungsindikatoren der OECD-Studie aus, für die Länderdaten vorliegen. Es ist nun möglich, anhand dieser Bildungsindikatoren die 16 Bundesländer untereinander sowie im Verhältnis zum jeweiligen OECD-Schnitt zu vergleichen.

A 2 Konzeption der Bildungsberichterstattung für Baden-Württemberg

Das Bestreben, eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung auf nationaler Ebene zu etablieren, war auch für Baden-Württemberg Anlass, die landesinterne Berichterstattung auf eine neue Grundlage zu stellen. Am 14. Dezember 2004 hat der Landtag von Baden-Württemberg ein Gesetz zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung (LS) verabschiedet, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Zu dessen Aufgaben gehört die Darstellung von Ergebnissen, Daten und Informationen in einem regelmäßig erscheinenden Bildungsbericht, um zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Bildungswesens beizutragen. Insbesondere sollen mittelfristig die im Rahmen der Fremdevaluation erstellten Evaluationsberichte aufbereitet und systematisch ausgewertet werden. Durch eine große Schnittmenge gleicher Indikatoren – unter anderem Übergänge und Abschlüsse – ist die baden-württembergische Berichterstattung anschlussfähig zur nationalen Berichterstattung. Hinzu kommen in jeder Einzelpublikation Schwerpunktthemen, die breiter dargestellt werden.

Der erstmals vorgelegte Bildungsbericht 2007 versteht sich als Pilotversion einer regelmäßig angelegten Berichterstattung in einem dreijährigen Zyklus. Bei der Erstellung des Bildungsberichts arbeiten das Landesinstitut für Schulentwicklung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eng zusammen. Diese partnerschaftliche Kooperation soll ein fester Bestandteil und ein Kennzeichen auch der künftigen Bildungsberichterstattung sein.

Kennzeichen des Bildungsberichts 2007

Ein Bildungsbericht hat die Aufgabe, wichtige Informationen über das Bildungswesen in Form von Indikatoren verständlich darzustellen und zu erläutern. Damit soll für die politischen Entscheidungsträger, die am Bildungsprozess direkt Beteiligten und die interessierte Öffentlichkeit eine umfassende, neutrale, auf Fakten beruhende Grundlage für Diskussionen und Entscheidungen geschaffen werden. Dabei sind neben der Präsentation von Grunddaten zum baden-württembergischen Bildungswesen auch dessen Besonderheiten und aktuell in der öffentlichen Diskussion stehende Bereiche zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu einem Gutachten hat die Bildungsberichterstattung keine eigenen

Vorschläge zur Lösung von Problemen zu unterbreiten oder neue pädagogische Konzepte zu entwickeln.

Bildung umfasst zwar grundsätzlich alle Bereiche des Lebenslangen Lernens – von der vorschulischen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung und zum Seniorenstudium. Der hier vorgelegte Bericht konzentriert sich aber entsprechend dem gesetzlichen Auftrag des Landesinstituts für Schulentwicklung auf den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Damit werden in erster Linie Informationen zum Bereich der vorschulischen Bildung in Kindertageseinrichtungen und der schulischen Bildung in allgemein bildenden und beruflichen Schulen vermittelt. Darüber hinaus enthält der Bericht einige grundlegende Angaben zur Bildungsbeteiligung und zum Bildungsstand der Bevölkerung sowie zur demografischen Entwicklung.

In der Ausgabe 2007 bildet der Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an beruflichen Vollzeitschulen das Schwerpunktthema. In der o.g. Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2006“ erreicht Baden-Württemberg den höchsten Wert bei den vollzeitschulischen Bildungsgängen im beruflichen Bereich. Deutschlandweit besuchen 14 % der Schüler und Schülerinnen eines Jahrgangs diese Bildungsgänge, in Baden-Württemberg sind dies ca. 20 %. Entsprechend der Bedeutung dieses Bildungsbereichs im Land werden die einzelnen Bildungsgänge und die dazu vorhandenen Daten differenziert aufbereitet.

In die Berichterstattung werden auch aktuelle Forschungsergebnisse einbezogen. Im Jahre 2002 hat das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in der sogenannten TOSCA-Studie anhand einer repräsentativen Stichprobe von 4 700 Abiturienten aus 90 allgemein bildenden und 59 beruflichen Gymnasien die Bildungserträge am Ende der Sekundarstufe II in den Fächern Mathematik und Englisch untersucht. Zum Design der Studie gehören weitere Erhebungen in den Jahren 2004 und 2006, die zusätzliche Erkenntnisse zu den Bildungsverläufen der Schüler geben. Solche langfristig angelegte Studien zu individuellen Bildungsverläufen sind in Deutschland noch vergleichsweise selten anzutreffen. In

einem eigenständigen Beitrag des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin werden das Forschungsdesign der TOSCA-Studie sowie neuere Auswertungen dargestellt. Auch für künftige Bildungsberichte sollen Beiträge aus dem Bereich der Bildungsforschung in die Bildungsberichterstattung des Landes Eingang finden.



Ein Bildungsbericht ist – von seiner Anlage her – in erster Linie eine Zusammenschau aus Analysen, Tabellen und Grafiken. Ein Ziel des baden-württembergischen Bildungsberichts ist es, nüchterne Zahlen, Tabellen und Grafiken durch konkrete Bezugsbeispiele lebendig und anschaulich zu machen. So folgt beispielsweise nach der Darstellung der verschiedenen Typen und Profile des beruflichen Gymnasiums ein konkretes Beispiel für eine dieser vielen unterschiedlichen Schulen – im speziellen Fall das eines biotechnologischen Gymnasiums. Solche „Fenster“ mit Hintergrundinformation bzw. Praxisbeispiel finden sich an verschiedenen Stellen des Berichts. Darüber hinaus werden zum Teil in einem Kasten am Ende einzelner Kapitel methodische Erläuterungen mit weiterführenden Informationen zum besseren Verständnis der Texte und Grafiken gegeben.

Die Berücksichtigung des Bereichs der schulischen Qualitätsentwicklung – unter anderem mit den Themenfeldern „Diagnose- und Vergleichsarbeiten“ und „Evaluation“ – verweist auf einen qualitätsorientierten Ansatz der Bildungsberichterstattung. Der Bereich Qualitätsentwicklung und Evaluation an Schulen wird in der Bildungsberichterstattung zunehmend größeren Raum ein-

nehmen, und zwar in dem Maße, wie die Fremdevaluation an den Schulen im Land stufenweise eingeführt wird. Der vorliegende Bildungsbericht kann hier lediglich eröffnend auf die schulrechtlichen und organisatorischen Grundlagen und die konzeptionellen Rahmenbedingungen eingehen und die ersten Ergebnisse aus der Praxisfeldphase und der Pilotphase zur Fremdevaluation zusammenfassen. Der nächste Bildungsbericht wird in diesem Bereich nach Auswertung der Ergebnisse der 2008 beginnenden Regelphase der Evaluation weitergehende Informationen bereitstellen können.

Indikatoren und Kennzahlen

Für eine strukturierte, durch Indikatoren geleitete Bildungsberichterstattung werden empirische Daten zu bestimmten Fragestellungen statistisch ausgewertet, um dadurch zu quantifizierten Wertmaßstäben zu gelangen. So kann beispielsweise die Frage nach dem Bildungsstand der Bevölkerung als Indikator für das in der Gesellschaft vorhandene Wissen gesehen werden. Diese Frage kann durch die prozentuale Angabe der höchsten erreichten Bildungsabschlüsse annähernd beantwortet werden.

Die für die Indikatoren und Kennzahlen verwendeten Daten stammen größtenteils aus laufenden Erhebungen und Sonderauswertungen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Hierbei handelt es sich um Ergebnisse aus der Schul-, Berufsbildungs- und der Bevölkerungsstatistik sowie der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Diese Statistiken sind Vollerhebungen. Datenbasis ist in der Regel das Schuljahr 2006/07. Darüber hinaus werden auch Ergebnisse des Mikrozensus 2005 und 2006 verwendet. Der Mikrozensus ist eine regelmäßige Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, bei der den Auskunftspflichtigen unter anderem Fragen zum Bildungsstand und zur Bildungsbeteiligung gestellt werden.

Die Auswertung der Daten kann grundsätzlich unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen:

- nach räumlichen Aspekten – Verdichtungsraum/ Ländlicher Raum,
- nach Verwaltungseinheiten – Kreis, Region, Land,

- geschlechtsbezogen – Mann/Frau, Schüler/Schülerin,
- altersbezogen – Jüngere/Ältere,
- nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

Im vorliegenden Bildungsbericht finden sich diese Aspekte in unterschiedlicher quantitativer Ausprägung und abhängig von der Relevanz und Verfügbarkeit bzw. Auswertbarkeit der Daten. Beispielhaft sei der Bereich der Verwaltungseinheiten näher erläutert: Kreisbezogene Angaben finden sich unter anderem bei den Übergängen von der Grundschule auf

die weiterführenden Schularten, das heißt für jeden der 35 Land- und neun Stadtkreise wird angegeben, wie viel Prozent der Schüler eines Jahrgangs auf die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium wechseln. Bei der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ erfolgt die Angabe der Prozentanteile für die zwölf Regionen des Landes, wie zum Beispiel Ostwürttemberg, Neckar-Alb, Südlicher Oberrhein. Die Frage, wie viele Grundschüler Englisch bzw. Französisch als erste Fremdsprache erlernen, wird mit Prozentwerten für ganz Baden-Württemberg angegeben.

A 3 Wichtige Ergebnisse im Überblick

Rahmenbedingungen und Grundstrukturen

Zahl der Kinder und Jugendlichen wird deutlich abnehmen; vor allem eher ländlich geprägte Kreise dürften die größten Verluste bei der Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren hinnehmen müssen

Bei der Zahl der Kinder im Kindergartenalter dürfte der größte Rückgang bis 2015 zu verzeichnen sein, bei der Zahl der Kinder im Grundschulalter bis etwa 2018. Danach ist für einige Jahre mit einer ungefähr gleichbleibenden Kinderzahl zu rechnen, bevor ab 2025 wieder eine Phase des Rückgangs einsetzt. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von zehn bis unter 16 Jahren wird bis dahin gegenüber 2006 voraussichtlich um etwa 37 % abnehmen. Die Zahl der 16- bis unter 20-Jährigen stieg zwar zunächst noch bis 2007 an. Im Anschluss daran ist aber bis 2050 ein Rückgang zu erwarten. In den Landkreisen Waldshut, Heidenheim und Sigmaringen könnte die Einwohnerzahl in der Altersgruppe bis 20 Jahre bis 2025 um mehr als ein Viertel sinken. Der Landesdurchschnitt liegt bei 20 %. Dagegen sind in den kreisfreien Städten – mit Ausnahme von Mannheim – zum Teil deutlich unterdurchschnittliche Rückgänge in dieser Altersgruppe zu verzeichnen.

Höhere Bildung vermindert Risiko der Erwerbslosigkeit; Frauen haben bei der Bildung stark aufgeholt

Ein höheres Bildungsniveau steigert die Chancen einen Arbeitsplatz zu finden. Entsprechend den Ergebnissen des Mikrozensus konnten unter den Erwerbstätigen im Jahr 2006 rund 29 % eine Studienberechtigung und knapp 31 % einen mittleren Abschluss vorweisen. Von den Erwerbslosen verfügten nur etwa 17 % über eine Studienberechtigung und 22 % über einen mittleren Abschluss. Dagegen besaßen mit annähernd 54 % mehr als die Hälfte der Erwerbslosen den Hauptschulabschluss. Der Anteil von Personen ohne Schulabschluss war unter den Erwerbslosen mit gut 7 % annähernd dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen. Insgesamt weist die Bevölkerung Baden-Württembergs heute im Durchschnitt einen deutlich höheren formalen Bildungsstand auf als in früheren Jahrzehnten. Insbesondere Frauen haben auf dem Gebiet

der Bildung stark aufgeholt. In der Altersgruppe der heute 60- bis unter 70-Jährigen haben noch mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Bei den 20- bis unter 30-Jährigen dagegen liegen Frauen und Männer mit 41 % bzw. 40 % nahezu gleichauf.

Vorschulische Einrichtungen

93 % der drei- bis sechsjährigen Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung; fast in jeder fünften Familie ist Deutsch nicht die vorrangige Sprache; pädagogisches Personal fast ausschließlich weiblich

93 % der Drei- bis Sechsjährigen besuchten im Jahr 2006 eine Kindertageseinrichtung. Während bei den Dreijährigen rund 11 % keine Tageseinrichtung besuchen, trifft dies bei den Vier- und Fünfjährigen nur noch auf rund 5 % dieser Kinder zu. Im Landesdurchschnitt wird bei rund 19 % der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in der Familie nicht vorrangig deutsch gesprochen. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: Hohe Anteile erreichen vor allem die Stadtkreise, zum Beispiel Heilbronn, Stuttgart und Pforzheim mit jeweils über 36 %, während niedrige Anteile vorwiegend in ländlichen Kreisen verzeichnet werden. Beim pädagogischen Personal in Kindertageseinrichtungen beträgt der Frauenanteil fast 98 %. Mehr als 40 % der Beschäftigten sind zwischen 40 und 55 Jahre alt.

Allgemein bildende Schulen

Mehr Rückstellungen und weniger Frühheinschulungen seit der Änderung der Stichtagsregelung; im Landesdurchschnitt rund 22 Grundschüler je Klasse; Übergänge auf Gymnasien nahmen nochmals leicht zu

Bereits zum Schuljahr 2005/06 war der Einschulungstichtag um einen Monat auf den 31.07.2005 verlegt worden, 2006/07 dann auf den 31.08.2006. Von den rund 104 000 erstmals schulpflichtigen Kindern wurden im Jahr 2006 fast 9 % zurückgestellt, nach gut 7 % im Jahr 2005. Auch der Anteil der früh eingeschulter Kinder ist seit der Erweiterung der Schulpflicht (erwartungsgemäß) rückläufig. Während er von

1994 an über zehn Jahre kontinuierlich zugenommen hatte, fiel er 2005 auf 9 % und 2006 auf 6 %. Damit ist der langjährige Trend zur Früheinschulung gebrochen. Bei den Einschulungen gab es deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen; nur knapp 5 % der Jungen waren früh eingeschult worden, im Gegensatz zu gut 7 % der Mädchen. Seit 1998/99 sinken die Schülerzahlen an den Grundschulen. Im Schuljahr 2006/07 verfügte Baden-Württemberg über 2 552 Grundschulen mit 447 796 Schülern. Die durchschnittliche Klassengröße lag bei 21,9 Schülern je Klasse. Bei den Übergängen auf weiterführende Schulen haben die Gymnasien nochmals leicht zugelegt, die Hauptschulen dagegen weiter Anteile verloren. Landesweit wechselten zum Schuljahr 2006/07 38 % der Viertklässler auf ein Gymnasium, 33 % auf eine Realschule und 28 % auf eine Hauptschule.

Abnehmender Trend der Schülerzahlen an Hauptschulen; viele relativ kleine Hauptschulen; etwa jeder Sechste nutzt das freiwillige 10. Schuljahr an Hauptschulen (Werkrealschule)

An den insgesamt 1 226 Hauptschulen wurden 182 988 Schüler gezählt. Hier geht die Zahl der Schüler seit dem Schuljahr 2002/03 ständig zurück. Im Schuljahr 2006/07 wurden an 283 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Der größte Teil der öffentlichen Hauptschulen – 610 – hatte zwischen 85 und 200 Schüler. Lediglich an 14 öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den 1 226 Hauptschulen haben 359 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 891 Schülern besucht wurde. Damit waren etwa 16 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Stufe gewechselt und strebten den mittleren Abschluss an. Von den männlichen Neuntklässlern wechselten 14 %, von den weiblichen mehr als 17 % in die 10. Klassenstufe.

Der Höhepunkt der Schülerzahlen an Realschulen ist überschritten; im Mittel waren knapp 28 Schüler in den Klassen; ein Viertel der Realschüler wählte eine zweite Fremdsprache

An den 472 Realschulen des Landes wurden im Schuljahr 2006/07 insgesamt 244 836 Schü-

ler unterrichtet. Damit blieb die Schülerzahl fast genau auf dem Niveau des Vorjahres. Seit dem Schuljahr 2004/05, in dem mit 247 564 Realschülern ein relativer Höchststand erreicht wurde, ist demografisch bedingt ein rückläufiger Trend der Schülerzahlen zu beobachten. Gut ein Viertel der Realschüler hatte sich für die zweite Fremdsprache als Wahlpflichtfach entschieden. Bei der Entscheidung für ein Wahlpflichtfach sind eindeutige geschlechtsspezifische Muster erkennbar. Eine zweite Fremdsprache zu wählen, ist unter den Schülerinnen beliebter als unter den Schülern. Gut 58 % der Schülerinnen wählten „Mensch und Umwelt“, 71 % ihrer männlichen Mitschüler dagegen das Fach „Technik“.

Seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich steigende Schülerzahlen an Gymnasien; seit 1984/85 mehr Mädchen als Jungen an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 wuchs die Schülerzahl der 436 Gymnasien im Land um knapp 4 900 auf 333 322 an. Damit setzte sich der seit Beginn der 1990er-Jahre zu beobachtende Trend steigender Schülerzahlen fort. Die durchschnittliche Klassengröße lag bei 27,5 Schülern. Die bislang höchste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 verzeichnet, als die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre unterrichtet wurden. Landesweit erhöhte sich die Zahl der Gymnasiasten seit dem Schuljahr 2000/01 um fast 14 %. Im Schuljahr 2006/07 besuchten deutlich mehr Schülerinnen als Schüler die Gymnasien des Landes. Sie hatten damit einen Anteil von knapp 53 % an der Schülerschaft. Seit Beginn der 1960er-Jahre bis etwa zur Jahrtausendwende nahm der Mädchenanteil am Gymnasium von damals rund 38 % auf über 53 % beständig zu.

Relativ geringe Klassenstärken an Sonderschulen; gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen in Außenklassen

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 54 227 Schüler eine der rund 580 Sonderschulen. Dabei waren durchschnittlich 8,4 Schüler in einer Sonderschulklasse. Die Schüler-Klassen-Relation unterschied sich zwischen den einzelnen Schultypen erheblich. An den Schulen für Blinde und an den

Schulen für Geistigbehinderte waren die Klassenstärken mit im Schnitt 5,7 bzw. 6,1 Schülern pro Klasse am geringsten. Die durchschnittlich größten Klassen gab es an den Förderschulen und an den Schulen für Sprachbehinderte mit 10,5 bzw. 11,0 Schülern pro Klasse. Sowohl die Zahl der kooperierenden Sonder- und allgemeinen Partnerschulen als auch die Zahl der Außenklassen und der in ihnen geförderten Sonderschüler hat zugenommen. Im Schuljahr 2006/07 meldeten 99 Sonderschulen eine solche Kooperation (Vorjahre: 96 und 92). Insgesamt 1 484 Sonderschüler wurden an 194 Partnerschulen unterrichtet.

Seit 2000 stärkerer Ausbau der Ganztagschulen; Programm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“

Im Schuljahr 2001/02 gab es 378 Ganztagschulen mit 70 145 Schülern. Vier Jahre später stieg die Zahl im Schuljahr 2005/06 auf insgesamt 602 Ganztagschulen, davon 451 öffentliche und 151 Ganztagschulen in privater Trägerschaft. Die Zahl der Schüler verdoppelte sich nahezu auf 134 991. Ziel des im Februar 2006 beschlossenen Programms der Landesregierung „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“ ist es, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen. Nach der ersten Antragsrunde zeigt sich, dass die Zahl der Ganztagschulen im Schuljahr 2007/08 auf über 800 gestiegen ist.

Hoher Anteil von Ausländern und Aussiedlern an Hauptschulen, niedriger an Gymnasien; deutliche Unterschiede im Schulbesuchverhalten zwischen den Nationalitäten

Im Schuljahr 2006/07 entsprach der Ausländeranteil an den Grundschulen mit 13 % in etwa dem der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Weitere 2 % der Schüler stammten aus Aussiedlerfamilien. An Hauptschulen waren fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler. Die Vergleichswerte an Realschulen und Gymnasien waren dagegen mit etwas mehr als 9 % bzw. 5 % deutlich geringer. Mit fast 25 % wiesen die Sonderschulen einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf. Die Verteilungsmuster von ausländischen Schülern und solchen aus Aussiedlerfamili-

en unterschieden sich nur geringfügig. Türkische und italienische Schüler besuchten wesentlich seltener ein Gymnasium als eine andere weiterführende Schule. Ähnliches galt auch für Schüler aus Serbien-Montenegro. Dagegen wurden kroatische und griechische Schüler relativ häufig an einem Gymnasium unterrichtet. So war etwa jeder vierte kroatische Schüler Gymnasiast.

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025: fast 23 % weniger Schüler an allgemein bildenden Schulen; starker Rückgang an Hauptschulen; Stadt- und Landkreise sind unterschiedlich betroffen

Im Jahr 2025 werden voraussichtlich nur noch etwas weniger als eine Million Schüler die allgemein bildenden Schulen besuchen; gegenüber dem Schuljahr 2006/07 sind das fast 23 % weniger. Die einzelnen Schularten sowie die Stadt- und Landkreise sind dabei unterschiedlich betroffen. Beim Grundschulbesuch liegt dieser Wert um etwa 20 % niedriger, bei den Hauptschulen um nahezu ein Drittel. Bei den Realschulen werden etwa 21 % und bei den Gymnasien knapp ein Viertel weniger Schüler als im Schuljahr 2006/07 erwartet. Für die Entwicklung bis zum Schuljahr 2015/16 wurde eine Regionalisierung der Landesergebnisse durchgeführt. Die Zahl der Schüler wird bis dahin in allen der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs stetig zurückgehen – bei allerdings großen regionalen Unterschieden. Insgesamt fällt auf, dass insbesondere in ländlich geprägten Landkreisen der Rückgang am deutlichsten sein wird.

Berufliche Schulen

Höchste Schülerzahl an beruflichen Schulen seit zwanzig Jahren; etwa die Hälfte der Schüler an beruflichen Schulen besucht eine Berufsschule; schulische Berufsausbildung als Ergänzung des dualen Systems

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg insgesamt 417 571 Schüler unterrichtet. Nach gut 20 Jahren wurde hier erneut ein Höchststand erreicht. Damals – im Schuljahr 1984/85 – lag die Schülerzahl bei 447 838. Seit Mitte der 1980er-Jahre ging die Schülerzahl um über 20 % zurück und erreichte im Schuljahr 1995/96 mit rund 354 900 einen

Tiefpunkt, um dann wieder kontinuierlich auf den heutigen Wert anzusteigen. Mit 202 595 Schülern wurde rund die Hälfte von allen Schülern 2006/07 an einer „klassischen“ Teilzeit-Berufsschule unterrichtet, wo in Kooperation mit dem Ausbildungsbetrieb ein gemäß Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung anerkannter Berufsabschluss erworben wird (duales System). Vor 20 Jahren befanden sich noch rund zwei Drittel der Schülerschaft an einer Berufsschule, im Schuljahr 1970/71 waren es sogar noch drei Viertel. Eine Alternative zur Ausbildung in einem Ausbildungsberuf im dualen System ist die vollzeitschulische Ausbildung. Während die Zahl der Auszubildenden im dualen System gesunken ist, stieg die Zahl der Schüler in berufsqualifizierenden schulischen Bildungsgängen innerhalb der letzten fünfzehn Jahre deutlich an. Im Schuljahr 2006/07 nutzten 54 122 Schüler diese Möglichkeit der schulischen Berufsausbildung.

Kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahl im Berufsvorbereitungsjahr; viele nutzen die Gelegenheit, den Hauptschulabschluss nachzuholen; gezielte Förderung von Hauptschulabsolventen im Berufseinstiegsjahr

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 12 338 Jugendliche das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Das sind fast 1 200 Schüler weniger als im Vorjahr, womit der Anstieg der letzten Jahre beendet wurde. Die Ursache für den deutlichen Rückgang im Schuljahr 2006/07 ist vor allem in der Einführung des Berufseinstiegsjahres (BEJ) zu sehen, welches von rund 950 Jugendlichen besucht wurde. Aber auch der Anstieg der Schülerzahl an Berufsschulen, der eine Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt signalisiert, dürfte hierbei eine Rolle spielen. Im Jahr 2006 konnten mehr als drei Viertel der 13 400 Abgänger das BVJ erfolgreich beenden. Gut 4 000 Absolventen des BVJ bestanden die Zusatzprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses. Das waren über 75 % der Jugendlichen, die das BVJ ohne Hauptschulabschluss begonnen hatten. Das Berufseinstiegsjahr (BEJ) wurde im Schuljahr 2006/07 eingeführt; es ist ein Angebot für berufsschulpflichtige Jugendliche mit Hauptschulabschluss, die keine Lehrstelle erhalten haben und keine andere Schule besuchen. Das BEJ soll sukzessive ausgebaut werden.

Fachschulreife an zweijähriger Berufsfachschule stark gefragt; Schülerzahl auf einem neuen Höhepunkt; Ausländeranteil ist überdurchschnittlich

Knapp die Hälfte der Berufsfachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 die zweijährige Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife mit dem Ziel, den mittleren Bildungsabschluss zu erwerben. Mit 31 977 Schülern wurde nach gut 20 Jahren ein neuer Höchststand erreicht. Rund jeder sechste Schüler der 2BFS hatte keine deutsche Staatsbürgerschaft, das ist mehr als der Gesamtdurchschnitt an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch schon während der letzten 15 Jahre nutzten erfolgreiche Hauptschulabsolventen ohne deutschen Pass verstärkt die Möglichkeit, den mittleren Abschluss an einer Berufsfachschule nachzuholen. In diesem Zeitraum lagen die Anteile zwischen 15 und 18 % und waren damit durchweg überdurchschnittlich.

Schülerzahlen an Berufskollegs auf Höchstniveau; Schulversuch „Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen“

Die Berufskollegs in Baden-Württemberg stellen eine Besonderheit im deutschen Bildungswesen dar. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die Schülerzahl an den Berufskollegs nahezu verdoppelt. Sie lag im Schuljahr 2006/07 bei 55 550. Eine Sonderstellung nehmen die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH) ein. Das Ziel dieser Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ist ausschließlich der Erwerb der Fachhochschulreife. Im Schuljahr 2006/07 besuchen 6 671 Teilnehmer die BKFH. Im Schulversuch „Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen“ werden in zwei Jahren die theoretischen Ausbildungsinhalte ausgewählter Ausbildungsberufe vollständig vermittelt. Diese berufsqualifizierende Ausrichtung des Berufskollegs ermöglicht die Anrechnung der Schulzeiten auf eine anschließende duale Ausbildung.

Berufliche Gymnasien verzeichnen weiterhin stetigen Schülerzuwachs; Wirtschaftsgymnasien am häufigsten besucht

Auch wenn die Zunahme der Schülerzahl in den letzten Jahren nicht mehr die frühere Dynamik

aufweisen konnte, verzeichneten die beruflichen Gymnasien dennoch einen stetigen Zuwachs. Im Schuljahr 2006/07 strebten dort gut 45 837 Jugendliche das Abitur an, das sind 1 384 Schüler mehr als im Schuljahr zuvor. Über die Hälfte der 45 837 Schüler dieser Schulart besuchte ein Wirtschaftsgymnasium. Seit dem Schuljahr 2000/01 stellen an den beruflichen Gymnasien insgesamt die weiblichen Schüler die Mehrzahl. Mit knapp 72 % kam die deutliche Mehrheit der Schüler der Eingangsklassen 2006/07 von einer Realschule.

Hoher Ausländeranteil am BVJ – geringer Ausländeranteil an beruflichen Gymnasien

Rund 11 % der Schüler an den beruflichen Schulen des Landes hatten im Schuljahr 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit war der Anteil von Ausländern an der Schülerschaft der beruflichen Schulen niedriger, als nach ihrem Bevölkerungsanteil zu erwarten wäre. Den höchsten Ausländeranteil weist das Berufsvorbereitungsjahr auf. Hier besitzt fast jeder dritte Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. An beruflichen Gymnasien sind jugendliche Ausländer und Aussiedler nur relativ gering vertreten, hier ist einer von 13 Schülern Ausländer oder Aussiedler. Beim Schulbesuch ausländischer Schüler an beruflichen Schulen sind in vielen Bereichen Parallelen zu den allgemein bildenden Schulen festzustellen.

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bis 2025: Höhepunkt der Schülerzahl im Schuljahr 2008/09 mit knapp über 400 000 Schülern, danach Rückgang bis 2025 auf rund 300 000 Schüler

Da die Entwicklung der Schülerzahl an beruflichen Schulen nicht nur demografisch, sondern auch konjunkturell beeinflusst wird, sind hier Voraussrechnungen mit einer größeren Unsicherheit behaftet als bei allgemein bildenden Schulen. Bis zum Schuljahr 2008/09 wird die Gesamtschülerzahl auf etwa 407 000 ansteigen. Bis 2025 ist wieder mit einem Rückgang der Schülerzahl auf rund 300 000 zu rechnen. Bei den beruflichen Vollzeit-Schulen ist damit zu rechnen, dass um das Jahr 2010 mehr Jugendliche an Berufskollegs als an Berufsfachschulen unterrichtet werden. Bei den beruflichen Gymnasien ist bis 2008/09 ein weiterer Anstieg der Schülerzahl auf 48 200 möglich. Demografisch bedingt ist danach ein Rückgang zu erwarten.

Abschlüsse

Mittlerer Abschluss ist die häufigste Abschlussart; fast jeder zweite Abgänger des Absolventenjahrgangs 2006 erwarb eine Hochschulzugangsberechtigung; fast ein Drittel der Abgänger ohne Abschluss waren Ausländer

Rund 40 % der Absolventen der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2006 verließen die Schule mit einem mittleren Bildungsabschluss, bei den Absolventen der beruflichen Schulen waren dies fast 30 %. Mit rund 6 % Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss wurde der seit Jahren niedrigste Wert im Bereich der allgemein bildenden Schulen erreicht. Fast jeder zweite Abgänger hatte mit der Fachhoch- oder der Hochschulreife eine Studienberechtigung erworben. Die Fachhochschulreife wurde dabei überwiegend im beruflichen Schulwesen erlangt. Der Hauptschulabschluss ist derjenige Abschluss, den die meisten ausländischen Jugendlichen erreichen. Etwa zwei Drittel eines Altersjahrgangs erhalten ein entsprechendes Abschlusszeugnis. Groß ist der Unterschied bei der Hochschulreife: Während 38% der deutschen Schüler eines Jahrgangs das Abiturzeugnis erwerben, sind dies bei ausländischen Schülern lediglich 7%.

Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2025: Herausragendes Ereignis der kommenden Jahre ist der Abiturientenjahrgang 2012; Studienberechtigtenquote steigt über gesamten Vorausrechnungszeitraum

Im Jahr 2012 geht der letzte Schülerjahrgang des neunjährigen gleichzeitig mit dem ersten umfassenden Jahrgang des achtjährigen Gymnasialbildungsgangs in die Abiturprüfung. Zusammen mit den Absolventen der beruflichen Gymnasien dürften in diesem Jahr 71 100 Jugendliche die Hochschulreife erwerben (Stand 2006: 41 719). Der Anteil eines Altersjahrgangs, der eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt, wird weiter ansteigen. Die Studienberechtigtenquote lag Mitte der 90er-Jahre bei knapp 35 %, bis 2006 war sie auf knapp 46 % angestiegen. Ab 2011 dürfte sie die 50 %-Marke überschreiten. Das bedeutet, mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs würde die Hochschul- oder Fachhoch-

schulreife erwerben. Bis 2015 könnte sie weiter bis auf rund 53 % ansteigen.

TOSCA-Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung

Große Leistungsunterschiede zwischen den baden-württembergischen und Hamburger Abiturienten in Mathematik; berufliche Gymnasien eröffnen zusätzliche Möglichkeit für Schüler mit einer weniger günstigen sozialen Herkunft auf Hochschulreife

Beim Vergleich der Mathematikleistungen beläuft sich der Mittelwert in der Bundesrepublik Deutschland (ohne Baden-Württemberg) auf 454 Punkte. In TOSCA erzielten die Abiturienten aus Baden-Württemberg im Mittel 484 Punkte, während die Abiturienten aus Hamburg im Mittel 406 Punkte erreichten; der Unterschied entspricht dem typischen Lernfortschritt von deutlich über einem Schuljahr. Bei den Englischleistungen liegt der Gesamtmittelwert in Hamburg etwas niedriger als in Baden-Württemberg. Die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg tragen zum Chancenausgleich bei, indem sie auch Schüler zum Abitur führen, die im Vergleich zur Schülerschaft der traditionellen Gymnasien eine weniger günstige soziale Herkunft aufweisen. Schüler mit Migrationshintergrund besuchen am häufigsten das Wirtschaftsgymnasium und das Sozialpädagogische Gymnasium, wohingegen der geringste Anteil von Abiturienten mit Migrationshintergrund auf dem allgemein bildenden Gymnasium sowie dem agrarwissenschaftlichen Gymnasium anzutreffen ist.

Lehrpersonal an öffentlichen Schulen

Anteil der Lehrerinnen an allgemein bildenden Schulen wird immer größer; auch an beruflichen Schulen deutlicher Anstieg des Lehrerinnenanteils

Die Grund- und Hauptschulen weisen mit 73 % den höchsten Lehrerinnenanteil unter den allgemein bildenden Schularten auf. Bei den Realschulen lag der Frauenanteil mit 58 % deutlich unter diesem Wert. An den öffentlichen Gymnasien unterrichteten im Schuljahr 2006/07 erstmals mehr Lehrerinnen als Lehrer. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte ist hier mit knapp 50 Jahren am höchsten. Im Durchschnitt wird

fast ein Drittel der Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in den kommenden zehn Jahren pensioniert. Im Verlauf der letzten 15 Jahre erhöhte sich der Frauenanteil am Lehrpersonal an den öffentlichen beruflichen Schulen von 29 % auf knapp 40 %. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte liegt dort bei 49 Jahren.

Lehrerbildung auf Höchstniveau; über 20 000 Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen

Im Jahr 2007 wurde mit insgesamt 11 475 Seminarteilnehmern eine neue Rekordmarke im Bereich der Lehrerbildung erreicht. Besonders stark war der Anstieg bei den angehenden Realschullehrkräften. Drei Viertel der Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst waren Frauen. An den Grund- und Hauptschulen bilden männliche Pädagogen mit einem Anteil von 8 % eher die Ausnahme. An den 1 084 angebotenen Fortbildungsveranstaltungen der Landesakademie nahmen 21 450 Lehrkräfte teil. Dies entspricht einer Durchschnittsbelegung von rund 20 Teilnehmern pro Veranstaltung. Die stärkste Gruppe aller Akademieteilnehmer waren zwar mit 38 % die über 50-Jährigen; im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Lehrerschaft insgesamt waren sie jedoch eher unterproportional an den Lehrgängen beteiligt.

Qualitätsentwicklung

Diagnose- und Vergleichsarbeiten: Deutliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen

Seit dem Schuljahr 2005/06 sind Schulen verpflichtet, in ausgewählten, schulartspezifischen Fächern bzw. Fächerverbänden an den Grundschulen unbenotete *Diagnosearbeiten* und an den Haupt- und Realschulen sowie an den Gymnasien als zusätzliche Klassenarbeiten benotete *Vergleichsarbeiten* zu schreiben. Sie sind als Instrumente der schulinternen Selbstevaluation ausgelegt. Die ersten Ergebnisse zeigen die durch anderweitige Erhebungen auch bekannten Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen: In Deutsch erzielten die Mädchen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt bessere Leistungen als die Jungen; in Mathematik erreich-

ten Jungen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt bessere Ergebnisse als Mädchen, und zwar jeweils unabhängig von der Schulart.

Selbst- und Fremdevaluation als zentrale Elemente der Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Die Evaluation an allgemein bildenden Schulen besteht einerseits aus einer kontinuierlichen Selbstevaluation und andererseits aus einer regelmäßig durchgeführten Fremdevaluation. Für diese Ausgabe der Bildungsberichterstattung standen lediglich Daten aus der Pilotphase der Fremdevaluation zur Verfügung. Besonders die

Lernumgebung und das Schulleben, aber auch die konkrete Unterrichtstätigkeit wie die Gestaltung der Lehr- und Lernprozesse und die Förderung der fachlichen und überfachlichen Leistungen der Schüler wurden von den Schulen häufig zur Evaluation ausgewählt.

Die Fremdevaluation an beruflichen Schulen im Rahmen des Modellvorhabens „Operativ eigenständige Schule“ (OES) begutachtet die Ergebnisse der schulinternen Selbstevaluationen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen. Auch hier standen bislang nur Daten aus dem Modellvorhaben zur Verfügung, zu dem sich besonders motivierte Schulen auf freiwilliger Basis gemeldet hatten.

B Rahmenbedingungen und Strukturen

B 1 Demografische Entwicklung

B 1.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene

Bildung ist wegweisend für die individuellen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Existenzsicherung. Der Mensch steht daher im Mittelpunkt des Bildungswesens. So ist es zunächst erforderlich, den Blick auf Menschen zu richten und wesentliche demografische Entwicklungen zu skizzieren. Neben der Analyse der Vergangenheit ist hierbei auch abzuschätzen, was die Zukunft bringen wird.

Altersaufbau der Bevölkerung ändert sich

Um 1900 lebten in Württemberg und in Baden etwas mehr als 4 Mill. Menschen. Allein in den Jahren von 1950 bis 2000 hatte Baden-Württemberg einen Bevölkerungszuwachs von knapp 64 %. Alle anderen Bundesländer lagen demgegenüber deutlich zurück. Die Einwohnerzahl des Landes ist bis zum Jahr 2005 – das die Basis für die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung¹ bildet – auf rund 10,74 Mill. angewachsen. Bis zum Jahr 2011 ist mit einem leichten weiteren Bevölkerungswachstum um 30 000 Einwohner auf dann 10,77 Mill. Einwohner zu rechnen. Danach ist von einem stetigen Absinken der Einwohnerzahl auszugehen. Im Jahr 2025 könnte sie mit 10,63 Mill. in etwa das Niveau des Jahres 2002 erreichen. Die 10-Millionen-Marke dürfte demnach 2044 unterschritten werden und für 2050 wird eine Einwohnerzahl von 9,69 Mill. erwartet.

Die entscheidende Aussage betrifft aber nicht den Größenumfang der Bevölkerungsentwicklung, sondern den Alterungsprozess: Im Jahr 2000 gab es die historische Zäsur, dass in Baden-Württemberg erstmals mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige lebten. Während um 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch gut jeder Fünfte, im Jahr 2025 wird es nur noch etwa jeder Sechste sein. Das Durchschnittsalter der Baden-Württemberger würde demnach von

41,4 Jahren im Jahr 2005 auf 45,9 Jahre im Jahr 2025 ansteigen. 1950 lag der Durchschnittswert noch bei 34,3 Jahren.

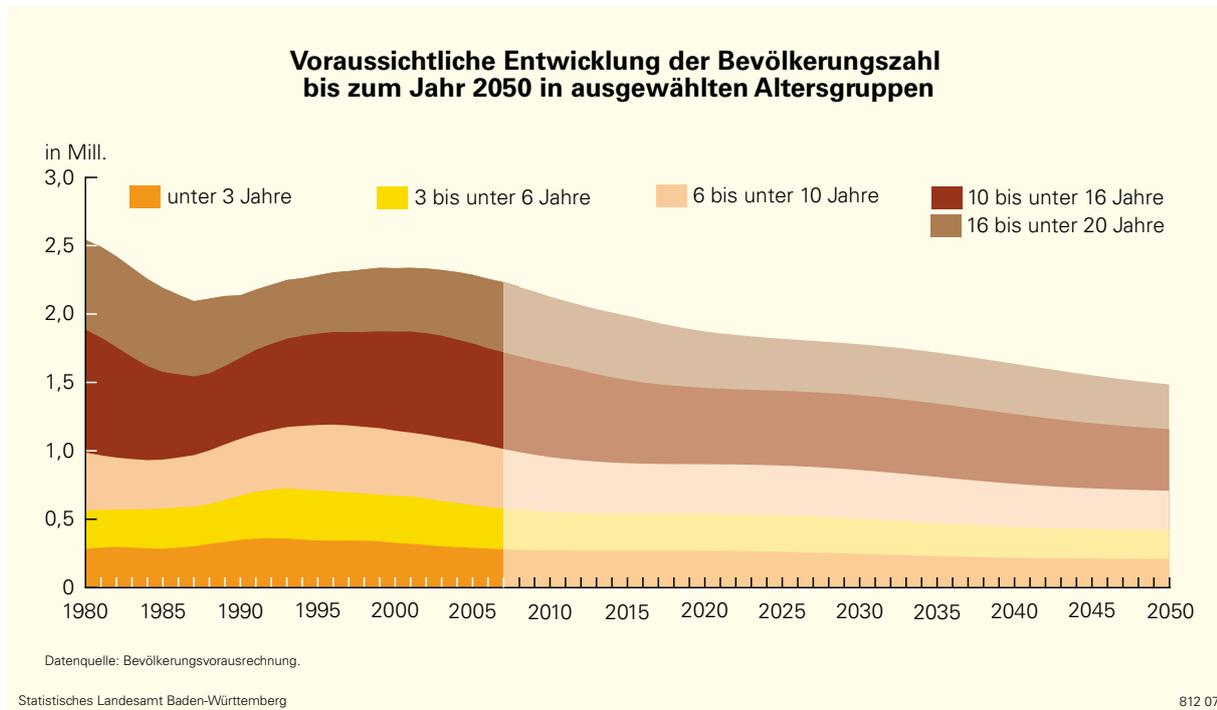
Zahl der Kinder und Jugendlichen wird deutlich abnehmen

Für die Schulen im Land ist insbesondere die Entwicklung in den Altersgruppen bis unter 20 Jahren relevant (**Grafik B 1.1 (G1)**). Bleibt die Geburtenhäufigkeit etwa auf dem heutigen Stand, so wird die Zahl der Drei- bis unter Sechsjährigen – also die Kinder im typischen Kindergartenalter – bis zum Jahr 2050 auf 212 400 absinken. Das wären 30 % weniger als im Jahr 2006 (**Tabelle B 1.1 (T1) im Anhang**). Die Bevölkerungszahl im Grundschulalter von sechs bis unter zehn Jahren könnte im Zeitraum zwischen 2006 und 2050 sogar um 36 % zurückgehen. Sie läge dann bei 287 100. Innerhalb des Zeitraums bis 2025 dürfte der größte Teil des Rückgangs der Kinderzahl im Kindergartenalter bis 2015 und der Kinderzahl im Grundschulalter bis etwa 2018 zu verzeichnen sein. Danach ist für einige Jahre mit einer ungefähr gleichbleibenden Kinderzahl zu rechnen, bevor ab 2025 wieder eine Phase des Rückgangs einsetzt.

Das zahlenmäßige Potenzial an Jugendlichen, die die weiterführenden Schulen im Land besuchen können, wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 10 bis unter 16 Jahren – also im Wesentlichen die Altersgruppe der Schüler im Sekundarbereich I – dürfte gegenüber 2006 um etwa 37 % auf 449 900 abnehmen. Im Vergleich zu 1980 läge sie sogar um 50 % unter dem damaligen Wert von 898 291. Ähnlich stellt sich die Entwicklung der Zahl der 16- bis unter 20-Jährigen dar, die in der Hauptsache die Klientel der gymnasialen Oberstufe und der beruflichen Schulen sind. Sie stieg zwar zunächst noch bis 2007 auf 512 100 an. Im Anschluss daran ist aber bis 2050 ein Rückgang auf nur noch 327 600 zu erwarten. Damit würde die Zahl dieser Jugendlichen ebenfalls um fast 36 % unter dem Stand des Jahres 2006 liegen. Die Auswirkungen der Entwicklung der Einwohnerzahlen auf die Schüler- und Absolventenzahlen werden in späteren Kapiteln noch näher betrachtet (**vgl. Kapitel D 6, E 7 und F 4**).

¹ Zu den Annahmen der Vorausrechnung siehe die methodische Erläuterung „Bevölkerungsvorausrechnung“ am Ende von **Kapitel B 1**.

Grafik B1.1 (G1)



B 1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen

Ländliche Kreise mit relativ höheren Bevölkerungsverlusten bei den Jüngeren als Stadtkreise

Der Bevölkerungsrückgang wird sich bis 2025 regional unterschiedlich auswirken (Grafik B 1.2 (G1)). Vor allem eher ländlich geprägte Kreise dürften die größten Verluste bei der Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren hinnehmen müssen. In den Landkreisen Waldshut, Heidenheim und Sigmaringen könnte die Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe sogar um mehr als ein Viertel sinken. Der Landesdurchschnitt liegt bei 20,5 %. Dagegen sind in den kreisfreien Städten – mit Ausnahme von Mannheim – zum Teil deutlich unterdurchschnittliche Rückgänge in dieser Altersgruppe zu verzeichnen. Auch in den Landkreisen Esslingen, Ludwigsburg und Konstanz dürfte die Einwohnerzahl der jüngeren Bevölkerung um weniger als 17 % zurückgehen.

Dieses Verteilungsmuster gilt weitgehend für alle im Vorschul- und Schulbereich relevanten Altersgruppen (Tabelle B 1.2 (T1) im Anhang). Etwas

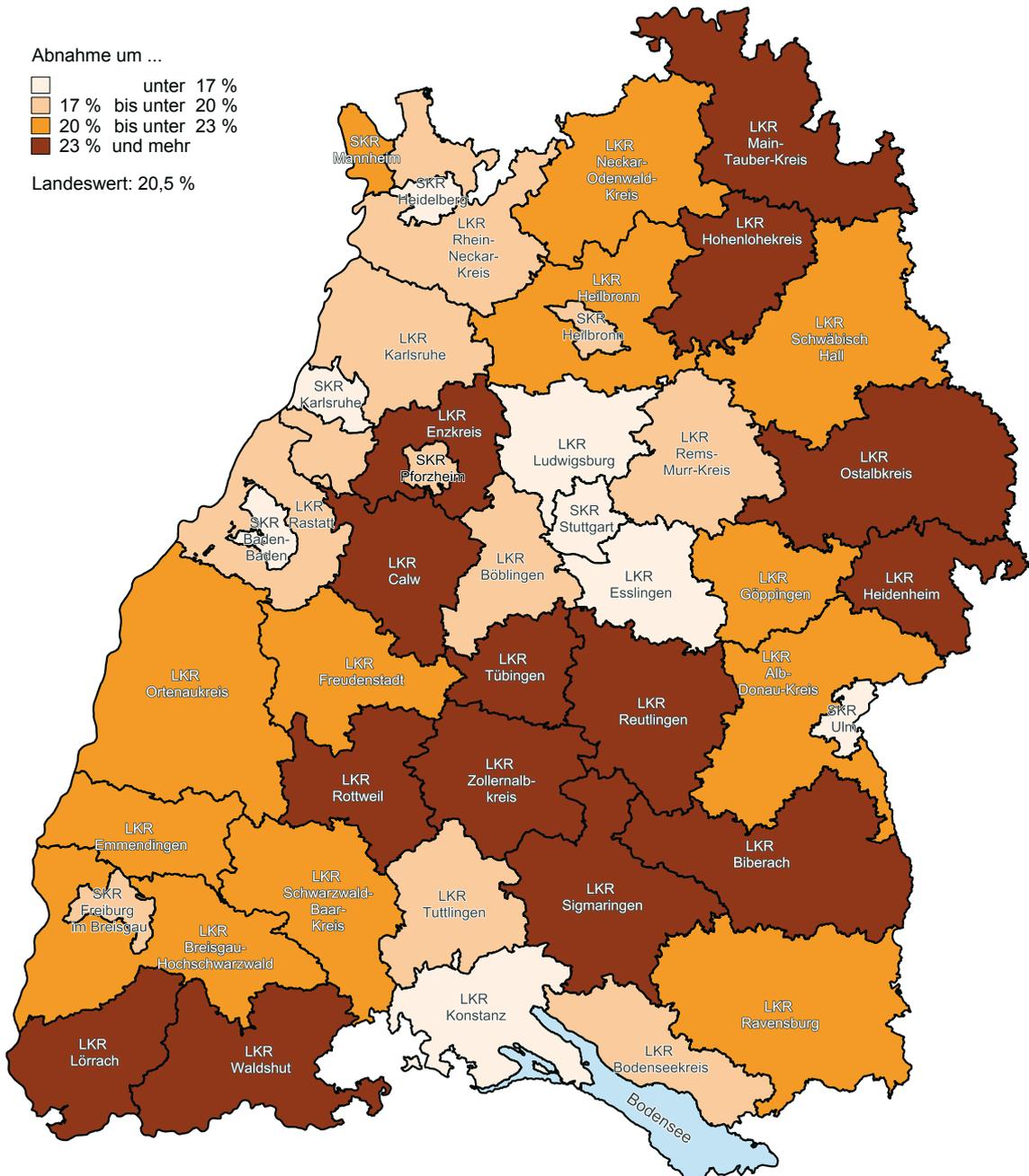
aus dem Rahmen fällt dabei die Stadt Baden-Baden. Durch ihre hohe Beliebtheit als Altersruhesitz weist sie bereits heute einen relativ hohen Altersdurchschnitt der Bevölkerung auf. Die daher ohnehin relativ „dünn“ besetzten jüngeren Altersjahrgänge dürften in Baden-Baden bis 2025 zahlenmäßig nur relativ geringe Rückgänge von zum Teil deutlich weniger als 10 % verzeichnen.

Die Zahl der Jugendlichen im Grundschulalter könnte in den Landkreisen Tübingen und Sigmaringen sowie im Enzkreis bis 2025 um mehr als ein Viertel absinken. In den Altersgruppen der 10- bis unter 16- sowie der 16- bis unter 20-Jährigen treten teilweise Bevölkerungsverluste von über 30 % auf. In der jüngeren Altersgruppe sind hiervon die Landkreise Rottweil, Heidenheim, Waldshut und Sigmaringen sowie der Enzkreis und der Zollernalbkreis betroffen. Bei den älteren Jugendlichen weisen die Landkreise Waldshut, Heidenheim und Sigmaringen sowie der Main-Tauber-Kreis und der Zollernalbkreis entsprechend hohe Werte auf.

Abgesehen vom Spezialfall Baden-Baden dürfte das geringste Absinken der Bevölkerungszahl im

Grafik B1.2 (G1)

Voraussichtlicher Rückgang der Bevölkerungszahl im Alter von unter 20 Jahren in den Kreisen Baden-Württembergs bis zum Jahr 2025



Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung.

Grundschulalter mit Werten von 14 % bis 16 % in den Städten Ulm, Karlsruhe, Stuttgart und Heidelberg zu verzeichnen sein. In den beiden älteren Gruppen können nur wenige Städte und Landkreise Rückgänge von weniger als 20 % erwarten: Bei den 10- bis unter 16-Jährigen sind dies nur sieben, bei den 16- bis unter 20-Jährigen neun. Die meisten von diesen sind kreisfreie Städte. Von den Landkreisen unterschreiten lediglich Esslingen und Ludwigsburg sowie ausschließlich bei den älteren Jugendlichen die Landkreise Böblingen und Konstanz sowie der Rhein-Neckar-Kreis die 20 %-Marke.

B 1.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Baden-Württemberg war in den letzten 50 Jahren die attraktivste Zuwanderungsregion Deutschlands. Diese hohe Attraktivität schlägt sich auch im Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nieder. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus² gehörte im Jahr 2005 ein Viertel aller Baden-Württemberger zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, das heißt sie waren Ausländer, Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler oder hatten ausländische, eingebürgerte oder ausgesiedelte Eltern. Damit hatte Baden-Württemberg unter den Flächenländern vor Nordrhein-Westfalen (24 %) und Hessen (23 %) den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund.

Ballungsraum Stuttgart mit höchstem Migrantenanteil

Die Region Stuttgart wies als Industrie- und Dienstleistungszentrum mit hoher Anziehungskraft mit 31 % den höchsten Migrantenanteil an der Bevölkerung (**Grafik B 1.3 (G1)**) auf. Die Stadt Stuttgart als Zentrum der Region übertraf diesen Wert mit einem Anteil von 40 % noch bei weitem. Unter Ausschluss der Landeshauptstadt lag der Migrantenanteil in den Landkreisen der Region Stuttgart mit 29 % immer noch höher als im Rest des Landes. Werte über dem Landesdurchschnitt waren darüber hinaus in den Regionen Nordschwarz-

wald mit fast 28 % und Neckar-Alb mit 26 % zu verzeichnen. Weit geringere Werte waren in den Regionen Bodensee-Oberschwaben (18 %) und Südlicher Oberrhein (knapp 21 %) anzutreffen.

Im Jahr 2005 gab es etwa 2,7 Mill. Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund. Davon besaßen knapp 1,3 Mill. eine ausländische Staatsbürgerschaft. Rund 1,4 Mill. waren deutsche Staatsbürger, die entweder selbst oder deren Eltern eingebürgert wurden oder als (Spät-)Aussiedler zugezogen sind (**Tabelle B 1.3 (T1) im Anhang**). Lediglich in drei Regionen übertrifft die Zahl der Ausländer die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund: in der Region Stuttgart, in der Region Rhein-Neckar und in der Region Hochrhein-Bodensee. Die Ausländeranteile schwanken in den zwölf Regionen Baden-Württembergs weitaus stärker als die Anteile der Deutschen mit Migrationshintergrund. Letztere liegen zwischen knapp 11 % in den Regionen Rhein-Neckar und Bodensee-Oberschwaben und 15 % in der Region Nordschwarzwald. Die Spanne der Ausländeranteile reicht dagegen von 7 % in der Region Bodensee-Oberschwaben bis zu 17 % in der Region Stuttgart. Auch die Regionen Ostwürttemberg, Südlicher Oberrhein und Heilbronn-Franken liegen mit Anteilen um 8 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 12 %.

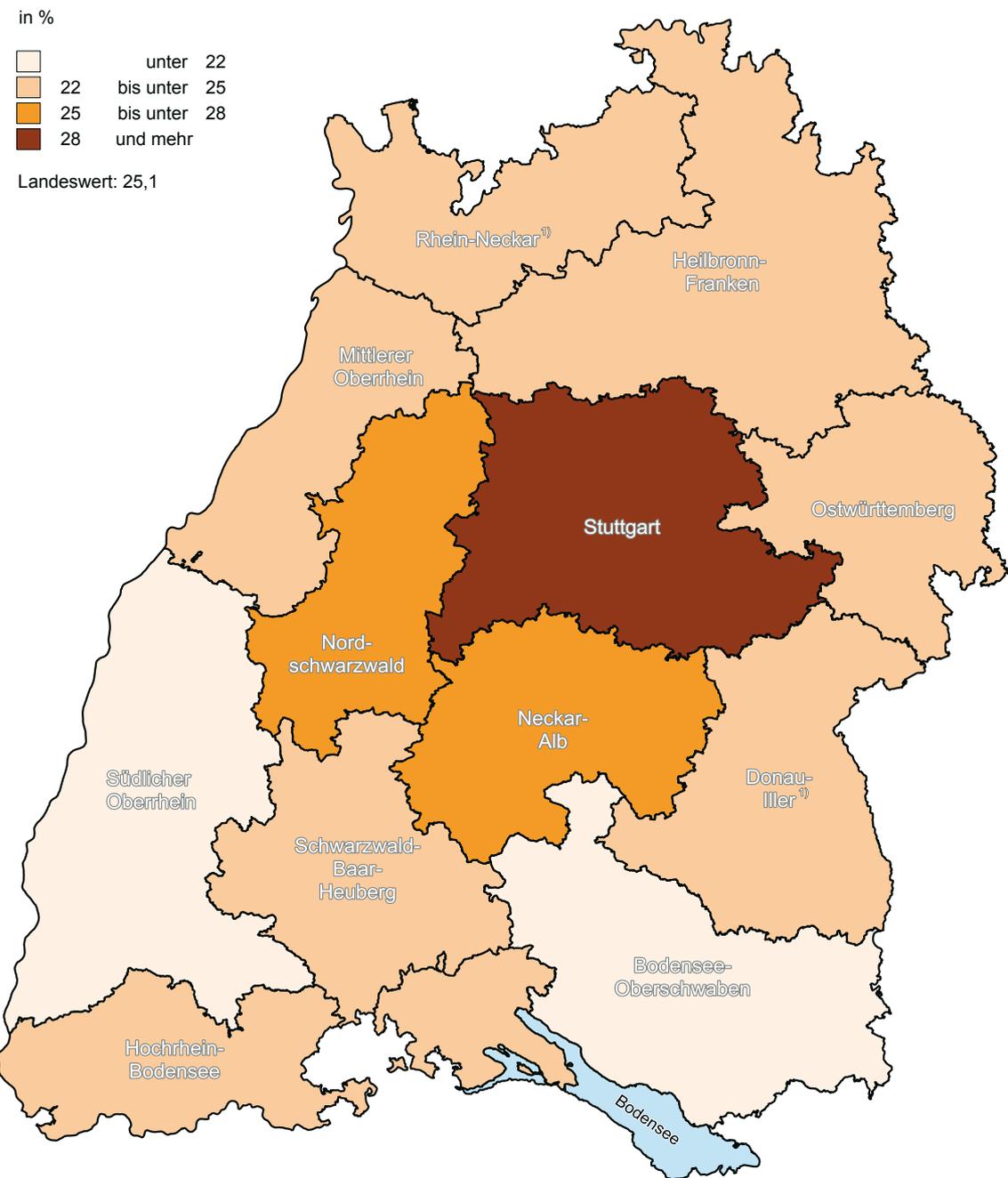
Zuzug von Aussiedlern stark rückläufig

Im Jahr 1990 wurden nach Angaben des Innenministeriums 92 741 (Spät-)Aussiedler in Baden-Württemberg aufgenommen. Dabei stammten 38 743 aus Rumänien und 36 029 aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Mit 14 897 stellten Übersiedlungswillige aus Polen ebenfalls einen größeren Anteil. Diese hohe Zahl an Aussiedlern war vor allem auf die Öffnung der Ostblockstaaten nach dem Mauerfall im Jahr 1989 zurückzuführen. Bereits 1991 war die Zahl der Aussiedler wieder auf 36 617 abgesunken. Seitdem war ein nahezu beständiger weiterer Rückgang zu verzeichnen (**Tabelle B 1.3 (T2) im Anhang**). Im Jahr 2006 lag die Zahl der im Land aufgenommenen Aussiedler mit 984 sogar nur im dreistelligen Bereich. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Aussiedleranteile an den Schulen im Land aus (**vgl. Kapitel D 5 und E 6**).

2 Zum Mikrozensus siehe die Ausführungen im Glossar.

Grafik B 1.3 (G1)

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Regionen Baden-Württembergs 2005



¹⁾Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Mikrozensus.

Methodische Erläuterung

Bevölkerungsvorausrechnung

Die in diesem Bericht für Vorausrechnungen genannten Zahlen basieren auf der Variante 1 der vom Statistischen Landesamt im Oktober 2006 veröffentlichten Vorausrechnung der Bevölkerungszahl. Für diese Vorausrechnung wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die Geburtenrate bleibt bei den heutigen Werten von 1 360 Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren.
- Die Lebenserwartung steigt ähnlich wie in den letzten Jahrzehnten, damit ergäbe sich bis 2050 eine Lebenserwartung für Männer von 84 Jahren und für Frauen von 88 Jahren.
- Der jährliche Zuwanderungssaldo wird bis 2050 mit gleichbleibend + 17 000 Personen angesetzt.

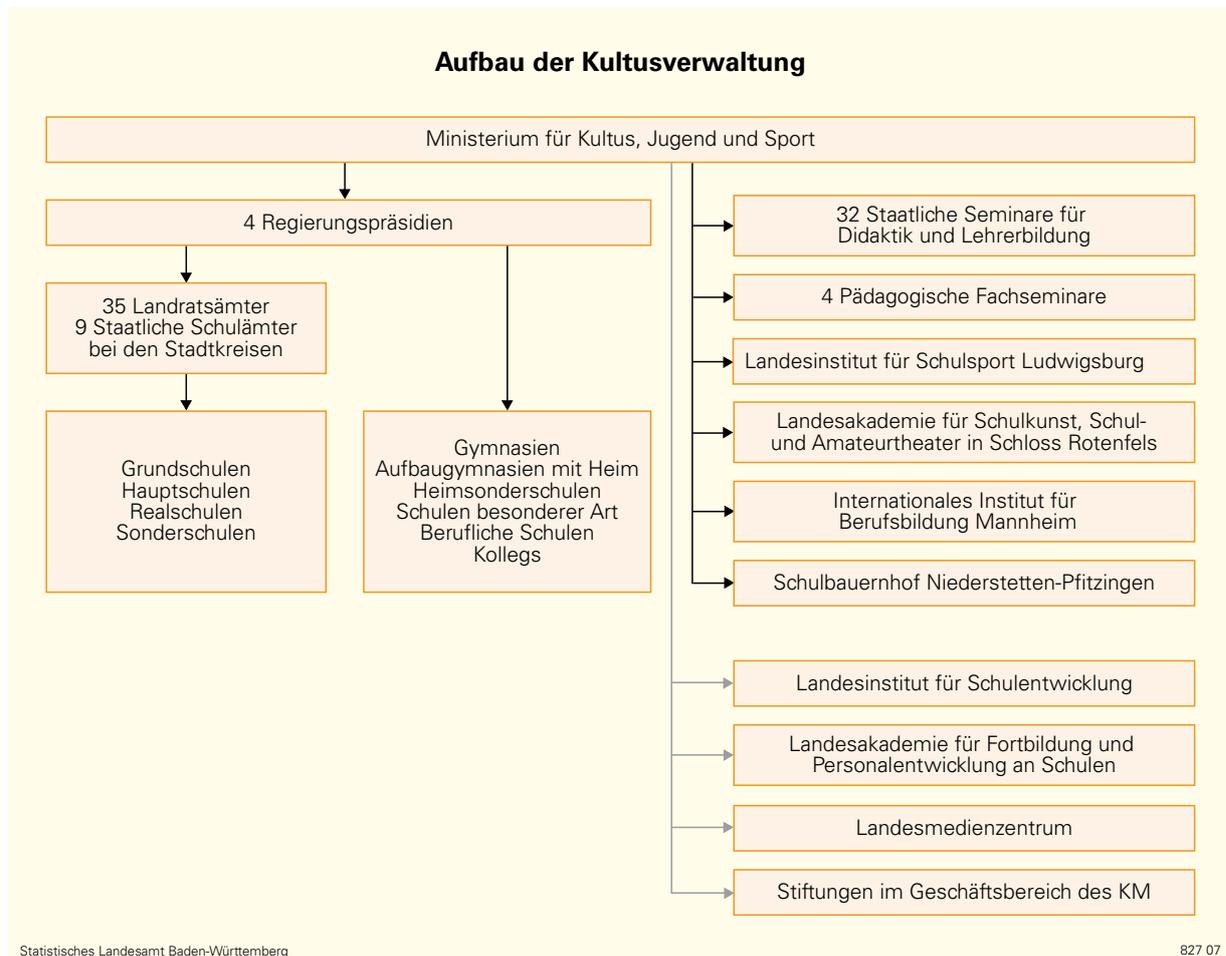
Ausgangspunkt der Berechnung war die Bevölkerung am 31.12.2005.

B 2 Struktur der Kultusverwaltung

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Kultusministerium – ist die oberste Schulaufsichtsbehörde. Zu seinem Geschäftsbereich gehören 32 Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, vier Pädagogische Fachseminare, das Landesinstitut für Schulsport in Ludwigsburg, die Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater in Schloss Rotenfels, das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim, der Schulbauernhof in Niederstetten-Pfizingen sowie – als rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts – das Landesinstitut für Schulentwicklung, die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen und das Landesmedienzentrum (Grafik B 2 (G1)). Dazu kommen Stiftungen, die überwiegend in den Geschäftsbereich des Kultusministeriums fallen, wie zum Beispiel die Schulstiftung Baden-Württemberg.

Die Hauptaufgabe des Kultusministeriums ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des baden-württembergischen Bildungssystems. Das Ministerium übt gemeinsam mit den nachgeordneten Ebenen, den Regierungspräsidien und den Stadt- und Landkreisen, die Aufsicht über das Schulwesen aus. Es definiert die Schulprofile, setzt die Bildungspläne in Kraft, legt die Unterrichtsorganisation fest und gibt Leistungsstandards bei Schulabschlüssen und zentralen Prüfungen vor. Oberste Aufsichtsbehörde ist das Ministerium auch für nichtstaatliche Schulen und Bildungseinrichtungen. Es organisiert oder koordiniert die Lehrerausbildung und -fortbildung, den Schulhausbau sowie Betreuungsangebote in Schulen außerhalb des Unterrichts.

Grafik B2 (G1)



Im Rahmen der ebenfalls im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums liegenden Jugendpolitik werden Schule und außerschulische Jugendarbeit verknüpft mit dem Ziel, die Jugend in die Entwicklung von Gesellschaft und Politik einzubeziehen und ihre Zukunftschancen zu wahren. Auch die Förderung des internationalen Schüler- und Jugendaustauschs, der Jugendkunst- und Musikschulen sowie ehrenamtlicher Aktivitäten gehören in diesen Zusammenhang. Das Kultusministerium ist außerdem zuständig für die Kindergärten, die allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Weiterbildung von Erwachsenen sowie für die Beziehungen des Landes zu den christlichen Kirchen und zu anderen Glaubensgemeinschaften.

Neben dem Schulsport fallen auch die Förderung des Leistungs- und des Breitensports in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und -vereinen, die Kooperation von Schulen und Sportvereinen sowie die finanzielle Unterstützung beim Bau von Sportstätten in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums.

Obere Schulaufsichtsbehörden

Dem Ministerium unmittelbar nachgeordnet sind als Obere Schulaufsichtsbehörden die vier Regierungspräsidien in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen (**Grafik B 2 (G2)**). Mit der 2005 durchgeführten Verwaltungsreform wurden die früheren Oberschulämter jeweils als Abteilung 7 „Schule und Bildung“ in die Regierungspräsidien eingegliedert. Diese Abteilungen haben als Mittelinstanzen zwischen dem Ministerium und den

Kreisen den Auftrag, Aufgaben der Schulaufsicht und Schulverwaltung wahrzunehmen. Für die allgemein bildenden Gymnasien, die beruflichen Schulen, die Heimsonderschulen und die Schulen besonderer Art üben sie unmittelbar die Dienst- und Fachaufsicht aus (**Grafik B 2 (G1)**). Weiterhin liegt bei ihnen die Fachaufsicht über die nachgeordneten unteren Schulaufsichtsbehörden. Tätigkeitsschwerpunkte liegen unter anderem in der Beratung und Unterstützung der Schulen im Rahmen der Schulentwicklung und Qualitätssicherung sowie in der Raumbedarfsplanung für Schulhausneubauten und der anschließenden Planung und Errichtung von Schulen. Einen großen Anteil des Aufgabenbereichs umfassen die Personalangelegenheiten der Lehrkräfte, zum Beispiel im Rahmen der Lehrereinstellung und der Auswahl von Führungspersonal.

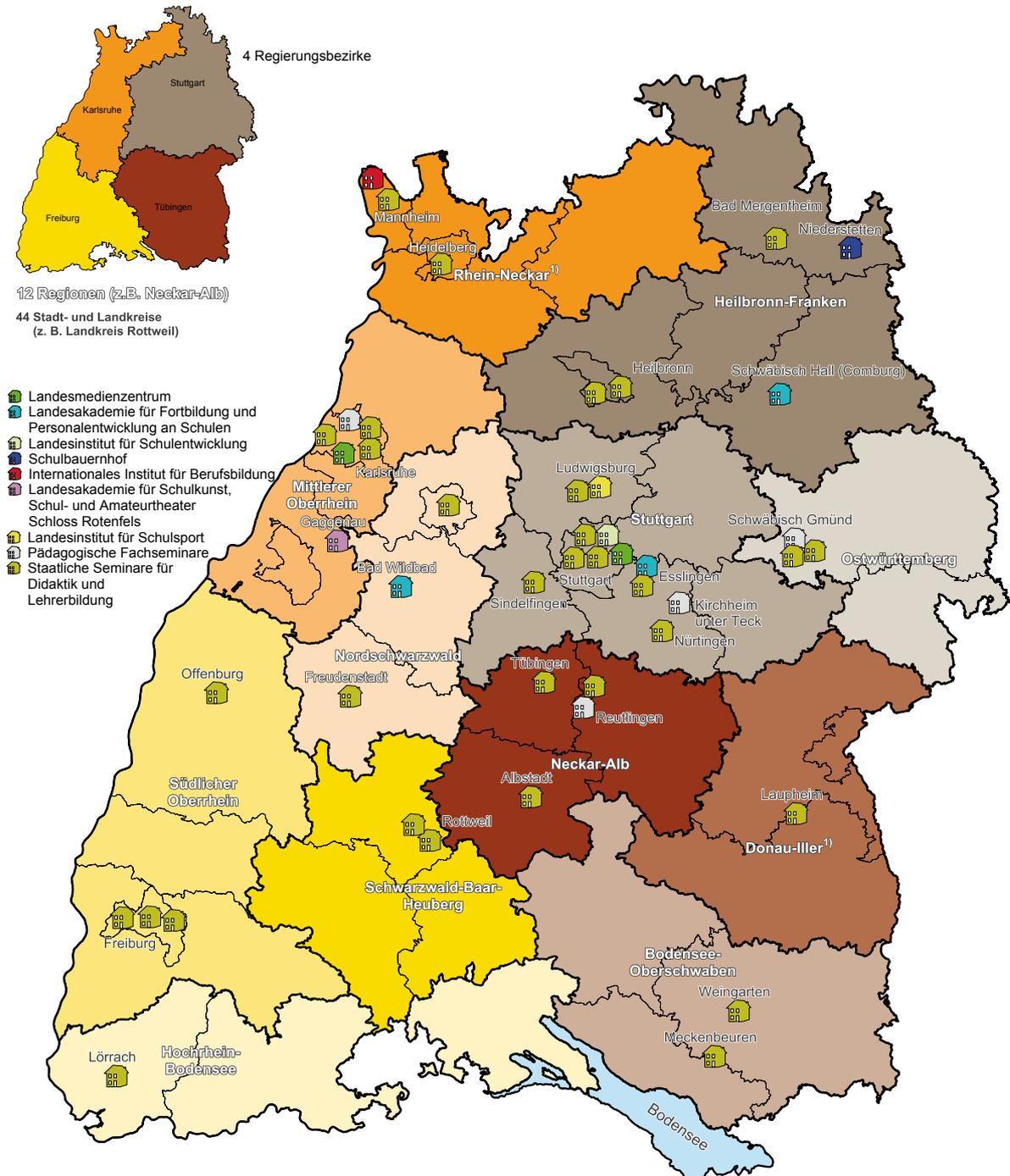
Untere Schulaufsichtsbehörden

Die 44 unteren Schulaufsichtsbehörden – 35 Landratsämter und neun Staatliche Schulämter, die den Stadtkreisen angegliedert sind – sind für die Schulaufsicht über die Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen im jeweiligen Land- bzw. Stadtkreis zuständig (**Grafik B 2 (G2)**). Sie üben ihre Aufgaben dabei in enger Kooperation mit den Regierungspräsidien aus. Dazu gehören die Beratung und Unterstützung der Schulen bei didaktischen und methodischen Fragen des Unterrichts, bei Erziehungsfragen, bei Lern- und Leistungsstörungen von Schülern, bei Schullaufbahnentscheidungen und der Gestaltung von Schulentwicklungsprozessen.

Grafik B2 (G2)

Verwaltungsgliederung und Standorte von Einrichtungen der Kultusverwaltung

Stand: 1. Januar 2007



¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

B 3 Grundzüge des Bildungswesens

B 3.1 Bildungswege

Die Darstellung der Bildungswege in Baden-Württemberg (**Grafik B 3 (G1)**) zeigt die unterschiedlichen Möglichkeiten, einen Abschluss an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen im Land zu erreichen. Im dreigliedrigen Schulsystem Baden-Württembergs steht in der Regel nach dem 4. Schuljahr der Grundschule der Übergang auf eine weiterführende Schule an: Hauptschule, Realschule oder Gymnasium.¹

Viele Alternativen zum Erreichen von allgemein bildenden Schulabschlüssen

Der Beginn einer Laufbahn in einer bestimmten Schulart ist keine Festlegung für einen bestimmten Abschluss. In der baden-württembergischen Schullandschaft gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, um zu ausbildungs- und studienqualifizierenden Abschlüssen zu gelangen.

So kann der mittlere Schulabschluss nicht nur an der Realschule erworben werden, sondern auch an der Hauptschule, wenn die Schüler die entsprechenden Anforderungen erfüllen. In Klassenstufe 8 startet der Zusatzunterricht im Rahmen der Werkrealschule, der bei erfolgreichem Absolvieren des 10. Schuljahres den Erwerb einer dem Realschulabschluss gleichwertigen Qualifikation ermöglicht. Jugendliche, die nach der 10. Klassenstufe das Gymnasium verlassen, erhalten ebenfalls den Realschulabschluss bei erfolgreichem Absolvieren dieser Jahrgangsstufe. Für Hauptschulabsolventen bieten insbesondere die beruflichen Schulen die Chance zum Erwerb eines mittleren Abschlusses: An einer zweijährigen Berufsfachschule oder im Rahmen der dualen Berufsausbildung an einer Berufsschule kann die Fachschulreife erreicht werden. Über den Zweiten Bildungsweg kann man an einer Abendrealschule oder einer Berufsaufbauschule ebenfalls den mittleren Abschluss erwerben.

¹ Integrierte Schulformen, in denen keine explizite Trennung zwischen den Schularten praktiziert wird, sind an öffentlichen Schulen nur in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Mannheim zu finden. Darüber hinaus gibt es eine integrierte Orientierungsstufe in Konstanz. Dort findet der Übergang in getrennte Schularten erst nach Abschluss von Klassenstufe 6 statt.

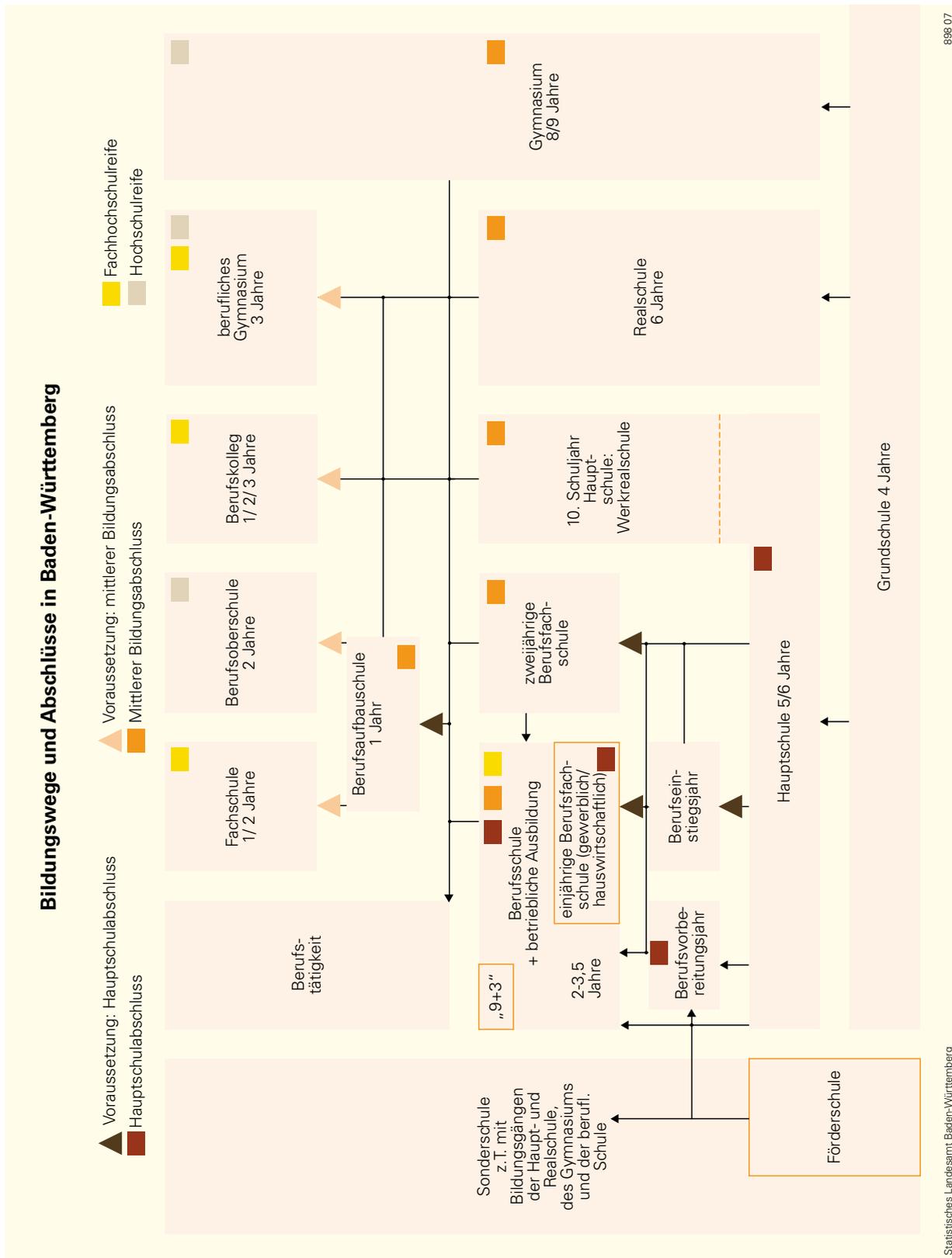
Aufbauend auf den mittleren Abschluss kann der Weg auch über ein berufliches Gymnasium zur allgemeinen Hochschulreife führen. Eine weitere Alternative zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung bieten viele Bildungsgänge an Berufskollegs, bei denen zusätzlich zur vollzeitschulischen Berufsausbildung die Fachhochschulreife angestrebt werden kann. Darüber hinaus bieten auch einige Bildungsgänge an Fachschulen diese Möglichkeit. Zum Zweiten Bildungsweg zählen die „Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife“ ebenso wie die Berufsoberschulen, die die fachgebundene oder – bei zusätzlicher Belegung einer zweiten Fremdsprache – die allgemeine Hochschulreife verleihen können.

Für Jugendliche, die im Rahmen des Besuchs einer allgemein bildenden Schule keinen Abschluss erlangen konnten, sind spezifische Bildungsgänge an beruflichen Schulen eingerichtet. Im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder vergleichbaren Bildungsgängen (zum Beispiel berufsvorbereitende Berufsfachschulen oder einjährige hauswirtschaftliche Berufsfachschulen) kann der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Sofern Jugendliche ohne Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz gefunden haben, können sie diesen auch im Lauf der dualen Ausbildung erwerben. Schüler mit Hauptschulabschluss können im BVJ versuchen, ihre Abschlussnote zu verbessern.

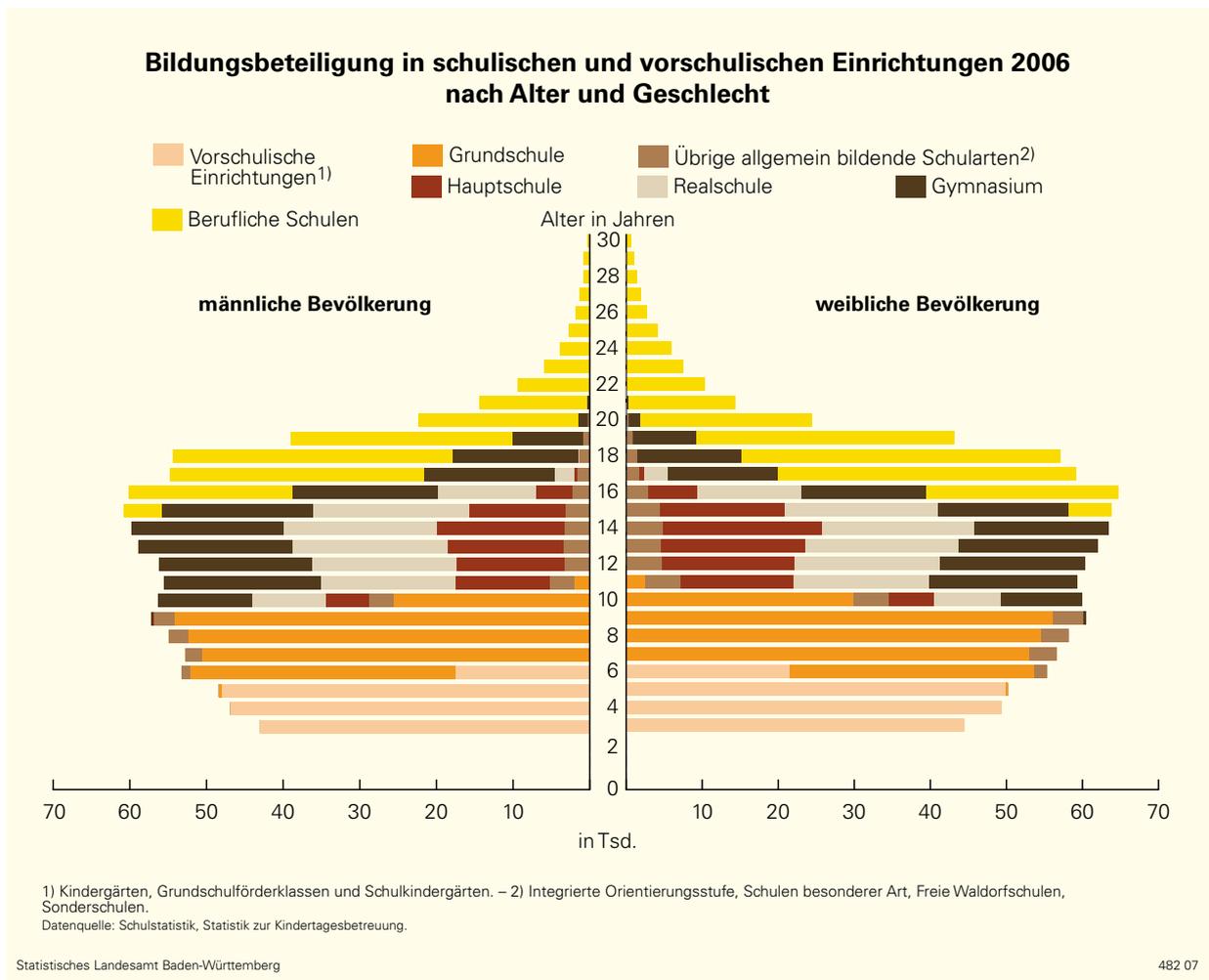
B 3.2 Bildungsbeteiligung

Grafik B 3 (G2) zeigt die Bildungsbeteiligung der Baden-Württemberger im Alter bis zu 30 Jahren auf Basis der Altersgliederung der Bevölkerung am 31. Dezember 2006. Dabei wird der vorschulische Bereich als Teil des Bildungswesens betrachtet. So befindet sich der „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen“ derzeit in der Pilotphase und soll 2009 verbindlich für alle Kindertageseinrichtungen eingeführt werden. Trotz bestehendem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren machten nicht alle Eltern von diesem Recht Gebrauch. Bei den 4- und 5-jährigen Kindern besuchen rund 95 % den Kindergarten oder gehen bereits in die Schule.

Grafik B3 (G1)



Grafik B3 (G2)



Schulpflicht prägt die Bildungsbeteiligung

Vom Besuch der Grundschule an ist bis zum Alter von 15 Jahren eine 100 %-ige Bildungsbeteiligung zu beobachten. Dies liegt an der Schulpflicht, die in Baden-Württemberg mindestens für neun Jahre besteht. Damit ist die Pflicht zum Schulbesuch allerdings noch nicht beendet, denn anschließend beginnt die Berufsschulpflicht, die bis zum 18. Lebensjahr dauert.

Ab dem Alter von 17 Jahren übersteigt die Schülerzahl der beruflichen die der allgemein bildenden Schulen. An allgemein bildenden Schulen sind die Schüler in diesem Alter überwiegend in der Sekundarstufe II, das heißt der Oberstufe der Gymnasien, zu finden. Bei den beruflichen Schulen stellten im Schuljahr 2006/07 sowohl bei den Schülern als auch bei den Schülerinnen die 18-

Jährigen den am stärksten besetzten Jahrgang. Von den 20-jährigen Jugendlichen befanden sich noch fast 37 % in schulischer Ausbildung. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen erlernte dabei einen Beruf im Rahmen des dualen Ausbildungssystems oder an einer beruflichen Vollzeitschule.

Mehr als 1,7 Millionen Schüler im Land

Insgesamt wurden an den allgemein bildenden Schulen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 gut 1,29 Mill. Schüler unterrichtet. Dies sind rund 17 000 weniger als im Schuljahr 2003/04, in dem mit knapp 1,308 Mill. der Höhepunkt im Verlauf der Schülerzahlen seit 1982 zu verzeichnen war. Weitere 6 556 Weiterbildungswillige strebten im Schuljahr 2006/07 an Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs einen Schulabschluss an.

Die beruflichen Schulen im Land wurden im Schuljahr 2006/07 von fast 417 600 Schülern besucht. Darunter befanden sich 8 756 auf dem Zweiten Bildungsweg. Seit dem Schuljahr 1995/96, als 354 900 Schüler unterrichtet wurden, ist hier ein beständiger Anstieg der Schülerzahl zu verzeichnen.

Nicht alle beruflichen Schulen liegen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums. Das Sozialministerium (SM) ist zuständig für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege, für private Fachschulen im Bereich des Sozialwesens sowie für die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Das Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) führt die Aufsicht über die Fachschulen für Landwirtschaft. Im Schuljahr 2006/07 wurden an Schulen in der Zuständigkeit des SM 24 545 Schüler unterrichtet, an Schulen in der Zuständigkeit des MLR 1 119. Dies ist in **Grafik B 3 (G2)** berücksichtigt.

B 3.3 Bildungsstand der Bevölkerung

Eine Bestandsaufnahme des Bildungswesens in Baden-Württemberg wäre unvollständig, wenn sie den Blick nur auf die aktuellen Ergebnisse des Bildungssystems richten würde. Zu einem vollständigen Bild gehört auch die Darstellung des Bildungsstands der Gesamtbevölkerung. Dieser ist zum Teil ein Ergebnis des baden-württembergischen Bildungswesens und seiner Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten. Aber auch länderübergreifende und internationale Wanderungsbewegungen beeinflussen den Bildungsstand. Für ein Land wie Baden-Württemberg, das in der Vergangenheit eine große Anziehungskraft auf Zuwanderer ausübte, gilt dies in besonderem Maß. Über den Bildungsstand gibt der Mikrozensus² Auskunft.

Frauen haben bei der Bildung aufgeholt

Die Bevölkerung Baden-Württembergs weist heute im Durchschnitt einen deutlich höheren formalen Bildungsstand auf als in früheren Jahrzehnten. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2006 besitzen gut 40 % der jungen

Baden-Württemberger im Alter von 20 bis unter 30 Jahren eine Hochschulzugangsberechtigung. Hochschul- bzw. Fachhochschulreife sind damit bei ihnen der am weitesten verbreitete Schulabschluss. Rund 32 % haben einen Realschulabschluss und 25 % den Hauptschulabschluss. Lediglich knapp 3 % können keinen Schulabschluss vorweisen. Mit zunehmendem Alter verlieren jedoch die formal höheren Schulabschlüsse an Bedeutung. Dementsprechend rückt der Hauptschulabschluss in den Vordergrund. Bei den 40- bis unter 50-Jährigen ist der Hauptschulabschluss weiter verbreitet als die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (**Tabelle B 3 (T1) im Anhang**). Von den 60- bis unter 70-Jährigen haben fast zwei Drittel einen Hauptschulabschluss. Die Hochschul- oder Fachhochschulreife besitzen von diesen Jahrgängen nur knapp 15 %.

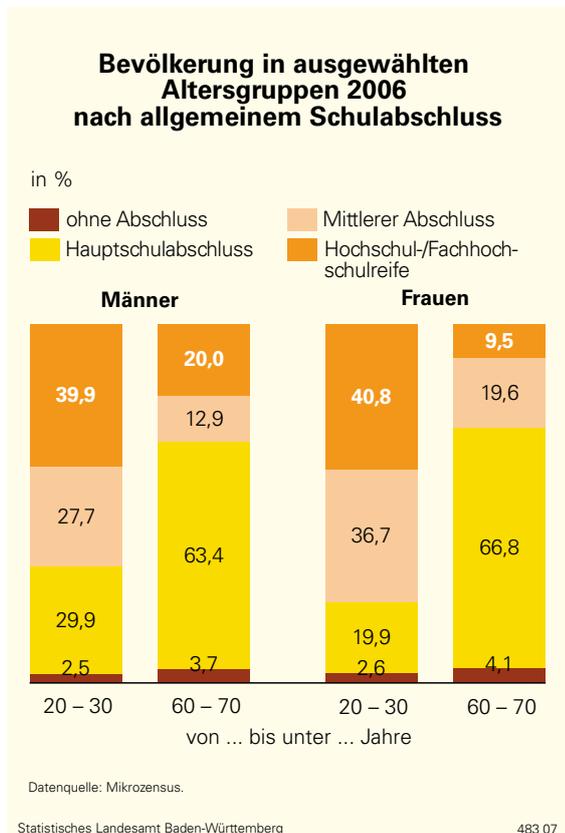
Insbesondere Frauen haben auf dem Gebiet der Bildung stark aufgeholt. In der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen haben mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Bei den jüngeren Jahrgängen nähern sich die Anteile der Männer und Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife immer mehr an. Bei den 20- bis unter 30-Jährigen liegen die Frauen sogar vor den Männern: In dieser Altersgruppe besitzen 41 % der Frauen und 40 % der Männer eine Hochschulzugangsberechtigung (**Grafik B 3 (G3)**).

Ausländische Bevölkerung mit niedrigerem Bildungsniveau

Der Vergleich der schulischen Qualifikation von Deutschen und Ausländern zeigt in einem Punkt eine auffallende Übereinstimmung: 47 % der Deutschen und 48 % der Ausländer besitzen den Hauptschulabschluss (**Grafik B 3 (G4)**). Auch bei den Abschlüssen, die zur Aufnahme eines Studiums berechtigen, liegen sie mit knapp 25 % bzw. etwas mehr als 20 % auf einem vergleichbaren Niveau. Hier wirkt sich die recht hohe Zahl von ausländischen Studierenden aus, die an den Hochschulen im Land einen Abschluss anstreben. Im Wintersemester 2006/07 waren 35 675 ausländische Studierende eingeschrieben. Die in **Kapitel F 2** näher betrachteten Schulabschlüsse vermitteln im Vergleich hierzu ein besseres Bild des Bildungserfolgs der hier im Land aufgewachsenen Ausländer.

2 Zum Mikrozensus siehe die Ausführungen im Glossar.

Grafik B3 (G3)



Beim mittleren Bildungsabschluss – Realschulabschluss oder Fachschulreife – klappt die Schere dagegen weit auseinander. Rund 26 % aller Deutschen in Baden-Württemberg können diesen vorweisen. Von den Ausländern sind es dagegen nur etwa 15 %.

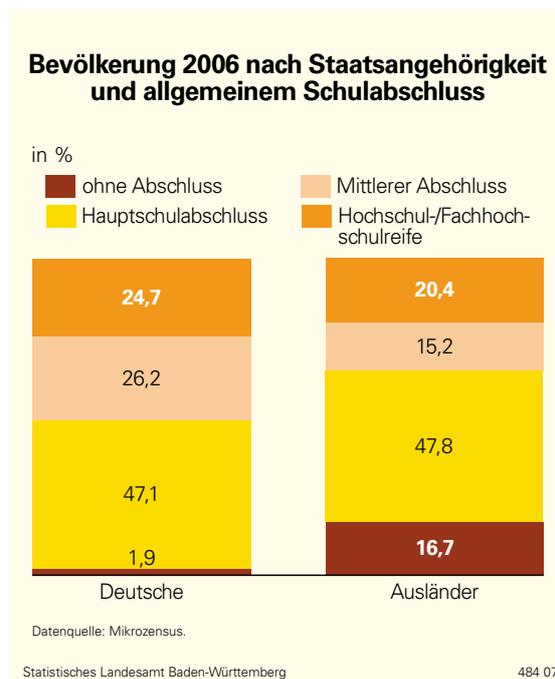
Der deutlichste Unterschied ist bei der Bevölkerung ohne Schulabschluss zu verzeichnen. Lediglich 2 % der Baden-Württemberger mit deutschem Pass gehören zu dieser Gruppe, jedoch fast 17 % der Mitbürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zu einem großen Teil ist dies darauf zurückzuführen, dass in den 1960er- und 1970er-Jahren, in denen viele Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben wurden, eher einfache Arbeitsplätze in der Industrie zu besetzen waren. Dies war die Chance für Personen mit weniger qualifizierten Abschlüssen einen vergleichsweise gut bezahlten Arbeitsplatz in Baden-Württemberg zu finden. Heutzutage ist das Fehlen eines Schulabschlusses insbeson-

dere ein Problem der hier aufwachsenden Generation von Ausländern. Mehr als 30 % der Jugendlichen, die ohne Hauptschulabschluss die allgemein bildenden Schulen verlassen, sind Ausländer. Entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil dürften dies hingegen nur etwa 12 % sein.

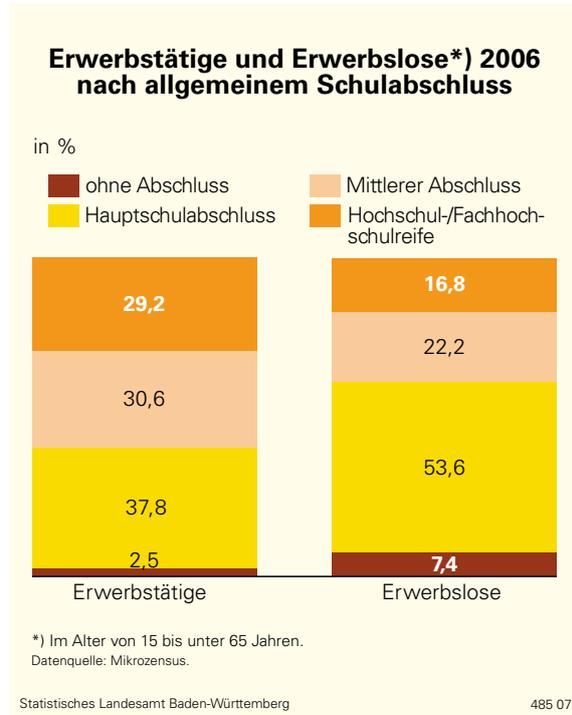
Höhere Bildung vermindert Risiko der Erwerbslosigkeit

Ein höheres Bildungsniveau steigert die Chancen einen Arbeitsplatz zu finden. Entsprechend den Ergebnissen des Mikrozensus konnten unter den Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Jahr 2006 rund 29 % eine Studienberechtigung und knapp 31 % einen mittleren Abschluss vorweisen. Von den Erwerbslosen verfügten nur etwa 17 % über eine Studienberechtigung und 22 % über einen mittleren Abschluss (Grafik B 3 (G5)). Dagegen besaßen mit annähernd 54 % mehr als die Hälfte der Erwerbslosen den Hauptschulabschluss. Unter den Erwerbstätigen lag dieser Anteil mit rund 38 % deutlich darunter. Der Anteil von Personen ohne Schulabschluss war unter den Erwerbslosen

Grafik B3 (G4)



Grafik B3 (G5)



mit gut 7 % annähernd dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen.

Nicht nur das allgemeine Bildungsniveau beeinflusst die Beschäftigungschancen, genauso wichtig ist eine qualifizierte berufliche Ausbildung. So hatten 2006 rund 41 % der Erwerbslosen keine Berufsausbildung, während unter den Erwerbstätigen nur gut jeder fünfte ohne Berufsausbildung war (Tabelle B 3 (T2) im Anhang). Ein Ausbildungsabschluss erhöht dagegen die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein: Annähernd 53 % der Erwerbstätigen hatten eine duale oder vollzeitschulische Berufsausbildung, aber lediglich knapp 47 % der Erwerbslosen. Eine Meister- oder Techniker Ausbildung konnten mehr als 10 % der Erwerbstätigen, aber nur rund 4 % der Erwerbslosen aufweisen. Über einen Fachhoch-/Hochschulabschluss oder über eine Promotion verfügten 16 % der Erwerbstätigen gegenüber 8 % der Erwerbslosen.

C Vorschulische Einrichtungen

C 1 Kinder in Kindertageseinrichtungen

Bevor Kinder das schulpflichtige Alter erreichen, bieten Kindertageseinrichtungen¹ ein vielfältiges Angebot an Betreuungsmöglichkeiten. Weit mehr als die Funktion einer bloßen Beaufsichtigung erfüllen die Tageseinrichtungen den gesetzlichen Auftrag der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Seit einigen Jahren wird dabei besonders der Bildungsaspekt betont. In Baden-Württemberg – hier ist seit dem Jahr 2005 das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport für die Kindergärten zuständig – bildet seit November 2005 der „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder“ einen pädagogischen Rahmenplan, der den Erzieherinnen Impulse zur pädagogischen Begleitung kindlicher Entwicklung zwischen dem dritten Lebensjahr und dem Schulalter bieten soll. Seit 2006 bzw. 2007 laufen mit Unterstützung der Landesregierung auch die Projekte „Schulreifes Kind“ und „Bildungshaus 3 bis 10“, mit denen neue Konzepte der frühkindlichen Bildung erprobt werden.

Mehr als 7 000 Einrichtungen, viele in freier Trägerschaft

Die amtliche Statistik zu den Kindertageseinrichtungen wird seit 2006 nach neuer gesetzlicher Grundlage (Änderungen des SGB VIII – Aachtes Buch Sozialgesetzbuch, §§ 98 - 103) durchgeführt. So werden nun jährlich zum 15. März Angaben zu den Einrichtungen, zu den betreuten Kindern und zum Personal erhoben. In Baden-Württemberg bestanden am Erhebungsstichtag im März 2006 insgesamt 7 661 Tageseinrichtungen für Kinder, in 7 231 von diesen Einrichtungen wurden Kinder im Kindergartenalter (drei Jahre bis Schuleintritt) betreut, entweder ausschließlich oder auch gemeinsam mit jüngeren oder älteren Kindern in altersgemischten Einrichtungen.

Von den Kindertageseinrichtungen haben fast 43 % öffentliche Träger, also Städte und Gemeinden. Bei den freien Trägern dominieren die kirchlichen: 24 % der Einrichtungen werden

vom Caritasverband oder anderen katholischen Institutionen getragen, 21 % von der Diakonie oder anderen evangelischen Einrichtungen. Die restlichen 12 % verteilen sich auf verschiedene, meist kleinere Träger, darunter sind beispielsweise auch Elterninitiativen.

93 % der drei- bis sechsjährigen Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung

Die Zahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder lag im März 2006 in Baden-Württemberg insgesamt bei 387 937, davon waren 344 763 Kinder im „Kindergartenalter“ zwischen drei Jahren und dem Schulbeginn. Für die Drei- bis Sechsjährigen errechnet sich – bezogen auf die Zahl aller Kinder dieser Altersgruppe – eine landesweite Besuchsquote von 93 %, die in den einzelnen Altersjahren jedoch differiert (**Grafik C 1 (G1)**). Während bei den Dreijährigen rund 11 % keine Tageseinrichtung besuchen, trifft dies bei den Vier- und Fünfjährigen nur noch auf rund 5 % dieser

Grafik C1 (G1)



1 Zur Definition vgl. den Eintrag „Kindertageseinrichtungen“ im Glossar.

Kinder zu. Bei den Sechsjährigen zeigt die Besuchsquote von rund 49 %, dass rund die Hälfte dieses Jahrgangs bereits die Schule besucht.

Neben der Regelbetreuung in Kindergärten (vor- und nachmittags ohne Mittagsbetreuung) und der Halbtagsbetreuung weist die Statistik mit 43 % einen großen Anteil von Kindern aus, die mit verlängerten Öffnungszeiten zwischen fünf und sieben Stunden betreut werden. Bei der Ganztagsbetreuung (über sieben Stunden), die 29 988 Kindern – das entspricht einem Anteil von knapp 8 % aller betreuten Kinder – zugute kam, hat sich die Quote in den letzten Jahren kaum erhöht. So wurde bereits 2002 ein Anteil der Ganztagsplätze von knapp über 7 % festgestellt.

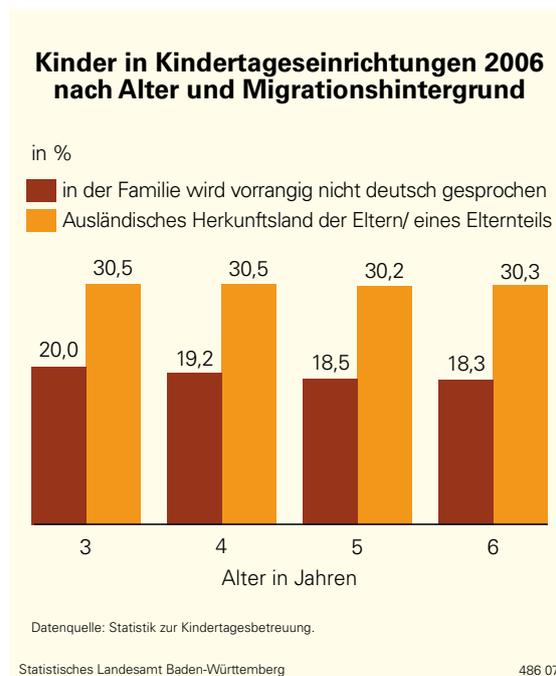
Fast in jeder fünften Familie ist Deutsch nicht die vorrangige Sprache

Auch zum Themenbereich Migrationshintergrund bietet die neue Statistik Informationen.² So wird im Landesdurchschnitt bei rund 19 % der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in der Familie nicht vorrangig deutsch gesprochen (**Grafik C 1 (G2)**). Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede (**Tabelle C 1 (T1) im Anhang**). Hohe Anteile erreichen vor allem die Stadtkreise, zum Beispiel Heilbronn, Stuttgart und Pforzheim mit jeweils über 36 %, während niedrige Anteile vorwiegend in ländlichen Kreisen verzeichnet werden. Die geringsten Werte erreichen die Land-

kreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen mit jeweils rund 10 %.

Die Anteile der Familien mit einem ausländischen Herkunftsland der Eltern bzw. eines Elternteils erreichen mit einem Landesdurchschnitt von über 30 % noch deutlich höhere Werte. Hierbei zeigen sich ebenso wie bei der Sprache große regionale Differenzen: Den höchsten Anteil erreicht die Stadt Heilbronn mit 56 %, den niedrigsten mit 18 % der Landkreis Emmendingen.

Grafik C1 (G2)



2 Siehe die Erläuterungen zum Stichwort „Migrationshintergrund“ im Glossar.

Der Kindergarten Eugenstraße mit Kindergarten Janusz-Korczak in Tübingen

Der städtische interkulturelle Kindergarten Eugenstraße besteht seit September 2002 und wurde im September 2005 durch die Angliederung des ehemals ökumenischen Kindergartens Janusz-Korczak erweitert. Die Anfangsphase des Kindergartens wurde über eine Laufzeit von zwei Jahren wissenschaftlich begleitet durch das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Tübingen. In Kooperation mit den Erziehungswissenschaftlerinnen wurde die ganzheitliche Sprachförderung und die Form der Sprachstandserhebung konzipiert und in den pädagogischen Alltag integriert. Seit September 2006 sind die Kindergärten Eugenstraße und Janusz-Korczak in das Projekt „Schulreifes Kind“ eingebunden, in dem der Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Grundschule vorbereitet und unterstützt wird. In Kooperation mit der Grundschule und mithilfe zusätzlicher Stunden für Erzieherinnen und Lehrerinnen werden die Kinder gezielt gefördert und die Verzahnung der beiden Institutionen verbessert.

Der „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen in Baden-Württemberg“ bildet die Grundlage der pädagogischen Arbeit des Kindergartens. Darüber hinaus ist die Arbeit in den beiden Kindergärten durch die drei Säulen *Interkulturelle Integration, Sprachförderung und Zusammenarbeit mit Eltern* gestützt:

Interkulturelle Integration: Die pädagogischen Fachkräfte sehen sich als Vermittler zwischen den verschiedenen Lebensformen der Kinder und ihrer Familien. Gemeinsam werden Feste verschiedener Kulturen gefeiert, verschiedene Sprachen und kulturelle Inhalte finden sich zum Beispiel im Zählen, in Fingerspielen, Liedern, Büchern, Begrüßungsritualen. Mit Rollenspielen, Tänzen und Elementen aus der Theaterpädagogik werden die Kinder für unterschiedliche kulturell geprägte nonverbale Ausdrucksweisen und Umgangsformen sensibilisiert.



Sprachförderung: Eine ganzheitliche Sprachförderung ist durch gezielte und offene Angebote in den Kindergartenalltag integriert: Zum Beispiel in Gesprächsrunden, beim Vorlesen und Erzählen, beim gemeinsamen Kochen und Backen, bei regelmäßigen Projekten wie zum Beispiel Bilderbuchkino oder Obst- und Gemüsewochen. Die Präsenz der Muttersprachen ist fester Bestandteil des Sprachförderkonzepts. Das pädagogische Fachpersonal versteht sich als Sprachvorbild und bietet den Kindern ein umfangreiches Angebot an Kommunikationsformen. Einmal wöchentlich stehen Kindern und Eltern eine Schul- sowie eine Kindergartenbibliothek zur Verfügung.

Zusammenarbeit mit Eltern: Besonderer Wert wird auf eine lebendige Erziehungspartnerschaft gelegt. Durch eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre können Erziehungsziele und -praktiken aufeinander abgestimmt werden. Die pädagogischen Ziele und die Arbeit der beiden Einrichtungen werden durch Informationswände im Kindergarten transparent gemacht. Sie informieren über Wochenpläne, pädagogische Angebote, Eltern-Aktivitäten, Projekte, etc. Die Qualität der Zusammenarbeit wird im gemeinsamen Dialog mit den Eltern weiter entwickelt.

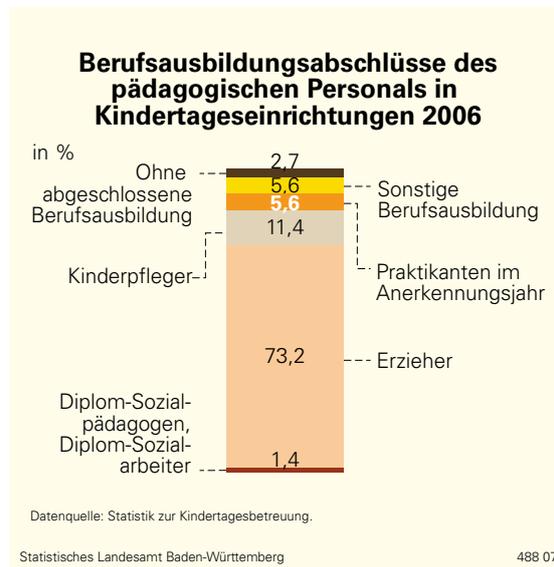
C 2 Personal in Kindertageseinrichtungen

Pädagogisches Personal fast ausschließlich weiblich

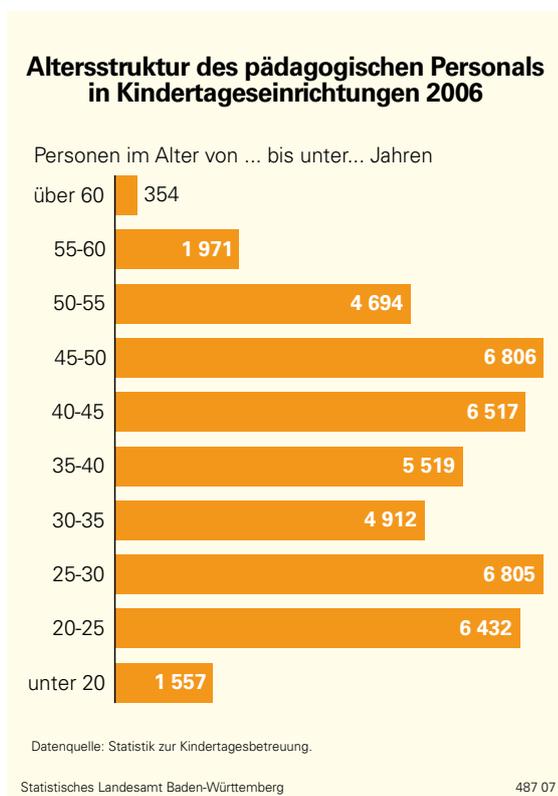
Insgesamt sind in den Kindertageseinrichtungen 53 892 Personen beschäftigt, davon sind 45 567 im pädagogischen Bereich tätig, 7 314 für hauswirtschaftliche und technische Aufgaben sowie 1 011 für Verwaltung oder als freigestellte Einrichtungsleitung. Da 54 % der Beschäftigten in Teilzeit arbeiten, ist die rechnerische Zahl an Vollzeitstellen wesentlich geringer. Beim pädagogischen Personal errechnet sich, bezogen auf eine Arbeitszeit von 39 Wochenstunden, ein Wert von 35 568 Vollzeitäquivalenten.

In Kindertageseinrichtungen sind überwiegend Frauen beschäftigt. Beim pädagogischen Personal beträgt deren Anteil fast 98 %, während hierfür nur 1 041 Männer in Kindertageseinrichtungen tätig sind. Die Alterszusammensetzung des pädagogischen Personals zeigt folgendes Bild (Grafik

Grafik C2 (G2)



Grafik C2 (G1)



C 2 (G1)): 17 % der Beschäftigten sind jünger als 25 Jahre, das sind deutlich weniger als in früheren Jahren. Der Anteil der 25- bis 40-Jährigen blieb konstant bei rund 38 %, während die Altersgruppe der 40- bis 55-Jährigen inzwischen auf einen Anteil von über 40 % gestiegen ist. Diese Entwicklungen deuten auf einen häufigeren Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit und auf eine gestiegene Verweildauer des Personals in den Kindertageseinrichtungen hin.

Erzieherinnen stellen beinahe drei Viertel des pädagogischen Personals

In Baden-Württemberg dominiert beim pädagogischen Personal in den Kindertageseinrichtungen traditionell die Erzieherinnenausbildung: 73 % der Beschäftigten haben die Erzieherinnenausbildung an einer Fachschule absolviert (Grafik C 2 (G2)). Die Kinderpflegerinnen sind mit 11 % aller Beschäftigten die zweitgrößte Gruppe. Die Anteile dieser beiden Berufsabschlüsse sind gegenüber früheren Erhebungen nochmals leicht gestiegen. Alle anderen Berufsausbildungen sind nur mit sehr geringen Anteilen vertreten. Der Anteil von Personen mit einer Hochschul- oder Fachhochschulausbildung liegt bei rund einhalb Prozent.

C 3 Grundschulförderklassen und Schulkindergärten

Als weitere vorschulische Einrichtungen sind neben den Kindertageseinrichtungen die Grundschulförderklassen zu nennen. Hier werden Kinder im schulpflichtigen Alter, die vom Schulbesuch zurückgestellt sind, in ihrer Entwicklung so gefördert, dass eine Aufnahme in die Grundschule möglich wird. Schulpflichtige Kinder mit Behinderungen, die aufgrund ihrer Behinderung vom Schulbesuch zurückgestellt sind, sowie behinderte Kinder im Vorschulalter werden in Schulkindergärten entsprechend ihren Bedürfnissen gefördert. Therapeutische Angebote in den Bereichen Krankengymnastik, Ergotherapie und Logopädie sind in das pädagogische Gesamtkonzept integriert. Die Statistik zu den Grundschulförderklassen und den Schulkindergärten wird jährlich nach dem Schulgesetz des Landes in Verbindung mit der Verordnung über statistische Erhebungen an Schulen erhoben.

Fast 4 400 Kinder in Grundschulförderklassen

Im Schuljahr 2006/07 wurden in Baden-Württemberg 4 363 Kinder in Grundschulförderklassen betreut. Damit setzte sich der leicht ansteigende Trend des Vorjahres fort (Grafik C 3 (G1)). Vom Schuljahr 2001/02 hatte die Zahl der Kinder bis zum Schuljahr 2004/05 beständig Werte um 4 000 angenommen. Mit einem Anteil von rund 68 % waren Jungen deutlich in der Überzahl gegenüber Mädchen (Tabelle C 3 (T1) im Anhang). Etwa ein Viertel der Kinder besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit.

An den 241 Standorten an öffentlichen Schulen bestanden 295 Klassen, in denen im Mittel 18,1 Kinder betreut wurden. Die durchschnittliche Klassengröße reichte von zehn Kindern in der Stadt Heidelberg bis zu zwanzig Kindern im Enzkreis.

Von insgesamt 722 Personen des Lehr- und Erziehungspersonals waren fast zwei Drittel Lehrer und knapp 28 % Erzieher. 95 % des pädagogischen Personals war weiblich. Nur 22 % der Beschäftigten waren in Vollzeit tätig und 16 % in Teilzeit. Der überwiegende Anteil von 62 % war dagegen lediglich stundenweise beschäftigt.

Mehr als zwei Drittel der Kinder in Schulkindergärten sind Jungen

In 246 öffentlichen und privaten Schulkindergärten wurden im Schuljahr 2006/07 insgesamt 4 527 Kinder in rund 683 Gruppen betreut (Grafik C 3 (G1)). Seit dem Schuljahr 2003/04 ist hier ein recht konstantes Niveau zu verzeichnen. Mit einem Anteil von rund 68 % wurden auch diese Einrichtungen deutlich häufiger von Jungen als von Mädchen besucht (Tabelle C 3 (T1) im Anhang). Der Ausländeranteil lag mit 12 % deutlich unter dem der Grundschulförderklassen.

Die Förderung und Betreuung erfolgt in Kleingruppen, die im Landesdurchschnitt 6,6 Kinder umfassten. Von den in Schulkindergärten betreuten Kindern waren 29 % sprachbehindert, 28 % geistig behindert, 26 % körperbehindert, 6 % benötigten Erziehungshilfe, 5 % waren hörgeschädigt, 5 % litten unter einer Lernbehinderung und 1 % waren blind bzw. sehbehindert.

Grafik C3 (G1)



D Allgemein bildende Schulen

D 1 Grundschule

D 1.1 Einschulung

Im September des Schuljahres 2006/07 wurden in Baden-Württemberg 113 997 Kinder eingeschult, davon mit knapp 95 % die allermeisten an einer Grundschule, 1,6 % an einer Freien Waldorfschule und 3,8 % an einer Sonderschule. Vor zehn Jahren verteilten sich die Schulanfänger noch zu 96 % auf die Grundschulen, nur zu 1,3 % auf die Freien Waldorfschulen und zu 2,8 % auf die Sonderschulen. Da die meisten Kinder ihren ersten Schultag an einer Grundschule feiern, wird sich das Kapitel im Folgenden auf diese Schulart konzentrieren.

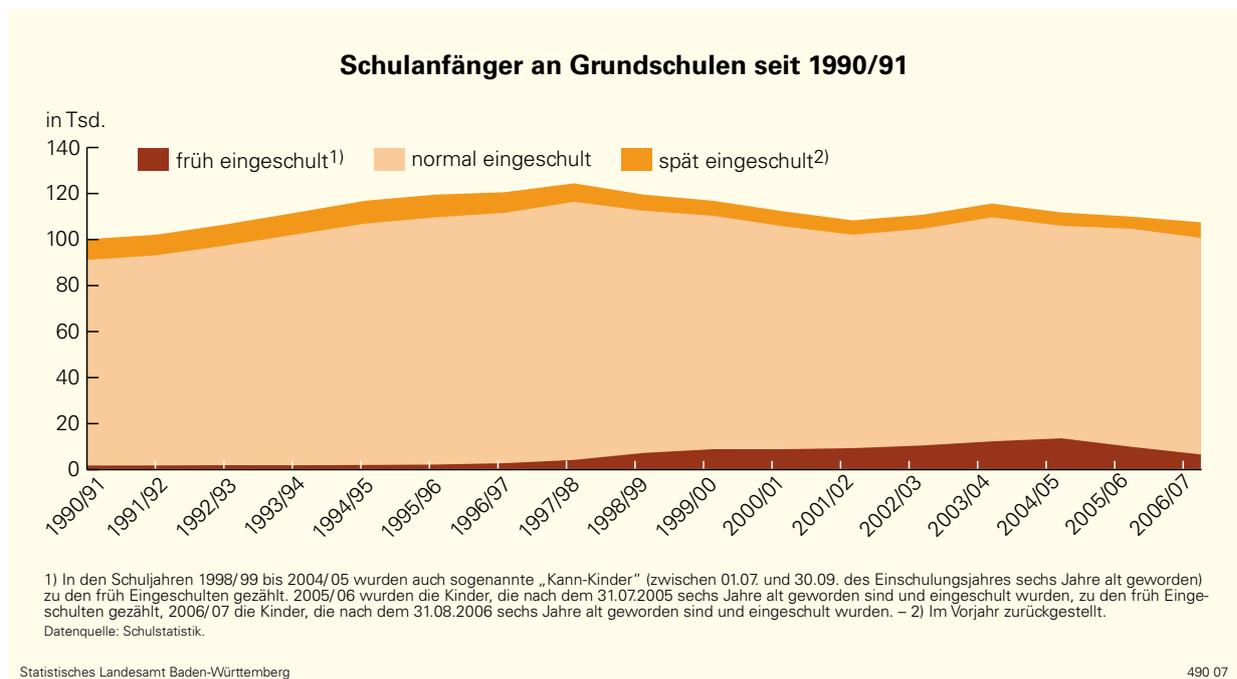
Mehr Rückstellungen seit der Erweiterung der Schulpflicht

Erstmals schulpflichtig waren insgesamt 103 800 Kinder. So viele waren zwischen dem 1. August 2005 und dem 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden und nicht im Vorjahr schon freiwillig

früher eingeschult worden. Allerdings wurden 9 106 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Dies waren fast 9 % der erstmals Schulpflichtigen und somit die höchste Rückstellungsquote seit 1994. Schon im Vorjahr, als der Einschulungstichtag um einen Monat erweitert und auf den 31. Juli gelegt worden war, war der Anteil der Zurückgestellten auf gut 7 % angestiegen. Hier war wohl bei den Eltern, deren Kinder im Juli oder August sechs Jahre alt geworden sind, noch eine gewisse Verunsicherung vorhanden, ob die Kinder auch wirklich schon schulreif sind. Offenbar haben daher einige von ihnen ihr Kind lieber zurückstellen und erst ein Jahr später einschulen lassen.

Wie in den Vorjahren auch, wurden Jungen deutlich häufiger als nicht schulreif eingestuft und vom Schulbesuch zurückgestellt als Mädchen: elf von 100 Jungen wurden zurückgestellt, obwohl sie dem Alter nach schulpflichtig gewesen wären, aber nicht einmal sieben von 100 Mädchen ([Tabelle D 1.1 \(T1\) im Anhang](#)).

Grafik D1.1 (G1)



Trend zur Früheinschulung seit der Erweiterung der Schulpflicht gebrochen

An den öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes wurden im Herbst 2006 insgesamt 107 842 Schulanfänger eingeschult. Das waren gut 2 % weniger als im Vorjahr. Damit hat sich der seit 2003 neuerlich einsetzende Abwärtstrend bei der Zahl der Schulanfänger weiter fortgesetzt. Anfang der 90er-Jahre war die Zahl der ABC-Schützen noch von Jahr zu Jahr gestiegen, bis auf fast 125 000 im Jahr 1997. Seit 1997 gingen die Einschulungen dann zurück, mit zwei Unterbrechungen in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 (Grafik D 1.1 (G1)).

Die Einschulungen setzten sich zusammen aus

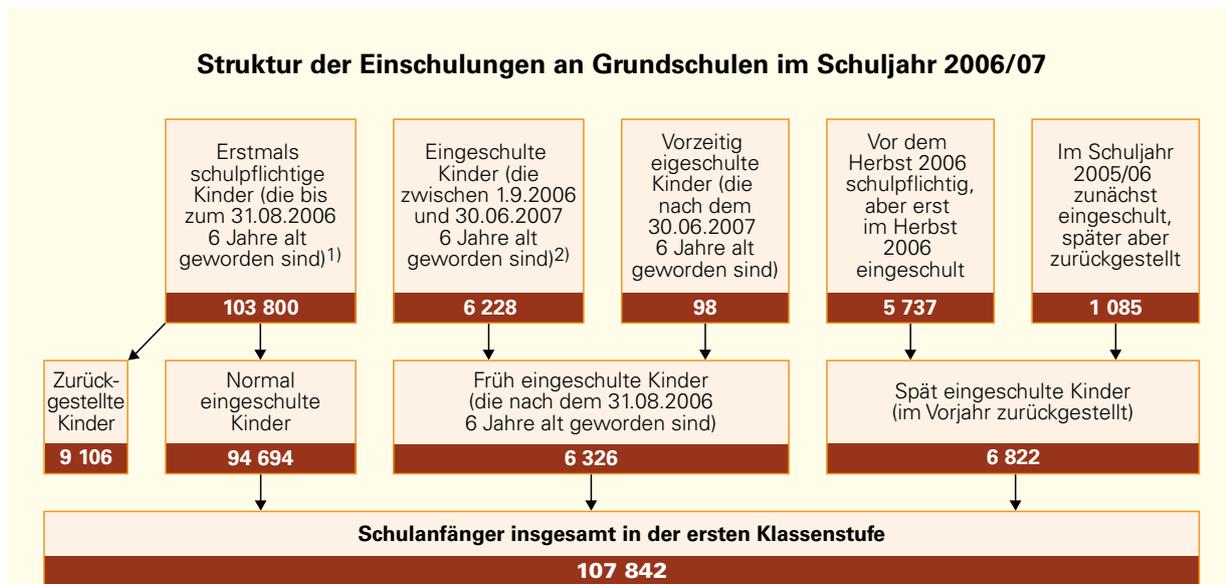
- 94 694 bzw. 88 % „normal“ Eingeschulten (erstmalig schulpflichtig und bis 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden),
- 6 326 bzw. 6 % „früh“ Eingeschulten (nach dem 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden) und

- 6 822 bzw. gut 6 % „spät“ eingeschulten (im Vorjahr zurückgestellten) Kindern (Grafik D 1.1 (G2)).

Während der Anteil der früh eingeschulten Kinder von 1,5 % im Jahr 1994 auf rund 12 % im Jahr 2004 kontinuierlich zugenommen hatte, sank er 2005 auf knapp 9 % und 2006 sogar auf etwa 6 %. Damit ist der langjährige Trend zur Früheinschulung gebrochen. Dies dürfte – ähnlich wie bei den Rückstellungen der erstmals Schulpflichtigen – eine Folge der Verlegung der Stichtage um jeweils einen Monat auf den 31. Juli 2005 bzw. 31. August 2006 sein. Die absoluten Rückgänge entsprechen in etwa dem Monatsdurchschnitt der „Kann-Kinder“ im Jahr 2004. Unter den früh Eingeschulten waren 98 Kinder, die erst nach dem 30. Juni 2007, also erst zum Ende ihres ersten Schuljahres oder später, sechs Jahre alt geworden waren.

Andererseits war seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der spät eingeschulten Kinder, die im Vorjahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden,

Grafik D1.1 (G2)



1) Kinder, die bereits im Jahr 2005 frühzeitig eingeschult wurden, sind nicht mit eingerechnet. – 2) Mit der Anmeldung werden auch diese Kinder schulpflichtig.
 Datenquelle: Schulstatistik.

tendenziell rückläufig, von 9 % im Jahr 1990 auf knapp 5 % im Jahr 2005. Dieser Trend wurde im Jahr 2006 deutlich unterbrochen, der Anteil der spät Eingeschulten stieg auf über 6 %.

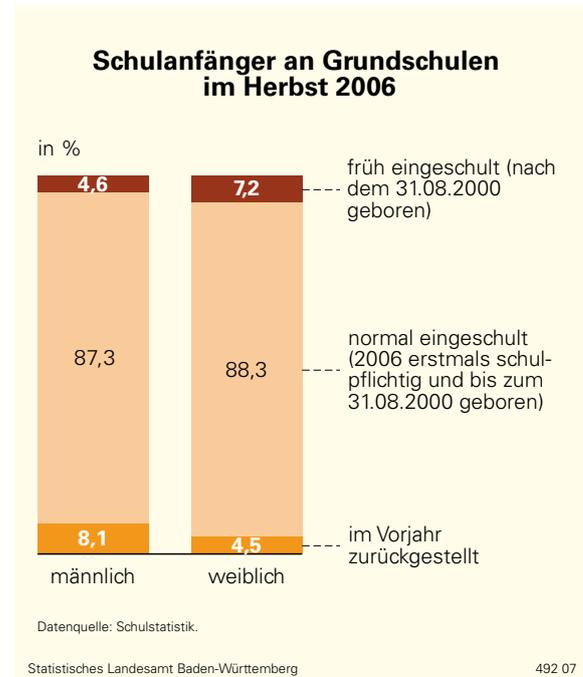
Mädchen werden häufiger früh und seltener spät eingeschult als Jungen

Bei den Einschulungen gab es deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Die Anteile der normalen Einschulungen lagen bei Jungen und Mädchen noch auf recht ähnlichem Niveau (87 % bei den Jungen, 88 % bei den Mädchen). Aber nur knapp 5 % der Jungen waren früh eingeschult worden, im Gegensatz zu gut 7 % der Mädchen. Entsprechend war der Anteil der im Vorjahr Zurückgestellten bei den männlichen Schulanfängern mit gut 8 % merklich höher als bei den weiblichen mit knapp 5 %. Diese Struktur wird auch durch die Ergebnisse früherer Jahre bestätigt (Grafik D 1.1 (G3)).

Regional große Unterschiede bei der Struktur der Einschulungen

Die anteilmäßig meisten früh Eingeschulten unter den Stadt- und Landkreisen wiesen die akademisch geprägten Stadtkreise Heidelberg und Freiburg im Breisgau auf (gut 12 % und fast 11 %). Die geringsten Anteile sind dagegen mit

Grafik D1.1 (G3)



gut 3 % im Landkreis Freudenstadt, im Schwarzwald-Baar-Kreis, im Neckar-Odenwald-Kreis und im Landkreis Waldshut zu beobachten. Den höchsten Anteil an spät eingeschulten Kindern verzeichnete der Landkreis Lörrach mit gut 9 %, den niedrigsten der Landkreis Schwäbisch Hall mit rund 4 % (Tabelle D 1.1 (T2) im Anhang).

Stichtagsflexibilisierung und andere Wege zu einer früheren Einschulung

Die Diskussion um das relativ hohe Einschulungsalter sowie die langen Schul- und Ausbildungszeiten, die Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarstaaten hat, veranlasste die Kultusministerkonferenz im Oktober 1997, eine Lockerung der Stichtagsregelung bei der Einschulung zu empfehlen. Die Länder können seitdem eine Stichtagsverlegung vornehmen oder einen zweiten Stichtag einführen.

Bereits seit dem Schuljahr 1997/98 erproben ausgewählte Grundschulen in Baden-Württemberg im „Schulanfang auf neuen Wegen“ neue Formen der Einschulung. Im „Modell A1“ werden die Klassenstufen 1 und 2 zu einer jahrgangsgemischten „Eingangsstufe“ zusammengefasst, ohne vorher die Schulfähigkeit der Kinder zu überprüfen. Diese Eingangsstufe kann ein bis drei Jahre dauern und hat insbesondere das Ziel, die verschiedenen Lernvoraussetzungen der Kinder zu berücksichtigen. An einigen Grundschulen gibt es im „Modell A2“ zusätzlich einen zweiten Einschulungstermin zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres. Dadurch soll der Einschulungszeitpunkt besser an die Entwicklungsvoraussetzungen des Kindes angepasst werden. Im „Modell B“ erfolgt eine enge Verzahnung zwischen einer Grundschulförderklasse und der Grundschule. Darüber hinaus können Grundschulen weitere Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel vorzeitige Einschulung, erweiterte Kooperationen mit Kindergärten oder flexible Einschulung erproben („Modell C“).

Im Projekt „Schulreifes Kind“ werden Kindergartenkinder im Jahr vor der Einschulung in verschiedenen Modellen auf den Schuleinstieg vorbereitet. Diese Kinder zählen in der amtlichen Schulstatistik nicht als Schüler. Im Herbst 2006 startete dieses Modellprojekt an 50 Standorten mit 61 Grundschulen und 158 Kindergärten. Im Schuljahr 2007/08 nehmen 265 Grundschulen und 592 Kindergärten an 245 Standorten teil.

Ab Herbst 2007 beteiligen sich an insgesamt 23 Standorten 34 Kindertageseinrichtungen und 23 Grundschulen am Modellprojekt „Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige“. Hier lernen und spielen Kinder der beteiligten Einrichtungen in jahrgangsgemischten Gruppen miteinander. Die individuellen Entwicklungsverläufe der Kinder werden in strukturierter Form dokumentiert, um die optimale Entwicklung der Kinder zu fördern.

Die Stichtagsregelung wurde seit 1998 zunehmend flexibilisiert. Vor 1998 war schulpflichtig, wer bis zum 30.06. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden war. Wer später geboren wurde und eingeschult werden wollte, musste sich erst testen lassen. Von 1998 bis einschließlich 2004 galt die sogenannte „Kann-Kinder-Regelung“. Danach konnten die Eltern frei und ohne weitere behördliche Prüfung entscheiden, ob sie ihre Kinder, die in den Monaten Juli, August oder September des Einschulungsjahres sechs Jahre alt wurden, zum Schulbesuch anmelden oder nicht. Mit der Anmeldung wurden diese Kinder dann schulpflichtig. Grundsätzlich schulpflichtig waren alle Kinder, die bis zum 30.06. des Einschulungsjahres das sechste Lebensjahr vollendet hatten. Zum Schuljahr 2005/06 ist dann eine umfangreiche Stichtagsflexibilisierung in Kraft getreten: Der Stichtag wurde stufenweise verlegt auf den

31.07.2005 im Schuljahr 2005/06,

31.08.2006 im Schuljahr 2006/07 und

30.09.2007 im Schuljahr 2007/08.

Schulpflichtig wird auch, wer bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet hat und von den Erziehungsberechtigten in der Grundschule angemeldet wird.

D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen

Im Schuljahr 2006/07 verfügte Baden-Württemberg über 2 552 Grundschulen mit 447 796 Schülern. Seit dem Schuljahr 1998/99, in dem 486 737 Grundschüler unterrichtet wurden, schlagen sich die rückläufigen Geburtenzahlen in entsprechend sinkenden Schülerzahlen nieder. Lediglich im Schuljahr 2005/06 war im Vergleich zum Vorjahr ein minimaler Anstieg zu verzeichnen. Der Grund hierfür war allerdings hauptsächlich die Verlegung des Einschulungstichtags (siehe Kapitel D1.1).

Schülerzahlen von Geburtenentwicklung geprägt

Die Entwicklung der Schülerzahl an den Grundschulen wird fast ausschließlich von der Geburtenentwicklung bestimmt. Die geburten-schwachen Jahrgänge in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre und zu Beginn der 80er-Jahre führten hier im Schuljahr 1985/86 zur bisher niedrigsten in Baden-Württemberg zu beobachtenden Schülerzahl von nur 347 504 (Tabelle D 1.2 (T1) im Anhang). Zu Beginn der 70er-Jahre lag die Schülerzahl dagegen noch weit über 600 000 mit der Spitze von 632 716 im Schuljahr 1971/72.

Steigende Zahl privater Grundschulen

Die 66 Grundschulen in freier Trägerschaft wurden im Schuljahr 2006/07 von 7 568 Schülern besucht. Damit hat sich die Schülerzahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 annähernd verdoppelt. Der Anteil an der gesamten Schülerschaft der Grundschulen liegt dennoch nur bei knapp 2 %. Viele dieser privaten Einrichtungen verfolgen ein besonderes pädagogisches Konzept oder sind von einem kirchlich orientierten Träger gegründet worden.

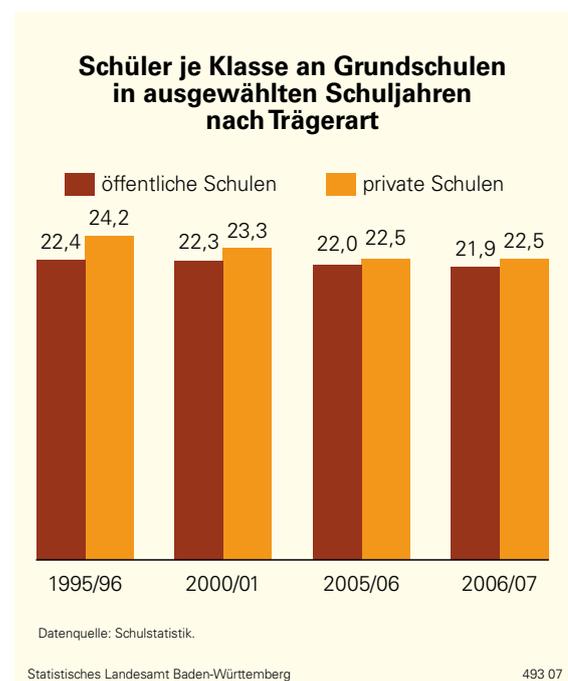
Trotz der gestiegenen Zahl privater Grundschulen ist noch nicht in jedem Kreis des Landes eine solche Einrichtung vorhanden (Tabelle D 1.2 (T2) im Anhang): In acht Landkreisen sowie in den Städten Mannheim und Pforzheim gibt es derzeit kein entsprechendes Angebot. Die höchsten Schülerzahlen sind in den Landkreisen Ravensburg und Reutlingen sowie in der Landeshauptstadt Stuttgart zu verzeichnen.

Im Landesdurchschnitt rund 22 Schüler je Klasse

Durchschnittlich waren im Schuljahr 2006/07 rund 22 Schüler in einer Grundschulklasse zu finden. Dieser Wert blieb damit in etwa auf dem Vorjahresniveau. Seit einiger Zeit ist ein leichter Rückgang der Schülerzahl je Klasse zu beobachten. Im Schuljahr mit der in den letzten Jahren höchsten Schülerzahl, 1998/99, lag der Durchschnitt bei 22,6 Schülern je Klasse. Seitdem ist der Wert auf 21,9 Schüler je Klasse gesunken.

In privaten Grundschulen sind meist mehr Schüler pro Klasse zu finden als in öffentlichen. Allerdings hat sich das Niveau in den letzten Jahren deutlich angenähert (Grafik D 1.2 (G1)). Im Schuljahr 1995/96 lag der Durchschnitt der privaten Grundschulen mit 24,2 Schülern je Klasse noch um 1,8 über dem Wert der öffentlichen Schulen. 2006/07 hatte sich der Abstand auf 0,6 Schüler je Klasse verringert. Möglicherweise hängt dies mit dem Ausbau des Angebots an privaten Grundschulen in diesem Zeitraum zusammen. Neu gegründete Schulen weisen anfangs häufiger noch kleinere Klassen auf.

Grafik D1.2 (G1)



Trend der Schülerzahlen zeigt differenzierte Entwicklungen in den Stadt- und Landkreisen

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen prägt auch auf Kreisebene den Verlauf der Schülerzahlen an den Grundschulen: So weist unter den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2006/07 allein die Stadt Freiburg im Breisgau mit 5 % einen Zuwachs auf (**Grafik D 1.2 (G2)**). In der Stadt Heilbronn sowie in den Landkreisen Konstanz und Tuttlingen ist die Schülerzahl bei einem Rückgang von weniger als 2 % noch relativ stabil geblieben. In Baden-Württemberg insgesamt ist die Anzahl der Grundschüler in diesem Zeitraum um 6 % zurückgegangen. Im Zollernalbkreis wurden dagegen rund 16 % weniger Grundschüler gezählt – der mit Abstand größte Rückgang in allen Kreisen. Mit einem Minus von annähernd 12 % folgen die Landkreise Heidenheim und Freudenstadt.

Tendenziell sank die Schülerzahl in den kreisfreien Städten weniger stark als in den Landkreisen. Mit Ausnahme der Stadt Mannheim (über 9 % Minus) verzeichneten alle kreisfreien Städte des Landes einen geringeren Schülerschwund als der Landesdurchschnitt – im Fall von Freiburg im Breisgau sogar noch einen Zuwachs. Die Kreise, in denen der Rückgang bei mehr als 10 % lag, sind dagegen eher ländlich geprägt. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in Kreisen mit bisher noch relativ höheren Geburtenzahlen diese nun ebenfalls deutlicher absinken. In den Städten war bereits früher ein vergleichsweise niedriges Geburtenniveau erreicht worden.

Fremdsprachen bereits ab der ersten Klasse

Die Schüler erlernen seit dem Schuljahr 2003/04 bereits in der Grundschule, der Förderschule sowie in der Sonderschule mit Bildungsgang Grundschule ab Klasse 1 eine erste Fremdsprache. Dabei wird an den Schulen am Oberrhein mit Französisch begonnen, mit Englisch in den Schulen der anderen Landesteile. Der Landkreis Karlsruhe ist dabei in etwa geteilt (**Grafik D1.2 (G3)**). Somit erlernen etwa 83 % der Schüler Englisch als erste Fremdsprache und die übrigen rund 17 % Französisch.

Neben den oben genannten Schularten bieten auch die Freien Waldorfschulen das Erlernen von Fremdsprachen bereits ab dem ersten Schuljahr an. In der Regel wird dort sogar mit zwei Fremdsprachen begonnen. Neben Englisch und Französisch kann dort auch Russisch als erste Fremdsprache gewählt werden. Im Schuljahr 2006/07 erhielten dort 541 Erstklässler Russischunterricht.

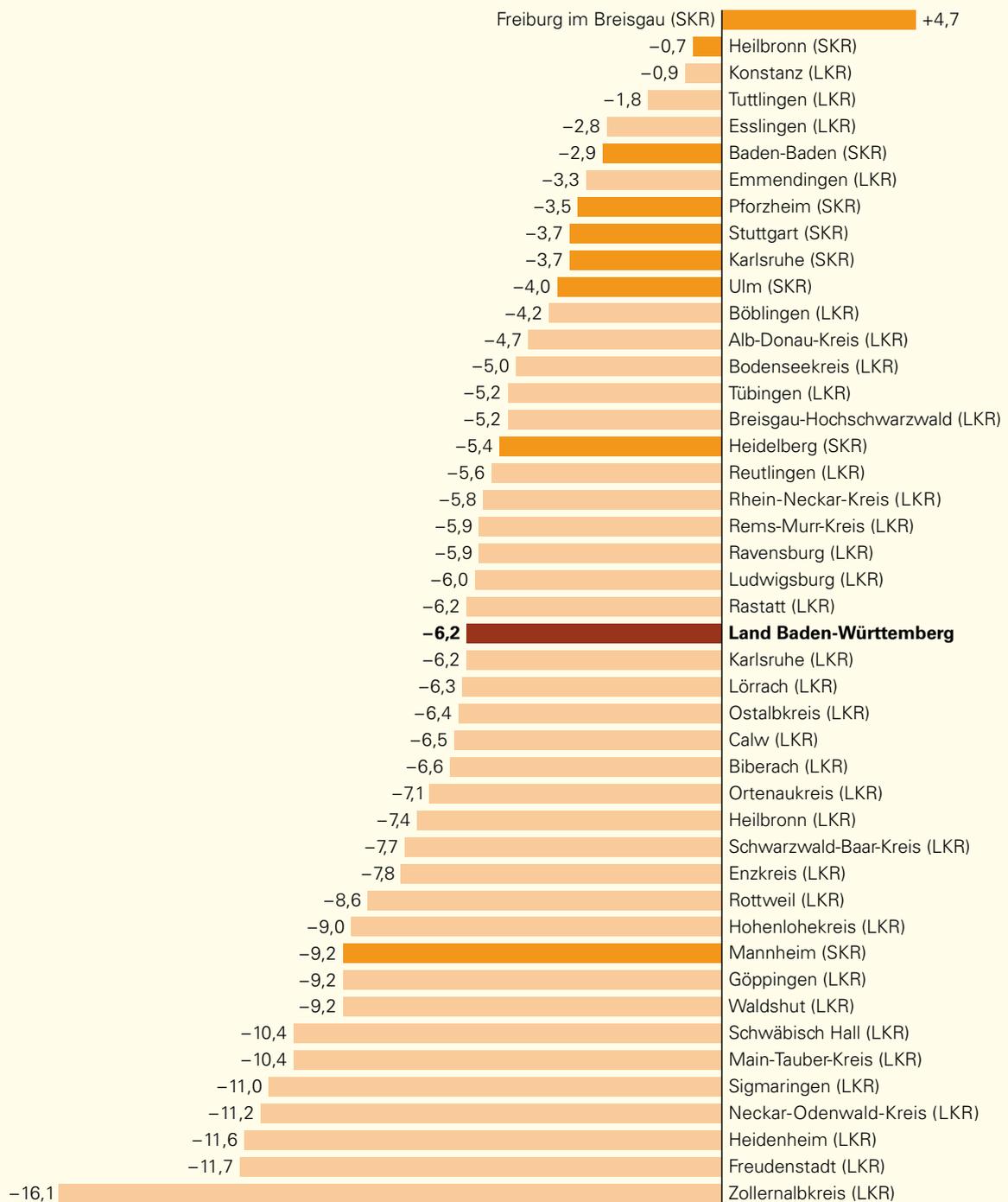
Hohe Ausländeranteile vor allem in den Städten

In der Schulstatistik werden von den Schülern mit Migrationshintergrund lediglich die Zahlen der Ausländer und Aussiedler erhoben. Angaben zu bereits hier geborenen Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit, deren Eltern Ausländer oder Aussiedler sind oder eingebürgert wurden, liegen dagegen nicht vor. Im Vergleich zu den in **Kapitel B 1.3** genannten Zahlen des Mikrozensus liegt hier somit eine engere Eingrenzung des Migrationshintergrunds vor.

Von den 447 796 Grundschulern des Schuljahres 2006/07 waren 13 % Ausländer und etwa 2 % Aussiedler. Betrachtet man die addierten Anteile von Ausländern und Aussiedlern in den Grundschulen auf Kreisebene, zeigen sich allerdings erhebliche Differenzen (**Grafik D1.2 (G4)**). In den Städten Heilbronn, Stuttgart und Mannheim weisen sie Anteilswerte von über 30 % auf. Nur knapp dahinter rangiert Pforzheim mit einem Anteil von zusammen 28 %. Unter den Landkreisen verfügten die Kreise der Region Stuttgart mit Werten zwischen knapp 17 % und gut 19 % über die höchsten Anteile. Lediglich der Landkreis Göppingen schert hier mit gut 15 % etwas aus, liegt aber immer noch über dem Landesdurchschnitt. Am geringsten sind die Anteile mit Werten von zusammen unter 8 % in den Landkreisen Biberach und Breisgau-Hochschwarzwald. Der Aussiedleranteil liegt in einigen Kreisen bei über 4 %. Dies trifft auf den Hohenlohekreis, den Neckar-Odenwald-Kreis, den Schwarzwald-Baar-Kreis, den Landkreis Rottweil, den Ortenaukreis sowie den Main-Tauber-Kreis zu. Bei Einbeziehung der Aussiedler in diese Betrachtung ergibt sich daher ein etwas anderes Bild als bei alleiniger Betrachtung der Ausländeranteile. Die regionale Verteilung entspricht

Grafik D1.2 (G2)

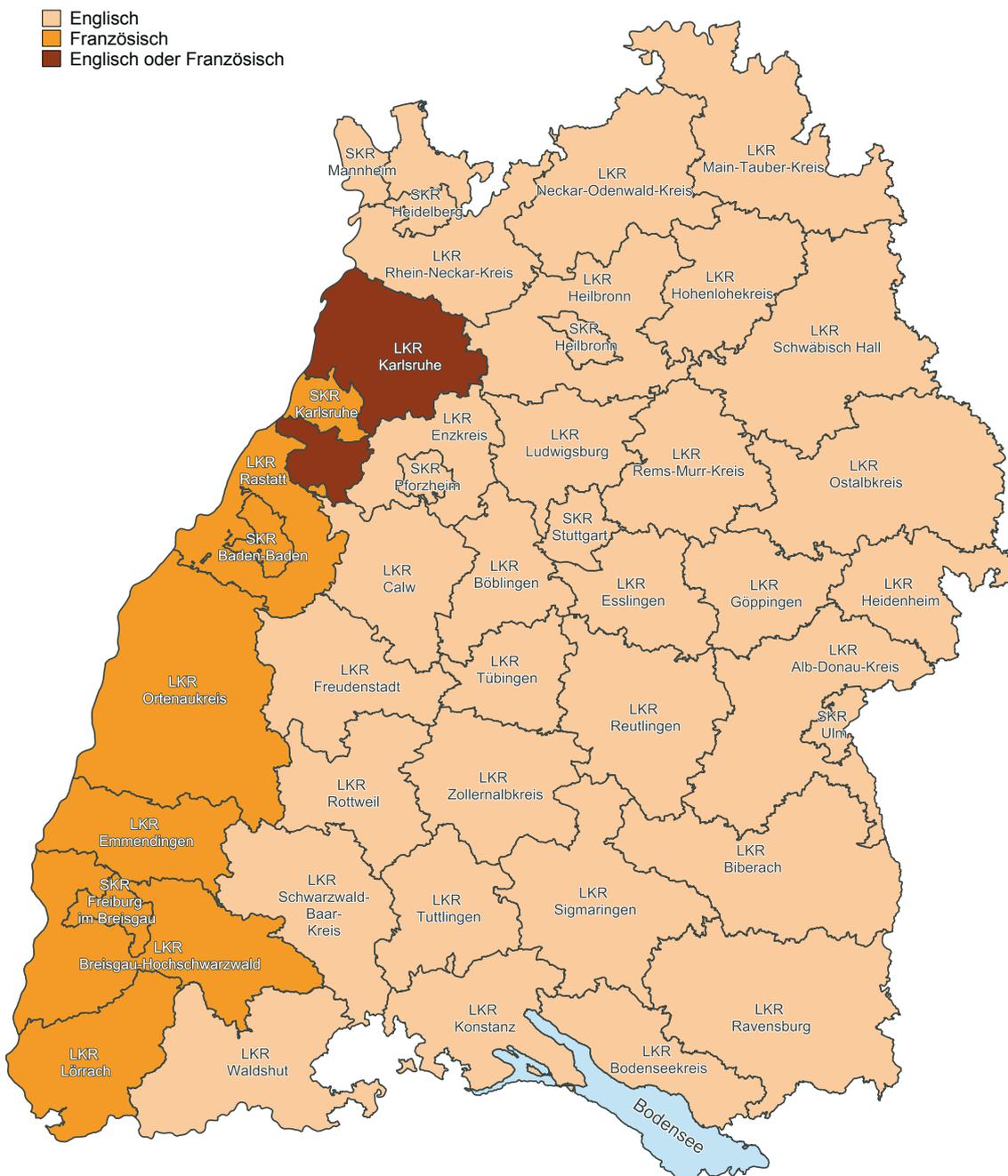
**Veränderung der Schülerzahl an Grundschulen in den Kreisen
Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2006/07 in %**



Datenquelle: Schulstatistik.

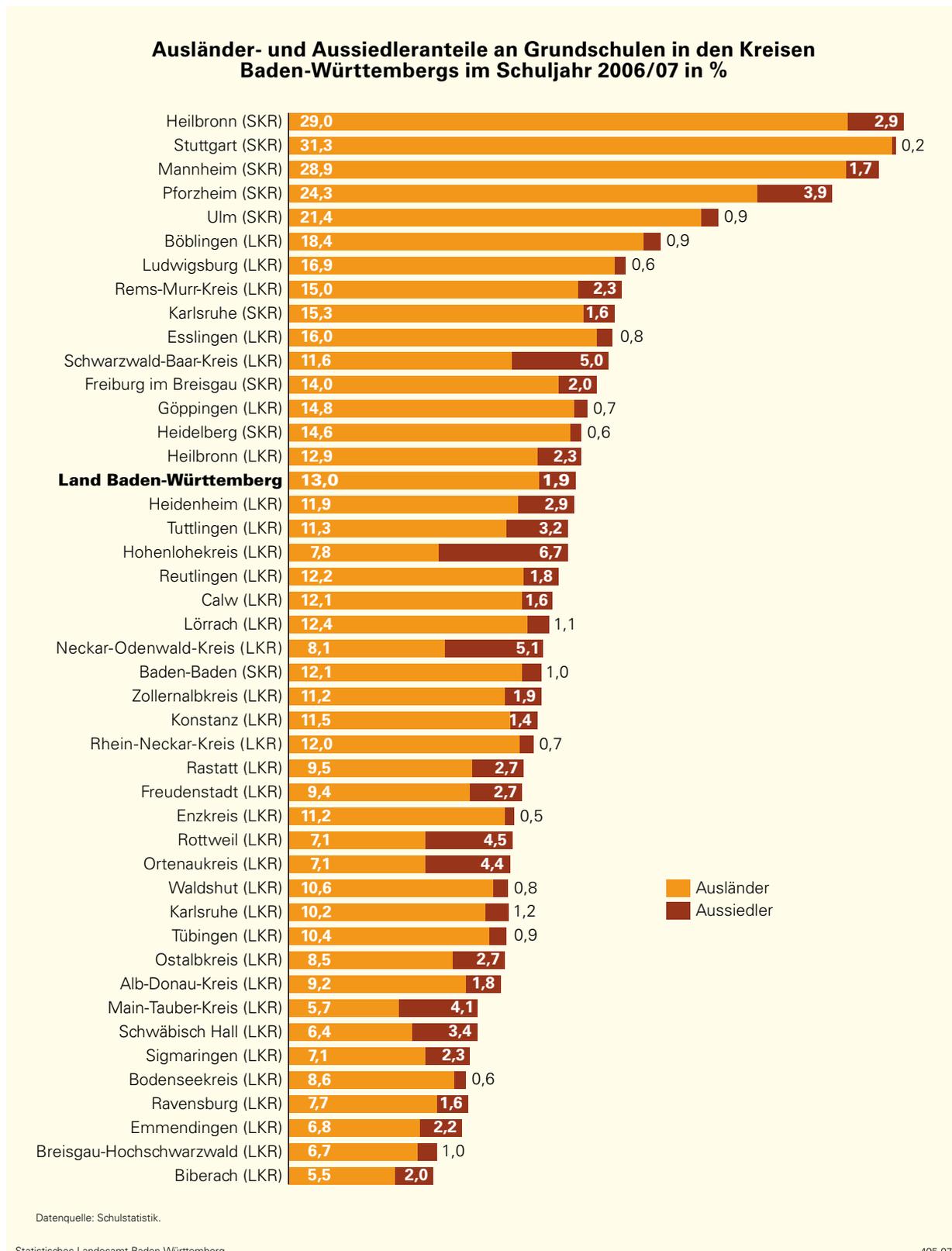
Grafik D1.2 (G3)

Verteilung der Fremdsprachen in den Grundschulen auf Kreisebene



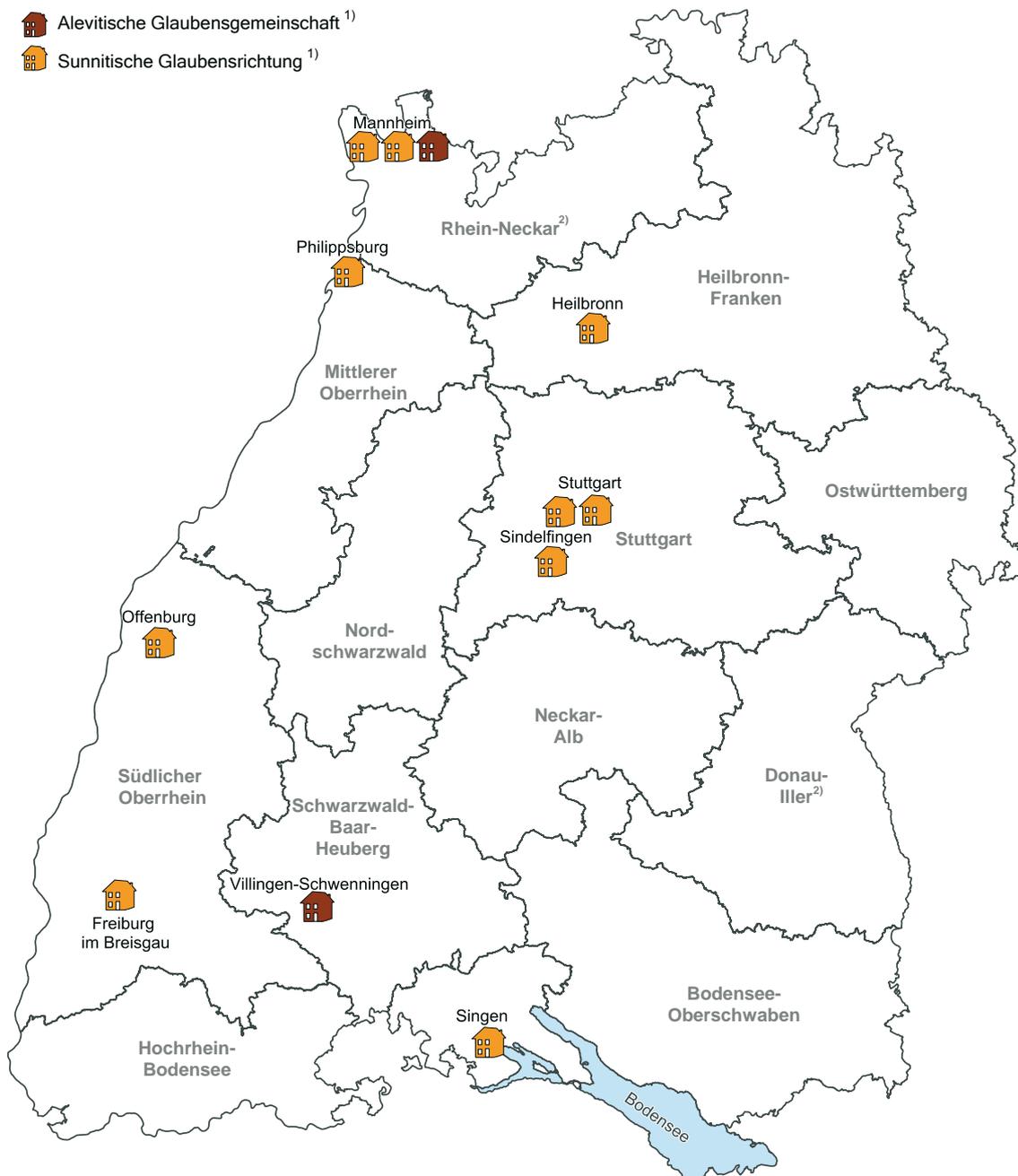
Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

Grafik D1.2 (G4)



Grafik D 1.2 (G5)

Standorte von Grundschulen mit islamischem Religionsunterricht



1) Siehe Erläuterungen zum Stichwort "Islamischer Religionsunterricht" im Glossar. – 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

somit erwartungsgemäß der in [Kapitel B 1.3](#) skizzierten Verteilung der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationshintergrund.

Seit 2006/07 Pilotversuche zum islamischen Religionsunterricht

Im Schuljahr 2006/07 gab es erstmals im Rahmen einer auf vier Jahre angelegten Versuchsphase islamischen Religionsunterricht. An zwölf Grundschulen wurden insgesamt 235 Kinder unterrichtet. Im laufenden Schuljahr 2007/08 wird sich die Zahl der muslimischen Kinder, die am islamischen Religionsunterricht teilnehmen, gemäß den vorliegenden Anmeldungen (Stand: Juli 2007) auf 505 erhöht und damit mehr als verdoppelt haben.

Der Islam sunnitischer Prägung wird an zehn, die alevitische Glaubensrichtung an zwei Standorten vermittelt ([Grafik D1.2 \(G5\)](#)). Die Grundschü-

ler lernen in zwei Schulstunden pro Woche die Grundlagen ihrer Religion näher kennen. Themenfelder des Unterrichts sind unter anderem

- „Gott-Mensch-Schöpfung“,
- „Koran und die islamischen Quellen“,
- „Ausdrucksformen individuellen und gemeinsamen Glaubens“,
- „Religionen und Lebensweisen“.

Der Unterricht wird von Lehrkräften der jeweiligen Glaubensgemeinschaft erteilt und findet in deutscher Sprache statt. Sowohl die sunnitischen als auch die alevitischen Lehrkräfte wurden in einer halbjährigen Qualifizierungsphase mit unterschiedlichen Modulen zur Bedeutung des Religionsunterrichts, zum Koran und dessen Exegese sowie zu den islamischen Rechtsschulen auf ihre Aufgabe vorbereitet.

D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

Nach dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 4 steht für alle Grundschüler ein Schulartwechsel an. Laut Kultusministerkonferenz ist der „*Übergang von einer Schulart auf die andere ... für die Entwicklung des jungen Menschen von so weittragender Bedeutung, dass er mit aller Behutsamkeit und Sorgfalt vorbereitet und vollzogen werden muss... Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder muss bei der Wahl des Bildungsweges beachtet werden. Für die mannigfaltigen Begabungen der heranwachsenden jungen Menschen den richtigen Bildungsweg zu sichern, ist aber auch eine der Grundforderungen unserer Arbeitswelt an die Schule*“.¹

Basis für die Wahl der weiterführenden Schule ist die Grundschulempfehlung

Im dreigliedrigen Schulsystem Baden-Württembergs wechseln die Schüler in der Regel auf eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium. Daneben stehen auch noch sogenannte „integrierte“ Schulformen wie die Freien Waldorfschulen oder die drei Schulen besonderer Art² zur Auswahl. Das mehrstufige Übergangsverfahren in die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg beginnt mit einer allgemeinen Informationsveranstaltung für alle Eltern der Schüler der vierten Klassenstufen, gefolgt von Einzelgesprächen mit den Erziehungsberechtigten. Zu Beginn des zweiten Halbjahres der Klassenstufe 4 spricht die Grundschule die Grundschulempfehlung aus:

- Hauptschule oder
- Hauptschule oder Realschule (eingeschränkte Wahl) oder
- Hauptschule oder Realschule oder Gymnasium (freie Wahl der Schulart).

1 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Übergang von der Grundschule in Schulen des Sekundarbereichs I, Informationsunterlage des Sekretariats der Kultusministerkonferenz, Stand: März 2006, S. 5.

2 Die drei „Schulen besonderer Art“ (früher: Gesamtschulen) in Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau können in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 ohne Gliederung nach Schularten geführt werden (§ 107 SchG).

Neben den Noten sollen auch das Lern- und Arbeitsverhalten, die gesamte schulische Leistung des Kindes sowie seine bisherige Entwicklung berücksichtigt werden. Der Notendurchschnitt der beiden Fächer Deutsch und Mathematik muss dabei für den Besuch einer Realschule mindestens bei 3,0 liegen, für den Besuch des Gymnasiums bei 2,5. Eltern, die nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden sind, können ihr Kind an einem speziellen Beratungsverfahren teilnehmen lassen. Die Klassenkonferenz wird dann aufgrund des Ergebnisses dieses Verfahrens zusammen mit der Beratungslehrkraft die sogenannte Bildungsempfehlung aussprechen. Sind die Eltern auch mit der Bildungsempfehlung nicht einverstanden, bleibt noch die Möglichkeit, das Kind an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen zu lassen (Grafik D 1.3 (G1)).³

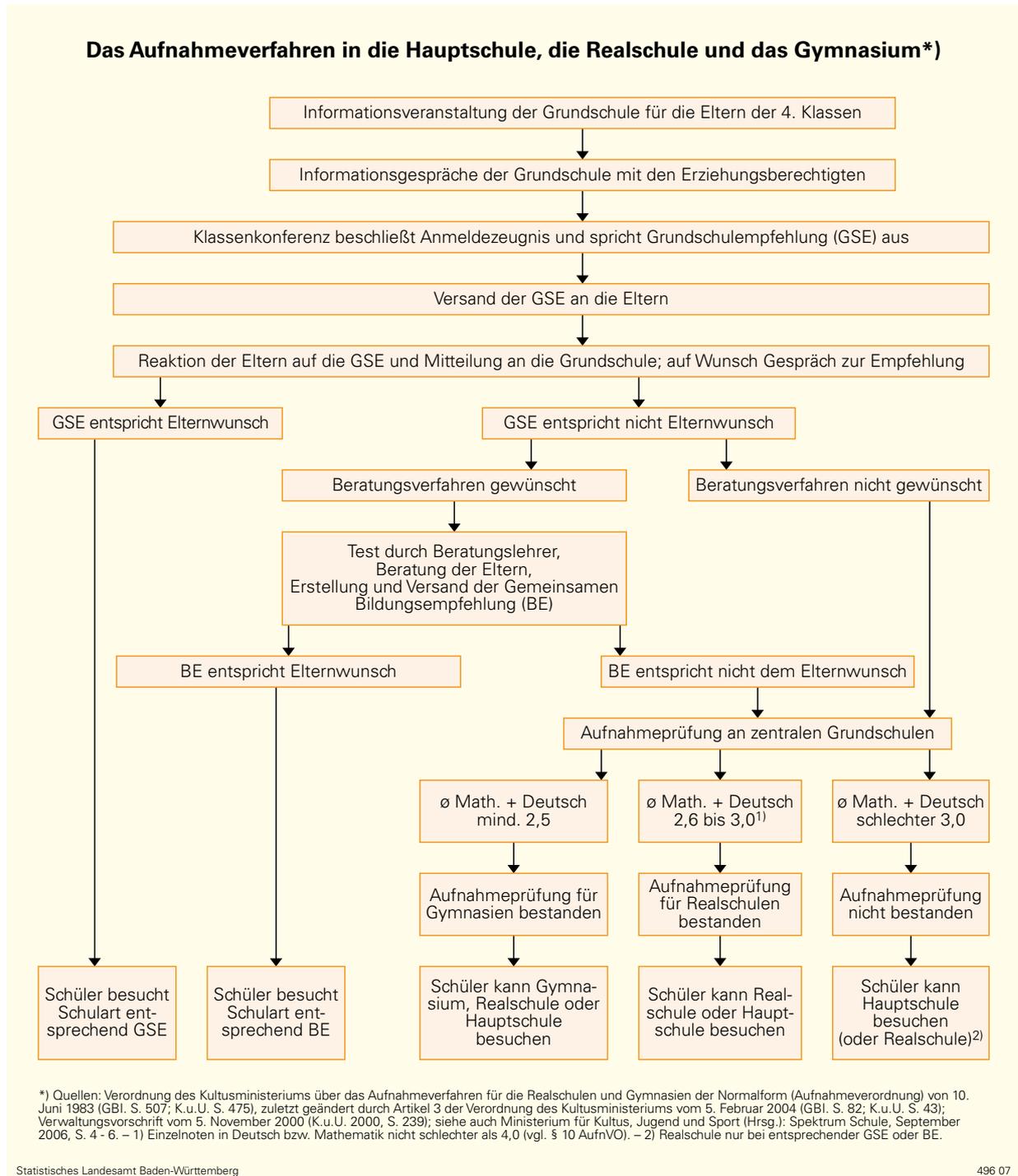
Trend zum Gymnasium hält an

Das Übergangsverhalten auf weiterführende Schulen hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert. In den 60er-Jahren war die Hauptschule die Regelschule, die ein Kind besuchte. Die Übergangsquoten auf die Hauptschule lagen weit über 60 %. In den 70er-Jahren besuchte dann durchschnittlich schon jedes 5. Kind im Anschluss an die Grundschule eine Realschule, und gut jedes 4. Kind ein Gymnasium. Dennoch führte noch fast jedes zweite Kind seine Schullaufbahn an einer Hauptschule fort. In den 80er-Jahren konnten die Realschulen ihren Anteil im Schnitt auf 28 % steigern, die Gymnasien auf 29 %. Entsprechend ging die Übergangquote auf die Hauptschule auf durchschnittlich 40 % zurück.

Der leicht ansteigende Trend bei den Übergängen auf die Realschule hat sich auch in den 90er-Jahren fortgesetzt. Die Hauptschulen haben seit 1994 ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr sinkende Übergangsquoten erfahren und die Gymnasien im Gegenzug steigende. Im Jahr 2001 hat das Gymnasium die Hauptschule erstmals bei den

3 Die Teilnahme an der Aufnahmeprüfung ist auch ohne den Zwischenschritt über die Bildungsempfehlung möglich.

Grafik D1.3 (G1)



Übergangsquoten überholt. Die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums für alle fünften Klassen zum Schuljahr 2004/05 mit erhöhter Wochenstundenzahl und zusätzlichem

Nachmittagsunterricht hat den Trend zum Gymnasium nicht abgeschwächt. 2004/05 war überdies erstmals die Übergangsquote auf die Realschule höher als die auf eine Hauptschule. Zum

Schuljahr 2006/07 sank die Übergangsquote der Hauptschulen weiter auf knapp 28 %, die der Realschulen stieg auf fast 33 %. Obwohl sich die Übergangsquoten auf das Gymnasium in den letzten Jahren bereits auf hohem Niveau bewegten, konnte diese Schulart 2006 nochmals leicht zulegen; mit einer Quote von gut 38 % hat sich das Gymnasium zur überwiegend gewählten weiterführenden Schule entwickelt (Grafik D 1.3 (G2)).

Nur jeder zehnte Übergänger auf eine Realschule hat eine ausländische Nationalität

An den öffentlichen und privaten Grundschulen in Baden-Württemberg gab es im Schuljahr 2005/06 rund 110 000 Viertklässler, davon hatten knapp 15 000 (13 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den Übergängen auf weiterführende Schulen zum Schuljahr 2006/07 waren die ausländischen Schüler der vierten Klassenstufen sehr unterschiedlich auf die weiterführenden Schulen verteilt. Unter den gut 30 000 Übergängern auf Hauptschulen waren

26 % Ausländer. Dagegen waren nur 10 % der Realschul-Übergänger nicht deutsch. Bei den Übergängern auf Gymnasien waren die ausländischen Schüler mit 6 % nur gering vertreten.

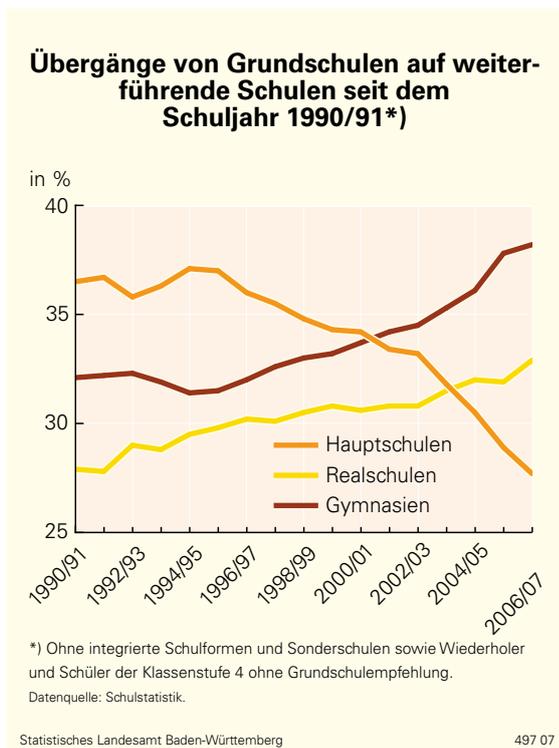
Mit 39 % waren die ausländischen Schüler unter den Schülern, welche die vierte Klassenstufe wiederholt hatten bzw. nicht versetzt wurden, stark überrepräsentiert.

Große regionale Unterschiede bei den Übergangsquoten

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwanken die Übergangsquoten seit Jahren erheblich.⁴ Bei den Übergängen aufs Gymnasium wies 2006 der Hohenlohekreis mit knapp 29 % die landesweit niedrigste Quote auf. Im Stadtkreis Heidelberg war diese Quote mit beinahe 58 % etwa doppelt so hoch. Damit stand der akademisch geprägte Stadtkreis Heidelberg zum fünften Mal in Folge landesweit an der Spitze bei den Übergangsquoten aufs Gymnasium. Auch in den Stadtkreisen Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg wechselten jeweils über die Hälfte der Viertklässler auf ein Gymnasium (Grafik D 1.3 (G3)).

Bei den Übergängen auf die Realschule verhielt es sich genau umgekehrt wie bei den Gymnasien: Hier bildeten die Stadtkreise Heidelberg und Freiburg im Breisgau mit knapp 19 % bzw. 21 % die Schlusslichter, drittletztter war der Stadtkreis Mannheim mit gut 21 %. Der Hohenlohekreis dagegen belegte Platz 2 nach dem Main-Tauber-Kreis – in beiden Kreisen lag die Quote bei gut 42 %. Auffällig ist, dass alle vorderen Plätze ausschließlich von Kreisen im eher ländlichen Raum belegt waren: Der Landkreis Freudenstadt, der Ostalbkreis sowie die Landkreise Biberach und Schwäbisch Hall lagen mit Quoten zwischen 38 % und fast 40 % ebenfalls weit über dem Landesdurchschnitt von 33 % (Grafik D 1.3 (G4)). In diesen eher ländlichen

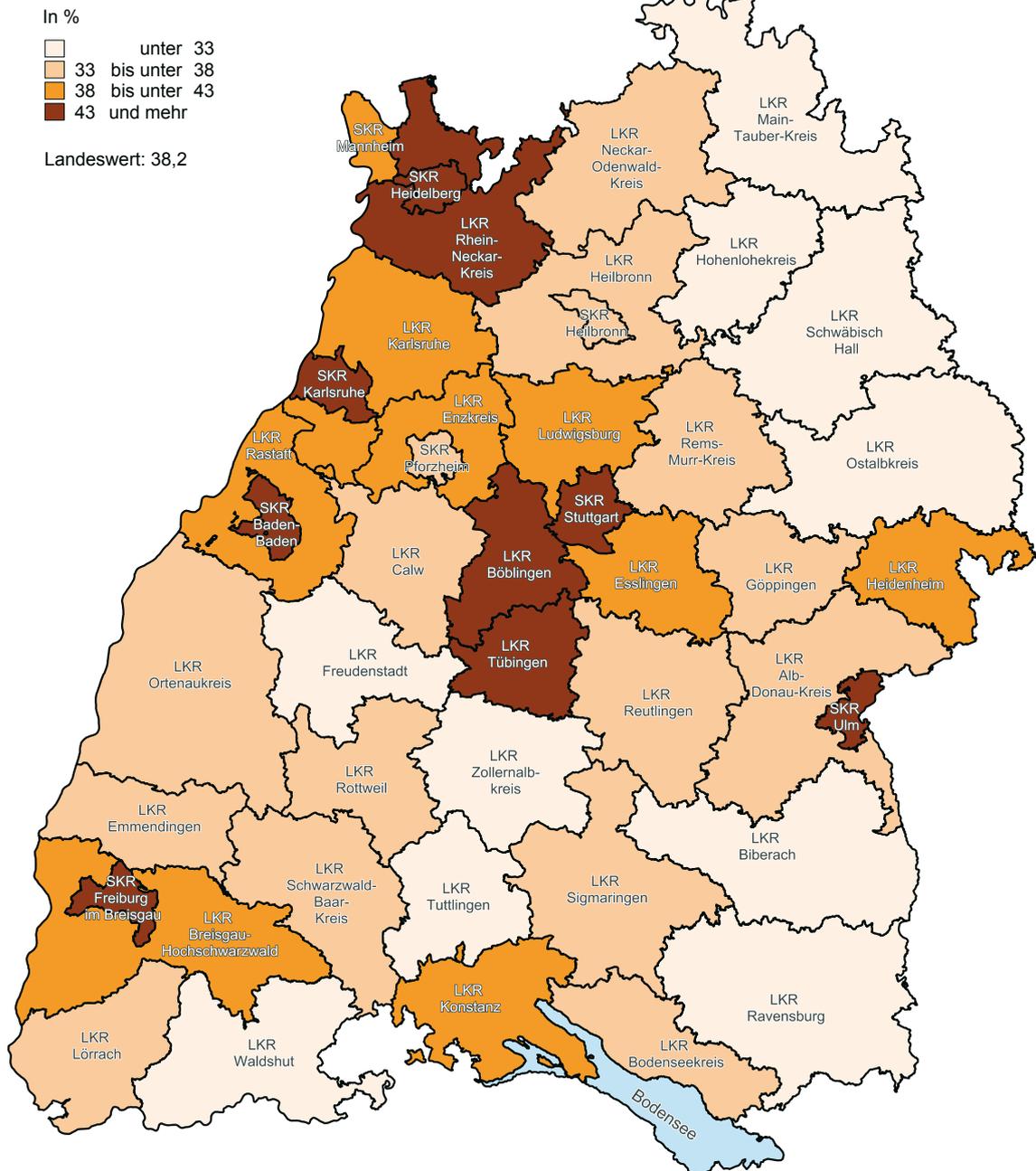
Grafik D1.3 (G2)



4 Die Übergangsquoten zum aktuellen Schuljahr 2006/07 und zu früheren Jahren können bis hinunter auf die Gemeindeebene kostenlos im Internet abgerufen werden: www.statistik-bw.de / Bildung und Kultur / Regionaldaten / Übergänge auf weiterführende Schulen. Auf Kreisebene sind sie in Tabelle D 1.3 (T1) im Anhang dargestellt.

Grafik D 1.3 (G3)

Übergänge aus Grundschulen in Baden-Württemberg auf Gymnasien zum Schuljahr 2006/07



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-010
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Gebieten haben Eltern wohl häufiger die in der Regel näher liegende Realschule dem Gymnasium vorgezogen.

Auch der Wechsel auf die Hauptschule variierte sehr zwischen den Kreisen. Der Stadtkreis Heilbronn mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Ausländern und Aussiedlern hatte 2006 die höchste Übergangsquote auf die Hauptschule (gut 36 %), gefolgt vom Zollernalbkreis (35 %) und dem Kreis Waldshut (knapp 35 %). Die anteilmäßig geringsten Übergänge auf die Hauptschule fanden sich im Landkreis Tübingen mit gut 19 % und in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 15 % bzw. 14 % (Grafik D 1.3 (G5)). Alle drei Kreise sind stark geprägt von der vorhandenen Universität und einem entsprechend hohen Anteil akademisch ausgebildeter Einwohner.

Die niedrigen Übergangsquoten auf Hauptschulen und Realschulen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg dürften unter anderem auf die dort vorhandenen „Schulen besonderer Art“ (früher: Gesamtschulen) als alternative Übergangsmöglichkeit zurückzuführen sein. Die Übergänge auf diese Schulen (ebenso wie auch auf Freie Waldorfschulen) werden in der Schulstatistik als „sonstige Übergänge“ gezählt. Im Stadtkreis Mannheim mit der dritten in Baden-Württemberg befindlichen „Schule besonderer Art“ lag allerdings die Übergangsquote auf die Hauptschule mit 28 % leicht über dem Landesdurchschnitt.

Grundschulempfehlung und Elternwunsch stimmen nicht immer überein

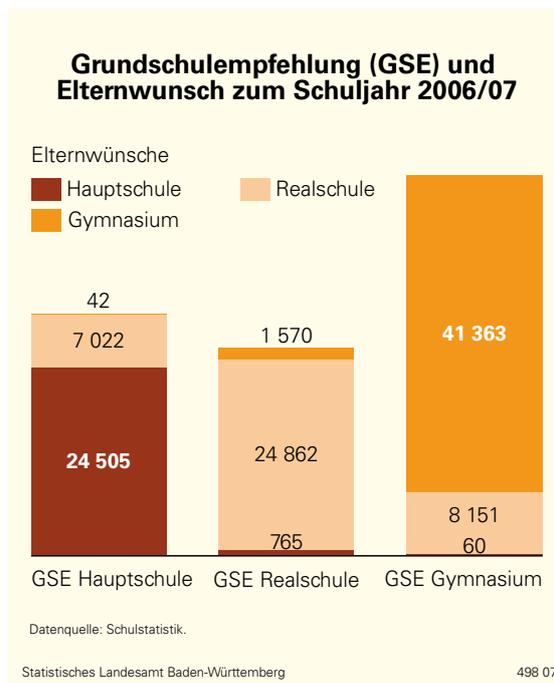
Die großen Schwankungen sind nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Grundschulen der Kreise unterschiedlich oft Empfehlungen für das Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule ausgesprochen haben. Zusätzlich haben die Eltern regional unterschiedlich auf die Empfehlungen reagiert.

Landesweit hätten laut Grundschulempfehlung 49 574 (46 %) der Viertklässler auf ein Gymnasium wechseln können. Diese Option wollten aber nur 41 363 (83 %) der zugehörigen Eltern in Anspruch nehmen; 8 151 (16 %) wünschten für ihr Kind stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits waren bei 22 % der Schü-

ler, die nur eine Empfehlung für den Besuch der Hauptschule bekommen hatten, die Eltern nicht einverstanden. Mit der Empfehlung zum Besuch einer Realschule waren dagegen mit 91 % vergleichsweise viele Eltern einverstanden. Von den Eltern der 27 197 Grundschüler, die eine Empfehlung für diese „mittlere“ Schulart bekommen hatten, wünschten nur 1 570 (6 %) lieber das Gymnasium und 765 (3 %) die Hauptschule für ihr Kind (Grafik D 1.3 (G6)).

Die anteilmäßig meisten Grundschulempfehlungen für das Gymnasium wurden mit Abstand im Stadtkreis Heidelberg erteilt: Hier erhielten

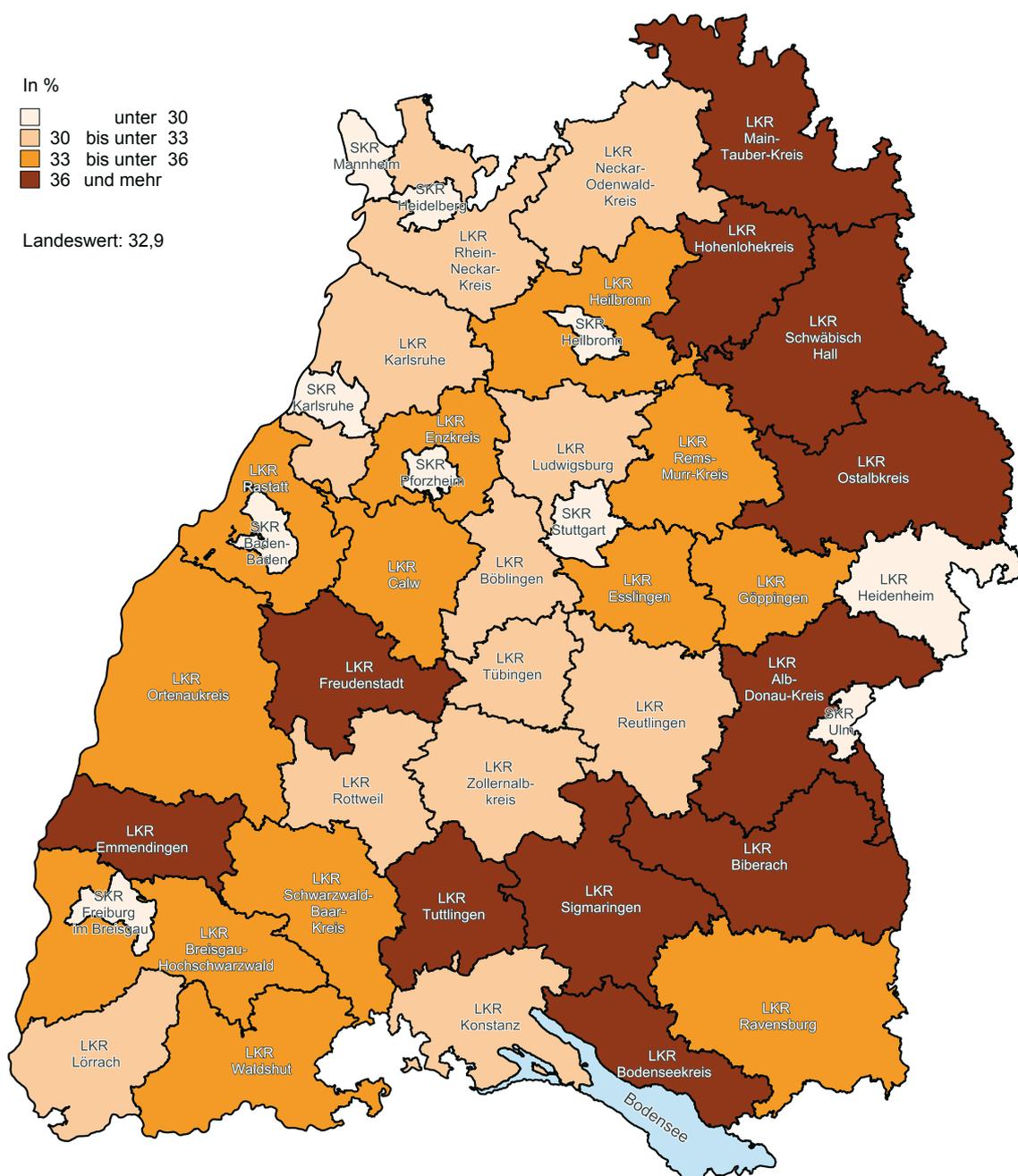
Grafik D1.3 (G6)



sechs von zehn Viertklässlern eine Gymnasialempfehlung. Wie bei den tatsächlichen Übergängen auch, folgten dann auf den nächsten Plätzen die Stadtkreise Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg im Breisgau. Die größte Differenz zwischen Grundschulempfehlung Gymnasium und tatsächlichem Übergang mit 18 Prozentpunkten gab es im Hohenlohekreis. Hier hatten 557 von insgesamt 1 203 Viertklässlern eine Grundschulempfehlung erhalten, die den Be-

Grafik D 1.3 (G4)

Übergänge aus Grundschulen in Baden-Württemberg auf Realschulen zum Schuljahr 2006/07



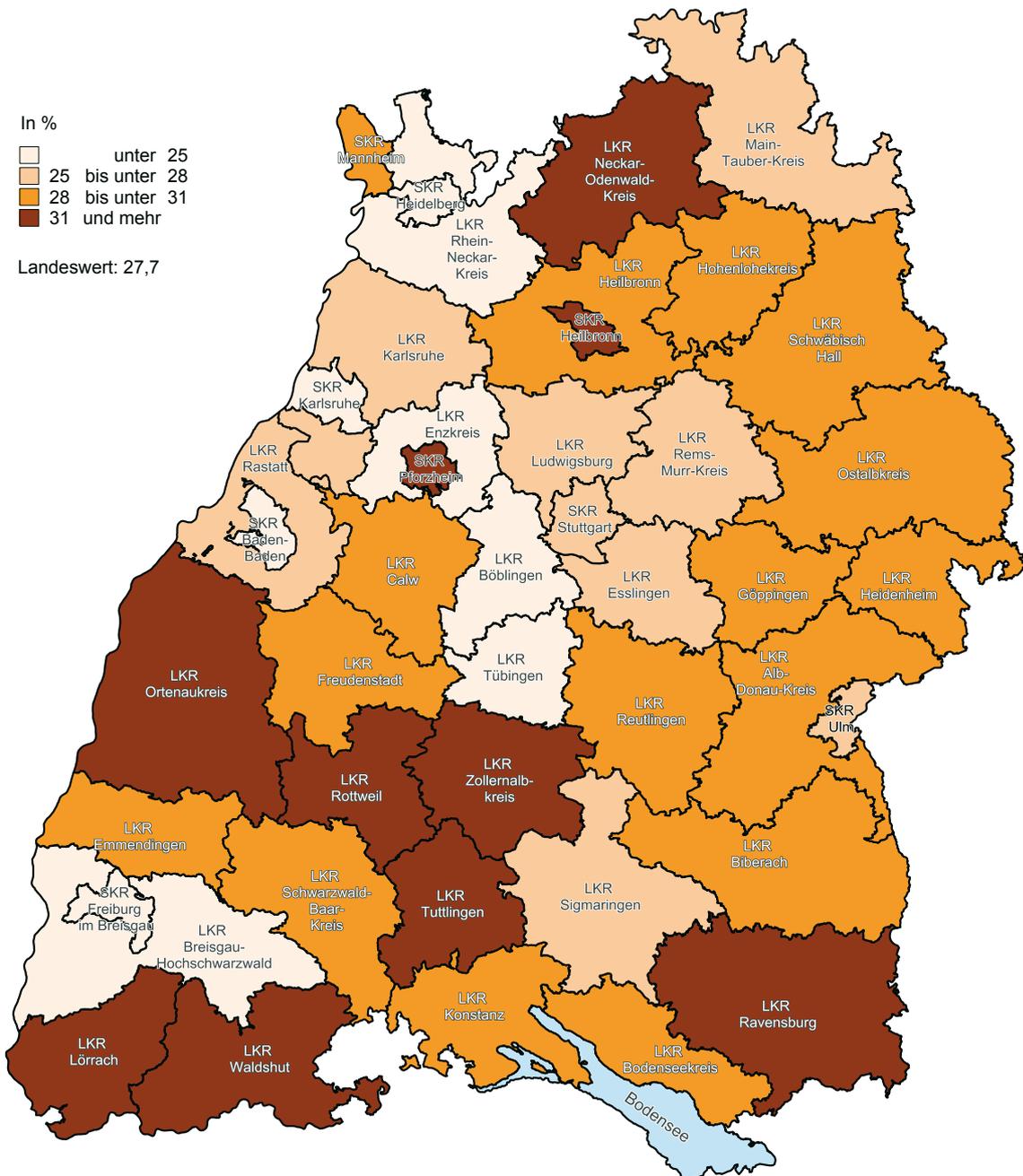
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-011
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Grafik D 1.3 (G5)

Übergänge aus Grundschulen in Baden-Württemberg auf Hauptschulen zum Schuljahr 2006/07



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-012
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

such eines Gymnasiums ermöglicht hätte; allerdings wünschten nur 341 (61 %) der Eltern, dass ihr Kind diese Option in Anspruch nimmt. 208 Eltern (37 %) hielten die Realschule für die in ihrem Fall bessere Wahl. Die zweitgrößte Differenz ergab sich im Main-Tauber-Kreis (15 Prozentpunkte): 46 % der Viertklässler hätten hier ein Gymnasium besuchen können laut Grundschulempfehlung, tatsächlich taten dies aber nur fast 31 %. Ähnlich wurden im Landkreis Freudenstadt 632 Empfehlungen erteilt, die den Besuch eines Gymnasiums ermöglicht hätten. Dies entsprach aber nur in 447 Fällen (knapp 71 %) dem Elternwunsch, 185 Eltern (gut 29 %) bevorzugten die Realschule für ihr Kind. Auf ein Gymnasium übergegangen sind dann letztlich nur etwas mehr als 31 % der Viertklässler. In der Regel sind die Abweichungen zwischen Elternwunsch und Grundschulempfehlung für das Gymnasium in eher ländlich strukturierten bzw. eher gewerblich orientierten Kreisen höher als in akademisch geprägten Gegenden (Tabelle D 1.3 (T2) im Anhang).

Die anteilmäßig meisten Grundschulempfehlungen für die Realschule gab es im Bodensee-Kreis mit knapp 29 %. Tatsächlich auf die Realschule übergegangen sind aber sogar fast 37 %. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung Realschule und dem tatsächlichen Übergang fand sich mit 18 Prozentpunkten im Hohenlohekreis. Hier waren zwar 264 von 288 Eltern (beinahe 92 %) mit der Empfehlung einverstanden, es wechselten aber zusätzlich noch viele Schüler mit einer Grundschulempfehlung für das Gymnasium auf die Realschule (Tabelle D 1.3 (T3) im Anhang).

Relativ gering dagegen fielen die Abweichungen zwischen der Grundschulempfehlung für die Hauptschule und dem tatsächlichen Übergang auf diese Schulart in den einzelnen Kreisen aus. Dagegen wichen die Elternwünsche hier vergleichsweise stark von den Empfehlungen ab. So wurde im Stadtkreis Stuttgart 1 230 mal eine Grundschulempfehlung für die Hauptschule ausgesprochen. Bei jedem dritten Kind waren die Eltern nicht einverstanden und wünschten stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits waren im Landkreis Ravensburg gut 88 % der Eltern mit der Empfehlung für die Hauptschule einverstanden. Mehr als 11 % (geringste

Abweichung) wünschten den Wechsel auf eine Realschule und nur 0,2 % den auf ein Gymnasium. Auch im ebenfalls eher ländlich strukturierten Kreis Biberach war die Abweichung des Elternwunsches von der Grundschulempfehlung Hauptschule mit knapp 14 % relativ gering (Tabelle D 1.3 (T4) im Anhang).

Hoher Zusammenhang zwischen regionalem Bildungsniveau und Übergangsquoten

Die tatsächlichen Übergänge sind ein Ergebnis von Grundschulempfehlung und Elternwunsch. Dass sie regional wie oben beschrieben stark streuen, hat sicherlich mehrere Einflussfaktoren. Schon die Grundschulempfehlungen selbst schwanken sehr. Auch die Abweichungen von Grundschulempfehlung und Elternwunsch sind regional unterschiedlich ausgeprägt. Hier spielen unter anderem Entfernungen von Wohnort und Schule, Verkehrsanbindungen, vorhandene schulische „Alternativen“, Angst vor Überforderung des Kindes, aber auch die Angst, ohne eine bestimmte Grundschulempfehlung die „schulische Karriere“ des Kindes zu beeinträchtigen sowie die „Bildungsnähe“ bzw. „Bildungsferne“ des Elternhauses eine Rolle.

Auch zwischen dem regionalen Bildungsniveau und den Übergängen auf weiterführende Schulen bestehen enge Zusammenhänge (Tabelle D 1.3 (T5) im Anhang). Als ein messbarer Indikator für das „regionale Bildungsniveau“ wurde der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss („Hochqualifizierte“) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewählt. Im Ranking dieser Anteile stehen die Stadtkreise Stuttgart, Heidelberg und Freiburg mit einem Anteil von 20 %, 19 % und 15 % an der Spitze der baden-württembergischen Kreise. Dieselben Kreise belegen auch bei den Übergängen auf Gymnasien vordere Plätze. Die Landkreise Freudenstadt, Waldshut und der Hohenlohekreis dagegen stehen sowohl bei der Rangfolge der hoch qualifizierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weit hinten als auch bei den Wechslern auf Gymnasien. Der Korrelationskoeffizient zwischen den prozentualen Anteilen von Hochqualifizierten und den Übergangsquoten aufs Gymnasium liegt mit 0,78 erwartungsgemäß sehr hoch und weist auf einen sehr starken Zusammenhang der beiden

Indikatoren hin. Korreliert man dagegen die Anteile der Hochqualifizierten mit den Übergängen auf Hauptschulen, bestätigt der Korrelationskoeffizient mit $-0,65$ einen spürbar negativen Zusammenhang. Das heißt, Kreise mit (formal) höher gebildeten Beschäftigten wie Heidelberg und Freiburg im Breisgau sind bei den Übergängen auf die Hauptschule auf den letzten Plätzen zu finden.

Nur wenige erreichen mit der Aufnahmeprüfung doch noch das Ziel

Die Aufnahmeprüfung eröffnet die Möglichkeit, gegen die Grundschulempfehlung und gegen eine eventuelle Bildungsempfehlung doch noch den Elternwunsch zum Besuch einer Realschule bzw. eines Gymnasiums für das Kind umzusetzen. Die Prüfung findet an zentral gelegenen Grundschulen statt und wird landeseinheitlich vom Kultusministerium vorgegeben. Im Jahr 2006 haben 2 598 Schüler der Klassenstufe 4 an einer Aufnahmeprüfung teilgenommen. 422 erreichten den nötigen Durchschnitt für den Besuch einer Realschule, 121 gelang auf diese Weise der Übertritt auf das Gymnasium. Damit haben insgesamt 79 % der Teilnehmer die

Prüfung nicht bestanden, also lediglich einen schlechteren Notendurchschnitt als 3,0 erreicht. In früheren Jahren lag die „Nichtbestanden-Quote“ sogar auf noch höherem Niveau:

2005: 84 %,

2004: 81 %,

2003: 84 %,

2002: 90 %.

Wenn die Grundschulempfehlung zum Besuch der Hauptschule führt, stehen dem Kind im baden-württembergischen Schulsystem noch viele Wege offen, einen (formal) höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. So konnten im Jahr 2006 fast 6 800 Hauptschulabgänger die Schule nach der 10. Klassenstufe mit dem Realschulabschluss in der Tasche verlassen. Auch an vielen beruflichen Schulen des Landes kann bei vorhandenem Hauptschulabschluss noch ein mittlerer Bildungsabschluss erworben werden. Nach dem Besuch der Realschule besteht zum Beispiel die Möglichkeit, an den beruflichen Gymnasien des Landes die Hochschulreife zu erwerben: Im Jahr 2006 legten 31 % der Gymnasial-Abiturienten ihr Abitur an einem beruflichen Gymnasium ab (siehe Kapitel F 1).

Der Hohenlohekreis

Der Hohenlohekreis hatte zum Schuljahr 2006/07 die geringste Übergangsquote auf Gymnasien. Bei den Realschulen dagegen stand er mit 42,1 % auf Platz 2, bei den Hauptschulen lag er mit 29,1 % leicht über dem Landesdurchschnitt. Rein von den Grundschulempfehlungen her hätten auch im Hohenlohekreis weitaus mehr Viertklässler auf ein Gymnasium übergehen können: 557 Viertklässler von insgesamt 1 203 hatten eine Empfehlung erhalten, die den Besuch dieser Schulart ermöglicht hätte. Das waren gut 46 %. Allerdings waren nur 61 % der Eltern mit dieser Empfehlung einverstanden. Warum bevorzugten so viele Eltern im Hohenlohekreis die Realschule? Die Struktur dieses Landkreises im Nordosten Baden-Württembergs in der Mitte der Region Heilbronn-Franken soll daher näher betrachtet werden.



Warum bevorzugten so viele Eltern im Hohenlohekreis die Realschule? Die Struktur dieses Landkreises im Nordosten Baden-Württembergs in der Mitte der Region Heilbronn-Franken soll daher näher betrachtet werden.

Der Hohenlohekreis hat rund 110 000 Einwohner (etwas weniger als die Stadt Reutlingen) und erstreckt sich über eine Fläche von 777 km². Er hat eine Bevölkerungsdichte von 141 Menschen pro km² und ist gemessen an der Einwohnerzahl der kleinste Landkreis in Baden-Württemberg. Sein Ausländeranteil ist mit 6,7 % (2005) vergleichsweise gering – der Landeswert liegt bei 11,9 % (2005). Auch die Arbeitslosenquote des Kreises liegt mit 3,5 % (Mai 2007) unter dem Landesdurchschnitt.¹ Zum Hohenlohekreis gehören 16 Gemeinden, darunter acht Städte. Die mit Abstand größten Städte sind Öhringen mit 23 000 Einwohnern und die Kreisstadt Künzelsau mit 15 000 Einwohnern.

In diesen beiden Städten sind auch die drei allgemein bildenden Gymnasien angesiedelt:

- Das Hohenlohe-Gymnasium in Öhringen mit 1 357 Schülern in 37 Klassen im Schuljahr 2006/07 bietet ein naturwissenschaftliches und ein Sprachprofil. Die Jahrgangsstufe 5 wurde 2006/07 fünfzünftig, die Jahrgangsstufe 6 sogar sechszünftig geführt.
- Das Ganerben-Gymnasium in Künzelsau mit 1 115 Schülern in 32 Klassen hat ebenfalls ein naturwissenschaftliches und ein Sprachprofil. Im Schuljahr 2006/07 war hier die 5. Jahrgangsstufe vierzünftig und die 6. Jahrgangsstufe fünfzünftig.
- Das Schlossgymnasium in Künzelsau mit 336 Schülern ist ein staatliches Gymnasium mit Heim in Aufbauform, das heißt, es führt keine Klassenstufen 5 und 6 und beginnt erst mit Klassenstufe 7.

Für Übergänge aus der Grundschule kommen im Hohenlohekreis also jeweils ein allgemein bildendes Gymnasium in Öhringen und eines in Künzelsau infrage. Beide Vollgymnasien haben dementsprechend einen weiten Einzugsbereich.

¹ Bundesagentur für Arbeit, Mai 2007.

Die 13 Hauptschulen des Kreises wurden 2006/07 von 2 044 Schülern besucht.

Bei den Realschulen stehen im Hohenlohekreis sechs zur Auswahl, drei davon gehören zu Bildungszentren. Diese Realschulen hatten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 3 212 Schüler und befinden sich an folgenden Standorten:

- Bildungszentrum Bretzfeld in Bretzfeld (Grund-, Haupt- u. Realschule, 505 Realschüler)
- Realschule Bildungszentrum Hohenlohe-Franken in Krautheim (335 Schüler)
- Georg-Wagner-Realschule in Künzelsau (787 Schüler)
- Bildungszentrum Niedernhall in Niedernhall (Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule, Realschule mit 401 Realschülern)
- Realschule Öhringen in Öhringen (713 Schüler)
- Realschule Pfedelbach in Pfedelbach (471 Schüler)

Die Vermutung liegt nahe, dass für viele Eltern die bessere Erreichbarkeit bzw. kürzere Entfernung zum Elternhaus ein Grund gewesen ist, die Realschule dem Gymnasium vorzuziehen. Hinzu kommt, dass der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hohenlohekreis vergleichsweise niedrig ist; im Landesvergleich nimmt der Hohenlohekreis hier Rang 40 ein.²

Dagegen erscheinen die beruflichen Gymnasien vergleichsweise beliebt. Im Jahr 2006 haben im Hohenlohekreis 270 Schüler ihr Abitur an einem allgemein bildenden und 215 an einem beruflichen Gymnasium abgelegt. Mit 44 % haben hier weitaus mehr Gymnasial-Abiturienten als im Landesdurchschnitt (31 %) die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium erworben. Den Schülern stehen im Hohenlohekreis in Öhringen drei berufliche Gymnasien (ein Wirtschaftsgymnasium, ein Technisches Gymnasium sowie ein Agrarwissenschaftliches Gymnasium) zur Verfügung. Diese wurden 2006/07 von insgesamt 777 Schülern besucht. In Künzelsau kann im Rahmen des Zweiten Bildungswegs an einer Technischen Oberschule die Hochschulreife erlangt werden, 2006/07 wurden hier insgesamt 59 Schüler unterrichtet. Im Schuljahr 2007/08 wurde als neuer Bildungsgang eine einzügige Wirtschaftsoberschule eingerichtet.

2 Bundesagentur für Arbeit, 2006.

D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

D 2.1 Hauptschule

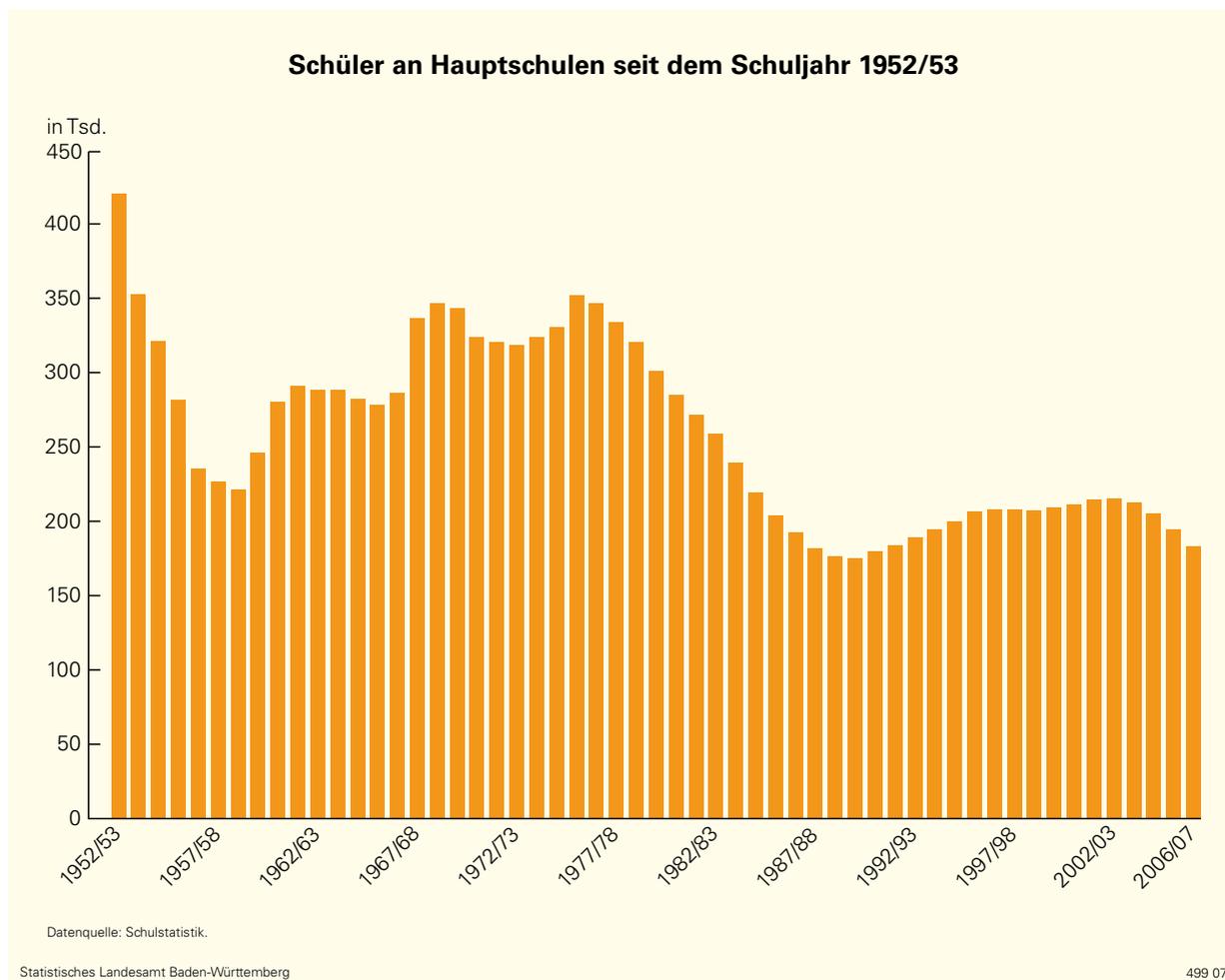
Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 wurden im Land insgesamt 1 226 Hauptschulen mit 182 988 Schülern gezählt. Seit dem Schuljahr 2002/03 geht die Zahl der Hauptschüler ständig zurück (Tabelle D 2.1 (T1) im Anhang). Damals lag die Schülerzahl bei 215 532. Die bislang geringste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1989/90 mit 174 868 verzeichnet. Das war weniger als die Hälfte der Schülerzahl des Schuljahres 1975/76, in dem der relative Höhepunkt der vorherigen „demografischen Welle“ erreicht wurde. In diesem Schuljahr wurden 351 832 Hauptschüler unterrichtet (Grafik D 2.1 (G1)). Diese Zahl wurde nur einmal zu Beginn der 50er-Jahre übertroffen. Ein wesentlicher Grund für

diese Schwankungen ist die demografische Entwicklung. Darüber hinaus schlägt sich hier auch der rückläufige Anteil an den Übergängen aus der Grundschule nieder (Kapitel D 1.3).

Geringer Rückgang der Schülerzahl in Freiburg im Breisgau, hoher im Hohenlohekreis

Die Schülerzahl der Hauptschulen lag im Schuljahr 2006/07 landesweit um gut 13 % unter dem Wert des Schuljahres 2000/01. Dabei ergibt sich auf der Kreisebene eine recht breite Streuung des Rückgangs von lediglich knapp 4 % in der Stadt Freiburg im Breisgau bis gut 23 % im Ho-

Grafik D2.1 (G1)



henlohekreis. Auch in den Landkreisen Konstanz und Reutlingen lagen die Schülerzahlen nur um etwa 5 % bis 6 % unter den sechs Jahre zuvor erreichten Werten und damit fast gleichauf mit denen von Freiburg im Breisgau. Die Hauptschulen in der Stadt Pforzheim und in den Landkreisen Rastatt und Heidenheim verzeichnen dagegen jeweils rund 20 % geringere Schülerzahlen (**Grafik D 2.1 (G2)**).

Ein festes regionales oder strukturelles Muster lässt sich in diesen Werten allerdings nicht erkennen. Einige kreisfreie Städte wie Freiburg im Breisgau oder Mannheim weisen geringe Rückgänge auf, andere wie Pforzheim oder Heidelberg dagegen hohe. Auch ausgeprägte Universitätsstädte wie Freiburg im Breisgau und Heidelberg sind somit an entgegengesetzten Enden der Entwicklung zu finden. Ähnliches gilt für eher ländlich geprägte Kreise wie den Hohenlohekreis, der gut 23 % Hauptschüler weniger aufwies, und den Landkreis Lörrach, in dem der Rückgang lediglich knapp 7 % betrug. Die Gründe für diese Entwicklungen sind daher vielschichtig. Sie dürften unter anderem auf die regionale Bevölkerungsentwicklung, Besonderheiten im Übergangsverhalten und die spezifischen Schulstrukturen zurückzuführen sein.

Nur geringer Anteil privater Hauptschulen

Von den Hauptschulen in Baden-Württemberg werden lediglich 29 in freier Trägerschaft geführt. Diese besuchten im Schuljahr 2006/07 zusammen 4 254 Schüler. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl betrug somit gut 2 %. Gegenüber dem Schuljahr 2000/01 ist aber immerhin eine Steigerung der Schülerzahl um 31 % feststellbar.

Bei den privaten Hauptschulen handelt es sich meist um kleinere Einrichtungen. Ihre regionale Verteilung ist relativ ungleichmäßig. In den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen sind sie deutlich stärker vertreten als in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe. Insgesamt gab es 2006/07 nur in 18 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte des Landes eine Hauptschule in freier Trägerschaft (**Tabelle D 2.1 (T2) im Anhang**).

Viele relativ kleine Hauptschulen

Von den 1 226 Hauptschulen in Baden-Württemberg waren 205 „wenig gegliedert“,

das heißt sie hatten weniger als fünf Klassen und wiesen damit nicht alle Schuljahrgänge auf. Sieben Hauptschulen befanden sich im Aufbau, das heißt sie hatten zwar mehr als fünf Klassen, aber dennoch nicht alle Schuljahrgänge von Jahrgangsstufe 5 bis 9. Alle Schuljahrgänge waren an 534 Hauptschulen mindestens einmal vorhanden, bei insgesamt fünf bis maximal sieben Klassen. Damit gelten diese Schulen als einzügig. Überwiegend zweizügig oder zweizügig waren 401 Hauptschulen, überwiegend dreizügig oder drei- und mehrzügig nur 79. Insgesamt waren im Schuljahr 2006/07 damit 61 % der Hauptschulen nur wenig gegliedert, im Aufbau oder einzügig. Im Schuljahr 2001/02 galt dies für 52 % der Hauptschulen.

Im Schuljahr 2006/07 wurden an 283 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Darunter befanden sich auch alle zehn in Baden-Württemberg vorhandenen Hauptschul-Außenstellen, die unter diesem Aspekt gesondert betrachtet werden.¹ Der größte Teil der öffentlichen Hauptschulen (610) hatte zwischen 85 und 200 Schüler. Lediglich an 14 öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den insgesamt 29 privaten Hauptschulen hatten 14 weniger als 85 Schüler und vier zwischen 85 bis unter 200 Schüler. Über 400 Schüler wurden nur von drei privaten Hauptschulen gemeldet.

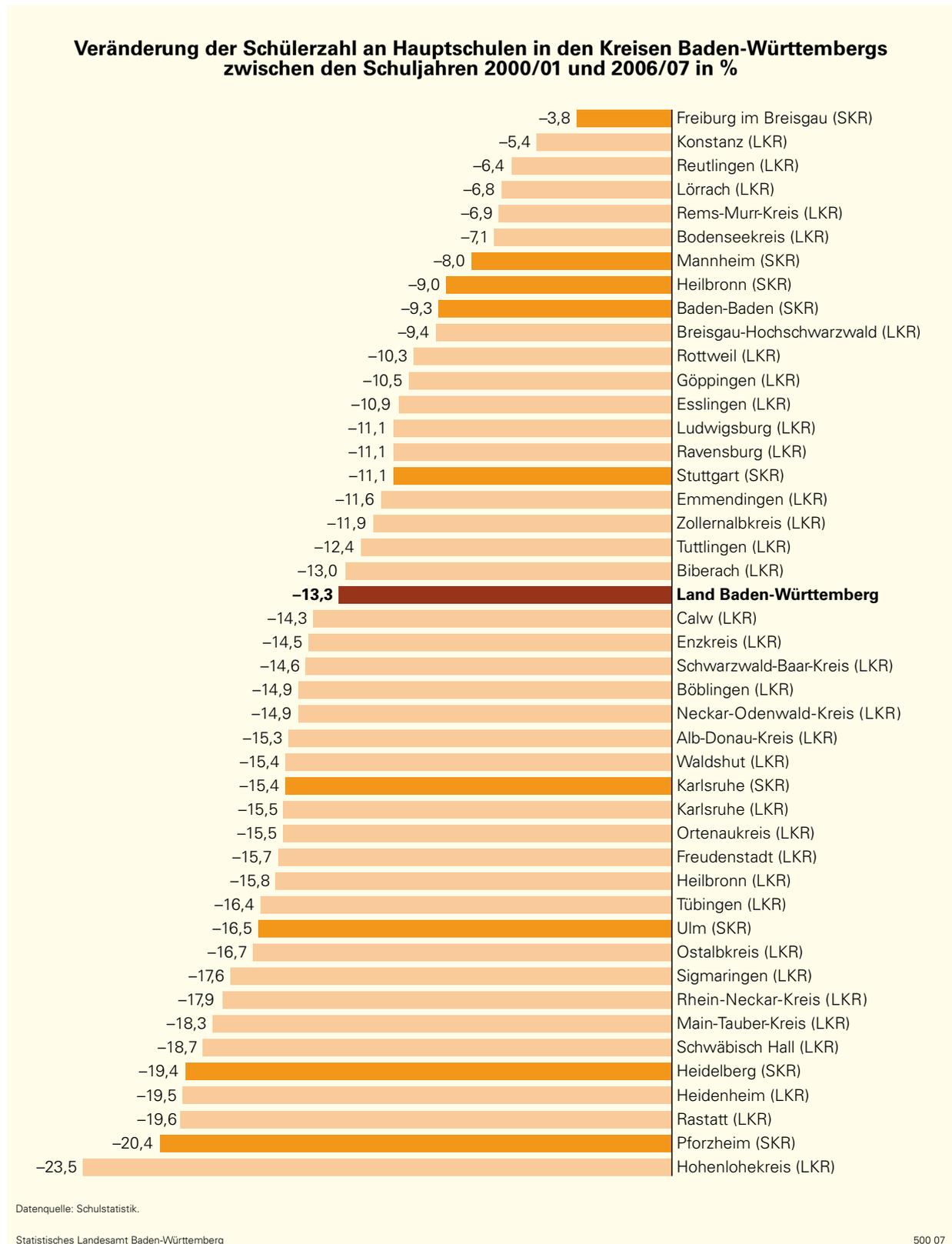
Durchschnittlich rund 20 Schüler je Klasse

Im Durchschnitt lag die Klassengröße an den Hauptschulen im Schuljahr 2006/07 bei etwas über 20 Schülern. Dies spricht dafür, dass an den Hauptschulen überwiegend relativ kleine Klassen existieren. Im Zuge des seit dem Schuljahr 2003/04 zu beobachtenden Rückgangs der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse weiter abgesunken und liegt nun mit 20,4 um einen Schüler unter dem vor drei Jahren verzeichneten Wert.

An öffentlichen Hauptschulen liegt die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse spürbar unter

¹ Der Wert 85 ergibt sich, wenn man von einer Mindestklassengröße an öffentlichen Hauptschulen von 17 Schülern und fünf Hauptschul-Jahrgängen ausgeht.

Grafik D2.1 (G2)



den Werten der privaten Schulen (Grafik D 2.1 (G3)). Mit 22,9 Schülern je Klasse wurden an privaten Schulen 2006/07 im Mittel fast drei Schüler mehr pro Klasse unterrichtet als an öffentlichen. Dieser Abstand hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert.

An den öffentlichen Hauptschulen umfassten gut zwei Drittel aller Regelklassen² weniger als 23 Schüler (Tabelle D 2.1 (T3) im Anhang). Rund ein Viertel der Regelklassen wurde von 23 bis 27 Schülern besucht. In etwa 6 % aller regulären Hauptschulklassen wurden 28 Schüler oder mehr unterrichtet. Dies waren 537 Klassen an den öffentlichen Hauptschulen. An den Einrichtungen in freier Trägerschaft waren in gut der Hälfte der Klassen 23 bis 27 Schüler zu finden. In jeder fünften Klasse betrug die Klassengröße 28 Schüler oder mehr.

Mehr Jungen auf der Hauptschule

Die geschlechtsspezifische Betrachtung von Schülern an den Hauptschulen zeigt einen deut-

lichen Jungenüberschuss: gut 55 % der Hauptschüler waren im Schuljahr 2006/07 männlich (Tabelle D 2.1 (T2) im Anhang). Dieses Verhältnis ist bereits seit längerer Zeit stabil. Schon im Schuljahr 1980/81 lag der Jungenanteil auf demselben Niveau. Im Verlauf der Jahre waren hier nur sehr geringe Schwankungen feststellbar.

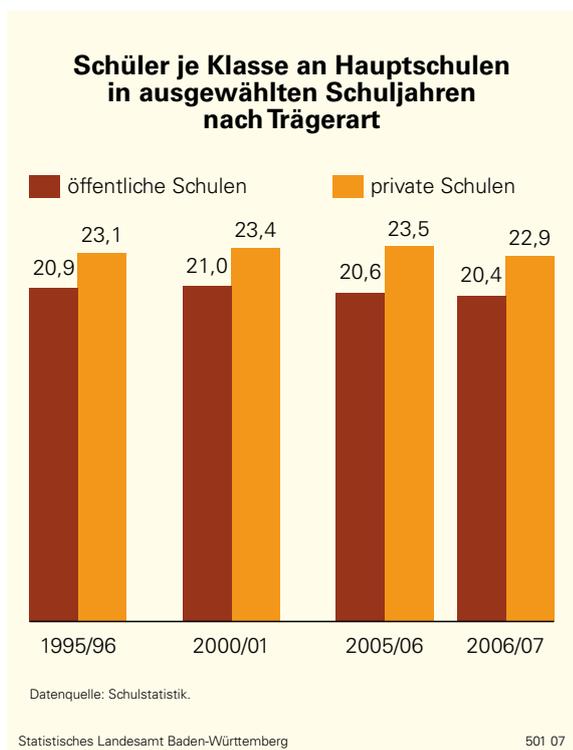
In allen Kreisen des Landes stellen die Jungen die Mehrzahl der Hauptschüler. Ihr Anteil reicht von knapp 58 % im Hohenlohekreis bis 53 % in der Stadt Baden-Baden. Somit hält sich die Schwankungsbreite des Jungenanteils auch auf Kreisebene in Grenzen.

Etwa jeder Sechste nutzt das freiwillige 10. Schuljahr

Der Besuch des freiwilligen 10. Schuljahres an einer Hauptschule (Werkrealschule) bietet auch Hauptschülern einen direkten Weg zum mittleren Abschluss. Im Schuljahr 2006/07 haben von den 1 226 Hauptschulen 359 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 891 Schülern besucht wurde. Damit waren etwa 16 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Stufe gewechselt. Seit dem Schuljahr 1996/97 liegt dieser Anteil relativ konstant bei Werten zwischen knapp 15 % und gut 16 % (Grafik D2.1 (G4)). Innerhalb der letzten fünf Jahre war allerdings tendenziell ein leichter Anstieg zu registrieren.

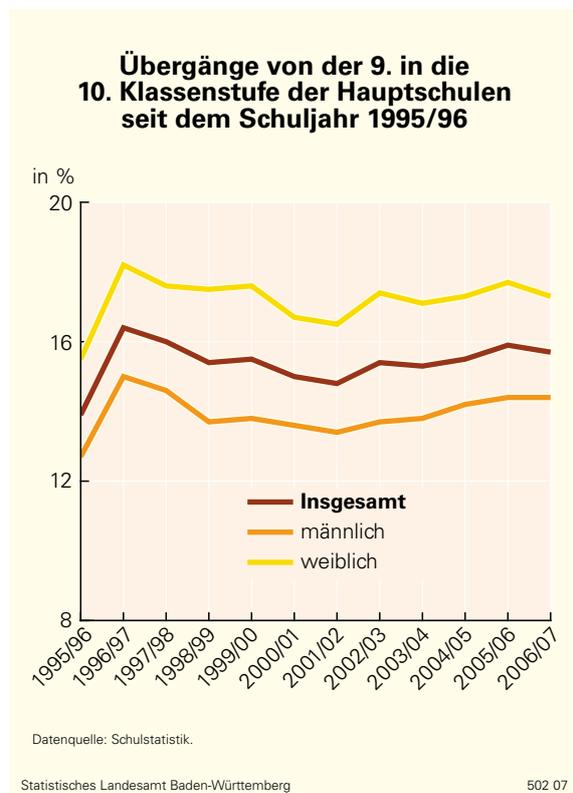
Von den 79 337 Schülern der Klassenstufen 8 und 9 nahmen 38 015 am Zusatzunterricht teil, der Vorbedingung für den Übergang in die Werkrealschule ist. Das entspricht einem Anteil von 48 %. Allerdings hatten nicht alle Hauptschüler die Möglichkeit, Zusatzunterricht zu erhalten, da dieser nur an 1 131 Schulen erteilt wurde. Damit konnten knapp 8 % der Hauptschulen ihren Schülern diesen Unterricht nicht anbieten. Im Vergleich zu ihren männlichen Mitschülern erhalten Schülerinnen deutlich häufiger Zusatzunterricht. Während 54 % der Acht- und Neuntklässlerinnen 2006/07 zu dieser leistungsfähigeren Gruppe gehörten, traf dies nur auf gut 43 % ihrer männlichen

Grafik D2.1 (G3)



2 Siehe die methodische Erläuterung „Regelklasse“ am Ende dieses Kapitels.

Grafik D2.1 (G4)



Klassenkameraden zu. Dieser Trend setzt sich auch bei den Übergängen in Klassenstufe 10 fort: Gut 14 % der männlichen, aber mehr als 17 % der weiblichen Neuntklässler wechselten in die freiwillige 10. Klassenstufe (Grafik D2.1 (G4)).

Neben dem Wechsel in die 10. Klassenstufe stehen den erfolgreichen Neuntklässlern noch weitere Alternativen offen. Sie können sich beispielsweise mit dem Hauptschulabschluss um eine Lehrstelle bewerben oder an einer 2-jährigen Berufsfachschule die Fachschulreife anstreben. Dort dauert der Weg zum mittleren Abschluss zwar ein Jahr länger, dafür erhalten die Schüler neben allgemein bildendem Unterricht auch berufliche Grundkenntnisse vermittelt (siehe Kapitel E 3). Insgesamt setzt somit nur etwa ein Drittel der Schüler, die in den Klassenstufen 8 und 9 Zusatzunterricht erhalten hatten, seine Schullaufbahn in Stufe 10 der Werkrealschule fort.

Methodische Erläuterung

Regelklassen

Regelklassen sind hier die Hauptschulklassen mit Ausnahme der Klassen mit dem Ziel der Beseitigung von Lese-/Rechtschreibschwächen, der Vorbereitungsklassen, der Förderklassen für Aussiedler, der Kooperationsklassen Hauptschule/BVJ und der muttersprachlichen Klassen.

D 2.2 Realschule

An den 472 Realschulen des Landes wurden im Schuljahr 2006/07 insgesamt 244 836 Schüler unterrichtet. Damit blieb die Schülerzahl fast genau auf dem Niveau des Vorjahres. Seit dem Schuljahr 2004/05, in dem 247 564 Realschüler gezählt wurden, ist demografisch bedingt ein prinzipiell rückläufiger Trend der Schülerzahlen zu beobachten. Damit lag der Gipfel der Entwicklung etwas unterhalb des im Schuljahr 1979/80 erreichten Höchststandes von 257 352 (Grafik D 2.2 (G1)).

Die Entwicklung verlief in den Kreisen Baden-Württembergs differenziert. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/01 lag die Schülerzahl 2006/07 landesweit um 6,5 % höher. Allerdings ist in den vier Landkreisen Calw, Schwarzwald-Baar-Kreis, Zollernalbkreis und Ortenaukreis sowie in der Stadt Ulm bereits zu diesem Zeitpunkt ein Rückgang der Schülerzahlen erkennbar (Grafik D 2.2 (G2)). Andererseits war in der Stadt Baden-Baden – wenn auch bei geringer absoluter Schülerzahl – eine deutliche Zunahme um 20 % zu verzeichnen. Ähnlich stark fiel diese im Landkreis Freudenstadt mit 18 % aus. Im Landkreis Ravensburg lag ebenfalls eine erhebliche Steigerung um 15 % vor. Auch wenn sieben der neun Stadtkreise über dem Landesdurchschnitt liegen, ist kein auffälliges Verteilungsmuster der Entwicklung der Schülerzahlen feststellbar.

Knapp 5 % der Schüler sind an Privatschulen

Im Schuljahr 2006/07 strebten an den 45 Schulen in freier Trägerschaft zusammen 11 351

Schüler den Realschulabschluss an. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl der Realschulen betrug damit knapp 5 %. Seit dem Schuljahr 1980/81 konnten die privaten Realschulen ihre Schülerzahl kontinuierlich steigern und ihren Anteil immerhin nahezu verdoppeln (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang).

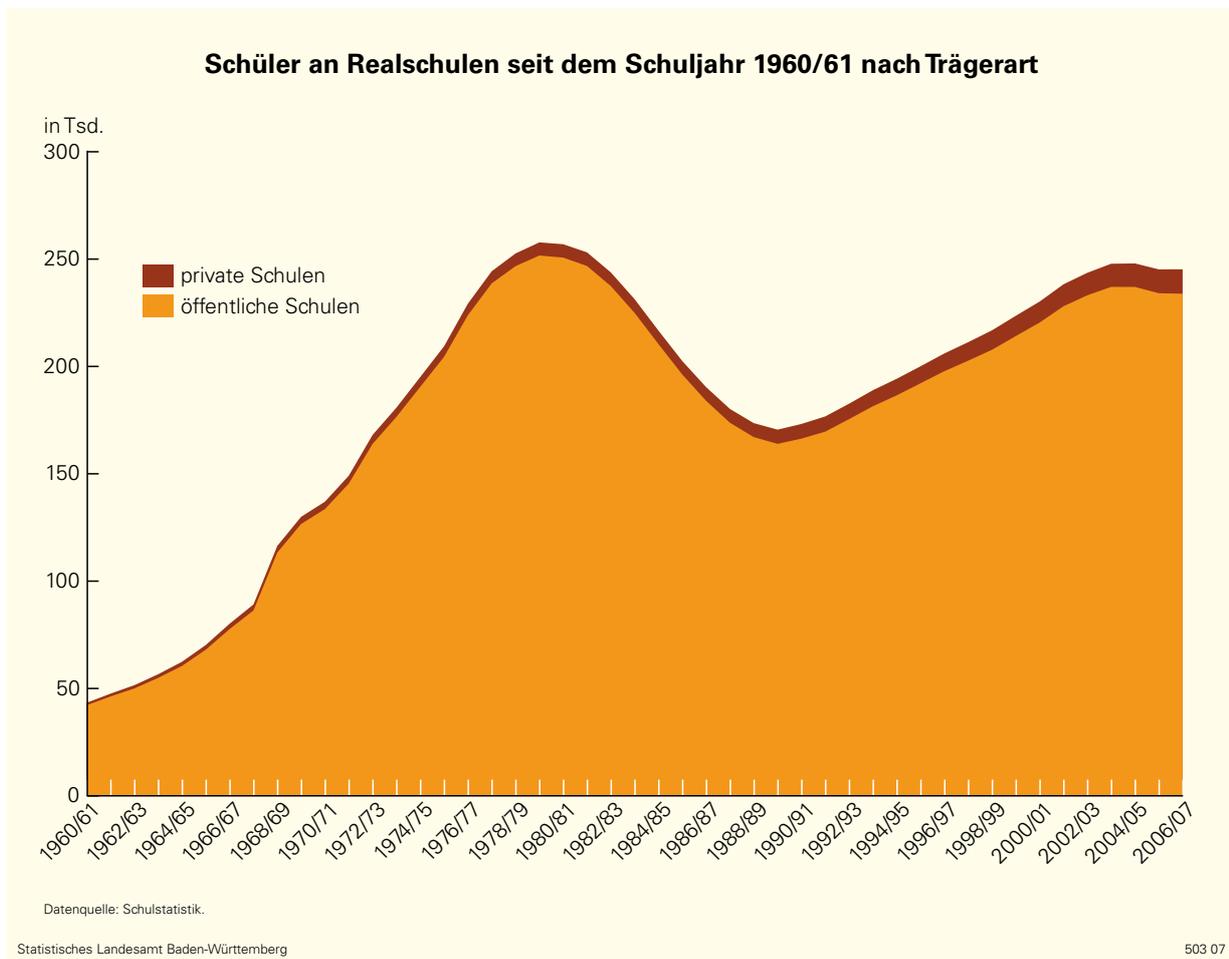
Lediglich in 29 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte Baden-Württembergs sind private Realschulen vorhanden. Relativ weit verbreitet sind diese in den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen (Tabelle D 2.2 (T2) im Anhang). Dort gibt es auch einige größere Einrichtungen mit zum Teil deutlich mehr als 500 Schülern. Bei einigen privaten Realschulen handelt es sich um Mädchenschulen in kirchlicher Trägerschaft.

An Realschulen im Mittel knapp 28 Schüler je Klasse

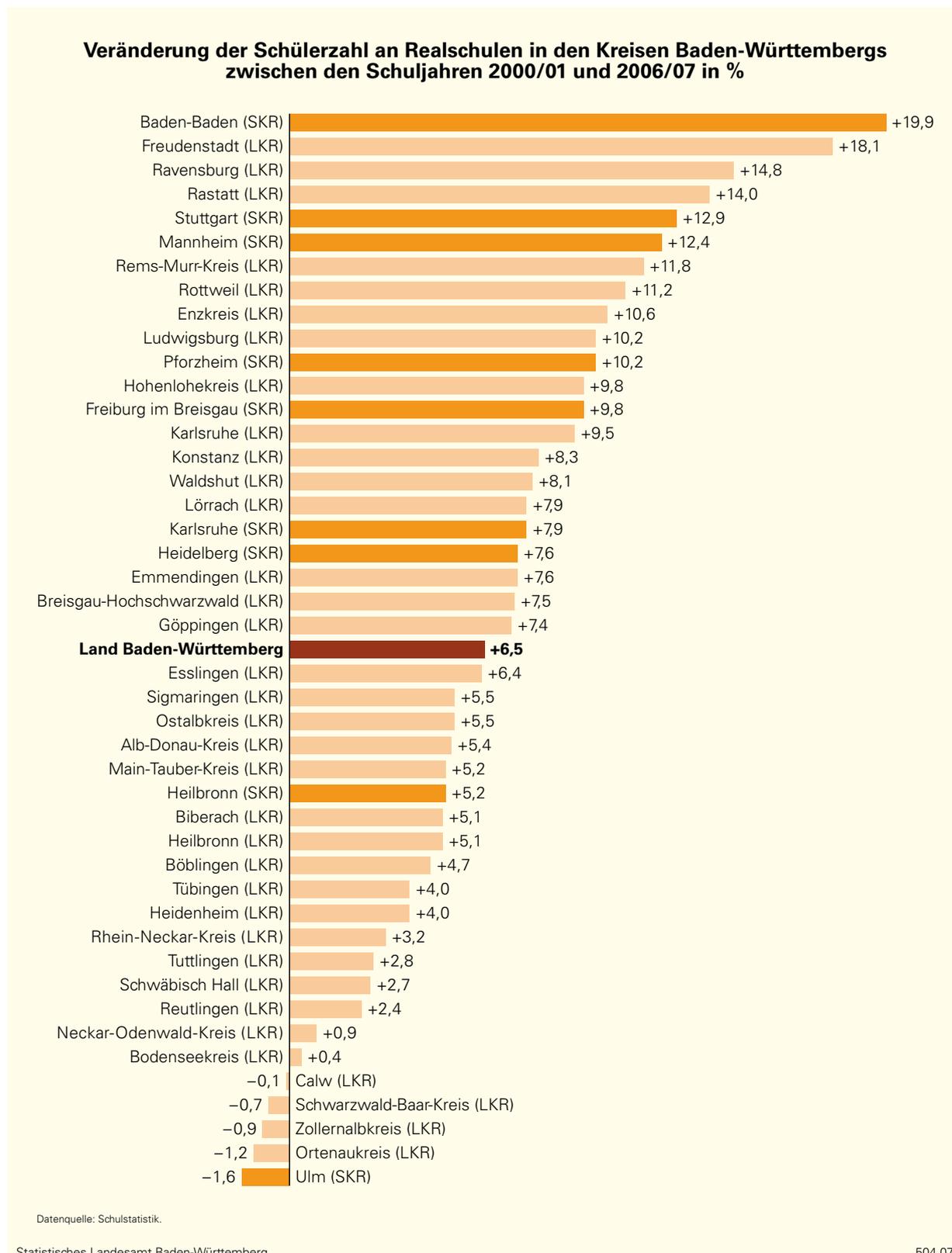
Im Verlauf des Anstiegs der Schülerzahlen an den Realschulen war auch ein Anstieg der Schülerzahl je Klasse zu verzeichnen. Im Schuljahr 1995/96 waren im Durchschnitt 25,9 Schüler in einer Klasse. Bis 2004/05, als die Schülerzahl ihren Höchststand erreichte, stieg sie um fast zwei Schüler je Klasse auf 27,7 an. Seitdem ist wieder ein leichter Rückgang auf 27,5 Schüler je Klasse eingetreten.

Aufgrund ihres hohen Anteils an der Schülerzahl prägen vor allem die öffentlichen Realschulen diese Entwicklung. Ihre durchschnittliche Schülerzahl je Klasse stieg von 25,9 im Jahr 1995/96

Grafik D2.2 (G1)



Grafik D2.2 (G2)



bis 2004/05 auf 27,8 an und ist seitdem leicht auf 27,6 zurückgegangen (Grafik D 2.2 (G3)). An den privaten Realschulen war diese Entwicklung nicht in solchem Ausmaß feststellbar. Zwar stieg dieser Wert von 1995/96 bis 2003/04 ebenfalls an, jedoch nur um gut einen Schüler pro Klasse von 25,7 auf 26,9. Seitdem sank er wieder auf 26,0 Schüler je Klasse im Schuljahr 2006/07. Lagen öffentliche und private Realschulen 1995/96 noch fast gleichauf, so sind nun an den privaten Schulen kleinere Klassen vorhanden.

Nahezu gleich viele Jungen und Mädchen

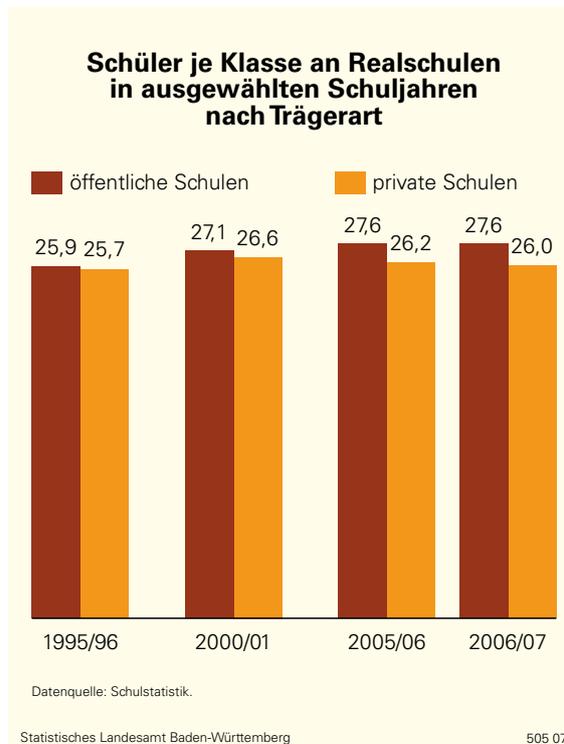
An den Realschulen in Baden-Württemberg ist das Verhältnis von Schülern und Schülerinnen etwa ausgeglichen. Allerdings ergab sich im Schuljahr 2006/07 eine nahezu „historische“ Zäsur: Erstmals waren die männlichen Schüler knapp in der Überzahl (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Diese Entwicklung zeichnet sich schon seit längerem ab. So hatten die Schülerinnen im Schuljahr 1980/81 noch einen Anteil von fast 54 %. Bis 1990/91 war er bereits auf gut 52 % abgesunken und lag 2000/01 bei knapp 51 %.

Auf Kreisebene reicht die Spanne des Mädchenanteils von nur 44 % in der Stadt Baden-Baden bis rund 53 % in der Stadt Ulm, im Hohenlohekreis und in der Stadt Heidelberg. Dies ist eine relativ weite Spreizung, die jedoch dadurch relativiert wird, dass Baden-Baden ein „Ausreißer“ ist. Hier schlägt sich die Schülerstruktur der privaten Realschule mit Internat nieder, die überwiegend männliche Schüler aufweist. Der Mädchenanteil an den öffentlichen Realschulen in Baden-Baden ist mit 51 % dagegen sogar überdurchschnittlich. Die nächst niedrigen Werte sind mit jeweils knapp über 48 % in den Städten Karlsruhe, Mannheim und Freiburg im Breisgau zu finden (Tabelle D 2.2 (T2) im Anhang).

Ein Viertel wählt eine zweite Fremdsprache

In der 7. Klassenstufe stehen die Realschüler vor der Entscheidung, ein Wahlpflichtfach zu bestimmen, das ihren Neigungen entspricht. Sie haben dabei die Wahl zwischen den Fächern „Technik“, „Mensch und Umwelt“ und einer zweiten Fremdsprache – in aller Regel Französisch.¹ Im Fach „Technik“ sollen den Schülern laut Bildungsplan

Grafik D2.2 (G3)



der Realschule im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit technischen Inhalten fundamentale Kenntnisse und Handlungsmuster vermittelt werden. Dies erfolgt in den fünf Problem- und Handlungsfeldern „Arbeit und Produktion“, „Information und Kommunikation“, „Transport und Verkehr“, „Versorgung und Entsorgung“ sowie „Bauen und Wohnen“. Im Fach „Mensch und Umwelt“ sollen ausgehend vom privaten Haushalt Sachkenntnisse vermittelt sowie Urteilsvermögen und Handlungskompetenz entwickelt werden. Das Fach umfasst dabei die Themenbereiche Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Wirtschaften und Zusammenleben in Familie und Gesellschaft.

Gut ein Viertel der Realschüler hatte sich nach dem Stand des Schuljahres 2006/07 für die zweite Fremdsprache entschieden. Das Fach „Technik“ lag mit einem Anteil von 39 % knapp

¹ Für Schüler, die ab Klassenstufe 5 Französisch als Pflichtfremdsprache haben, ist ab Klasse 7 auch Englisch Pflichtfremdsprache.

vor „Mensch und Umwelt“ mit 35 % (Grafik D 2.2 (G4)). Bei der Entscheidung sind eindeutige geschlechtsspezifische Muster erkennbar. Gut 58 % der Schülerinnen wählten „Mensch und Umwelt“, 71 % ihrer männlichen Mitschüler dagegen das Fach „Technik“. Die zweite Fremdsprache ist unter den Schülerinnen beliebter als unter den Schülern: Von den Schülerinnen erlernten 33 % (meist) Französisch, von den Schülern lediglich knapp 17 %.

Ein Viertel der Realschulen bietet in einzelnen Sachfächern oder Unterrichtssequenzen bilingualen Unterricht an. Vorwiegend findet dieser in englischer Sprache statt.

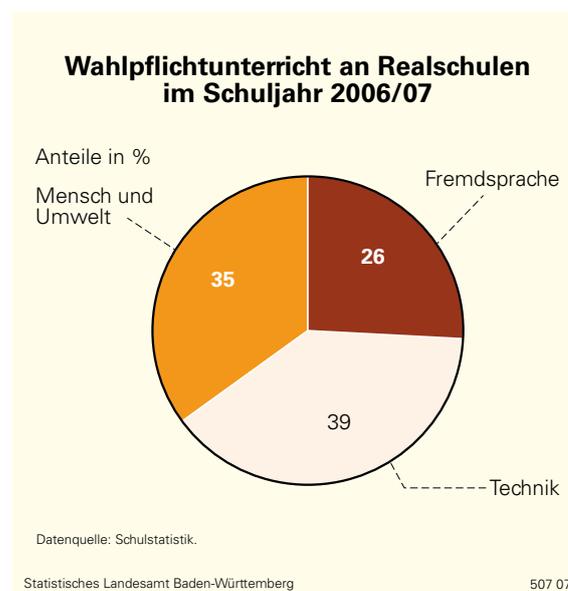
Mehr Zugänge aus dem Gymnasium als aus der Hauptschule

Fast 95 % der Realschüler des Schuljahres 2006/07 waren regulär in ihre aktuelle Klassenstufe versetzt worden. Knapp 3 % der Schüler wiederholten eine Klassenstufe. In Klassenstufe 9 ist die Wiederholerquote mit mehr als 5 % am höchsten. Auch in Klassenstufe 8 lag diese Quote mit knapp 4 % deutlich über dem Durchschnitt der Schulart. Männliche Realschüler wiederholen häufiger eine Klassenstufe als ihre Mitschülerinnen: 3,4 % der Schüler und 2,3 % der Schülerinnen waren Wiederholer. Der Anteil der Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, ist an den Realschulen durchschnittlich deutlich höher als an Hauptschulen und Gymnasien.

Die multilaterale Versetzungsordnung regelt die Durchlässigkeit zwischen den allgemein bildenden Schularten. Die Realschule ist dabei als „mittlere“ Schulart die naheliegende Alternative sowohl für Schüler der Hauptschule als auch des Gymnasiums. Zum Schuljahr 2006/07 waren insgesamt 2 361 Schüler von einer Hauptschule auf die Realschule gewechselt und 2 735 von einem Gymnasium (Tabelle D 2.2 (T3) im Anhang). Deutlich mehr als die Hälfte der ehemaligen Hauptschüler waren hierbei in die 6. Klassenstufe eingetreten, knapp ein Viertel in die 7. Klassenstufe und rund 14 % in die 5. Klassenstufe. In den höheren Stufen fanden nur vereinzelt Wechsel von der Haupt- zur Realschule statt. Der im Ablauf der Klassenstufen fortschreitende Unterschied in den Bildungsinhalten dürfte hierfür ausschlaggebend sein. Bei den Zugängen aus den Gymnasien ist dagegen

ein anderes Muster feststellbar. Hier war jeweils gut ein Viertel der Wechsler aus dem Gymnasium in den Klassenstufen 7, 8 und 9 zu finden.

Grafik D2.2 (G4)



D 2.3 Gymnasium

Im Schuljahr 2006/07 wuchs die Schülerzahl der 436 Gymnasien im Land um knapp 4 900 auf 333 322 an. Damit setzte sich der seit Beginn der 90er-Jahre zu beobachtende Trend steigender Schülerzahlen fort (Grafik D 2.3 (G1)). Neben der demografischen Entwicklung ist hierfür auch der wachsende Anteil der Gymnasien an den Übergängen von der Grundschule verantwortlich (Kapitel D1.3). Die bislang höchste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 verzeichnet, als die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre unterrichtet wurden.

Landesweit erhöhte sich die Zahl der Gymnasialisten seit dem Schuljahr 2000/01 um fast 14 %. Den geringsten Zuwachs verzeichneten in diesem Zeitraum die Gymnasien im Schwarzwald-Baar-Kreis, deren Schülerzahl lediglich um rund 5 % zunahm. Auch in den Landkreisen Rottweil, Heidenheim und Göppingen lag der Anstieg mit

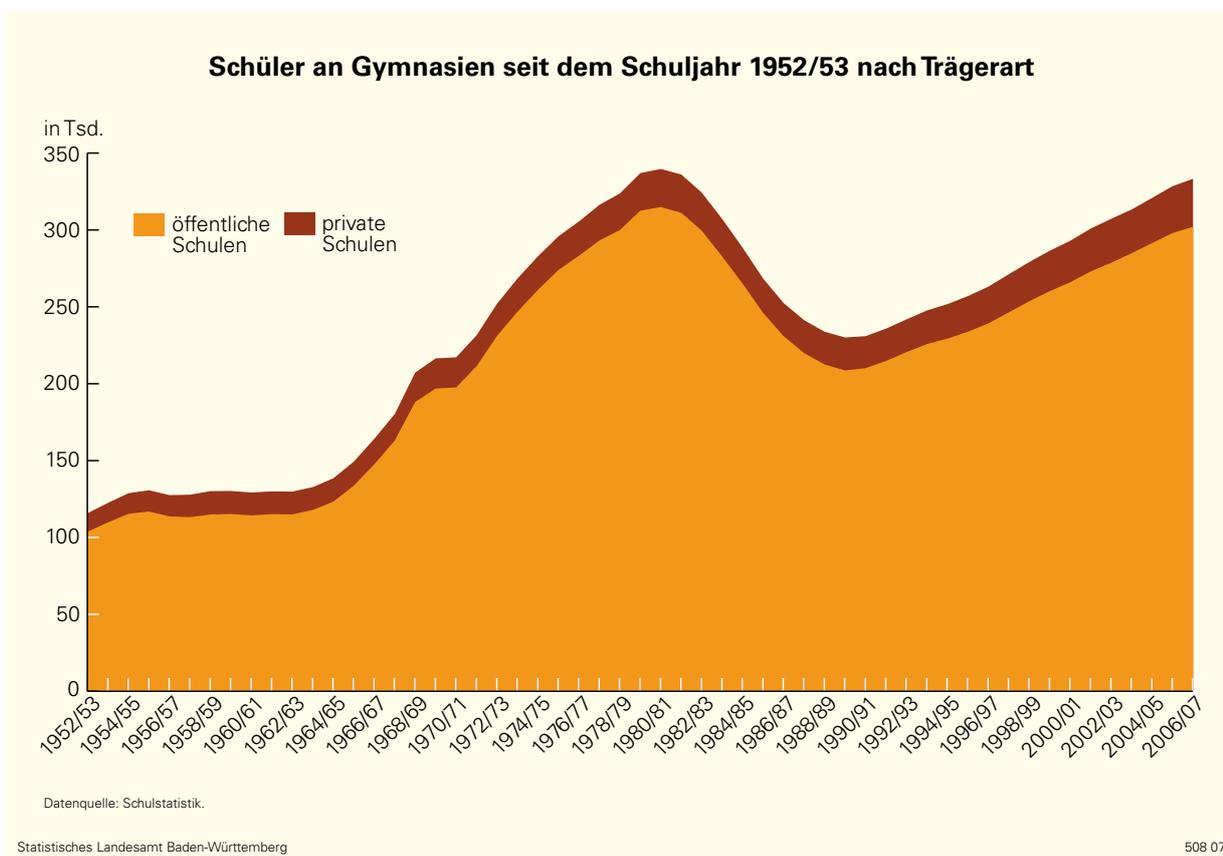
gut 7 % bis knapp 8 % wenig darüber. Dagegen wurden in den Landkreisen Calw und Schwäbisch Hall 22 % bzw. 21 % mehr Gymnasiasten unterrichtet als sechs Jahre zuvor (Grafik D 2.3 (G2)).

Fast jeder zehnte Schüler besucht ein privates Gymnasium

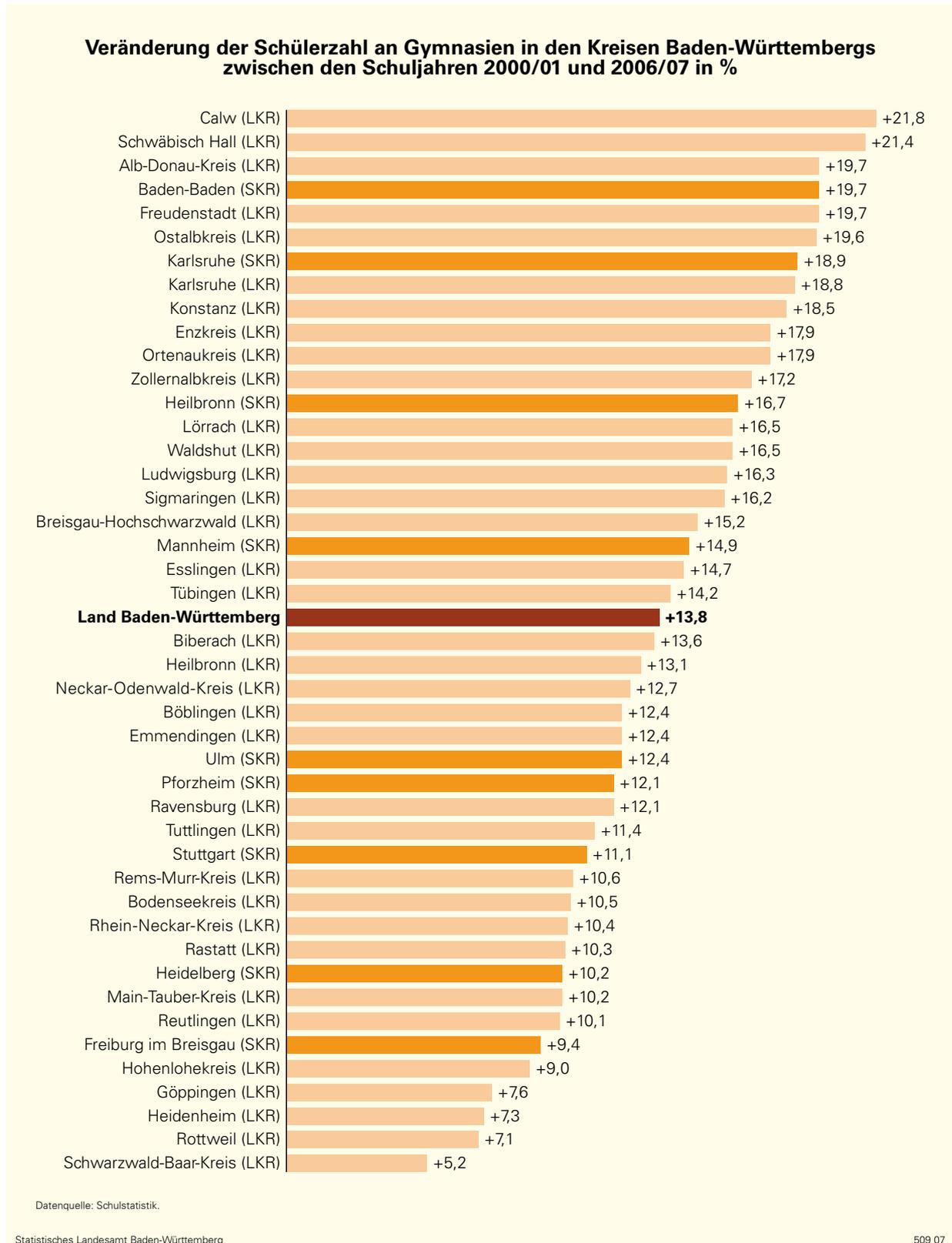
Im Schuljahr 2006/07 gab es in Baden-Württemberg 59 private Gymnasien. An 17 von diesen ist ein Internat angeschlossen. Insgesamt besuchten 31 262 Schüler ein privates Gymnasium, was einem Anteil von über 9 % an der Gesamtzahl entspricht. Seit dem Schuljahr 2000/01 konnten die privaten Einrichtungen ihre Schülerzahl um knapp 16 % steigern. Damit lag ihr Zuwachs um fast zwei Prozentpunkte über dem der öffentlichen Einrichtungen (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

Private Gymnasien sind in 27 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte im Land zu finden. Häufig sind in zentral gelegenen Orten mehrere private Schulen ansässig, die auch von Schülern aus den umliegenden Kreisen besucht werden. Bei Einrichtungen mit angeschlossenem Internat kann das Einzugsgebiet sogar über Baden-Württemberg hinausgehen. Dies mag ein wichtiger Grund dafür sein, dass in manchen Kreisen ein auffallend hoher Anteil von Privatschülern zu finden ist (Tabelle D 2.3 (T2) im Anhang). So werden in Heidelberg sogar mehr als 46 % der Gymnasiasten an privaten Schulen unterrichtet, in Baden-Baden sind dies immerhin rund 36 %. In sechs weiteren Kreisen und kreisfreien Städten (Mannheim, Ravensburg, Sigmaringen, Stuttgart, Ortenaukreis und Waldshut) liegt der Privatschüleranteil bei über 20 %.

Grafik D2.3 (G1)



Grafik D2.3 (G2)



Tendenz zu größeren Klassen

Seit dem Schuljahr 1995/96, in dem die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Klasse bei 24,8 lag, ist ein kontinuierlicher Anstieg dieses Wertes zu beobachten. Im Schuljahr 2006/07 betrug er 27,5 Schüler pro Klasse. Bei dieser Berechnung werden jeweils die Jahrgangsstufen 12 und 13 (G9) bzw. 11 und 12 (G8) nicht einbezogen, da in diesen Stufen der Klassenverband im Zuge des Kurssystems aufgelöst ist. Der Anstieg der Schülerzahlen in diesem Zeitraum konnte somit nicht allein durch die Einrichtung von rund 1 300 neuen Klassen bewältigt werden, sondern es mussten auch im Durchschnitt mehr Schüler in eine Klasse aufgenommen werden.

An privaten Gymnasien lag dieser rechnerische Durchschnitt mit 25,9 Schülern pro Klasse um knapp zwei Schüler unter dem der öffentlichen Gymnasien von 27,7 Schülern pro Klasse. Die Tendenz zu größeren Klassen war in den vergangenen Jahren an öffentlichen und privaten Einrichtungen in ähnlichem Ausmaß feststellbar (Grafik D 2.3 (G3)).

Seit 1984/85 mehr Mädchen als Jungen an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 besuchten deutlich mehr Schülerinnen als Schüler die Gymnasien des Landes: 175 874 Schülerinnen standen 157 448 Schüler gegenüber. Sie hatten damit einen Anteil von knapp 53 % an der Schülerschaft (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Seit Beginn der 60er-Jahre bis etwa zur Jahrtausendwende nahm der Mädchenanteil am Gymnasium von damals rund 38 % auf über 53 % beständig zu. In den letzten Jahren ging dieser Anteil jedoch minimal zurück. An privaten Schulen sind sogar sechs von zehn Schülern weiblich. Dies ist hauptsächlich auf einige Mädchengymnasien zurückzuführen.

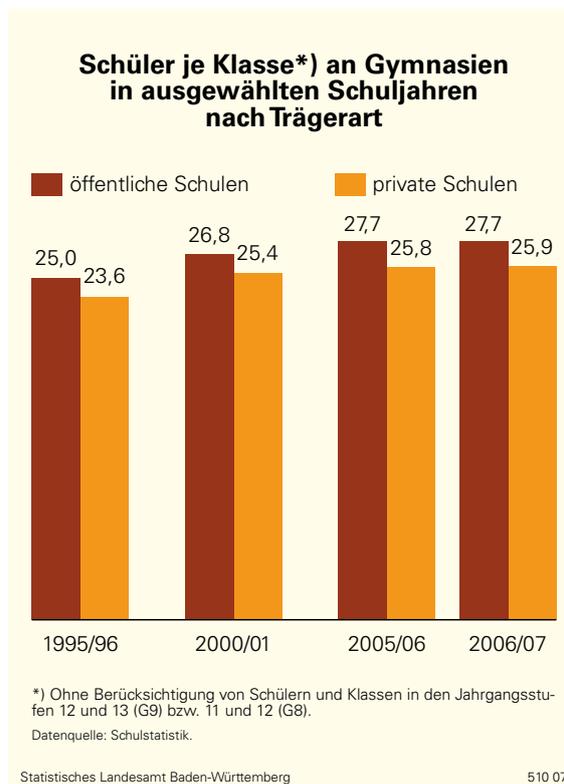
Die niedrigsten Mädchenanteile sind mit knapp 51 % im Bodenseekreis und im Alb-Donau-Kreis zu finden, der höchste mit fast 58 % im Landkreis Sigmaringen (Tabelle D 2.3 (T2) im Anhang). Dieser hohe Wert ist auf zwei große private Einrichtungen mit überwiegend weib-

licher Schülerschaft zurückzuführen. Eine dieser Schulen verfügt über ein Internat für Mädchen.

Weiterer Ausbau der Hochbegabtenförderung geplant

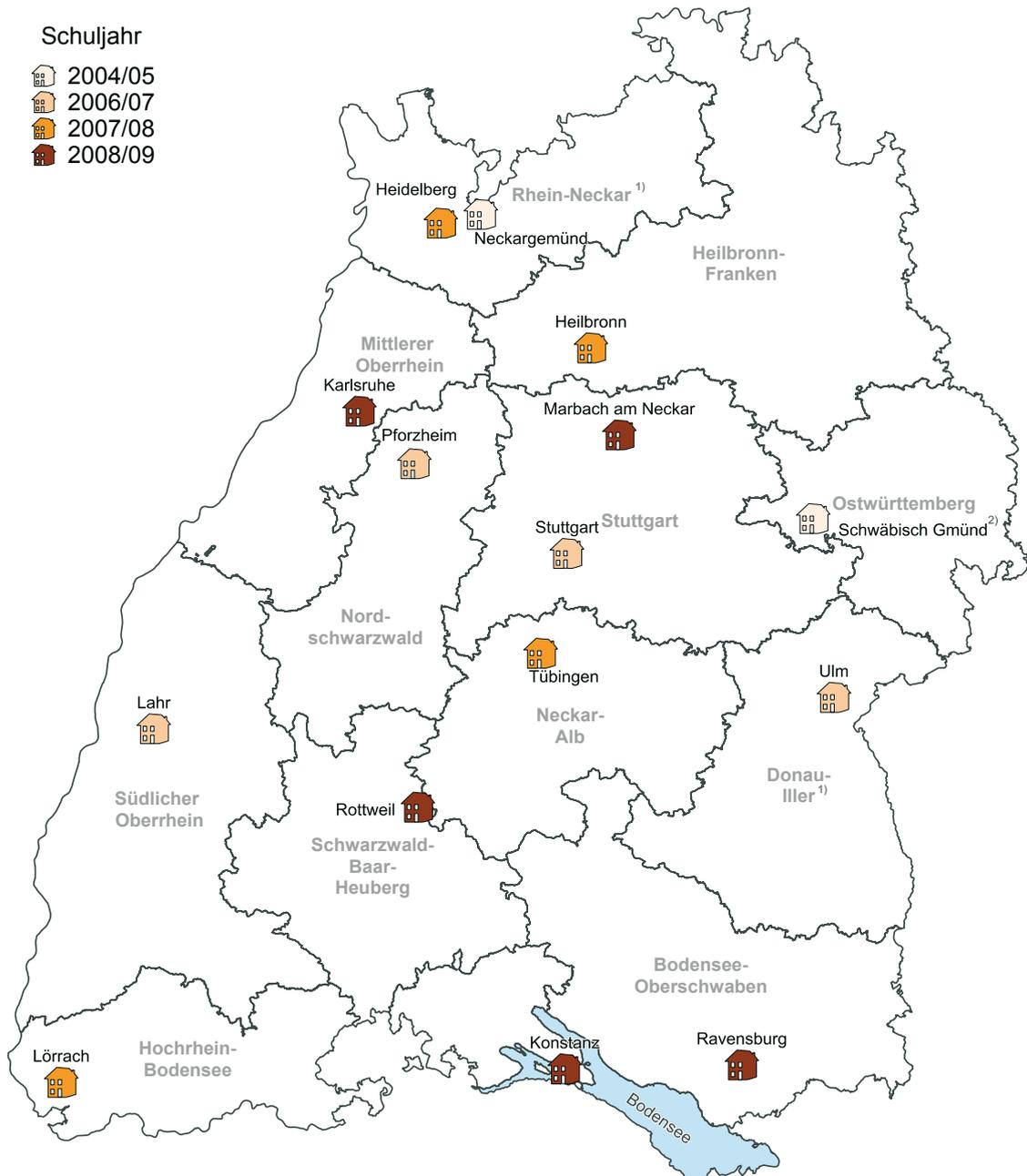
Zum Schuljahr 2004/05 hatte das Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd den Betrieb mit 44 Schülern in der siebten und der zehnten Klassenstufe aufgenommen. Im Schuljahr 2006/07 wurden dort insgesamt 128 Schüler ab Klassenstufe 7 unterrichtet, darunter waren 59 Mädchen. Nach Vollendung des zweizügigen Endausbaus sollen am Landesgymnasium 240 Schüler unterrichtet werden. Zum Schuljahr 2004/05 wurde auch ein privates Gymnasium mit spezieller Ausrichtung zur Förderung von Hochbegabten in Neckargemünd eröffnet. Dieses umfasste im Schuljahr 2006/07 die Klassenstufen 5 bis 7 mit zusammen 40 Schülern, darunter 16 Mädchen.

Grafik D2.3 (G3)



Grafik D 2.3 (G4)

Gymnasien mit besonderen Angeboten der Hochbegabtenförderung nach Schuljahr der Einrichtung

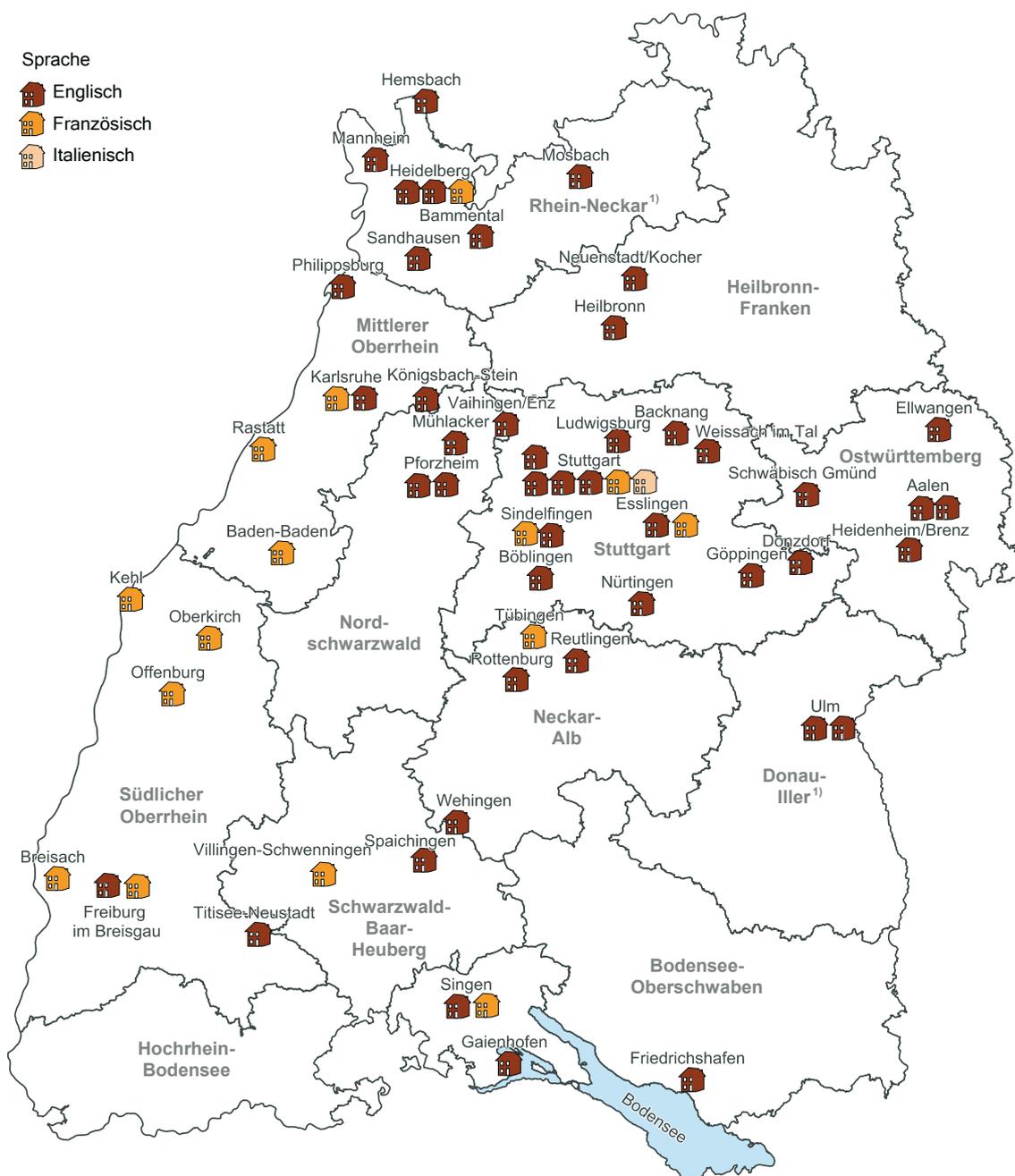


1) Soweit Land Baden-Württemberg. – 2) Ab dem Schuljahr 2008/09 mit Hochbegabtenzug für externe Schüler.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

Grafik D 2.3 (G5)

Gymnasien mit bilingualen Abteilungen



1) Sowie Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg, Stand Schuljahr 2006/07.

Daneben gab es im Schuljahr 2006/07 sogenannte Hochbegabtenzüge an öffentlichen Gymnasien in Stuttgart, Ulm, Pforzheim und Lahr (Grafik D 2.3 (G4)). Die Zulassung von Schülern zu diesen Zügen erfolgt über ein zweistufiges Aufnahmeverfahren. Nach einer Prüfung im Bereich des Intelligenzquotienten und der Erstellung eines Begabungsprofils durch Schulpsychologen finden an der jeweiligen Schule Aufnahmegespräche statt. Die Förderstruktur der Hochbegabtenzüge folgt zwei Prinzipien:

- Akzeleration: gesteigertes Lerntempo und
- Enrichment: Freiraum für zusätzliche Lernangebote.

Am 14. November 2006 beschloss die Landesregierung den stufenweisen Ausbau dieser Hochbegabtenzüge. Im Rahmen des Ausbauprogramms werden im Schuljahr 2007/08 solche Züge an Gymnasien in Heilbronn, Tübingen, Heidelberg und Lörrach eingerichtet. Im Schuljahr 2008/09 ist der weitere Ausbau an den Standorten Marbach am Neckar, Karlsruhe, Konstanz, Rottweil und Ravensburg vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt soll auch das Landesgymnasium für Hochbegabte, das bislang als reines Internat geführt wird, für externe Schüler geöffnet werden. Damit gäbe es dann 14 Standorte mit Hochbegabtenzügen an öffentlichen Gymnasien.

Bilinguale Abteilungen in englischer, französischer und italienischer Sprache

Im Zeichen der zunehmenden Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist es wichtig, Fremdsprachen ähnlich der Muttersprache differenziert, sicher und geläufig zu beherrschen. In diesem Sinne streben bilinguale Bildungsgänge mit der Ausweitung fremdsprachlichen Lernen und Handelns auf Sachfächer eine annähernde Zweisprachigkeit an. Der Kern des bilingualen Konzepts liegt darin, dass die Fremdsprache nicht als Lerngegenstand begriffen wird, sondern als Kommunikationsmedium, sodass im Rahmen schulischen Lernens möglichst realitätsnahe fremdsprachliche Verwendungssituationen ermöglicht werden.

Neben einzelnen bilingualen Unterrichtseinheiten als spezifisches Angebot der Schule gab es im Schuljahr 2006/07 landesweit insgesamt 41 Gymnasien mit einer voll ausgebauten deutsch-englischen Abteilung und 13 Gymnasien mit einer bilingualen Abteilung deutsch-französisch (Grafik D 2.3 (G5)). Im Schuljahr 2007/08 werden drei weitere Schulen in Englisch hinzukommen, in Französisch sind es zwei weitere Schulen. Als neues Angebot wurde im Schuljahr 2006/07 ein bilinguales Profil deutsch-italienisch als Schulversuch eingerichtet (Königin-Katharina-Stift Stuttgart). Bei erfolgreichem Abschluss wird sowohl die deutsche als auch die italienische Hochschulzugangsberechtigung vergeben.

In diesen Abteilungen werden die Schüler nach zwei Schuljahren mit verstärktem Fremdsprachenunterricht in verschiedenen Sachfächern bzw. einer Naturwissenschaft (deutsch-englische Abteilungen) bilingual unterrichtet. Nach dem Besuch der deutsch-englischen Abteilungen erhalten die Schüler ein Zertifikat. Angestrebt wird eine Weiterentwicklung hin zu internationalen Zügen. Dazu wurde im Schuljahr 2006/07 der Schulversuch „Internationale Abiturprüfung Baden-Württemberg“ eingerichtet. In den deutsch-französischen Abteilungen können die Schüler die deutsche allgemeine Hochschulreife zusammen mit dem französischen Baccalauréat (Doppelabschluss „Abibac“) erwerben.

D 2.4 Integrierte Schulformen

Das baden-württembergische Schulsystem ist zwar grundsätzlich dreigliedrig, es bietet aber auch integrierte Schulformen. Dazu zählen die Schulen besonderer Art (früher: Gesamtschulen), die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Konstanz und die Freien Waldorfschulen. Gemeinsam ist diesen Schulformen, dass die Schüler nicht nach der vierten Klassenstufe nach verschiedenen Schularten getrennt unterrichtet werden. Allerdings ist der Stellenwert dieser integrativen Schulformen im gesamten Bildungssystem Baden-Württembergs relativ gering.

Königin-Olga-Stift Gymnasium Stuttgart

Partnerschule für Europa mit deutsch-englischer Abteilung

Das Gymnasium Königin-Olga-Stift hat 1992 als erste Schule in Baden-Württemberg bilingualen Unterricht in der Fremdsprache Englisch eingeführt und als Pilotschule an der Entwicklung des heute landesweit verbreiteten Modells mitgewirkt.

In der deutsch-englischen Abteilung erhalten die Schüler (Stand: G9) in den Klassenstufen 5 und 6 zunächst einen verstärkten Englischunterricht und ab Klassenstufe 7 in den Sachfächern Erdkunde, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Biologie (im Wechsel) den Unterricht – nach Möglichkeit von muttersprachlichen Lehrern – zunehmend in englischer Sprache mit einer zusätzlichen Unterrichtsstunde pro Woche. Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums 2004 ist es möglich, mit dem bilingualen Sachfachunterricht im neuen Fächerverbund GWG (Geschichte, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde) bereits in der 6. Klasse zu beginnen.



Ziel der deutsch-englischen Abteilung ist es, den Schülern durch interkulturelles Lernen eine besondere Qualifikation zu vermitteln, die in einer Vielzahl von Berufen von Bedeutung sein wird und den Schülern das Studium in einem englischsprachigen Land ohne zusätzliche Sprachprüfung erlaubt.

Der bilinguale Unterricht wird schülerbezogen, handlungs- und praxisorientiert umgesetzt. Dazu zählen viel Projekt- und Teamarbeit, die möglichst frühzeitige Begegnung mit Muttersprachlern – etwa an den benachbarten Schulen der US-Armee –, der Einsatz authentischer Unterrichtsmaterialien, die frühzeitige und zielorientierte Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Arbeitsgemeinschaften wie der English Debating Club, Business English, die English History Society und ein umfassendes Angebot an Austauschprogrammen (Wales, USA, Indien).

In der gymnasialen Oberstufe besuchen die Schüler das vierstündige Kernkompetenzfach Englisch sowie einen bilingualen Seminarkurs oder ein weiteres bilingual unterrichtetes Fach. Seit dem Schuljahr 2006/2007 ist die Belegung des Kernkompetenzfaches Biologie mit fünf Wochenstunden möglich. Mit dem ersten bilingualen Biologie-Kurs in den Jahrgangsstufen 12 und 13 zählt die Schule zu insgesamt vier Versuchsschulen, die ihren Schülern das Internationale Abitur Baden-Württemberg anbieten, wozu eine schriftliche englischsprachige Prüfung im Fach Biologie gehört. Der Besuch der deutsch-englischen Abteilung wird den Schülern in einem Zertifikat des Landes Baden-Württemberg als Anlage zum Abiturzeugnis bestätigt. Darüber hinaus gibt es bereits am Ende von Klassenstufe 11 die Möglichkeit, durch eine außerschulische, aber im Unterricht vorbereitete Sprachprüfung (Cambridge Certificate in Advanced English oder Cambridge Certificate of Proficiency in English) die Voraussetzungen für den Besuch einer englischsprachigen Universität im Ausland zu schaffen.

Drei Schulen besonderer Art in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es noch drei „Schulen besonderer Art“ in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Mannheim. Dabei handelt es sich um integrative Gesamtschulen in öffentlicher Trägerschaft, deren rechtliche Grundlage sich in den Schlussvorschriften des Schulgesetzes¹ findet. Dort heißt es in § 107 (1): *„Die Staudinger-Gesamtschule Freiburg im Breisgau, die Internationale Gesamtschule Heidelberg und die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried können in den Klassen 5 bis 10 als Schulen besonderer Art ohne Gliederung nach Schularten geführt werden. Der Unterricht kann in Klassen und Kursen stattfinden, die nach der Leistungsfähigkeit der Schüler gebildet werden. Die Schulen führen nach der Klasse 9 zum Hauptschulabschluss und nach der Klasse 10 zum Realschulabschluss oder zur Berechtigung zum Übergang in die Oberstufe oder in die Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums.“*

Diese Bestandsgarantie im Schulgesetz sichert die verbliebenen integrierten Gesamtschulen, sodass sie in den Großstädten Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau noch eine Alternative zum gegliederten Schulsystem bieten (siehe Kapitel D 1.3). Von den integrierten Gesamtschulen zu unterscheiden sind die „kooperativen Gesamtschulen“. Sie stellen keine eigenständige Schulart dar, sondern bieten verschiedene Schularten der Sekundarstufe I in einer gemeinsamen Schule mit einheitlicher Schulleitung (zum Beispiel Verbundschulen) an.

Höchststand im Schuljahr 1980/81 mit 11 500 Schülern an den Schulen besonderer Art

Aufgrund der eingeführten Modell- und Versuchsschulen² kletterte die Schülerzahl der Gesamtschulen in den 70er-Jahren beständig nach oben

1 Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K.u.U. S. 584), zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 18. Dezember 2006 (GBl. S. 378).

2 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Kultusministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Modelle und Versuche für die Bildungsreform, Oktober 1973.

bis zu ihrem Höchststand im Schuljahr 1980/81: Knapp 11 500 Schüler besuchten damals eine der sieben Gesamtschulen des Landes (Grafik D 2.4 (G1)). Allerdings war auch bei diesem Spitzenwert der Anteil der Schüler an Gesamtschulen an den Schülern aller allgemein bildenden Schulen mit 0,8 % gering. Ab 1980 ist mit dem Auslaufen der Versuchsphase ein stark abnehmender Trend bis zu Beginn der 90er-Jahre zu verzeichnen. Seither haben sich die Schülerzahlen an den Schulen besonderer Art stabilisiert, wobei sie nach einem relativen Tiefpunkt in 2001 seit 2002 wieder leicht ansteigen.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 4 348 Schüler eine Schule besonderer Art, ihr Anteil an den Schülern insgesamt war mit 0,3 % sehr gering. Gut 18 % der Schüler waren Ausländer oder Aussiedler. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Stadtkreis Mannheim der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen traditionell besonders hoch ist (2006/07: 22 %).

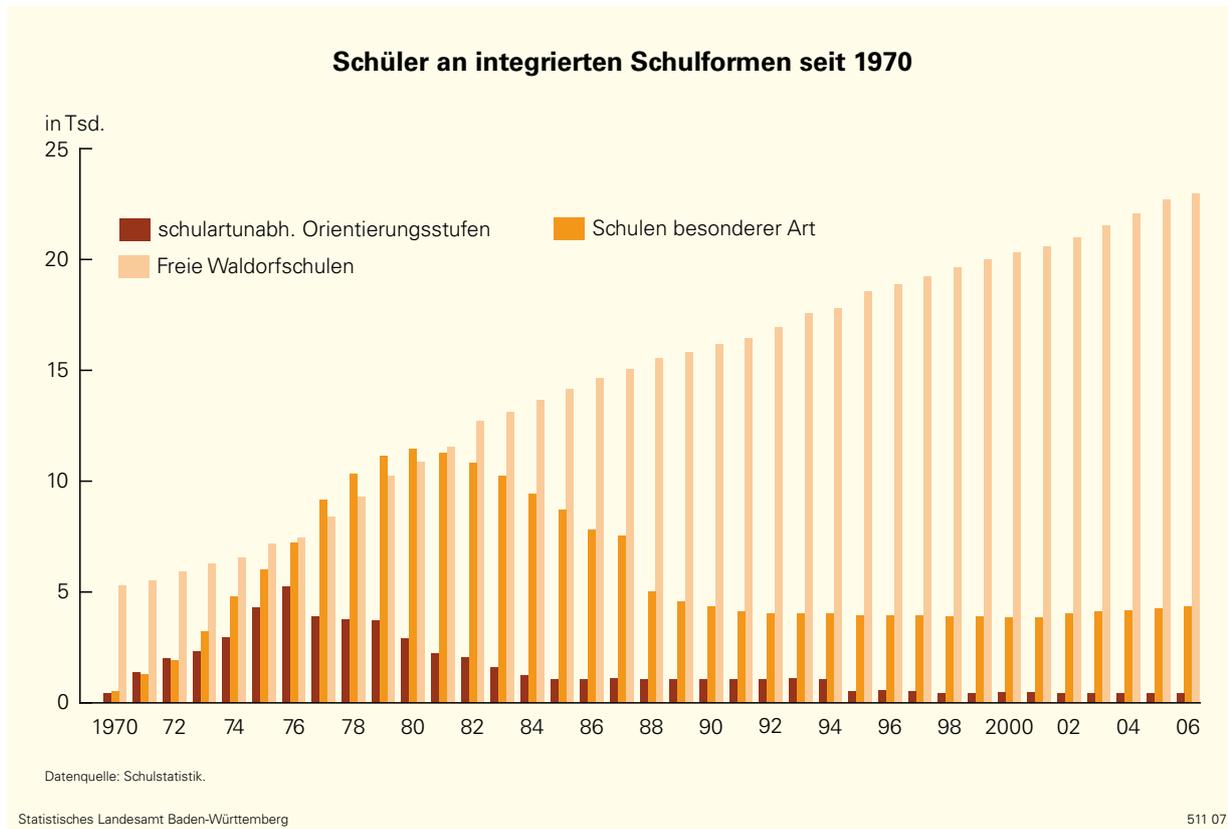
Gemeinsamer Unterricht auch an den Schulen besonderer Art nur in den unteren Klassenstufen

Seit 1988 werden an den Schulen besonderer Art nur die Klassenstufen 5 bis 13 angeboten, wobei die Klassenstufen 11 bis 13 der Oberstufe dann zum Bildungsgang Gymnasium gehören. Im Gegensatz zu den Freien Waldorfschulen, die bereits mit Klassenstufe 1 beginnen, kann eine Schule besonderer Art also erst nach dem Grundschulalter besucht werden. Ein gemeinsamer Unterricht aller Schüler, bei dem die Regelschulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium nicht in Erscheinung treten, findet nur in den unteren Klassenstufen statt. Je nach Schule werden die Schüler dann entsprechend der unterschiedlichen Begabungen und Lerngewohnheiten in Niveaurofen, Züge oder schulartbezogene Klassen eingeteilt, die den Regelschulen entsprechen.

Vier von zehn Fünftklässlern der Schulen besonderer Art hatten eine Realschulempfehlung

Von den 646 Schülern in Klassenstufe 5 hatte der Großteil (41 %) von der Grundschule als

Grafik D2.4 (G1)



weiterführende Schulart die Realschule empfohlen bekommen. 30 % hatten 2006 eine Grundschulempfehlung erhalten, die von den Regelschulen nur den Besuch der Hauptschule ermöglicht hätte. 29 % der Fünftklässler waren mit einer Grundschulempfehlung auf die Schule besonderer Art gewechselt, mit der auch der Besuch eines Gymnasiums möglich gewesen wäre.

Vom Abgangsjahrgang 2006 an den Schulen besonderer Art verließen 34 % der Abgänger die Schule mit dem Hauptschulabschluss, 41 % erzielten einen Realschulabschluss und 25 % die allgemeine Hochschulreife.

Die Entwicklung der integrierten, schulartunabhängigen Orientierungsstufen erreichte ihren Höchstwert 1976 mit 5 223 Schülern an 13 Schulen im Land. Im Schuljahr 2006/07 führte nur noch die Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz diese schulartunabhängige Orientie-

rungsstufe mit 447 Schülern in den Klassenstufen 5 und 6 (Grafik D 2.4 (G1)).

52 Freie Waldorfschulen mit knapp 23 000 Schülern im Schuljahr 2006/07

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den 52 Freien Waldorfschulen 22 971 Schüler unterrichtet. Die Freien Waldorfschulen sind Schulen in ausschließlich privater Trägerschaft und unterrichten nach der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners. Grundprinzipien des Unterrichts sind

- Gesamtschulprinzip
- Jahrgangsklassenprinzip ohne Noten und Wiederholungen
- Epochenunterricht (Blockunterricht)
- Klassenlehrerprinzip (möglichst der gleiche Klassenlehrer von Klasse 1 bis 12)
- Im Allgemeinen ab der 1. Klassenstufe zwei Fremdsprachen

- Betonung des handwerklichen und künstlerischen Unterrichts
- Entwicklung von Individualität und Teamfähigkeit.

Die Freien Waldorfschulen verzeichnen seit Jahren einen wachsenden Zulauf. Jeder vierte Schüler, der eine Schule in privater Trägerschaft besucht, geht auf eine Waldorfschule. Die Schülerzahlen der Freien Waldorfschulen haben sich in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt. Die öffentlichen allgemein bildenden Schulen weisen im selben Zeitraum dagegen eine Abnahme um 7 % auf. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Waldorfschüler sogar mehr als vervierfacht (Grafik D 2.4 (G1)). Der Schüleranteil der Freien Waldorfschulen an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (ohne Zweiter Bildungsweg) liegt freilich nur bei knapp 2 %.

Klassenstärke in den Klassenstufen 1 bis 4 an Freien Waldorfschulen relativ groß

Die 22 971 Schüler der Freien Waldorfschulen wurden im Schuljahr 2006/07 in 981 Klassen unterrichtet. Dies entsprach einer durchschnittlichen Klassengröße von 23,4 Schülern. Allerdings unterscheidet sich die Klassenstärke zwischen Primarbereich und Sekundarbereich sehr stark. Im Durchschnitt waren in den Klassenstufen 1 bis 4 einer Waldorfschule 29,9 Schüler in einer Klasse – an den öffentlichen Grundschulen Baden-Württembergs waren es nur 21,9 Schüler. Im Sekundarbereich waren die Klassen an den Waldorfschulen mit durchschnittlich 21,2 Schülern je Klasse wesentlich kleiner als im Primarbereich.

Abschlüsse der Freien Waldorfschulen reichen vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur

An den Freien Waldorfschulen können alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis hin zur Hochschulreife erworben werden wie an den öffentlichen Schulen auch. Zum Ende des Schuljahres 2005/06 hatten 3 % der insgesamt 1 639 Abgänger die Freie Waldorfschule ohne Abschluss verlassen. Einen Realschulabschluss erzielten 23 % der Schüler, die meisten von ihnen (93 %) am Ende der 12. Klassenstufe. Grundsätz-

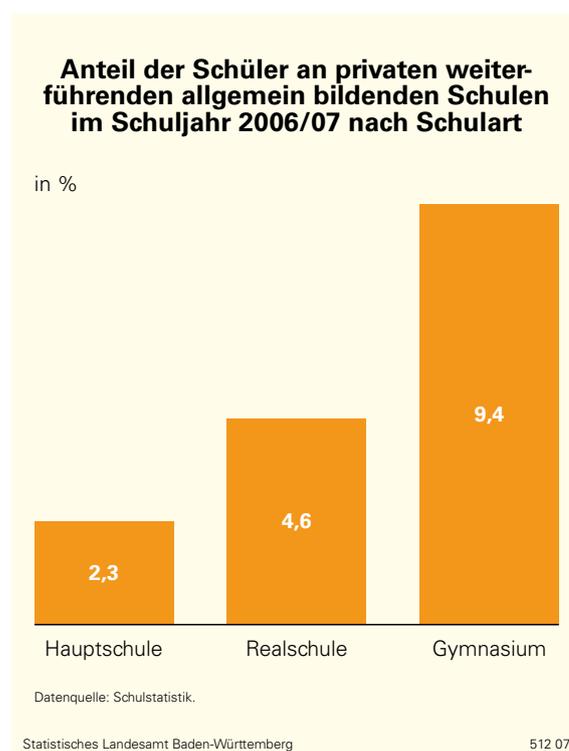
lich möglich war der Erwerb eines Realschulabschlusses an Freien Waldorfschulen 2006 ab der Klassenstufe 11. Mit der Fachhochschulreife, deren Prüfung an den allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg nur an den Freien Waldorfschulen angeboten wird, verließen 20 % der Abgänger die Waldorfschule, mit der allgemeinen Hochschulreife 45 % (siehe Kapitel F 1).

D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

Höchster Privatschulanteil bei Gymnasien

Einige der in den Einzelabschnitten zu den Schularten bereits genannten Indikatoren können zu zusätzlichen Erkenntnissen führen, wenn man sie im Vergleich zwischen den Schularten sieht. Hierzu zählt unter anderem der Anteil der Schüler in privaten Ein-

Grafik D2.5 (G1)



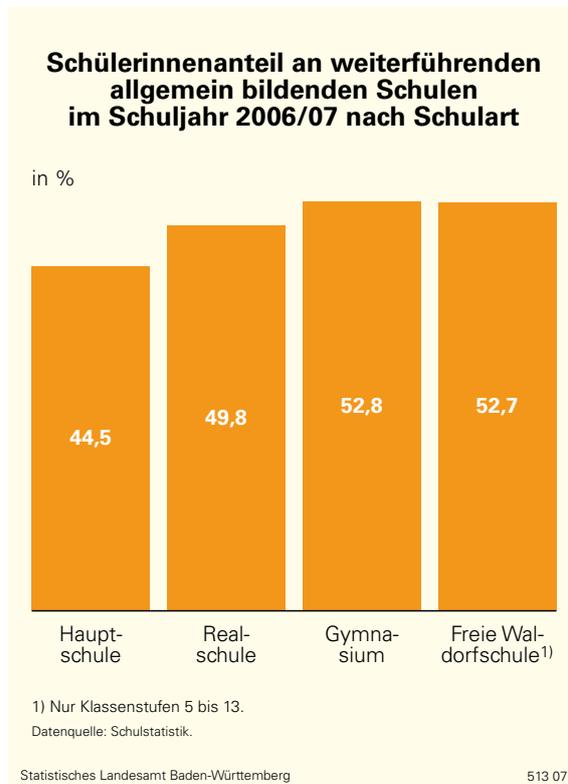
richtungen. Die Bedeutung freier Träger ist je nach Schulart sehr unterschiedlich. Im Schuljahr 2006/07 war ihr Anteil gemessen an der Schülerzahl bei Realschulen doppelt so hoch wie an Hauptschulen und an Gymnasien wieder gut doppelt so hoch wie an Realschulen (Grafik G 2.5 (G1)). Je höherwertig der angestrebte Abschluss ist, desto höher war demnach der Anteil der Schüler, die eine private Schule besuchen. Außerhalb des Bereichs der weiterführenden allgemein bildenden Schulen weisen die Sonderschulen einen weit höheren Anteil privater Schulen auf. Dort wurde gut ein Viertel aller Schüler an Einrichtungen in freier Trägerschaft unterrichtet.

Private Träger haben bei Gymnasien schon seit längerer Zeit eine größere Bedeutung. Bereits im Schuljahr 1990/91 strebten 9 % der Gymnasiasten das Abitur an einer privaten Bildungseinrichtung an. Die Schülerzahl der privaten Gymnasien wuchs somit im Wesentlichen im Rahmen des allgemeinen Trends an. Die Realschulen konnten dagegen ihren Anteil etwas stärker ausdehnen. Im Schuljahr 1990/91 lag dieser bei knapp 4 %. Einen relativ starken Zuwachs konnten auch die privaten Hauptschulen verzeichnen – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau: 1990/91 besuchten erst 1,5 % der Hauptschüler eine private Einrichtung (Tabellen D 2.1 (T1), D 2.2 (T1) und D 2.3 (T1) im Anhang).

Mädchen streben nach höheren Abschlüssen

In der Bevölkerung im Alter von zehn bis unter 20 Jahren stellten Jungen zum Jahresende 2006 mit einem Anteil von rund 51 % die Mehrheit. In den einzelnen weiterführenden Schularten ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern allerdings recht unterschiedlich. An den Hauptschulen waren im Schuljahr 2006/07 deutlich mehr Jungen als Mädchen zu finden. Nur knapp 45 % deren Schüler waren weiblich. Ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis war an den Realschulen zu beobachten. Dagegen waren an den Gymnasien die Schülerinnen in der Überzahl: Fast 53 % der Gymnasiasten waren weiblich (Grafik G 2.5 (G2)). Mädchen nehmen demnach eher die Chance wahr, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben, als

Grafik D2.5 (G2)



Jungen. Dies gilt tendenziell auch innerhalb der Hauptschule für das Angebot des freiwilligen 10. Schuljahres, in dem der mittlere Bildungsabschluss erworben werden kann: 17 % der Neuntklässlerinnen wechselten zum Schuljahr 2006/07 in die 10. Klassenstufe, aber nur 14 % ihrer männlichen Mitschüler.

Zum Vergleich zeigt die Grafik auch den Schülerinnenanteil der Klassenstufen 5 bis 13 der Freien Waldorfschulen. Er lag 2006/07 an diesen privaten Einrichtungen, die einen schulartübergreifenden Ansatz verfolgen, mit annähernd 53 % etwa auf dem Niveau der Gymnasien. Die Klassenstufen 12 und 13 der Freien Waldorfschulen, in denen die Fachhochschul- und die Hochschulreife erworben werden können, wiesen dabei mit knapp 54 % einen etwas höheren Schülerinnenanteil auf als die unteren Klassenstufen.

An den Hauptschulen bewegt sich der Anteil der Schülerinnen bereits seit über 25 Jahren im Bereich von etwa 44 % bis 45 %. Gegenläu-

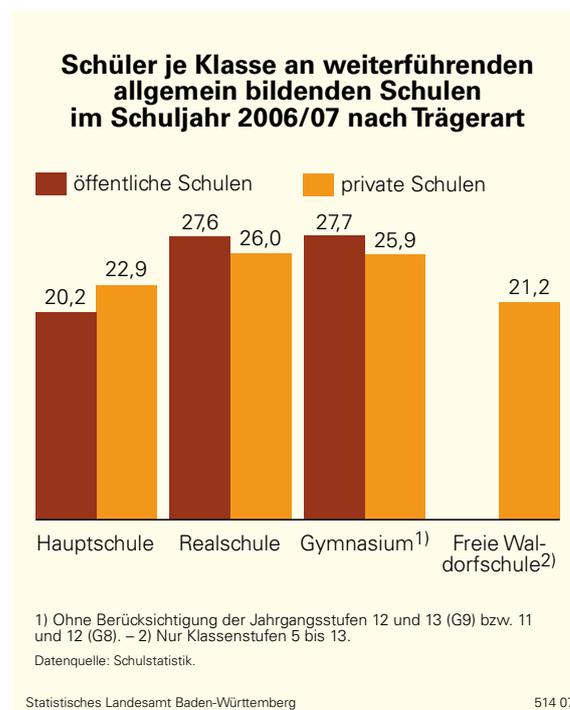
fige Bewegungen waren bei Realschulen und Gymnasien zu beobachten. Der Schülerinnenanteil sank an Realschulen seit dem Schuljahr 1980/81 von damals beinahe 54 % um vier Prozentpunkte ab. An Gymnasien stieg er in diesem Zeitraum von gut 49 % um knapp vier Prozentpunkte an. Allerdings ist seit etwa fünf Jahren ein minimaler Rückgang dieses Anteils zu verzeichnen (Tabellen D 2.1 (T1), D 2.2 (T1) und D 2.3 (T1) im Anhang).

Kleinere Klassen an Hauptschulen

Hauptschulen haben unter anderem die Aufgabe, ein wohnortnahes Grundangebot an Bildung zu gewährleisten. Daher gab es in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 wesentlich mehr Hauptschulen (1 226) als Realschulen (472) oder Gymnasien (436), die eher an zentral gelegenen Orten angesiedelt sind. Dadurch sind Hauptschulen in der Regel kleinere Einheiten mit weniger Schülern. Dies mag ein Grund für die deutlich geringeren durchschnittlichen Schülerzahlen der Hauptschulen im Vergleich zu den Realschulen und Gymnasien sein (Grafik G 2.5 (G3)). Mit etwas mehr als 20 Schülern je Klasse lag im Schuljahr 2006/07 der Durchschnitt an den Hauptschulen um mehr als sieben Schüler unter den Werten von Realschule und Gymnasium.

Beim Vergleich von Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft fällt auf, dass die Unterschiede zwischen den Schularten an öffentlichen Schulen größer sind als an den privaten Schulen. Private Hauptschulen haben im Durchschnitt

Grafik D2.5 (G3)



größere Klassen als die öffentlichen, private Realschulen und Gymnasien dagegen kleinere. Dadurch betrug die Differenz zwischen Hauptschulen einerseits und Realschulen und Gymnasien andererseits bei den Schulen freier Träger lediglich rund drei Schüler pro Klasse. An den Freien Waldorfschulen lag die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse in den Klassenstufen 5 bis 13 mit 21,2 auf einem recht niedrigen Niveau.

D 3 Sonderschulen

In Baden-Württemberg besuchten im Schuljahr 2006/07 über 54 000 Schüler eine der rund 580 Sonderschulen. Aufgaben und Ziele der Sonderschule und der sonderpädagogischen Förderung sind laut § 15 (1) SchG¹: „Die Sonderschule dient der Erziehung, Bildung und Ausbildung von behinderten Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in den allgemeinen Schulen nicht die ihnen zukommende Erziehung, Bildung und Ausbildung erfahren können. Sie gliedert sich in Schulen oder Klassen, die dem besonderen Förderbedarf der Schüler entsprechen und nach sonderpädagogischen Grundsätzen arbeiten; sie führt je nach Förderungsfähigkeit der Schüler zu den Bildungszielen der übrigen Schularten, soweit der besondere Förderbedarf der Schüler nicht eigene Bildungsgänge erfordert.“

Sonderschulen sind insbesondere:

1. Schulen für Blinde,
2. Schulen für Hörgeschädigte,
3. Schulen für geistig Behinderte,
4. Schulen für Körperbehinderte
5. Förderschulen
6. Schulen für Sehbehinderte,
7. Schulen für Sprachbehinderte,
8. Schulen für Erziehungshilfe
9. Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Förderschulen sind mit Abstand der am stärksten besuchte Sonderschultyp

Die Förderschulen (früher: Schulen für Lernbehinderte) sind seit Jahren der weitaus größte Schultyp unter den Sonderschulen (**Grafik D 3 (G1)**). Im Schuljahr 2006/07 wurden gut vier von zehn Sonderschülern in diesem Schultyp gefördert. Förderschulen sollen Kinder mit besonderer Förderungsbedürftigkeit auf Beruf und Leben vorbereiten und ein Höchstmaß an Aktivität und Teilhabe sichern. 16 % der Sonderschüler be-

suchten im Schuljahr 2006/07 eine Schule für geistig Behinderte, 11 % eine für Erziehungshilfe und 10 % eine für Sprachbehinderte. Auf eine Sonderschule für Körperbehinderte gingen 9 % der Sonderschüler. Relativ gering sind die Anteile der Schulen für Blinde, Sehbehinderte, Hörgeschädigte und der Krankenhausschulen.

Mädchen waren an allen Sonderschultypen weniger stark vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach; nicht einmal vier von zehn Sonderschülern waren 2006/07 weiblich. Am stärksten war ihr Anteil mit 45 % an den Schulen für Blinde. An den Schulen für geistig Behinderte, für Körperbehinderte und an den Förderschulen lagen die Anteile der Mädchen bei 40 % bzw. bei 41 %. Besonders gering vertreten waren die Mädchen mit 28 % an den Sonderschulen für Sprachbehinderte und mit nur 16 % an den Schulen für Erziehungshilfe. Diese Geschlechterverteilung lag auch im vorhergehenden Schuljahr 2005/06 auf sehr ähnlichem Niveau.

Relativ geringe Klassenstärken – viele Schulen in privater Trägerschaft

Die 54 227 Sonderschüler im Schuljahr 2006/07 wurden in 6 233 Klassen unterrichtet. Durchschnittlich waren also 8,4 Schüler in einer Sonderschulklasse.² Die Schüler-Klassen-Relation schwankte zwischen den einzelnen Behinderungsarten erheblich. An den Schulen für Blinde und an den Schulen für geistig Behinderte waren die Klassenstärken mit im Schnitt 5,7 bzw. 6,1 Schülern pro Klasse am geringsten. Die durchschnittlich größten Klassen gab es an den Förderschulen und an den Schulen für Sprachbehinderte mit 10,5 bzw. 11,0 Schülern pro Klasse.

74 % der Sonderschulen befanden sich 2006/07 in öffentlicher und 26 % in freier Trägerschaft. Damit haben die Sonderschulen unter allen Schularten (abgesehen von den rein privat organisierten Freien Waldorfschulen und ohne Berücksichtigung des Zweiten Bildungsweges) den höchsten Anteil an privaten Schulen.

1 Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG) in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K.u.U. S. 584) zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 18. Dezember 2006 (GBl. vom 28. Dezember 2006, S. 378).

2 Ohne Berücksichtigung von 2 062 Schülern in längerer Krankenhausbehandlung.

Zahl der Schüler an Sonderschulen für Erziehungshilfe in den letzten zehn Jahren um 41 % gestiegen

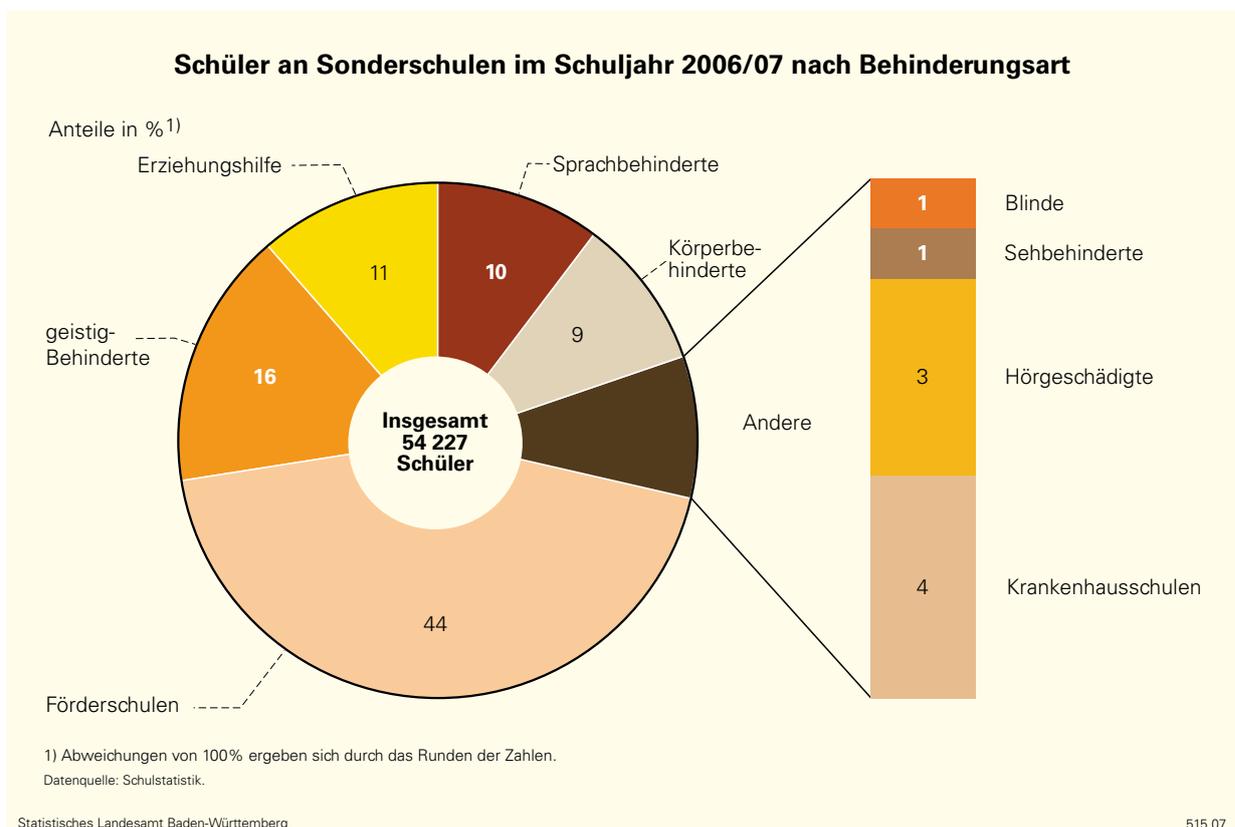
Die Sonderschulen verzeichneten die höchsten Schülerzahlen im Schuljahr 2003/04 mit 55 199 Schülern (Grafik D 3 (G2)). Seither hat die Zahl der Sonderschüler zwar von Jahr zu Jahr abgenommen, ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl war mit 4 % aber konstant. Innerhalb der einzelnen Behinderungsarten verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Zahl der Schüler, die in Sonderschulen für Sprachbehinderte gefördert werden, ist in den letzten zehn Jahren um 18 % gestiegen, die Zahl der Schüler an Sonderschulen für geistig Behinderte und für Körperbehinderte im selben Zeitraum sogar um je 28 %. Sehr stark zugenommen hat auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in den Sonderschulen für Erziehungshilfe betreut werden. Seit 1990 weist dieser Sonderschultyp von Jahr zu Jahr

steigende Schülerzahlen auf, lediglich von 2005 auf 2006 gab es einen leichten Rückgang. Über die letzten zehn Jahre (1996/97 bis 2006/07) betrachtet verzeichnete diese Schulart einen Anstieg der Schülerzahl um 41 %. Dagegen hat die Zahl der Schüler, die an Förderschulen unterrichtet werden, im selben Zeitraum um 10 % abgenommen. Nach einem relativen Höchststand im Schuljahr 2002/03 fiel die Schülerzahl hier kontinuierlich ab bis auf 23 874 Förderschüler im Jahr 2006/07.

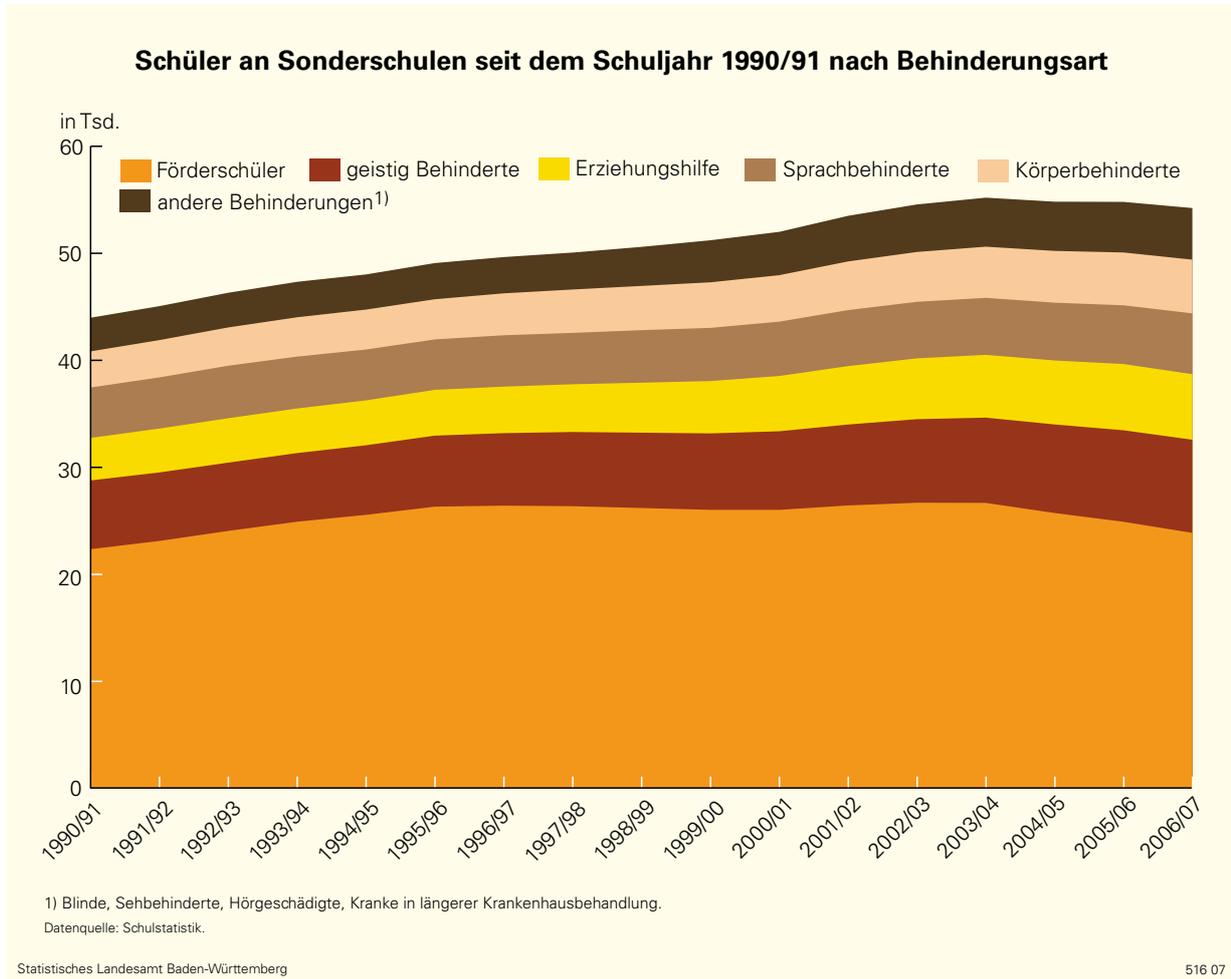
Jeder vierte Sonderschüler ist Ausländer oder Aussiedler

Gut 12 300 Sonderschüler besaßen im Schuljahr 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit, weitere gut 1 000 waren Aussiedler. Dies entsprach einem Anteil von 25 % der gesamten Sonderschüler – bei den allgemein bildenden Schulen

Grafik D3 (G1)



Grafik D3 (G2)



insgesamt lag dieser Anteil nur bei knapp 12 %.³ Vor allem an den Förderschulen war der Anteil der Ausländer und Aussiedler mit 35 % besonders hoch. Hier spielen wohl auch sprachliche Defizite eine Rolle, die es diesen Kindern schwer machen, dem Unterricht an der Grundschule oder an einer weiterführenden Schule zu folgen. Leicht überdurchschnittlich vertreten waren Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. Aussiedler an den Schulen für Erziehungshilfe, an denen durch besondere pädagogische Hilfen der schulische Lernerfolg gesichert werden soll: Ihr Anteil lag 2006/07 bei 17 % (siehe auch Kapitel D 5).

3 Ohne Berücksichtigung des Zweiten Bildungsweges.

Rund 3 000 Sonderschüler wechselten 2006/07 (wieder) auf eine allgemeine Schule

Schüler mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf sind nicht immer zum Besuch einer Sonderschule verpflichtet. Über die Pflicht zum Besuch und ggf. den Typ der Sonderschule entscheidet die Schulaufsichtsbehörde, möglichst im Einvernehmen mit den Eltern. Nach § 83 (3) SchG endet die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule, wenn von der Schulaufsichtsbehörde „festgestellt wird, dass der Sonderschulpflichtige mit Erfolg am Unterricht der allgemeinen Schulen teilnehmen kann.“

Zwischen Beginn und Ende des Schuljahres 2006/07 gingen 6 383 Sonderschüler auf eine an-

dere Schule über, darunter 2 019 auf eine Sonderschule gleichen Typs und 1 221 auf Sonderschulen anderen Typs (Tabelle D 3 (T1) im Anhang). Auf eine allgemeine Schule⁴ (zurück) wechselten 3 143 oder fast 6 % der Sonderschüler. Am häufigsten wurde dabei unter den allgemeinen Schulen auf eine Hauptschule gewechselt, am zweithäufigsten auf eine Grundschule. Dabei konnten Jungen relativ häufiger auf eine allgemeine Schule wechseln als Mädchen (gut 6 % zu rund 5 %).

Breites Spektrum an Bildungsgängen ermöglicht vielfältige Abschlüsse

Je nach Sonderschultyp und Einrichtung reicht das Spektrum an Bildungsgängen an den Sonderschulen von der Schule für geistig Behinderte und der Förderschule über die Grund-, Haupt- und Realschule bis hin zum Gymnasium. Im Jahr 2006 gingen 5 758 Sonderschüler von einer Sonderschule ab, 4 488 von ihnen ohne Hauptschulabschluss. Die meisten dieser Abgänger ohne Abschluss besuchten eine Schule für geistig Behinderte oder eine Förderschule, an denen der Hauptschulabschluss in der Regel nicht erreicht werden kann.⁵ Von diesen Abgängern ohne Abschluss konnten aber 917 den Abschluss der Schule für geistig Behinderte und 3 111 das Abschlusszeugnis der Förderschule erwerben. 1 117 Schüler verließen die Sonderschule mit dem Hauptschulabschluss und 124 mit dem Realschulabschluss. 29 Sonderschulabgänger (14 Hörgeschädigte und 15 Körperbehinderte) erwarben die Hochschulreife (siehe Kapitel F 1).

Sonderpädagogische Förderung findet auch außerhalb von Sonderschulen statt

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf werden in Baden-Württemberg nicht nur an Sonderschulen gefördert. Auch außerhalb der Sonderschulen

gibt es ein vielfältiges Angebot an Maßnahmen zur sonderpädagogischen Förderung. Hierzu können

- die sonderpädagogische Frühförderung durch Beratungsstellen,
- die sonderpädagogische Unterstützung (ohne ambulante Sprachheilkurse),
- die ambulanten Sprachheilkurse sowie
- die Außenklassen

gezählt werden.

In den Beratungsstellen zur sonderpädagogischen Frühförderung wurden im Schuljahr 2005/06 insgesamt 39 251 Kinder und Jugendliche betreut, am Stichtag der amtlichen Schulstatistik 2006 (dem 18. Oktober 2006) knapp 14 747. Sonderpädagogische Unterstützung ohne ambulante Sprachheilkurse an einer allgemeinen Schule erhielten insgesamt gut 18 352 Schüler⁶, drei Viertel von ihnen an einer Grundschule. Weitere 958 Schüler wurden in ambulanten Sprachheilkursen gefördert.

In Außenklassen werden behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam unterrichtet

Außenklassen sind Klassen von Kindern und Jugendlichen aus Sonderschulen, die gemeinsam mit einer Partnerklasse an einer allgemeinen Schule („Partnerschule“) unterrichtet werden. Rechtliche Grundlage ist § 15 (6) SchG, nach dem „... an den Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an den Gymnasien Außenklassen von Sonderschulen gebildet werden“ können. Die Außenklassen sind jeweils einer Partnerklasse zugeordnet, wobei die Verantwortung der Sonderschullehrkräfte für die jeweiligen Klassen ihrer Schulart erhalten bleibt. Für die Schüler der Außenklassen gelten die Bildungspläne ihrer Sonderschulen.

Sowohl die Zahl der kooperierenden Sonder- und allgemeinen Partnerschulen als auch die Zahl der Außenklassen und der hierin geför-

4 Grund-, Haupt-, Realschule, Gymnasium oder sonstige allgemeine Schule. Die Sonderschulen sind zwar eine allgemein bildende, aber keine allgemeine Schule.

5 Oder eine entsprechende Abteilung eines anderen Sonderschultyps.

6 Einschließlich 465 Schüler an beruflichen Schulen.

dernten Sonderschüler haben zugenommen. Im Schuljahr 2006/07 meldeten 99 Sonderschulen eine solche Kooperation (Vorjahre: 96 und 92). Insgesamt 1 484 Sonderschüler wurden an 194 Partnerschulen unterrichtet. Knapp zwei Drittel der Außenklassen wurden von Sonderschulen für geistig Behinderte gebildet. Auch jeweils über 150 Förderschüler, Schüler an Schulen für Erziehungshilfe und Körperbehinderte wurden in Außenklassen gefördert. 62 Hörgeschädigte und 71 Sprachbehinderte wurden ebenfalls in dieser Form der Kooperation unterrichtet. Von den Sonderschulen für Blinde und Sehbehinderte waren keine Kinder und Jugendliche in Außenklassen in der Amtlichen Schulstatistik gemeldet worden ([Tabelle D 3 \(T 2\) im Anhang](#)). Die Partnerschulen waren zum größten Teil Grundschulen, aber auch an Haupt- und Realschulen gab es Kooperationsklassen zwischen behinderten und nicht-behinderten Schülern.

Ein Modell zur Sicherung der beruflich-sozialen Anschlüsse von Jugendlichen mit erheblich erweitertem Förderbedarf sind die Kooperationsklassen Förderschulen-Berufsvorbereitungsjahr. Förderschulen bzw. Sonderschulen mit Bildungsgang Förderschule und beruflichen Schulen wird hier im Rahmen eines Schulversuchs die Möglichkeit geboten, zweijährige Kooperationsklassen einzurichten. *„Vorrangiges Ziel dieses Modells ist es, die Chancen der Jugendlichen auf eine berufliche Eingliederung durch die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Betrieben zu erhöhen.“*⁷

7 Rüdlin, H., Haaga, H.: „Kooperationsklassen Förderschulen – Berufsvorbereitungsjahr“, in: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: „Magazin Schule“, S. 47.

Schloss-Schule Ilvesheim

Staatliche Schule für Blinde und Sehbehinderte mit Internat



Die Schloss-Schule Ilvesheim, Staatliche Schule für Blinde und Sehbehinderte mit Internat, ist die einzige öffentliche Sonderschule für Blinde in Baden-Württemberg mit den Bildungsgängen Förderschule, Grundschule, Hauptschule, Realschule und Schule für geistig Behinderte. Die Schloss-Schule als Heimsonderschule arbeitet im Schulbereich als Ganztagschule und bildet mit dem Schülerinternat eine pädagogische Einheit. Ins Internat werden Schüler aufgenommen, denen die tägliche Fahrt zwischen Elternhaus und Schule nicht zugemutet werden kann oder die spezielle sonderpädagogische Förderbedürfnisse haben. Auch für die externen Schüler,

die täglich ins Elternhaus fahren, bietet die Schloss-Schule das Angebot einer Ganztagschule. In dieser Zeit findet für Schüler, die hier einen besonderen Förderbedarf haben, gezielte Unterrichtung im Bereich lebenspraktischer Fertigkeiten statt. Während der (wenigen) unterrichtsfreien Anwesenheitszeiten am Nachmittag erfahren alle Schüler unterrichtsergänzende Angebote in Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht und sonderpädagogischen Fördermaßnahmen.

Blinde und hochgradig sehbehinderte Kinder haben von Geburt an besondere individuelle Förderbedürfnisse. Den Grundstein legt hier die sonderpädagogische Beratungsstelle mit dem Frühförderangebot. Die Beratungsstelle bemüht sich, gemeinsam mit den Eltern für das Kind einen Platz im allgemeinen Kindergarten oder einem Schulkindergarten am Wohnort zu finden. Wenn es die Förderbedürfnisse des Kindes gebieten und die Eltern dies wünschen, kann ein Kind auch in den Schulkindergarten für Blinde und Sehbehinderte der Schloss-Schule Ilvesheim aufgenommen werden.

Bei der Einschulung oder Umschulung in eine allgemeine Schule geben Beratungsstelle, Medienberatungszentrum mit Textservice Information und Unterstützung für Schüler, Eltern und Kollegen der allgemeinen Schule.

Eine ganz spezielle Aufgabe der Schule ist das Mobilitätstraining. In Einzelbetreuung lernen die Schüler, sich mit Hilfe des weißen Stocks auch außerhalb der Schule ohne Begleitung eines Sehenden sicher zu bewegen. Dies geschieht auf der Grundlage von Bewegungs- und Mobilitätserziehung, die bereits im Rahmen der Frühförderung im Elternhaus beginnen soll und im Unterricht als Unterrichtsprinzip fortgeführt werden muss.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt die Schule über eine große Anzahl von speziellen Medien und Anschauungsmitteln. Diese werden ergänzt durch optische und elektronische Lesehilfen und eine umfangreiche Ausstattung mit Computern, die zum Teil mit Großbildschirmen beziehungsweise Braille-Zeilen ausgestattet sind, sodass auch hochgradig sehbehinderte und blinde Schüler damit arbeiten können.

In der unterrichtsfreien Zeit werden die Kinder und Jugendlichen im Internat von Erziehern betreut. Das Internat bereitet auf ein möglichst selbstständiges Leben und Wohnen unter Nichtbehinderten vor. Deshalb werden gerade dort, eingebettet in den Tagesablauf, die lebenspraktischen Fertigkeiten zur Alltagsbewältigung durch aktives Tun der Schüler gefördert. Aus der besonderen Situation einer Schule mit Internat ergibt sich die Notwendigkeit, den Schülern sinnvoll gestaltete Freizeitmöglichkeiten anzubieten.

D 4 Ganztagschulen

Die ersten Ganztagschulen wurden im Rahmen der Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats in den 70er-Jahren eingerichtet. 22 Standorte dieser ersten Einrichtungen in Baden-Württemberg sind heute noch Ganztagschule. Die ganztagspezifischen Angebote an diesen Schulen wurden ausschließlich durch Lehrkräfte der Schulen angeboten und betreut.

Entwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg

1988 hat das Kultusministerium eine Konzeption zur Einrichtung von Ganztagsangeboten an Hauptschulen entwickelt, die unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen arbeiten. Daraufhin wurde an einer begrenzten Zahl von Hauptschulen – etwa vier Schulen pro Jahr – der Ganztagsbetrieb eingerichtet. Der Einrichtungserlass für diese Schulen regelte erstmals die Kostenverteilung zwischen dem Land und den kommunalen Schulträgern.

Im Mai 1994 wurde die Kostenverteilung neu geregelt. Das Land trägt für schulische Angebote die über die Grundzuweisung nach dem Organisationserlass hinausgehende Lehrerzuweisung von bis zu fünf Lehrerwochenstunden je eingerichteter Ganztagsklasse. Die Schulträger tragen die Sachkosten sowie die Personalkosten für die Freizeitbetreuung und die Betreuung und Organisation des Mittagessens. Im Doppelhaushalt 1995/96 wurden dem Kultusressort erstmalig Mittel zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinder in Baden-Württemberg“ zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden für Maßnahmen zur Ganztagsbetreuung an öffentlichen Schulen eingesetzt. Die Zuschläge für Ganztagschulen konnten somit von fünf auf bis zu sieben Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse erhöht werden, für Ganztagsgrundschulen auf bis zu zehn Lehrerwochenstunden. Die Höhe der Zuweisung ist abhängig von der Ganztagskonzeption. Bis Mai 2001 wurden innerhalb dieser Rahmenbedingungen an 54 Hauptschulen und drei Grundschulen ein Ganztagsbetrieb eingerichtet.

Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

Die Listen der Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung werden von der Schulverwaltung in Abständen überprüft und überarbeitet. Die im April 2002 vorgelegte Liste umfasste 200 Brennpunkthauptschulen, von denen 139 Schulen als Ganztagschulen eingerichtet waren.

Eine Hauptschule kann als Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingestuft werden, wenn sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt. Dies kann der Fall sein, wenn mehrere der folgenden Kriterien im Schulbezirk vorliegen:

- Eine Bevölkerungszusammensetzung, bei der sozial und ökonomisch unterprivilegierte Bevölkerungsschichten überwiegen.
- Ein schwieriges soziales Umfeld mit einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Familienfürsorge und Jugendhilfe.
- Hohe Jugendarbeitslosigkeit.
- Eine defizitäre Wohn- und Infrastruktur.
- Ein hoher Anteil an Ausländern, Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, überdurchschnittlich viele Alleinerziehende.
- Ein hoher Anteil an Schlüssel- und Straßenkindern.
- Heimerziehungsschwerpunkte wie zum Beispiel Kinderheim, betreutes Wohnen, Kinder aus dem Frauenhaus.

Die Einstufung wird von der Schulverwaltung in Abstimmung mit dem Schulträger vorgenommen.

Seit 2000 stärkerer Ausbau der Ganztagschule

Ein stärkerer quantitativer Ausbau von Ganztagschulen begann nach dem Jahr 2000. Dies geht einher mit einer gestiegenen Elternakzeptanz für den Ganztagsbetrieb. Nach einer Repräsentativumfrage 2004 des Instituts für Schulent-

wicklungsforschung in Dortmund für Deutschland erwarten 18 % der Eltern vom Ganztagsschulbesuch eine Entlastung für die Familie, 30 % eine teilweise Entlastung. Positive Effekte für die Weiterführung oder Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit erwarten 19 % bzw. 24 % zum Teil.

Im Schuljahr 2001/02 gab es 378 Ganztagschulen mit 70 145 Schülern. Vier Jahre später stieg die Zahl im Schuljahr 2005/06 auf insgesamt 602 Ganztagschulen, darunter 451 öffentliche und 151 Ganztagschulen in privater Trägerschaft. Der Anteil der Schüler verdoppelte sich nahezu auf 134 991.

Beim Vergleich der Schularten zeigt sich, dass die Sonderschulen den höchsten Anteil an den Ganztagschulen haben, gefolgt von den Hauptschulen (Grafik D4 (G1)).

Konzept „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“

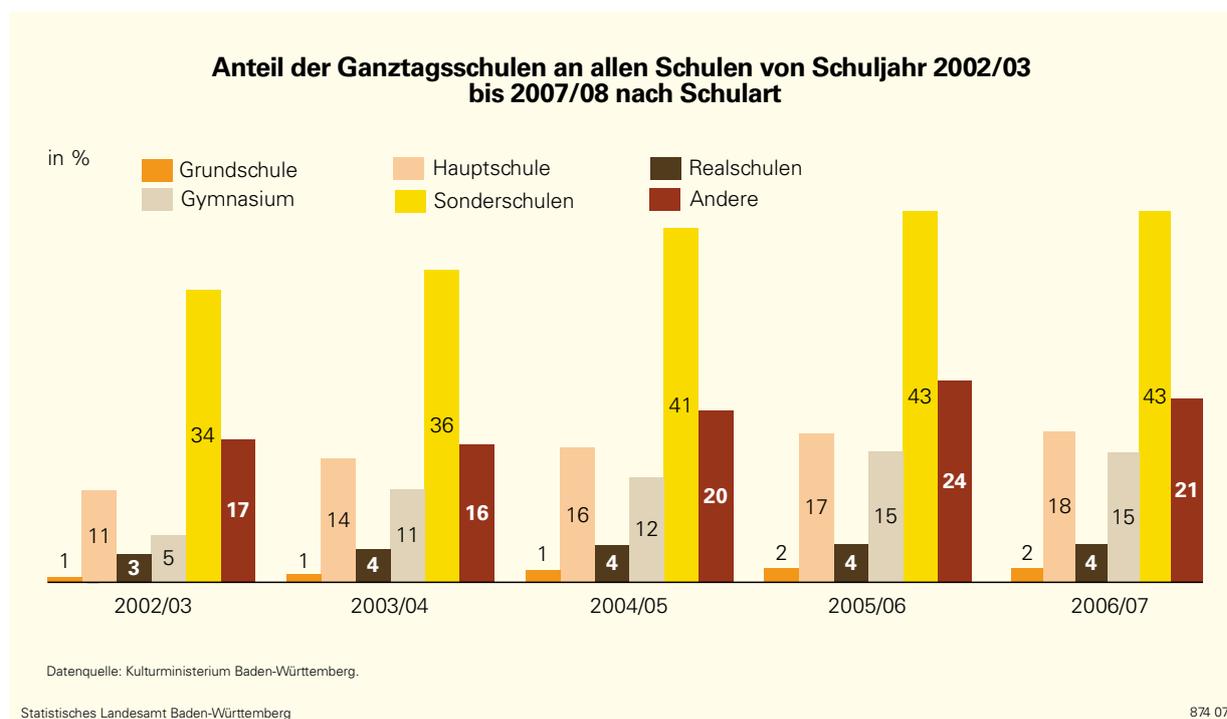
Ziel des Programms „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Würt-

temberg“ der Landesregierung – beschlossen am 20. Februar 2006 – ist es, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen (zur Definition von Ganztagschulen siehe [Glossar](#)). Dazu sollen rund 40 % der öffentlichen allgemein bildenden Schulen – unter Anrechnung der Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung – als Ganztagschule eingerichtet werden. Das Ganztagschulprogramm ist durch vier Bausteine gekennzeichnet:

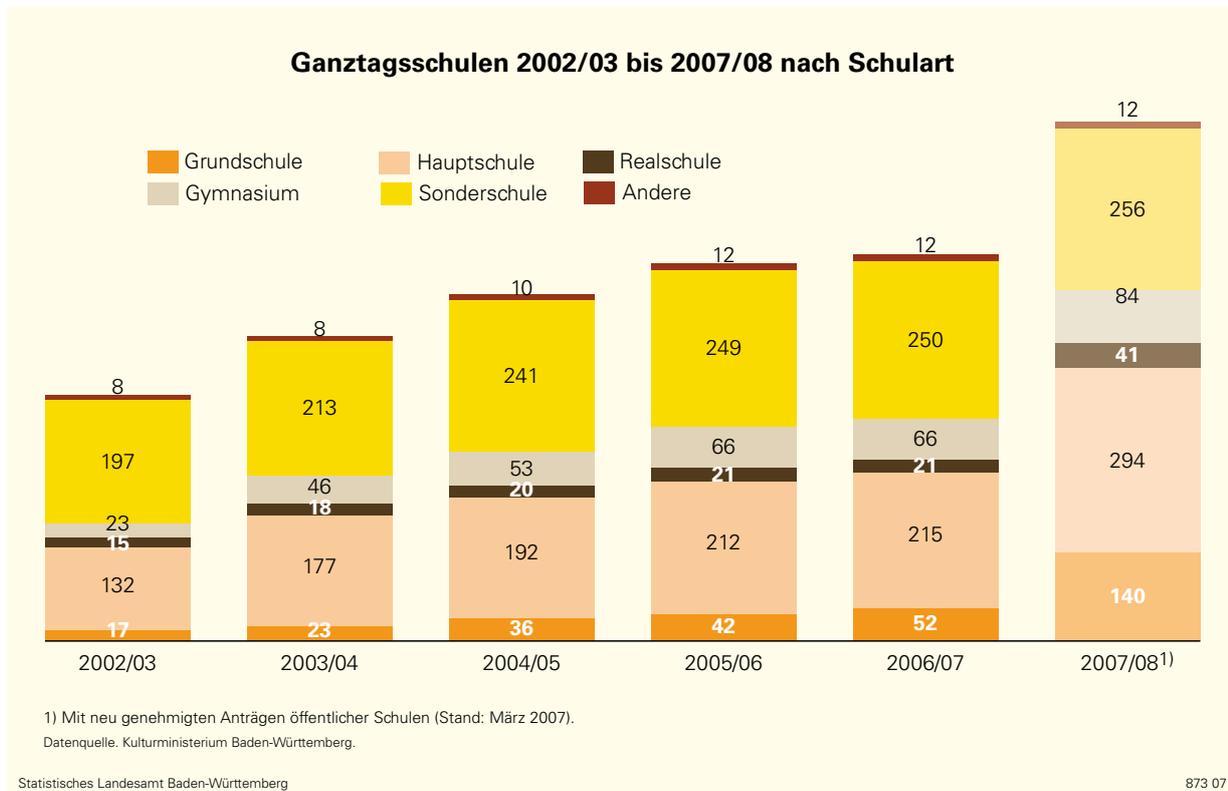
- Ganztagschulen in offener Angebotsform (Neukonzeption),
- Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung,
- Jugendbegleiterprogramm (Kooperation mit außerschulischen Partnern),
- Das Schulbauförderprogramm „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“.

Die (Grafik D4 (G2)) zeigt die Entwicklung seit dem Schuljahr 2002/03, wobei sich ein sprunghafter

Grafik D4 (G1)



Grafik D4 (G2)



Anstieg nach dem Schuljahr 2006/07 andeutet. Die vorläufigen Zahlen für das Schuljahr 2007/08 mit dann voraussichtlich 827 Ganztagsschulen ergeben sich nach der ersten Antragsrunde des neuen Landesprogramms zum Ausbau von Ganztagsschulen, in der 211 Anträge genehmigt wurden (Stand März 2007). Dieser Anstieg entspricht einer Steigerungsrate von knapp 35 %. Unter den neuen Ganztagsschulen sind 96 Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, die einen verpflichtenden Ganztagsbetrieb anbieten – 48 Grundschulen, 44 Hauptschulen und vier Förderschulen. Offene Ganztagsangebote richten künftig 115 Schulen ein – 40 Grundschulen, 20 Realschulen, 35 Hauptschulen, 18 Gymnasien und zwei Förderschulen.

Die tatsächliche Zahl der Ganztagsschulen dürfte wahrscheinlich noch höher sein. Es gibt zahlreiche Schulen mit einem offenen Ganztagsangebot, die

keinen Genehmigungsantrag einreichen und somit nicht unter die Förderung des Landes fallen. Über die genaue Anzahl können somit erst nach Auswertung der amtlichen Schulstatistik für das Schuljahr 2007/08 verlässliche Aussagen gemacht werden.

Die erhebliche Steigerung ist insbesondere auf die Einrichtung offener Ganztagsangebote zurückzuführen. Die Anteile von voll- und teilgebundenen Ganztagsschulformen werden somit prozentual geringer werden. Bei der jeweiligen Ermittlung der Gesamtzahl von Ganztagsschulen ist folgendes zu beachten: Gezählt wird nach Schularten, das heißt Grundschulen und Hauptschulen werden gesondert berücksichtigt. Häufig handelt es sich dabei jedoch um eine Schule unter einer gemeinsamen Schulleitung. Für das Schuljahr 2006/07 bedeutet dies beispielsweise, dass die Summe der Schularten bei 616 liegt, die Zahl der Schulen im Sinne von Verwaltungseinheiten dagegen bei 570.

Ganztagschulen im historischen Kontext

Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht im 17./18. Jahrhundert beginnt die Neuzeit der Schule. Die Unterrichtszeit war in der Regel vormittags und nachmittags. Zwar gab es später auch Schulen mit Unterricht in den Abendstunden oder Teilzeitschulen in den Sommermonaten im ländlichen Bereich, doch die Ganztagschule war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Normalform der Schule. In den höheren Schulen betrug die Unterrichtszeit bis zu 40 Vollstunden in der Woche. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich die Halbtagschule mit Unterricht lediglich am Vormittag durch. Es kam zu einem vorläufigen Abschied von der Ganztagschule. Breite Schichten der Bevölkerung waren auf die Mitarbeit ihrer Kinder in der Landwirtschaft und den aufkommenden Fabriken angewiesen. Die Ganztagschule stand insofern der Sicherung des Lebensunterhalts entgegen. Die Halbtagschule hingegen garantierte die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben im Sinne einer materiellen Existenzsicherung – aus heutiger Sicht ein historisches Paradoxon.

Der erste Vorstoß gegen eine Unterrichtsschule nur am Vormittag wurde von der reformpädagogischen Bewegung im 19. Jahrhundert getragen. Man wollte wieder Ganztagschulen schaffen, in denen nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden sollte. Wichtige Vertreter dieses Ansatzes waren Hermann Lietz (1868-1919) mit seinen „*Land-Erziehungs-Heimen*“ (ab 1898), Gustav Wyneken (1875-1964) und Paul Geheeb (1870-1961) mit ihrer „*Freien Schulgemeinde*“ (ab 1906) und letzterer mit seiner „*Odenwaldschule*“ (ab 1910), alles Internatsschulen. In der Weimarer Republik erlebten zahlreiche reformpädagogische Ansätze eine gewisse Blütezeit, zum Beispiel sogenannte Wald- und Freiluftschulen. Vor allem Peter Petersen mit seiner „*Jena-Plan-Schule*“ (ab 1924), Paul Oestreich (1878-1959) mit seinem Konzept der „*Elastischen Einheitsschule*“ und Fritz Karsen mit seiner „*Einheitsschule*“ (ab 1922) haben damals wichtige Beiträge zu einer Ganztagschulkonzeption geliefert. Kennzeichen dieser Konzeption waren Mittagsmahlzeit und Freizeitangebote, Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht, Integration der Hausaufgaben in die Schulzeit, flexiblere Stundenplangestaltung und der Einbezug moderner Unterrichtsformen. Ab 1929 beendete der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise all diese Reformbemühungen.

Die große Notlage nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte zunächst die Realisierung von neuen Ganztagschulkonzepten. Erst Mitte der 50er-Jahre verbesserte sich die wirtschaftliche Lage. 1969 befasste sich der Deutsche Bildungsrat in einem Gutachten mit dem Ausgabenmehraufwand bei der Errichtung von Ganztagschulen. Es entstanden Modelle offener Ganztagschulen mit Vormittagsunterricht und nachmittäglichen Betreuungsangeboten und von Ganztagschulen in gebundener Form, die für alle Schüler verpflichtend waren. Heute steht der Ausbau von Ganztagschulen in der Prioritätenliste der Bildungspolitik weit oben. Die aktuelle Diskussion geht zum einen auf Erkenntnisse aus internationalen Schulleistungsstudien wie PISA zurück – einige Staaten mit einem flächendeckenden Ganztagschulangebot schneiden besser ab als Deutschland – zum anderen auf sich rasch verändernde Familienstrukturen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Stichworte sind unter anderem der einschneidende Geburtenrückgang, die steigende Anzahl Alleinerziehender und der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen. Damit geht der Wunsch vieler Eltern einher, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

Im Grundschulalter von sechs bis unter zehn Jahren liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei 11 %, im Alter von 10 bis unter 16 Jahren bei 12 %. Dies entspricht etwa dem Durchschnittswert an allen allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2006/07 (**Grafik D 5 (G1)**). Rechnet man noch die Schüler aus Aussiedlerfamilien dazu, ergibt sich ein Wert von gut 14 %. Von den insgesamt rund 1,29 Mill. Schülern der allgemein bildenden Schulen hatten somit 152 861 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und 23 862 stammten aus Aussiedlerfamilien (**Tabelle D 5 (T1) im Anhang**).

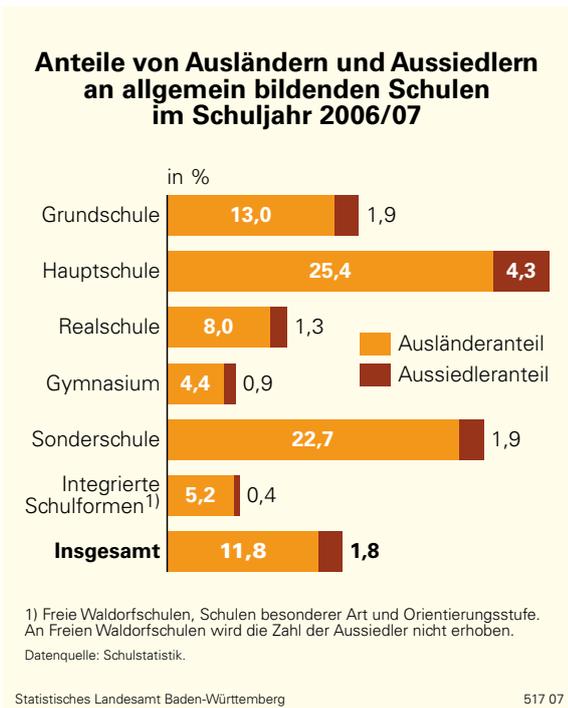
Hoher Anteil an Hauptschulen, niedriger an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 entsprach der Ausländeranteil an den Grundschulen erwartungsgemäß in etwa dem Bevölkerungsanteil. Nach dem Wechsel auf weiterführende Schulen ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild der Bildungs-

beteiligung von Ausländern und Aussiedlern. An Hauptschulen waren fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler. Die jeweiligen Anteile an Realschulen und Gymnasien waren dagegen deutlich geringer: An Realschulen betrug er etwas mehr als 9 %, an Gymnasien nur gut 5 %. Die zahlenmäßig weniger ins Gewicht fallenden integrierten Schulformen wurden ebenfalls von einer relativ geringen Zahl an Ausländern und Aussiedlern besucht: Ihr Anteil belief sich dort auf knapp 6 %. Dabei wiesen die Freien Waldorfschulen mit etwas über 3 % einen sehr niedrigen Ausländeranteil auf. An den Schulen besonderer Art, die die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach vereinen, lag der Anteil von Ausländern und Aussiedlern zusammen hingegen bei 18 % und übertraf damit sogar den Wert für die Realschulen.

Die zahlreichen Möglichkeiten allgemein bildende Schulabschlüsse nachzuholen, die das baden-württembergische Schulsystem bietet, werden auch von ausländischen Jugendlichen genutzt. So ist die Ausländerquote bei den vergleichbaren Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs wesentlich höher als in den entsprechenden Schularten der Erstausbildung. Mehr als ein Viertel der Abendrealschüler hatte 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit. An den zur Hochschulreife führenden Abendgymnasien und Kollegs waren über 15 % der Schüler Ausländer (**Tabelle D 5 (T1) im Anhang**). Darüber hinaus besteht die Gelegenheit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben. An zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen waren zum Beispiel fast 17 % der Schüler Ausländer.

Grafik D 5 (G1)



Ein Drittel Ausländer an Förderschulen

Mit fast 25 % wiesen die Sonderschulen im Schuljahr 2006/07 einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf (**Grafik D 5 (G1)**). Bei dieser Gruppe wurde somit häufiger ein sonderpädagogischer Förderbedarf erkannt.

Unter den verschiedenen Typen der Sonderschule schwankten die Anteilswerte erheblich. Mit 11 % bis 12 % lagen die Schulen für Sprachbehinderte und für Kranke in längerer Kran-

kenhausbehandlung etwa auf dem Niveau des Bevölkerungsanteils der sechs- bis unter 16-jährigen Ausländer. An Förderschulen besaß dagegen fast ein Drittel aller Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, weitere knapp 3 % stammten aus Aussiedlerfamilien.

Flüchtlingsströme wirken sich vor allem an Grund- und Hauptschulen aus

Diese Verteilung der Anteilswerte von Ausländern und Aussiedlern über die einzelnen Schularten ist im Zeitablauf recht konstant (Tabellen D 5 (T2) und (T3) im Anhang). Die Grundschulen folgen dabei weitgehend dem Anteil ausländischer Kinder im Grundschulalter. Unter den weiterführenden Schulen hatten die Hauptschulen bereits im Schuljahr 1990/91 den weitaus höchsten Ausländeranteil. Die Entwicklung der Ausländerzahl im Land wurde in den 90er-Jahren in erster Linie durch die Flüchtlingsbewegungen in Folge des Balkankriegs geprägt. Zunächst erhöhte sich dadurch die Ausländerzahl im Land. Die Rückwanderung nach Beendigung des Kriegs hatte dann einen sinkenden Ausländeranteil zur Folge. Dementsprechend hoch lag 1990/91 der Ausländeranteil an der Hauptschule bei fast 28 %. Bis zum Schuljahr 2000/01 war er auf rund 23 % zurückgegangen. Seitdem ist er trotz einer leicht rückläufigen Tendenz des Ausländeranteils unter den zehn- bis 15-Jährigen wieder um gut zwei Prozentpunkte angestiegen.

Diese Wellenbewegung war an den Realschulen und Gymnasien sowie an den integrierten Schulformen¹ wesentlich schwächer ausgeprägt. Die Ausländeranteile an Gymnasien und integrierten Schulformen liegen seit 2000/01 nahezu unverändert bei gut 4 % bzw. gut 5 %. Es zeichnet sich somit kein deutlicher Anstieg der Bildungsbeteiligung von Ausländern an Bildungsgängen ab, die eine Studienberechtigung vermitteln. An Realschulen war in diesem Zeitraum ein leichter Anstieg von 7 % auf 8 % feststellbar. Allerdings kann die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die erweiterten Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, die Entwicklung etwas verzerrt haben.

¹ Schulen besonderer Art, Integrierte Orientierungsstufe und Freie Waldorfschulen.

Bei den Aussiedleranteilen ist ein eindeutiger Zusammenhang mit den in Kapitel B 1.3 geschilderten Zuzugswellen erkennbar. Im Schuljahr 1995/96 stammten mehr als 5 % der Schüler an allgemein bildenden Schulen aus einer Aussiedlerfamilie. Im Schuljahr 2006/07 sank dieser Anteil auf unter 2 % (Tabellen D 5 (T3) im Anhang).

Deutlich geringere Anteile von Aussiedlern und Ausländern an privaten Schulen

An privaten Schulen liegen die Anteile von Schülern mit ausländischer Nationalität oder aus Aussiedlerfamilien deutlich unter dem Niveau der vergleichbaren öffentlichen Schulen. Für alle allgemein bildenden Schulen zusammen ist der Wert mit 5 % um fast zwei Drittel niedriger und auch in jeder einzelnen Schulart deutlich geringer als an den öffentlichen Schulen (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

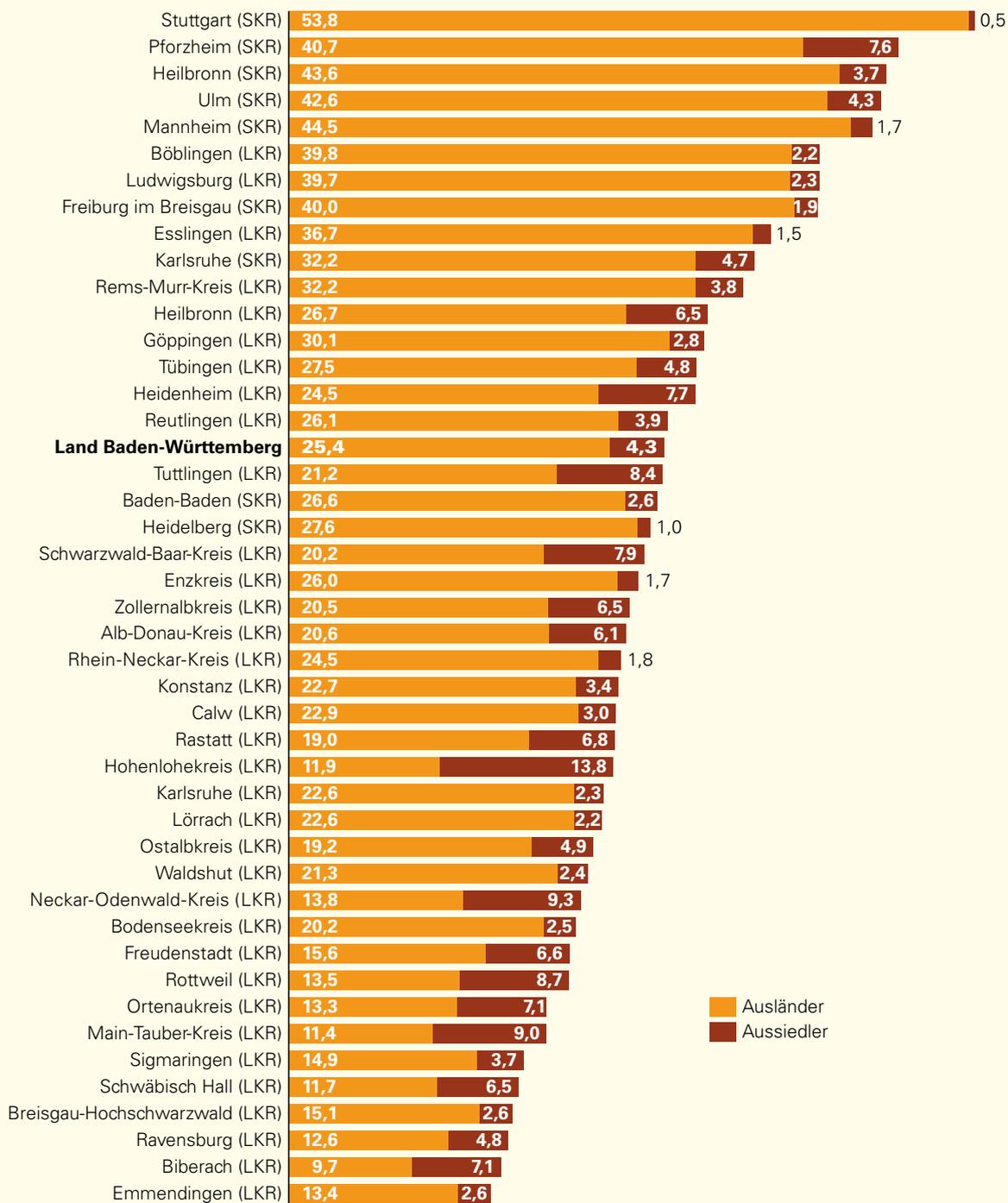
Die Sonderschulen in freier Trägerschaft wiesen mit 14 % im Schuljahr 2006/07 den höchsten Anteil auf, der sogar über dem Wert der privaten Hauptschulen von gut 9 % lag. Auch an den privaten Sonderschulen sind Ausländer und Aussiedler damit aber nur halb so häufig vertreten wie an öffentlichen Schulen. Rund 4 % der Schüler privater Grundschulen haben einen mit der Schulstatistik identifizierbaren Migrationshintergrund. Freie Waldorfschulen, Gymnasien und Realschulen liegen mit Werten zwischen 2 % und 3 % auf einem vergleichbaren Niveau.

Überdurchschnittliche Werte vor allem in Stadtkreisen

Die regionale Verteilung der Ausländer- und Aussiedleranteile unterscheidet sich zwischen den Schularten relativ wenig. Die räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist hier die bestimmende Einflussgröße (siehe Kapitel B 1.3). Die Grundstruktur lässt sich daher am Beispiel der Hauptschule verdeutlichen (Grafik D 5 (G2)). Nahezu alle kreisfreien Städte lagen im Schuljahr 2006/07 über dem Landesdurchschnitt des Anteils von Ausländern und Aussiedlern an den Schülern, allen voran die Landeshauptstadt Stuttgart. Über die Hälfte ihrer Hauptschüler hatte

Grafik D5 (G2)

Ausländer- und Aussiedleranteile an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 in %



Datenquelle: Schulstatistik.

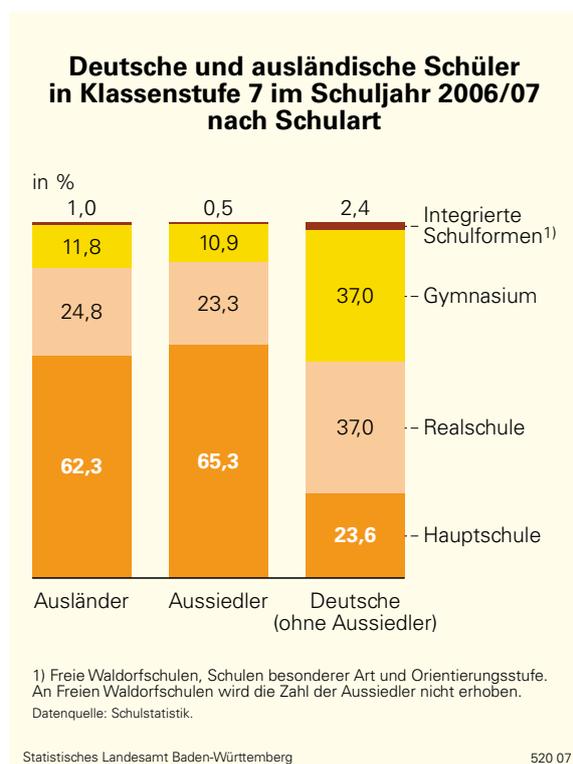
eine ausländische Staatsangehörigkeit oder stammten aus einer Aussiedlerfamilie. Dahinter rangierten die Städte Pforzheim, Heilbronn, Ulm und Mannheim mit Anteilen von etwas unter 50 %. Die Landkreise der Region Stuttgart waren ebenfalls in der oberen Hälfte zu finden. Die niedrigsten Anteile an Ausländern und Aussiedlern von zusammen 16 % bis knapp 18 % verzeichneten die Landkreise Emmendingen, Biberach, Ravensburg und Breisgau-Hochschwarzwald. Ein auffallend hoher Aussiedleranteil von fast 14 % war im Hohenlohekreis zu finden. Dieser Anteil ist sogar höher als der Ausländeranteil in diesem Kreis, der bei 12 % lag.

Dieses Bild wiederholt sich auf niedrigerem Niveau bei den Realschulen und Gymnasien. In der Reihenfolge der Kreise ergeben sich dabei zwar leichte Verschiebungen, aber an den zentralen Aussagen ändert sich hierdurch nichts.

Ausländer und Aussiedler mit ähnlichem Schulbesuchsverhalten

Wie sehr sich das Schulbesuchsverhalten von Ausländern und Aussiedlern einerseits und Deutschen ohne identifizierbaren Migrationshintergrund² andererseits unterscheidet, zeigt ein Vergleich der Verteilung der Siebtklässler (also nach Durchlaufen der Orientierungsstufe) auf die einzelnen Schularten (Grafik D 5 (G3)). Im Schuljahr 2006/07 unterschieden sich die Verteilungsmuster von ausländischen Schülern und solchen aus Aussiedlerfamilien nur geringfügig. Fast zwei Drittel besuchten eine Hauptschule, ein knappes Viertel eine Realschule und 12 % bzw. 11 % ein Gymnasium. Bei den Deutschen, die nicht aus Aussiedlerfamilien stammen, standen Gymnasium und Realschule mit einem Anteil von 37 % gleichauf an erster Stelle. Etwas weniger als ein Viertel dieser Gruppe wurde an einer Hauptschule unterrichtet. Die Sonderschulen können in diese Betrachtung nicht einbezogen werden, da dort in manchen Schultypen und Schulen die Jugendlichen aus pädagogischen Gründen zu klassenstufenübergreifenden Klassen zusammengefasst werden.

Grafik D5 (G3)



Unterschiede zwischen den Nationalitäten

Zwischen den Jugendlichen mit ausländischen Nationalitäten bestehen hinsichtlich der besuchten weiterführenden Schularten³ deutliche Unterschiede. An Haupt-, Real- und Sonderschulen stammten im Schuljahr 2006/07 jeweils rund drei Viertel aller ausländischen Schüler aus der Türkei, aus Italien, aus Serbien-Montenegro⁴, aus Griechenland oder aus Kroatien (Tabelle D 5 (T4) im Anhang). An den Gymnasien besaß nur etwa die Hälfte der ausländischen Schülerschaft die Staatsangehörigkeit eines dieser Länder. Dort sind dafür zum Beispiel französische Staatsbürger stärker vertreten, die an

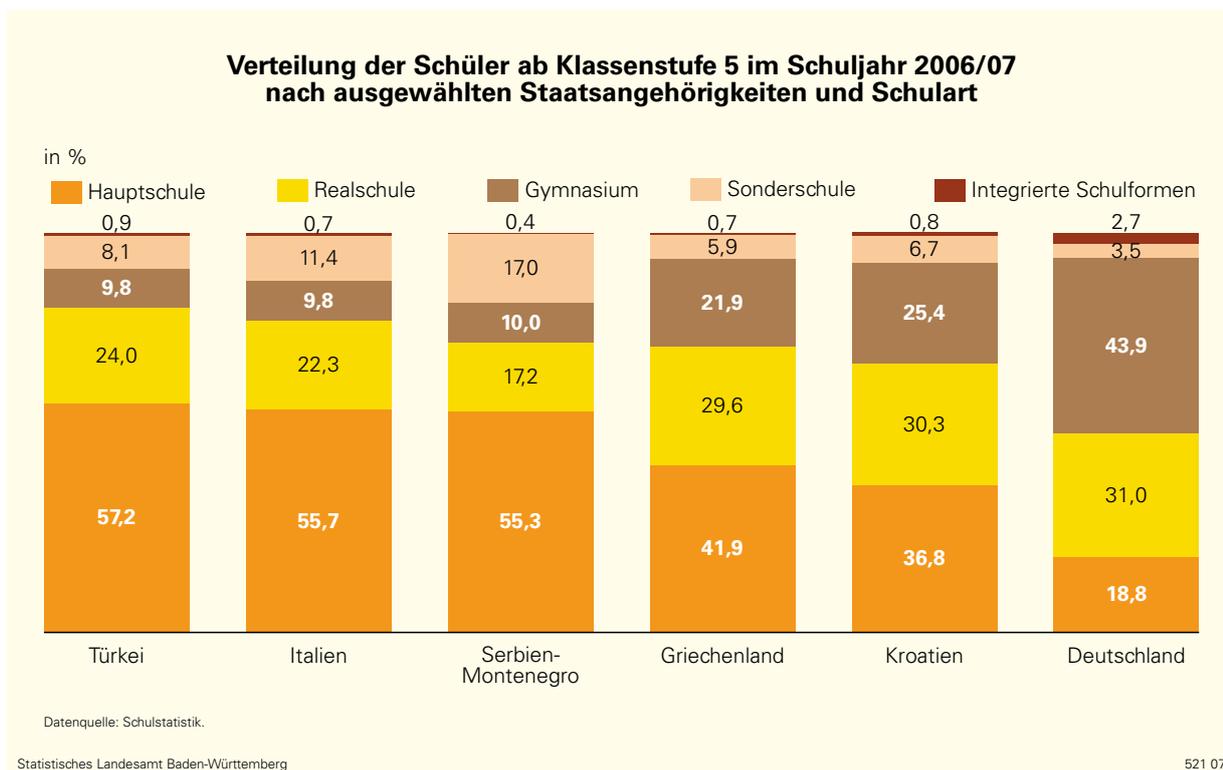
- 2 Vgl. Methodische Erläuterung „Migrationshintergrund“ am Ende des Kapitels.
- 3 Bei Sonderschulen und Freien Waldorfschulen wurden hier nur die Schüler ab Klassenstufe 5 einbezogen. Die entsprechenden Schülerzahlen wurden teilweise geschätzt.
- 4 Eine getrennte Erhebung von Serbien und Montenegro war 2006/07 noch nicht möglich.

den anderen Schularten seltener zu finden sind. Immerhin 5 % der ausländischen Gymnasiasten besaßen einen französischen Pass.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten türkische und italienische Schüler wesentlich seltener ein Gymnasium als eine Realschule (Grafik D 5 (G4)). Bei den Italienern lag selbst der Anteil der Sonderschüler über dem der Gymnasiasten. Ähnliches galt auch für Schüler aus Serbien-Montenegro, nur dass dort bereits der Anteil der Realschüler noch deutlich niedriger war. Sonderschul- und Realschulbesuch

waren damit annähernd gleich häufig. Dagegen wurden kroatische und griechische Schüler relativ häufig an einem Gymnasium unterrichtet. So war etwa jeder vierte kroatische Schüler Gymnasiast. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass Jugendliche aus Griechenland oder Kroatien besser in das baden-württembergische Schulsystem integriert sind als Jugendliche aus Italien, der Türkei oder Serbien-Montenegro. Dies gibt Hinweise auf eine möglicherweise unterschiedliche Bildungsnähe unter der hier lebenden ausländischen Bevölkerung.

Grafik D5 (G4)



Methodische Erläuterung

Migrationshintergrund

In der Schulstatistik kann bislang nicht auf das umfassende Konzept der Bestimmung des Migrationshintergrunds zurückgegriffen werden, das im Mikrozensus verwendet wird. Erst der Übergang von der Erfassung summarischer Angaben zum Schulbesuch zur Erhebung von Schülerindividuen kann hier einen Fortschritt bringen. Daher beruhen die Ausführungen in diesem Kapitel auf den Angaben der Schulen zum Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und aus Aussiedlerfamilien.

D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025

Die öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen erreichten im Schuljahr 2003/04 mit knapp 1,308 Mill. Schülern den höchsten in den vergangenen gut 20 Jahren verzeichneten Wert. Im Schuljahr 2006/07 lag die Schülerzahl mit 1,291 Mill. um knapp 17 000 darunter. Dieser Trend wird bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraums im Jahr 2025 anhalten.¹ Hauptursache für diese Entwicklung ist die erwartete Abnahme der Bevölkerungszahl im Schulalter (siehe Kapitel B 1.1). Dann dürften entsprechend den Annahmen der Vorausrechnung etwas weniger als eine Millionen Schüler die allgemein bildenden Schulen im Land besuchen (Tabelle D 6 (T1) im Anhang). Damit würden insgesamt fast 23 % Schüler weniger unterrichtet werden als 2006/07.

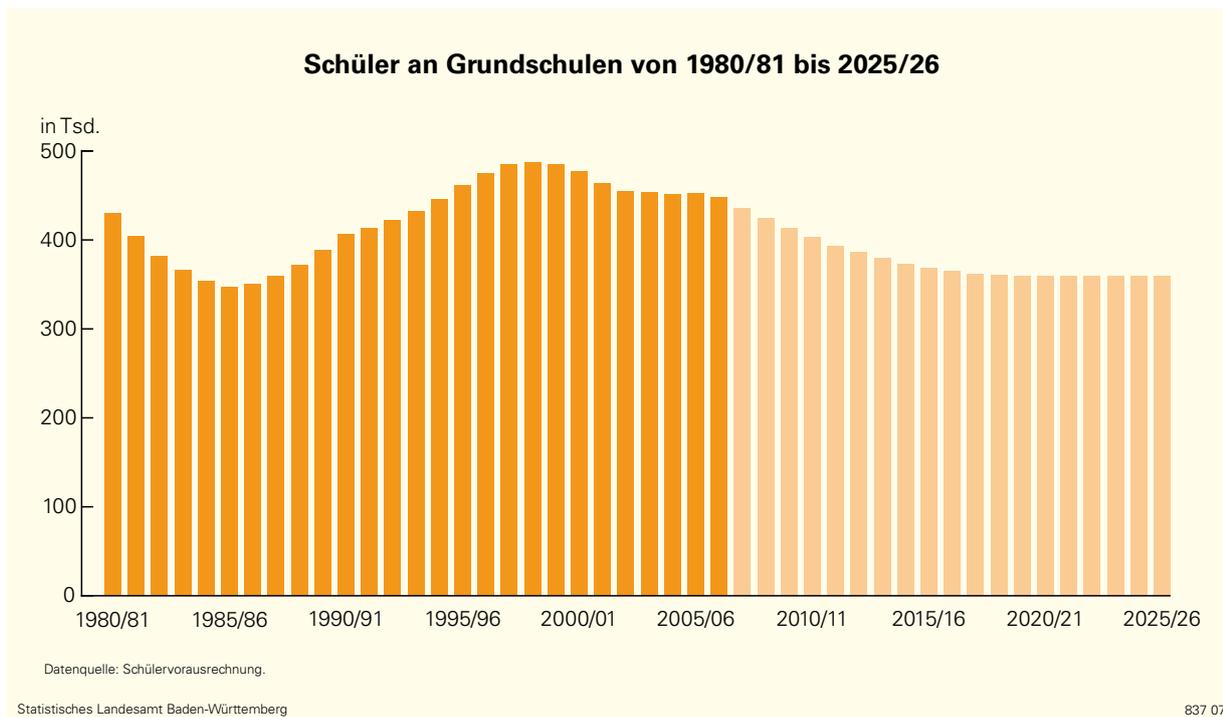
1 Zur Methodik der Schülervorausrechnung siehe die methodische Erläuterung „Vorausrechnung von Schülerzahlen“ am Ende dieses Kapitels.

Ab 2018 Stabilisierung der Schülerzahlen an Grundschulen

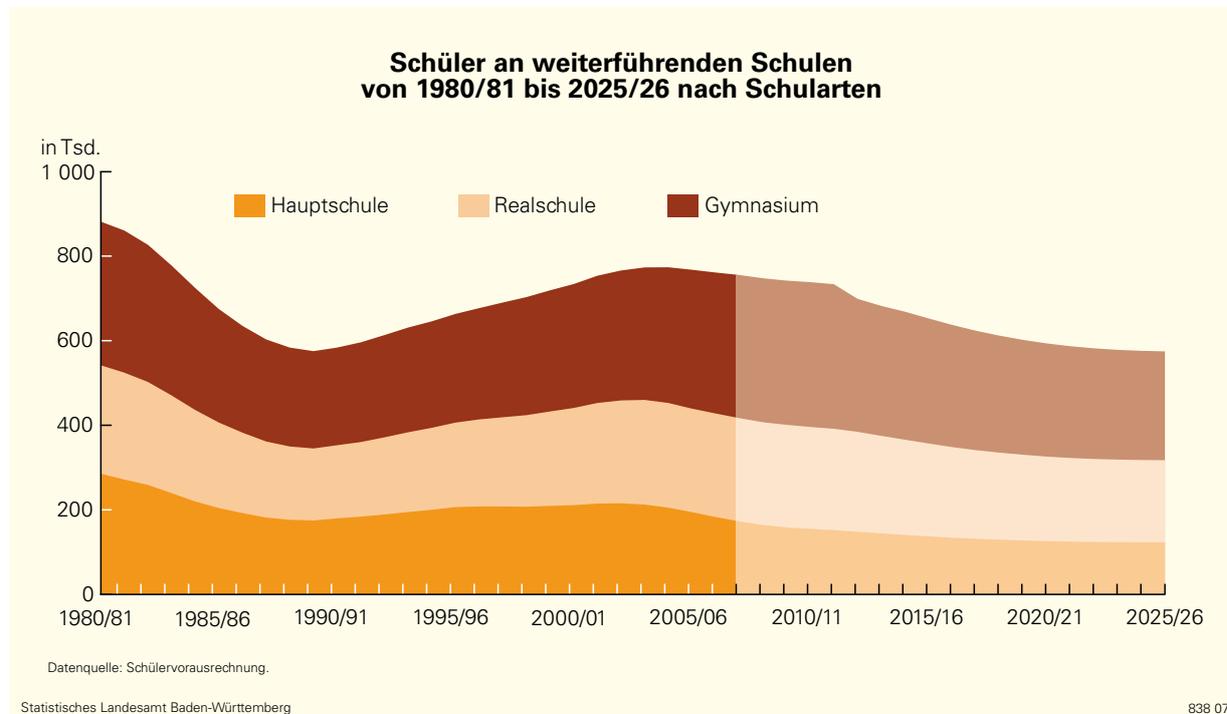
Im Schuljahr 2006/07 wurden an den Grundschulen des Landes 447 796 Kinder gezählt. Stärkere Geburtenjahrgänge und die kontinuierliche Verlegung des Einschulungstichtags seit 2005 haben für ein vorübergehend gleichbleibendes Niveau der Schülerzahlen mit Werten um 450 000 gesorgt.

Schwächer besetzte Geburtsjahrgänge führen aber bis zum Jahr 2018 wieder zu einem Rückgang der Schülerzahlen (Grafik D 6 (G1)). Für dieses Jahr werden rund 360 000 Grundschüler erwartet. Danach ist bis 2025 mit einer Stabilisierung der Schülerzahl auf diesem Niveau zu rechnen, da dann die Kinder einer zahlenmäßig wieder etwas stärker besetzten Elterngeneration in das schulpflichtige Alter kommen. Der Grundschulbesuch läge dann um etwa 20 % unter dem Wert von 2006/07.

Grafik D6 (G1)



Grafik D6 (G2)



Starker Rückgang der Schülerzahlen an Hauptschulen

Der vergleichsweise größte Rückgang der Schülerzahl wird an den Hauptschulen auftreten. Bereits zum Schuljahr 2006/07 war gegenüber 2002/03, als mit 215 532 Schülern der höchste Wert seit 1984/85 erreicht worden war, eine Abnahme von 15 % auf 182 988 Schüler zu verzeichnen. Neben der demografischen Entwicklung wirkte sich hierbei auch der Rückgang der Übergangsquoten von der Grundschule auf die Hauptschule aus.

Nach den jetzt vorliegenden Berechnungen werden die Hauptschulen gegenüber 2006/07 bis 2025 annähernd 60 000 Schüler verlieren, falls die Übergangsquoten auf dem Stand von 2007 verharren (Grafik D 6 (G2)). Mit dann nur noch rund 123 000 läge die Schülerzahl um nahezu ein Drittel unter dem Stand des Schuljahres 2006/07. Im Vergleich zum Schuljahr 2002/03 entspräche dies sogar einem Rückgang um etwa 43 %.

Ab 2021 weniger als 200 000 Realschüler zu erwarten

An den Realschulen blieb die Schülerzahl im Schuljahr 2006/07 stabil bei 244 836, nachdem im Jahr zuvor erstmals seit längerer Zeit wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen gewesen war. Im Schuljahr 2004/05 war mit 247 564 die höchste Schülerzahl in den letzten 25 Jahren erreicht worden.

In den kommenden fünf Jahren ist weiter mit einem leichten Rückgang auf 239 700 Schüler zu rechnen, bevor ab 2012 zahlenmäßig kleinere Altersjahrgänge zu deutlicher sinkenden Schülerzahlen führen (Grafik D 6 (G2)). Im Schuljahr 2021/22 könnte die Schülerzahl wieder unter die Marke von 200 000 absinken. Im weiteren Verlauf bis 2025 wird auf Grund der demografischen Entwicklung von nur noch wenig rückläufigen Zahlen ausgegangen, sodass dann gut 193 000 Schüler erwartet werden. Damit läge die Schülerzahl um rund 21 % unter dem Stand von 2006/07, entspräche aber immer noch dem in der Mitte der 90er-Jahre erreichten Niveau.

Neues Maximum an Gymnasien in Sicht

Bei den Gymnasien ist im Gegensatz zu den anderen allgemein bildenden Schularten noch mit einer steigenden Schülerzahl zu rechnen. Im Schuljahr 2006/07 wurden hier 333 322 Schüler unterrichtet. Der bisherige Höchststand war in Zeiten geburtenstarker Jahrgänge im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 Schülern erreicht worden.

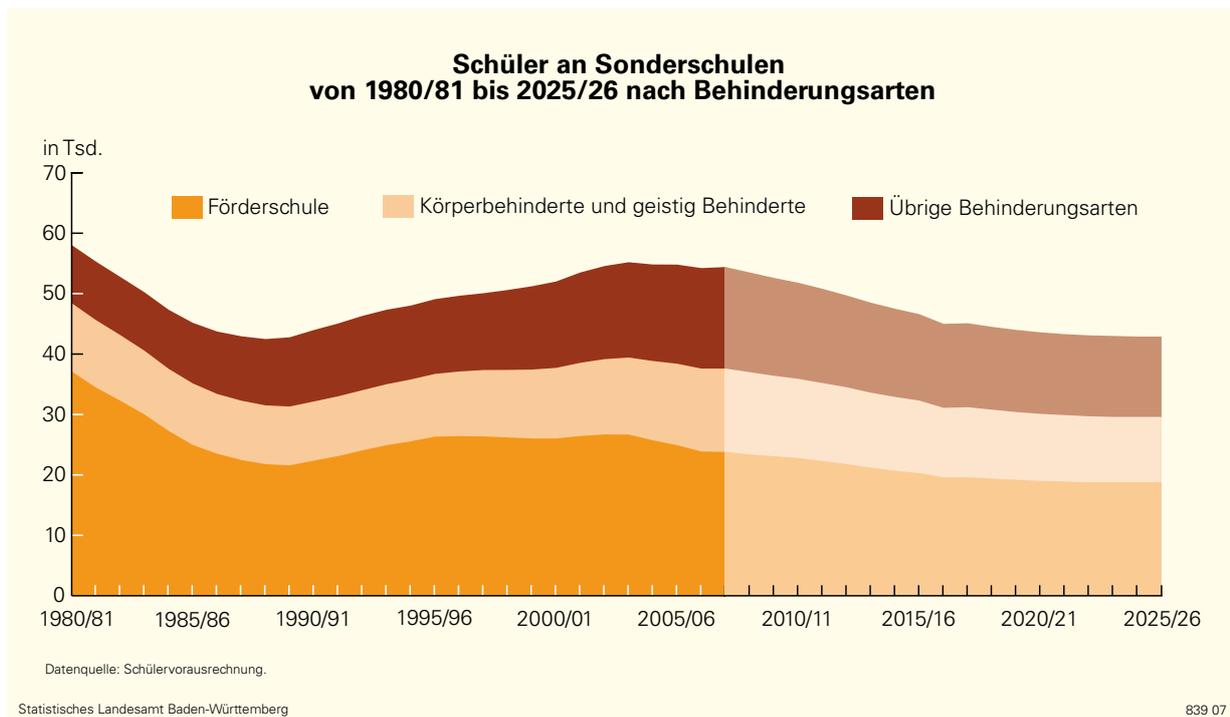
Der Höhepunkt der Entwicklung wird im Jahr 2009/10 mit 340 500 Schülern erwartet (Grafik D 6 (G2)). Dies würde sogar das bisherige Maximum aus dem Schuljahr 1980/81 übertreffen. Im darauf folgenden Schuljahr wird die Zahl der Gymnasiasten wohl in etwa diesen Stand halten können. Mit dem Ausscheiden des doppelten Abiturientenjahrgangs des letzten neunjährigen und des ersten flächendeckenden achtjährigen Gymnasialzugs im Sommer 2012 wird sich die Schülerzahl schlagartig um einen Jahrgang auf etwas mehr als 307 000 verringern. Im Anschluss daran machen sich auch an den Gymnasien des Landes die geburtenschwachen Jahr-

gänge bemerkbar: Die Schülerzahl dürfte bei Annahme gleichbleibender Übergangsquoten von der Grundschule bis 2025 auf gut 251 000 absinken – das wäre knapp ein Viertel weniger als 2006/07, aber immerhin noch mehr als im Schuljahr 1993/94.

Rückgang der Schülerzahl an Sonderschulen um gut 20 % möglich

An den Sonderschulen erhielten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 54 227 Kinder und Jugendliche Unterricht mit spezieller sonderpädagogischer Förderung. Damit setzte sich der seit 2004 anhaltende Trend leicht rückläufiger Schülerzahlen fort. Im Schuljahr 2003/04 wurden 55 199 Schüler an Sonderschulen gezählt. Dies war seit 1981/82 die höchste Schülerzahl. Der Rückgang bis 2006/07 ist allerdings allein auf die Entwicklung der Förderschule zurückzuführen, die mit einem Schüleranteil von 44 % der Sonderschultyp mit der höchsten Schülerzahl ist (vgl. Kapitel D 3). Die anderen Sonderschultypen zu-

Grafik D6 (G3)



sammen weisen weiterhin noch leicht steigende Schülerzahlen auf. So stiegen die Schülerzahlen der Schulen für Körperbehinderte und für geistig Behinderte zusammen genommen seit dem Schuljahr 2000/01 um gut 17 % an, während die Zahl der Förderschüler in diesem Zeitraum um 8 % zurückging.

Entsprechend den demografischen Gegebenheiten ist in den nächsten Jahren mit einer Beschleunigung des rückläufigen Trends zu rechnen. Zwischen 2011/12 und 2016/17 ist mit einem Rückgang der Schülerzahl in der Größenordnung von über 1 000 Schüler pro Jahr zu rechnen (**Grafik D 6 (G3)**). Danach dürfte sich die Entwicklung wieder abschwächen; die Schülerzahl würde dann ab etwa 2021/22 bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums bei rund 43 000 liegen. Dies entspräche einem Rückgang von gut 20 % gegenüber dem Schuljahr 2006/07. An Förderschulen würden demnach knapp 19 000 Schüler unterrichtet werden, an Schulen für Körperbehinderte und für geistig Behinderte zusammen fast 11 000 und an den übrigen Sonderschularten insgesamt gut 13 000.

Stärkster Rückgang in ländlichen Kreisen zu erwarten

Für die Entwicklung bis zum Schuljahr 2015/16 wurde eine Regionalisierung der Landesergebnisse durchgeführt. Unter den getroffenen Annahmen wird die Zahl der Schüler an Grundschulen bis dahin in allen 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs stetig zurückgehen – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden. Der stärkste Rückgang mit einem Minus von gut 25 % wird für den Enzkreis erwartet. Insbesondere in ländlich geprägten Landkreisen wird der Rückgang am deutlichsten sein. Dagegen wird vor allem in den Stadtkreisen des Landes die Schülerzahl deutlich schwächer absinken als im Landesdurchschnitt von knapp 18 % (**Grafik D 6 (G4)**). Der Rückgang der Grundschülerzahl wird aller Voraussicht nach vor allem in denjenigen Kreisen dynamischer ablaufen, in denen die Bevölkerung heute noch relativ jung ist. In den Kreisen mit einer heute noch verhältnismäßig jungen Bevölkerung „wachsen“ nämlich

überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus dem Schulalter heraus. Damit stehen gerade diejenigen Kreise, die derzeit noch eine relativ günstige Altersstruktur aufweisen, vor verhältnismäßig großen Herausforderungen im Hinblick auf die Anpassung ihrer Infrastruktur. Dies gilt insbesondere für den Landkreis Sigmaringen und den Alb-Donau-Kreis.

Diese regional unterschiedliche Altersstruktur spiegelt sich auch bei der Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen wider (**Grafik D 6 (G5)**). Landesweit dürften die Schülerzahlen hier bis 2015/16 um rund 15 % zurückgehen. Die Zahl der Schüler an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien insgesamt wird im Stadtkreis Baden-Baden bis zum Schuljahr 2015/16 voraussichtlich nur um rund 4 % zurückgehen, im Zollernalbkreis sind es dagegen über 22 %.

Landesweit wird die Zahl der Schüler an Hauptschulen bis zum Schuljahr 2015/16 voraussichtlich um ein Viertel niedriger liegen als heute. In den Landkreisen Rottweil und Sigmaringen und im Zollernalbkreis wird das Minus demnach sogar 31 % betragen, im Stadtkreis Baden-Baden dagegen „nur“ gut 14 % (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

Die Zahl der Schüler an Realschulen wird zwar auch kontinuierlich zurückgehen, der Rückgang wird aber mit voraussichtlich – 10 % deutlich schwächer als an den Hauptschulen ausfallen. In Baden-Baden und Freiburg dürfte die Schülerzahl 2015/16 sogar noch leicht über dem Niveau von 2006/07 liegen. Die stärkste Abnahme wurde mit etwas über – 17 % wiederum für die Landkreise Rottweil und Sigmaringen und den Zollernalbkreis ermittelt (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

Bei den Gymnasien macht sich das Auslaufen des neunjährigen Gymnasialzugs bemerkbar. Dadurch wird dort ab 2012/13 ein kompletter Jahrgang weniger unterrichtet als heute. Deshalb ist für 2015/16 mit einem durchschnittlichen Rückgang der Schülerzahl um gut 13 % zu rechnen. Die Spannweite reicht hier von – 3 % in Baden-Baden bis über – 20 % im Zollernalbkreis (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

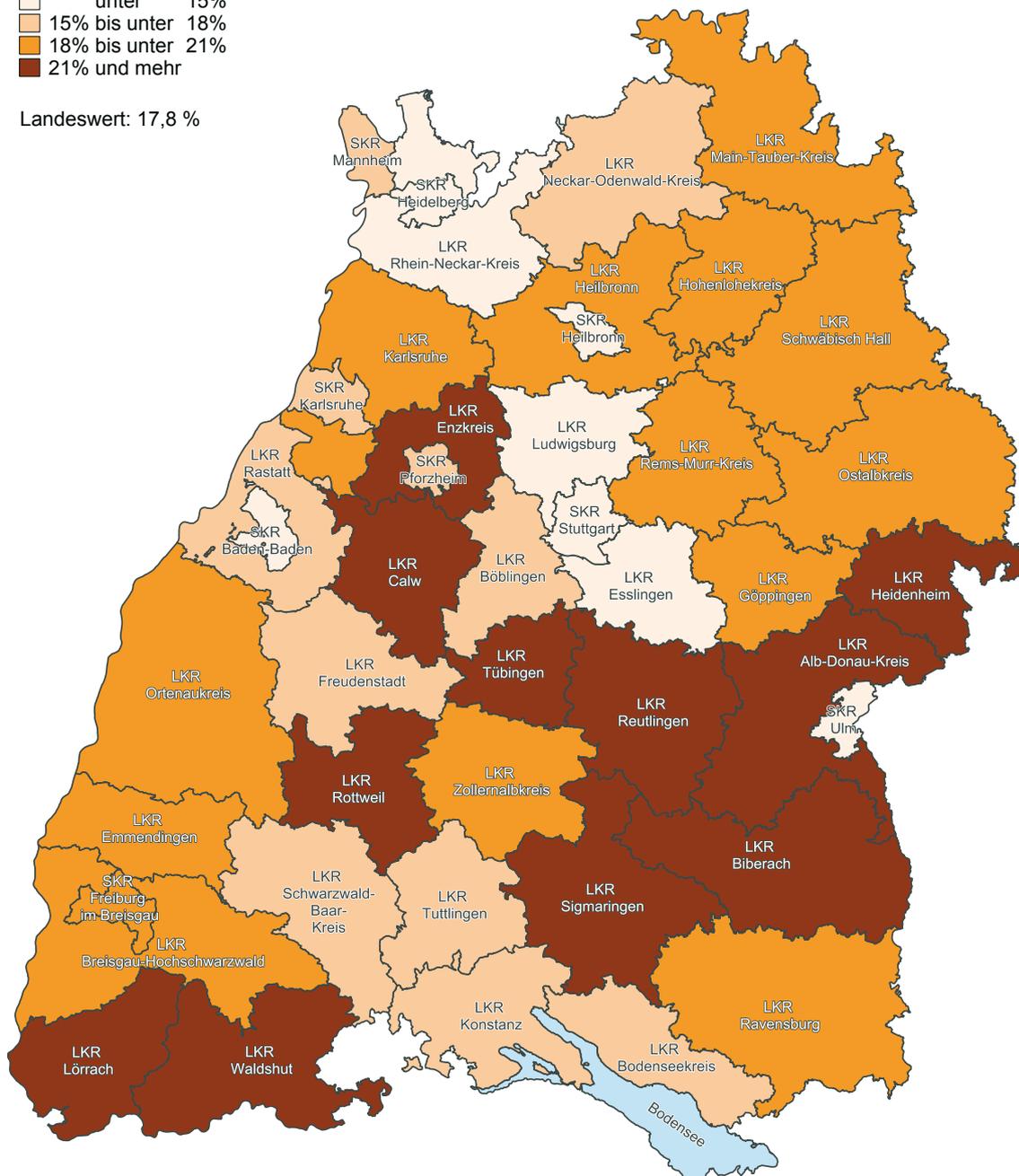
Grafik D 6 (G4)

Voraussichtlicher Rückgang der Schülerzahlen an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006/07 bis 2015/16

Abnahme um ...

- unter 15%
- 15% bis unter 18%
- 18% bis unter 21%
- 21% und mehr

Landeswert: 17,8 %



Datenquelle: Schülervorausrechnung.

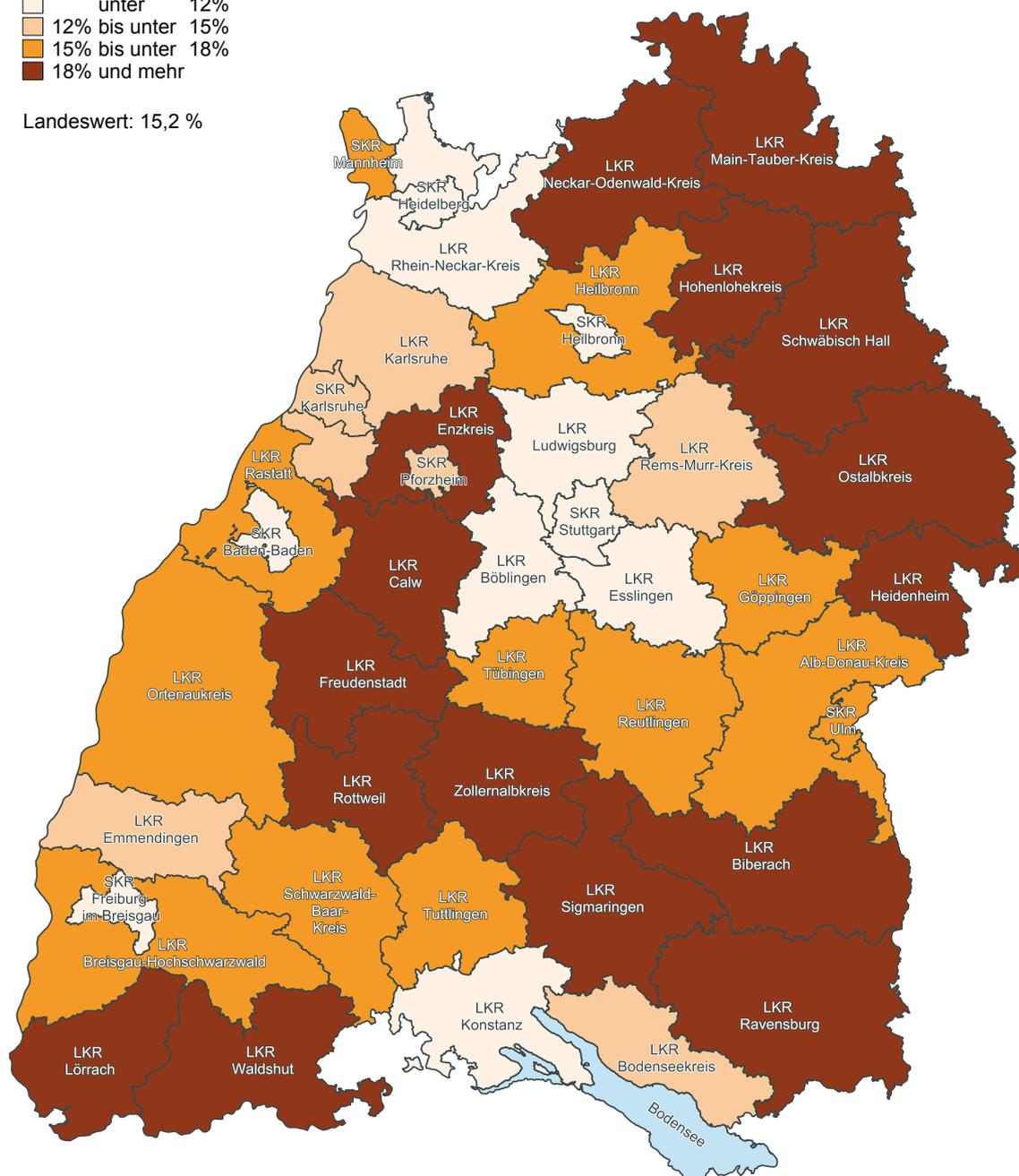
Grafik D 6 (G5)

Voraussichtlicher Rückgang der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006/07 bis 2015/16

Abnahme um ...

- unter 12%
- 12% bis unter 15%
- 15% bis unter 18%
- 18% und mehr

Landeswert: 15,2 %



Datenquelle: Schülervorausrechnung.

Methodische Erläuterung

Vorausrechnung von Schüler- und Schulabgängerzahlen

Die in diesem Bericht zitierte Vorausrechnung der Schülerzahlen basiert auf Version 1 der landes-spezifischen Bevölkerungsvorausrechnung vom Oktober 2006.¹ Vom Ansatz her ist sie weitgehend ein Simulationsverfahren, das den Durchlauf durch das Bildungssystem nachbildet. Ausgehend von der Bevölkerung im einschulungsrelevanten Alter wird unter Verwendung altersspezifischer Einschulungsquoten die Zahl der Erstklässler berechnet. Die Besetzungszahlen der folgenden Klassenstufen werden anhand von Versetzungs- und Wiederholerquoten sowie Quoten für externe Zugänge ermittelt. Die Berechnung der Zahl der Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen erfolgt unter Heranziehung von Übergangsquoten. Die Zahl der Schulabgänger wird auf Grundlage von abschlusspezifischen Absolventenquoten (Schulabgängerzahl bezogen auf die Schülerzahl der entsprechenden Klassenstufe) bestimmt.

Für die Berechnung der Schülerzahlen an Sonderschulen wird dagegen ein Altersquotientenverfahren verwendet, da hier keine sinnvollen Übergangsquoten berechnet werden können. Das heißt, die Berechnung stützt sich auf die Ermittlung des Anteils der Schüler – hier differenziert nach Schulstufen und Behinderungsart – an der Bevölkerung im jeweiligen Alter.

Für die meisten Schularten an beruflichen Schulen bilden die Schulabgängerzahlen in Kombination mit abschlusspezifischen Übergangsquoten die Grundlage zur Ermittlung der Eintritte. Die Schülerzahlen einiger Schularten, vor allem des Zweiten Bildungswegs und im Bereich der beruflichen Weiterbildung, werden über ein Altersquotientenverfahren berechnet.

Grundsätzlich beruht diese Vorausrechnung auf einem Status-quo-Ansatz, das heißt, es werden jeweils die aktuellen Quoten des Schuljahres 2006/07 oder der entsprechende Durchschnitt der Quoten mehrerer Schuljahre als Basis für die Berechnung verwendet. Eine Fortschreibung von Trends in die Zukunft hinein wird nicht vorgenommen. Eine Vorausrechnung dieser Art kann immer nur die unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen wahrscheinliche Entwicklung aufzeigen. Im Zeitablauf können schulorganisatorische oder Verhaltensänderungen sowie externe Einflüsse dazu führen, dass die getroffenen Annahmen nicht mit der tatsächlichen Entwicklung übereinstimmen.

1 Siehe methodische Erläuterung „Bevölkerungsvorausrechnung“ in Kapitel B 1.

E Berufliche Schulen

E 1 Überblick – berufliche Schulen in Baden-Württemberg

Nach Beendigung einer allgemein bildenden Schule beginnt für die Jugendlichen die Phase der beruflichen Bildung, die je nach Abschluss zu einer Ausbildung im dualen System, zu einer Ausbildung an einer vollzeitschulischen Einrichtung oder aber zu einem Studium an einer Hochschule führt. Da Baden-Württemberg über ein sehr breitgefächertes berufliches Schulwesen verfügt, gibt es für die Schulabgänger vielfältige Möglichkeiten, sich weiterzuqualifizieren. Neben berufsqualifizierenden Abschlüssen bietet es in zahlreichen Schularten auch allgemein bildende Abschlüsse. Somit haben junge Menschen auch während oder nach einer Berufsausbildung noch die Chance, zusätzlich qualifizierende Abschlüsse zu erwerben – vom Hauptschulabschluss bis hin zur fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife.

Die Beschreibung aller beruflichen Schularten des Landes im Detail mit ihren Eigenheiten und Spezialitäten würde den Rahmen dieses Bildungsberichts sprengen. Deshalb konzentrieren sich die [Kapitel E 2 bis E 5](#) auf die beruflichen Schularten, an denen neben einer beruflichen Grundbildung gleichzeitig vor allem ein höherwertiger allgemein bildender Abschluss erreicht werden kann:

- Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) für den Hauptschulabschluss ([Kapitel E 2](#)),
- die zweijährigen Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife (2BFS) für den dem Realschulabschluss entsprechenden mittleren Abschluss ([Kapitel E 3](#)),
- die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH) ([Kapitel E 4](#)) sowie
- die Beruflichen Gymnasien, an denen die allgemeine Hochschulreife absolviert werden kann ([Kapitel E 5](#)).

Höchste Schülerzahl seit zwanzig Jahren

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den beruflichen Schulen in den Geschäftsbereichen des Kultusministeriums, des Sozialministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum insgesamt 417 571 Schüler unterrichtet, das sind 5 822 mehr als im Jahr zuvor ([Grafik E 1 \(G1\)](#)). Nach gut 20 Jah-

ren wurde hier erneut ein Höhepunkt erreicht, damals (im Schuljahr 1984/85) lag die Schülerzahl bei 447 838. Seit Mitte der 80er-Jahre ging die Schülerzahl zunächst um insgesamt knapp 93 000 zurück und erreichte im Schuljahr 1995/96 mit rund 354 900 einen Tiefpunkt, um dann wieder kontinuierlich auf den heutigen Wert anzusteigen. Diese Entwicklung dürfte vor allem demografisch bedingt sein ([siehe Kapitel B 1.1](#)). Der größte Teil der Schüler erhält seine Ausbildung an öffentlichen Einrichtungen, immerhin 36 714 besuchten eine der 282 privaten beruflichen Schulen des Landes, was einem Anteil von fast 9 % entspricht ([Tabelle E 1 \(T1\) im Anhang](#)).

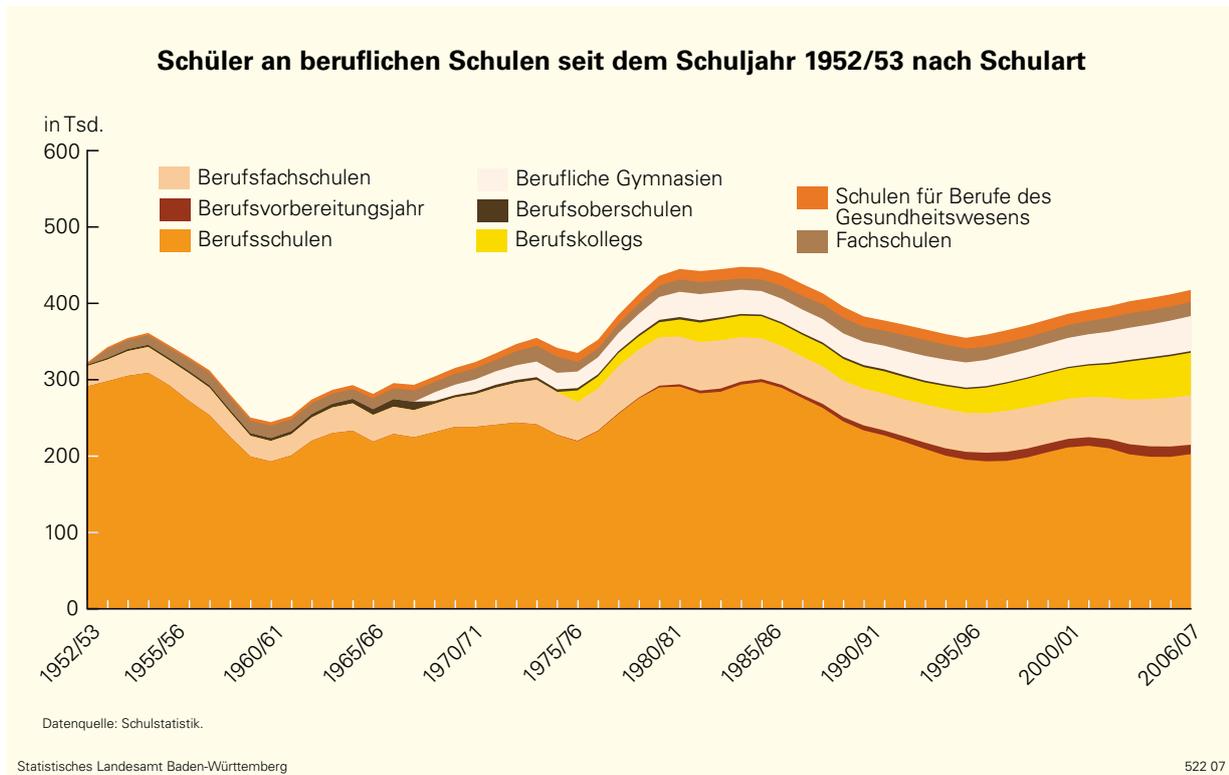
Etwa die Hälfte der Schüler besucht eine Berufsschule

Mit 202 595 Schülern wurde etwa die Hälfte von allen Schülern 2006/07 an einer „klassischen“ Teilzeit-Berufsschule¹ unterrichtet, wo in Kooperation mit dem Ausbildungsbetrieb ein gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) anerkannter Berufsabschluss erworben wird (duals System) ([Grafik E 1 \(G2\)](#)). Die Berufsschule vermittelt die für den Beruf erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und vertieft die allgemeine Bildung. Der Unterricht wird an ein bis zwei Tagen in der Woche über das ganze Schuljahr hinweg erteilt oder findet als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten von mehreren Wochen statt. Vor 20 Jahren befanden sich mit 289 281 Schülern noch rund zwei Drittel der Schülerschaft an einer Berufsschule, im Schuljahr 1970/71 waren es sogar noch 75 %.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 3 % der Bildungsteilnehmer beruflicher Schulen ein Berufsvorbereitungsjahr. Das BVJ ist eine einjährige Vollzeitschule und soll Jugendlichen, die zu Beginn der Berufsschulpflicht kein Auszubildungsverhältnis nachweisen können, berufsvorbereitende Kenntnisse vermitteln. Schüler ohne Hauptschulabschluss können das BVJ dazu nutzen, diesen nachzuholen ([siehe Kapitel E 2](#)).

¹ Einschließlich Sonderberufsschulen und landwirtschaftliche Vollzeitberufsschulen.

Grafik E1 (G1)



Berufsfachschulen bieten breites Qualifikationsspektrum

Jeder sechste Schüler wurde im Schuljahr 2006/07 an einer Berufsfachschule² unterrichtet. In den letzten 25 Jahren schwankte ihr Anteil zwischen 12 % und 16 %. Die Bildungsgänge an den Berufsfachschulen sind sehr unterschiedlich und vermitteln je nach Dauer eine berufliche Grundbildung, eine berufliche Vorbereitung oder einen Berufsabschluss und fördern die allgemeine Bildung. Knapp die Hälfte der Berufsfachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 eine zweijährige Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife (siehe Kapitel E 3). Ein Fünftel wurde an einer einjährigen gewerblichen Berufsfachschule unterrichtet, die zu den Bildungsgängen der beruflichen Grundbildung zählt. Da sie in einigen Ausbildungsberufen das erste Ausbildungsjahr ersetzen, sind sie als Ergänzung des dualen Systems zu betrachten.

2 Einschließlich Sonderberufsfachschulen.

Eine Berufsausbildung mit Abschluss vermitteln vor allem die Berufsfachschulen in sozialen Berufen. Im Schuljahr 2006/07 ließen sich 7 031 Schüler an einer öffentlichen oder privaten Berufsfachschule für Altenpflege ausbilden, dies entspricht einem Anteil von gut 10 %. Das im Schuljahr 2006/07 als Schulversuch neu eingeführte Berufseinstiegsjahr, welches ebenfalls den Berufsfachschulen zugeordnet ist, dient der beruflichen Vorbereitung.

Knapp 56 000 Schüler an Berufskollegs

Das Berufskolleg baut auf einem mittleren Bildungsabschluss auf und wird in der Regel als Vollzeitschule geführt. Nach ein bis drei Jahren vermittelt es eine berufliche Qualifikation. Die im Schuljahr 1976/77 eingerichteten Berufskollegs konnten innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte ihren Anteil an der Schülerzahl in etwa verdoppeln. Im Schuljahr 2006/07 lag ihr Anteil bei gut 13 %. Durch Zusatzunterricht oder in einem be-

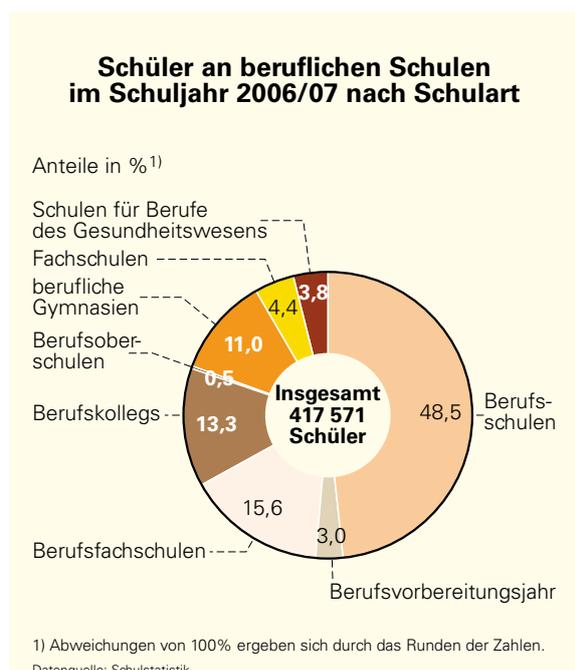
sonderen Bildungsgang kann an den Berufskollegs auch die Fachhochschulreife erworben werden (siehe Kapitel E 4).

Berufsoberschulen und berufliche Gymnasien führen zur Hochschulreife

Die Berufsoberschule baut als Einrichtung des Zweiten Bildungswegs auf einer praktischen Berufserfahrung auf und vermittelt vor allem eine weitergehende allgemeine Bildung. Sie gliedert sich in Mittelstufe (Berufsaufbauschule) und Oberstufe (Technische Oberschule, Wirtschaftsoberschule). Die Berufsaufbauschule umfasst ein Jahr und führt zur Fachschulreife. Die Oberstufe führt in zwei Jahren zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife. Ihr Anteil an der Gesamtschülerschaft beruflicher Schulen ist mit 0,5 % nach wie vor eher gering.

Die beruflichen Gymnasien wurden von jedem neunten Schüler besucht. Auch die in der Regel in dreijähriger Aufbauform geführten Einrichtungen sind im Zeitraum von 20 Jahren weiter ausgebaut worden. Im Schuljahr 1985/86 hatte diese Schulart mit knapp 31 000 Schülern einen Anteil von 7 % (siehe Kapitel E 5).

Grafik E1 (G2)



Berufliche Weiterbildung an Fachschulen auch von Arbeitsmarktentwicklung abhängig

Im Schuljahr 2006/07 betrug der Anteil der Fachschüler an allen beruflichen Schülern gut 4 %. Fachschulen sind innerhalb des beruflichen Schulwesens für die berufliche Weiterbildung zuständig. Voraussetzungen sind in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung und praktische Bewährung oder eine geeignete berufliche Tätigkeit von mindestens fünf Jahren. Mit dem erfolgreichen Abschluss können die Fachschulabsolventen ihre Aufstiegschancen verbessern oder einen eigenen Betrieb gründen. Ein typisches Beispiel hierfür sind Meisterschulen, die auf die Meisterprüfung vor den zuständigen Kammern vorbereiten. Im Schuljahr 2006/07 wurden die Fachschulen von 18 420 Weiterbildungswilligen besucht, damit blieb die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Im Schuljahr 1993/94 wurden an den Fachschulen des Landes gut 20 700 Schüler unterrichtet, was den Höhepunkt in der Entwicklung der Schülerzahlen darstellte. Bis zum Schuljahr 1998/99 war dann ein beständiger Rückgang auf nur noch 15 800 Schüler zu verzeichnen, um dann wieder bis auf knapp 18 900 Schüler (2003/04) anzuwachsen. Seither war der Trend mehr oder weniger absteigend. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielschichtig: Neben der demografischen Entwicklung dürfte die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf der 90er-Jahre einer der Hauptgründe sein.

Ausbildung in nichtärztlichen Gesundheitsberufen deutlichen Schwankungen unterworfen

An Schulen für Berufe des Gesundheitswesens werden nichtärztliche Gesundheitsberufe, wie zum Beispiel Krankenschwestern oder Physiotherapeuten, ausgebildet. Diese Schulart, die dem Geschäftsbereich des Sozialministeriums unterstellt ist, wird seit dem Schuljahr 1987/88 weder dem öffentlichen noch dem privaten Bereich zugeordnet. Ihre Ausbildungsgänge beruhen auf landes- oder bundesrechtlichen Regelungen und führen damit zu einem Abschluss in einem staatlich anerkannten Beruf. Mit 15 792 Teilnehmern betrug ihr Anteil an der Schüler-

schaft beruflicher Schulen im Schuljahr 2006/07 nahezu 4 %. Die Entwicklung der Schülerzahlen an diesen Einrichtungen ist deutlichen Schwankungen unterworfen, die nur teilweise mit der demografischen Entwicklung erklärt werden können. Offensichtlich sind diese auch von den Reformansätzen beeinflusst, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Gesundheitswesen unter- nommen wurden.

Frauen leicht unterrepräsentiert

Mit knapp 47 % lag im Schuljahr 2006/07 der Frauenanteil an beruflichen Schulen leicht unter dem der Gesamtbevölkerung im entsprechenden Alter von 15 bis unter 25 Jahren (Ende 2006). Gegenüber dem Schuljahr 2005/06 ist dieser nahezu unverändert. Zwischen den einzelnen Schularten treten jedoch deutliche Unterschiede auf (Grafik E 1 (G 3)). So ist für die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens der hohe Frauen-

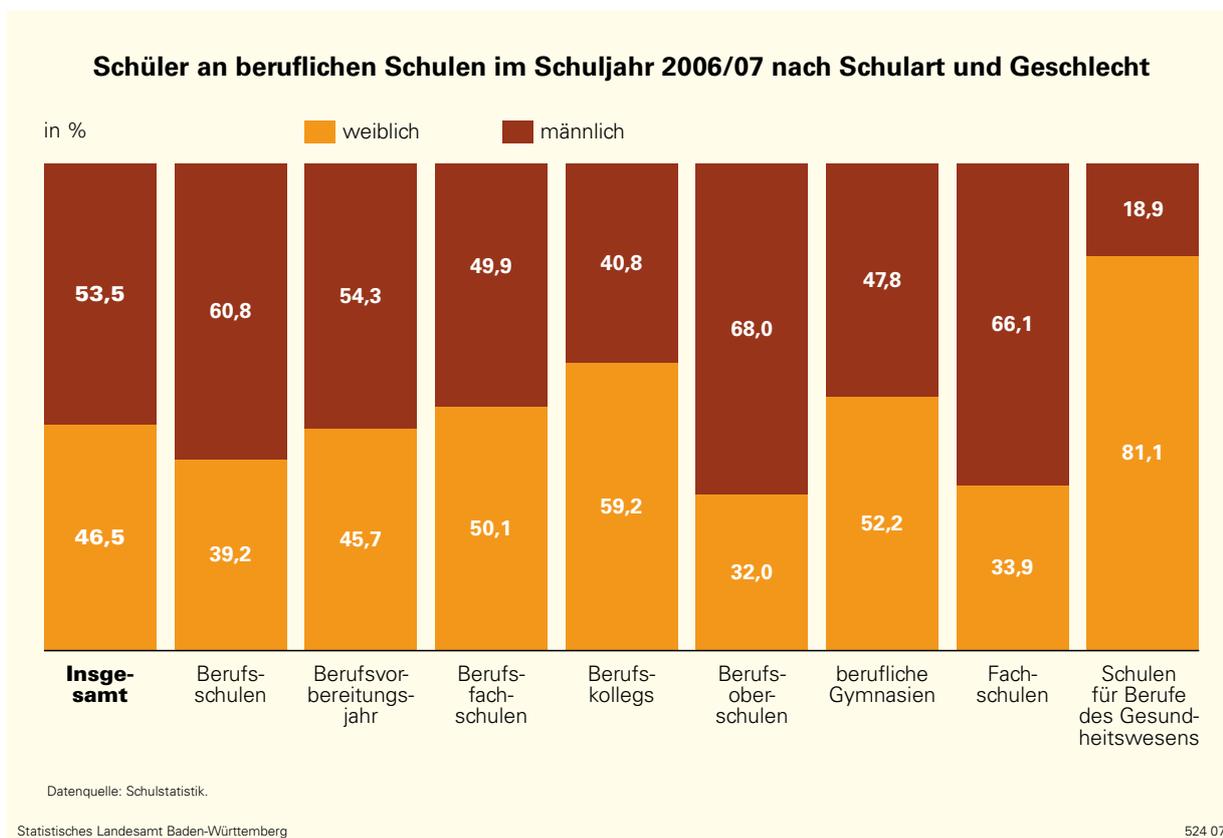
anteil geradezu charakteristisch. Hier lag dieser im Schuljahr 2006/07 bei gut 81 %.

Innerhalb der Schularten sind die Geschlechteraufteilungen eher nach den verschiedenen Schultypen zu unterscheiden. Der traditionellen Rollenverteilung entsprechend sind an Schulgliederungen mit hauswirtschaftlicher Ausrichtung überwiegend Frauen zu finden, dagegen sind an denen mit gewerblicher oder technischer Ausrichtung Männer in der Überzahl. Die Schulgliederungen des kaufmännischen Typs weisen dagegen ein eher ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf.

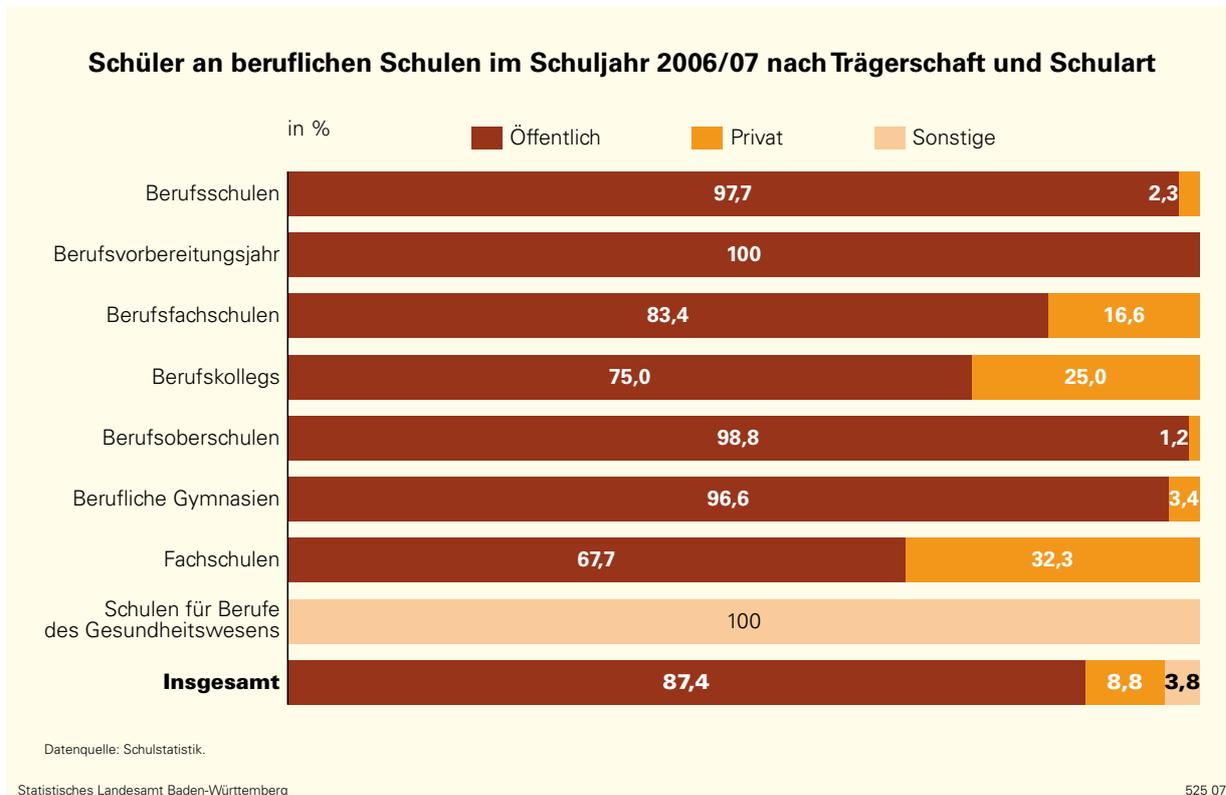
Jeder elfte Schüler besuchte eine private Einrichtung

Während die Entwicklung der Schülerzahl an den öffentlichen beruflichen Schulen entscheidend durch die Stärke der Geburtenjahr-

Grafik E1 (G3)



Grafik E 1 (G4)



gänge geprägt wird, wuchs die Schülerzahl an den privaten beruflichen Schularten stetig an (Tabelle E 1(T2) im Anhang). Im Schuljahr 2006/07 besuchten 36 714 Schüler die derzeit 282 privaten beruflichen Schulen, das sind rund 1 800 mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Seit dem Schuljahr 1980/81 hat sich die Zahl der Teilnehmer hier nahezu verdoppelt. Da die Schülerzahl an den öffentlichen beruflichen Schulen im Schuljahr 2006/07 in deutlich geringerem Maße zunahm, stieg der Anteil der Privatschüler nunmehr auf fast 9 % an. Damit besucht etwa jeder elfte Schüler eine private berufliche Schule. Vor einem Jahrzehnt wurde lediglich jeder sechzehnte Schüler an einer Einrichtung in privater Trägerschaft unterrichtet. Hier spiegelt sich die Orientierung der freien Träger an der Nachfrage auf dem Bildungsmarkt wider, sowie deren Möglichkeiten, rasch auf solche Veränderungen zu reagieren.

Anstieg der Schülerzahl an fast allen privaten Einrichtungen

Unter allen Schularten können die Fachschulen den höchsten Anteil an „Privatschülern“ vorweisen (Grafik E 1 (G4)). Rund ein Drittel der Fachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 eine der privaten Einrichtungen, die zum einen der Schulaufsicht des Kultusministeriums aber auch der des Sozialministeriums zugeordnet sein können.

An den Berufskollegs des Landes wurde ein Viertel der Schüler an einer privaten Institution unterrichtet. Die privaten Berufskollegs konnten gegenüber dem Vorjahr erneut einen Zuwachs von fast 900 Schülern verbuchen. 2006/07 besuchten 13 863 Schüler diese nichtstaatlichen Einrichtungen. Der Grund für die Zunahme ist vor allem im Ausbau des Angebots der kaufmännischen Berufskollegs I und II sowie der gewerblichen Berufskollegs für technische Kommunika-

tion zu sehen. Auch schon innerhalb der letzten fünf Jahre war die Schülerzahl an den privaten Berufskollegs deutlich angewachsen, im Schuljahr 2001/02 lag diese noch bei 8 300 Teilnehmern. Der deutliche Anstieg ist vor allem auf die Integration der Ausbildung von Praktikanten im Rahmen der Erzieher-Ausbildung in ein einjähriges Berufskolleg im Schuljahr 2003/04 zurückzuführen.

Jeder sechste Berufsfachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 eine private Bildungseinrichtung. Hier konnte gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg von gut 2 % auf jetzt 10 765 Schüler beobachtet werden. Eindeutiger Schwerpunkt sind die Berufsfachschulen für Altenpflege. An diesen privaten Einrichtungen im Geschäftsbereich des Sozialministeriums absolvierten rund 4 300 Schüler ihre Ausbildung. Die Altenpflegesschulen sind auch verantwortlich für einen großen Teil des Anstiegs der Schülerzahlen an den Berufsfachschulen in den letzten gut fünfzehn Jahren: Im Schuljahr 1990/91 wurden die bisherigen privaten Fachschulen für Altenpflege in Berufsfachschulen umgewandelt. Aber auch die berufsvorbereitenden Berufsfachschulen, die mit dem öffentlichen Berufsvorbereitungsjahr vergleichbar sind, sind in den letzten fünf Jahren stark expandiert. Der Mangel an Ausbildungsplätzen scheint sich im Ausbau dieses Bildungsgangs niederzuschlagen (siehe Kapitel E 2).

Geringer Privatschulanteil an Berufsschulen und beruflichen Gymnasien

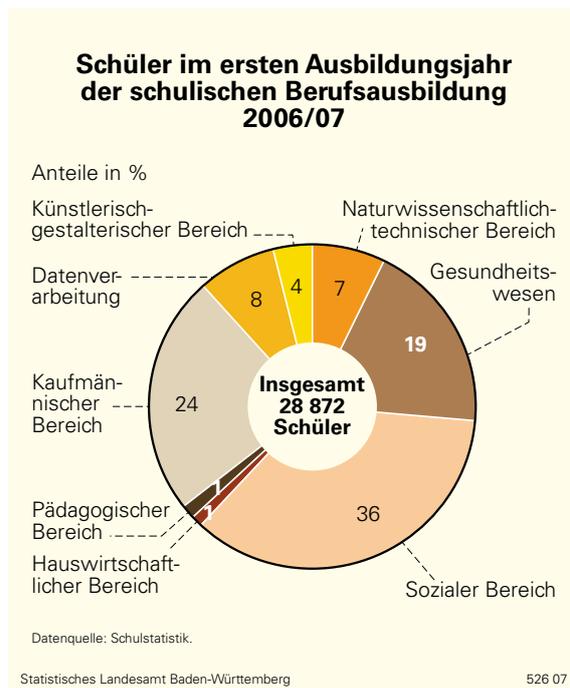
Der Anteil privater Einrichtungen ist bei den Berufsschulen mit gut 2 % recht gering. Fast alle der 4 571 Schüler wurden im Schuljahr 2006/07 an einer Sonderberufsschule ausgebildet. Lediglich die Berufsschule des Diakonissenmutterhauses in Aidlingen ist eine „reguläre“ Berufsschule, an der 16 Schülerinnen unterrichtet wurden. Die anderen 29 Einrichtungen dienen dem schulischen Teil der Berufsausbildung körperlich oder lernbehinderter Jugendlicher. Der Bedarf an entsprechenden Ausbildungsplätzen und deren Bereitstellung wird durch Träger sozialer Einrichtungen bestimmt. Ein konjunktureller Einfluss wirkt sich an diesen Einrichtungen kaum aus. Auch an den beruflichen Gymnasien ist der Privatschulanteil mit gut 3 % eher gering. (siehe Kapitel E 5).

Seit dem Schuljahr 2006/07 gibt es auch eine Berufsoberschule unter freier Trägerschaft: 24 Schüler wurden in Freiburg im Breisgau an der neu gegründeten privaten Wirtschaftsoberschule unterrichtet, ein Novum in der baden-württembergischen Schullandschaft.

Schulische Berufsausbildung – eine Ergänzung des dualen Systems

Auch außerhalb des dualen Systems können Schulabgänger einen Beruf erlernen. Eine Alternative zur Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf ist die vollzeitschulische Ausbildung in Berufen, die nicht zu den vom BBiG oder der HwO geregelten Berufsausbildungen gehören. In der Regel ist dies über eine vollqualifizierende schulische Berufsausbildung an einer Berufsfachschule, einem Berufskolleg oder einer Schule für Berufe des Gesundheitswesens möglich. An den Schulen in Baden-Württemberg können gegenwärtig rund 70 dieser Berufe erlernt werden. Dazu zählen unter anderem Berufe wie Erzieher, Krankenpflegekräfte, Wirtschaftsassis-

Grafik E1 (G5)



tenten, Fremdsprachenkorrespondenten oder auch die technischen Assistenten-Berufe.

Während die Zahl der Auszubildenden im dualen System gesunken ist, stieg die Zahl der Schüler an berufsqualifizierenden Schulen innerhalb der letzten 15 Jahre deutlich an. Im Schuljahr 2006/07 nutzten 54 122 Schüler diese Möglichkeit der schulischen Berufsausbildung in Berufen mit außerhalb des Berufsbildungsgesetzes geregelten Ausbildungsgängen (Tabelle E 1 (T3) im Anhang).

Die Schwerpunkte der vollzeitschulischen Berufsausbildung liegen eindeutig bei Berufen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen

(Grafik E 1 (G 5)). Gemessen an den 28 872 Ausbildungsanfängern war im Schuljahr 2006/07 unter diesen Berufen der des Erziehers am beliebtesten. Einschließlich der Praktikanten waren es 5 871 Schüler im ersten Ausbildungsjahr. Auch der Beruf des Gesundheits- und Krankenpflegers mit 2 610 Schülern sowie der des Altenpflegers mit 2 445 Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr scheinen durchaus attraktiv zu sein. Aber auch Berufe im kaufmännischen und im naturwissenschaftlich-technischen Bereich werden relativ stark nachgefragt. Mit 6 001 Ausbildungsanfängern ist der Wirtschaftsassistent das mit Abstand begehrteste Berufsziel in diesem Bereich (Tabelle E 1 (T3) im Anhang).

E 2 Berufsvorbereitungsjahr und vergleichbare Angebote

Für Jugendliche, die nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht keinen Ausbildungsplatz erhalten haben und keinen Platz an einer beruflichen Vollzeitschule finden konnten, gibt es berufsvorbereitende Bildungsgänge. Ihr Ziel ist die Vorbereitung auf den Übergang in das Berufsleben. Dabei sollen grundlegende berufliche Kenntnisse vermittelt werden und vorhandene Defizite – wie beispielsweise ein fehlender Schulabschluss – ausgeglichen werden.

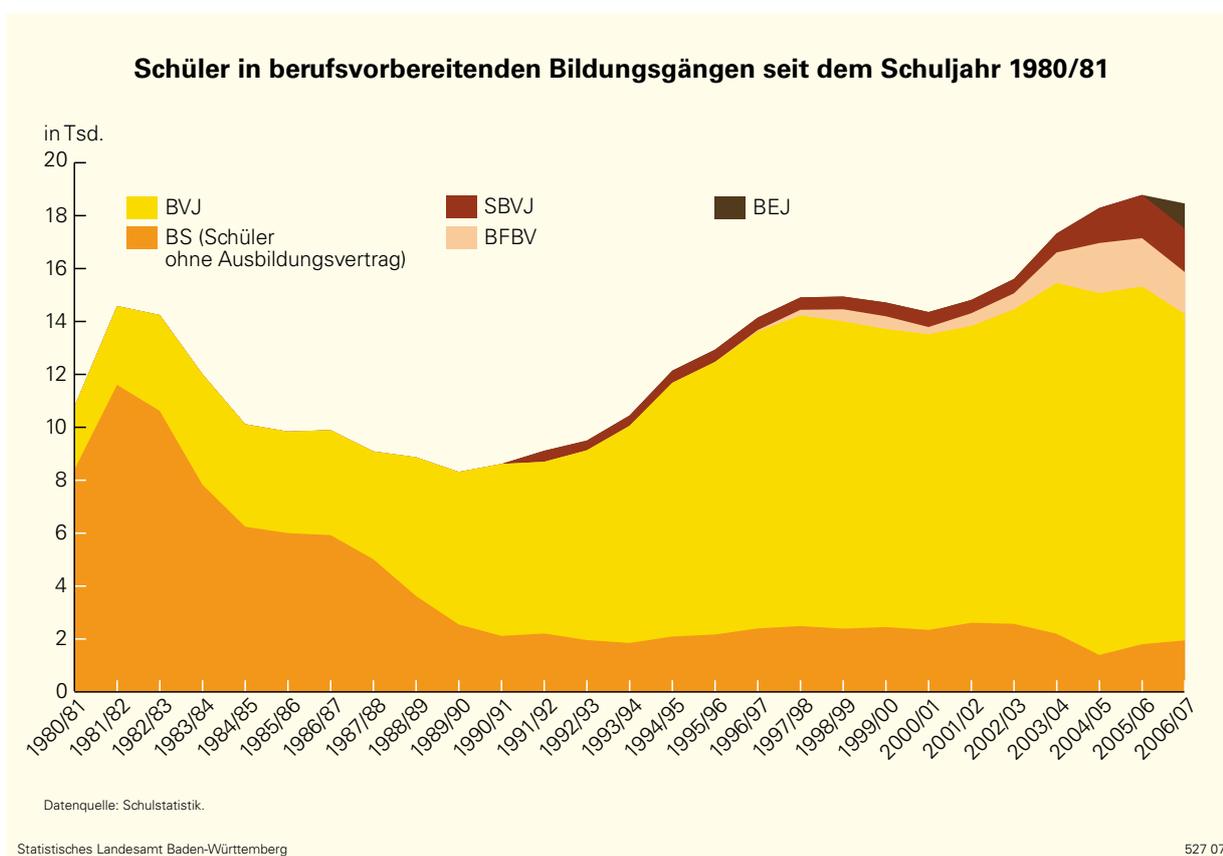
Zahlreiche Angebote für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag

Im Schuljahr 2006/07 besuchten knapp 18 500 Schüler die berufsvorbereitenden Bildungsgänge (Grafik E 2 (G1)). Nach dem tendenziell ste-

tigen Zuwachs der Schülerzahl ab dem Schuljahr 1990/91 ist wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im vorangegangenen Schuljahr war mit rund 18 800 Teilnehmern ein Höhepunkt erreicht worden.

Das zahlenmäßig bedeutendste Angebot unter den berufsvorbereitenden Maßnahmen ist das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ): Über zwei Drittel der Jugendlichen werden hier unterrichtet. Neben dem „klassischen“ BVJ gibt es noch weitere Angebote an berufsvorbereitenden Bildungsgängen. Dazu zählt das Sonderberufsvorbereitungsjahr (SBVJ), in dem Jugendliche unterrichtet werden, die auf Grund einer Lern- oder anderen Behinderung besondere sonderpädagogische Unterstützung benötigen. In den Berufsfachschulen zur Förderung der Berufs-

Grafik E2 (G1)



reife sollen Jugendliche durch die Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse und umfangreiche Praktika an die Berufswelt herangeführt werden. Die berufsvorbereitenden Berufsfachschulen entsprechen im Grundsatz inhaltlich dem BVJ. Anders als diese öffentlichen Einrichtungen sind sie aber ausschließlich in privater Trägerschaft zu finden. Daneben sind auch die Schüler zu berücksichtigen, die an Teilzeit-Berufs- oder Sonderberufsschulen unterrichtet werden, aber keinen Ausbildungsvertrag besitzen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Arbeitslose, Praktikanten der Einstiegsqualifizierung oder Jugendliche in Fördermaßnahmen.

Hauptschulabschluss im BVJ

Im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) werden Jugendliche gezielt auf den Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet. Es orientiert sich an der Situation und den Förderbedürfnissen der teilnehmenden Jugendlichen und wird in verschiedenen Richtungen angeboten (**Grafik E 2 (G2)**):

- BVJ – Regelform (170 Standorte)
- BVJ – für Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse (25 Standorte)
- BVJ – für Schüler mit Lern-/Leistungsproblemen (74 Standorte)
- BVJ – Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (9 Standorte)
- BVJ – Teilqualifikation (15 Standorte)
- BVJ – Kooperation mit Hauptschule (42 Standorte)
- BVJ – Kooperation mit Förderschule (34 Standorte)

Auch die Ausgestaltung der Stundentafel und die Klasseneinteilung richten sich dabei möglichst nach dem speziellen Förderbedarf der Jugendlichen. Der berufsbezogene Unterricht mit hohem Anteil praktischen Lernens und ein Betriebspraktikum ermöglichen den Jugendlichen, Erfahrungen in bis zu drei Berufsfeldern zu sammeln. Viele Schulen bieten ein Praktikum in Form von wöchentlichen Praxistagen in Betrieben an. Der Bildungsgang dauert ein Jahr und endet mit einer Abschlussprüfung. Wer eine Zusatzprüfung ablegt, kann auch den Hauptschulabschluss erwerben. Jugendliche mit Hauptschulabschluss

haben im BVJ die Möglichkeit, diesen zu wiederholen, um ihre Abschlussnote zu verbessern.

Kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahl

Ab dem Schuljahr 1986/87 kann die Berufsschulpflicht auch durch den Besuch des BVJ erfüllt werden. Damals wurden dort knapp 4 000 Jugendliche unterrichtet. Seitdem sind die Schülerzahlen kontinuierlich angestiegen, bis auf fast 13 700 im Jahr 2004/05. Im Schuljahr 2006/07 besuchten 12 338 Jugendliche das BVJ. Das sind fast 1 200 Schüler weniger als im Vorjahr, womit der Anstieg der letzten Jahre gestoppt wurde. Die Ursache für den deutlichen Rückgang im Schuljahr 2006/07 ist vor allem in der Einführung des Berufseinstiegsjahres (BEJ) zu sehen, welches von rund 950 Jugendlichen besucht wurde. Aber auch der Anstieg der Schülerzahl an öffentlichen Berufsschulen um 3 300 auf gut 197 700, der eine Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt signalisiert, dürfte hierbei eine Rolle spielen.

Nahezu drei Viertel der Schüler des BVJ besuchten im Schuljahr 2006/07 die Regelform (**Grafik E 2 (G3)**). Im BVJ für Lern- und Leistungsschwache waren 12 % vertreten. In den Richtungen „Kooperation mit Hauptschulen bzw. mit Förderschulen“, wurden nahezu 5 % bzw. 4 % unterrichtet. Jugendliche werden in diesen zweijährigen Kooperationsklassen, in denen Lehrkräfte aus beiden Schularten unterrichten, intensiv gefördert.

Im „BVJ mit Teilqualifikation“ sollen unter anderem durch ein 90-tägiges Betriebspraktikum Qualifikationen erworben werden, die in einer späteren Berufsausbildung anerkannt werden können. Im Schuljahr 2006/07 besuchten knapp 3 % der BVJ-Schüler diese Richtung.

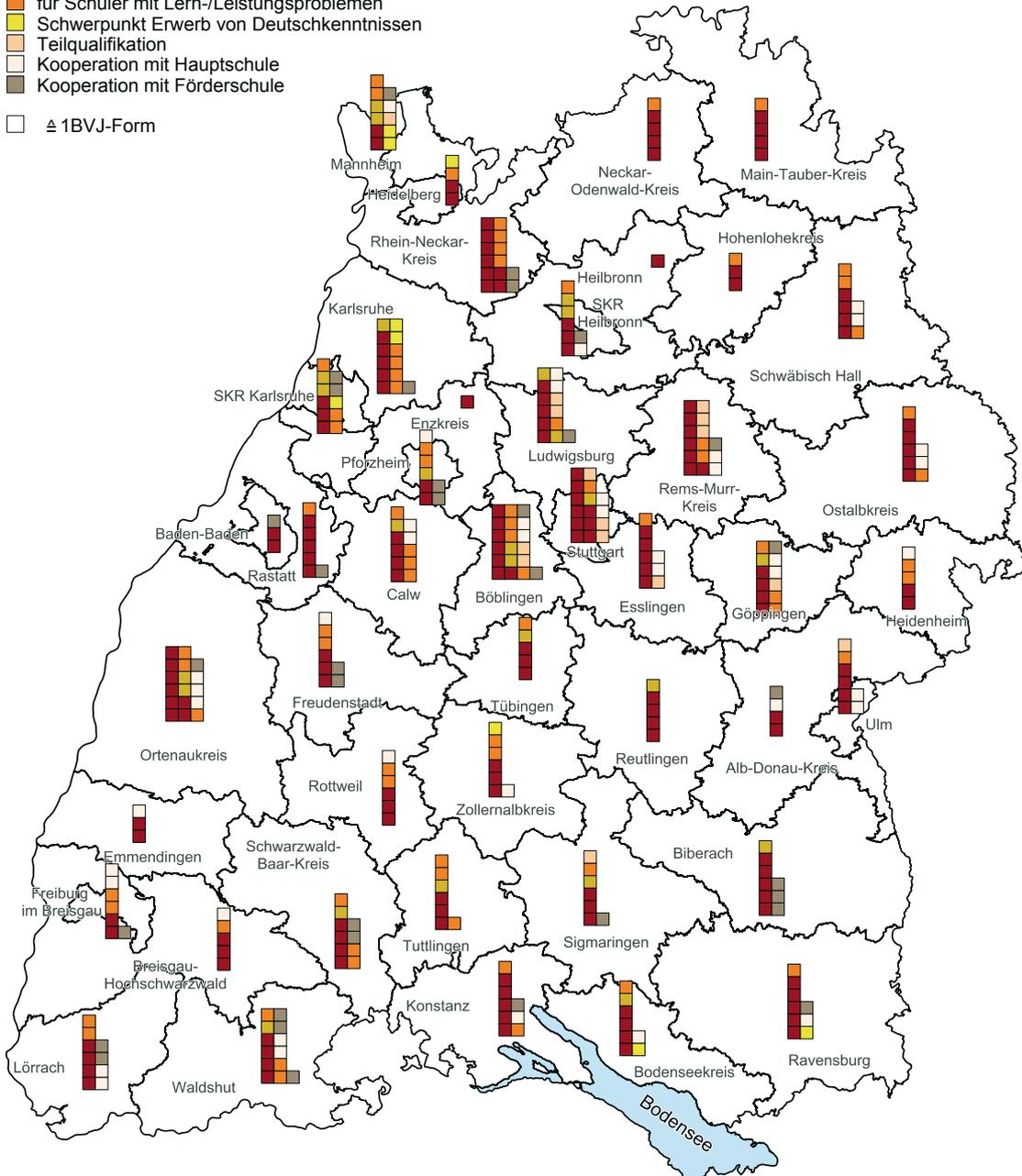
Da für jugendliche Ausländer und Aussiedler Sprachprobleme die Suche nach einem Ausbildungsplatz erschweren könnten, wurden die beiden Bildungsgänge „BVJ mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen“ und „BVJ ohne ausreichende Deutschkenntnisse“ speziell für diese Schüler eingerichtet. Ihr Anteil hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert: Waren es hier vor fünf Jahren noch über 11 % der Schüler, die in diesen beiden Richtungen unterrichtet

Grafik E2 (G2)

Öffentliches Berufsvorbereitungsjahr in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07

Berufsvorbereitungsjahr

- Regelform
- für Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse
- für Schüler mit Lern-/Leistungsproblemen
- Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen
- Teilqualifikation
- Kooperation mit Hauptschule
- Kooperation mit Förderschule
- \triangle 1BVJ-Form

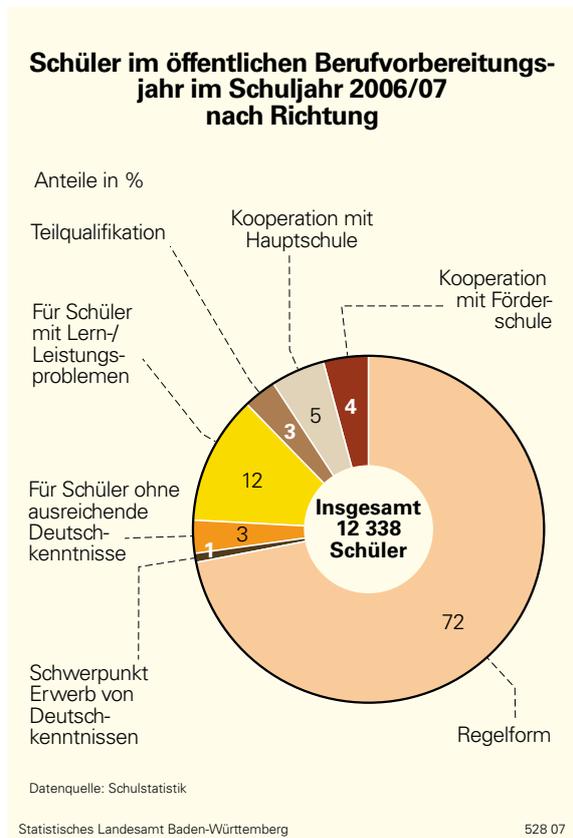


Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-007
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Grafik E2 (G3)



wurden, lag ihr Anteil im Schuljahr 2006/07 bei lediglich gut 4 %.

In den letzten zwanzig Jahren lag der Frauenanteil im BVJ konstant zwischen 45 % und 48 %. Auch im Schuljahr 2006/07 sind junge Frauen mit 46 % weniger häufig vertreten als junge Männer.

Klassengröße im BVJ konstant

Mit knapp 16 Schülern je Klasse lag im Schuljahr 2006/07 der Durchschnitt an den BVJ deutlich unter dem Landeswert der öffentlichen beruflichen Schulen (24,5). Seit Jahrzehnten ist dieser nahezu konstant. Bereits im Schuljahr 1996/97 lag die durchschnittliche Klassengröße hier bei knapp 17.

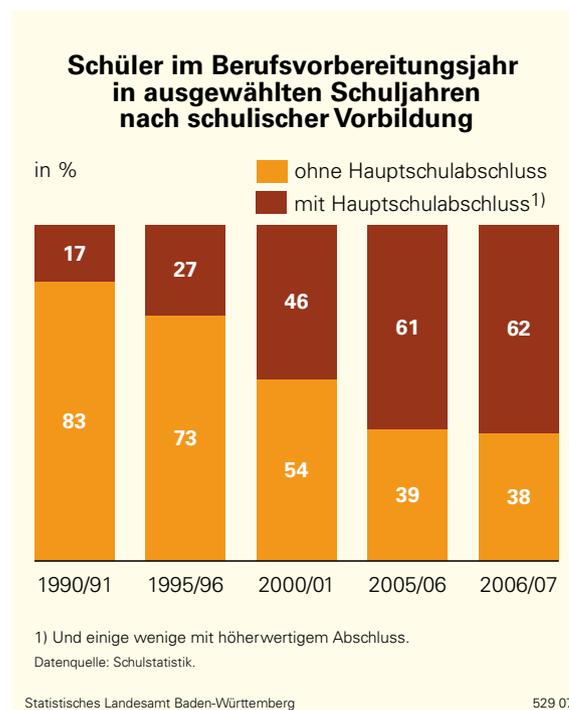
Neueintritte – Drei Fünftel mit Hauptschulabschluss

Im Schuljahr 2006/07 konnten 4 700 der Schüler im BVJ keinen Hauptschulabschluss vorweisen, was einem Anteil von 38 % entspricht (Grafik E 2 (G4)). Gut 130 Jugendliche im BVJ besaßen einen mittleren Abschluss oder gar eine Hochschulzugangsberechtigung. Knapp 7 500 Jugendliche hatten beim Eintritt in das BVJ den Hauptschulabschluss, das sind rund drei Fünftel der Teilnehmer. Ihr Anteil hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht: Im Schuljahr 1990/91 konnte nur etwa jeder sechste Jugendliche im BVJ den Hauptschulabschluss vorweisen. Offensichtlich geht der Anstieg der Schülerzahl im BVJ vor allem auf das Konto der Abgänger mit Hauptschulabschluss.

Gezielte Förderung der Hauptschulabsolventen im Berufseinstiegsjahr

Diese Entwicklung veranlasste das Kultusministerium im Schuljahr 2006/07 zur Einführung des

Grafik E2 (G4)



neuen Bildungsgangs „Berufseinstiegsjahr“. Das Berufseinstiegsjahr (BEJ) wird für berufsschulpflichtige Jugendliche mit Hauptschulabschluss angeboten, die keine Lehrstelle erhalten haben und keine andere Schule besuchen. Es baut auf dem bereits erworbenen Hauptschulabschluss auf. Durch die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen und dem gezielten Erwerb beruflicher Vorqualifikationen können die Schüler ihre Ausbildungsreife und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Im BEJ werden Inhalte aus dem ersten Ausbildungsjahr in einem ausgewählten Berufsfeld vermittelt. In einer Variante des BEJ ist es möglich, eine von den Kammern zertifizierte Teilqualifikation zu erwerben. Hierzu müssen die Schüler ein 90-tägiges Betriebspraktikum ableisten. Zu Beginn des BEJ wird eine Kompetenzanalyse durchgeführt, um die Fähigkeiten in dem Berufsfeld zu erkennen, das zu den Talenten des Jugendlichen passt und um die weitere Förderung im BEJ gezielt ausrichten zu können.

Rund 950 Schüler mit Hauptschulabschluss nahmen im Schuljahr 2006/07 an diesem Schulversuch teil, der zunächst an 37 Standorten eingeführt wurde. Rund 400 Teilnehmer waren Frauen, der Ausländeranteil lag bei 28 %. Das BEJ soll sukzessive ausgebaut werden. Mit der flächendeckenden Einführung wurde im Schuljahr 2007/08 begonnen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsperspektiven im BVJ werden beibehalten. Berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und ohne Ausbildungsvertrag haben auch künftig die Möglichkeit, im BVJ einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand zu erwerben.

Relativ viele Schüler nehmen ihre Chance wahr

Im Jahr 2006 konnten mehr als drei Viertel der 13 400 Abgänger das BVJ erfolgreich beenden. Relativ viele Schüler nutzen die Gelegenheit, im BVJ den Hauptschulabschluss nachzuholen. 4 020 Absolventen des BVJ bestanden im Schuljahr 2006/07 die Zusatzprüfung. Das waren über 75 % der Jugendlichen, die das BVJ ohne Hauptschulabschluss begonnen hatten.

Übergang in ein Ausbildungsverhältnis kann gelingen

Im Schuljahr 2006/07 begannen 5 500 Schüler, die zuvor das BVJ besucht hatten, einen Bildungsgang an einer beruflichen Schule. Darunter waren rund 2 350, die einen Ausbildungsvertrag im dualen System abgeschlossen hatten. Über 1 600 wollten über den Besuch einer zweijährigen Berufsfachschule einen mittleren Bildungsabschluss erwerben und gut 1 500 setzten ihre Schullaufbahn an einer anderen Berufsfachschule fort. Diese Zahlen zeigen, dass es nach dem Abschluss eines berufsvorbereitenden Bildungsgangs einen Anschluss geben und der Übergang in ein Ausbildungsverhältnis gelingen kann.

Ob diese weiterführenden Ausbildungen allerdings direkt im Anschluss an das BVJ aufgenommen werden konnten oder ob zunächst mehrere berufsvorbereitende Maßnahmen nacheinander besucht wurden, kann derzeit nicht festgestellt werden. Erst die Einführung einer Schülerindividualstatistik mit der Möglichkeit, Verläufe von Bildungskarrieren zu erfassen, wird hierüber Auskunft geben können. Dann könnte auch die Wirksamkeit der einzelnen Fördermaßnahmen besser analysiert werden.

Steigende Schülerzahlen in privaten Einrichtungen

Dem öffentlichen BVJ entsprechen im Grundsatz und inhaltlich die berufsvorbereitenden Berufsfachschulen (BFBV), die ausschließlich in privater Trägerschaft zu finden sind ([Tabelle E 2 \(T1\) im Anhang](#)). Auch hier besteht die Möglichkeit, einen dem Hauptschulabschluss entsprechenden Abschluss zu erwerben.

Rund 1 500 Jugendliche wurden im Schuljahr 2006/07 an 35 privaten Einrichtungen unterrichtet, ein Drittel davon ist weiblichen Geschlechts. Der Ausländeranteil in den privaten BFBV ist mit fast 40 % deutlich höher als im BVJ. Seit der Einführung dieses Bildungsgangs vor rund zehn Jahren entwickelte sich die Schülerzahl mit positiver Tendenz. Im Schuljahr 2003/04 erreicht die Schülerzahl mit 1 150 erstmals den vierstelligen Bereich um im darauffolgenden Schuljahr mit knapp 1 900 Teilnehmern ihren Höchststand zu erreichen.

An berufsvorbereitenden Berufsfachschulen drei Fünftel ohne Schulabschluss

Im Schuljahr 2006/07 konnten knapp 900 Jugendliche beim Eintritt in eine berufsvorbereitende Berufsfachschule keinen Hauptschulabschluss vorweisen. Mit 58 % sind das deutlich mehr als im öffentlichen BVJ. Von den 1 500 Jugendlichen, die in diesem Schuljahr ihre Ausbildung an einer berufsvorbereitenden Berufsfachschule begannen, hatten 60 Schüler bereits zuvor ein BVJ besucht. Der Mehrheit gelang es nicht, dort einen Hauptschulabschluss zu erlangen. Dies kann als Bestätigung dafür gesehen werden, dass Schüler in berufsvorbereitenden Maßnahmen häufig mehrere

dieser Bildungsgänge durchlaufen, bevor es ihnen gelingt, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Die Schüler an den privaten berufsvorbereitenden Berufsfachschulen sind nicht so erfolgreich wie ihre Kollegen im öffentlichen BVJ. Lediglich drei Fünftel verließen diese Einrichtungen mit dem Abschlusszeugnis in der Tasche. Auch der Anteil der Schüler, die ihren Hauptschulabschluss erreicht haben, ist deutlich geringer. Von den 1 042 Schülern ohne Hauptschulabschluss, die ihre Ausbildung im vorangegangenen Schuljahr an einem BFBV begonnen hatten, erreichten nicht einmal die Hälfte das Ziel Hauptschulabschluss.

E 3 Zweijährige Berufsfachschulen, die zur Fachschulreife führen

Die Berufsfachschulen des Landes sind sehr vielfältig. Sie vermitteln – je nach Dauer – eine berufliche Grundbildung (zum Beispiel einjährige Berufsfachschule) eine berufliche Vorbereitung oder einen Berufsabschluss und fördern die allgemeine Bildung. Im Allgemeinen werden die Berufsfachschulen als Vollzeitschulen geführt, mit einigen Ausnahmen im pflegerischen Bereich. An speziellen Berufsfachschulen kann die Fachschulreife erlangt werden.

Berufsfachschulen – Vollzeitschulen mit Tradition

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den insgesamt 440 Berufsfachschulen des Landes 64 954 Schüler unterrichtet. Damit wurde ein Höchststand der Schülerzahl erreicht. Bereits Anfang der 80er-Jahre lag die Schülerzahl der Berufsfachschulen bei über 60 000 Teilnehmern, nahm dann aber stetig ab auf knapp unter 48 000 im Schuljahr 1989/90. Seitdem ist die Schülerzahl kontinuierlich angestiegen. Knapp die Hälfte der Berufsfachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 die zweijährige Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife mit dem Ziel, den mittleren Bildungsabschluss zu erwerben.

Fachschulreife ist stark gefragt

An der „zweijährigen Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife“ (2BFS) gibt es für Schüler mit qualifiziertem Hauptschulabschluss die Möglichkeit, in Vollzeitunterricht gleichzeitig einen mittleren Bildungsabschluss zu erreichen und eine berufliche Grundbildung zu erwerben. Dadurch bietet sich den Absolventen ein breites Spektrum an Berufsausbildungsmöglichkeiten, wobei die Dauer der dualen Berufsausbildung verkürzt werden kann.

Eingangsvoraussetzung in die 2BFS ist ein „qualifizierter Hauptschulabschluss“, das heißt ein Hauptschulabschluss mit dem Notendurchschnitt von mindestens 3,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch, wobei in Deutsch mindestens die Note befriedigend sowie in den Fächern Englisch und Mathematik die Note ausreichend erreicht sein muss.

Die 2BFS wird derzeit in folgenden Richtungen angeboten:

- Kaufmännischer Bereich (122 Standorte),
- Bereich Ernährung und Gesundheit (86 Standorte),
mit den Profilen:
 - Hauswirtschaft und Ernährung,
 - Gesundheit und Pflege,
 - Ernährung und Gastronomie,
- Gewerblich-technischer Bereich (105 Standorte).

Der gewerblich-technische Bereich ist ferner in folgende Berufsfelder untergliedert: Bautechnik, Drucktechnik (nur an privaten Schulen), Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Hauswirtschaft – Ernährung und Textiltechnik, Holztechnik, Labortechnik, Metalltechnik, Textiltechnik und Bekleidung.

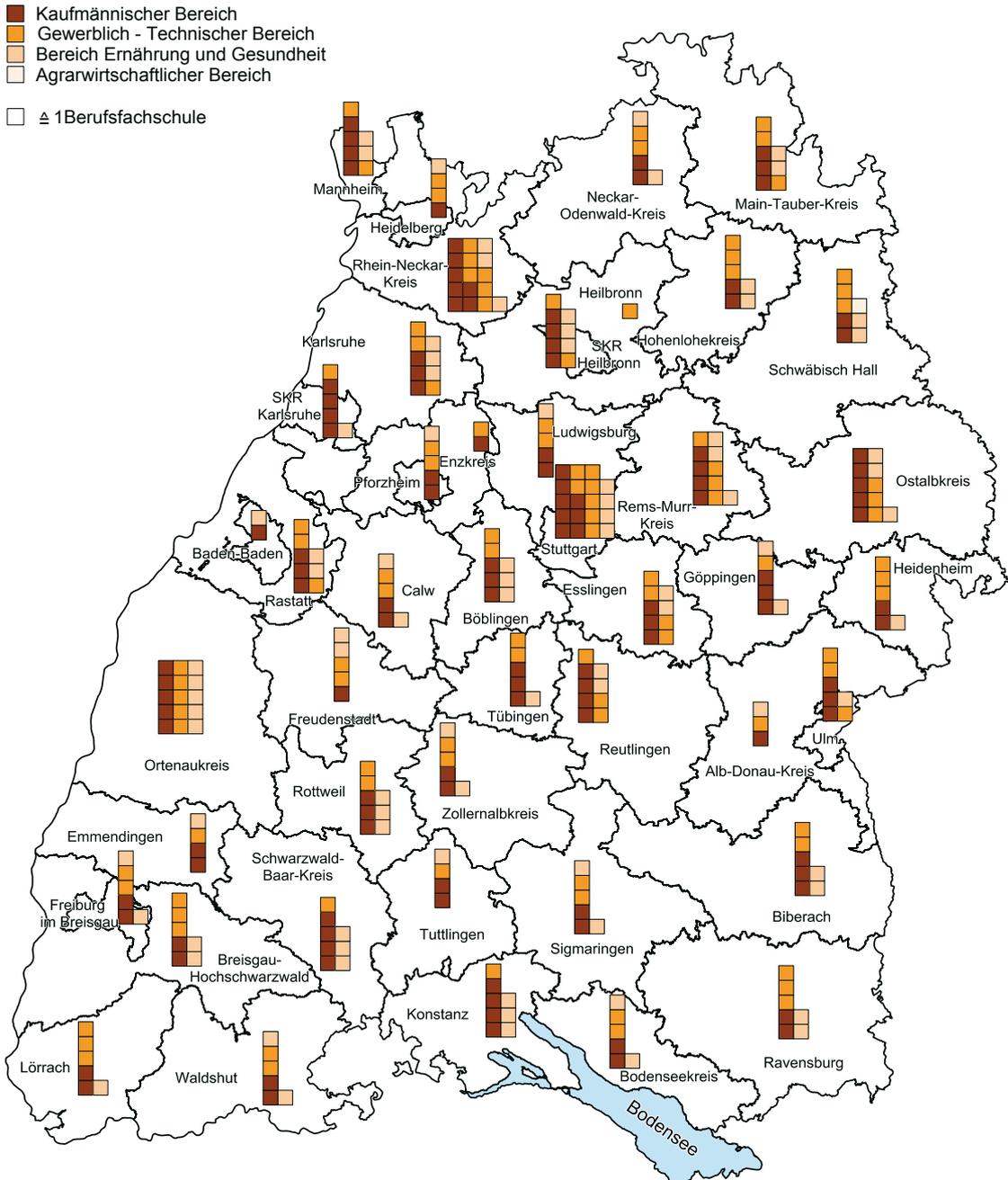
Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zur zweijährigen Berufsfachschule wurden vor kurzem überarbeitet. Das Profil Agrarwirtschaft wird zum Schuljahr 2007/08 nicht mehr zur Auswahl stehen. Bis zum Schuljahr 2005/06 wurde auch noch das Berufsfeld Ökologie angeboten, dieses wurde durch das Profil Labortechnik ersetzt.

Berufsfachschulen landesweit verbreitet

In allen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg gibt es mindestens ein Angebot an einer der 349 öffentlichen und 33 privaten Einrichtungen, den mittleren Abschluss zu erwerben (**Grafik E 3 (G1)**). Allerdings werden nicht alle Richtungen auch in jedem Kreis angeboten. Im Landkreis Heilbronn gibt es lediglich eine Einrichtung im gewerblich-technischen Bereich. Dieser Kreis profitiert jedoch vom umfassenden Angebot an 2BFS des Stadtkreises Heilbronn. Im Enzkreis, der sehr nach Pforzheim orientiert ist, stehen lediglich zwei Bereiche zur Auswahl. Ebenso in Baden-Baden, dessen weiterer Bedarf vom Landkreis Rastatt abgedeckt wird. Der Bereich Agrarwirtschaft, der nur im Landkreis

Grafik E3 (G1)

**Berufsfachschulen, die zur Fachschulreife führen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-005
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Schwäbisch Hall angeboten wurde, lief zum Ende des Schuljahres 2006/07 aus. Hier befanden sich noch 17 Schüler im zweiten Ausbildungsjahr.

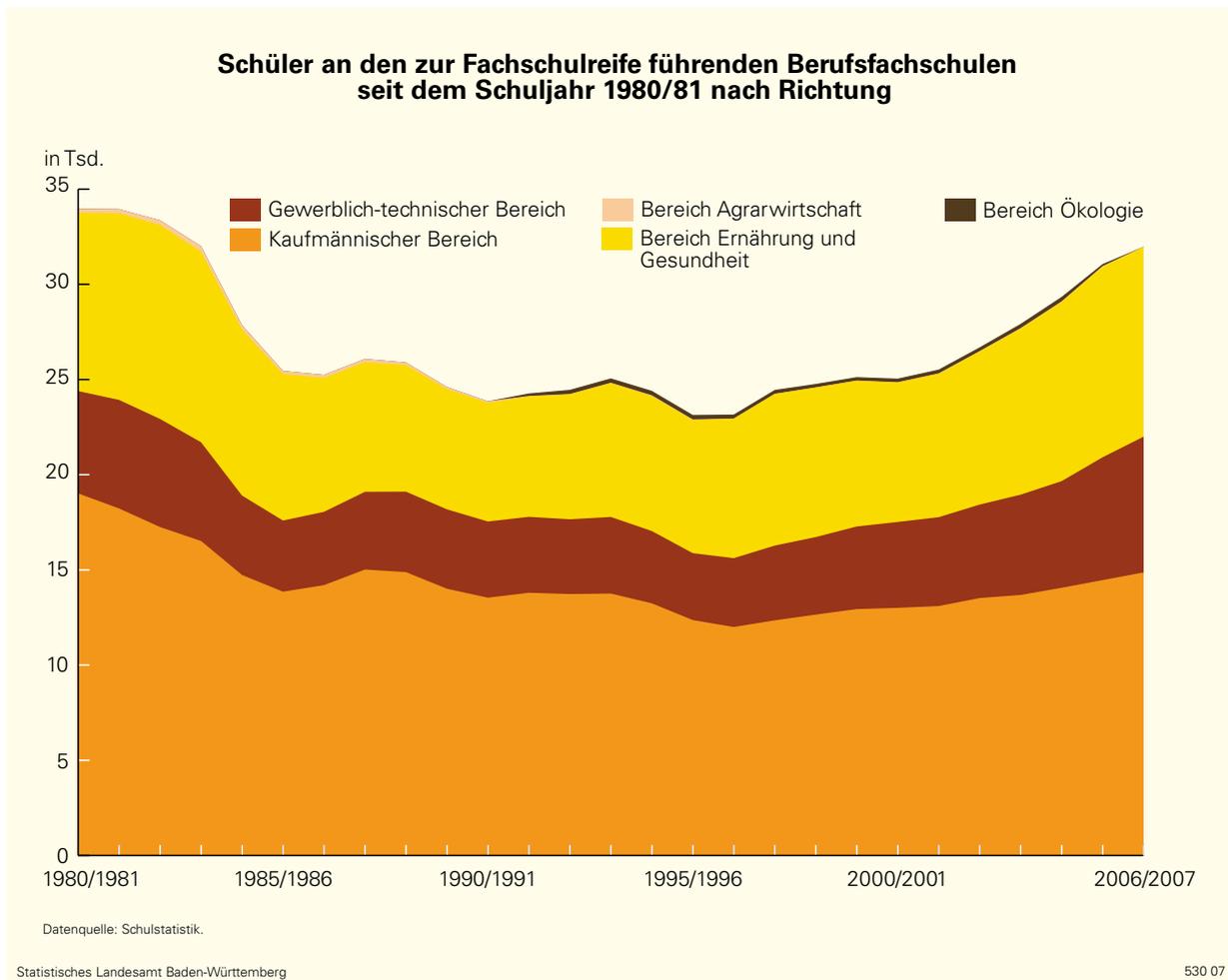
Schülerzahl auf einem neuen Höchststand

Die zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen haben eine lange Tradition im Land. Im Schuljahr 2006/07 wurde mit 31 977 Schülern nach gut 20 Jahren ein neuer Höhepunkt erreicht (Grafik E 3 (G2)). Mit der Einführung der Werkrealschulen im Schuljahr 1993/94 war hier die Schülerzahl auf lediglich 23 000 gesunken. Seitdem ist die Zahl der Teilnehmer kontinuierlich

angestiegen, und das nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung. Immer mehr Hauptschulabsolventen nutzen diese Möglichkeit, mit einem höherwertigen Abschluss ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern.

Nahezu die Hälfte der Jugendlichen strebt die Fachschulreife an einer kaufmännischen Berufsfachschule an (Grafik E 3 (G3)). Die Ursache hierfür dürfte darin liegen, dass im kaufmännischen Bereich mittlerweile kaum noch Ausbildungsplätze an Jugendliche mit Hauptschulabschluss vergeben werden. Knapp ein Drittel der Schüler besucht die Berufsfachschulen des Bereichs Ernährung und Gesundheit, ein weiteres Fünftel die gewerblich-technischen Berufsfachschulen.

Grafik E3 (G2)



Frauenanteil ist gesunken

Mit knapp 54 % sind Frauen in dieser Schulart etwas häufiger vertreten als Männer (Tabelle E 3 (T1) im Anhang). Damit ist der Frauenanteil an zweijährigen Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife so niedrig wie noch nie zuvor. Vor 25 Jahren waren es noch rund 65 %, seitdem ist ihr Anteil kontinuierlich gesunken. Wahrscheinlich macht ein größerer Teil der Schülerinnen jetzt den Realschulabschluss an einer allgemein bildenden Schule (siehe Kapitel F 1).

Die geschlechtsspezifische Verteilung innerhalb der einzelnen Bereiche ist traditionell. Während Frauen im Bereich Ernährung und Gesundheit mit knapp 88 % deutlich in der Überzahl sind, stellen sie im gewerblichen Bereich nicht einmal ein Zehntel der Schülerschaft. Im kaufmännischen Bereich ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen, hier sind die Schülerinnen mit fast 53 % nur leicht in der Überzahl.

Ausländeranteil ist überdurchschnittlich

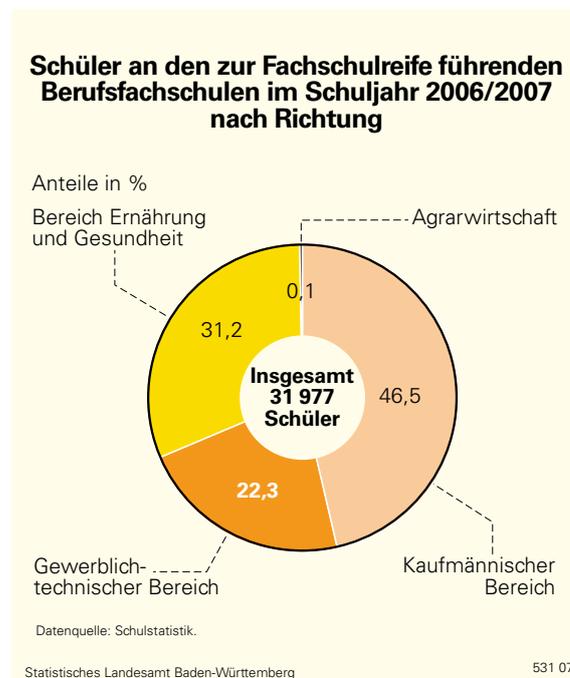
Über diesen Weg die Fachschulreife zu erwerben scheint für ausländische Jugendliche durchaus attraktiv zu sein. Rund jeder sechste Schüler hatte keine deutsche Staatsbürgerschaft, das ist mehr als der Gesamtdurchschnitt an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch schon während der letzten 15 Jahre nutzten erfolgreiche Hauptschulabsolventen ohne deutschen Pass verstärkt die Möglichkeit, den mittleren Abschluss an einer Berufsfachschule nachzuholen. In diesem Zeitraum lagen die Anteile zwischen 15 % und 18 % und waren damit durchweg überdurchschnittlich.

Drei Viertel erreichen ihr Ziel

Von den 16 883 Jugendlichen, die im Schuljahr 2006/07 eine Ausbildung an einer zweijährigen Berufsfachschule begonnen haben, nutzten 149 die Möglichkeit, bereits nach der Klassenstufe 8 von der Hauptschule auf die Berufsfachschule zu wechseln. Rund 1 600 der neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler hatten zuvor ein Berufsvorbereitungsjahr besucht.

Im Schuljahr 2006/07 konnten 11 514 der Absolventen dieser Berufsfachschulen die Fachschulreife

Grafik E3 (G3)



erwerben. Das sind rund 72 % der Teilnehmer, die vor zwei Jahren an einer Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife gestartet waren. Im Jahr 2000 lag dieser Anteil noch bei gut 68 %.

Die Fachschulreife, die dem Realschulabschluss entspricht, berechtigt auch zum Besuch einer weiterführenden Schule. Von den insgesamt rund 16 250 Schülern mit Fachschulreife, die im Schuljahr 2006/07 eine Ausbildung an einer beruflichen Schule begonnen haben, wählte nahezu die Hälfte einen Bildungsgang an einem Berufskolleg. Ein Drittel entschied sich für eine Ausbildung an einer Berufsschule. Jeder Zwölfte begann eine Ausbildung an einem beruflichen Gymnasium oder einer Berufsoberschule, um die Hochschulreife zu erwerben.

Dynamische Entwicklung an privaten Berufsfachschulen

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den 33 privaten Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife insgesamt 1 220 Schüler unterrichtet (Tabelle E 3 (T2) im Anhang). Damit besuchten lediglich

4 % der Berufsfachschüler eine private Einrichtung mit dem Ziel, den mittleren Abschluss zu erlangen. Im Vergleich zum vorangegangenen Schuljahr hat sich die Schülerzahl hier nahezu verdoppelt: 2005/06 waren es 670 Schüler in diesen Einrichtungen. Gegenüber dem Schuljahr 2000/01 ist der Anstieg noch drastischer, damals waren es lediglich 276 Jugendliche, die an den privaten 2BFS unterrichtet wurden. Diese deutliche Zunahme ist auf die Gründung neuer Einrichtungen unter privater Trägerschaft zurückzuführen. Wurden 2000/01 lediglich sieben private Berufsfachschulen gezählt, waren es im Schuljahr 2005/06 bereits 15, und im darauffolgenden Schuljahr 2006/07 sogar 33. Die Ausweitung des Bildungsangebots in diesem Bereich kann als Zeichen der Marktorientierung privater Bildungseinrichtungen gesehen werden. Da sich die Schüler in der Regel durch die Bezahlung von Schulgeld an den Kosten der Ausbildung beteiligen, dürften steigende Schülerzahlen die Attraktivität des Angebots widerspiegeln.

Im Schuljahr 2006/07 waren mit knapp 42 % die Schülerinnen an den 2BFS in freier Trägerschaft erstmals in der Minderheit. Dies ist nur zum Teil auf die Einrichtung weiterer gewerblich-technischer Berufsfachschulen zurückzuführen. Vor allem dürfte die unterdurchschnittliche Beteiligung der Schülerinnen an den inzwischen zahlreichen privaten kaufmännischen

Berufsfachschulen ausschlaggebend sein. Hier ist lediglich gut ein Drittel weiblichen Geschlechts.

Auch unter freier Trägerschaft werden an den Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife alle drei Fachrichtungen angeboten, im gewerblichen-technischen Bereich jedoch nur in den Berufsfeldern Elektrotechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Metalltechnik und Drucktechnik. Das Berufsfeld Drucktechnik wird ausschließlich unter privater Trägerschaft angeboten.

Durchschnittlich knapp 24 Schüler je Klasse

Im Durchschnitt lag im Schuljahr 2006/07 die Klassengröße an den Berufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife bei 24 Schülern je Klasse und entspricht damit in etwa dem Landeschnitt aller beruflichen Schulen. Dabei findet der Unterricht an den privaten Einrichtungen in deutlich kleineren Klassen statt. Hier liegt die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse bei 16,7. Dennoch ist diese hier deutlich angestiegen, im vorangegangenen Schuljahr lag die durchschnittliche Klassengröße noch bei 13,4 Schülern. Dies dürfte daran liegen, dass zahlreiche private Einrichtungen erst vor kurzem gegründet worden sind und sich deshalb noch im Aufbau befinden.

E 4 Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife

Die Berufskollegs in Baden-Württemberg stellen eine Besonderheit im deutschen Bildungswesen dar. Sie wurden Mitte der 70er-Jahre eingerichtet. Voraussetzungen zum Besuch der ein- bis dreijährigen beruflichen Vollzeitschulen ist im Regelfall ein mittlerer Bildungsabschluss, für einige Bildungsgänge ist der Nachweis einer Hochschulzugangsberechtigung erforderlich. Die Mehrheit der Bildungsgänge an den Berufskollegs vermittelt eine vollwertige Berufsausbildung in Berufen außerhalb des dualen Systems, die nicht nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung geregelt sind.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 55 550 Schüler die 364 Berufskollegs in Baden-Württemberg (**Tabelle E 4 (T1) im Anhang**). Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die Schülerzahl an den Berufskollegs nahezu verdoppelt, im Schuljahr 1986/87 waren es lediglich 28 671 Schüler. Dagegen lag die Gesamtschülerzahl an den übrigen beruflichen Schulen des Landes sogar unter dem 20 Jahre zuvor erreichten Niveau.

Für junge Erwachsene stellen die Berufskollegs eine Alternative zur dualen Berufsausbildung dar. Des Weiteren können sich Schulabgänger mit mittlerem Abschluss, die nicht auf Anheben den erhofften Ausbildungsplatz bekommen haben, durch den Besuch eines entsprechenden Berufskollegs weiter qualifizieren und dadurch ihre Chancen auf den gewünschten Ausbildungsplatz verbessern. Für manche Jugendliche scheinen die Berufskollegs auch eine Alternative zum Studium zu sein, nicht nur wegen der vergleichsweise kurzen Ausbildungszeit.

Mit dem Berufskolleg zur Fachhochschulreife

Eine Sonderstellung nehmen die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH) ein. Das Ziel dieser Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ist ausschließlich der Erwerb der Fachhochschulreife. An einigen weiteren Berufskollegs kann durch den Besuch von Zusatzunterricht und bei Bestehen der Abschlussprüfung zusätzlich zu einer beruflichen Qualifikation ebenfalls die Fachhochschulreife erworben werden. Dieses Angebot ist mittlerweile in den meisten Bildungsgängen dieser Schulart ver-

ankert. Entsprechende Zahlen zum Erwerb der Fachhochschulreife an allen Berufskollegs des Landes sind unter **Kapitel F1** zu finden.

Das BKFH bietet seit dem Schuljahr 1979/80 Interessenten mit mittlerem Bildungsabschluss sowie einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer entsprechenden Berufserfahrung die Möglichkeit, in einem einjährigen Vollzeitunterricht die bundesweit anerkannte Fachhochschulreife zu erlangen. Entsprechend ihrer Berufsausbildung können sich die Teilnehmer für einen gewerblichen, kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Schwerpunkt entscheiden. Seit rund zehn Jahren steht auch der Schwerpunkt „Gestaltung“ zur Wahl. Die BKFH werden überwiegend in öffentlicher Trägerschaft geführt. Den 117 öffentlichen Einrichtungen stehen 21 Einrichtungen privater Träger gegenüber, an denen knapp ein Fünftel der BKFH-Schüler unterrichtet werden.

Landesweit flächendeckendes Angebot

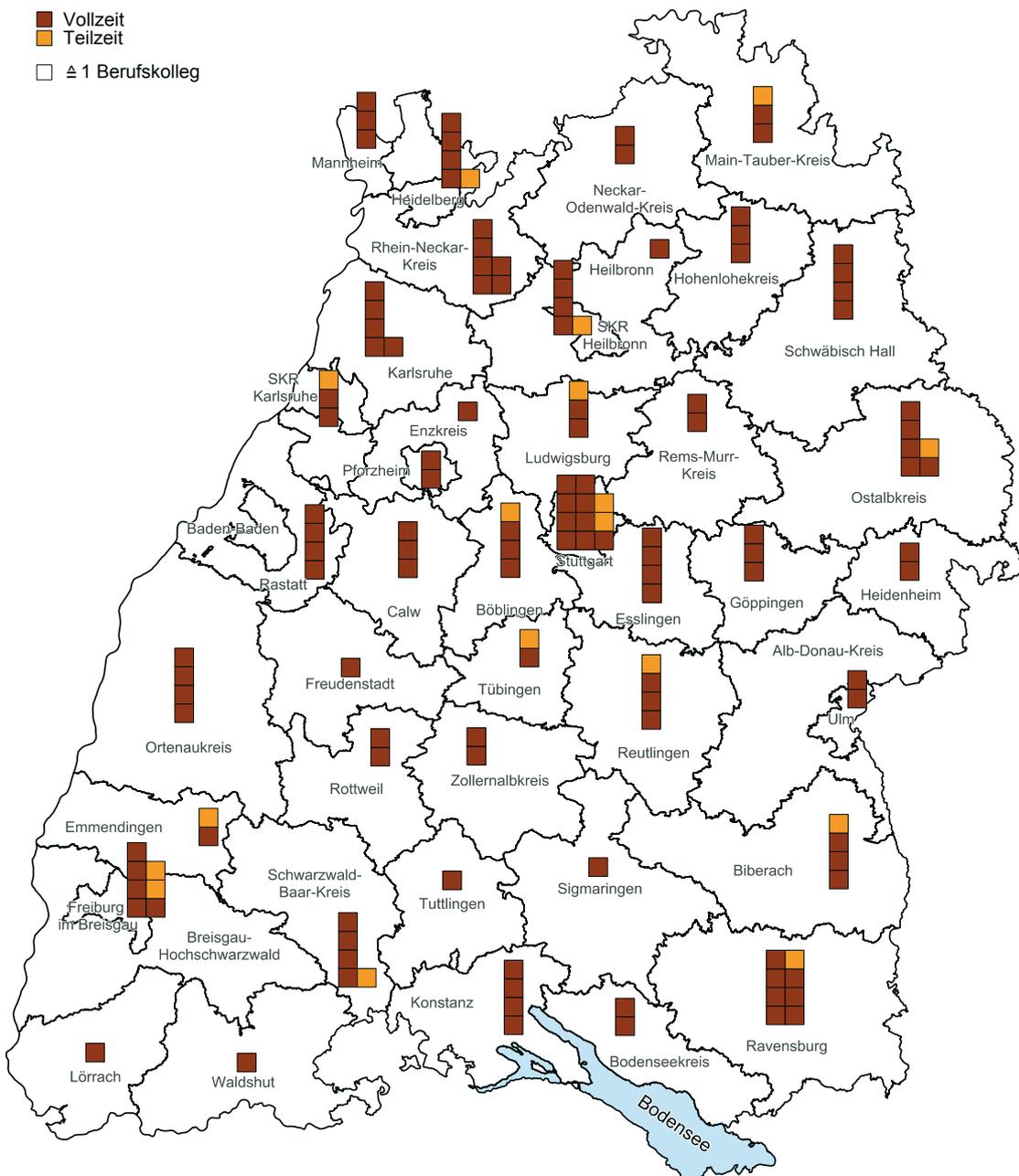
Wer ein Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife besuchen möchte, trifft auf ein flächendeckendes Angebot (**Grafik E 4 (G1)**). Jeder Kreis des Landes hat mindestens eine Einrichtung, mit Ausnahme des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, der von dem umfangreichen Angebot der Universitätsstadt Freiburg im Breisgau profitiert, und des Alb-Donau-Kreises, der stark nach Ulm orientiert ist.

Entwicklung der Schülerzahlen unterliegt starken Schwankungen

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 6 671 Teilnehmer die BKFH, das waren 2 % weniger als im Vorjahr (**Tabelle E 4 (T2) im Anhang**). In den vergangenen Jahren wies die Schülerzahl an diesen Berufskollegs erhebliche Schwankungen auf. Seit ihrer Gründung bis in die 90er-Jahre konnte diese Schulart einen starken Anstieg der Schülerzahlen verzeichnen, im Schuljahr 1991/92 erreichte sie mit 7 361 ihren Höchstwert. Die schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt in den 90er-Jahren dämpften allerdings die Nachfrage, die Schülerzahlen gingen entsprechend

Grafik E4 (G1)

Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-006
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

deutlich auf 4 400 zurück. Seit der Jahrtausendwende wird dieses Weiterbildungsangebot wieder mehr in Anspruch genommen, bis zum Schuljahr 2004/05 nahm die Schülerzahl auf 6 963 stetig zu.

Für den Besuch eines Vollzeit-Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife müssen die Schüler in der Regel ihren Arbeitsplatz aufgeben, sofern ihr Arbeitgeber ihnen keine Rückkehrmöglichkeit offenhält oder sie sogar für die Dauer der Ausbildung freistellt. Seit dem Schuljahr 1986/87 kann dieser Weg zur Fachhochschulreife auch im Rahmen eines zwei Jahre dauernden Teilzeitunterrichts erworben werden. Hier werden die gleichen Inhalte an Abenden und Wochenenden vermittelt. In diesem Fall können die Schüler die Fachhochschulreife anstreben, ohne gleichzeitig ihren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen. Im laufenden Schuljahr nutzten 832 Schüler diese Möglichkeit.

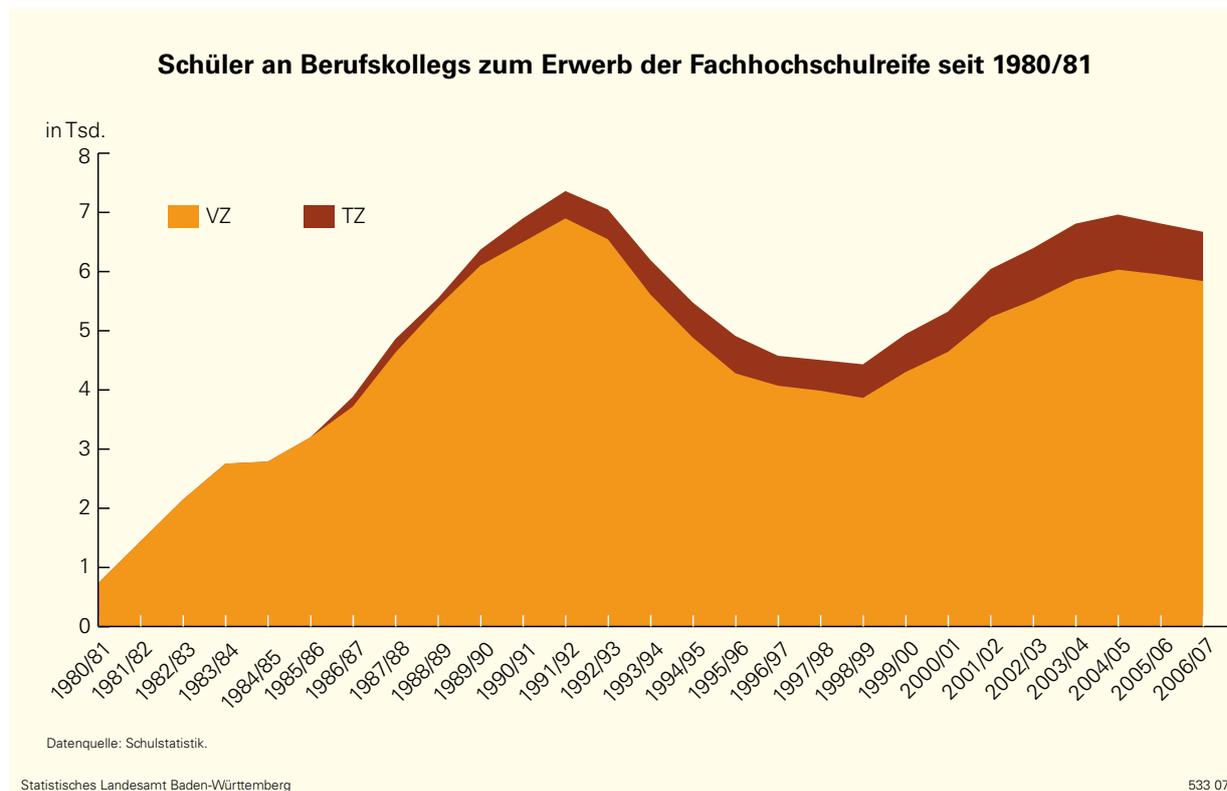
Während der Trend zu Vollzeit-Berufskollegs größeren Schwankungen unterliegt und von konjunkturellen Einflüssen abhängig zu sein scheint, erfreuen sich die Teilzeit-Berufskollegs nach wie vor einer eher gleichbleibenden bis steigenden Nachfrage (Grafik E 4 (G2)). Rund jeder achte Teilnehmer nimmt diese Doppelbelastung von Berufstätigkeit und Schule auf sich.

Die Klassengröße an den BKFH im Schuljahr 2006/07 entsprach mit knapp 24 Schülern je Klasse in etwa dem Landeswert aller beruflichen Schulen. Dabei lag an öffentlichen Berufskollegs die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse deutlich über dem Wert der privaten Einrichtungen.

Frauen bevorzugen Teilzeit-BKFH

Während an den Berufskollegs insgesamt mit rund 60 % der Frauenanteil überwiegt, sind

Grafik E4 (G2)



Frauen an den Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife unterdurchschnittlich repräsentiert. Im Schuljahr 2006/07 stellten sie dort gut ein Drittel der Schülerschaft (37 %). Dabei bevorzugten die Schülerinnen der BKFH eher die Teilzeitvariante, hier waren knapp 45 % der Teilnehmer weiblichen Geschlechts. Insgesamt betrachtet konnten die Frauen ihren Anteil an den BKFH ausbauen, 1990/91 lag dieser noch bei 27 %.

Ausländeranteil eher gering

Von den 6 671 Schülern, die im Schuljahr 2006/07 die BKFH besuchten, besaßen 385 keinen deutschen Pass. Mit rund einem Drittel stellen türkische Staatsangehörige den größten Anteil unter ihnen, gefolgt von italienischen und kroatischen Staatsbürgern. Der Zuspruch ausländischer Schüler zu den BKFH ist mit knapp 6 % nach wie vor gering, fünf Jahre zuvor lag ihr Anteil noch bei gut 10 %.

Der Großteil besuchte zuvor eine Realschule

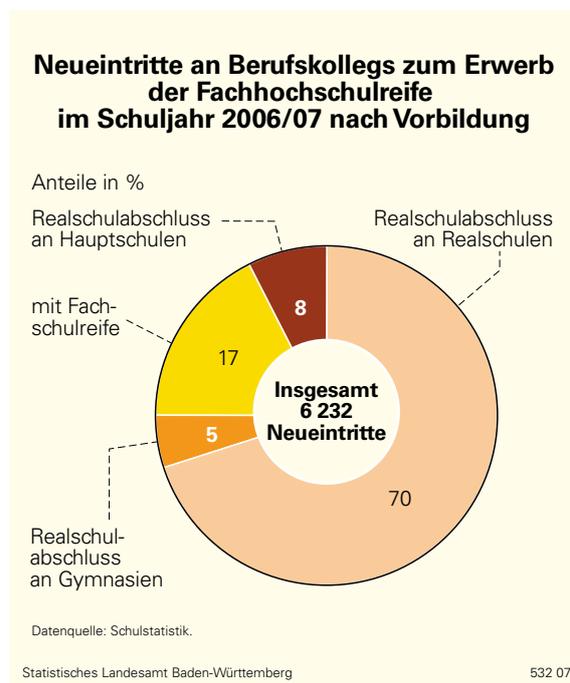
Voraussetzung für die Zulassung an einem BKFH ist in der Regel der mittlere Bildungsabschluss sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Schuljahr 2006/07 haben 6 232 Jugendliche mit mittlerem Abschluss ihre Ausbildung an einem der Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife begonnen. Rund 70 % von ihnen hatten ihren Realschulabschluss an einer Realschule erworben, knapp 8 % sind ehemalige Absolventen der Werkrealschule und 5 % der Ausbildungsanfänger erlangten ihren Realschulabschluss an einem Gymnasium. Für Schüler, die an einer beruflichen Schule die dem Realschulabschluss entsprechende Fachschulreife erlangt haben, scheint diese Möglichkeit der Höherqualifizierung durchaus attraktiv zu sein. Knapp ein Fünftel hat hier den mittleren Bildungsabschluss mit Erfolg

absolviert und strebt nun die Fachhochschulreife an einem BKFH an (Grafik E 4 (G3)).

Die meisten Abgänger haben Erfolg

Einen höheren Schulabschluss an den Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife zu erwerben erfordert großes Durchhaltevermögen. Trotzdem werden diese Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges von den meisten auch erfolgreich abgeschlossen. Vier Fünftel der 6 214 Abgänger des aktuellen Abgangjahres konnten das Berufskolleg mit der Fachhochschulreife verlassen. Dabei unterscheidet sich die Erfolgsquote von Männern und Frauen nur unwesentlich.

Grafik E4 (G3)

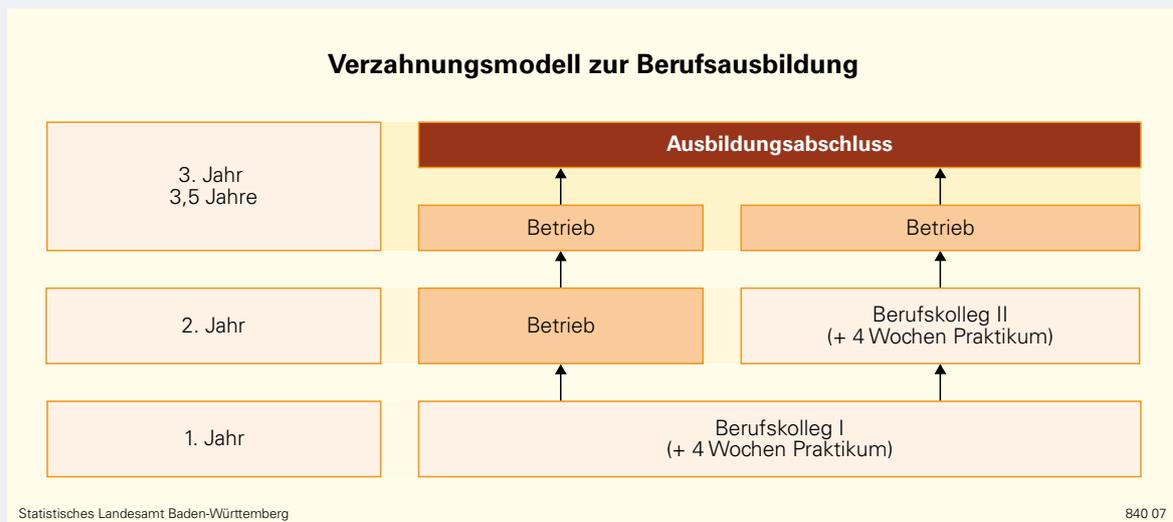


Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen

Bei den Berufskollegs mit Eingangsvoraussetzung mittlerer Bildungsabschluss und der Option der Erlangung der Fachhochschulreife durch den erfolgreichen Besuch von Zusatzunterricht gehören die Kaufmännischen Berufskollegs I und II sowie die Berufskollegs Technik und Medien und Technische Kommunikation zu denjenigen BK-Bildungsgängen mit den meisten Schülern – 15 083 bzw. 8 164 Schüler im Schuljahr 2006/07.

Insbesondere an diesen Berufskollegs verlässt ein Teil der Schüler die Schule bereits nach dem ersten Jahr ohne neue zusätzliche formale Qualifikation, um eine duale Berufsausbildung aufzunehmen. Insofern wird dieses Jahr gelegentlich als Warteschleife im Rahmen der Ausbildungsplatzsuche angesehen. Vor diesem Hintergrund wird ein neues Modell erprobt, das eine bessere Verzahnung der Berufskollegs mit dem dualen Ausbildungssystem vorsieht.

Im Schulversuch „Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen“ werden in zwei Jahren die theoretischen Ausbildungsinhalte ausgewählter Ausbildungsberufe vollständig vermittelt.



Die Anwendung der Theorieinhalte erfolgt in der Übungsfirma, dem Werkstattunterricht und anhand von Projekten. In beiden Jahren absolvieren die Schüler zusätzlich ein jeweils vierwöchiges Praktikum, um frühzeitig Einblick in die betriebliche Realität zu erhalten. Diese berufsqualifizierende Ausrichtung des Berufskollegs ermöglicht die Anrechnung der Schulzeiten auf eine anschließende duale Ausbildung.

Beispiel: Die Regelausbildungszeit der Kaufleute im Groß- und Außenhandel dauert drei Jahre. Durch die vollständige Anrechnung des Besuchs des verzahnten Kaufmännischen Berufskollegs I kann der Schüler direkt in das zweite Ausbildungsjahr einsteigen. Nach Abschluss des verzahnten Berufskollegs II braucht er nur noch ein weiteres Jahr im Betrieb, um den Ausbildungsabschluss – nach erfolgreicher Kammerprüfung – zu erlangen.

Im Schuljahr 2006/07 gab es 30 Schulstandorte, die am Modellversuch teilnahmen mit insgesamt 1 468 Schülern.

E 5 Berufliche Gymnasien

Obwohl die beruflichen Gymnasien in ihrer jetzigen Form erst Anfang der 70er-Jahre errichtet wurden, haben sie in Deutschland eine lange Tradition. Sie entstanden aus den höheren Handelsschulen, welche durch eine dritte Klassenstufe zu Oberhandelsschulen bzw. Wirtschaftserschulen ausgebaut wurden. Diese sind jedoch nicht zu verwechseln mit den heutigen Wirtschaftsoberschulen, die zu den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges gehören.

Berufliche Gymnasien mit sechs Fachrichtungen

Das berufliche Gymnasium bereitet Schüler auf das Studium an der Hochschule und – durch seine fachlichen Ausrichtungen – in besonderer Weise auf das Berufsleben vor. Daher gibt es berufliche Gymnasien in sechs Fachrichtungen (in Klammern: Zahl der Einrichtungen im Schuljahr 2006/07):

- wirtschaftswissenschaftliche Richtung (WG – 84 Standorte)
- agrarwissenschaftliche Richtung (AG – 5 Standorte)
- biotechnologische Richtung (BTG – 25 Standorte)
- ernährungswissenschaftliche Richtung (EG – 33 Standorte)
- sozialpädagogische Richtung (SG – 11 Standorte)
- technische Richtung (TG – 68 Standorte)

Die technische Richtung ist zudem noch in sechs Profile untergliedert: Technik, Elektro- und Informationstechnik, Gestaltungs- und Medientechnik, Informationstechnik, angewandte Naturwissenschaften sowie Technik und Management. Das jüngste darunter ist das Profil „Technik und Management“, das seit dem Schuljahr 2005/06 angeboten wird.

Durch die Wahl der Fachrichtung bzw. des Profils legen die Schüler bereits den sechsstündigen Profilkurs im Kurssystem der beiden oberen Jahrgangsstufen fest. Auch an den beruflichen Gymnasien wurde die Oberstufe refor-

miert. Im Schuljahr 2004/05 waren zum letzten Mal Abiturienten nach dem alten System – mit Grundkursen und Leistungskursen – zur Hochschulreifeprüfung angetreten.

An den beruflichen Gymnasien können qualifizierte Realschüler, aber auch Hauptschüler, die nach dem Besuch der 10. Klasse, der zweijährigen Berufsfachschule oder der Berufsaufbauschule den mittleren Bildungsabschluss erworben haben, die allgemeine Hochschulreife erwerben. Gymnasiasten mit dem Versetzungszeugnis in die Klasse 11 können ebenfalls in ein berufliches Gymnasium wechseln.

Das berufliche Gymnasium wird in der Regel als dreijährige Vollzeitschule in Aufbauform geführt. Es umfasst die gymnasiale Oberstufe mit der Eingangsklasse und den Jahrgangsstufen 1 und 2. An fünf Standorten existieren auch Wirtschaftsaufbaugymnasien in sechsjähriger Form, die bereits mit der Klassenstufe 8 beginnen.

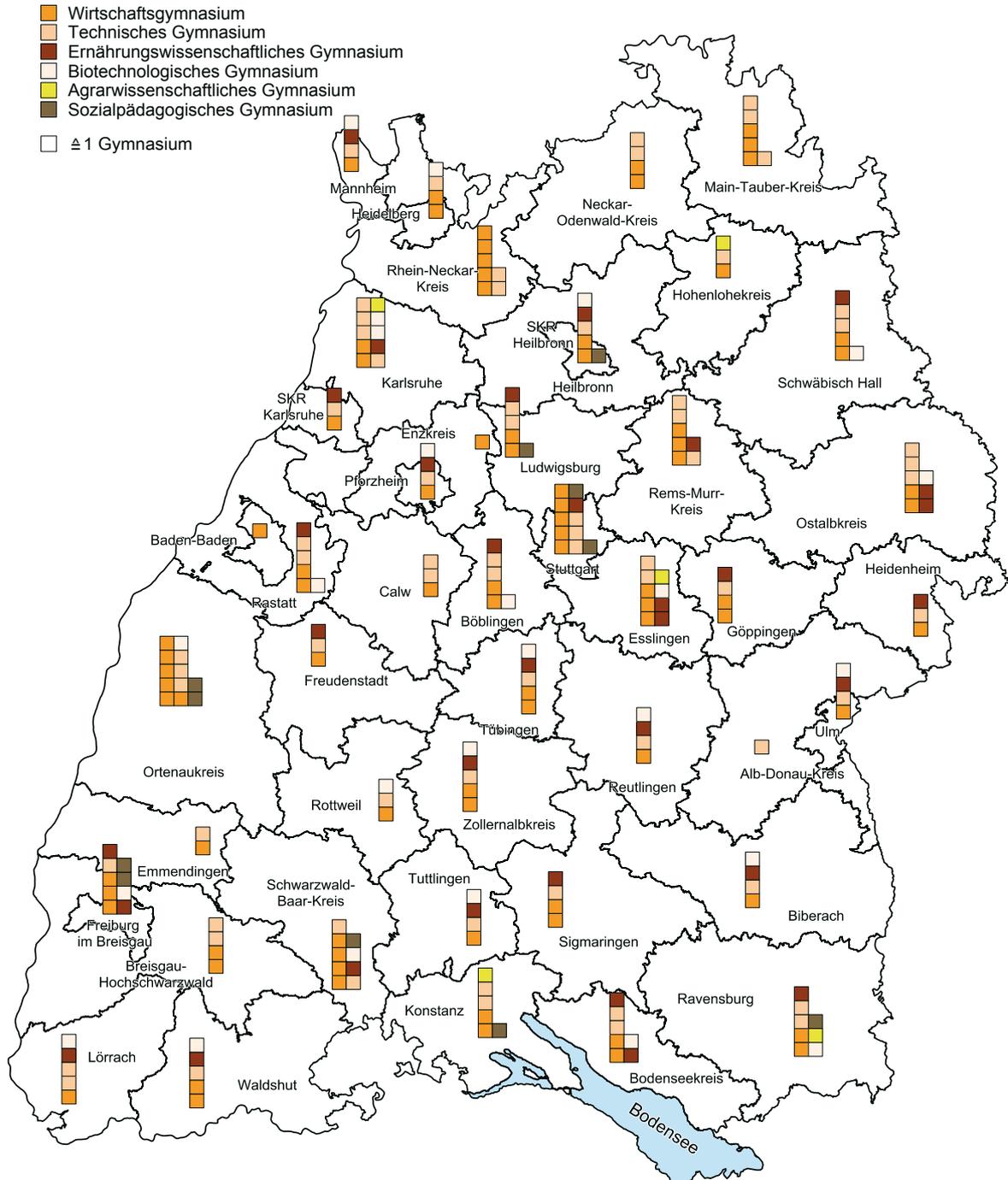
Landesweit flächendeckendes Angebot

Bereits seit vielen Jahren gibt es in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Angebot an beruflichen Gymnasien (**Grafik E 5 (G1)**). Mittlerweile verfügen 171 öffentliche und 18 private berufliche Schulen über einen Gymnasialzug. In den eher dicht besiedelten Gebieten ist die Anzahl und Vielfalt höher. In ländlich geprägten Gegenden hingegen sind die Einzugsbereiche der beruflichen Gymnasien wesentlich größer. Hier müssen die Schüler durchschnittlich längere Anfahrtszeiten in Kauf nehmen.

Lediglich im Landkreis Heilbronn gibt es kein berufliches Gymnasium, sein Bedarf wird jedoch durch den Stadtkreis Heilbronn gedeckt. Die landesweit am häufigsten angebotene Form ist das Wirtschaftsgymnasium, welches von den verschiedenen Richtungen am längsten besteht. Im Enzkreis und im Stadtkreis Baden-Baden ist das Wirtschaftsgymnasium die einzige Fachrichtung, die angeboten wird. Beide Einrichtungen werden unter freier Trägerschaft geführt. Auch die Technischen Gymnasien sind nahezu flächendeckend vorhanden. Das einzige berufliche Gymnasium im Alb-Donau-Kreis ist dieser Fachrichtung zuzuordnen.

Grafik E5 (G1)

Berufliche Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-004
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Eine Besonderheit ist das integrierte berufliche Gymnasium in Lahr. Hier haben die Schüler die Möglichkeit, sich für eine der drei Richtungen – wirtschaftswissenschaftlich, technisch oder sozialpädagogisch – zu entscheiden.

Inhaltliche Schwerpunkte im Vordergrund

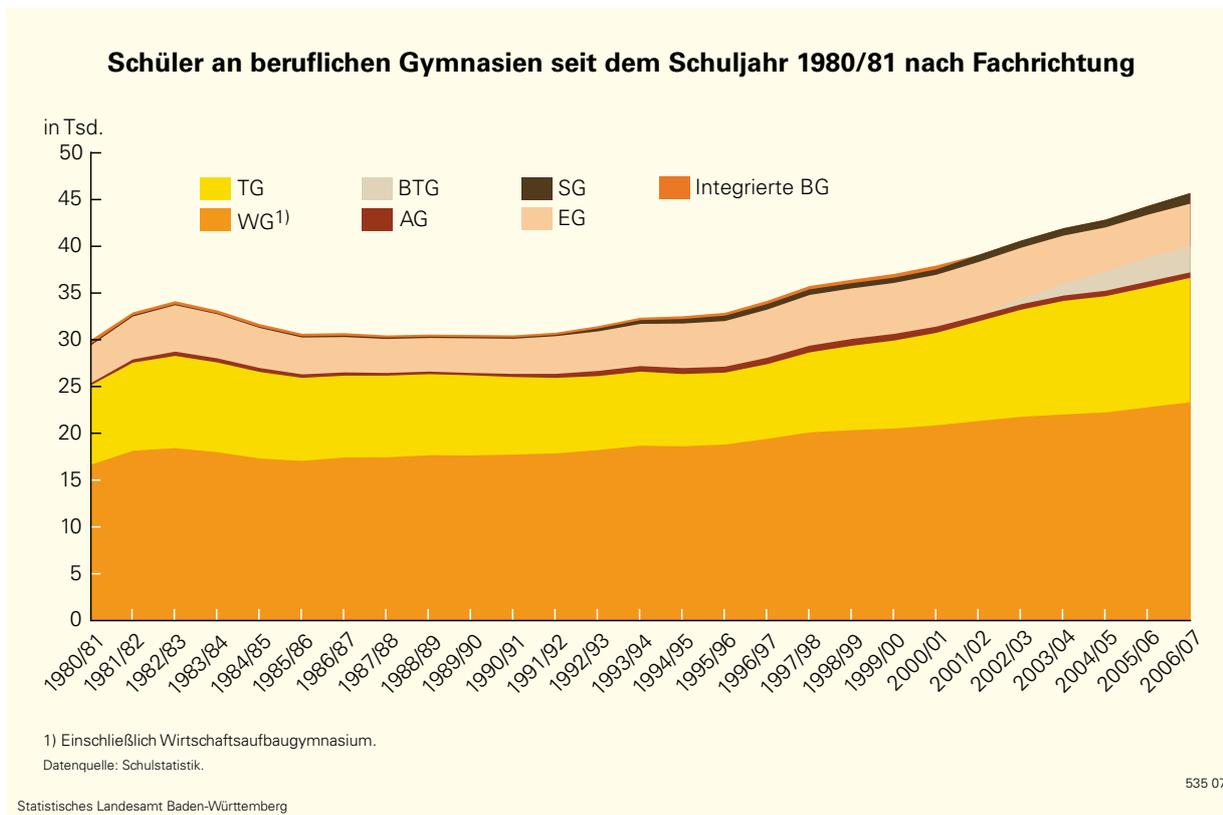
In letzter Zeit standen beim Ausbau des Angebots zunehmend inhaltliche Schwerpunkte im Vordergrund. Im Schuljahr 2001/02 wurde die Fachrichtung Biotechnologisches Gymnasium eingerichtet. Hier wurden im Schuljahr 2006/07 rund 2 770 Schüler unterrichtet. Am Technischen Gymnasium wurden die auf zukunftssträchtige Berufsbereiche ausgerichteten Profile „Gestaltungs- und Medientechnik“ (Schuljahr 1997/98) und „Informationstechnik“ (Schuljahr 1999/2000) eingeführt. Nahezu ein Drittel der technischen Gymnasiasten besuchten im Schuljahr 2006/07 das Profil Informationstechnik, knapp 14 % hatten das Profil Gestaltungs-

und Medientechnik gewählt. Im Schuljahr 2005/06 wurden diese Profile um das Profil „Technik und Management“ ergänzt. Hier werden fundierte Grundlagen der Technik und der Wirtschaft interdisziplinär vermittelt. Bereits 527 Schüler nutzten im Schuljahr 2006/07 dieses neue Angebot.

Schülerzahl auf Höchststand

Beim Ausbau der beruflichen Gymnasien nahm Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Bereits 1970/71 wurden knapp 13 700 Schüler unterrichtet. Zehn Jahre darauf wurde schon die Marke von 30 000 übertroffen. Auch wenn die Zunahme der Schülerzahl in den letzten Jahren nicht mehr diese Dynamik aufweisen konnte, verzeichneten die beruflichen Gymnasien dennoch einen stetigen Zuwachs. Im Schuljahr 2006/07 strebten dort gut 45 837 Jugendliche das Abitur an, das sind 1 384 Schüler mehr als im Schuljahr zuvor (Grafik E 5 (G2)).

Grafik E5 (G2)



Über die Hälfte besucht ein Wirtschaftsgymnasium

Über die Hälfte der 45 837 Schüler dieser Schulart besuchte im Schuljahr 2006/07 ein Wirtschaftsgymnasium (Grafik E 5 (G3)). Das Technische Gymnasium wies einen Schüleranteil von rund 29 % auf. Jeder Zehnte besuchte ein Ernährungswissenschaftliches Gymnasium, weitere 6 % wurden an einem Biotechnologischen Gymnasium unterrichtet. Die Gymnasien der Richtung Agrarwissenschaft bzw. Sozialpädagogik wurden von gut 1 % bzw. 2 % der Schüler an beruflichen Gymnasien gewählt.

Schülerinnen seit 2000/01 in der Mehrzahl

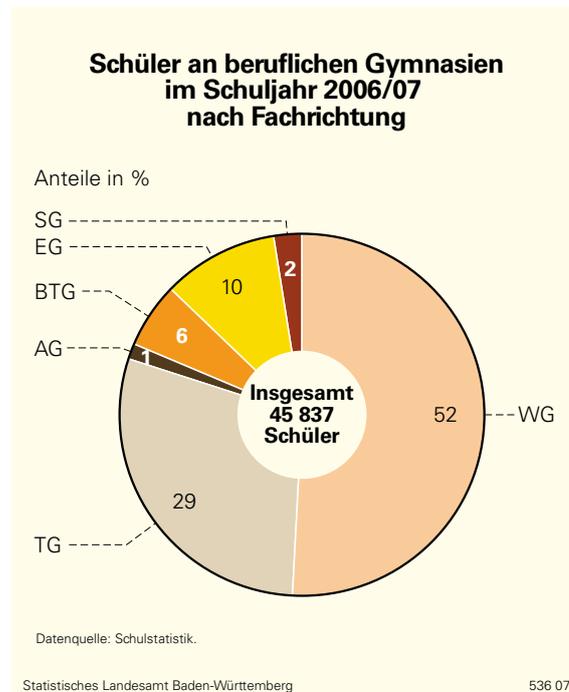
Seit dem Schuljahr 2000/01 stellen an den beruflichen Gymnasien Schülerinnen die Mehrzahl. Nach Fachrichtungen differenziert sind jedoch deutliche Unterschiede im Frauenanteil festzustellen, hier scheint sich die traditionelle Rollenverteilung auf die Wahl der Fachrichtung auszuwirken. Vor allem an den sozialpädagogischen Gymnasien stellen junge Männer mit nur 10 % einen Bruchteil der Schüler, dicht gefolgt von den ernährungswissenschaftlichen Gymnasien mit einem Anteil der männlichen Schüler von gut 15 % (Grafik E 5 (G4)). Die wirtschaftswissenschaftliche Fachrichtung ist mehr oder weniger für beide Geschlechter attraktiv. Allerdings liegt auch an den Wirtschaftsgymnasien der Frauenanteil bereits seit dem Schuljahr 1989/90 über dem der jungen Männer. Mittlerweile haben die jungen Frauen ihren Anteil auf über 61 % ausgebaut.

Als einzige Fachrichtung sind die Technischen Gymnasien noch eine männliche Domäne, in der rund vier von fünf Schülern männlich sind. Auch hier gibt es jedoch ein Profil, in dem der weibliche Anteil an der Schülerschaft dominiert: In der Gestaltungs- und Medientechnik waren im Schuljahr 2006/07 fast 63 % der Schüler weiblich. Ohne dieses Profil läge der Frauenanteil an den Technischen Gymnasien bei knapp 11 %.

Ausländeranteil höher als an allgemein bildenden Gymnasien

Ausländische Schüler nutzen im verstärkten Maße die Möglichkeit, an einem beruflichen

Grafik E5 (G3)



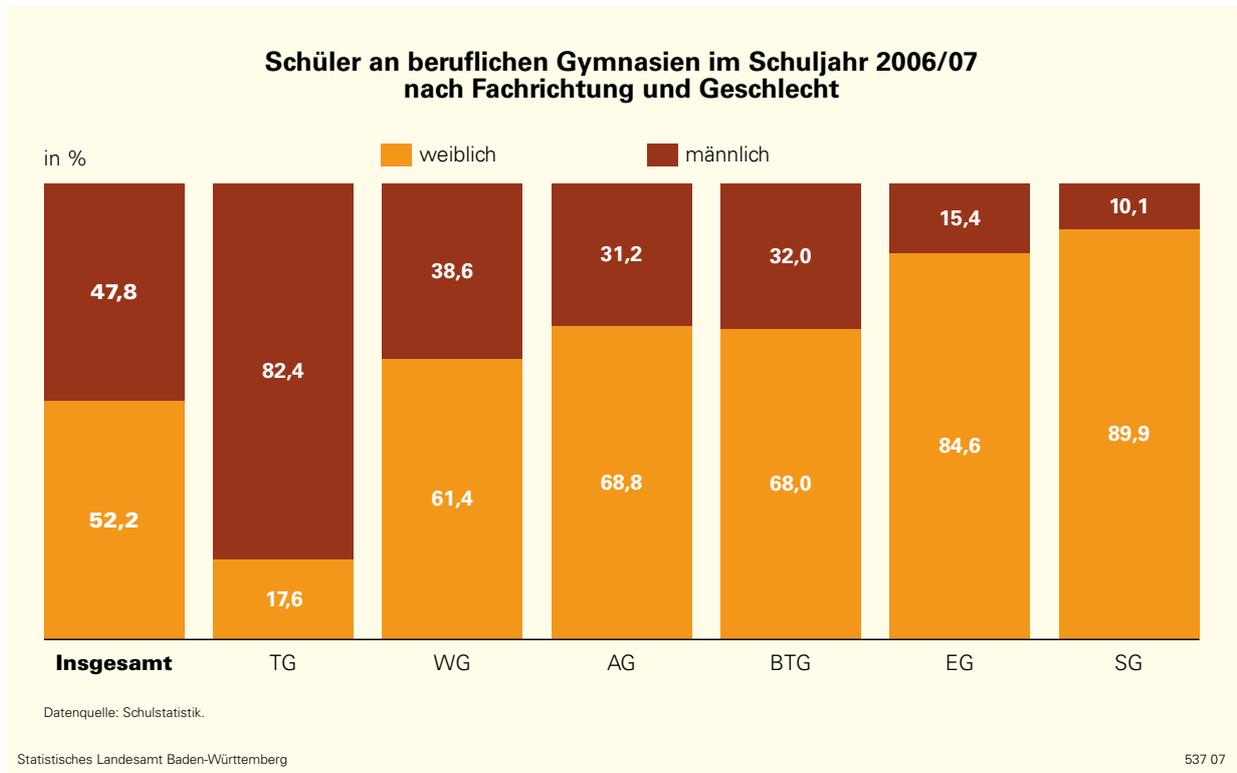
Gymnasium ihr Abitur zu machen. Mit über 7 % liegt ihr Anteil an den beruflichen Gymnasien über dem der allgemein bildenden Gymnasien (gut 4 %). Am höchsten ist der Ausländeranteil an den Wirtschaftsgymnasien mit über 9 %, gefolgt von den Technischen und den Ernährungswissenschaftlichen Gymnasien mit jeweils knapp 6 %. Am Biologisch-technischen Gymnasium sind es rund 5 %, am Agrarwissenschaftlichen Gymnasium knapp 3 % und am Sozialpädagogischen knapp 2 %.

In der Rangfolge der Nationalitäten liegen im Schuljahr 2006/07 an den beruflichen Gymnasien die türkischen Schüler mit Abstand an erster Stelle (39,2 %), gefolgt von den italienischen Schülern (10,6 %) und den kroatischen Schülern (9,6 %).

Die meisten Schüler waren zuvor an einer Realschule

Realschulabsolventen und ehemaligen Hauptschülern bietet sich über das berufliche Gymnasium die Chance, den Weg an die Hochschule

Grafik E5 (G4)



zu nehmen. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zur Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems.

Mit knapp 72 % hatte die deutliche Mehrheit der Schüler in der Eingangsklasse 2006/07 einen qualifizierten Realschulabschluss, den sie an einer Realschule erworben hatten. Nahezu jeder Sechste besuchte zuvor ein allgemein bildendes Gymnasium. Fast 8 % der neu eingetretenen Schüler mit einem an einer Berufsfachschule erworbenen mittleren Abschluss nahmen die Übergangsmöglichkeit in ein berufliches Gymnasium wahr, knapp 6 % wechselten aus der Hauptschule auf ein berufliches Gymnasium. Während der Anteil der Schüler aus Realschulen seit Jahren stetig zunimmt, ist der Schüleranteil aus allgemein bildenden Gymnasien rückläufig.

Auch Absolventen der Berufsaufbauschule haben die Möglichkeit, an ein berufliches Gymnasium zu wechseln. Im Schuljahr 2006/07 waren

es lediglich 19 Schüler, die von diesem Angebot Gebrauch machten. Möglicherweise bevorzugen die Schüler den Übergang in die Oberstufe einer Berufsoberschule, wo sie ebenfalls die Hochschulreife erwerben können – innerhalb von nur zwei Jahren. Seit der Jahrtausendwende kann an diesen Einrichtungen auch die allgemeine Hochschulreife erworben werden, Voraussetzung dafür ist die Belegung einer zweiten Fremdsprache.

Der Eingangsklasse an beruflichen Gymnasien kommt eine erweiterte Aufgabe zu. Da die Schüler aus verschiedenen Schularten stammen, muss zunächst ihr Wissensstand angeglichen werden. Darüber hinaus bereitet die Eingangsklasse auf die Jahrgangsstufen 1 und 2 vor. In der Regel stellt der Besuch eines beruflichen Gymnasiums für Realschulabsolventen einen höheren Einarbeitungsaufwand dar als für die Übergänger aus allgemein bildenden Gymnasien, vor allem, wenn sie keine zweite Fremdsprache an der Realschule gewählt hatten.

Nur wenige private berufliche Gymnasien

Unter den 189 beruflichen Gymnasien befinden sich nur 18 in freier Trägerschaft, entsprechend gering ist ihr Anteil an der Schülerschaft mit 3,5 %. Dagegen sind private Schulen bei den allgemein bildenden Gymnasien recht häufig vertreten (59 der insgesamt 436 allgemein bildenden Gymnasien). Hier liegt der Anteil bei 9 % der Gesamtschüler.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten insgesamt 1 544 Schüler ein privates berufliches Gymnasium, das sind rund 20 % mehr als im vorigen Schuljahr (Tabelle E 5 (T1) im Anhang). Gegenüber dem Schuljahr 2000/01 ist sogar eine Steigerung der Schülerzahl um über 65 % zu verzeichnen. Dieser deutliche Zuwachs ist auf die Gründung von neuen Einrichtungen in freier Trägerschaft zurückzuführen. Landesweit waren dies fünf im Schuljahr 2006/07 und weitere sechs im vorherigen Schuljahr. Diese Entwicklung hängt wohl damit zusammen, dass die Träger privater beruflicher Schulen rasch auf Veränderungen des Bildungsmarktes reagieren.

An den privaten beruflichen Gymnasien werden jedoch nicht alle Fachrichtungen angeboten. Während an den sozialpädagogischen Gymnasien sogar nahezu zwei Drittel der Schüler eine private Einrichtung besucht, sind die Fachrichtungen Biotechnologie und Agrarwissenschaften nicht vertreten.

Tendenz zu größeren Klassen

Mit der Zunahme der Schülerzahlen an den beruflichen Gymnasien ist auch ein Anstieg der Schüler je Klasse festzustellen. Im Schuljahr 2006/07 waren es im Durchschnitt knapp 29 Schüler je Klasse, 1995/96 lag dieser Wert an den beruflichen Gymnasien des Landes noch bei fast 27 Schülern. Bei den Berechnungen können jedoch nur die Eingangsklassen berücksichtigt werden, da in der Jahrgangsstufe 1 und 2 der Unterricht im Kurssystem durchgeführt wird. Die Tendenz zu größeren Klassen ist lediglich an den öffentlichen Einrichtungen zu verzeichnen, an den privaten beruflichen Gymnasien lag in diesem Zeitraum die Klassengröße bei um die 22 Schüler.

Biotechnologisches Gymnasium – Bertha-von-Suttner-Schule Ettlingen

An der Bertha-von-Suttner-Schule wurde zum Schuljahr 2001/02 zeitgleich mit drei anderen Standorten das Biotechnologische Gymnasium als neues Profil des beruflichen Gymnasiums eingerichtet. Naturwissenschaftliche Fächer bestimmen das Profil des Biotechnologischen Gymnasiums. Dieser Profilbereich umfasst die Unterrichtsfächer Biotechnologie mit Praktikum, Bioinformatik, Chemie, Sondergebiete der Biowissenschaften und Wirtschaftslehre mit ca. einem Drittel der gesamten Unterrichtszeit.

Für die Schüler ist das Praktikum, das Bestandteil des Faches Biotechnologie ist, ein besonderer Anreiz. Hier werden Versuche durchgeführt, die den theoretischen Unterrichtsstoff praxisnah ergänzen. Besonderer Schwerpunkt der berufsnahen Komponente ist neben der Molekularbiologie und Gentechnik die angewandte Biotechnik. Dies schließt auch grundlegende Versuche zur Gentechnik mit ein. Die Schule verfügt über die erforderlichen Laboreinrichtungen der Sicherheitsstufe 1 nach dem Standard der besonderen Bestimmungen für gentechnisches Arbeiten.



Bertha-von-Suttner-Schule mit Laboreinrichtungen

Der überwiegende Teil der Schüler kommt von der Realschule. Die übrigen haben vorher die Klasse 10 eines allgemein bildenden Gymnasiums oder eine zweijährige Berufsfachschule besucht. Die Schüler sollten eine gute Portion Wissensdurst, Aufgeschlossenheit und Interesse für naturwissenschaftliche Fragestellungen mitbringen. Ganz wichtig: Freude an der Arbeit im Labor. Eigenschaften wie Sorgfalt und Genauigkeit für die Versuche im Praktikum sind ebenfalls unabdingbar. Nach Einschätzung der Schulleitung hat in etwa die Hälfte der bisherigen Absolventen eine Ausbildung bzw. ein Studium in einem naturwissenschaftlichen oder technischen Fach aufgenommen.

E 6 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern an beruflichen Schulen

Rund 46 304 der 417 571 Schüler an den beruflichen Schulen des Landes haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Werden noch die 2 705 in der beruflichen Schulstatistik erfassten Aussiedler hinzugerechnet, ist jeder achte Schüler im Schuljahr 2006/07 ausländischer Herkunft oder Aussiedler (**Tabelle E 6 (T1) im Anhang**). Ausländische Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren hatten Ende 2006 einen Anteil von knapp 14 % an der gleichaltrigen Bevölkerung Baden-Württembergs. Damit ist der Anteil von Ausländern an der Schülerschaft der beruflichen Schulen mit 11 % niedriger, als nach ihrem Bevölkerungsanteil zu erwarten wäre.

Flüchtlingsströme beeinflussen Ausländeranteil

Im Schuljahr 2006/07 lag der Anteil ausländischer Schüler an den beruflichen Schulen mit rund 11 % fast auf dem gleichen Niveau wie im Schuljahr 1990/91. Bis zum Schuljahr 1995/96 stieg die Zahl der Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich auf 16 % an, sank dann wieder auf das heutige Niveau ab. Hier scheint der Balkankrieg Mitte der 90er-Jahre deutlich spürbare Auswirkungen auf den Schulbesuch gehabt zu haben. Mit der Beruhigung der Lage auf dem Balkan und der dadurch bedingten Rückkehr vieler geflohener Familien in ihre Heimat lässt sich der Rückgang begründen.

Vergleicht man die Entwicklung des Anteils ausländischer Schüler an beruflichen Schulen mit der Entwicklung des Ausländeranteils an der Landesbevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, stellt man fest, dass die Schwankungen an den beruflichen Schulen kleiner sind als die im Bevölkerungsanteil. Ende 1990 besaßen gut 14 % der Bevölkerung in diesem Alter eine ausländische Staatsbürgerschaft. Ende 1995 war der Anteil auf 21 % angestiegen und fiel dann bis Ende 2000 wieder auf gut 17 % ab. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge im Alter unter 18 Jahren zwar grundsätzlich berufsschulpflichtig sind, aber nach Erfüllung der Schulpflicht wohl im geringeren Ausmaß die weiterführenden Angebote des beruflichen Schulwesens wahrnahmen.

Aussiedleranteil so gering wie noch nie zuvor

Mit 0,6 % hat der Anteil der Aussiedler¹ an den beruflichen Schulen einen historischen Tiefstand erreicht. Im Schuljahr 1996/97 besuchten noch 8 758 Aussiedler die beruflichen Schulen des Landes, was einem Anteil von 2,6 % entsprach. Innerhalb der letzten zehn Jahre hatte dieser dann stetig abgenommen. Nach starken Zuwanderungen Anfang der 90er-Jahre ist die Aufnahme von Aussiedlern in den letzten 15 Jahren stark zurückgegangen. Seit 2003 werden in Baden-Württemberg jährlich im Durchschnitt noch etwa 5 400 Personen aufgenommen, die jetzt vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion stammen und häufig unzureichende Deutschkenntnisse haben (siehe Kapitel B 1.3).

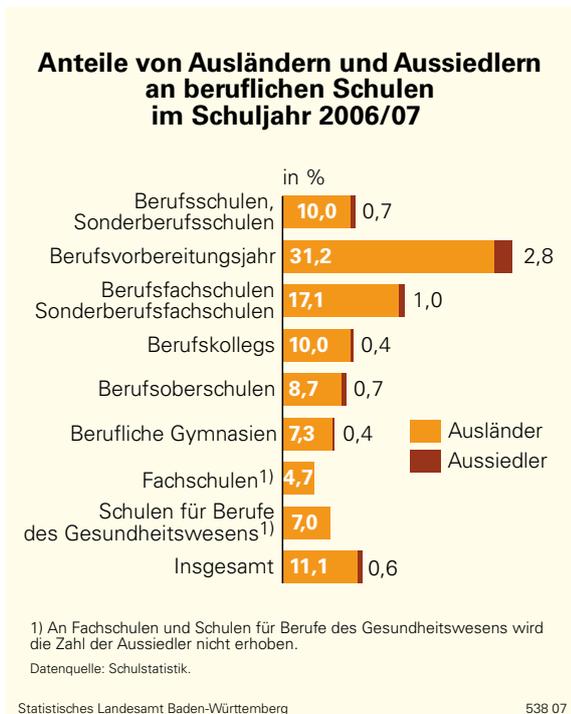
Hoher Ausländeranteil im Berufsvorbereitungsjahr

Die Verteilung der Ausländer und Aussiedler auf die einzelnen beruflichen Schularten ist sehr unterschiedlich (**Grafik E 6 (G1)**). Den höchsten Ausländeranteil weist das Berufsvorbereitungsjahr auf. Hier besitzt fast jeder dritte Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Weitere 3 % der Schüler stammen aus einer Aussiedlerfamilie.

An den Berufsschulen einschließlich Sonderberufsschulen liegt die Beteiligung von Ausländern und Aussiedlern mit knapp 11 % geringfügig unter dem Durchschnitt aller beruflichen Schularten. Allerdings ist der Ausländeranteil an den Sonderberufsschulen mit 19 % deutlich höher. Sonderberufsschulen dienen der Bildung und Ausbildung von behinderten Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in den üblichen Berufsschulen nicht die ihnen zukommende Förderung erfahren können.

¹ Schüler an beruflichen Schulen werden in der amtlichen Schulstatistik nur dann als Aussiedler ausgewiesen, wenn sie innerhalb der letzten vier Jahre übersiedelt sind.

Grafik E6 (G1)



(T2) im Anhang). Unter den einzelnen Schularten sind jedoch deutliche Unterschiede zu erkennen. Den höchsten Anteil an ausländischen Schülern haben die privaten Berufsfachschulen zu verzeichnen. Ein Fünftel der Schüler dieser Einrichtungen in freier Trägerschaft besaß nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch an den privaten Berufsschulen ist der Ausländeranteil relativ hoch, hier ist rund jeder sechste Schüler ausländischer Nationalität. An diesen beiden Schularten liegt der Ausländeranteil an den privaten Einrichtungen deutlich über dem der öffentlichen. Dies dürfte daran liegen, dass unter den privaten Berufsschulen vor allem Sonderberufsschulen zu finden sind. Zu den Berufsfachschulen in freier Trägerschaft zählen auch die berufsvorbereitenden Berufsfachschulen, die dem BVJ im Privatschulbereich entsprechen. Hier ist der Ausländeranteil – analog zum öffentlichen BVJ – überdurchschnittlich hoch. Den geringsten Anteil ausländischer Schüler hat das private berufliche Gymnasium. Während hier lediglich 3 % der Schüler nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist dieser Wert an den öffentlichen Einrichtungen mehr als doppelt so hoch.

Geringer Ausländeranteil an beruflichen Gymnasien

Wie an den allgemein bildenden Schulen sind jugendliche Ausländer und Aussiedler seltener in den beruflichen Bildungsgängen anzutreffen, die auf einem mittleren Abschluss aufbauen oder eine Hochschulberechtigung vermitteln. So ist an den Berufskollegs die Beteiligung von Ausländern und Aussiedlern unterdurchschnittlich. Im Schuljahr 2006/07 war hier jeder zehnte Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Aussiedler. Auch an beruflichen Gymnasien sind jugendliche Ausländer und Aussiedler nur relativ gering vertreten, hier ist einer von 13 Schülern Ausländer oder Aussiedler. Gegenüber dem allgemein bildenden Gymnasium ist ihr Anteil aber fast doppelt so hoch.

Ausländeranteil an Privatschulen geringfügig höher

Der Anteil ausländischer Schüler an privaten beruflichen Schulen liegt mit 12 % geringfügig über dem der öffentlichen Einrichtungen (Tabelle E 6

Knapp ein Drittel der Ausländer stammt aus EU-Staaten

Insgesamt wurden im Schuljahr 2006/07 an den beruflichen Schulen des Landes 46 304 ausländische Schüler gezählt. Ihre Herkunftsstaaten sind über die ganze Welt verteilt. Allerdings besaßen nur knapp 8 % den Pass eines außereuropäischen Landes. Die Asiaten stellten unter ihnen mit 2 123 Schülern die größte Gruppe. Aus afrikanischen Staaten stammten 724 Schüler, aus amerikanischen 694. Insgesamt besaßen 42 623 der ausländischen Teilnehmer den Pass eines europäischen Staates, darunter waren 14 994 aus den Ländern der Europäischen Union. An den beruflichen Schulen im Land werden mehr Schüler aus der Türkei unterrichtet als aus allen nunmehr 27 EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Im Schuljahr 2006/07 waren erneut die 18 106 Schüler mit türkischer Staatsangehörigkeit am häufigsten vertreten, gefolgt von den 7 998 mit italienischer Herkunft (Tabelle E 6 (T3) im Anhang). Mit zusammen 6 794 Schülern zählten auch die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien zu den häufigsten Herkunftsländern.

Unterschiedliche Bildungsbeteiligung der einzelnen Nationalitäten

Die Bildungsbeteiligung ausländischer Schüler an den einzelnen Schularten weist hinsichtlich der Nationalitäten deutliche Unterschiede auf (Grafik E 6 (G2)). Jugendliche mit italienischer Abstammung besuchen vergleichsweise häufig die Berufsschule. Mit rund 10 % absolvieren überdurchschnittlich viele Schüler aus Serbien und Montenegro sowie aus der Türkei ein BVJ. Vergleichsweise selten besuchen Schüler aus diesen Herkunftsländern hingegen das berufliche Gymnasium. Kroatische Jugendliche weisen mit 13 % den höchsten Anteil beim Besuch beruflicher Gymnasien auf, im BVJ hingegen liegt die Besuchsquote dieser Gruppe nur wenig über dem Gesamtdurchschnitt.

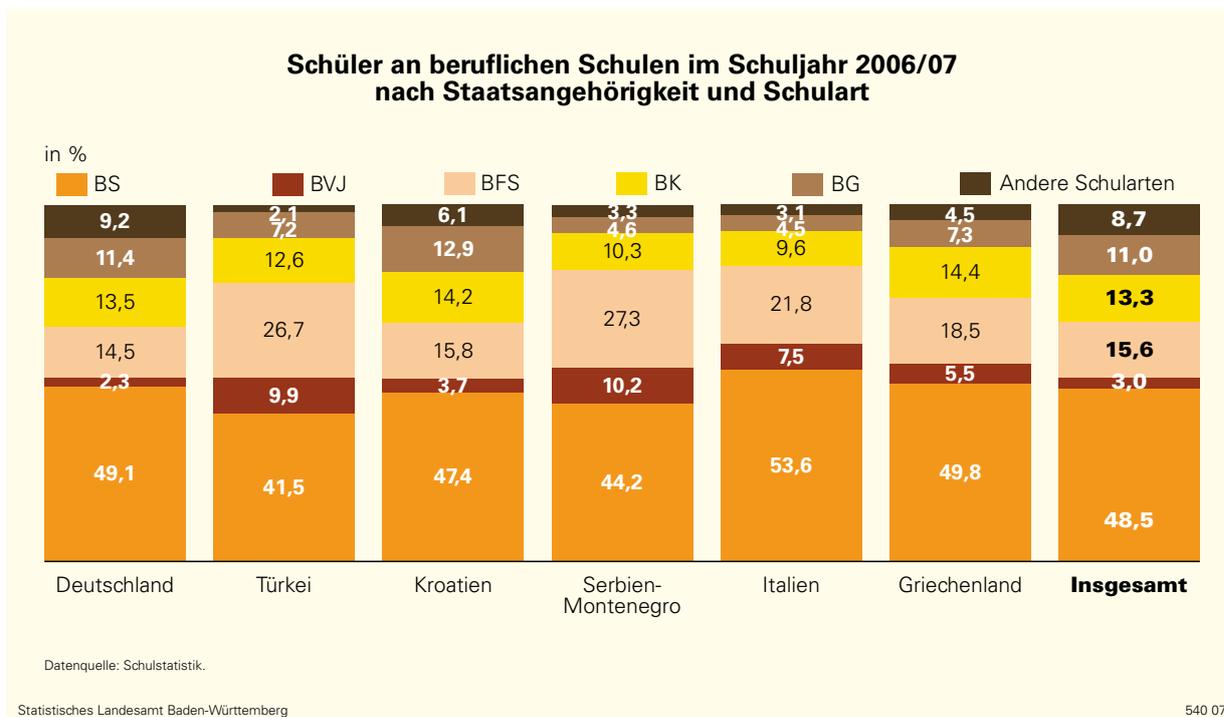
Parallelen zum allgemein bildenden Schulwesen

Beim Schulbesuch ausländischer Schüler an beruflichen Schulen sind in vielen Bereichen

Parallelen zu den allgemein bildenden Schulen festzustellen. Dies betrifft hauptsächlich die grundsätzliche Beteiligung an den verschiedenen vergleichbaren Bildungsgängen. Bei den allgemein bildenden Schulen sind Ausländer an Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, wogegen sie an Realschulen und vor allem an Gymnasien unterrepräsentiert sind. Dementsprechend ist diese Gruppe in beruflichen Schulen seltener anzutreffen, wenn sie auf einem Realschulabschluss aufbauen oder eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, wie das Berufskolleg oder das berufliche Gymnasium.

Auch die Verteilung der Nationalitäten auf das berufliche Gymnasium und das BVJ zeigen ein analoges Bild zum Schulbesuchsverhalten an den allgemein bildenden Schulen. Kroatische Schüler werden auch an einem allgemein bildenden Gymnasium relativ häufig unterrichtet, während türkische, italienische sowie serbische und montenegrinische Schüler überdurchschnittlich häufig eine Haupt- oder Sonderschule oder entsprechend das BVJ besuchen.

Grafik E6 (G2)



E 7 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025

Wirtschaftsentwicklung beeinflusst berufliche Schulen

Da die Entwicklung der Schülerzahl an beruflichen Schulen nicht nur demografisch, sondern auch konjunkturell beeinflusst wird, sind hier Vorausrechnungen mit einer größeren Unsicherheit behaftet als bei allgemein bildenden Schulen. So wirkt sich die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt direkt auf die Schülerzahlen aus, da mit dem Abbau von Arbeitsplätzen meist auch Ausbildungsplätze verlorengehen. Jugendliche Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz müssen deshalb nach Alternativen suchen, da sie in der Regel noch berufsschulpflichtig sind. Häufig fällt die Wahl dann auf Vollzeitangebote von Berufsfachschulen (vgl. Kapitel E 3) oder Berufskollegs. Finden nicht volljährige Abgänger von allgemein bildenden Schulen weder einen Ausbildungsplatz noch ein anderes Bildungsangebot, sind sie gezwungen, die Berufsschulpflicht durch den Besuch des Berufsvorbereitungsjahres zu erfüllen (vgl. Kapitel E 2). Die Vorausrechnung kann daher die Verteilung der Schülerzahl zwischen den beruflichen Teilzeit- und Vollzeitschulen nur auf Grundlage der im Basiszeitraum herrschenden Verhältnisse fortschreiben.¹ Die tatsächliche Verteilung dürfte im Vorausrechnungszeitraum stärkeren Schwankungen unterliegen.

Gemäß den in der Vorausrechnung getroffenen Annahmen würde an beruflichen Schulen² die Gesamtzahl der Schüler von 401 755 im Schuljahr 2006/07 bis zum Schuljahr 2008/09 auf 407 200 ansteigen. Damit läge sie um rund 20 % über dem Tiefstand von 340 621 aus dem Schuljahr 1995/96. Bis 2025 wäre dann wieder mit einem Rückgang der Schülerzahl auf rund 300 000 zu rechnen (Tabelle E 7 (T1) im Anhang).

1 Vgl. die methodische Erläuterung „Vorausrechnung von Schüler- und Schulabgängerzahlen“ am Ende von Kapitel D 6.

2 Bei der Vorausrechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bleiben die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens unberücksichtigt.

Noch steigende Schülerzahlen an Teilzeit-Berufsschulen

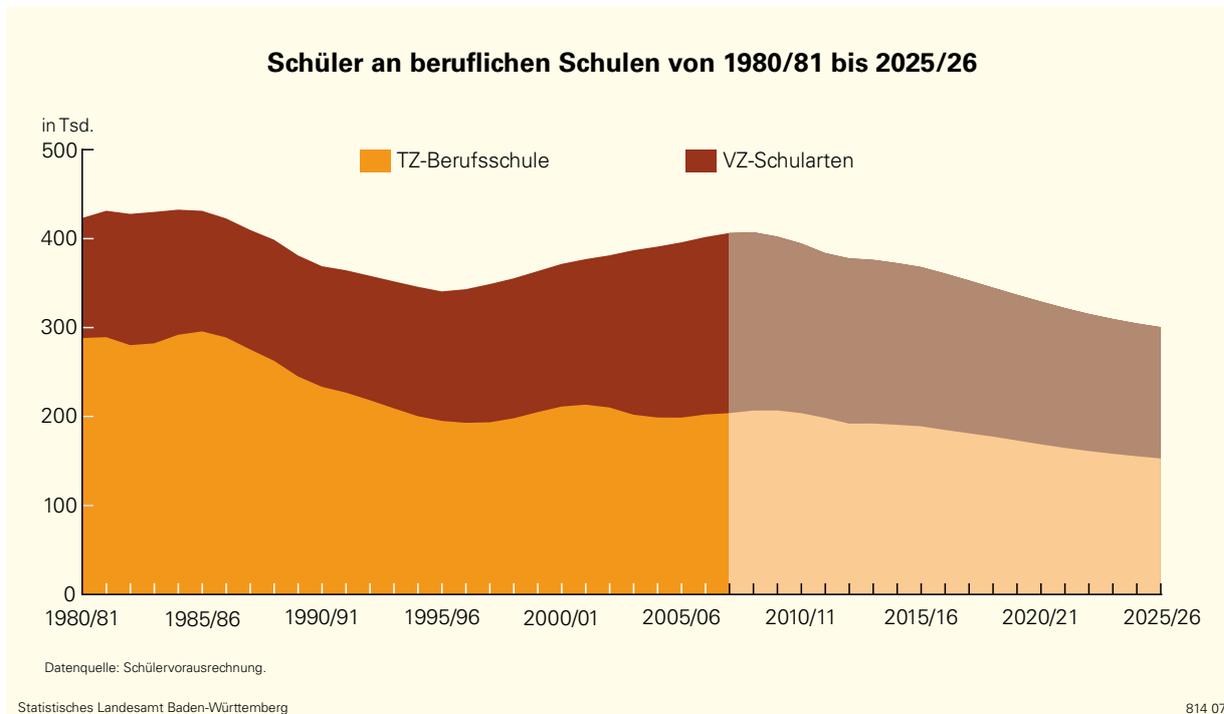
Die Grundtendenz der Entwicklung der Teilzeit-Berufsschule wird durch die Einwohnerzahl im Alter von 15 bis 25 Jahren bestimmt. Darüber hinaus hat hier aber auch das Angebot an Ausbildungsplätzen einen Einfluss auf die Schülerzahl. So war zwischen 2001/02 und 2005/06 trotz insgesamt steigender Schülerzahlen an den beruflichen Schulen ein Rückgang der Schülerzahl an der Teilzeit-Berufsschule um 7 % auf 198 736 feststellbar. Im Schuljahr 2006/07 stieg sie dann wieder auf 202 293 an.

Bei Fortschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Ausbildungsplatzmarkt dürften die Teilzeit-Berufsschulen bis etwa 2009/10 eine demografisch bedingte bis auf 206 800 steigende Schülerzahl aufweisen (Grafik E 7 (G1)). Dies entspräche einem Anstieg um 4 % gegenüber dem Tiefstand des Schuljahres 2005/06. Danach würde die Schülerzahl wieder absinken und voraussichtlich 2011/12 die Schwelle von 200 000 unterschreiten. Im Jahr 2025 läge die Schülerzahl der Teilzeit-Berufsschulen unter diesen Annahmen bei 152 900.

Berufskollegs könnten bald die Berufsfachschulen überflügeln

Im Bereich der beruflichen Vollzeit-Schulen ist zunächst ebenfalls von steigenden Schülerzahlen auszugehen. Im Schuljahr 2006/07 besuchten 199 462 Schüler diese Einrichtungen. Damit stieg die Schülerzahl seit 1990/91 kontinuierlich um insgesamt 47 % an. Im laufenden Schuljahr 2007/08 dürfte sie weiter auf 202 500 zugenommen haben. Danach ist wieder mit einem Absinken der Schülerzahl zu rechnen (Grafik E 7 (G1)). Gegen Ende des Vorausrechnungszeitraums werden dann unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Wirtschaftslage und konstantem Übergangsverhalten beim Eintritt in berufliche Schulen nur noch 147 600 Schüler an beruflichen Vollzeit-Schulen erwartet. Immerhin läge deren Zahl dann noch über dem Wert des Schuljahres 1995/96.

Grafik E 7 (G1)



Berufsfachschulen und Berufskollegs haben in den vergangenen fünf Jahren erheblich an Zulauf gewonnen – dies war unter anderem eine Folge knapper Ausbildungsplätze. Die Schülerzahl der Berufsfachschulen erhöhte sich in diesem Zeitraum von 52 753 auf 64 001, die der Berufskollegs von 41 063 auf 55 550. Gegenüber 1990/91 hat sich die Zahl der Berufskollegiaten sogar nahezu verdoppelt. Die meist auf einem mittleren Schulabschluss aufbauenden Berufskollegs können nach den Ergebnissen dieser Vorausrechnung bis 2008/09 noch einmal rund 2 000 Schüler hinzugewinnen. Da überwiegend Jugendliche mit Hauptschulabschluss die Berufsfachschulen besuchen, bewirkt der Rückgang der Schülerzahl an Hauptschulen eine entsprechende Entwicklung an den Berufsfachschulen. So ist damit zu rechnen, dass um das Jahr 2010 mehr Jugendliche an Berufskollegs als an Berufsfachschulen unterrichtet werden ([Tabelle E 7 \(T1\) im Anhang](#)). Am Ende des Vorausrechnungszeitraums dürften 40 000 Schüler

die Berufsfachschulen und 42 800 die Berufskollegs besuchen.

Kurzfristig noch weiterer Anstieg der Schülerzahlen an beruflichen Gymnasien

Die Schülerzahl der beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg wächst seit dem Schuljahr 1990/91 kontinuierlich an. Im Schuljahr 2006/07 strebten dort 45 837 Schüler das Abitur an. Gegenüber 1990/91 entspricht dies einer Steigerung um 50 % und ist der höchste in Baden-Württemberg erreichte Stand in dieser Schulart.

Bis 2008/09 dürfte ein weiterer Anstieg der Schülerzahl auf 48 200 möglich sein. Demografisch bedingt ist danach ein Rückgang zu erwarten. Bis 2025 könnte die Schülerzahl wieder auf 36 800 absinken. Das wären immer noch mehr Schüler als 1998/99 an den beruflichen Gymnasien unterrichtet wurden.

F Abschlüsse

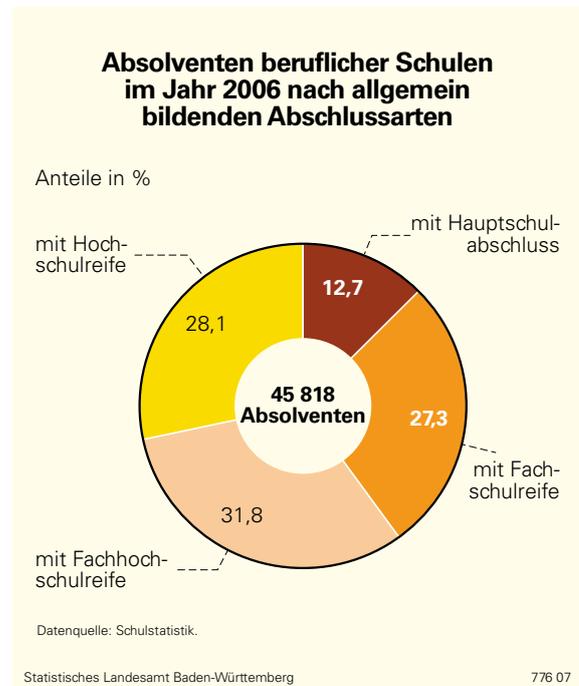
F 1 Erwerb allgemein bildender Abschlüsse

Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive sind die Bildungsabschlüsse, die von den Schulabsolventen erworben werden, ein Potenzial, das die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft mitbestimmt. Aus individueller Sicht eröffnet der Erwerb eines Schulabschlusses Möglichkeiten für die weitere Gestaltung des Lebenslaufs.

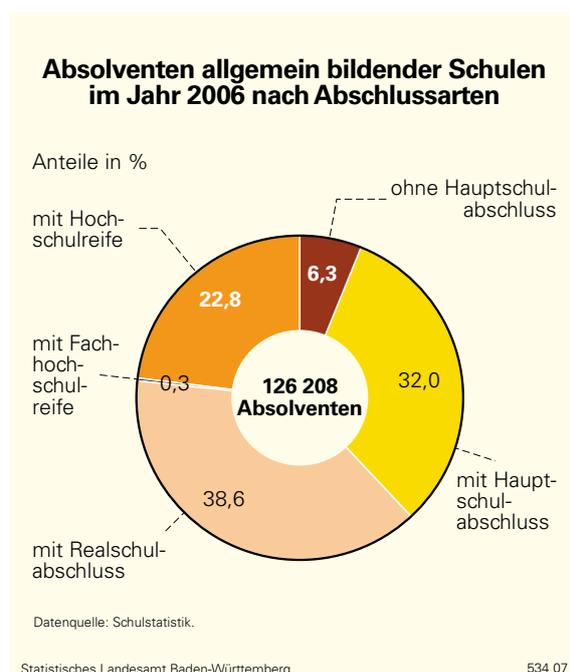
164 000 Absolventen mit allgemein bildendem Schulabschluss im Jahr 2006

Zum Ende des Schuljahres 2005/06 verließen 164 094 Absolventen die Schulen des Landes nach dem Erwerb eines allgemein bildenden Abschlusses. 118 276 Jugendlichen wurde dieser an einer allgemein bildenden Schule zuerkannt, weitere 7 932 gingen dort ohne Abschluss ab (Grafik F 1 (G1)). An einer beruflichen Schule erwarben 45 818 Jugendliche einen allgemein bildenden Abschluss (Grafik F 1 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 28 % an den allgemein bildenden Abschlüssen. Darüber hinaus erreich-

Grafik F1 (G2)



Grafik F1 (G1)



ten 118 028 Schüler beruflicher Schulen das Ziel des jeweiligen beruflichen Bildungsgangs ohne einen (zusätzlichen) allgemein bildenden Abschluss zu erwerben.

Die meisten Absolventen erreichten den Realschulabschluss bzw. die Fachschulreife: 61 273 Absolventen wurde ein solcher mittlerer Bildungsabschluss zuerkannt. 46 181 Jugendliche erwarben den Hauptschulabschluss. Ein Zeugnis, das zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt, erhielten 41 719 Abiturienten und 14 921 Absolventen mit Fachhochschulreife (Tabelle F 1 (T1) im Anhang).

Mittlerer Abschluss seit 25 Jahren der am häufigsten erworbene

Seit 1981 ist der mittlere Abschluss der häufigste, der an den Schulen des Landes erworben wird. Bis 1980 war der Hauptschulabschluss der vorherrschende Abschluss: In diesem Jahr ver-

ließen 70 337 Absolventen die Schulen mit dem Hauptschulabschluss und 59 184 mit einem mittleren Abschluss. Die Zahl der Schulabgänger, die keinen Abschluss erreichen konnten, sinkt seit dem Jahr 2000 kontinuierlich. Damals waren es 9 182, im Jahr 2006 wurden 7 932 gezählt.

Den stärksten Aufschwung verzeichnete in den vergangenen Jahren die Fachhochschulreife, die überwiegend an beruflichen Schulen verliehen wird (**Tabelle F 1 (T1) im Anhang**). Waren es im Jahr 2000 noch 6 753 Absolventen, hat sich ihre Zahl bis 2006 mehr als verdoppelt. Ein Grund hierfür ist die Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verschiedener Fachschularten im Jahr 1999. Diese hatte zur Folge, dass der Erwerb der Fachhochschulreife bei den Technikerschulen sowie den Fachschulen für Betriebswirtschaft und für Gestaltung in den Bildungsgang integriert ist. Somit erhalten alle hier erfolgreichen Absolventen die Fachhochschulreife zuerkannt. Zudem stieg die Zahl der Jugendlichen deutlich an, die im Rahmen ihrer Ausbildung an einem Berufskolleg zusätzlich die Fachhochschulreife erworben haben.

Seit 1995 erhöhte sich die Zahl der Abiturienten von 30 984 auf 41 719, was einem Zuwachs von 35 % entspricht. Neben der demografischen Entwicklung schlägt sich hier auch der Anstieg der Übergangsquoten auf das Gymnasium nieder.

Rund 6 % der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

7 932 Abgänger verließen 2006 die Schulen ohne Hauptschulabschluss. Ihr Anteil an den Abgängern allgemein bildender Schulen betrug damit 6,3 %. Dies ist seit vielen Jahren der niedrigste Wert. Bei Weitem nicht alle dieser Abgänger sind Schulabbrecher. Fast die Hälfte von ihnen stammte aus Förderschulen und Schulen für geistig Behinderte, an denen der Erwerb des Hauptschulabschlusses nicht das Regelziel ist (**Grafik F 1 (G3)**). 4 028 Abgänger dieser Schulen erreichten das Bildungsziel der jeweiligen Einrichtung und erhielten ein entsprechendes Abschlusszeugnis. Nur rund 10 % verfehlten diesen vorgesehenen Abschluss.

Berücksichtigt man diese Sonderschulbildungsgänge, waren 2006 weniger als 4 000 „echte“ Schulabbrecher zu verzeichnen. Der größte

Teil von diesen hatte die Hauptschule besucht: 2 417 Jugendliche verließen sie vor Erreichen des Hauptschulabschlusses. Weitere 863 Abgänger beendeten die Realschule, ohne einen Abschluss erreicht zu haben.

Um den Anteil eines Altersjahrgangs zu bestimmen, der einen gewissen Abschluss erreicht, können unter Bezug auf die für dessen Erwerb typischen Altersjahrgänge Quoten berechnet werden.¹ Hierdurch kann das unterschiedliche Alter der Absolventen – Abiturienten sind in der Regel deutlich älter als Hauptschulabgänger – bei Vergleichen zwischen den verschiedenen Abschlüssen berücksichtigt werden. Im Jahr 2006 gingen 6,3 % eines durchschnittlichen Altersjahrgangs im für den Hauptschulabschluss typischen Alter von 15 bis 16 Jahren von der Schule ab, ohne diesen zu erreichen (**Grafik F 1 (G4)**). Dies ist ein vergleichsweise niedriger Wert, der um gut zwei Prozentpunkte unter dem Stand von 1995 liegt.

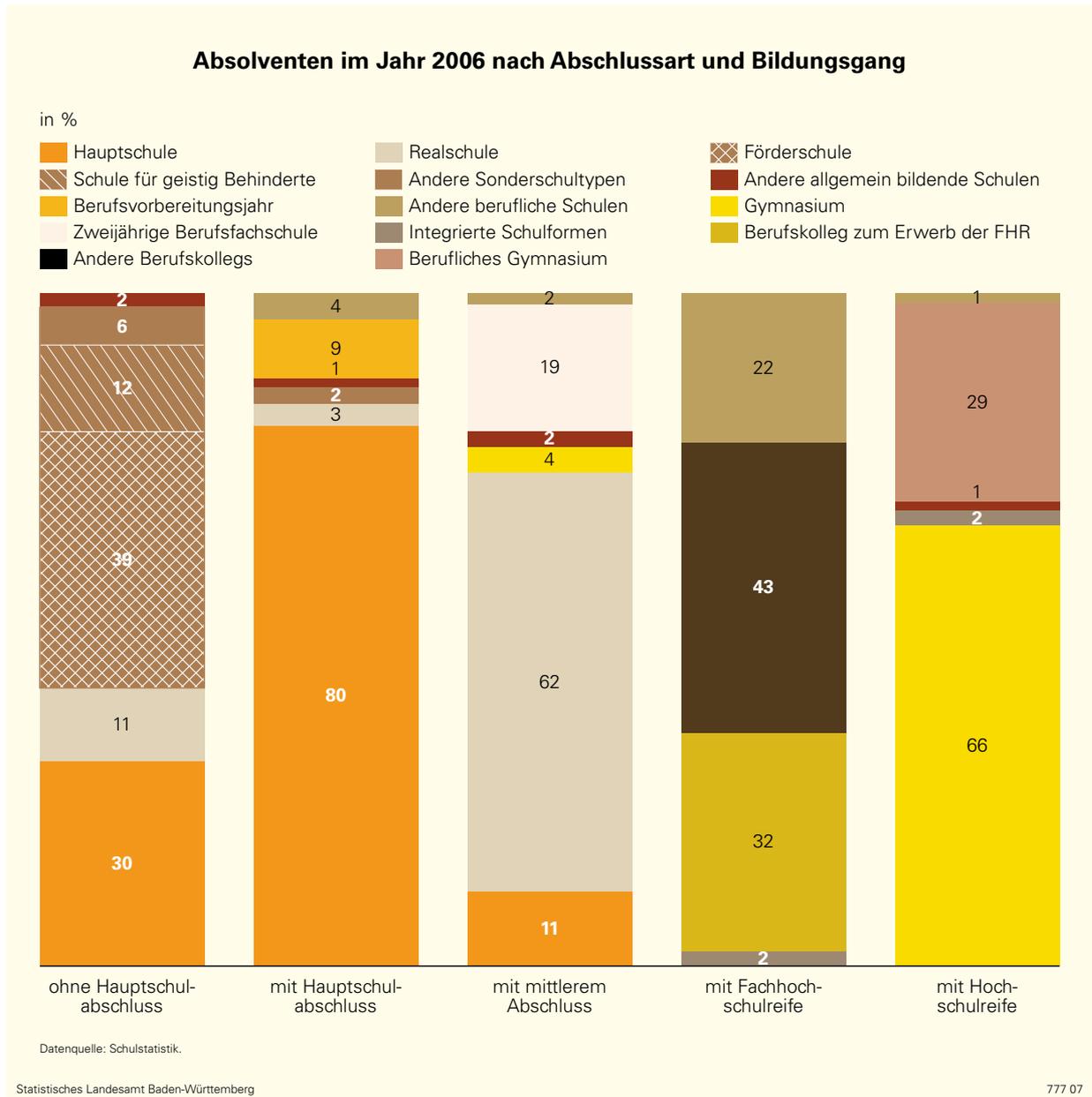
Jeder fünfte Hauptschulabschluss wird nicht an einer Hauptschule erworben

Im Jahr 2006 wurde 46 181 jungen Menschen der erfolgreiche Hauptschulabschluss bescheinigt. Allerdings hatten nur vier Fünftel von ihnen im Schuljahr 2005/06 die Hauptschule besucht (**Grafik F 1 (G3)**). Weitere rund 7 % der Hauptschulabschlüsse wurden an anderen allgemein bildenden Schulen erworben. So hatten 1 559 Abgänger die Realschulen und 287 Abgänger die Gymnasien vor dem Erreichen des eigentlichen Bildungsziels ihrer Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen. An den Schulen besonderer Art und den Freien Waldorfschulen, bei denen dieser Abschluss zum regulären Angebot gehört, konnten ihn 337 junge Menschen erreichen. An den Sonderschulen wurde der Hauptschulabschluss 1 117 mal ausgehändigt.

Knapp 13 % der Hauptschulabschlüsse wurden 2006 von Absolventen beruflicher Schulen erworben. An erster Stelle steht hier das Berufsvorbereitungsjahr (**vgl. Kapitel E 2**). Dort konnten 4 020

¹ Siehe die methodische Erläuterung „Abschlussquoten“ am Ende dieses Kapitels.

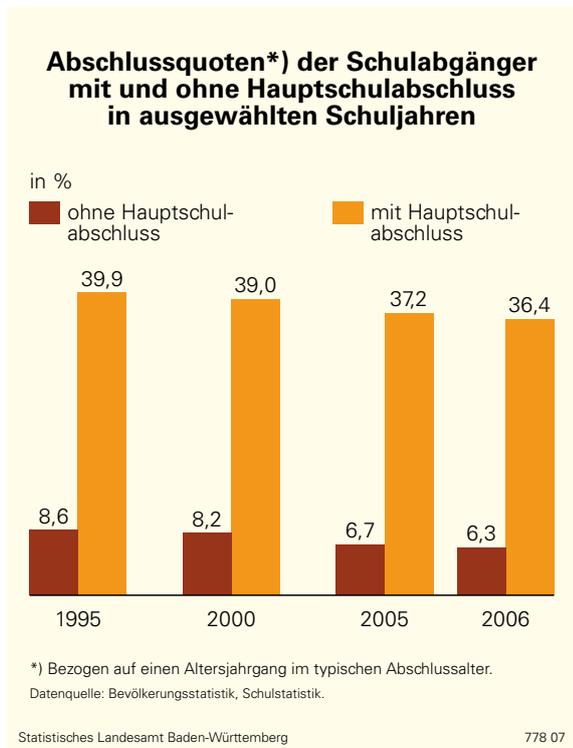
Grafik F1 (G3)



Jugendliche diesen Abschluss nachholen, den sie an einer allgemein bildenden Schule nicht erreicht hatten. Weitere 1 794 dem Hauptschulabschluss gleichgestellte Zeugnisse wurden an anderen beruflichen Schulen – vor allem an Berufsfachschulen und Berufsschulen – ausgestellt.

Angesichts der rückläufigen Entwicklung der Schülerzahl der Hauptschule verliert erwartungsgemäß auch der Hauptschulabschluss an Bedeutung. Im Jahr 1995 hatten noch 40 % eines Altersjahrgangs den Hauptschulabschluss erworben (Grafik F 1 (G4)). Im Jahr 2006 lag

Grafik F1 (G4)



diese Abschlussquote fast vier Prozentpunkte niedriger bei gut 36 %.

Gut 20 % der mittleren Abschlüsse wird an beruflichen Schulen erreicht

Der an allgemein bildenden Schulen erreichbare Realschulabschluss und die an beruflichen Schulen verliehene Fachschulreife werden als mittlere Abschlüsse bezeichnet. Insgesamt 61 273 Absolventen konnten 2006 ein entsprechendes Zeugnis erhalten. Realschüler hatten hieran mit 62 % zwar den größten Anteil (Grafik F 1 (G3)). Jedoch trugen auch andere Schularten in erheblichem Umfang zu diesem Ergebnis bei. Das freiwillige 10. Hauptschuljahr ist hier eine Alternative im Bereich der allgemein bildenden Schulen: 6 760 Jugendliche nutzten dieses Angebot. Dagegen beendeten die 2 383 Abgänger des Gymnasiums ihre Schullaufbahn früher als geplant. In den integrierten Schulformen gelangten 627 Schülerinnen und Schüler zum Realschulabschluss. An Sonderschulen erreichten

diesen 124 Jugendliche. Die Abendrealschulen bieten Erwachsenen die Chance, auf dem Zweiten Bildungsweg den Realschulabschluss nachzuholen. 695 Absolventen konnten den Besuch der Abendrealschule im Jahr 2006 erfolgreich beenden.

Etwas mehr als ein Fünftel der mittleren Abschlüsse wurde 2006 an beruflichen Schulen erworben. Die meisten Jugendlichen hatten die Fachschulreife an den zweijährigen Berufsfachschulen erlangt (vgl. Kapitel E 3): 11 514 Fachschulreifezeugnisse konnten hier ausgestellt werden. Damit hatten 72 % der Schülerinnen und Schüler, die zwei Jahre zuvor begonnen hatten, das angestrebte Ziel erreicht. Auch Berufsschulabsolventen mit Hauptschulabschluss wird nach erfolgreicher Beendigung ihrer Berufsausbildung ein dem Realschulabschluss gleichwertiges Zeugnis ausgestellt, wenn sie die hierfür erforderlichen Durchschnittsnoten erreicht haben. Diese Möglichkeit konnten 568 Absolventen nutzen. Über die Berufsaufbauschule als Einrichtung des Zweiten Bildungswegs gelangten 413 Weiterbildungswillige zum mittleren Abschluss.

Der Anteil eines Altersjahrgangs, der einen mittleren Bildungsabschluss erworben hat, ist seit 1995 nur wenig angestiegen. Damals waren es knapp 47 %, im Jahr 2006 lag die Abschlussquote bei gut 48 %. Allerdings gab es Verschiebungen zwischen den verschiedenen Möglichkeiten zum mittleren Abschluss zu gelangen. Die gemeinsame Abschlussquote für Werkrealschule und Realschule erhöhte sich in diesem Zeitraum von 29 % auf 35 %. Dagegen ging die Quote der vorzeitigen Abgänger vom Gymnasium deutlich zurück.

Die Fachhochschulreife ist eine Domäne der Berufskollegs

Die Fachhochschulreife wird in der Regel an einer beruflichen Schule erworben. Sie wurde im Jahr 2006 insgesamt 14 921 Absolventen bescheinigt, die damit die Berechtigung besitzen, eine Hochschule zu besuchen. Unter den allgemein bildenden Schulen können allein die Freien Waldorfschulen die Fachhochschulreife verleihen. Im Jahr 2006 erreichten 334 Waldorfschulabsolventen dieses Ziel. Drei Viertel aller

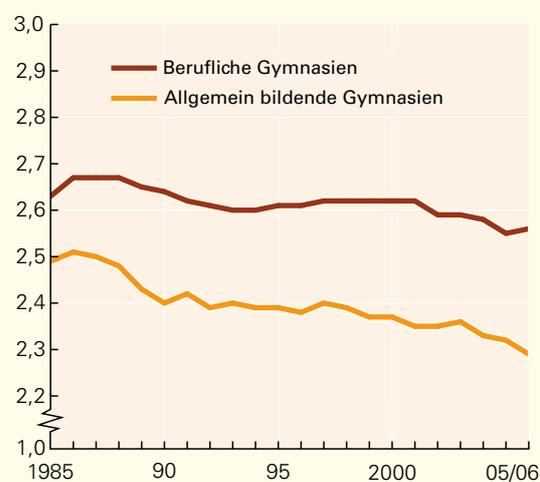
Abiturnoten sind im Durchschnitt besser geworden

Die Abiturdurchschnitte haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Lag der arithmetische Mittelwert aller Durchschnittsnoten der Abiturzeugnisse bei den allgemein bildenden Gymnasien im Jahr 1998 bei 2,39, erreichte er im Jahr 2006 mit 2,29 die bisherige Bestmarke.

Auch die Reform der Kursstufe (mit der Abschaffung von Grund- und Leistungskursen, der Pflichtprüfung in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache etc.) hat daran nichts geändert. Im Jahr 2004 wurde erstmals ein Schülerjahrgang nach den neuen Regelungen geprüft. Befürchtungen, dass der Durchschnitt nach der Reform der Kursstufe nach unten gehen könnte, haben sich damit nicht bestätigt.

Knapp ein Drittel der Gymnasial-Abiturienten haben im Jahr 2006 ihre allgemeine Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium erworben, ihr Notendurchschnitt lag bei 2,56. Seit Ende der 80er-Jahre liegt an beruflichen Gymnasien die durchschnittliche Abiturnote etwa zwei Zehntel über der an allgemeinbildenden Gymnasien. Eine Ursache hierfür dürften die geringeren Wahlmöglichkeiten der Fächer sein, denn entsprechend der gewählten Fachrichtung des beruflichen Gymnasiums ist das 6-stündige Profulfach bereits festgelegt. Auch an den beruflichen Gymnasien ist ein leichter Trend zur Verbesserung der durchschnittlichen Abiturnote zu erkennen.

Abitur-Durchschnittsnoten an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien seit 1985



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

846 07

Fachhochschulreifezeugnisse wurden an Berufskollegs ausgestellt (Grafik F 1 (G3)). Davon wurden 4 834 an speziellen Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife erworben und 6 451 an anderen Berufskollegs zusätzlich zum Berufsabschluss (vgl. Kapitel E 4). Darüber hinaus erlangten 2 964 Absolventen von Fachschulen diese Qualifikation. An einigen Schulen gibt es als Schulversuch auch die Möglichkeit, im Rahmen der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule zur Fachhochschulreife zu gelangen: 154 Absolventen konnten diese 2006 nutzen. An beruflichen Gymnasien und Berufsfachschulen erreichten dies weitere 184 Jugendliche.

Der starke Anstieg der Zahl der Absolventen mit Fachhochschulreife in den letzten Jahren führte zu einer Verdoppelung der Abschlussquote von 6 % im Jahr 2000 auf 12 % im Jahr 2005 (Grafik F 1 (G5)). Im Jahr 2006 blieb diese Quote stabil. Knapp ein Achtel eines Altersjahrgangs erwirbt somit die Fachhochschulreife.

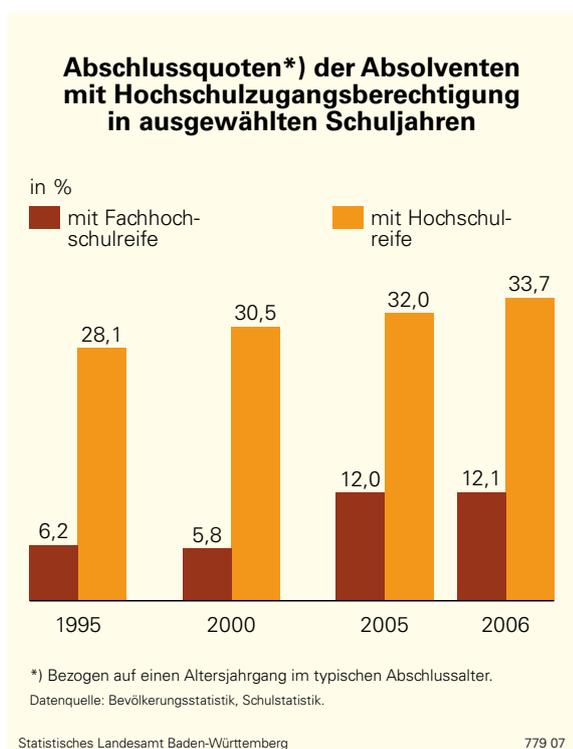
Ein Drittel eines Altersjahrgangs erwirbt das Abitur

Das Abitur ist die am weitesten verbreitete Hochschulzugangsberechtigung. 2006 konnten 41 719 Absolventen der Schulen im Land das Zeugnis der Hochschulreife in Empfang nehmen. Zwei Drittel von diesen hatten eines der 436 allgemein bildenden Gymnasien besucht (Grafik F 1 (G3)). Die drei Schulen besonderer Art und die 52 Freien Waldorfschulen führten 334 Jugendliche zum Abitur. An Sonderschulen erwarben 29 Absolventen die Hochschulreife. Dies ist nur an einzelnen Schulen für Körperbehinderte und für Hörgeschädigte möglich. Über den Zweiten Bildungsweg gelangten 551 Weiterbildungswillige nach dem Besuch eines Abendgymnasiums oder eines Kollegs zum Abitur.

30 % der Abiturienten des Abschlussjahrgangs 2006 hatten eine berufliche Schule besucht. Die Technischen Oberschulen und die Wirtschaftsoberschulen trugen als berufliche Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs mit 590 erfolgreichen Absolventen etwa genau so viel zur Gesamtzahl der Abiturienten bei wie die vergleichbaren allgemein bildenden Schulen. An den beruflichen Gymnasien konnten 12 302 Absolventen die allgemeine Hochschulreife erwerben. Dies unterstreicht die Attraktivität des beruflichen Gymnasiums als alternativen Weg zum Abitur. Vor allem Realschüler und Wechsler aus allgemein bildenden Gymnasien machen hiervon Gebrauch (vgl. Kapitel E 5). Lange Zeit war es möglich, an den beruflichen Gymnasien nur eine Fremdsprache zu belegen. In diesem Fall konnten die Absolventen nur die fachgebundene Hochschulreife erwerben. Seit einigen Jahren gelten für die Fremdsprachenbelegung an beruflichen Gymnasien aber die gleichen Vorgaben wie für die allgemein bildenden Gymnasien, sodass nun auch hier in der Regel die allgemeine Hochschulreife verliehen wird.

Die Abiturientenquote ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Erwarben im Jahr 1995 noch 28 % eines Altersjahrgangs die Hochschulreife, waren es im Jahr 2000 bereits knapp 31 %. Bis 2006 war ein weiterer Zuwachs auf fast 34 % zu verzeichnen. Damit besteht mittlerweile gut ein Drittel eines Jahrgangs die Abiturprüfung (Grafik F 1 (G5)). Rechnet man noch die 12 % dazu, die die Fachhochschulreife erreicht hatten,

Grafik F1 (G5)



erlangten rund 46 % eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung. Diese Entwicklung ist eine Erklärung für den Anstieg des Bildungsniveaus in der Bevölkerung (vgl. Kapitel B 3.3).

Universitätsstädte mit höchstem Anteil an Hochschulreifezeugnissen

Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zeigt sich eine breite Streuung der Anteile der verschiedenen Schulabschlüsse. In **Grafik F 1 (G6)** sind die Stadt- und Landkreise absteigend nach dem Anteil der Hochschulreife an allen dort erworbenen Abschlüssen sortiert dargestellt. Die Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg im Breisgau liegen hier mit Anteilen von 39 % bzw. 38 % an der Spitze gefolgt vom Landkreis Tübingen mit 32 %. Dieser ist der einzige Landkreis mit einem Anteil der Abiturzeugnisse von mehr als 30 %. Dieser Wert wird maßgeblich von der Universitätsstadt Tübingen bestimmt, in der eine sehr hohe Übergangsquote auf das Gymnasium vorherrscht. Sieben der neun kreisfreien Städte weisen Anteile auf, die deutlich über dem Landesdurchschnitt von gut 24 % liegen. Lediglich Heilbronn und Mannheim liegen mit gut 23 % rund einen Prozentpunkt darunter. Die geringsten Anteilswerte sind im Enzkreis mit knapp 14 %, im Alb-Donau-Kreis mit etwas über 16 % und im Landkreis Heilbronn mit knapp 17 % zu finden. Alle drei Kreise sind um eine kreisfreie Stadt gelegen. Hier kann angenommen werden, dass ein Teil der Jugendlichen, die in diesen Kreisen wohnen, Gymnasien in Pforzheim, Ulm bzw. Heilbronn besuchen und dementsprechend dort gezählt werden, wenn sie das Abitur bestehen. Damit dürften die Anteilswerte der Abiturzeugnisse für diese Landkreise in Bezug auf die dort wohnende Bevölkerung etwas unterschätzt sein, während sie in den jeweiligen Städten etwas überschätzt werden.

Besonders deutlich wird dieser Effekt bei den Fachhochschulreifezeugnissen. Mit Ausnahme von Baden-Baden liegen in allen kreisfreien Städten die Anteile über der 10 % - Marke. In diesen Zentren sind eine Vielzahl von Berufskollegs angesiedelt, die die Fachhochschulreife anbieten. Die Spitzenwerte sind mit 19 % in der Landeshauptstadt Stuttgart und rund 17 % in Freiburg im

Breisgau und Heidelberg zu finden. Von den 35 Landkreisen liegen lediglich der Bodenseekreis mit 12 %, der Schwarzwald-Baar-Kreis, der Landkreis Reutlingen und der Zollernalbkreis mit rund 11 % über dieser Marke.

Tendenziell ist festzustellen, dass in Kreisen mit höherer Übergangsquote von der Grundschule auf das Gymnasium auch höhere Anteile an Hochschulreifezeugnissen erzielt werden (vgl. **Kapitel D 1.3**). Allerdings öffnet das baden-württembergische Schulsystem durch das Angebot der beruflichen Gymnasien eine Alternative zum direkten Weg über das allgemein bildende Gymnasium. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Hohenlohekreis. Er wies zum Schuljahr 2006/07 mit 28,6 % die niedrigste Übergangsquote auf das Gymnasium auf (**Tabelle D 1.3 (T1) im Anhang**). Der Anteil der Abiturzeugnisse an den allgemein bildenden Abschlüssen lag 2006 mit knapp 25 % aber sogar ein wenig über dem Landesdurchschnitt. 215 Gymnasiasiten hatten dort das Abitur an einem beruflichen Gymnasium erworben, 270 an einem allgemein bildenden Gymnasium.

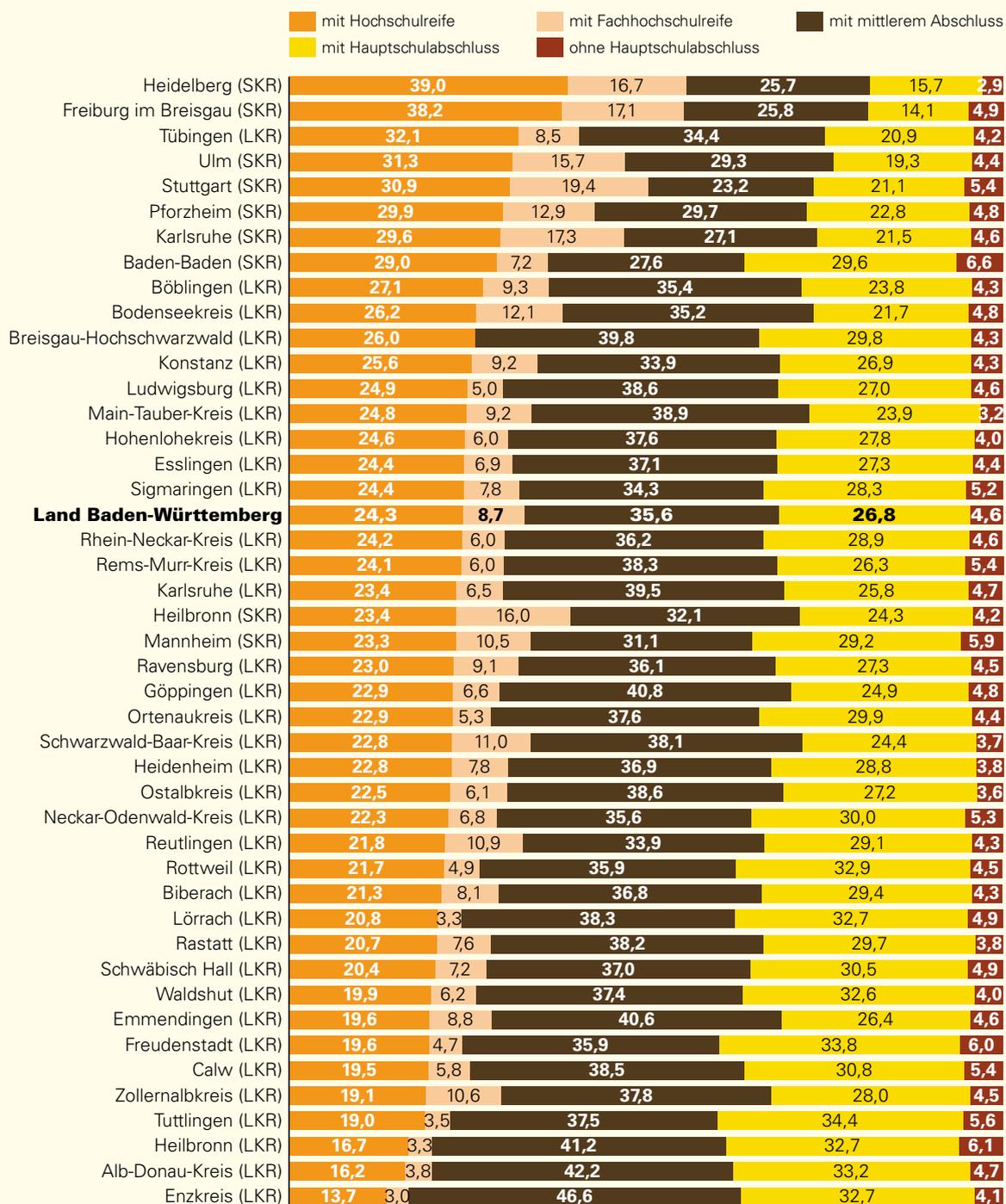
Mittlerer Abschluss in allen Landkreisen am häufigsten

Im Jahr 2006 wurden 61 273 Realschulabschlüsse und Fachschulreifezeugnisse erworben (**Tabelle F 1 (T2) im Anhang**). Damit war der mittlere Abschluss mit einem Anteil von nicht ganz 36 % der am häufigsten erreichte allgemein bildende Abschluss. Dies trifft auch in allen Landkreisen zu. Die Anteilswerte variieren hier zwischen knapp 47 % im Enzkreis und rund 34 % in den Landkreisen Konstanz und Reutlingen. Der geringste Abstand zur Hochschulreife besteht im Landkreis Tübingen mit nur etwas mehr als zwei Prozentpunkten.

Bei den kreisfreien Städten liegt der mittlere Abschluss nur in Heilbronn und Mannheim mit Anteilen von 32 % bzw. 31 % vor der Hochschulreife. In den anderen Städten erreicht der mittlere Abschluss Werte zwischen 23 % in Stuttgart und fast 30 % in Pforzheim und ist damit weniger verbreitet als das Abitur. In Baden-Baden ist der Hauptschulabschluss mit einem Anteil von knapp 30 % häufiger als der mittlere Abschluss.

Grafik F1 (G6)

Schulabgänger mit allgemein bildenden Abschlüssen in den Stadt- und Landkreisen 2006 nach Abschlussart in %



Datenquelle: Schulstatistik.

Hauptschulabschluss in elf Landkreisen mit einem Anteil von 30 % oder mehr

Die 46 181 Hauptschulabschlüsse, die im Jahr 2006 im Land erworben wurden, entsprechen einem Anteil von knapp 27 % an allen allgemein bildenden Abschlüssen (Grafik F 1 (G6)). In elf Landkreisen hatte dieser Abschluss einen Anteil von 30 % oder mehr. Mit Werten um 34 % war er in den Landkreisen Tuttlingen und Freudenstadt am höchsten. In 31 der 35 Landkreise war der Hauptschulabschluss nach dem mittleren Schulabschluss der zweithäufigste. Lediglich in den Landkreisen Tübingen und Böblingen sowie im Bodenseekreis und im Main-Tauber-Kreis war das Abitur stärker verbreitet als der Hauptschulabschluss.

In den kreisfreien Städten waren meist unterdurchschnittliche Anteile an Hauptschulabschlüssen anzutreffen. Nur in Baden-Baden und Mannheim lagen sie mit knapp 30 % bzw. rund 29 % über dem Mittelwert für das Land. In Baden-Baden war der Hauptschulabschluss der am häufigsten erreichte Abschluss, in Mannheim und in Heilbronn der zweithäufigste. In den sechs anderen kreisfreien Städten lag er hinter Abitur und mittlerem Abschluss auf dem dritten Platz. In den drei Universitätsstädten Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Ulm lag er mit rund 14 %, 16 % bzw. 19 % sogar unter der 20 %-Marke.

Abgänge ohne Abschluss vor allem in kreisfreien Städten

In Grafik F 1 (G6) bilden die Schulabschlüsse von allgemein bildenden und beruflichen Schulen zusammen die Grundlage für die Berechnung der Anteile. Dies ist für Schulabsolventen, die einen Abschluss erreicht haben eine sinnvolle Basis. Bei denjenigen, die eine Schule verlassen, ohne einen Abschluss erworben zu haben, sind jedoch nur die Abgänge der allgemein bildenden Schulen in die Betrachtung einzubeziehen, da beim Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an beruflichen Schulen nur die Absolventen gezählt werden, die dort einen höherwertigen Abschluss erlangt haben.

Hohe Anteile von Abgängen ohne Hauptschulabschluss sind besonders in den kreisfreien Städten zu finden. Sieben der neun Stadtkreise wie-

sen 2006 einen Anteil auf, der um mehr als einen Prozentpunkt über dem Landesdurchschnitt von gut 6 % lag (Grafik F 1 (G7)). Die Stadt Karlsruhe lag genau einen Prozentpunkt darüber. Mit 9 % war der Anteil in Baden-Baden am höchsten. In den Landkreisen waren nur in Freudenstadt und im Neckar-Odenwald-Kreis ähnlich hohe Werte feststellbar.

Mit Heidelberg stand die letzte hier verbleibende kreisfreie Stadt am anderen Ende der Skala: Knapp 5 % ist der niedrigste im Jahr 2006 registrierte Wert. Weitere sechs Landkreise unterschritten den Landesdurchschnitt ebenfalls um mehr als einen Prozentpunkt.

Junge Frauen erwerben häufiger das Abitur, junge Männer die Fachhochschulreife

Seit 1995 erreichen mehr junge Frauen als Männer die Hochschulreife (Tabelle F 1 (T3) im Anhang). Im Jahr 2006 lag der Frauenanteil beim Abitur bei 52 %. Gegenüber dem Jahr zuvor entspricht dies allerdings einem Rückgang um knapp zwei Prozentpunkte. Unter den zur Hochschulreife führenden Bildungsgängen war der höchste Frauenanteil an den allgemein bildenden Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs und den integrierten Schulformen – Freie Waldorfschule und Schule besonderer Art – mit 60 % bzw. 58 % zu finden (Tabelle F 1 (T4) im Anhang). Den niedrigsten verzeichneten dagegen die Technischen und die Wirtschaftsoberschulen mit nur 32 %. In all diesen Bildungsgängen zusammen gelangten jedoch nur rund 2 000 junge Menschen zum Abitur. Die überwiegende Zahl erwarb die Hochschulreife an allgemein bildenden oder beruflichen Gymnasien. Bei beiden lag der Frauenanteil auf etwa gleichem Niveau von 52 %.

Die Fachhochschulreife (FHR) ist dagegen noch eine überwiegend männliche Domäne: Annähernd zwei von drei der Absolventen mit diesem Abschluss waren männlich. Hier wirkt sich aus, dass unter den Fachschulen, an denen die Fachhochschulreife erworben werden kann, die Technikerschulen eine starke Stellung haben, die eher junge Männer ansprechen. Auch unter den speziellen zur Fachhochschulreife führenden Berufskollegs gehören viele zur gewerblich-technischen Richtung (vgl. Kapitel E 4),

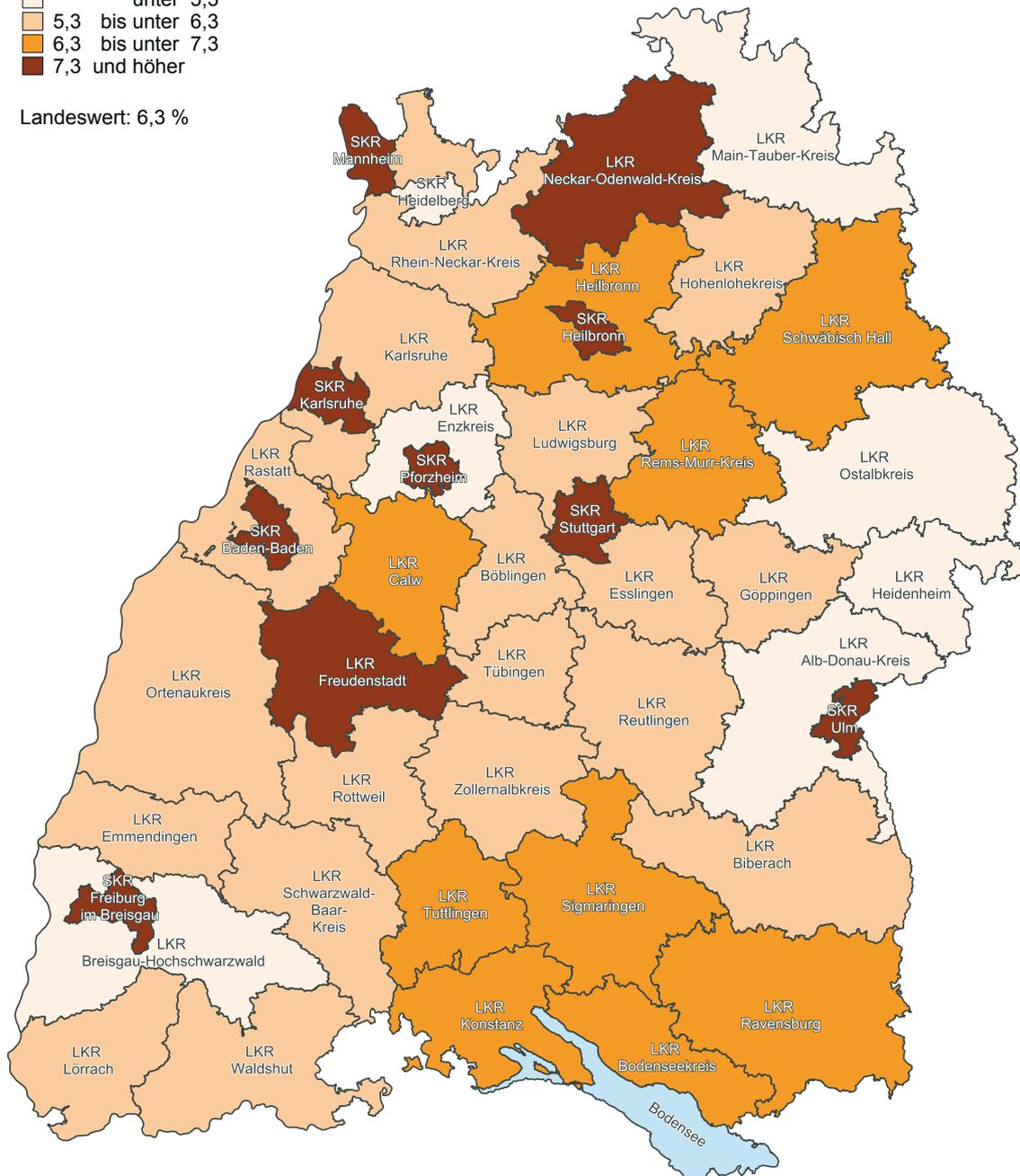
Grafik F 1 (G7)

Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss an allen Abgängern allgemein bildender Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006

In %

- unter 5,3
- 5,3 bis unter 6,3
- 6,3 bis unter 7,3
- 7,3 und höher

Landeswert: 6,3 %



Datenquelle: Schulstatistik.

die überwiegend von männlichen Schülern bevorzugt wird. Bei den anderen Berufskollegs, an denen dieser Abschluss bei Bestehen einer Zusatzprüfung erreicht werden kann, gibt es neben einigen gewerblichen und hauswirtschaftlichen Bildungsgängen ein gut ausgebautes Angebot an kaufmännischen Einrichtungen. An diesen Berufskollegs waren knapp mehr als die Hälfte der FHR-Absolventen Frauen. Immerhin war 2006 der Frauenanteil an den 14 921 Absolventen mit Fachhochschulreife im Vergleich zum Vorjahr um fast drei Prozentpunkte auf über 37 % angestiegen. Dieses Niveau wurde bereits einmal im Jahr 2000 erreicht. Ob dies erneut ein einmaliger Anstieg war oder sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Bezogen auf einen durchschnittlichen Altersjahrgang im typischen Absolventenalter erreichten 2006 fast 36 % der jungen Frauen und knapp 32 % der jungen Männer das Abitur (**Grafik F 1 (G8)**). Bei der Fachhochschulreife lagen dagegen die Männer mit einer Abschlussquote von beinahe 15 % vorne. Nur 9 % der Frauen konnten ein entsprechendes Zeugnis in Empfang nehmen. Damit erwarben von den jungen Männern knapp 47 % eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung und 45 % der Frauen.

Geschlechterverteilung bei mittleren Abschlüssen recht stabil

Bei den mittleren Abschlüssen – Realschulabschluss und Fachschulreife – lag der Anteil der weiblichen Absolventen in den letzten Jahren konstant zwischen 51 % und 53 % (**Tabelle F 1 (T3) im Anhang**). Mit einem Frauenanteil von 56 % an den Absolventen hatten die zweijährigen Berufsfachschulen einen entscheidenden Anteil daran, dass auch 2006 die jungen Frauen mit gut 51 % die Mehrheit unter den 61 273 Absolventen stellten (**Tabelle F 1 (T4) im Anhang**). Allerdings ist der in der Vergangenheit aufgetretene Rückgang des Schülerinnenanteils an diesen Einrichtungen (**vgl. Kapitel E 3**) auch mit dafür verantwortlich, dass diese Mehrheit nur noch knapp ausfällt.

Von den erfolgreichen Absolventen der Realschulen, an denen im Jahr 2006 knapp zwei Drittel der mittleren Abschlüsse erworben wurden, waren 51 % weiblich. In allen anderen Schular-

ten, an denen ein vergleichbarer Abschluss erreicht werden kann, haben diesen mehr Männer als Frauen erreicht. An den Hauptschulen, die mit 6 760 Abschlüssen hier zahlenmäßig an dritter Stelle stehen, hatten Absolventinnen einen Anteil von 49 %. Damit war ihr Anteil immerhin deutlich höher als der Schülerinnenanteil an den Hauptschulen des Landes (**vgl. Kapitel D 2.1**). Hauptschülerinnen nutzen daher die Möglichkeiten, die die Werkrealschule bietet, stärker als ihre männlichen Mitschüler.

Dementsprechend erreichte 2006 unter den jungen Frauen gut die Hälfte eines Altersjahrgangs einen mittleren Schulabschluss (**Grafik F 1 (G8)**). Bei ihren männlichen Altersgenossen lag die Abschlussquote mit 46 % um knapp fünf Prozentpunkte niedriger.

Deutlich mehr Jungen als Mädchen erwerben den Hauptschulabschluss

Der Hauptschulabschluss wird häufiger von Jungen als von Mädchen erworben. In den zurückliegenden Jahren erreichte der Jungenanteil beständig Werte zwischen knapp 56 % und 57 % (**Tabelle F 1 (T3) im Anhang**); 57 % betrug der Anteil auch im Jahr 2006. In diesem Jahr hatten vier Fünftel der insgesamt 46 181 Absolventen mit Hauptschulabschluss die Hauptschule besucht. Dort lag der Jungenanteil bei 56 % (**Tabelle F 1 (T4) im Anhang**). An den Realschulen und Gymnasien, von denen zusammen 1 846 Schüler nach dem Hauptschulabschluss abgegangen waren, lag der Mädchenanteil unter den Abgängern mit knapp 43 % bzw. 40 % deutlich unter dem jeweiligen Schülerinnenanteil. Mädchen gehen somit seltener vorzeitig von Realschulen oder Gymnasien ab als Jungen.

Die Hauptschulabschlussquote der Jungen lag 2006 mit knapp 41 % um beinahe acht Prozentpunkte über der Quote der Mädchen (**Grafik F 1 (G8)**). Dies ist der größte Abstand von Abschlussquoten bei geschlechtsspezifischer Betrachtung.

Fast 8 % der Jungen erreichen zunächst keinen Hauptschulabschluss

Bei den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss sind die Jungen deutlich in der Überzahl.

Grafik F1 (G8)



Seit rund zehn Jahren erreicht der Jungenanteil Werte im Bereich von 61 % bis 63 % (Tabelle F 1 (T3) im Anhang): Die 4 888 männlichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss des Jahres 2006 entsprechen einem Anteil von knapp 62 % an allen 7 932 entsprechenden Abgängern. Die meisten dieser Abgänger hatten eine Sonderschule besucht, welche einen überdurchschnittlichen Anteil männlicher Schüler aufweisen (vgl. Kapitel D 3). Dies erklärt den Jungenanteil von 61 % an den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss, die eine Sonderschule verlassen hatten (Tabelle F 1 (T4) im Anhang). Der Jungenanteil an den Hauptschulabgängern, die nicht das Bildungsziel der Hauptschule erreicht hatten, lag

mit knapp 65 % noch darüber und auch weit über dem Anteil männlicher Schüler an Hauptschulen (vgl. Kapitel D 2.1). Daher gehen Jungen weit-aus häufiger ohne Abschluss von Hauptschulen ab als Mädchen.

Knapp 8 % der Jungen eines Altersjahrgangs verließen im Jahr 2006 zunächst ohne Hauptschulabschluss die allgemein bildenden Schulen des Landes, von den Mädchen waren es rund 5 % (Grafik F 1 (G8)). Diese Schulabgänger haben allerdings die Chance, den Hauptschulabschluss später an einer anderen – meist beruflichen – Schule nachzuholen, zum Beispiel während des Besuchs des Berufsvorbereitungsjahres.

Methodische Erläuterung

Abschlussquoten

Die Abschlussquoten geben an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Altersjahrgangs einen bestimmten Schulabschluss erworben hat. Der Umfang dieses durchschnittlichen Altersjahrgangs der Wohnbevölkerung wird je nach Abschluss auf Basis unterschiedlicher tatsächlicher Altersjahrgänge ermittelt, die für das Erreichen des jeweiligen Schulabschlusses typisch sind:

- ohne und mit Hauptschulabschluss: 15 bis unter 17 Jahre,
- mittlerer Abschluss: 16 bis unter 18 Jahre,
- Fachhochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre,
- Hochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre.

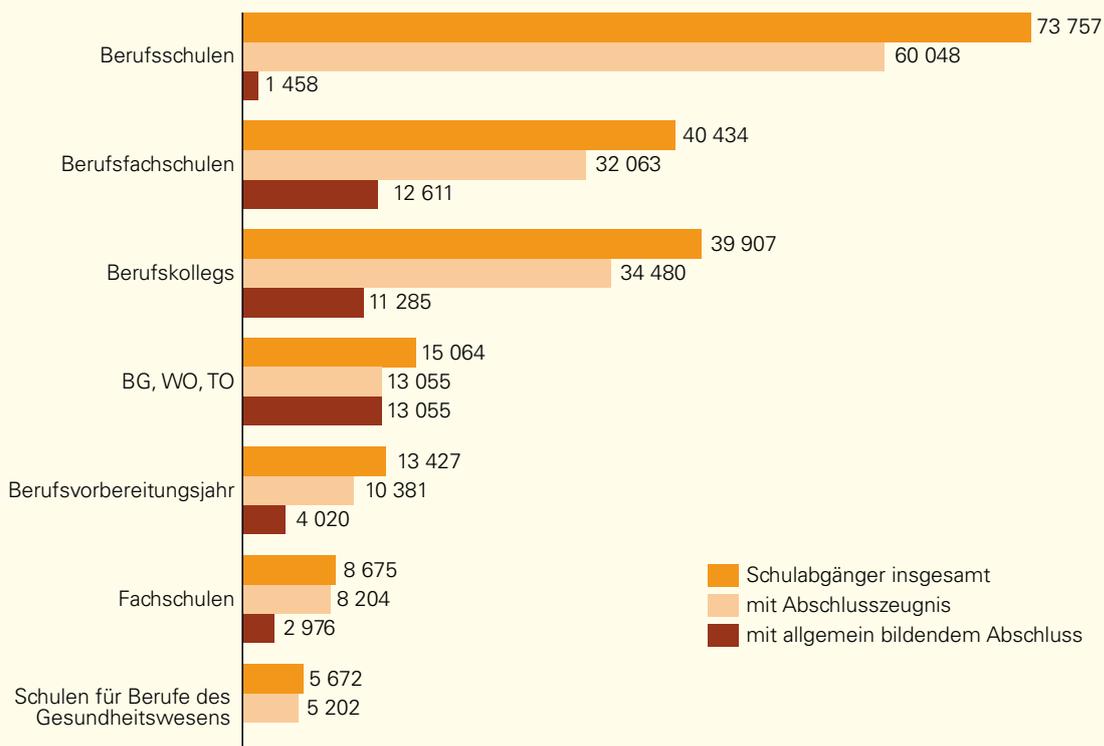
Die Abschlussquote wird berechnet, indem man die jeweilige Absolventenzahl durch den Wert des zugehörigen durchschnittlichen Altersjahrgangs teilt. Die Angabe dieser Absolventenanteile an der durchschnittlichen Wohnbevölkerung entspricht der in internationalen Veröffentlichungen üblichen Darstellung.

Durch das spätere Nachholen von Schulabschlüssen kommt es dazu, dass eine Person im Zeitablauf mehrfach gezählt werden kann. Zum Beispiel kann zunächst an der Hauptschule der Hauptschulabschluss erworben werden und anschließend an der zweijährigen Berufsfachschule die Fachschulreife. Diese Mehrfachzählungen führen dazu, dass die Summe der Abschlussquoten aller Schulabschlüsse mehr als 100 % ergibt.

Absolventen der beruflichen Schulen

Allgemein bildende Schulen führen in der Regel zu einem allgemein bildenden Abschluss. Diese Abschlüsse können auch an einer beruflichen Schule erworben bzw. verbessert werden. Das Hauptziel beruflicher Schulen ist jedoch die berufliche Bildung (Berufsvorbereitung, berufliche Grundbildung, Berufsausbildung und berufliche Weiterbildung). Die erfolgreichen Absolventen erhalten ein Abschlusszeugnis. Ende 2006 wurden insgesamt 197 586 Abgänger aus den beruflichen Schulen des Landes entlassen, knapp 83 % von ihnen konnten einen Gesellenbrief ihr eigen nennen, haben ein Abschlusszeugnis für den gewählten Beruf erhalten oder konnten eine berufliche Grundbildung mit Erfolg abschließen und damit ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt verbessern. Von den

Schulabgänger*) beruflicher Schulen im Abgangsjahr 2006



*) Insgesamt, mit Abschlusszeugnis und mit allgemein bildendem Abschluss.
 Datenquelle: Schulstatistik.

erfolgreichen Absolventen erreichten 45 818 zusätzlich zu ihrer Berufsausbildung oder in einem speziellen Bildungsgang einen allgemein bildenden Abschluss, was einem Anteil von 28 % entspricht. Weitere 33 740 Abgänger verließen die berufliche Schule ohne ein Abschlusszeugnis. Sie haben ihre Ausbildung abgebrochen oder wechselten den Bildungsgang bzw. die Schule.

Entsprechend der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen nahmen auch die Abgängerzahlen in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Im Abgangsjahr 2000 waren lediglich 172 090 Schüler von den beruflichen Schulen des Landes abgegangen. Die Anteile der Absolventen mit Abschlusszeugnis lagen in den Jahren 2000 bis 2006 zwischen knapp 80 und fast 84 %. Der Anteil derer, die einen allgemein bildenden Abschluss an einer beruflichen Schule erworben hatten, zeigte im gleichen Zeitraum eine ansteigende Tendenz. Während zur Jahrtausendwende gut 25 % der Absolventen die Gelegenheit nutzten und einen qualifizierenden Abschluss an einer beruflichen Schule erzielten, waren es Ende 2006 bereits 28 %.

Je nach Schulart und Bildungsziel sind die Erfolge der Abgänger recht unterschiedlich. Die duale Ausbildung an einer Berufsschule beendeten Ende 2006 knapp 82 % der 73 757 Abgänger mit einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf. Darunter erzielten gut 2 % zusätzlich einen allgemein bildenden Abschluss.

Von den 13 427 Abgängern des BVJ erhielten rund 77 % ein Abschlusszeugnis, knapp 39 % davon erwarben zusätzlich den Hauptschulabschluss. Gut 79 % der 40 434 Abgänger der Berufsfachschulen im Land hatten Ende 2006 den Bildungsgang erfolgreich abgeschlossen. Nahezu zwei Fünftel dieser Absolventen konnte die Berufsfachschule mit einem höherwertigen Bildungsabschluss verlassen. Von den Berufskollegs wurden 39 907 Abgänger gemeldet. Über 86 % von ihnen erhielten im Abgangsjahr 2006 ein Abschlusszeugnis, ein knappes Drittel davon erlangte zudem noch die Fachhochschulreife.

Wer sich für eine Weiterbildung an einer Fachschule entschieden hatte, tat dies zumeist mit Erfolg. Nahezu 95 % der 8 204 Abgänger im Schuljahr 2005/06 verließen diese mit einem Abschlusszeugnis in der Tasche. Gut 36 % davon konnten hier zudem noch ihren allgemein bildenden Abschluss verbessern. Die 5 202 Abgänger der Schulen für Berufe des Gesundheitswesens waren ähnlich erfolgreich. Hier erreichten knapp 92 % ihr Ausbildungsziel. Die Möglichkeit, einen allgemein bildenden Schulabschluss nachzuholen ist an dieser Schulart nicht gegeben.

An den beruflichen Schularten, deren Bildungsziel ausschließlich auf die Vermittlung einer Studienberechtigung ausgerichtet ist (berufliche Gymnasien und Berufsoberschulen), wurden 15 118 Abgänger gezählt. Hier erlangten gut 86 % der Abgänger ein Abschlusszeugnis und damit gleichzeitig die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife.

F 2 Abschlüsse ausländischer Schulabgänger

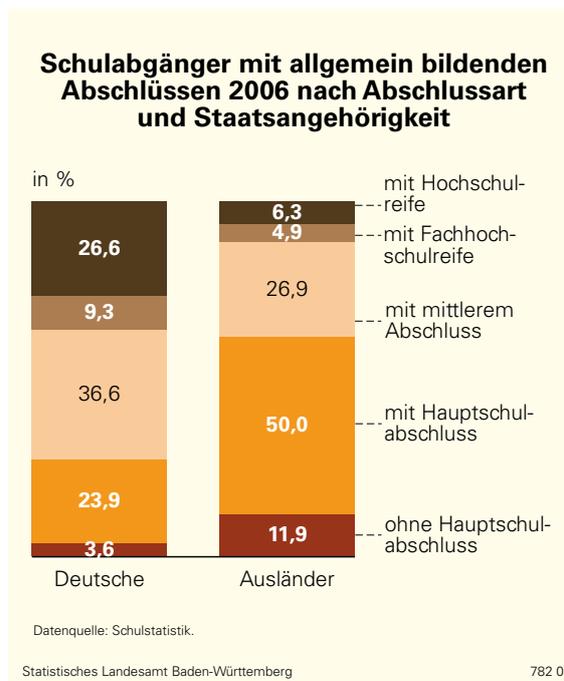
Die Hälfte der ausländischen Schulabgänger erwirbt den Hauptschulabschluss

Im Schuljahr 2005/06 verließen insgesamt 20 739 ausländische Schulabgänger die Schulen des Landes mit einem allgemein bildenden Abschluss oder ohne Abschluss nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht.¹ Von diesen erreichten 18 237 einen Abschluss, 2 502 gingen ohne Hauptschulabschluss ab. Nahezu die Hälfte der ausländische Schulabgänger hatte den Hauptschulabschluss bestanden, gut ein Viertel einen mittleren Abschluss (Grafik F 2 (G1)). Mit einem Anteil von 12 % waren die Abgänger ohne Abschluss die drittgrößte Gruppe. Abiturienten hatten einen Anteil von 6 %, zusammen mit den Absolventen mit Fachhochschulreife hatten damit 11 % der ausländischen Absolventen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Ihre Zahl war damit geringer als die der Abgänger ohne Hauptschulabschluss. Diese Verteilung der Schulabschlüsse unterscheidet sich damit deutlich von der ihrer deutschen Mitschüler. Unter diesen war der mittlere Schulabschluss mit einem Anteil von 37 % der häufigste, gefolgt vom Abitur mit fast 27 %. Nur knapp 4 % der deutschen Schulabgänger verließen im Jahr 2006 die Schule ohne Abschluss.

Fast ein Drittel der Abgänger ohne Abschluss sind Ausländer

Der Abgang ohne Hauptschulabschluss weist unter den verschiedenen Abschlussarten den höchsten Anteil an Ausländern auf: Fast ein Drittel der Schüler, die im Schuljahr 2005/06 ohne Hauptschulabschluss eine allgemein bildende Schule verließen, besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit (Grafik F 2 (G2)). Die meisten von diesen insgesamt 2 502 ausländischen Abgängern hatten zuvor eine Sonderschule besucht. In der überwiegenden Zahl der Fälle war dies eine Förderschule, eine

Grafik F2 (G1)



Schule für geistig Behinderte oder für Körperbehinderte. Dies sind Bildungsgänge, in denen der Hauptschulabschluss nicht das Regelziel ist. Zusammen 1 193 ausländische Jugendliche gingen jedoch von einer Schule ab, deren Ziel der Erwerb eines allgemein bildenden Abschlusses ist. In allen Schularten lag dabei der Anteil ausländischer Jugendlicher an den vorzeitigen Schulabgängern über dem Anteil der ausländischen Schüler. Besonders hoch war er mit 42 % in der Hauptschule (Tabelle F 2 (T1) im Anhang).

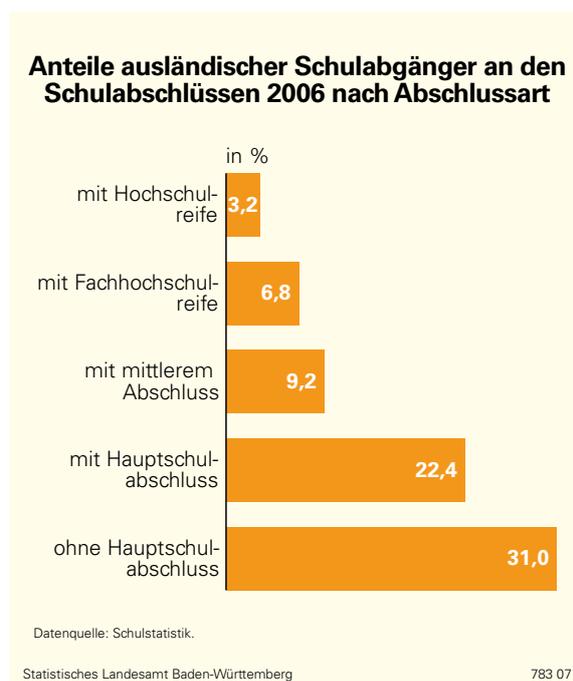
Seit dem Jahr 2000 lag der Ausländeranteil an den Schulabgängern ohne Abschluss im Bereich um 30 %. Davor waren höhere Werte zu beobachten: 1990 betrug er fast 42 % bei einer insgesamt höheren Abgängerzahl (Tabelle F 2 (T2) im Anhang). Im Vergleich hierzu ist ein gewisser Fortschritt erkennbar. Ausländische Jugendliche haben jedoch immer noch größere Probleme, einen Schulabschluss zu erreichen als deutsche.

1 Siehe die methodische Erläuterung „Ausländische Schulabgänger“ am Ende dieses Kapitels.

Viele Ausländer holen den Hauptschulabschluss an beruflichen Schulen nach

Im Jahr 2006 wurden 22 % der Hauptschulabschlüsse von ausländischen Absolventen erreicht (Grafik F 2 (G2)). An einer Hauptschule erlangten diesen 8 015 der zusammen 10 279 ausländischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluss. Mit 22 % lag der Ausländeranteil an den Hauptschulabsolventen allerdings unter dem Ausländeranteil der Hauptschüler, der im Schuljahr 2005/06 gut 25 % betrug. Ausländische Hauptschüler erreichen damit etwas seltener den Hauptschulabschluss als ihre deutschen Mitschüler. Dagegen lag der Anteil ausländischer Jugendlicher, die im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) den Hauptschulabschluss erlangen konnten, mit 34 % über dem entsprechenden Schüleranteil von 31 % (Tabelle F 2 (T1) im Anhang). Das BVJ verfügt damit über den höchsten Anteil ausländischer Schulabgänger. Die Chance, den Hauptschulabschluss nachzuholen, wenn man ihn an einer allgemein bildenden Schule nicht erreicht hat, wird somit durchaus genutzt.

Grafik F2 (G2)



In den letzten sechs Jahren wurden zwischen 20 % und knapp 23 % der Hauptschulabschlüsse von ausländischen Jugendlichen erworben (Tabelle F 2 (T2) im Anhang). Zur Mitte der 90er-Jahre hatte gut ein Viertel der Absolventen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Damals war allerdings auch der Ausländeranteil bedingt durch den Flüchtlingszustrom in Folge des Balkankriegs höher.

Viele Wege zum mittleren Abschluss werden genutzt

Etwas mehr als 9 % der mittleren Abschlüsse wurden 2006 von Ausländern erworben (Grafik F 2 (G2)). Dabei ist die Realschule unter den ausländischen Abgängern weniger verbreitet als unter den deutschen. Während 2006 fast zwei Drittel der deutschen Absolventen den mittleren Abschluss an einer Realschule erworben hatten, waren es unter den ausländischen mit knapp 42 % deutlich weniger als die Hälfte der 5 573 Absolventen mit entsprechenden Abschlüssen. Viele ausländische Jugendliche erreichen über die zweijährigen Berufsfachschulen oder durch den Besuch des 10. Hauptschuljahres den mittleren Abschluss. Mit Anteilen von 28 % bzw. 24 % waren diese für Ausländer relativ bedeutender als für deutsche Schüler (Tabelle F 2 (T1) im Anhang).

Ähnlich wie beim Hauptschulabschluss war bei den mittleren Abschlüssen Mitte der 90er-Jahre mit einem Anteil ausländischer Absolventen von knapp 10 % ein Höchststand zu verzeichnen. Bis 2002 war dieser Anteil wieder auf unter 8 % zurückgegangen. Seitdem war wieder ein leichter Anstieg des Anteils ausländischer Absolventen mit mittlerem Abschluss auf gut 9 % im Jahr 2006 zu erkennen (Tabelle F 2 (T2) im Anhang).

7 % Ausländeranteil bei der Fachhochschulreife

Von den 14 921 erfolgreich abgelegten Fachhochschulreifeprüfungen des Jahres 2006 wurden 1 020 von Ausländern bestanden, was einem Anteil von fast 7 % entspricht (Grafik F 2 (G2)). Wie bei ihren deutschen Mitschülern waren auch unter den Ausländern die Berufskollegs die am häufigsten gewählten Bildungsgänge zur Erreichung der Fachhochschulreife (Tabelle F 2 (T1))

im Anhang). Sie wählten jedoch relativ seltener den Weg über ein spezielles Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife, sondern entschieden sich häufiger für die Zusatzprüfung im Rahmen einer schulischen Berufsausbildung.

Nach einem vorübergehenden Hoch mit Werten bis 9 % zu Beginn des jetzigen Jahrzehnts pendelte sich der Ausländeranteil an den Fachhochschulreifezeugnissen seit 2002 bei rund 7 % ein (Tabelle F 2 (T2) im Anhang). Im Vergleich zum Jahr 1990 hat sich der Anteil ausländischer Absolventen am Erwerb der Fachhochschulreife damit beinahe verdreifacht.

Abitur ist der Abschluss mit geringstem Ausländeranteil

Unter den 41 168 Abiturienten des Jahrgangs 2006 waren 1 307 Absolventen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil betrug damit gut 3 %. Im Vergleich zwischen den einzelnen Schulabschlüssen ergibt sich damit das Bild, dass der Ausländeranteil um so niedriger ist, je höherwertig der Abschluss ist (Grafik F 2 (G2)). An beruflichen Gymnasien war der Ausländeranteil bei den Abiturienten mit fast 5 % etwa doppelt so hoch wie an den allgemein bildenden (Tabelle F 2 (T1) im Anhang). Zusammen 633 ausländische Jugendliche erwarben die Hochschulreife an einer beruflichen Schule – meist an einem beruflichen Gymnasium, seltener an einer Technischen oder Wirtschaftsoberschule. Ihre Zahl reicht damit fast an die der 674 ausländischen Abiturienten allgemein bildender Schulen heran.

In den letzten Jahren war ein rückläufiger Trend des Ausländeranteils beim Erwerb der Hochschulreife festzustellen. Im Jahr 2000 betrug er noch knapp 5 % und lag damit deutlich höher als in den Jahren 2005 und 2006 (Tabelle F 2 (T2) im Anhang). Dies muss aber nicht auf eine rückläufige Bildungsneigung unter den ausländischen Jugendlichen zurückzuführen sein. Hier kann sich auch die Anfang des Jahres 2000 in Kraft getretene Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts auswirken. Diese erleichterte den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern.

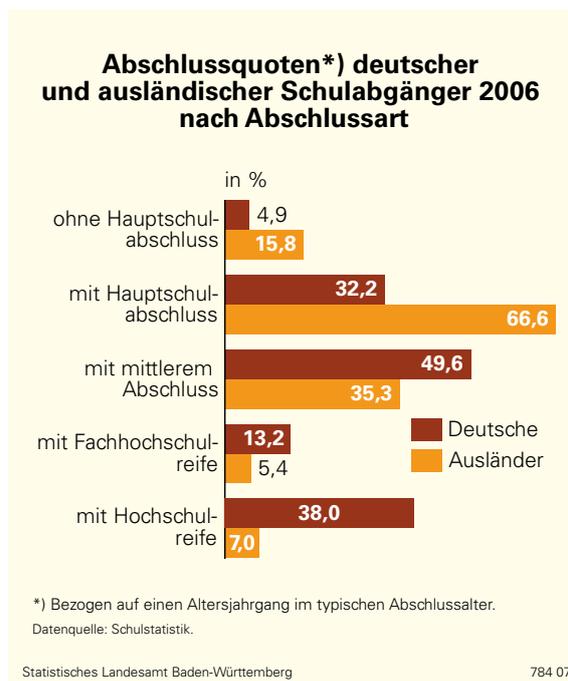
Zwei Drittel der ausländischen Jugendlichen erwerben den Hauptschulabschluss

Die unterschiedlich hohen Anteile deutscher und ausländischer Schulabgänger beim Erwerb der verschiedenen Schulabschlüsse schlagen sich auch in den Abschlussquoten nieder.² Bezieht man die Zahl der Schulabgänger auf einen Altersjahrgang im für den jeweiligen Abschluss typischen Alter, ergibt sich für das Jahr 2006, dass fast 16 % der ausländischen Jugendlichen eines Altersjahrgangs (zunächst) die allgemein bildenden Schulen verlassen, ohne den Hauptschulabschluss zu erwerben (Grafik F 2 (G3)). Von ihren deutschen Altersgenossen traf dies nur auf 5 % zu. Allerdings haben diese Schulabgänger die Chance, den Abschluss später im Berufsvorbereitungsjahr nachzuholen.

Der Hauptschulabschluss ist der Abschluss, den die meisten ausländischen Jugendlichen errei-

2 Zur Berechnung der Abschlussquoten siehe die methodische Erläuterung „Abschlussquoten“ am Ende von Kapitel F 1.

Grafik F2 (G3)



chen. Etwa zwei Drittel eines Jahrgangs erhalten ein entsprechendes Abschlusszeugnis. Damit ist dieser Anteil mehr als doppelt so hoch wie unter den deutschen Jugendlichen. Bei diesen ist der mittlere Abschluss der häufigste: Die Hälfte eines Altersjahrgangs erwirbt den Realschulabschluss oder die Fachschulreife. Unter den Ausländern beträgt diese Abschlussquote 35 %.

Die Fachhochschulreife erwarben unter den jungen Ausländern eines Altersjahrgangs gut 5 %, unter den jungen Deutschen dagegen rund

13 %. Noch weitaus größer ist der Unterschied bei der Hochschulreife: 7 % der Ausländer, aber 38 % der Deutschen eines Jahrgangs bestanden das Abitur. Somit erwirbt unter der deutschen Bevölkerung mittlerweile mehr als die Hälfte eines Geburtsjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung. Dagegen traf dies 2006 nur für etwas mehr als 12 % der entsprechenden ausländischen Bevölkerung zu. Auch hier gilt allerdings die Einschränkung, dass das geänderte Staatsbürgerrecht den Wert für die Ausländer im Vergleich zu früher ein wenig absenken kann.

Methodische Erläuterung

Ausländische Schulabgänger

Anders als bei den Schülern wird bei den Schulabgängern in der amtlichen Schulstatistik ausschließlich nach dem Ausländerstatus gefragt. Daher sind keine Angaben über den Schulerfolg von Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien vorhanden.

F 3 Perspektiven für Hauptschulabgänger im dualen System

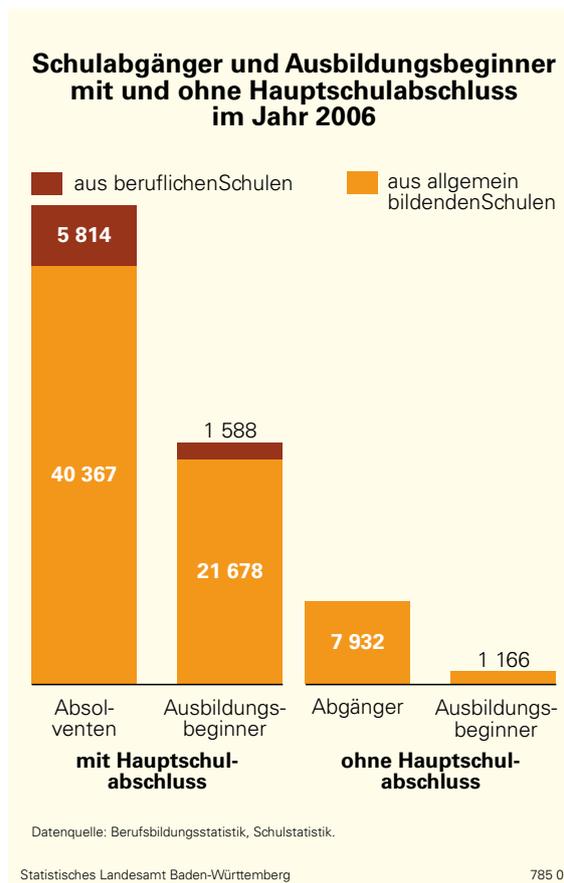
Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss rückläufig

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 76 148 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das waren gut 3 000 mehr als ein Jahr zuvor. Damit hat sich die positive Wirtschaftsentwicklung auch auf das Angebot an Ausbildungsplätzen ausgewirkt (Tabelle F 3 (T1) im Anhang).

Von den insgesamt gut 46 000 Jugendlichen, die 2006 den Hauptschulabschluss ablegten, konnten knapp 21 700 sowie weitere annähernd 1 600 Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) einen Lehrvertrag abschließen (Grafik F 3 (G1)).¹ Letztere dürften wohl weit überwiegend ebenfalls über den Hauptschulabschluss verfügen. Bezogen auf alle Absolventen mit Hauptschulabschluss bedeutet dies eine rechnerische Erfolgsquote von rund 50 % bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Unter den knapp 11 500 Ausbildungsbeginnern, die in der Berufsbildungsstatistik mit Herkunft aus einer Berufsfachschule gemeldet wurden, könnten – unter der Annahme, dass diese überwiegend aus einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen² stammen – weitere rund 7 000 Hauptschulabsolventen gewesen sein. Dann läge die rechnerische Erfolgsquote bei ungefähr 65 %.

Seit einiger Zeit sinkt der Anteil der Auszubildenden mit und ohne Hauptschulabschluss an der Zahl der Neuabschlüsse: 1995 betrug er 40 %, im Jahr 2006 nur noch 31 %. Im Gegenzug stieg der Anteil der Ausbildungsanfänger mit mittlerem Bildungsabschluss: 1995 lag er bei 30 %, 2006 bei 35 %. Damit sind mittlere Bildungsabschlüsse inzwischen bei den Ausbildungsbeginnern häufiger anzutreffen als der Hauptschulabschluss. Der Anteil der Auszubildenden mit Fachhochschul- oder Hochschulreife veränderte sich demgegenüber nur wenig (Grafik F 3 (G2)). Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz

Grafik F3 (G1)



müssen Hauptschulabgänger folglich heute stärker als vor rund zehn Jahren mit Jugendlichen konkurrieren, die über einen mittleren Bildungsabschluss verfügen.

Jugendliche mit Hauptschulabschluss im Handwerk noch in der Mehrheit

Nur im Ausbildungsbereich Handwerk wurde 2006 die Mehrzahl der Ausbildungsverträge von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss abgeschlossen (Tabelle F 3 (T1) im Anhang): 11 372 der insgesamt 22 519 angehenden Handwerker verfügten über diesen Abschluss. Im Vergleich zu 1995 sank aber der Anteil von 58 % auf knapp

1 Siehe die methodische Erläuterung „Bildungsverläufe“ am Ende dieses Kapitels.

2 Siehe die methodische Erläuterung „einjährige gewerblichen Berufsfachschulen“ am Ende dieses Kapitels.

51 %. Ein Viertel der Verträge im Handwerk wird inzwischen von Schulabsolventen mit Real-schulabschluss oder Fachschulreife abgeschlossen. Im Jahr 1995 lag ihr Anteil noch bei 18 %.

Auch in den Bereichen Landwirtschaft und Hauswirtschaft stellten Hauptschul- und BVJ-Absolventen mit 45 % bzw. 40 % die größte Gruppe. Allerdings sind diese beiden Bereiche zahlenmäßig weit weniger bedeutend. In der Landwirtschaft wurden 1 623 und in der Hauswirtschaft lediglich 617 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Die Hauswirtschaft wies dabei auch als einziger Bereich mit fast 33 % einen höheren Anteil an

Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss auf. Fast alle diese Jugendlichen absolvierten eine Ausbildung zur Hauswirtschaftshelferin. In absoluten Zahlen boten allerdings das Handwerk und der Bereich Industrie und Handel mehr Schulabgängern ohne Abschluss die Möglichkeit, einen Ausbildungsberuf zu erlernen: Beinahe die Hälfte aller Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss kam in Handwerksberufen unter, über ein Viertel in Industrie und Handel.

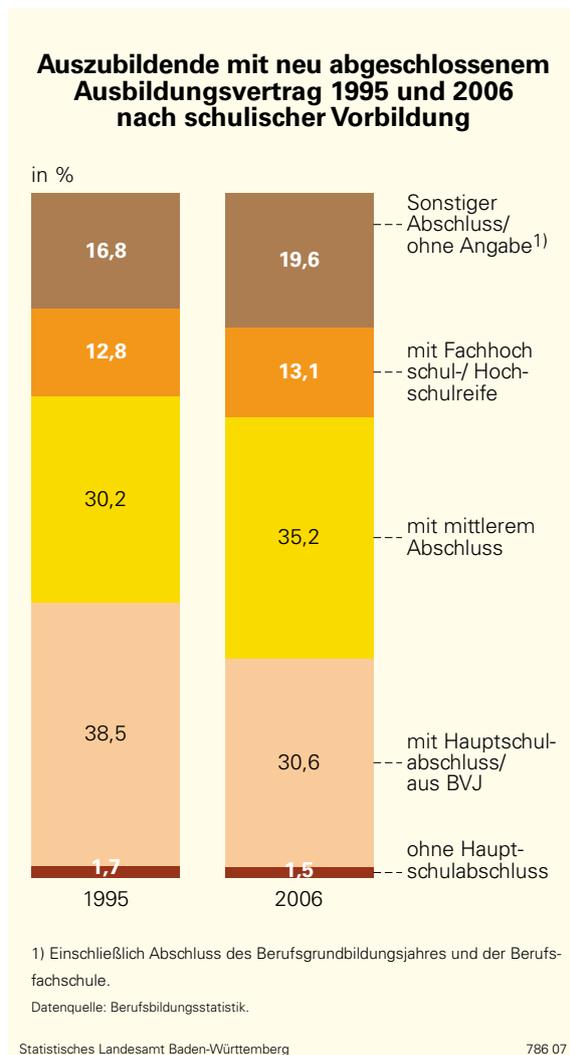
In „Industrie und Handel“ und „Freien Berufen“ Trend zu höheren Abschlüssen

Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel verfügten gut 22 % aller 43 993 Auszubildenden, die 2006 einen Vertrag abgeschlossen haben, über den Hauptschulabschluss oder kamen aus dem BVJ. Rund 37 % konnten einen mittleren Schulabschluss vorweisen. Mit 18 % wies dieser Bereich den höchsten Anteil an Ausbildungsbeginnern mit Fachhochschul- oder Hochschulreife auf. Zu „Industrie und Handel“ gehören unter anderem die Berufsgruppen „Bank-, Bausparkassen- und Versicherungsfachleute“, „Rechnungskaufleute, Informatiker“ und „Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe“, in denen fast die Hälfte der Auszubildenden eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen.

Der Anteil von Absolventen mit Hauptschulabschluss oder des BVJ hat sich im Ausbildungsbereich Freie Berufe seit 1995 in etwa halbiert: Damals wiesen rund 35 % der Ausbildungsanfänger einen entsprechenden Abschluss vor, im Jahr 2006 waren es nur noch gut 17 %. Dementsprechend stieg der Anteil der Auszubildenden mit mittlerem Abschluss von 38 % auf 55 % an. Zu den „Freien Berufen“ zählen unter anderem Arzthelfer, Rechtsanwaltsfachangestellte und Steuerfachangestellte. Der Rückgang des Ausbildungsplatzangebots in diesem Bereich verschärft hier noch die Konsequenzen für Hauptschulabsolventen. Im Jahr 1995 wurden in den Freien Berufen 7 133 Verträge abgeschlossen, 2006 waren es nur noch 5 306. Die Zahl der Hauptschul- und BVJ-Absolventen reduzierte sich somit von 2 475 auf 960.

Der Ausbildungsbereich „Öffentlicher Dienst“ stützt sich bei der Auswahl der Auszubildenden traditionell weitgehend auf Schulabsolventen

Grafik F3 (G2)



mit mittlerem Abschluss. Bereits 1995 hatten Jugendliche mit Hauptschulabschluss lediglich einen Anteil von rund 10 % an den Vertragsabschlüssen. Bis 2006 ist er weiter um rund die Hälfte auf knapp 6 % zurückgegangen. Bemerkenswert ist im Öffentlichen Dienst der Anstieg der Verträge von Jugendlichen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife in diesem Zeitraum von 12 % auf über 21 %.

Schulabschluss beeinflusst die Berufswahl

Betrachtet man die Verteilung der Auszubildenden auf die Berufe unter dem Aspekt ihrer schulischen Vorbildung, zeigen sich eindeutige Verteilungsmuster. Die Berufsgruppen sind in **Grafik F 3 (G3)** absteigend nach dem Anteil an Auszubildenden mit oder ohne Hauptschulabschluss bzw. mit Herkunft aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) sortiert. An der Spitze stehen die Berufe in der Back-, Konditor- und Süßwarenherstellung mit einem Anteil von fast 74 %. Danach folgen mit 69 % die Berufsgruppe Maler, Lackierer und verwandte Berufe sowie mit gut 65 % das Verkaufspersonal. Mit Anteilen von 1 % bzw. knapp 4 % sind Hauptschulabsolventen unter Bank-, Bausparkassen- und Versicherungsfachleuten sowie Rechnungskaufleuten und Informatikern dagegen nur äußerst selten zu finden.

Beim Vergleich dieser Verteilung mit der Situation von 1995 fällt auf, dass nur in drei Berufsgruppen der Anteil der Hauptschulabsolventen nennenswert angestiegen ist: bei den Berufen in der Holz- und Kunststoffverarbeitung von 41 % auf 45 %, in den Hotel- und Gaststättenberufen von 21 % auf 25 % und in den Gartenbauberufen von 47 % auf 54 %. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag im erstgenannten Bereich mit knapp 1 700 allerdings um 800 unter dem Wert des Jahres 1995, im Gartenbau ging die Zahl um knapp 100 auf rund 1 200 zurück. Bei den Hotel- und Gaststättenberufen war dagegen in diesem Zeitraum ein Anstieg um beinahe 700 auf fast 2 600 zu verzeichnen.

In den übrigen Berufsgruppen waren zum Teil erhebliche Einbrüche zu beobachten: bei den übrigen Gesundheitsdienstberufen (insbesondere Arzthelfer und zahnmedizinische Fachangestell-

te) von 50 % auf 24 %, bei den Berufen in der Körperpflege (vor allem Friseure) von 75 % auf 54 %, bei den Maschinenbau- und -wartungsberufen von 52 % auf 31 % und bei den Elektroberufen von 35 % auf 14 %. Hieraus folgt eine zunehmende Einschränkung des Berufsspektrums, das den Hauptschulabsolventen noch offensteht. Bei vielen Ausbildungsplätzen müssen sie heute mit Jugendlichen mit Realschulabschluss oder Fachschulreife konkurrieren.

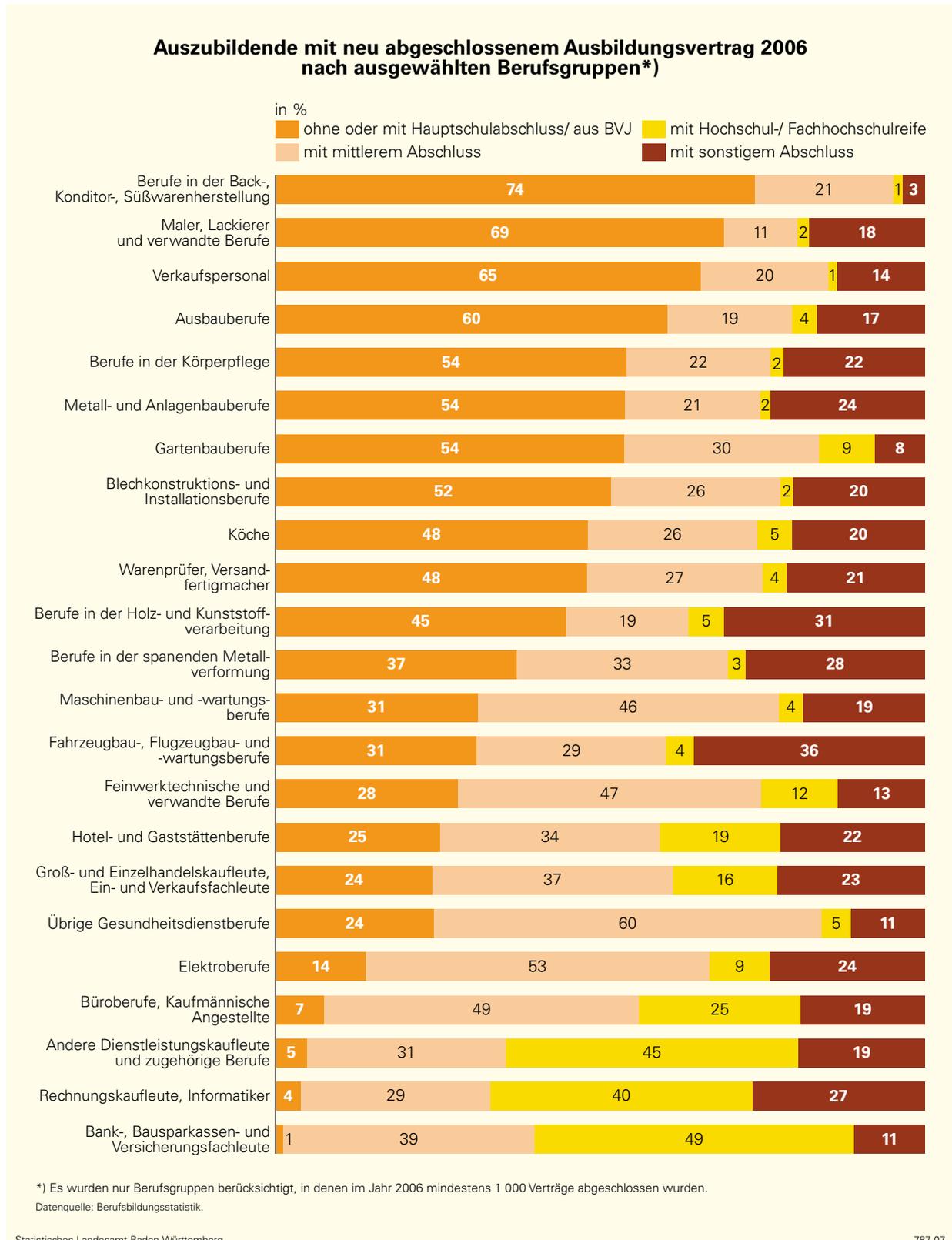
Hauptschulabsolventen überwiegend in Berufen mit höherem Vertragslösungsrisiko

Im Jahr 2006 wurde fast jeder sechste Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst. Dabei wurden im Bereich des Handwerks 20 % der Verträge vorzeitig beendet, im Bereich Industrie und Handel dagegen nur etwa 14 %.³ Unter den Ausbildungsberufen mit der höchsten Vertragslösungsquote stehen die Restaurantfachleute, die Gebäudereiniger und die Köche mit Lösungsquoten um 40 % an der Spitze (**Grafik F 3 (G4)**). Am anderen Ende der Skala rangieren Verlagskaufleute und Fertigungsmechaniker mit Lösungsquoten von lediglich gut 1 % bzw. gut 2 %. Mit Verwaltungsfachangestellten, Justizfachangestellten und Fachangestellten für Bürokommunikation sind drei Berufe aus dem öffentlichen Dienst unter den am wenigsten von Vertragslösungen betroffenen Berufen zu finden.

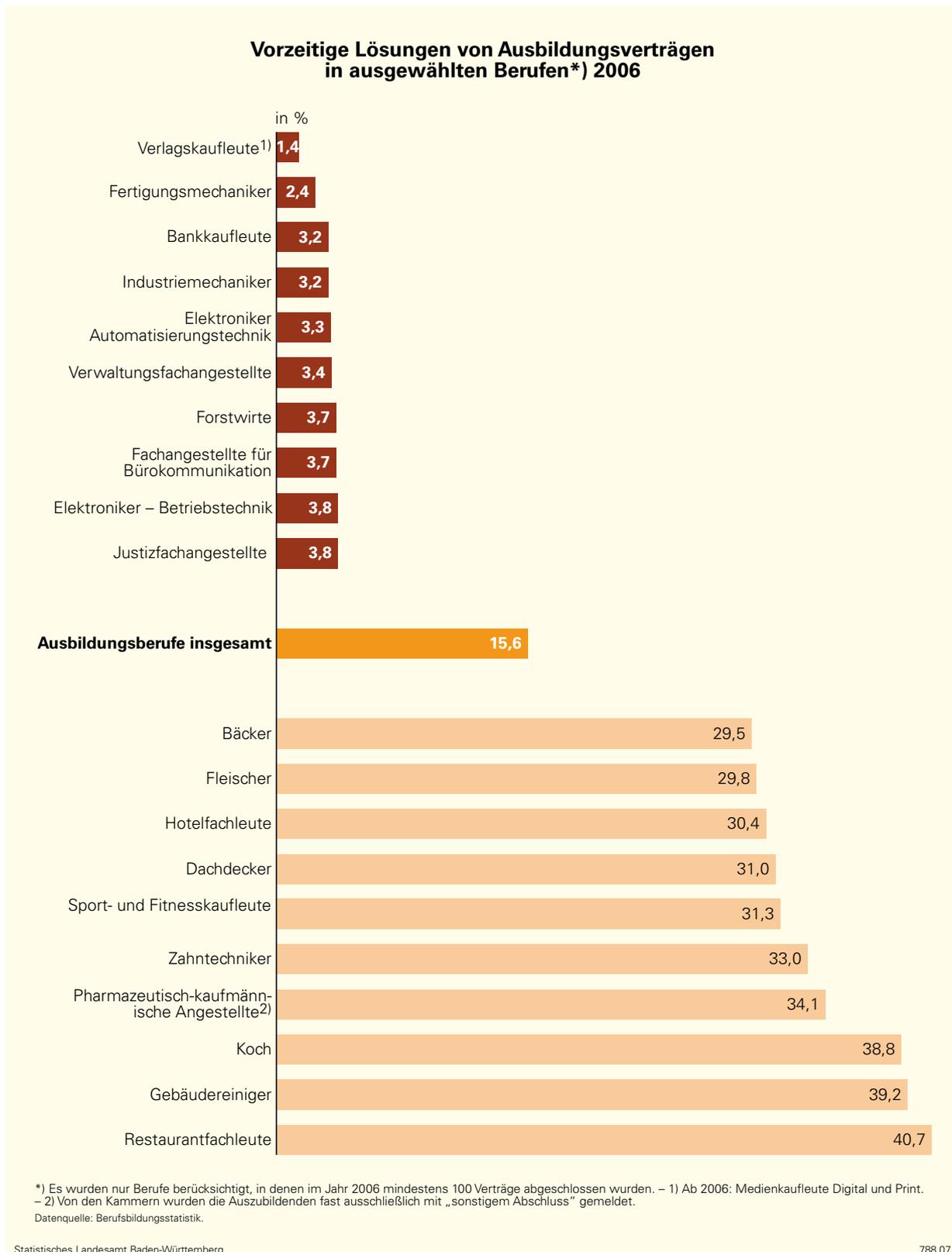
Überwiegend weisen die Berufe mit dem höchsten Lösungsrisiko überdurchschnittliche Anteile an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss oder Herkunft aus dem BVJ auf (**Tabelle F 3 (T2) im Anhang**). Nur Zahntechniker, Hotelfachleute und Sport- und Fitnesskaufleute liegen hier unter dem Durchschnittswert von knapp 31 %. Demgegenüber sind in drei Berufen – wenn man die Gebäudereiniger mit ihren recht hohen Anteilen an Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss dazuzählt sogar in vier Berufen – Anteile von Hauptschul-/BVJ-Absolventen von mehr als 70 % anzutreffen. Unter den Berufen mit dem niedrigsten Lösungsrisiko sind dagegen mit Forstwirten und Fertigungsmechanikern lediglich

³ Zur Berechnung von Lösungsquoten siehe die methodische Erläuterung „Lösungsquoten“ am Ende dieses Kapitels.

Grafik F3 (G3)



Grafik F3 (G4)



zwei mit überdurchschnittlichem Anteil an Hauptschul-/BVJ-Absolventen zu finden. Immerhin stellen sie unter den Industriemechanikern, dem nach wie vor beliebtesten und nur relativ wenig von Vertragsauflösungen betroffenen Beruf, noch gut ein Viertel der Ausbildungsbeginner. In den anderen Berufen mit dem geringsten Vertragslösungs-

risiko bewegt sich ihr Anteil jedoch im einstelligen Prozentbereich. Diese Zahlen sprechen dafür, dass Schulabgänger mit Hauptschulabschluss nicht nur bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz vor größeren Schwierigkeiten stehen, sondern tendenziell auch öfter Probleme haben, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Methodische Erläuterung

Einjährige gewerbliche Berufsfachschulen

In vielen handwerklichen Berufen können es sich die meisten Handwerksbetriebe auf Grund ihrer hohen fachlichen Spezialisierung oder der hohen Kosten nicht leisten, eine eigene umfassend ausgestattete Lehrwerkstatt einzurichten. In diesen Fällen ergänzt die einjährige Berufsfachschule als vollzeitschulische Einrichtung das duale Ausbildungssystem. Dort erhalten die Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr die berufliche Grundbildung für das gesamte Berufsfeld. Ein Beispiel hierfür ist der Beruf des Kfz-Mechatronikers. Die Schüler einjähriger Berufsfachschulen dürften somit zu einem großen Teil im folgenden Jahr in das duale Ausbildungssystem wechseln.

Bildungsverläufe

Derzeit existiert noch keine schülerbezogene Verlaufsstatistik. Somit kann nicht erkannt werden, ob Jugendliche direkt nach Absolvieren einer allgemein bildenden Schule einen Ausbildungsvertrag erhalten oder erst nach ein- oder mehrmaligem Durchlaufen berufsvorbereitender Maßnahmen. Auch über den Erfolg solcher Maßnahmen lässt sich auf schulstatistischer Basis daher noch nichts aussagen. Aus einer Querschnittbetrachtung verschiedener Zahlenreihen lassen sich lediglich Anhaltspunkte über mögliche Verläufe gewinnen.

Lösungsquote

Die Lösungsquote beschreibt den Anteil der Ausbildungsverträge, die vor Abschluss der Berufsausbildung wieder aufgelöst werden. Seit einigen Jahren wird sie nach dem sogenannten Schichtenmodell berechnet. Dabei werden die innerhalb des Berichtsjahres erfolgten Lösungen der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr auf die Neuabschlüsse dieses Jahres zuzüglich der in diesem Zeitraum erfolgten Vertragslösungen in der Probezeit bezogen. Mit den Lösungen im 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr wird analog verfahren. Diese vier Teilquoten werden dann zur Lösungsquote im Berichtsjahr addiert. Dieses Vorgehen gleicht durch Schwankungen in der Zahl der Neuabschlüsse verursachte Verzerrungen aus, die bei Verwendung der „einfachen“ Lösungsquote auftreten können. Bei der einfachen Quote werden alle Vertragslösungen – unabhängig vom Ausbildungsjahr, in dem sich die jeweiligen Auszubildenden befanden – auf die Zahl der im Berichtsjahr abgeschlossenen Neuverträge zuzüglich der Vertragslösungen in der Probezeit bezogen.

Da das Schichtenmodell ein relativ aufwendiges Berechnungsverfahren ist, wurden die hier genannten Quoten nur für die Gesamtzahl der Ausbildungsverträge auf diese Weise berechnet. Lösungsquoten für Einzelberufe wurden nach dem einfachen Verfahren ermittelt.

Berufliche Ausbildung mit Chancen für Hauptschüler:

Fachkraft für Schutz und Sicherheit

Die „Fachkraft für Schutz und Sicherheit“ ist seit August 2002 ein anerkannter Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Der Monoberuf wird ohne Spezialisierung nach Fachrichtungen oder Schwerpunkten in Industrie und Handel ausgebildet. Die Ausbildungsdauer beträgt drei Jahre. Ein zweijähriger Ausbildungsgang „Servicekraft für Schutz und Sicherheit“ ist in Vorbereitung.

Dieser neue Ausbildungsberuf wird an der Max-Eyth-Schule Stuttgart in Landesfachklassen für Baden-Württemberg und das Saarland unterrichtet. Der schulische Teil der Ausbildung erfolgt handlungsorientiert und praxisnah im Lernfeldkonzept, auch in Verbindung mit europäischen Partnerschulen. Die Ausbildung findet in den Bereichen Objekt- und Anlagenschutz, Veranstaltungs- und Verkehrsdiensten sowie Personen- und Werteschutz statt.

Der Einsatzbereich der Fachkräfte für Schutz und Sicherheit ist vielseitig. Sie gewähren die Sicherheit von Personen und schützen Objekte, Anlagen und Werte. Beim Werksschutz, im Streifendienst, bei Werttransporten, auf Veranstaltungen oder im Personenschutz ergreifen sie vorbeugende Maßnahmen und wehren Gefahren ab. Ein wichtiges Einsatzgebiet sind auch Flughäfen, wo sie in der Personen-, Reise- und Handgepäckkontrolle arbeiten.



Absolventen des Ausbildungsberufs „Fachkraft für Schutz und Sicherheit“ an der Max-Eyth-Schule Stuttgart

Ausgehend von der Max-Eyth-Schule Stuttgart und dem ‚Bayerischen Verband für die Sicherheit in der Wirtschaft‘ hat sich in Eigeninitiative ein Arbeitskreis aus allen unterrichtenden Schulen, vielen Betrieben und Fachleuten der Sicherheitsbranche gebildet, um möglichst schnell einen hohen gemeinsamen bundesweiten Ausbildungsstand zu erreichen.

Im Schuljahr 2007/08 nehmen über 200 Schüler in acht Landesfachklassen aus ganz Baden-Württemberg und dem Saarland am Unterricht teil. Die ersten Absolventen haben im Sommer 2005 ihre Abschlussprüfung erfolgreich an der Max-Eyth-Schule und der IHK Stuttgart abgelegt.

F 4 Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2025

Zum Ende des Schuljahres 2005/06 verließen 126 208 Jugendliche die allgemein bildenden Schulen im Land (vgl. Kapitel F 1). Darunter waren 28 827 Abiturienten, 48 748 Absolventen mit Realschulabschluss und 40 367 Absolventen mit Hauptschulabschluss. 7 932 junge Menschen gingen von der Schule ab, ohne einen allgemein bildenden Abschluss erworben zu haben. Darunter waren allerdings auch 3 111 Schulabgänger mit Abschluss der Förderschule und 917 mit dem Abschluss der Schule für geistig Behinderte, bei denen der Hauptschulabschluss nicht Regelziel ist. Auch an vielen Bildungsgängen beruflicher Schulen können allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. 2006 verließen 12 892 Abiturienten die beruflichen Gymnasien, Technischen Oberschulen oder Wirtschaftsoberschulen. 12 525 Schulabgänger erwarben an beruflichen Schulen die Fachschulreife. Diese ist als mittlerer Abschluss das Pendant zum Realschulabschluss an allgemein bildenden Schulen. Die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen, nutzten 5 814 Schüler. Die meisten von ihnen schafften dies im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres.

Analog zur Vorausrechnung der Schülerzahlen kann die Vorausrechnung der Absolventenzahlen nur die Entwicklung aufzeigen, die unter den heute absehbaren Rahmenbedingungen als wahrscheinlich anzusehen ist. Vor allem die längerfristigen Ergebnisse sind nicht als Vorhersagen zu verstehen, sondern sollen grundlegende Tendenzen aufzeigen.¹

2012 werden 74 000 Abiturienten erwartet

Das herausragende Ereignis der kommenden Jahre ist der Abiturientenjahrgang 2012 (Grafik F 4 (G1)). In diesem Jahr geht der letzte Schülerjahrgang des neunjährigen gleichzeitig mit dem ersten umfassenden Jahrgang des

achtjährigen Gymnasialbildungsgangs in die Abiturprüfung. Nach den hier getroffenen Annahmen ist 2012 mit 56 900 Absolventen zu rechnen. Zusammen mit den Absolventen der beruflichen Gymnasien dürften in diesem Jahr 71 100 Jugendliche die Hochschulreife erwerben. Darüber hinaus werden voraussichtlich weitere 16 100 junge Menschen an beruflichen Schulen und Freien Waldorfschulen die Fachhochschulreife zuerkannt bekommen.

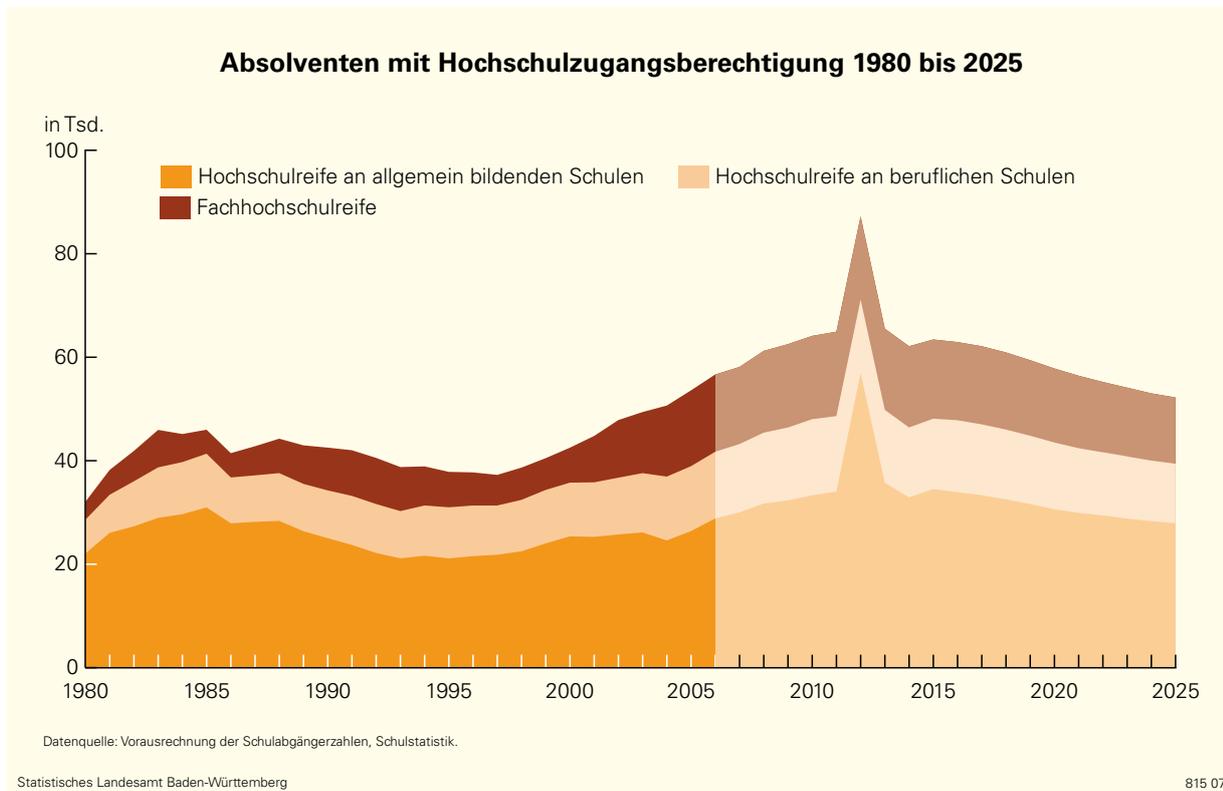
Insgesamt mehr als 87 000 Studienberechtigte bedeuten gegenüber 2006 einen Anstieg um 54 %. Dies ist keine Verdoppelung, was daran liegt, dass nur ein Teil der Studienberechtigten ihren Abschluss an den allgemein bildenden Gymnasien erwirbt (Tabelle F 4 (T1) im Anhang). Die beruflichen Gymnasien und die Bildungsgänge, die zur Fachhochschulreife führen, bleiben von der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasialzugs unberührt. Zudem gab es bereits vor der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Bildungsgangs eine Reihe von Pilotschulen, an denen dieser schon früher eingeführt worden war und die demnach im Jahr 2012 auch keinen doppelten Abiturjahrgang entlassen werden.

Über den gesamten Vorausrechnungszeitraum hinweg liegt ein hohes Niveau der Hochschulzugangsberechtigungen vor. Von 2008 bis 2018 dürften in jedem Jahr mehr als 60 000 Absolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife die Schulen verlassen. Der Anteil eines Altersjahrgangs, der eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt, wird weiter ansteigen. Diese Studienberechtigtenquote² lag Mitte der 90er-Jahre bei knapp 35 %, bis 2006 war sie auf fast 46 % angestiegen. Ab 2011 dürfte sie die 50 %-Marke überschreiten. Mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs würde dann die Hochschul- oder Fachhochschulreife erwerben. Bis 2015 könnte sie weiter bis auf rund 53 % ansteigen.

¹ Vgl. die Methodische Erläuterung „Vorausrechnung von Schüler- und Schulabgängerzahlen“ am Ende von Kapitel D 6.

² Vgl. die Methodische Erläuterung „Studienberechtigtenquote“ am Ende dieses Kapitels.

Grafik F4 (G1)



Mittlerer Schulabschluss bleibt der häufigste

Im Schuljahr 2006/07 erreichten 48 748 Schüler den Realschulabschluss an einer allgemein bildenden Schule und 12 525 die Fachschulreife an einer beruflichen Schule. Im Jahr 2007 dürfte noch ein leichter Anstieg der Gesamtzahl um gut 5 % auf 64 800 stattgefunden haben. Damit läge die Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss fast auf dem Niveau von Anfang bis Mitte der 80-er Jahre, als die bisher höchsten Werte zu verzeichnen waren (Grafik F 4 (G2)).

Mit Ausnahme des Jahres 2012 wird der mittlere Abschluss seinen Rang als der am häufigsten erworbene beibehalten, auch wenn sich der Abstand zur Hochschulreife im Lauf der Jahre deutlich verringert (Tabelle F 4 (T1) im Anhang). Rechnet man allerdings die Fachhochschulreife mit ein, dürften Schulabschlüsse, die eine Hochschulzugangsberechtigung verleihen, ab 2009 vor dem mittleren Abschluss liegen. Im Vergleich zum Jahr 2006 dürfte die Zahl der Schulabgänger

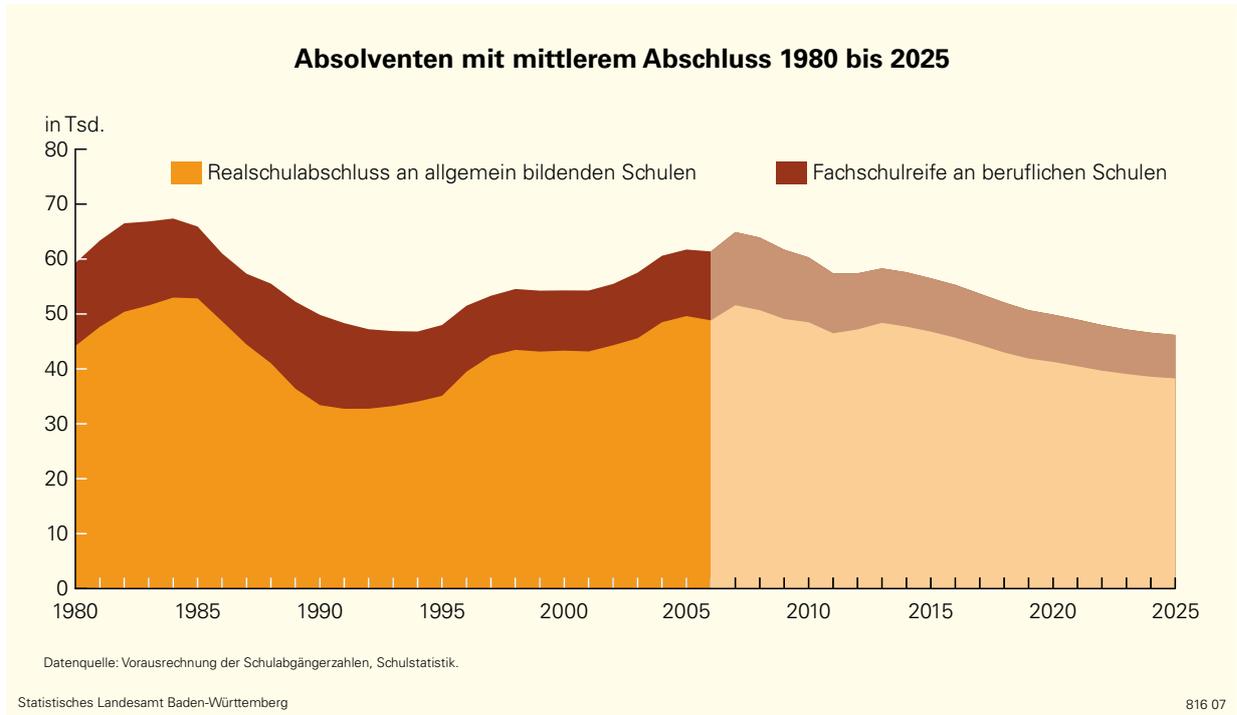
ger mit mittlerem Abschluss bis 2025 um etwa ein Viertel auf rund 46 000 zurückgehen.

Zahl der Hauptschulabschlüsse rückläufig

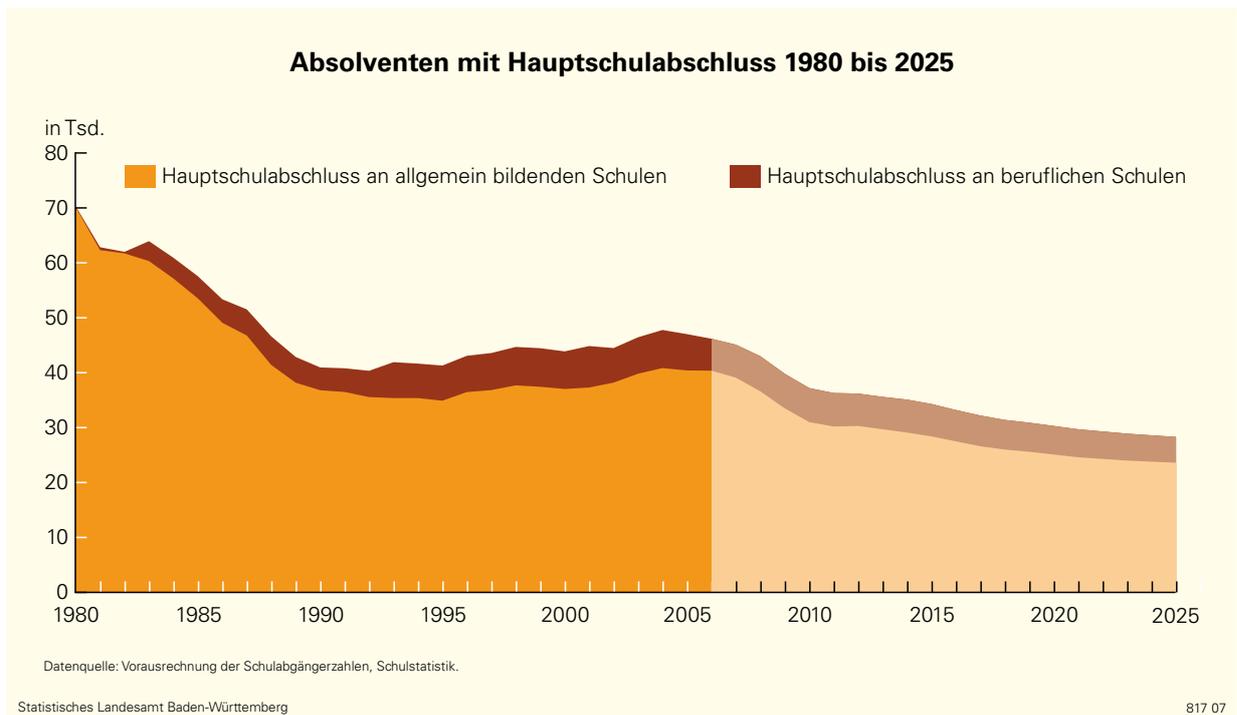
Im Jahr 1980 erwarben noch mehr als 70 000 Absolventen den Hauptschulabschluss. Bis 1992 sank deren Zahl auf nur noch knapp über 40 000 ab. Der dann einsetzende vorübergehende Anstieg auf 47 776 im Jahr 2004 ist einerseits auf etwas stärkere Geburtsjahrgänge und andererseits auf die Zunahme der Hauptschulabschlüsse an beruflichen Schulen – vor allem im Berufsvorbereitungsjahr – zurückzuführen. Bis 2006 ging die Zahl wieder auf 46 181 zurück.

In den kommenden Jahren ist mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Zahl der Hauptschulabschlüsse zu rechnen. Neben den schwächer besetzten Geburtsjahrgängen liegt dies auch am abnehmenden Anteil der Übergänge von der Grundschule auf die Hauptschule. Im Jahr 2025 sind nach

Grafik F4 (G2)



Grafik F4 (G3)



dieser Vorausrechnung nur noch gut 28 000 Absolventen mit Hauptschulabschluss zu erwarten, fast 40 % weniger als 2006 (**Grafik F 4 (G3)**).

Auch die Zahl derjenigen, die die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss verlassen,

dürfte zukünftig geringer werden. In den letzten 15 Jahren lag deren Zahl meist zwischen 8 300 und 9 200. Bis 2025 könnte sie auf unter 6 000 sinken, was gegenüber 2005 einem Rückgang um mehr als ein Viertel entspräche.

Methodische Erläuterung

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung, das heißt die Hochschul- oder Fachhochschulreife, erworben hat. Der Umfang eines durchschnittlichen Altersjahrgangs der Wohnbevölkerung wird auf Basis der Altersjahrgänge ermittelt, die für das Erreichen der Hochschulzugangsberechtigung typisch sind. Hierfür werden üblicherweise die Jahrgänge der 18- bis unter 21-Jährigen herangezogen.



G Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren (TOSCA)

Gastbeitrag für den Bildungsbericht Baden-Württemberg von Dr. Ulrich Trautwein, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

Sind die Schulleistungen der Abiturienten an unterschiedlichen Schulen, unterschiedlichen Schulformen und in unterschiedlichen Bundesländern eigentlich vergleichbar? Ist das, was die Abiturienten im Laufe ihrer Schulzeit gelernt haben, ausreichend und geeignet, um das Studium erfolgreich bestehen zu können? Haben Mädchen und Jungen, Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sowie Schüler aus Akademiker- und Arbeiterhaushalten die gleichen Chancen, das Abitur zu erwerben und ein Studium zu beginnen? Und wie steht es mit den Absolventen der Realschule: Sind sie alle ausreichend für den Sprung ins Berufsleben bzw. den Wechsel in die gymnasiale Oberstufe eines Gymnasiums gewappnet?

Ohne Zweifel sind dies wichtige Fragen. Leider sind es auch Fragen, die bislang nicht ausreichend genau beantwortet werden können, weil es an geeigneten Untersuchungen mangelt. Dies zu ändern, ist das zentrale Ziel der wissenschaftlichen Studie „Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren“ (TOSCA), die die Bildungskarrieren von Schülern in Baden-Württemberg unter die Lupe nimmt. Weil TOSCA derzeit deutschlandweit die größte systematische Studie mit Oberstufenschülern ist, hat sie auch in anderen Bundesländern große Aufmerksamkeit gefunden.

Im Folgenden wird zunächst das Design der TOSCA-Studie skizziert, bevor eine Auswahl von Befunden aus dem Projekt zusammenfassend vorgestellt wird. Leser, die mehr über die jeweiligen Ergebnisse wissen wollen, finden jeweils einen Verweis auf ausführlichere Arbeiten.

G1 Das Forschungsdesign der TOSCA-Studie

In der TOSCA-Studie werden die Bildungsbiografien von Absolventen des Gymnasiums und der Realschule über einen Zeitraum von mehreren Jahren untersucht. Die Studie umfasst mittlerweile drei Schülerjahrgänge (sogenannte „Kohorten“) aus dem Bundesland Baden-Württemberg (Grafik G 1 (G1)). In Kohorte 1 („TOSCA-2002“) wurden erstmals im Schuljahr 2001/02 bei 4 730 Abiturienten aus 90 allgemein bildenden und 59 beruflichen Gymnasien die Bildungserträge am Ende der Sekundarstufe II in den Fächern Mathematik und Englisch untersucht. Weiterhin wurden allgemeine kognitive Grundfähigkeiten, Persönlichkeitseigenschaften, Selbstbilder, Lebensziele und berufliche Interessen erfasst; 2004 und 2006 erfolgten zwei weitere, postalische Befragungen, an denen jeweils rund 2 000 Befragte teilnahmen; 2007 schließlich wurde mit einem Teil der Teilnehmer

Grafik G1 (G1)

Das Stichprobendesign in TOSCA*)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
TOSCA 2002	1.		2.		3.	4.
TOSCA Repeat					1.	
TOSCA 10						1.

*) Bislang durchgeführte Erhebungen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 844 07

ein Test kognitiver Fähigkeiten sowie ein standardisierter Mathematiktest durchgeführt.

Die Ergebnisse der Untersuchungen aus dem Schuljahr 2001/02 wurden im Dezember 2004 veröffentlicht (weitere Informationen: Köller u.a. 2004). Die Befunde wiesen unter anderem darauf hin, dass die beruflichen Gymnasien wesentlich zu der gelungenen quantitativen Öffnung des baden-württembergischen Bildungssystems beitragen und dass die Schulleistungen der Abiturienten im Bundesvergleich sehr gut ausfielen.

Kohorte 2 („TOSCA-Repeat“) begann im Jahr 2006 mit 5 016 Abiturienten aus mehr als 150 Schulen in Baden-Württemberg; durch einen Abgleich von

Kohorte 1 und 2 werden sich unter anderem die Effekte der umfassenden Reform der gymnasialen Oberstufe in Baden-Württemberg untersuchen lassen, die Anfang dieses Jahrzehnts durchgeführt wurde. Kohorte 3 („TOSCA-10“) schließlich besteht aus einer Stichprobe von rund 2 000 Schülern der 10. Jahrgangsstufe aus Realschulen und Gymnasien, die erstmalig im Jahr 2007 an der Untersuchung teilnahmen; diese Kohorte ermöglicht eine besonders detaillierte Untersuchung des Übergangs in berufliche Ausbildungen sowie in die gymnasiale Oberstufe an beruflichen Gymnasien.

Da die Auswertungen zu TOSCA-Repeat und TOSCA-10 derzeit noch in vollem Gange sind, beschränkt sich die vorliegende Darstellung auf Befunde der ersten Kohorte.

Methodische Erläuterung

Die Studie TOSCA wird von dem Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Zusammenarbeit mit dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt. Die Finanzierung der Studie erfolgt zum überwiegenden Teil durch die verantwortlichen Institute; zur Finanzierung trugen zudem eine Zuwendung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG, Kennzeichen Nr. KO 1531/6-1) sowie eine finanzielle Förderung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg bei, das die Hälfte der Erhebungskosten für die Teilstudie TOSCA-Repeat übernahm. Alle Entscheidungen über das Design der Studie sowie die Auswertungen der Daten liegen in der Hand der beteiligten Wissenschaftler; es besteht keine Rechenschaftspflicht gegenüber Dritten. An TOSCA sind bzw. waren eine große Zahl von Wissenschaftlern beteiligt: Jürgen Baumert, Ulrich Trautwein, Olaf Köller, Oliver Lüdtke, Rainer Watermann, Kai Maaz, Gabriel Nagy, Nicole Husemann, Ping-Huang Chang, Michael Becker, Kathrin Jonkmann, Marko Neumann, Cornelia Gresch, Swantje Pieper und Michaela Kropf. Ihre Arbeit bildet die Grundlage des vorliegenden Berichts.

Ausführliche und aktualisierte Informationen über TOSCA enthält die Webpage www.tosca.mpg.de.

G2 Schulleistungen von Abiturienten

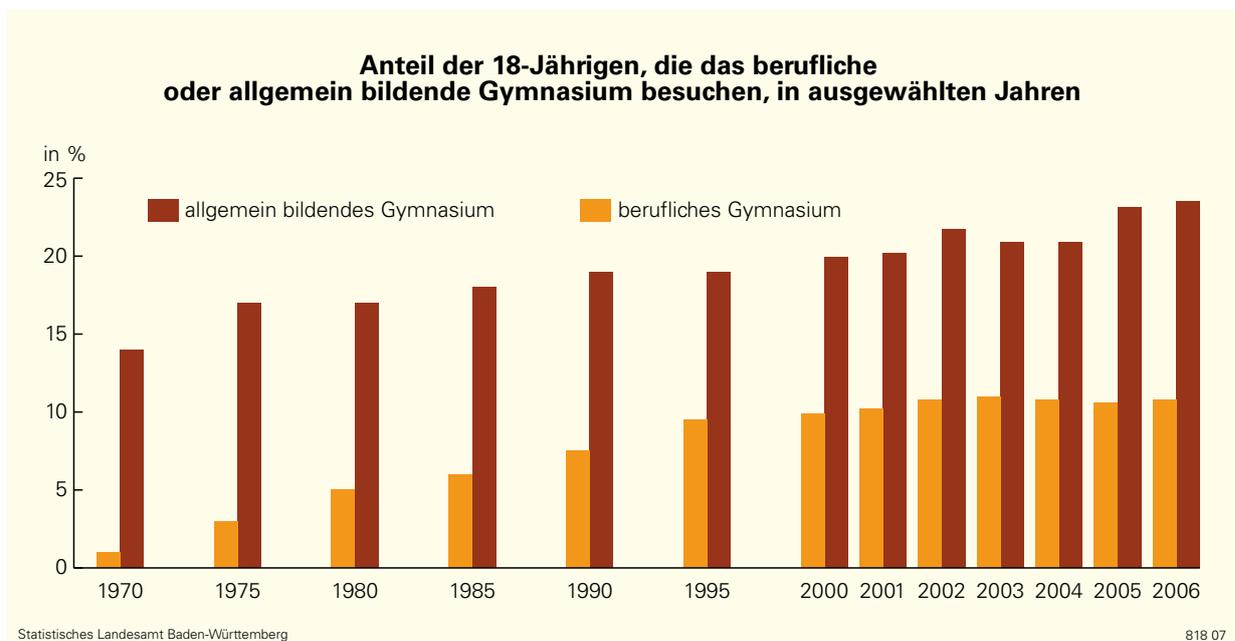
Laut der PISA-Studie liegen die Leistungen der Schüler an deutschen Schulen im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der PISA-Studie war die Erkenntnis, dass die Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern zum Teil beträchtlich ausfallen: Während Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen in der neunten Jahrgangsstufe nicht schlecht dastehen, waren es unter anderem die Stadtstaaten, die Anlass zur Besorgnis gaben. Doch wie sehen die Unterschiede zwischen den Bundesländern am Ende der Gymnasialzeit aus? Die PISA-Studie kann hierzu keine Auskünfte geben, da sie auf die Sekundarstufe I beschränkt ist.

Eine weitere wichtige Frage gilt der Vergleichbarkeit von unterschiedlichen Wegen zur Hochschulreife. In der Regel wird das Abitur an der Oberstufe eines allgemein bildenden Gymnasiums erworben. In den letzten rund fünf Jahrzehnten hat das allgemein bildende Gymnasium allerdings etwas von seiner Monopolstellung

verloren. In manchen Bundesländern erwirbt ein nicht unbedeutender Anteil der Schüler das Abitur an einer Gesamtschule. Und in Baden-Württemberg erlangen immerhin fast ein Drittel der Abiturienten die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium – in keinem anderen Bundesland ist diese Quote so hoch. **Grafik G 2 (G1)** zeigt die zunehmende Bedeutung des beruflichen Gymnasiums.

Wie ähnlich fallen die Schulleistungen in unterschiedlichen Bundesländern bzw. unterschiedlichen Schulformen aus? Die TOSCA-Studie bietet einen ausgezeichneten Ausgangspunkt, um diese Frage zu beantworten, da sie einerseits einen Schulformvergleich innerhalb Baden-Württembergs erlaubt und andererseits die Basis für einen Vergleich mit anderen Bundesländern darstellt, deren Leistungswerte in zusätzlichen Studien erfasst wurden. Besonders detaillierte Vergleichsdaten liegen aus der Hansestadt Hamburg vor, da der Senat der Hansestadt Hamburg zum Zwecke der Qualitätsentwicklung

Grafik G2 (G1)



des Schulsystems einen Benchmark-Vergleich in Auftrag gab. In Hamburg wurde seit Mitte der 90er-Jahre unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Rainer Lehmann die Studie „Aspekte der Lernausgangslage und Lernentwicklung“ (LAU) durchgeführt; im Jahr 2005 bearbeiteten nun die Abiturienten im Rahmen dieser Studie die gleichen Leistungstests wie die Teilnehmer der TOSCA-Studie im Jahr 2002, um eine hohe Vergleichbarkeit mit Baden-Württemberg zu ermöglichen.

Die Hansestadt Hamburg ist unter anderem auch deshalb ein interessanter Vergleichspartner, weil sie eine differenzierte Struktur der Sekundarstufe II aufweist. In Hamburg nimmt die Integrierte Gesamtschule einen hohen Stellenwert ein. Daneben haben sich in Hamburg – genau wie in Baden-Württemberg – verschiedene Formen des beruflichen Gymnasiums etabliert (Wirtschaftsgymnasium und Technisches Gymnasium). Hinzu kommt mit dem Aufbaugymnasium in Hamburg eine weitere Form der gymnasialen Oberstufe.

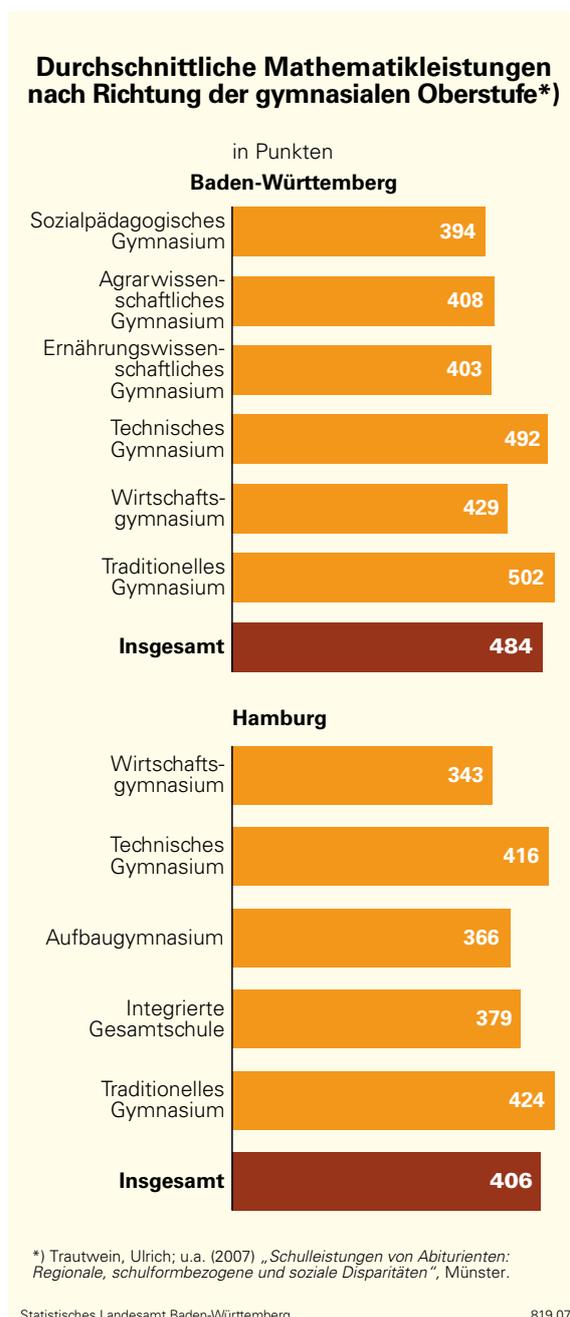
Mathematikleistungen

Die Mathematikleistungen wurden mithilfe eines standardisierten Tests zur Erfassung mathematischer Kompetenzen auf Oberstufenniveau untersucht. Dieser Test wurde ursprünglich für eine internationale Schulleistungsstudie entwickelt, die Mitte der 90er-Jahre durchgeführt wurde. Ein Leistungswert von 500 Punkten markierte in dieser Studie den internationalen Mittelwert. In der Bundesrepublik Deutschland (ohne Baden-Württemberg) belief sich der Mittelwert auf 454 Punkte. In der **Grafik G 2 (G2)** sind die Ergebnisse für TOSCA und LAU grafisch dargestellt. In TOSCA erzielten die Abiturienten aus Baden-Württemberg im Mittel 484 Punkte, während die Abiturienten aus Hamburg im Mittel 406 Punkte erreichten; der Unterschied entspricht dem typischen Lernfortschritt von deutlich über einem Schuljahr.

Inwieweit ist der Bundeslandunterschied auf die Unterschiede zwischen den Gymnasialrichtungen innerhalb der Länder zurückzuführen? Die mittleren Leistungen zwischen den Gymnasialrichtungen unterschieden sich teilweise beträchtlich voneinander. Gleichzeitig zeigt **Gra-**

fik G 2 (G2) aber auch, dass die Unterschiede zwischen den Gymnasialrichtungen nicht für den Bundeslandunterschied verantwortlich sein können, da an fast allen Richtungen der Oberstufe Hamburgs die Leistungen niedriger ausfielen als in Baden-Württemberg.

Grafik G2 (G2)



Eine weitere mögliche Erklärung für den Bundeslandunterschied könnte sein, dass in den zwei Bundesländern unterschiedlich viele Schüler einen Mathematikleistungskurs besucht haben. Dies war tatsächlich der Fall: In Hamburg belegten sehr viel weniger Abiturienten den Mathematik-Leistungskurs. Die Schüler könnten sich zudem in vielen anderen Merkmalen, die mit der Mathematikleistung zusammenhängen, systematisch voneinander unterscheiden. In weiterführenden Analysen wurden die beiden Abiturjahrgänge deshalb in Hinblick auf die Kursbelegung sowie eine Vielzahl von sogenannten „Hintergrundmerkmalen“ (zum Beispiel Geschlecht, familiärer Hintergrund) künstlich angeglichen und die verbleibenden Bundeslandunterschiede analysiert.

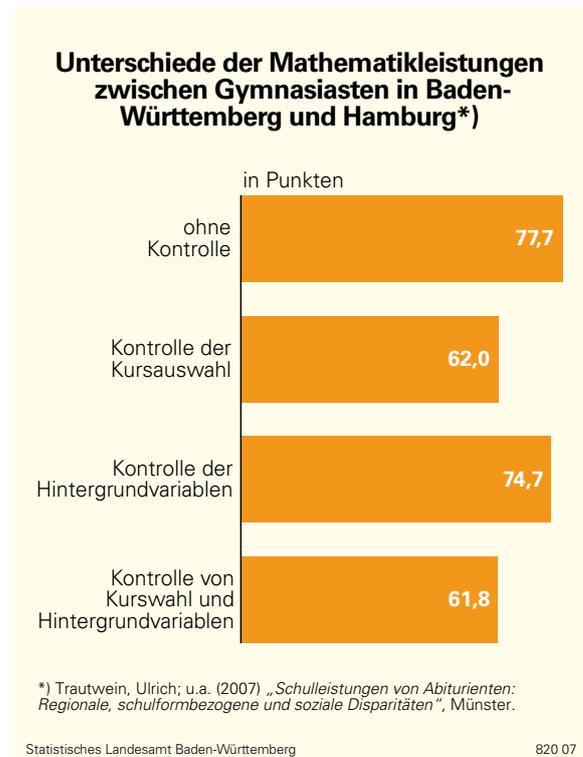
Die Ergebnisse dieser Analysen sind in **Grafik G 2 (G3)** zusammengefasst. Der erste Balken gibt den zunächst beobachteten Bundeslandunterschied an. Berücksichtigt man die Tatsache, dass in Hamburg weit weniger Abiturienten einen Mathematikleistungskurs besuchten, verringerte sich der Unterschied um ungefähr 16 Punkte (zweiter Balken), blieb jedoch beträchtlich. Wurden nur die „Hintergrundmerkmale“ kontrolliert (aber nicht die Leistungskursbelegung), so zeigte sich, dass die Unterschiede zwischen den Bundesländern kaum reduziert wurden (dritter Balken).

Englischleistungen

Lassen sich in anderen Fächern ebenso große Leistungsunterschiede zwischen den baden-württembergischen und Hamburger Abiturienten feststellen wie in der Mathematik? Um dies zu prüfen, haben die Abiturienten einen Kurztest bearbeitet, der mit dem Test of English as a Foreign Language (TOEFL) vergleichbar ist. Die Ergebnisse des Leistungsvergleichs lassen sich der **Grafik G 2 (G4)** entnehmen.

Der Gesamtmittelwert in Hamburg lag etwas niedriger als in Baden-Württemberg. Dieser Länderunterschied war zwar gering, aber statistisch signifikant; es ist also davon auszugehen, dass der Unterschied nicht nur zufällig zustande kam. Im Vergleich der verschiedenen Richtungen der gymnasialen Oberstufe zeigte sich, dass die Englischleistungen an den traditionellen Gym-

Grafik G2 (G3)

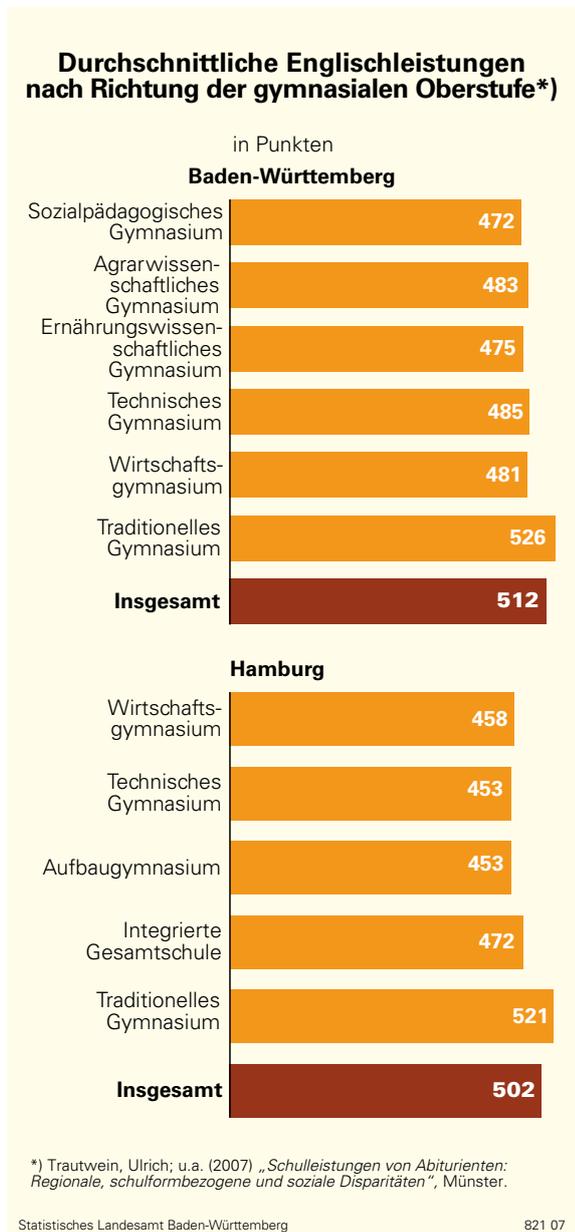


nasien Hamburgs und Baden-Württembergs vergleichbar ausfielen.

Die mittlere Englischleistung an den traditionellen Gymnasien Hamburgs lag durchweg höher als in allen beruflichen Gymnasien Baden-Württembergs, alle anderen Vergleiche – mit Ausnahme des Vergleichs von Integrierter Gesamtschule und sozialpädagogischem Gymnasium – zeigten aber einen teilweise deutlichen Leistungsvorsprung der baden-württembergischen Schulen. Wurde wiederum für die Belegungsquote des Leistungskurses sowie für Effekte des familiären Hintergrunds statistisch kontrolliert, so verringerten sich die Unterschiede zwischen Baden-Württemberg und Hamburg.

Wie ist der Leistungsstand in Englisch insgesamt zu beurteilen? Ein Vergleich mit Vorgaben amerikanischer Universitäten gibt einen aussagekräftigen Einblick. Amerikanische Universitäten verlangen den Nachweis, dass zukünftige Studierende Englisch so gut beherrschen, dass sie problemlos am Unterrichtsgeschehen

Grafik G2 (G4)

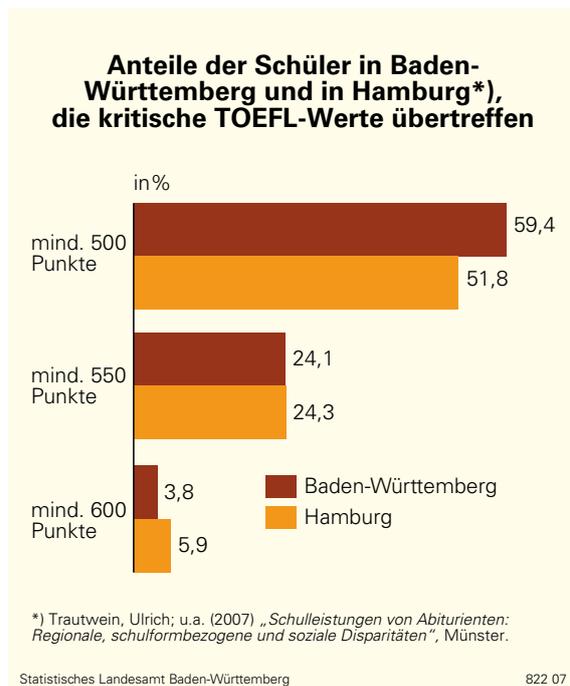


teilnehmen können. Um das zu testen, wird meist der TOEFL-Test verwendet, mit dem der in TOSCA und LAU eingesetzte Test vergleichbar ist. Es lässt sich deshalb abschätzen, welcher Anteil der Abiturienten in Hamburg und Baden-Württemberg Leistungen erreichte, wie sie von amerikanischen Universitäten vorausgesetzt werden. Natürlich schwankt die

verlangte TOEFL-Punktzahl von Hochschule zu Hochschule. Besonders prestigeträchtige Privatuniversitäten wie die Harvard University oder Stanford University erwarten sehr hohe Leistungen von mindestens 600 Punkten. Erzielt man mindestens 500 Punkte im TOEFL-Test, so stehen einem bereits eine Reihe von weniger bekannten Universitäten offen. Wer 550 Punkte erreicht, hat die Sprachhürde für fast alle öffentlichen Universitäten genommen. Die Grafik G 2 (G5) zeigt die prozentualen Anteile der Schüler der beiden Bundesländer, die über diesen Schwellenwerten lagen.

In Baden-Württemberg erreichte ein höherer Prozentsatz an Schülern die Mindestanforderung von 500 Punkten als in Hamburg. Im höheren Leistungsbereich zeigten sich jedoch leichte Vorteile zugunsten von Hamburg: Während in beiden Bundesländern die Leistung von einem Viertel der Abiturienten über 550 Punkten lag, erzielten in Hamburg immerhin 6 % der Abiturienten, in Baden-Württemberg 4 % Spitzenleistungen im TOEFL. Dies liegt vermutlich insbesondere daran, dass in Hamburg viele

Grafik G2 (G5)



Schüler die vom Land geförderte Möglichkeit nutzen, einige Monate im Ausland auf die Schule zu gehen.

Zusammenfassung

Das vielleicht pikanteste Ergebnis des Ländervergleichs stellen die großen Leistungsunterschiede in Mathematik dar. Diese stehen in Kontrast zu den

Befunden der Englischleistungen, die zwischen Baden-Württemberg und Hamburg nur relativ geringe Unterschiede erkennen ließen. Leider können unsere Analysen keine genauen Aufschlüsse über die Ursachen dieser Differenzen geben. Fest steht jedoch, dass die Unterschiede – zumindest im Fach Mathematik – ihren Ursprung bereits in der Mittelstufe haben (weitere Informationen: Trautwein u.a. 2007 im [Literaturverzeichnis](#)).

G3 Effekte des familiären Hintergrunds

Mit PISA wurde eine eigentlich gut bekannte Tatsache wieder in Erinnerung gerufen: Kinder aus Arbeiterfamilien haben eine geringere Chance, das Abitur zu erwerben, als beispielsweise Kinder aus Akademikerhaushalten. Ein wichtiges Ziel der Einführung und des Ausbaus von beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg war es, Jugendliche aus allen Sozialschichten zu erreichen. Ist dies gelungen?

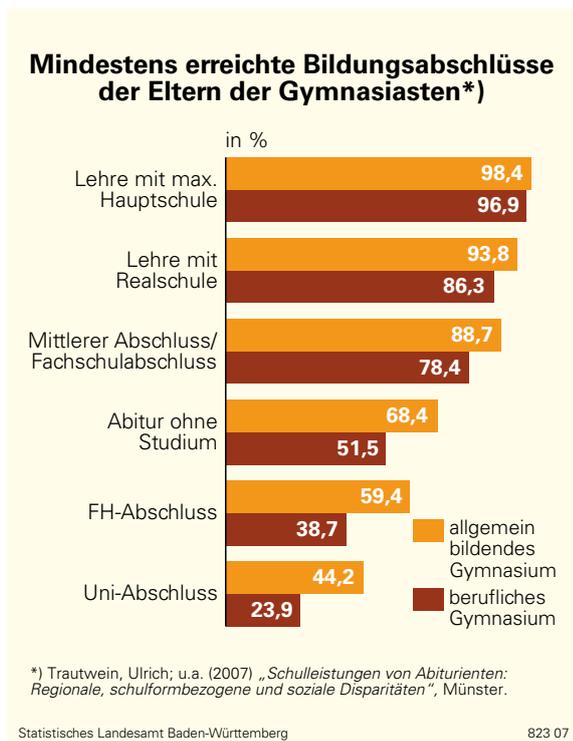
Die Daten der ersten Befragungswelle aus TOSCA-2002 ermöglichen eine detaillierte Antwort. Für die Messung des familiären Hintergrunds wurde unter anderem der Bildungshintergrund der Eltern herangezogen. **Grafik G 3 (G1)** stellt für das allgemein bildende und berufliche Gymnasium den erreichten Bildungsabschluss der Eltern dar. Es handelt sich dabei um die Angabe von kumulierten Prozentsätzen. Deutlich ist zu erkennen, dass unabhängig von der Gymnasialform in fast allen Elternhäusern

mindestens ein Elternteil einen qualifizierten beruflichen Bildungsabschluss in Verbindung mit einem schulischen Zertifikat besaß. Mindestens einen mittleren Schulabschluss und/oder einen Fachschulabschluss hatten 89 % der Eltern von Schülern allgemein bildender Gymnasien und 78 % der Eltern von Schülern des beruflichen Gymnasiums. Betrachtet man den Bereich der hoch qualifizierten Bildungsabschlüsse, zeigte sich, dass Schüler des allgemein bildenden Gymnasiums zu 44 % in Haushalten lebten, in denen mindestens ein Elternteil einen Universitätsabschluss erworben hatte. Von den Schülern des beruflichen Gymnasiums waren es dagegen mit 24 % nur halb so viele. Zieht man als mindestens erreichten Abschluss noch die erfolgreiche Beendigung eines Fachhochschulstudiums hinzu, kamen Schüler an allgemein bildenden Gymnasien zu 59 % aus Haushalten, in denen mindestens ein Elternteil diesen Abschluss erreicht hatte. Von den Schülern der beruflichen Gymnasien waren es immerhin 39 %.

Die Schüler, die das allgemein bildende Gymnasium besuchen, kommen im Mittel also aus sozial privilegierteren Familien. Die beruflichen Gymnasien tragen zum Chancenausgleich bei, indem sie auch Schüler zum Abitur führen, die im Vergleich zur Schülerschaft der traditionellen Gymnasien eine weniger günstige soziale Herkunft aufweisen. Allerdings stammen auch die Schüler am beruflichen Gymnasium im Durchschnitt aus Familien, die eine überdurchschnittliche Bildungsnähe aufweisen. Vermutlich spielt der familiäre Hintergrund auch beim Übergang von der Realschule in die gymnasiale Oberstufe oder eine Berufsausbildung eine wichtige Rolle – je bildungsnäher die Eltern, desto eher dürfte bei vergleichbaren Schulleistungen ein Übergang ins berufliche Gymnasium erfolgen.

Ein weiteres familiäres Merkmal, dessen Bedeutung mithilfe von TOSCA analysiert werden kann, ist der Migrationshintergrund. Es ist ein gut bekannter (und oft beklagter) Tatbestand, dass Schüler mit Migrationshintergrund unter den Abiturienten unterrepräsentiert sind. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Daten aus PISA

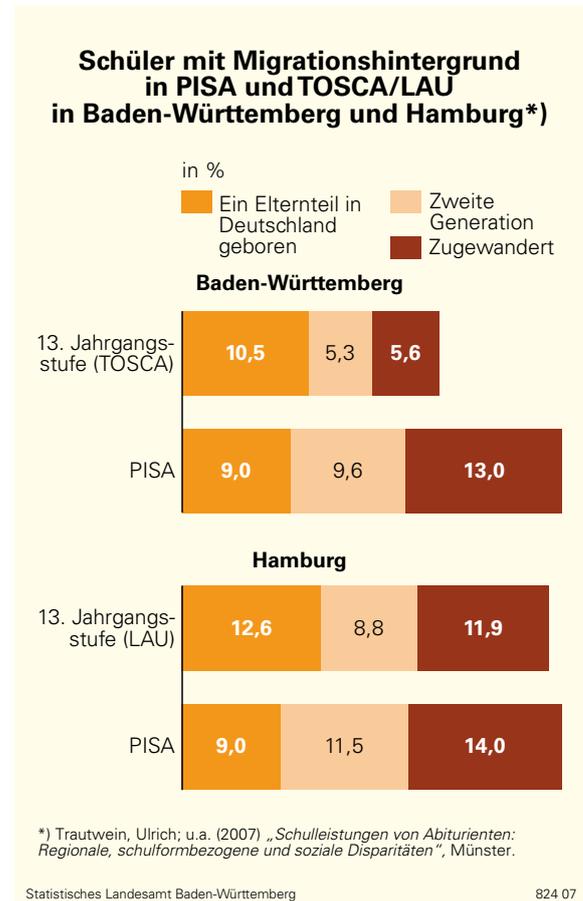
Grafik G3 (G1)



und TOSCA, dass dies auch für die gymnasiale Oberstufe in Baden-Württemberg zutrifft (**Grafik G 3 (G2)**). Während in der Sekundarstufe I fast ein Drittel der erfassten Schülerschaft einen Migrationshintergrund aufweist, sind es in der Oberstufe nur noch etwas mehr als 20 %. Prozentual am meisten Schüler mit Migrationshintergrund besuchten nach den Zahlen aus TOSCA-2002 das Wirtschaftsgymnasium (27 %) und das Sozialpädagogische Gymnasium (27,6 %), wohingegen der geringste Anteil von Abiturienten mit Migrationshintergrund auf dem allgemein bildenden Gymnasium (19,1 %) sowie dem agrarwissenschaftlichen Gymnasium (16,8 %) anzutreffen ist. Ein Abgleich mit der bereits beschriebenen LAU-Studie aus Hamburg weist darauf hin, dass es in Hamburg etwas besser gelingt, die Chancen zum Zugang zum Abitur vom Migrationshintergrund zu lösen (**Grafik G 3 (G2)**).

Eine bestmögliche Förderung der Bildungskarrieren von Schülern aus bildungsfernen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund, bei der auf eine unangemessene Senkung von Leistungsstandards verzichtet wird, stellt sicherlich auch in den kommenden Jahren eine wichtige Herausforderung für Schule und Bildungspolitik dar – nicht nur in Baden-Württemberg (weitere Informationen: Maaz u.a. 2004; Maaz u.a. 2007 im [Literaturverzeichnis](#)).

Grafik G3 (G2)



G4 Der Übergang in das Studium

Aufgrund des eingesetzten längsschnittlichen Designs können mithilfe der TOSCA-Studie die Bildungsverläufe der Abiturienten über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Die jungen Erwachsenen wurden wiederholt gebeten, unter anderem über die Schule bzw. die Hochschule sowie über ihre beruflichen Interessen und Ziele Auskunft zu geben. Die vielen Angaben lassen sich gleichsam zu einem Mosaik zusammenfügen, das Auskunft gibt über typische Bildungsbiografien sowie die Stärken und Schwächen des Bildungssystems.

Zum zweiten Erhebungszeitpunkt konnten mehr als 2 000 der TOSCA-Abiturienten erneut befragt werden; zu diesem Zeitpunkt waren 1 758 junge Erwachsene an einer Hochschule eingeschrieben. **Tabelle G4 (T1)** zeigt eine Kreuzklassifikation von Gymnasialform und Hochschultyp, die erkennen lässt, dass bestimmte Kombinationen (wie beispielsweise Besuch des Wirtschaftsgymnasiums und anschließender Besuch einer Berufsakademie) überzufällig häufig gewählt wurden. Im Folgenden werden überblicksartig einige Befunde aus TOSCA zum Übergang von der Schule in die Hochschule berichtet.

Wie beurteilen Studierende die gymnasiale Oberstufe?

Wie gut sind junge Erwachsene auf den Übergang von der Schule in die Hochschule vorbereitet? Neben den Leistungstests wurden in TOSCA auch Selbstberichte der Abiturienten eingesetzt, um diese Frage zu klären. Die subjektiv erlebte Qualität der Vorbereitung durch die Oberstufe auf bestimmte Anforderungen des Studiums wurde in der gymnasialen Oberstufe und zu Beginn des Studiums mit sieben identischen Stimuli erfasst, die in leicht adaptierter Form aus ähnlich gelagerten Untersuchungen übernommen wurden. Die Befragten sollten auf einer vierstufigen Antwortskala (stimmt überhaupt nicht = 1 bis stimmt voll und ganz = 4) angeben, wie gut sie sich durch die gymnasiale Oberstufe auf ein Studium vorbereitet fühlten.

Die zu beurteilenden Aussagen lauteten dabei wie folgt: „Ich glaube, ich habe in der Oberstufe verstanden, wie man Fragestellungen wissenschaftlich bearbeitet“; „Ich habe in der Oberstufe gelernt, Texte systematisch zu analysieren“; „Ich habe in der Oberstufe gelernt, in Diskus-

Tabelle G4 (T1)

	Fachhochschule	Universität	Pädagogische Hochschule	Berufsakademie	Insgesamt
Allgemein bildende Gymnasien	180	791	119	92	1 182
Wirtschaftsgymnasien	56	103	36	64	259
Technisches Gymnasium	51	69	12	19	151
Ernährungswissenschaftliche, Sozialpädagogische und Agrarwissenschaftliche Gymnasien	25	79	46	16	166
Insgesamt	312	1 042	213	191	1 758

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 843 07

sionen schlüssig zu argumentieren“; „Ich habe in der Oberstufe gelernt, bei der Erledigung von Aufgaben Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden“; „Die Auseinandersetzung mit dem Lehrstoff in der Oberstufe hat mir die Studienfachwahl erleichtert“; „Durch die Oberstufe fühle ich mich insgesamt für ein Studium gut vorbereitet“; „Die Oberstufe hat mir viel Allgemeinwissen vermittelt.“

Wie beurteilen die Abiturienten ihre Vorbereitung auf die Anforderungen im Studium vor und nach Studienaufnahme? **Grafik G 4 (G1)** zeigt Mittelwerte der untersuchten Variablen zu beiden Messzeitpunkten.

Wie sich leicht erkennen lässt, fand sich zu beiden Befragungszeitpunkten eine insgesamt nur leicht positive Einschätzung der Studienvorbereitung durch die gymnasiale Oberstufe. Auf der vierstufigen Skala lagen fast alle Mittelwerte im Bereich der eher zurückhaltenden Zustimmung (zwischen 2,5 und 3,0). Zudem deuten die Befunde darauf hin, dass bei den Befragten nach dem Kontakt mit der „harten Studienrealität“ die kritische Einschätzung der Ausbildung in der Oberstufe wächst: Bei sechs der sieben Items fand sich eine statistisch signifikant kritischere Beurteilung der wissenschaftspropädeutischen Leistung der gymnasialen Oberstufe zum zweiten als zum ersten Befragungszeitpunkt.

Grafik G4 (G1)



Lediglich bei der Frage, ob die Oberstufe die Studienfachwahl erleichtert habe, fand sich kein statistisch signifikanter Mittelwertsunterschied zwischen den beiden Messzeitpunkten.

Obschon die Gründe für diese Ergebnisse noch genauer analysiert werden müssen, scheint die studienvorbereitende Arbeit in der gymnasialen Oberstufe durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten zu beinhalten. TOSCA-Repeat wird erste Anhaltspunkte geben, ob die Abiturienten, die die reformierte gymnasiale Oberstufe durchlaufen haben, sich besser auf das Studium vorbereitet fühlen (weitere Informationen: Trautwein u.a. 2006 im [Literaturverzeichnis](#)).

Interessen, Studienzufriedenheit und Studienerfolg

Schulleistungen und Interessen stehen während der Schulzeit in einem dynamischen Wechselspiel, das zu einer zunehmend substantziellen Überlappung von Interessen- und Kompetenzprofilen führt. Der Übergang in das Studium wird dann, so zeigen es wissenschaftliche Untersuchungen, in besonderer Weise durch die bei den jungen Erwachsenen bestehenden Interessenprofile gesteuert – kein anderer Prädiktor kann die Studienfachwahl besser erklären. Wie angesichts des Zusammenhangs zwischen kognitiven Kompetenzen und Interessen erwartet werden kann, sagt auch das Profil kognitiver Kompetenzen der Abiturienten deren Studienfachwahlen vorher; Leistungsmerkmale verlieren jedoch sehr viel von ihrer Prädiktionskraft, sobald die Interessenprofile statistisch kontrolliert werden.

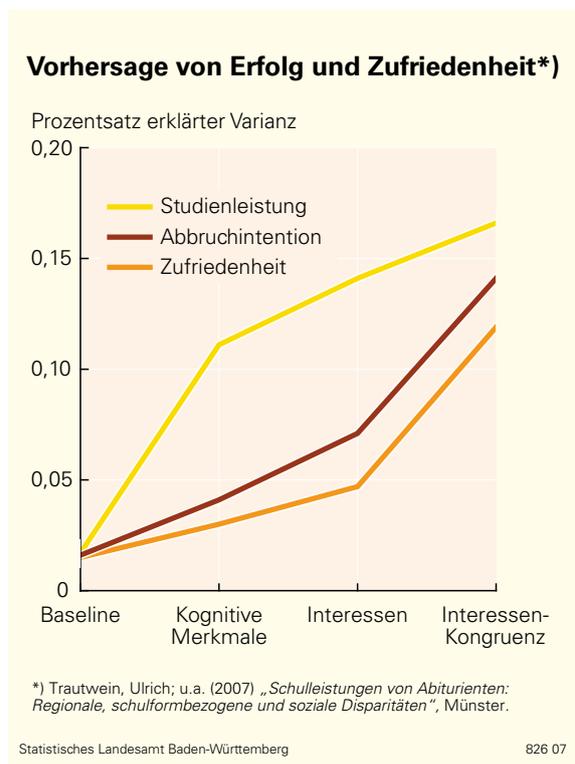
Wie sieht es jedoch aus, wenn die Abiturienten das Studium begonnen haben: Welche Rolle kommt dann ihren Interessen sowie ihren Fähigkeiten für den individuellen Erfolg im Studium zu? Dieser Frage ging eine im TOSCA-Projekt erstellte Promotionsarbeit nach. Hierbei wurde ein Kranz von Erfolgsaspekten einbezogen: (1) die selbsteingeschätzte Studienleistung, (2) die Studienzufriedenheit und (3) die Intention, das Studium vorzeitig abzubrechen. Die methodisch anspruchsvollen Analysen zeigten, dass kognitive Kompetenzen, die beruflichen Interessen sowie die Interessenkongruenz – das heißt die Passung der individuellen In-

teressen mit dem gewählten Studienfach – mit dem Studienerfolg assoziiert waren. Dabei wurde die Studienleistung am stärksten durch die Kompetenzmaße vorhergesagt, während die beiden anderen Aspekte des Studienerfolgs – Studienzufriedenheit und Studienabbruchintentionen – in einem besonders engen Zusammenhang mit der Interessenkongruenz standen. Je höher die Interessenkongruenz, desto höher die Studienzufriedenheit und desto geringer die Versuchung, das begonnene Studium abzubrechen.

Die Vorhersagekraft dieser Prädiktoren wird in [Grafik G 4 \(G 2\)](#) nochmals grafisch veranschaulicht.

Was bedeuten diese Befunde für die Praxis? Es besteht keine Frage, dass kognitive Kompetenzen, die unter anderem in der Schule ausgebildet werden, das wichtigste Fundament für gute Leistungen im Studium darstellen. Damit sich Studierende in ihrem Studium jedoch auch wohlfühlen und gar nicht erst anfangen, sich Gedanken über

Grafik G4 (G2)



einen möglichen Studienabbruch zu machen, ist es noch wichtiger, dass das Studium zu den Interessen der Studierenden passt. Es ist sicherlich überlegenswert, wie sich das Wissen von Abiturienten über unterschiedliche Studienfächer so erhöhen lässt, dass in Zukunft die Passung noch höher ausfällt als bislang (weitere Informationen: Nagy 2006 im [Literaturverzeichnis](#)).

Welche Abiturienten wechseln auf die Berufsakademie?

Mit dem Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife eröffnen sich den Abiturienten in Deutschland eine große Vielzahl von Ausbildungsoptionen. So werden Abiturienten in einer Reihe von Ausbildungsberufen bevorzugt berücksichtigt. Darüber hinaus stellt die Hochschulreife aber auch die Eintrittskarte in die Hochschule dar. Hierbei haben die künftigen Studierenden neben der Wahl ihres Studienfaches bei einer Reihe von Studienrichtungen auch die Wahl zwischen verschiedenen Hochschultypen, wobei die Universität (einschließlich der Kunst- und Musikhochschulen), die Fachhochschule und die Pädagogische Hochschule die bekanntesten Optionen sind. Ein spezielles Augenmerk galt in TOSCA darüber hinaus der Berufsakademie, die in einigen Bundesländern eine interessante, aber wenig beachtete und wissenschaftlich unzureichend untersuchte Alternative zu Universität, Fachhochschule und Pädagogischer Hochschule darstellt. In Baden-Württemberg wurde die Berufsakademie im Jahr 1974 gegründet. Sie ging hervor aus einem Ausbildungskonzept, das zwei Jahre zuvor in Kooperation zwischen drei Stuttgarter Unternehmen (Daimler AG, Bosch und SEL) und der württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie entwickelt wurde. Das Studium an der Berufsakademie sieht eine enge Verzahnung von Theorie und Berufspraxis vor und weist eine Regelstudienzeit von drei Jahren auf.

In Bezug auf die Absolventenzahlen haben die Berufsakademien Baden-Württembergs zumindest in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen den Universitäten und Fachhochschulen den Rang abgelaufen. Trotzdem haben die Berufsakademien bis heute im öffentlichen Diskurs über die Zukunft der Hochschullandschaft eine geringe Bedeutung bzw. sind vielerorts gar nicht bekannt.

Der langfristige Erfolg der Berufsakademie hängt wesentlich davon ab, dass es ihr gelingt, auf hoch qualifizierte Abiturienten eine hohe Anziehungskraft auszuüben. Während die – im Vergleich zu den angebotenen Studienplätzen – hohe Zahl der Bewerber darauf hinweist, dass zumindest in punkto Quantität keine Mangelsituation vorliegt, fehlte es bislang an Studien, die anhand einer guten Datenbasis Charakteristika von Abiturienten mit unterschiedlichen Studienplänen bzw. Studierenden an den unterschiedlichen Hochschulen untersuchen. In TOSCA wurde deshalb der Frage nachgegangen, inwieweit es Unterschiede zwischen den (künftigen) Studierenden an Berufsakademie, Fachhochschule, Pädagogischer Hochschule und Universität gibt. Verglichen wurden dabei einerseits Abiturienten am Ende ihrer Gymnasialzeit und andererseits Studierende zwei Jahre nach dem Abitur, die sich in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang befanden.

Die wichtigsten Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Vergleich mit Abiturienten, die ein Studium an der Universität bevorzugen bzw. belegen, fand sich ein weniger günstiger familiärer Hintergrund bei Abiturienten, die die Berufsakademie präferieren bzw. besuchen. Berufsakademien sind also insbesondere auch für solche Abiturienten eine interessante Alternative zur Universität, die aus eher bildungsfernen Familien mit begrenzten finanziellen Mitteln stammen.
- In Hinblick auf Indikatoren des intellektuellen Leistungsvermögens schnitten die Berufsakademien achtbar ab. Wurden die Abiturienten nach präferiertem Hochschultyp verglichen, fanden sich besonders günstige Werte für diejenigen, die an einer Universität zu studieren beabsichtigten. Abiturienten mit Präferenz für Berufsakademie und Fachhochschule unterschieden sich nur geringfügig, lagen im Schnitt jedoch vor denjenigen, die den Besuch einer Pädagogischen Hochschule ins Auge fassten. Wurden die Studierenden wirtschaftswissenschaftlicher Fächer an Universität, Fachhochschule und Berufsakademie verglichen, so fanden sich – bei den getrennt nach schulischer Herkunft durchgeführten Analysen – für praktisch alle

Leistungsindikatoren deskriptiv die günstigsten Leistungswerte bei Studierenden an Berufsakademien; angesichts der vergleichsweise geringen Fallzahlen konnten die Unterschiede jedoch für die meisten Indikatoren statistisch nicht abgesichert werden.

- Deutliche Unterschiede fanden sich in Hinblick auf Studienwahlmotive. Berufsakademi-

en erwiesen sich als wenig attraktiv für junge Erwachsene, die sich noch nicht auf eine bestimmte Berufslaufbahn bzw. einen bestimmten Lebensweg festlegen wollten (Moratoriumsorientierung), dagegen jedoch als sehr attraktiv für junge Erwachsene, denen es wichtig war, schon frühzeitig eigenes Geld zu verdienen (weitere Informationen: Trautwein u.a. 2006 im [Literaturverzeichnis](#)).

G5 Ausblick

Das Bildungssystem in Baden-Württemberg ist aus wissenschaftlicher Sicht ausgesprochen spannend, da sich hier eine besondere Verbindung zwischen der Wahrung traditioneller Elemente, die als schützenswert wahrgenommen werden, und einer Vorreiterrolle bei der Modernisierung des Bildungssystems findet. Zu den modernen – und von manchen anderen Ländern kopierten – Elementen gehören die beruflichen Gymnasien ebenso wie die Berufsakademien, und auch mit der Anfang des Jahrzehnts beschlossenen Reform der gymnasialen Oberstufe (die manche Kritiker allerdings als „Rolle rückwärts“ bzw. als „Restauration der Verhältnisse von vor 1972“ bezeichnen) übernahm Baden-Württemberg die Vorreiterrolle in einer schnell einsetzenden Welle von Reformen in anderen Bundesländern.

Eben diese Reform der gymnasialen Oberstufe gehört zu den Auswertungen, an denen im TOSCA-Projekt derzeit mit Hochdruck gearbeitet wird: Haben die Leistungen in Mathematik und Fremdsprache in der Weise zugenommen, wie es erhofft wird? Hat sich die Studienvorbe-

reitung der Abiturienten insgesamt verbessert? Darüber hinaus gilt ein besonderes Augenmerk den Entscheidungsprozessen von Jugendlichen mit mittlerem Abschluss, die wir im Rahmen von TOSCA-10 befragt haben: Welche Überlegungen spielen eine Rolle für oder gegen die Entscheidung, die Schullaufbahn an einer gymnasialen Oberstufe fortzusetzen?

Gleichzeitig kommt derzeit die Datenaufbereitung für die dritte Befragungswelle von TOSCA-2002 zu einem Abschluss. Schwerpunkte der Auswertungen werden hier einerseits die Studienverläufe und die Zufriedenheit mit dem Studium an unterschiedlichen Hochschulen sein, zum anderen aber auch die berufliche Entwicklung derjenigen, die eine Ausbildung gewählt haben. Eine zentrale Frage, die im Hintergrund von vielen der geplanten Auswertungen steht, gilt der Bedeutung von Kompetenzen, die in der Schule erworben wurden: Wie wichtig sind diese für den weiteren Lebensweg? Mit ersten Antworten auf die genannten Aspekte und weitere Fragen ist bis Ende des Jahres 2008 zu rechnen.

H Lehrpersonal

H 1 Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

98 000 Lehrkräfte an öffentlichen Schulen

An den öffentlichen allgemein bildenden Schulen unterrichteten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 98 160 Lehrkräfte, knapp 3 200 mehr als im Jahr zuvor. Mit einem Anteil von 44 % waren die Vollzeitbeschäftigten die größte Gruppe. Knapp 42 % waren Teilzeitbeschäftigte, deren Lehrauftrag mindestens die Hälfte des jeweiligen Regelstundenmaßes umfasste. Die übrigen gut 14 % setzten sich vorwiegend aus stundenweise beschäftigten Lehrkräften, kirchlichen Lehrkräften und Lehramtsanwärtern mit selbstständigem Unterricht zusammen (Tabelle H 1 (T1) im Anhang).

Beinahe zwei Drittel des Lehrpersonals allgemein bildender Schulen waren im Schuljahr 2006/07 weiblich. Damit hat sich der Trend eines steigenden Frauenanteils in den Lehrerkollegien fortgesetzt. Elf Jahre zuvor waren nur 57 % der Lehrkräfte weiblich, im Schuljahr 1985/86 lag die Lehrerinnenquote noch bei etwas über 51 %. Auch in den kommenden Jahren dürfte sich an dieser Tendenz zur Feminisierung des Lehrerberufs wenig ändern, wenn man die Geschlechterproportion in den Lehramtsstudiengängen betrachtet (siehe Kapitel H 3.1).

Je nach Beschäftigungsumfang gab es jedoch große Unterschiede bezüglich des Anteils der Lehrerinnen: Unter den vollzeitbeschäftigten Lehrkräften stellten Männer mit 54 % noch die Mehrheit. Dagegen waren annähernd sieben von acht Teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen. Dies kann ein Ausdruck davon sein, dass Frauen die Flexibilität der Teilzeitbeschäftigung auch – oder besonders – im Lehrerberuf schätzen, um die Ansprüche von Erwerbs- und Familienarbeit vereinbaren zu können. Der hohe Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigten hat eine lange Tradition. Schon 20 Jahre zuvor lag er bei 85 %, vor elf Jahren erreichte er sogar annähernd 90 %. Damit ist hier in den vergangenen Jahren entgegen dem allgemeinen Trend ein minimaler Anstieg der Männerquote zu verzeichnen gewesen.

Grund- und Hauptschulen mit höchstem Frauenanteil

Die Grund- und Hauptschulen weisen – knapp vor den Sonderschulen – den höchsten Lehre-

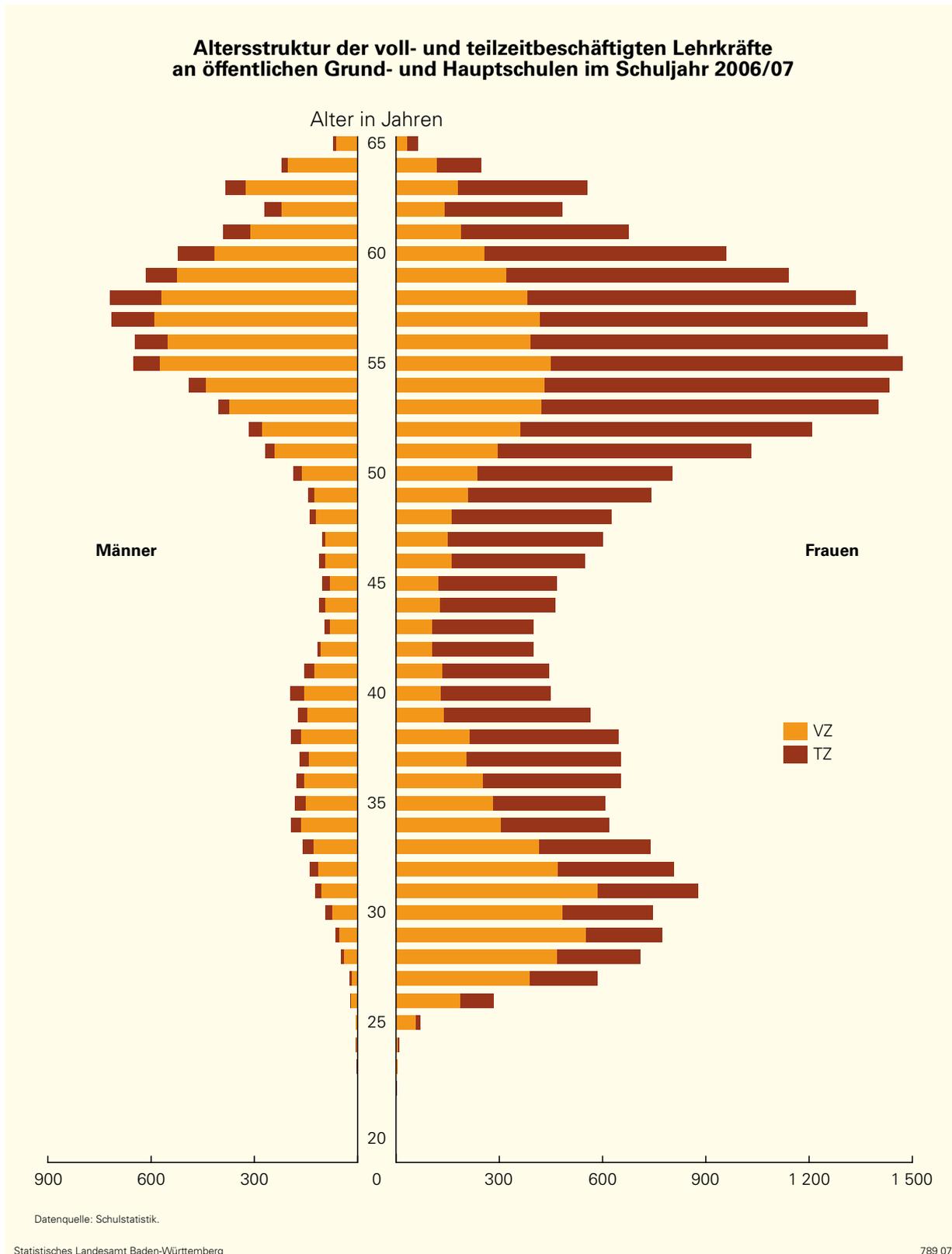
rinnenanteil unter den verschiedenen Schularten auf. Mit 73 % waren fast drei Viertel der insgesamt 47 773 Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen weiblich. In diesem Bereich ist ein hoher Frauenanteil nichts grundsätzlich Neues. Bereits im Schuljahr 1985/86 unterrichteten hier mehr Lehrerinnen als Lehrer. Dennoch bestand die Lehrerschaft an den Grund- und Hauptschulen damals immerhin noch zu 41 % aus männlichen Lehrkräften (Tabelle H 1 (T2) im Anhang). Dementsprechend ist der Männeranteil unter den jüngeren Lehrkräften im Alter von 25 bis 35 Jahren deutlich geringer als unter den erfahreneren im Alter von über 50 Jahren.

Besonders fällt hier der unterschiedliche Beschäftigungsumfang von Lehrern und Lehrerinnen auf. Vernachlässigt man bei dieser Betrachtung die überwiegend nur stundenweise beschäftigten sonstigen Lehrkräfte war im Schuljahr 2006/07 nur jeder siebte Lehrer teilzeitbeschäftigt, aber annähernd zwei von drei Lehrerinnen. Unter den jüngeren Lehrerinnen war der Anteil der Vollzeit-Lehrkräfte dabei deutlich höher als unter den älteren (Grafik H 1 (G1)). Dies mag dafür sprechen, dass unter anderem familiäre Gründe für die Teilzeitbeschäftigung ausschlaggebend sind.

Die Grund- und Hauptschulen sind der einzige Bereich, in dem mehr teilzeit- als vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte unterrichten: 19 520 verfügten über ein volles Deputat, 20 510 hatten einen Teilzeit-Lehrauftrag. Schon seit dem Schuljahr 1998/99 ist dieses Verhältnis an Grund- und Hauptschulen zu beobachten.¹ Der Anteil der Vollzeit-Lehrkräfte hat sich in den letzten Jahren bei 41 % bis 42 % stabilisiert, nachdem er um das Jahr 2000 auf unter 40 % gesunken war.

¹ Im Schuljahr 1998/99 wurde das Vorgriffstundenmodell eingeführt. Demnach sollten Lehrkräfte zunächst fünf Jahre lang eine Stunde mehr pro Woche unterrichten, danach fünf Jahre lang entsprechend dem normalen Regelstundenmaß und schließlich fünf Jahre lang eine Stunde weniger. An sich vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die an diesem Modell nicht teilnahmen und in den Jahren ab 1998/99 eine Stunde weniger als die Teilnehmer am Vorgriffstundenmodell unterrichteten, wurden in diesem Zeitraum als teilzeitbeschäftigt geführt, da sie weniger als 100 % des regulär zu haltenden Unterrichts erteilten.

Grafik H1 (G1)



Knapp die Hälfte der Lehrkräfte an Realschulen ist vollzeitbeschäftigt

Mit gut 46 % wiesen die öffentlichen Realschulen im Schuljahr 2006/07 einen überdurchschnittlichen Anteil an vollzeitbeschäftigten Lehrkräften auf. 39 % der insgesamt 16 054 Lehrkräfte waren Teilzeitbeschäftigte mit einem Lehrauftrag in Höhe von mindestens der Hälfte des Regelstundenmaßes, die übrigen gut 14 % zählten zu den sonstigen Lehrkräften. Bis Mitte der 90er-Jahre lag der Anteil der Vollzeit-Lehrkräfte bei über 60 %.

Der Frauenanteil an der Lehrerschaft der Realschulen lag mit 58 % deutlich unter dem Wert der Grund- und Hauptschulen. Allerdings ist auch an den Realschulen in den vergangenen Jahren eine spürbare Steigerung des Lehrerinnenanteils zu verzeichnen (**Tabelle H 1 (T3) im Anhang**). Erst seit dem Schuljahr 1996/97 ist hier die Mehrzahl der Lehrkräfte weiblich.

Ähnlich wie bei den Grund- und Hauptschulen sind an den Realschulen die Lehrer überwiegend vollzeit- und die Lehrerinnen teilzeitbeschäftigt (**Grafik H 1 (G2)**). Im Schuljahr 2006/07 lag unter den Lehrern der Anteil derjenigen mit einem Teilzeit-Lehrauftrag bei 20 %, dagegen waren fast zwei Drittel der Lehrerinnen an Realschulen Teilzeit-Lehrkräfte. Lediglich in den Altersjahren von 29 bis 35 Jahren war die Zahl der Lehrerinnen mit vollem Deputat höher als die ihrer teilzeitbeschäftigten Kolleginnen.

An Gymnasien erstmals mehr Lehrerinnen als Lehrer

An den öffentlichen Gymnasien unterrichteten im Schuljahr 2006/07 erstmals mehr Lehrerinnen als Lehrer: Den 12 014 Lehrern standen 12 279 Lehrerinnen gegenüber. Auch hier ist also im Zeitverlauf ein eindeutiger Trend zur Feminisierung der Lehrerschaft festzustellen. Im Schuljahr 1985/86 lag der Frauenanteil erst bei gut 35 % (**Tabelle H 1 (T4) im Anhang**). Lediglich unter den älteren Lehrkräften überwog die Zahl der Lehrer. In den Altersjahrgängen bis 53 Jahren waren unter den Voll- und Teilzeitbeschäftigten zusammen mehr Lehrerinnen als Lehrer zu finden. Eine Ausnahme bildeten hier nur die Altersjahrgän-

ge von 39 bis 42 Jahren, in denen die männlichen Lehrkräfte die Mehrheit stellten (**Grafik H 1 (G3)**). Dies dürfte auf familienbedingte Beurlaubungen zurückzuführen sein, die überwiegend von Frauen in Anspruch genommen werden.

Seit dem Schuljahr 2000/01 hat die Zahl der Lehrkräfte an Gymnasien bis 2006/07 um knapp 12 % auf 24 293 zugenommen. Diese Zunahme konzentrierte sich auf den Bereich der Teilzeit-Lehrkräfte: Ihre Zahl stieg in diesem Zeitraum von 8 008 auf 10 395. Dagegen bewegte sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten beständig um rund 11 000.

Rund 45 % aller Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien waren vollzeitbeschäftigt. Verglichen mit den anderen Schularten weisen die Gymnasien hierbei den geringsten Frauenanteil auf: Nur etwas mehr als jede vierte vollzeitbeschäftigte Lehrkraft war eine Frau. Bei den Lehrkräften mit Teilzeit-Lehrauftrag verfügten die Gymnasien dagegen über den höchsten Männeranteil aller Schularten: Gut ein Viertel aller Teilzeit-Lehrkräfte war männlich.

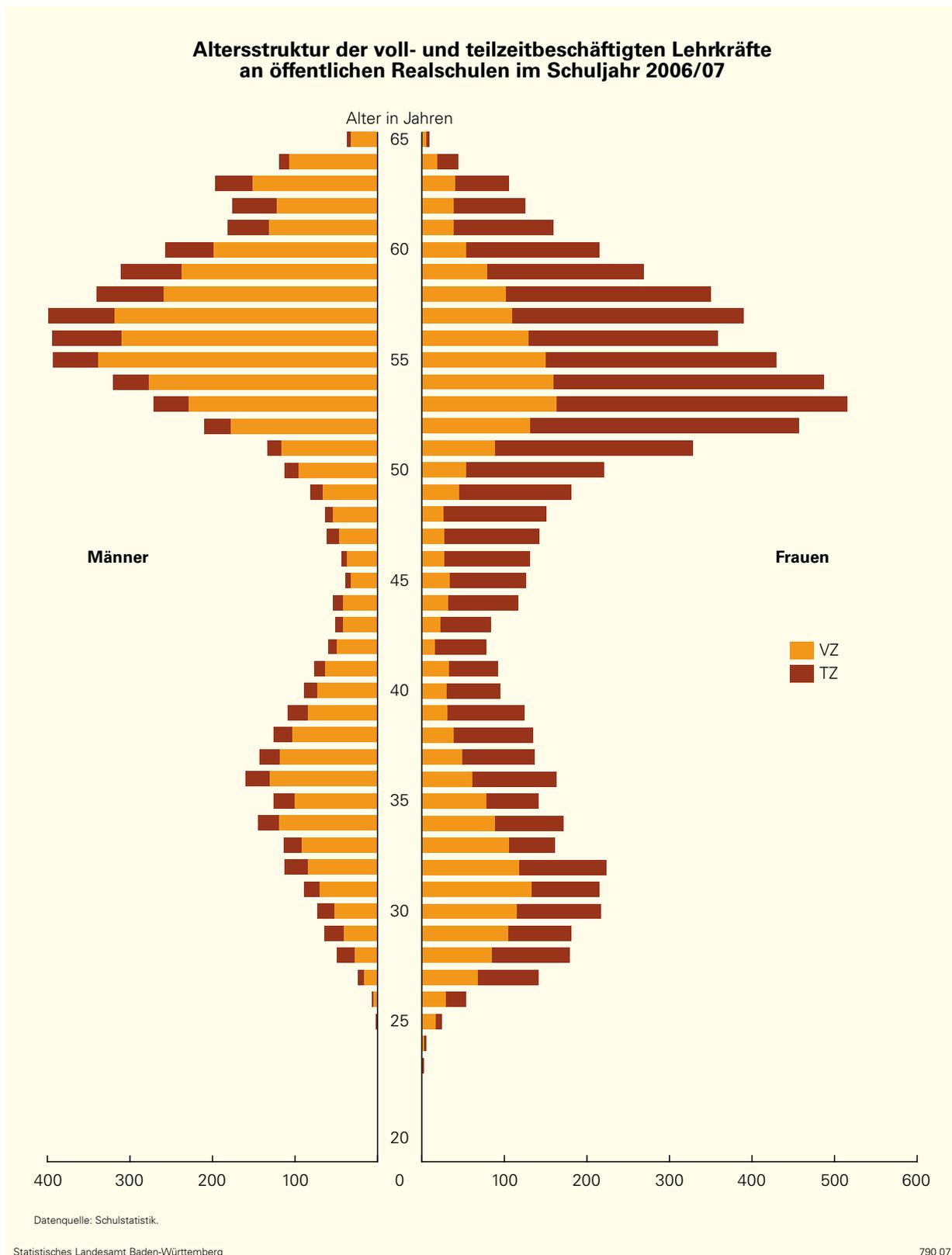
An Sonderschulen unterrichten überwiegend Vollzeit-Lehrkräfte

An den öffentlichen Sonderschulen unterrichteten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 9 575 Lehrkräfte. Etwas über 52 % von ihnen waren Vollzeitbeschäftigte (**Tabelle H 1 (T5) im Anhang**). Damit sind die Sonderschulen die einzige Schulart, an der überwiegend Vollzeit-Lehrkräfte zu finden sind. Aber auch hier nimmt deren Anteil im Zeitablauf ab. Im Schuljahr 1985/86 waren noch 70 % der Sonderschul-Lehrkräfte vollzeitbeschäftigt, im Schuljahr 1995/96 waren es 62 %.

Mit 72 % war der Lehrerinnenanteil an den Sonderschulen vergleichsweise hoch und lag fast auf dem Niveau der Grund- und Hauptschulen. Im Schuljahr 1985/86 besaßen die Sonderschulen mit einem Anteil von damals 63 % sogar einen höheren Lehrerinnenanteil als diese. Erst seit dem Schuljahr 1993/94 liegen die Grund- und Hauptschulen in diesem Punkt vor den Sonderschulen an der Spitze.

Im Schuljahr 2006/07 waren 60 % der Vollzeit-Lehrkräfte an den Sonderschulen weib-

Grafik H1 (G2)



lich. In dieser Hinsicht liegen die Sonderschulen noch vor den Grund- und Hauptschulen. Die Vollzeitbeschäftigung ist somit unter den Sonderschullehrerinnen weiter verbreitet als an allen anderen Schularten in Baden-Württemberg.

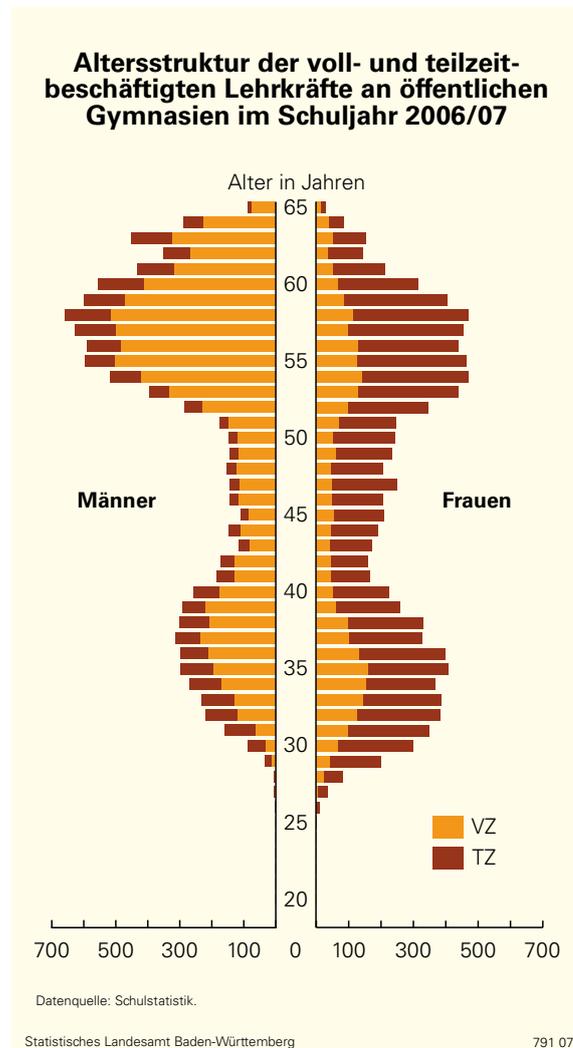
Altersgliederung mit „Taille“

Die Grafiken H 1 (G1) bis H 1 (G3) zeigen alle ein ähnliches Bild: Die jüngsten Lehrerinnen sind etwa 24 bis 25 Jahre alt, wenn sie eingestellt werden. Ihre Zahl nimmt zunächst zu bis zum Alter von etwas über 30 Jahren – an Gymnasien bis zum Alter von 35 Jahren. In den folgenden Jahren bis zum Alter von 42 Jahren sind dann von Altersjahr zu Altersjahr immer weniger Lehrerinnen im Schuldienst zu finden. Danach nimmt ihre Zahl dann wieder zu und erreicht ungefähr beim Alter von 50 Jahren wieder das Niveau der 30-Jährigen. Die Zahl steigt in den Altersjahren bis zum 53. an Realschulen, dem 55. an Grund- und Hauptschulen und dem 58. an Gymnasien weiter an. Danach reduzieren sich die Besetzungszahlen der Altersjahrgänge bis zum Erreichen des 65. Lebensjahres.

Die Verteilung der männlichen Lehrer auf die einzelnen Altersjahrgänge folgt im Wesentlichen dem gleichen Muster, nur sind sie an den entsprechenden Punkten meist zwei bis drei Jahre älter als ihre Kolleginnen. Eine gewisse Abweichung ergibt sich nur bei den ältesten Jahrgängen. Über 60-jährige Lehrer sind verhältnismäßig häufiger anzutreffen als Lehrerinnen in diesem Alter. Hier ist eine gewisse Tendenz erkennbar, dass Lehrer etwas später in den Ruhestand gehen als Lehrerinnen.

Aus den hier beschriebenen Besetzungszahlen ergibt sich in den Grafiken H 1 (G1) bis H 1 (G3) für alle Schularten das Bild eines „taillierten“ Altersaufbaus des Lehrkörpers. Dabei ist der „Oberkörper“ deutlich stärker ausgeprägt als die untere Hälfte. Ursache für diese Altersstruktur der Lehrerschaft sind in erster Linie die Lehrereinstellungen in den zurückliegenden Jahrzehnten. Die große Zahl an Lehrkräften im Alter von über 50 Jahren wurde überwiegend in den 70er-Jahren eingestellt, als geburtenstarke Jahrgänge zu kräftig steigenden Schülerzahlen führten und einen entsprechenden Ausbau des

Grafik H1 (G3)



Schulwesens erforderten. Der anschließende deutliche Rückgang der Geburtenzahlen mit der Konsequenz rückläufiger Schülerzahlen hatte dann zur Folge, dass in den 80er-Jahren kaum noch freie Lehrerstellen zu besetzen waren. Dementsprechend sind Lehrkräfte im Alter von 40 bis 45 Jahren relativ selten an den Schulen zu finden. Bedingt durch wieder ansteigende Schülerzahlen und Pensionierungen konnten seit den 90er-Jahren wieder mehr Lehrkräfte in den Schuldienst übernommen werden, wodurch der wieder kräftigere „Unterbau“ der Altersgliederung zu erklären ist.

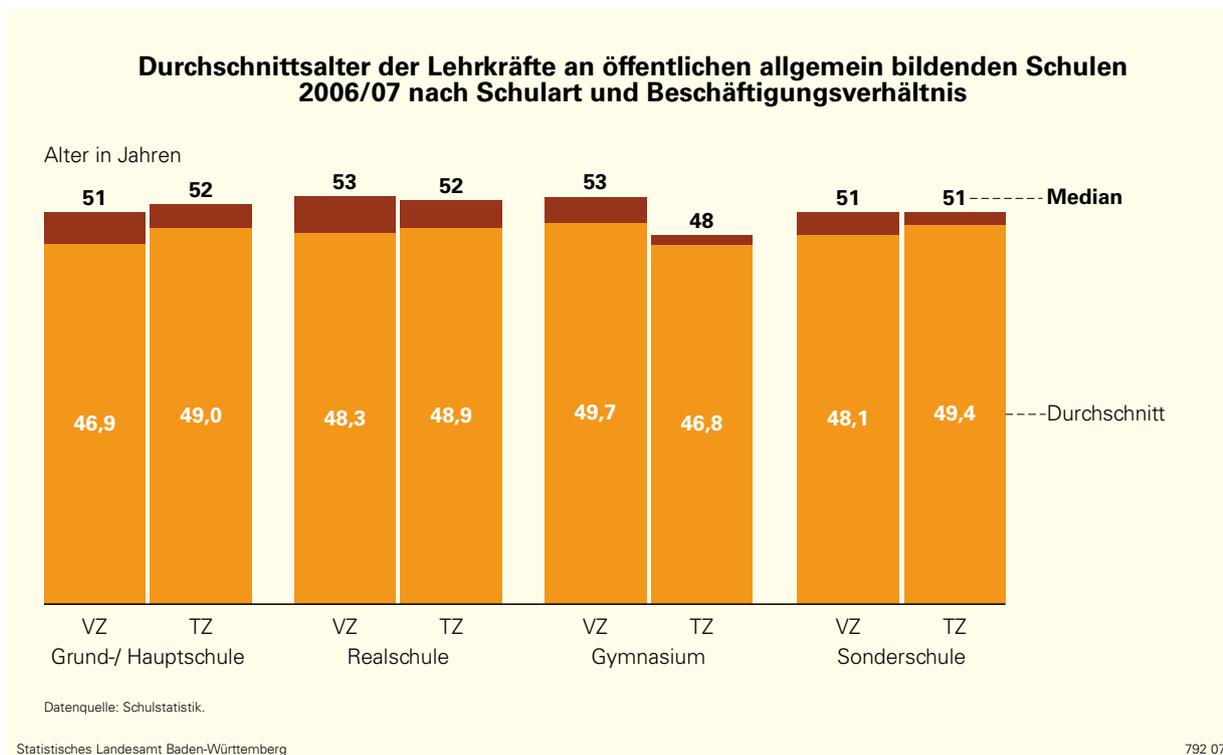
Die Hälfte der Lehrkräfte ist älter als 50 Jahre

Diese zeitliche Entwicklung der Lehrereinstellung beeinflusst auch das durchschnittliche Alter des Lehrpersonals an den Schulen. Die große Zahl an Lehrkräften, die in den 70er-Jahren in den Schuldienst eintraten, führt zu einem entsprechend höheren Durchschnitt. Die beginnenden Pensionierungen dieser Lehrkräfte haben in Verbindung mit den Neueinstellungen junger Lehrkräfte allerdings in manchen Schularten bereits dazu geführt, dass das Durchschnittsalter wieder leicht zu sinken beginnt. Das höchste Durchschnittsalter hatten im Schuljahr 2006/07 die Vollzeit-Lehrkräfte an den Gymnasien mit 49,7 Jahren, das niedrigste ihre teilzeitbeschäftigten Kollegen mit 46,8 Jahren (Grafik H 1 (G4)). Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass in den vergangenen Jahren der Anteil von Frauen an der Lehrerschaft der Gymnasien zugenommen hat und diese im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen wesentlich stärker von der Möglichkeit eines Teillehrauftrags Gebrauch machen. Unter

den teilzeitbeschäftigten Gymnasiallehrern sind somit verhältnismäßig viele jüngere Frauen zu finden. An den anderen Schularten sind die Differenzen zwischen den voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräften geringer.

Das arithmetische Mittel gibt bei einer ungleichmäßigen Verteilung – wie sie hier bei der Altersstruktur des Lehrpersonals vorliegt – aber nur eine unvollständige Information über das „typische“ Alter von Lehrkräften. Ein weiterer Mittelwert, der in diesen Fällen zu nennen ist, ist der Median. Er beschreibt den Wert, der die untersuchte Gesamtheit in der Mitte teilt. Der Median gibt hier an, bei welchem Alter die Hälfte der Lehrkräfte jünger und die andere Hälfte älter ist. Wegen der hohen Besetzungszahlen der älteren Jahrgänge liegen Werte für dem Median in allen Schularten über den jeweiligen arithmetischen Mittelwerten (Grafik H 1 (G4)). Nur bei Teilzeitbeschäftigten an Gymnasien lag der Median im Schuljahr 2006/07 mit 48 Jahren im vierten Lebensjahrzehnt. Bei vollzeitbeschäft-

Grafik H1 (G4)



tigten Gymnasial- und Realschullehrern war er mit 53 Jahren am höchsten. Mehr als die Hälfte der voll- oder teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen ist demnach 50 Jahre alt oder älter.

Lehrer sind im Durchschnitt drei bis gut vier Jahre älter als ihre Kolleginnen. Das rechnerische Mittel unter den Lehrerinnen reichte 2006/07 von 46,1 Jahren an Gymnasien bis 47,6 Jahren an Sonderschulen. Der Durchschnitt der Lehrer lag zwischen 50,3 Jahren an Realschulen und 51,5 Jahren an Sonderschulen.

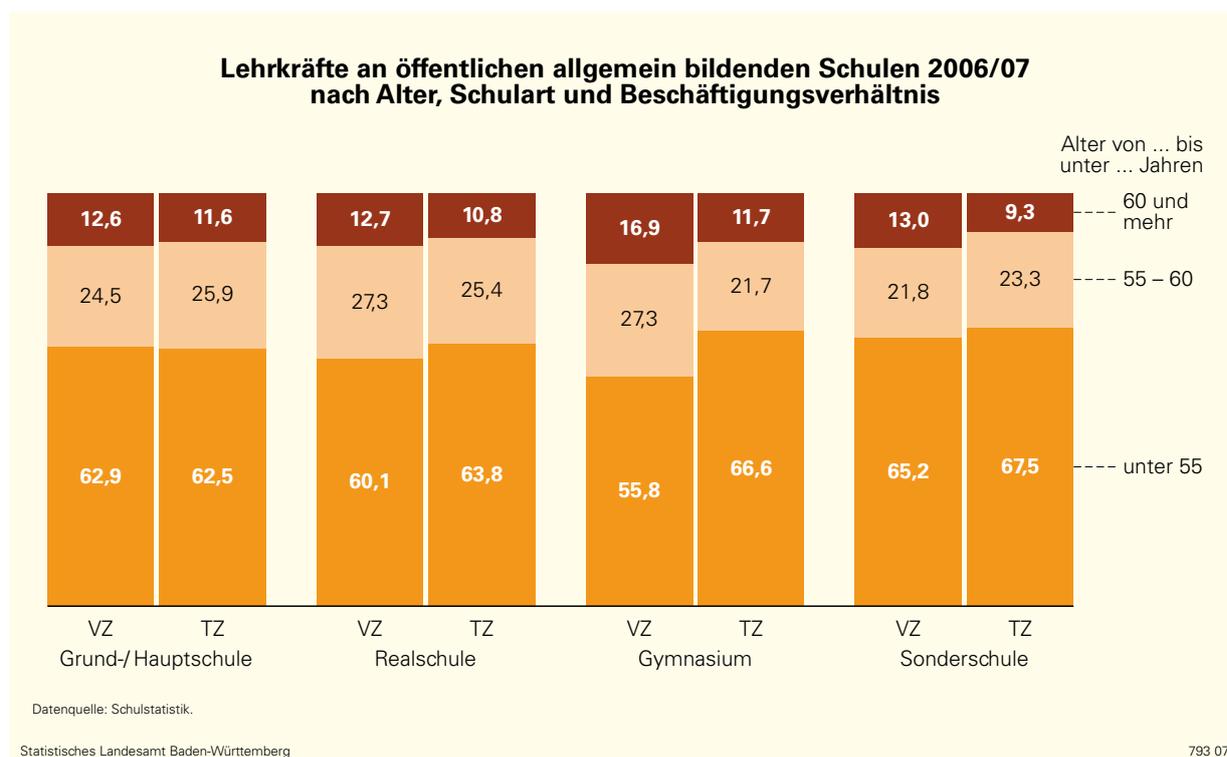
Fast ein Drittel der Lehrkräfte wird in den kommenden zehn Jahren pensioniert

Diese historisch gewachsene Altersgliederung der Lehrerschaft hat Konsequenzen für die Einstellungschancen künftiger Lehramtsbewerber. Ein großer Teil der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte, die überwiegend den Unterricht be-

streiten, tritt in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand. Im Schuljahr 2006/07 waren 34 % des voll- oder teilzeitbeschäftigten Lehrpersonals der Sonderschulen 55 Jahre alt oder älter. An Grund- und Hauptschulen lag dieser Anteil bei gut 37 %, an Realschulen bei 38 % und an Gymnasien sogar bei 39 %.

Betrachtet man Voll- und Teilzeitbeschäftigte getrennt, wird deutlich, dass die Gruppe der Älteren unter den Vollzeit-Lehrkräften meist größer ist als unter den Teilzeit-Lehrkräften (Grafik H 1 (G5)). So waren zum Beispiel im Schuljahr 2006/07 an den Gymnasien annähernd 44 % der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte 55 Jahre alt oder älter, aber nur gut 33 % der teilzeitbeschäftigten. An den anderen Schularten lag der Anteil der älteren Vollzeit-Lehrkräfte zwischen 35 % und 40 %. Bei den Teilzeit-Lehrkräften reichte die Spannweite des Anteils der Älteren von rund 33 % an Sonderschulen und Gymnasien bis knapp 38 % an Grund- und Hauptschulen.

Grafik H1 (G5)



Der Altersaufbau der Lehrerschaft könnte zur Schlussfolgerung führen, dass in den kommenden Jahren ein erheblicher Ersatzbedarf an Lehrkräften besteht. Allerdings kann dieser nicht allein an den möglicherweise freiwerdenden Stellen gemessen werden. Eine weitere einflussreiche Bestimmungsgröße ist natürlich die Entwicklung der Schülerzahl, die ja auch die jetzige Struktur der Altersgliederung maßgeblich

bestimmt hat. Hier ist in den kommenden Jahren – zunächst mit Ausnahme der Gymnasien – mit sinkenden Schülerzahlen zu rechnen. Dieser Rückgang wird wohl nicht ohne Auswirkungen auf die Stellenplanungen bleiben. Andererseits könnten auf die Lehrkräfte im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Bildungswesens weitere schulische Verpflichtungen zukommen.

H 2 Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Gut 21 400 Lehrkräfte an öffentlichen Schulen im Bereich des Kultusministeriums

An den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport unterrichteten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 21 414 Lehrkräfte. Das sind rund 500 mehr als im Vorjahr.

Anders als an den allgemein bildenden Schulen sind die Vollzeitbeschäftigten an den beruflichen Schulen noch die absolute Mehrheit: Etwa 59 % des Lehrpersonals verfügten über einen vollen Lehrauftrag. Die Zahl der Vollzeit-Lehrkräfte war mit 12 619 fast doppelt so hoch wie die Zahl ihrer teilzeitbeschäftigten Kollegen mit 6 490 (Tabelle H 2 (T1) im Anhang). Diese Lehrkräfte mit einem Lehrauftrag, der mindestens die Höhe des halben Regelstundenmaßes umfasst, hatten somit einen Anteil an der Lehrerschaft von gut 30 %. Die restlichen knapp 11 % waren überwiegend stundenweise beschäftigte Lehrkräfte, kirchliche Lehrkräfte und Lehramtsanwärter mit selbstständigem Unterricht.

Auch an beruflichen Schulen deutlicher Anstieg des Lehrerinnenanteils

Der Unterricht an beruflichen Schulen wird noch weit überwiegend von männlichen Lehrkräften erteilt, rund 60 % sind Männer. Allerdings ist an beruflichen Schulen ebenso wie an den allgemein bildenden eine Tendenz zur Feminisierung des Lehrerberufs feststellbar. Im Verlauf der letzten rund 15 Jahre erhöhte sich der Frauenanteil am Lehrpersonal der öffentlichen beruflichen Schulen von gut 29 % auf knapp 40 % (Tabelle H 2 (T2) im Anhang).

Wie an den allgemein bildenden Schulen sind die Lehrerinnen der beruflichen Schulen überwiegend teilzeitbeschäftigt: 56 % der 8 467 Lehrerinnen hatten ein Teilzeit-Deputat, 32 % ein Vollzeit-Deputat. Diese Anteilswerte waren in den letzten Jahren vergleichsweise stabil. Von allen teilzeitbeschäftigten Lehrkräften an beruflichen Schulen sind bereits seit längerer Zeit rund drei Viertel Frauen. Unter den Vollzeit-Lehrkräften der beruflichen Schulen war in der Vergangenheit ein leichter Anstieg des Frauenanteils fest-

stellbar. Im Schuljahr 1990/91 betrug er knapp 16 %. Bis zum Schuljahr 2006/07 wuchs er bis auf etwas über 21 % an.

Schultypen mit unterschiedlicher Lehrkräftestruktur

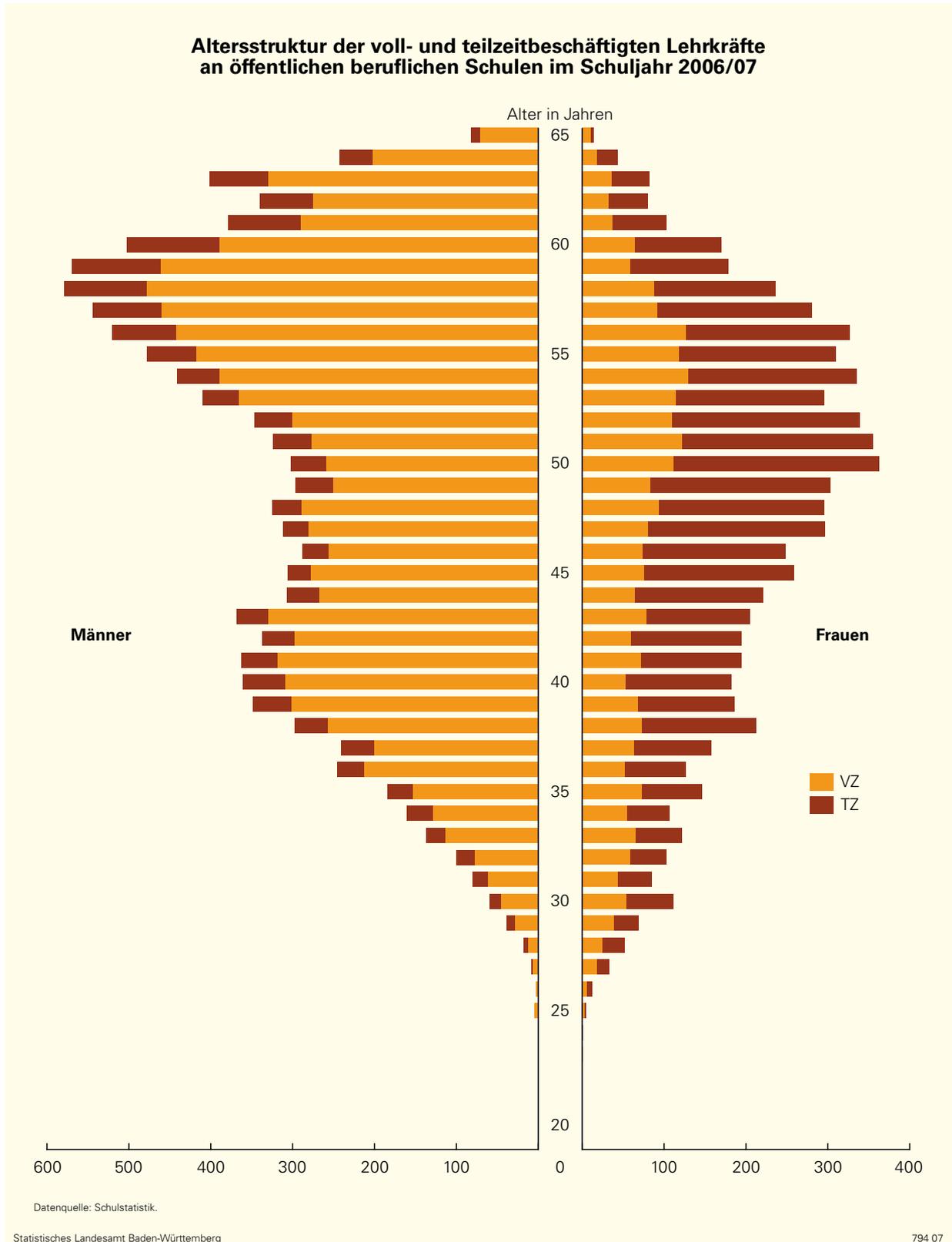
Eine Aufteilung der Lehrerkollegien der beruflichen Schulen nach einzelnen Schularten ist wenig zweckmäßig, da an den meisten beruflichen Schulen mehrere Schularten vertreten sind und die Lehrkräfte je nach Bedarf an verschiedenen Schularten unterrichten. Sinnvoller ist hier die Trennung in die drei Schultypen gewerblich, kaufmännisch und haus- und landwirtschaftlich.¹ Entsprechend der Schülerzahl waren an den gewerblichen Schulen mit 9 720 die meisten Lehrkräfte im Einsatz. An kaufmännischen Schulen unterrichteten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 6 925 Lehrkräfte, an haus- und landwirtschaftlichen Schulen 4 769.

Fast drei Viertel der Lehrkräfte an gewerblichen Schulen waren vollzeitbeschäftigt, an den kaufmännischen Schulen war es mit 54 % ebenfalls deutlich mehr als die Hälfte. Bei den haus- und landwirtschaftlichen Schulen lag der Anteil dagegen nur bei 40 %, dagegen war dort fast die Hälfte aller Lehrkräfte teilzeitbeschäftigt. An gewerblichen Schulen traf dies nur für gut 20 % der Lehrerschaft zu.

Da Lehrerinnen die Mehrzahl der Teilzeitbeschäftigten stellen, ist im Schultyp mit dem höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten auch der Lehrerinnenanteil am größten: 70 % des Lehrpersonals an haus- und landwirtschaftlichen Schulen war 2006/07 weiblich. Dieser Anteil liegt bereits seit Mitte der 90er-Jahre konstant bei Werten um 70 %. An gewerblichen Schulen sind Lehrerinnen zwar immer noch relativ selten, aber doch häufiger anzutreffen als früher: Im Schuljahr 2006/07 waren dort fast 22 % der Lehrkräfte weiblich, im Schuljahr 1990/91 waren es erst 14 %. An kaufmännischen Schulen wuchs ihr Anteil im selben Zeitraum von 31 % auf über 43 % an.

1 Zum haus- und landwirtschaftlichen Typ wird hier – wie üblich – auch der sozialpflegerische Typ gezählt.

Grafik H2 (G1)



Lehrkräfte im Mittel etwa 49 Jahre alt

Die Altersgliederung der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an beruflichen Schulen (Grafik H 2 (G1)) unterscheidet sich deutlich von denen der allgemein bildenden Schulararten (Grafiken H 1 (G1) bis H 1 (G3)). Während in der Lehrerschaft der allgemein bildenden Schulen die Jahrgänge im Alter von etwa 40 bis 45 Jahren nur in relativ geringem Ausmaß vertreten sind, fehlt diese auffällige Einschnürung im Altersaufbau der Lehrerschaft an beruflichen Schulen. Nur auf der Seite der männlichen Lehrer ist in diesen Altersjahren eine leichte Einkerbung zu erkennen. Dies ist zum einen auf eine gleichmäßigere Einstellungspraxis und zum anderen auf die Möglichkeit des „Quereinstiegs“ in den Dienst an beruflichen Schulen zurückzuführen. Nicht für alle Fächer kann der Lehrkräftebedarf allein über die direkte, einschlägige Hochschulbildung gedeckt werden. Insbesondere im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich können Diplom-Ingenieure als Quereinsteiger in den Schuldienst übernommen werden. Die erforderliche pädagogische Schulung erhalten sie im Rahmen von unterrichtsbegleitenden Sonderkursen an Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung. Ursprünglich schwächer besetzte Altersjahrgänge können durch diese Zugänge nachträglich aufgefüllt werden.

Wie bei den allgemein bildenden Schulen sind die Vollzeit-Lehrkräfte im Mittel etwas älter als ihre teilzeitbeschäftigten Kollegen (Grafik H 2 (G2)). Das arithmetische Mittel von 49,2 Jahren liegt um ein halbes Jahr über dem der Teilzeit-Lehrkräfte. Für Vollzeitbeschäftigte lag der Median mit 51 Jahren um 1,8 Jahre und für Teilzeitbeschäftigte mit 50 Jahren um 1,3 Jahre über dem arithmetischen Mittel. Das Durchschnittsalter der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte zusammen lag im Schuljahr 2006/07 bei 49,1 Jahren, der Median bei 50 Jahren. Dies sind deutlich niedrigere Differenzen zwischen dem Median und dem arithmetischen Mittel als bei den allgemein bildenden Schulen. Dort betrug der Unterschied bei den Vollzeit-Lehrkräften zwischen drei und knapp fünf Jahre und bei den Teilzeit-Lehrkräften an Grund-, Haupt- und Realschulen drei

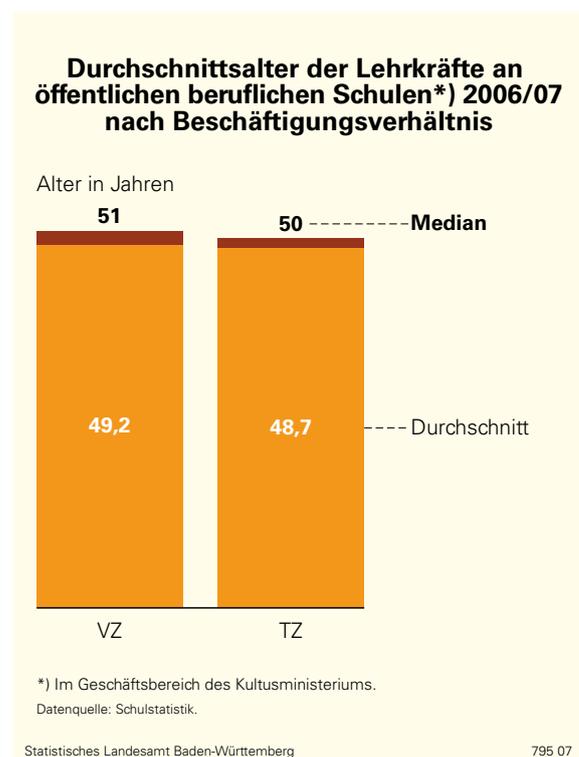
bis knapp vier Jahre. Lediglich die Teilzeitbeschäftigten an Gymnasien und Sonderschulen liegen ungefähr auf einem Niveau mit denjenigen an beruflichen Schulen. Die geringere Abweichung an den beruflichen Schulen ist eine Folge der hier gleichmäßigeren Altersgliederung der Lehrerschaft.

Der Unterschied des Durchschnittsalters von Lehrerinnen und Lehrern ist bei den beruflichen Schulen kleiner als an den allgemein bildenden Schulen. Im Schuljahr 2005/06 waren Lehrerinnen im Mittel 47,6 Jahre alt, Lehrer 50,0 Jahre. Damit waren die Lehrerinnen im Durchschnitt geringfügig älter als ihre Kolleginnen an allgemein bildenden Schulen, und die Lehrer der beruflichen Schulen etwas jünger als die der allgemein bildenden.

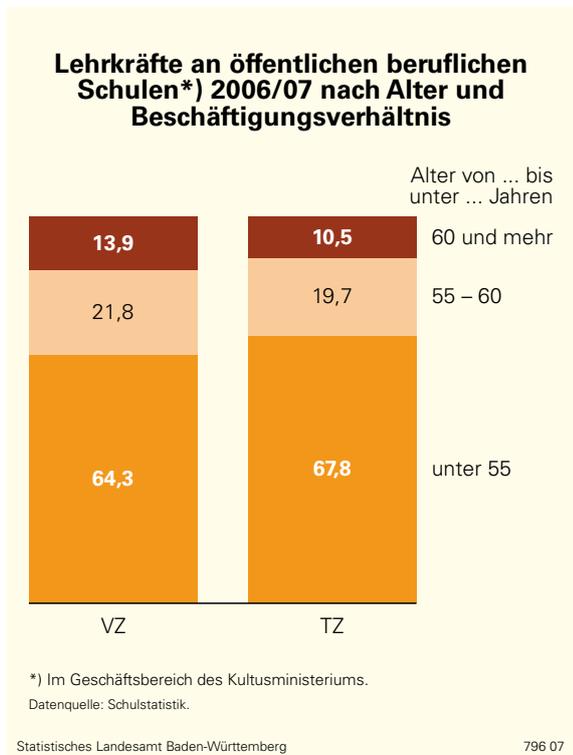
Ersatzbedarf an Lehrkräften absehbar

Auch wenn der Altersaufbau der Lehrerschaft an beruflichen Schulen günstiger ist als an den

Grafik H2 (G2)



Grafik H2 (G3)



allgemein bildenden Schulen, ist in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich mit einem Ersatzbedarf insbesondere in den bereits heute gesuchten technischen und naturwissenschaftlichen Fächern zu rechnen. Vor allem Vollzeit-Lehrkräfte werden in den nächsten Jahren in größerem Ausmaß das Pensionsalter erreichen: 36 % von ihnen waren 55 Jahre alt oder älter (Grafik H 2 (G3)). Von den Teilzeitbeschäftigten gehörten rund 30 % zu dieser Altersgruppe.

H 3 Professionalisierung des pädagogischen Personals

Die Qualität der Lehrkräfte ist einer der entscheidenden Faktoren für die Qualität des Bildungswesens insgesamt. Neben der Lehrerpersönlichkeit wird die Güte der pädagogischen Professionalität primär durch die akademische Ausbildung, den Vorbereitungsdienst und die berufsbegleitenden Fortbildungen bestimmt. Der Grad der Professionalisierung kann dabei nur annähernd durch qualitative und quantitative Indikatoren wie Inhalte, Anforderungen und Ziele des Studiums, Zahl der erfolgreichen Abschlüsse, Inhalte und Anzahl der Fortbildungsangebote sowie Anzahl der Fortbildungsteilnehmer erfasst werden.

H 3.1 Lehrkräfteausbildung

Die Anforderungen an den Lehrerberuf für das öffentliche Schulwesen werden im Landesbeamtengesetz¹ definiert. Vorausgesetzt wird die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Fehlt eine entsprechende Staatsangehörigkeit, kommt eine Einstellung nur im Angestelltenverhältnis in Betracht. Haushaltsrechtlich ist eine Altersgrenze von 45 Jahren festgelegt worden. Wer älter ist, kann nur im Angestelltenverhältnis in den Schuldienst übernommen werden. Die Befähigung für den Lehrerberuf muss in der Regel durch die 1. und 2. Staatsprüfung nachgewiesen sein. Die Anforderungen an Lehrkräfte können im privaten Schulwesen davon abweichen. Im Juli 2007 hat Baden-Württemberg beschlossen, für das gymnasiale Lehramtsstudium die Abschlüsse Bachelor und Master einzuführen. Ab dem Wintersemester 2008/09 werden die Lehramtsstudierenden an den Universitäten sowie den Kunst- und Musikhochschulen des Landes ihr Studium in der gestuften Studienstruktur beginnen.

¹ Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg (LBG) in der Fassung vom 21.10.1996, zuletzt geändert am 20. April 2005 (GBl. 7/2005, S. 321).

Erste Phase der Lehrkräfteausbildung – Hochschulstudium

Angehende Lehrkräfte durchlaufen in den meisten Fällen eine grundständige – das heißt von Beginn des Studiums an auf dieses Berufsziel ausgerichtete – Lehrerbildung in zwei Phasen: Hochschulstudium und Vorbereitungsdienst. Daneben gibt es die einphasige Ausbildung von Fachlehrkräften und – im beruflichen Schulwesen – technischen Lehrkräften. Die Ausbildung an den Hochschulen und in den Vorbereitungsdiensten erfolgt auf der Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, die in der Verantwortung des Kultusministeriums entwickelt werden.

Die erste Phase der Lehrerausbildung – das Hochschulstudium – fällt in den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Als einziges Bundesland bildet Baden-Württemberg die Lehrkräfte für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen in der ersten Phase an besonders dafür eingerichteten Pädagogischen Hochschulen aus. Dabei sind Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Pädagogik von Anfang an integriert; auch von Ausbildungslehrkräften begleitete Block- und Tagespraktika an den Schulen gehören dazu. Studierende, die das Lehramt an Gymnasien oder das höhere Lehramt an beruflichen Schulen anstreben, absolvieren in der ersten Phase ein Lehramtsstudium an einer Universität bzw. an einer Musik- oder Kunsthochschule. Die Studiengänge für Diplomhandelslehrer und Diplomgewerbelehrer an beruflichen Schulen sind als universitäre Diplomstudiengänge eingerichtet.

Zu den Lehramtsstudiengängen für das höhere Lehramt gehören neben den Fachwissenschaften pädagogische Studien und ein Praxissemester, das in der Schule abgeleistet und von pädagogischen und fachdidaktischen Lehrveranstaltungen der Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung begleitet wird. In das Universitätsstudium der allgemein bildenden Fächer ist weiterhin das Ethisch-Philosophische Grundlagenstudium integriert, für die beruflichen Studiengänge sind zusätzlich berufliche Fachpraxis bzw. Betriebspraxis erforderlich. Die erste Phase wird in den allgemein bildenden Fächern mit der Ersten Staatsprüfung abgeschlossen, in beruflichen Diplomstudiengängen mit einer Diplomprüfung.

In Baden-Württemberg gibt es sechs Pädagogische Hochschulen, neun Universitäten, fünf Musik- und zwei Kunsthochschulen. Im Wintersemester 2006/07 waren dort insgesamt 36 978 Studierende in Lehramtsstudiengängen eingeschrieben. 41 % von diesen strebten das Lehramt an Gymnasien an, 32 % das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und 15 % das Lehramt an Realschulen. Mit Studierendenanteilen von 6 % bzw. 5 % waren das Lehramt an Sonderschulen und die Diplom-Studiengänge für die Lehrämter an beruflichen Schulen vergleichsweise selten vertreten.

Zweite Phase der Lehrkräfteausbildung – Vorbereitungsdienst

Die zweite Phase bildet für alle künftigen Lehrkräfte ein schulartspezifischer Vorbereitungsdienst, der an einem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung und an einer Ausbildungsschule abgeleistet wird. Er dauert für die Lehrämter an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen 18 Monate. Für die Lehrämter an Gymnasien und beruflichen Schulen wurde er ab 2005 bei vorlaufendem Praxissemester von 24 Monaten auf 18 Monate verkürzt. Der Vorbereitungsdienst verbindet die schulpraktische Ausbildung – zunächst begleitender, später selbstständiger Unterricht in einer Schule – mit pädagogischer, fachdidaktischer und schulrechtlicher Ausbildung am Seminar. Er wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen. Mit dem Bestehen wird die Lehrbefähigung für die jeweilige Schulart und die jeweilige Laufbahnberechtigung erworben.

In Baden-Württemberg gibt es (Grafik H3.1 (G1)):

- 10 Seminare für Gymnasien,
- 4 Seminare für das berufliche Schulwesen,
- 5 Seminare für Realschulen,
- 14 Seminare für Grund- und Hauptschulen und
- 3 Seminare für Sonderschulen.

An vier pädagogischen Fachseminaren erfolgt die Ausbildung für die Laufbahn des Fachlehrers für musisch-technische Fächer und des Technischen Lehrers an Sonderschulen. Insgesamt verteilen sich diese Seminare auf 36 Standorte.

Lehrerausbildung 2007 auf Höchstniveau

Zwischen 1985 und 2007 hat sich die Gesamtzahl der Teilnehmer am Vorbereitungsdienst in etwa verdoppelt. Allerdings war dies kein gleichmäßiger Anstieg sondern eine wellenförmige Entwicklung mit relativen Tiefpunkten in den Jahren 1991 und 2003. Nach einem zwischenzeitlichen Höchststand im Jahr 2000 und einem leichten Rückgang in den Folgejahren steigt die Zahl seit 2004 wieder kontinuierlich an. Im Jahr 2007 wurde mit insgesamt 11 475 Seminarteilnehmern eine neue Rekordmarke erreicht (Grafik H3.1 (G2)). Die Wellenbewegungen spiegeln die Reaktion der Studienbewerber auf die im Zeitablauf unterschiedlichen Chancen auf eine Übernahme in den Schuldienst wider.

Im Vergleich zum Jahr 2003 hat die Gesamtzahl der Seminarteilnehmer um 39 % zugenommen. Besonders stark war der Anstieg bei den angehenden Realschullehrkräften: Hier hat sich die Teilnehmerzahl von 1 109 auf 2 465 mehr als verdoppelt. Auch der Ausbildungsgang für das Lehramt an beruflichen Schulen konnte sich mit einem Zuwachs von 41 % überdurchschnittlich entwickeln. Die Zahl der Seminarteilnehmer in den Richtungen Grund- und Hauptschule sowie Sonderschule stieg in diesem Zeitraum um jeweils 31 % an. Mit + 22 % verzeichnete die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien einen deutlich geringeren Anstieg. Nahezu unverändert blieb die Zahl der in Ausbildung befindlichen Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte.

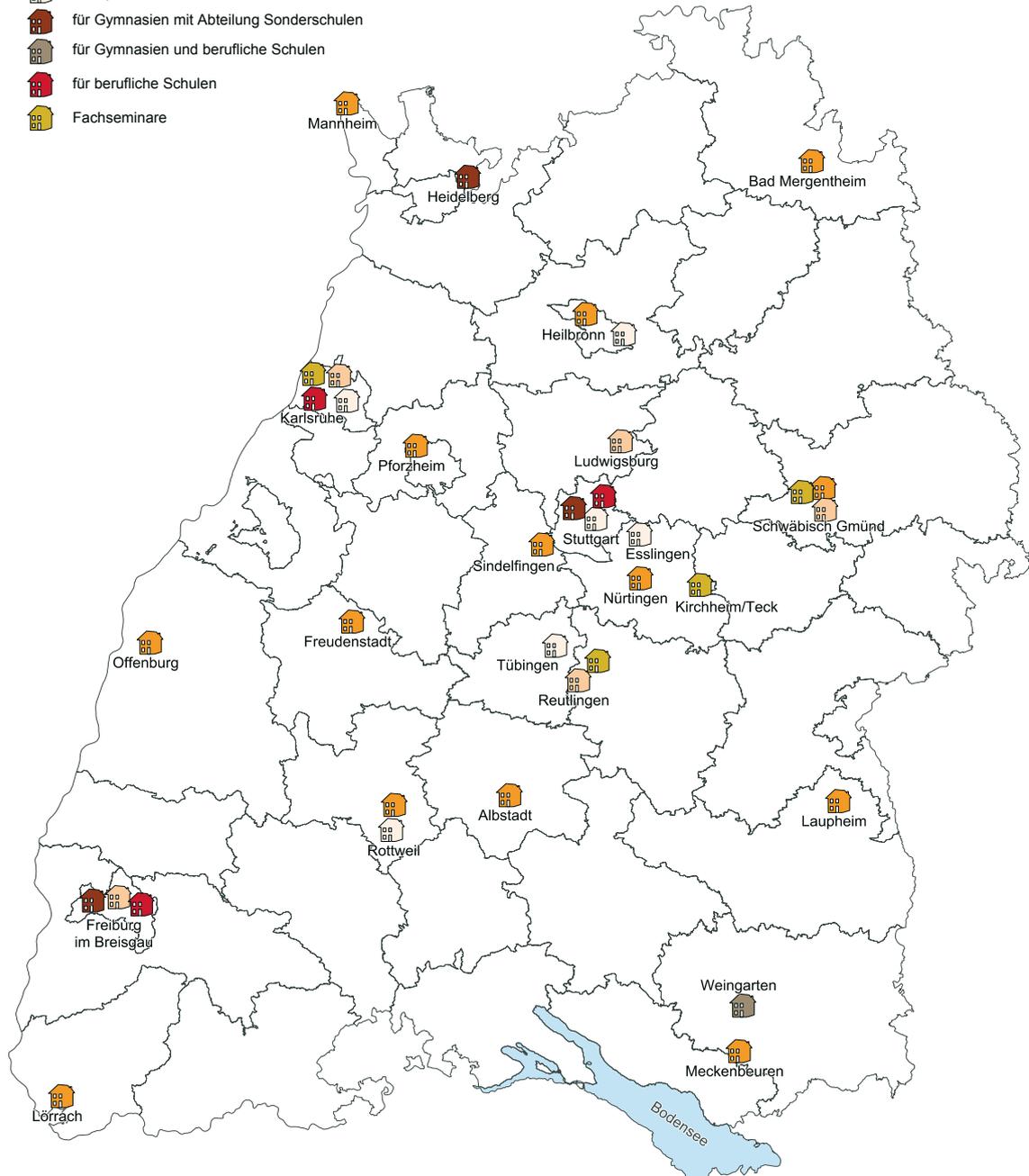
Lehrerberuf für Männer nicht mehr so attraktiv

Die Feminisierung des Lehrberufs im schulischen Bereich schreitet weiter voran. Drei Viertel der Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst waren im Jahr 2007 Frauen. An den Grund- und Hauptschulen bilden männliche Pädagogen mit einem Anteil von 8 % sogar nur noch die Ausnahme (Grafik H3.1 (G3)). Nachdem auch im beruflichen Bereich im Jahr 2007 erstmals mehr Frauen als Männer an den Seminaren ausgebildet werden, überwiegt nun in allen Schularten die Zahl der weiblichen Lehramtsanwärter. Im Jahr 1995 war dagegen nur rund ein Drittel der Seminarteilnehmer in der beruflichen Richtung weiblich.

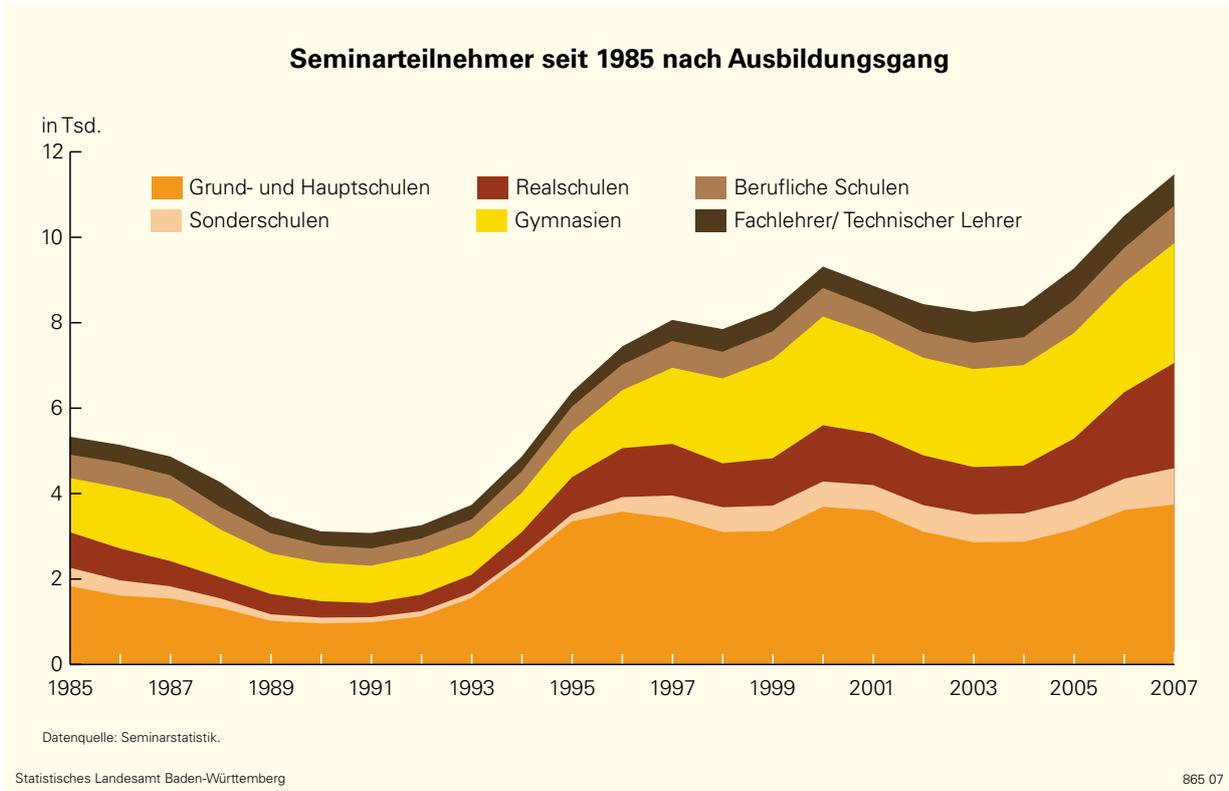
Grafik H3.1 (G1)

Standorte der Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung

-  für Grund- und Hauptschulen
-  für Realschulen
-  für Gymnasien
-  für Gymnasien mit Abteilung Sonderschulen
-  für Gymnasien und berufliche Schulen
-  für berufliche Schulen
-  Fachseminare



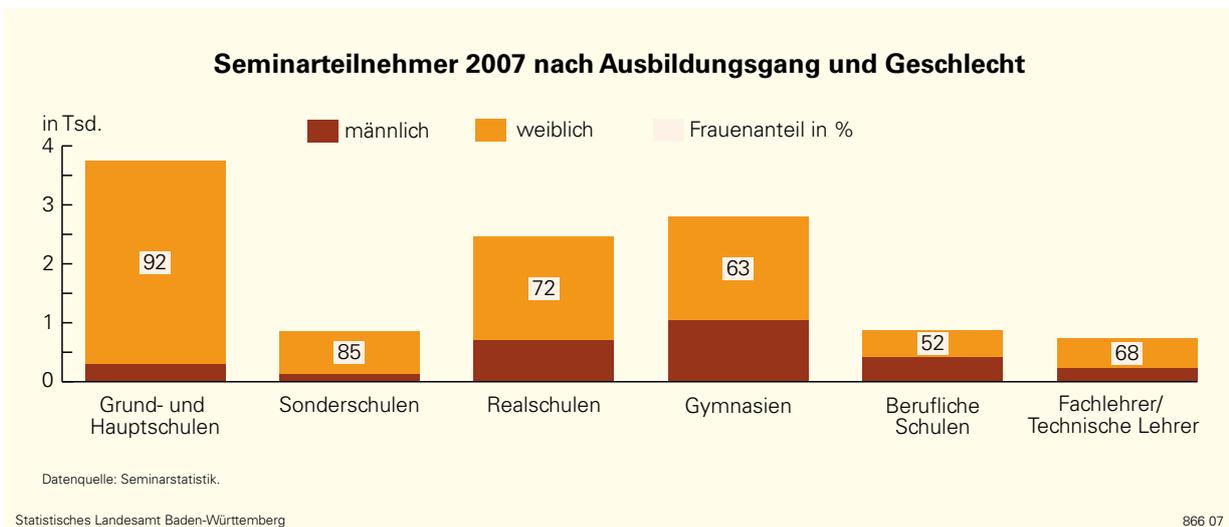
Grafik H3.1 (G2)



Ein Vergleich der Frauenanteile in der aktiven Lehrerschaft mit denen der Seminarteilnehmer zeigt, dass sich der Trend der zunehmenden Feminisierung fortsetzen wird. Besonders groß

ist der Unterschied zwischen dem Frauenanteil der Lehrkräfte an den Realschulen mit 58 % und dem im Bereich der Realschulanwärter mit 72%.

Grafik H3.1 (G3)



Neue Seminarbildung (NSA)

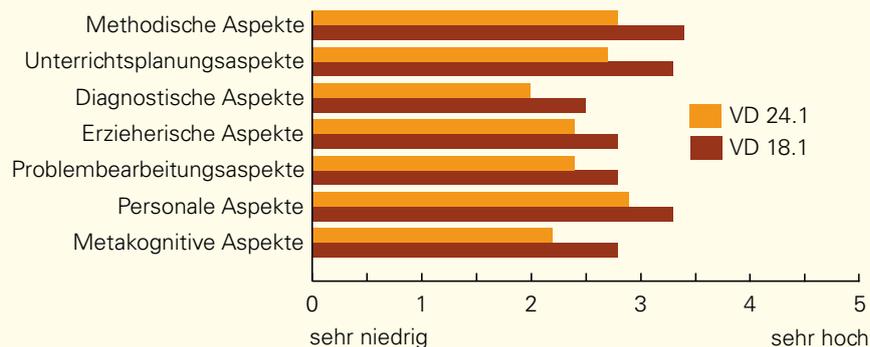
Die Ausbildung der Lehrkräfte für das Höhere Lehramt an Gymnasien und beruflichen Schulen wurde in Baden-Württemberg 2002 neu strukturiert. Anstelle des 24-monatigen Vorbereitungsdienstes (VD 24) trat ein studienbegleitendes Schulpraxissemester und ein um sechs auf 18 Monate verkürzter Vorbereitungsdienst (VD18). Dieser Veränderung der Lehrerausbildung hat die Kultusministerkonferenz unter der Maßgabe zugestimmt, dass bis zum Jahr 2007 eine Evaluation des verkürzten Vorbereitungsdienstes durchgeführt und bei der KMK vorgelegt wird. Es soll geklärt werden, ob die neustrukturierte Ausbildung eine fundierte, der bisherigen Struktur gleichwertige Grundlage für die spätere berufliche Tätigkeit in der Schule bildet bzw. inwieweit die pädagogische Handlungskompetenz durch neue Ausbildungsanteile wie das Praxissemester gestärkt werden kann.

Das Projekt zur vergleichenden „Evaluation des alten 24-monatigen und des neuen 18-monatigen Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Schuldienstes an allgemein bildenden Gymnasien und beruflichen Schulen“ wurde vom Landesinstitut für Erziehung und Unterricht ab dem Jahr 2003 an sieben Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung für berufliche Schulen und allgemein bildende Gymnasien sowie an 35 ausgewählten allgemein bildenden Gymnasien und beruflichen Schulen durchgeführt. Die Untersuchung bestand hauptsächlich aus Befragungen am Anfang und am Ende des jeweiligen Vorbereitungsdienstes aus der Perspektive aller Beteiligten: Der Referendare, der Fachleiter an den Seminaren sowie der Mentoren an den einzelnen Schulen.

Die nachfolgende Grafik zeigt beispielhaft die Ergebnisse der Selbsteinschätzung der Referendare am Beginn des Vorbereitungsdienstes (im VD 18 nach Abschluss des Schulpraxissemesters) hinsichtlich verschiedener unterrichtsrelevanter Aspekte.

Beurteilung eigener Kenntnisse und Fähigkeiten in Bezug auf die Praxis in Unterricht und Schule

Vergleich der Eingangsuntersuchungen



Offensichtlich wirken sich hier die Erfahrungen aus dem Praxissemester beim neuen 18-monatigen Vorbereitungsdienst positiv aus. Die Referendare mit einschlägiger vorlaufender Schulerfahrung fühlen sich in allen unterrichtsrelevanten Aspekten für ihre Aufgabe besser gerüstet.

Der Abschlussbericht wurde im Herbst 2007 dem Kultusministerium übergeben. Er zeigt, dass die neu strukturierte Lehrerausbildung insgesamt den damit verbundenen Erwartungen gerecht wird.

H 3. 2 Lehrerfortbildung

Professionalisierung von Lehrkräften ist kein Vorgang, der mit der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung – Studium an Universitäten bzw. Pädagogischen Hochschulen sowie der Seminausbildung – abgeschlossen ist. Vielmehr handelt es sich dabei um einen kontinuierlichen Prozess, der die akademische Bildung zum Ausgangspunkt nimmt, aber aufgrund sich stetig verändernder äußerer Rahmenbedingungen von Schule und Unterricht sowie deren pädagogischer Weiterentwicklung ein adäquates themenspezifisches Angebot an Fortbildungen benötigt, um entsprechende Anpassungen bei den pädagogisch Handelnden an diese Veränderungen zu erreichen. Zur Professionalisierung des Lehrerhandelns gehört demnach die individuelle Bereitschaft, sich über das gesamte Berufsleben neuen Herausforderungen zu stellen und die dabei zur Verfügung gestellten Unterstützungsangebote in Form von Fortbildungsmaßnahmen zu nutzen. Ziel ist es sicherzustellen, dass Lehrkräfte die Aufgaben in der Schule auch angesichts neuer Anforderungen professionell wahrnehmen können.

Im Rahmen der Bildungsberichterstattung stellt sich die Frage, inwiefern der Umfang und die Qualität der Fortbildungsangebote zu einer nachhaltigen Verbesserung der Schulqualität beitragen. Einfache Korrelationen im Sinne exakter mathematischer Messverfahren gibt es nicht. Sicher ist, dass rein quantitative Beschreibungen allein einer solch komplexen Fragestellung nicht genügen. Andere Faktoren wie Qualität und Effizienz der Angebote sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Gleichwohl ist zurzeit selbst eine rein quantitative Abbildung der gesamten Fortbildungslandschaft in Baden-Württemberg noch nicht möglich. Insbesondere im Bereich der regionalen Fortbildungen gibt es bislang keine verlässlichen Zahlen. Diese werden künftig erhoben, sodass zumindest mittelfristig eine auf systematisch erhobene Daten basierende Gesamtdarstellung des Fortbildungssektors erwartet werden kann.

Neben der Aufbereitung quantitativer Daten zu den verschiedenen Angeboten, ihrer Inhalte, Inanspruchnahme etc. kann die Bildungsberichterstattung auch externe Fokusevaluationen – wie

im Bereich der Führungsfortbildungen bereits erfolgt – sowie die Zufriedenheit der Teilnehmer in den Blick nehmen. Im Rahmen der externen Evaluation an Schulen durch das Landesinstitut für Schulentwicklung werden künftig schrittweise Daten zur Umsetzung der schulinternen Fortbildungsplanung und der Entwicklung von schulischen Fortbildungsportfolios hinzukommen.

Organisation der Lehrkräftefortbildung in Baden-Württemberg

Leitlinien und Eckpunkte zur schulbezogenen Fortbildung sind in der Verwaltungsvorschrift „*Leitlinien zur Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen*“ festgelegt. Danach sind Lehrkräfte verpflichtet, ihre berufsspezifische Kompetenz zu erhalten und stetig weiterzuentwickeln. Neben den klassischen Angeboten der Fachfortbildungen, der pädagogisch-psychologischen Fortbildungen und den Fortbildungen für Personal in Funktionsstellen können die Schulen auf qualifizierte Berater zurückgreifen. Hierzu gehören Fachberater und Pädagogische Berater mit jeweils unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten sowie Prozessbegleiter für Schulentwicklungs- und Evaluationsprozesse. In den Blick der Fortbildung wird die ganze Schule genommen. Dazu legt die Schule in einem jährlichen Fortbildungsplan ihre schulentwicklungsbezogenen Qualifizierungsanforderungen und Qualifizierungsmaßnahmen fest. Die einzelne Lehrkraft dokumentiert die Teilnahme an entsprechenden Maßnahmen in einem sogenannten Fortbildungsportfolio.

Akademiefortbildungen

Zum 1. Januar 2004 hat die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen als eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Esslingen ihre Arbeit aufgenommen. In der neuen Einrichtung wurden die vier bisherigen Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung Calw, Comburg (Schwäbisch Hall), Donaueschingen und Esslingen zusammengeführt. Ab dem 1. September 2007 wurden die Standorte Calw und Donaueschingen in den neuen Standort Bad Wildbad überführt. Neben der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen bieten drei weitere

Einrichtungen landesweite Fortbildungen für die Fachbereiche Sport, Musik und Bildende Kunst an: Das Landesinstitut für Schulsport Ludwigsburg, die Landesakademie für die musizierende Jugend Ochsenhausen und die Akademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater in Rotenfels.

Strukturen und Aufgabenbereiche der Akademiefortbildung wurden den veränderten Anforderungen an die landesweite schulbezogene Fortbildung angepasst. Durch die mit der Neustrukturierung verbundene größere Eigenständigkeit und Flexibilität bei der Seminarplanung soll der Fortbildungsbedarf von Schulen rascher und passgenauer aufgenommen und umgesetzt werden.

Abgesehen vom Bereich der beruflichen Schulen – Fortbildungsstandort ist in der Regel Esslingen – wird die Akademiekapazität entweder für die Qualifizierung von Multiplikatoren und Beratern für regionale und schulinterne Fortbildungsmaßnahmen oder für Fortbildung im Bereich pädagogische Führung oder Lehrkräften mit besonderen Aufgaben verwandt. Deshalb ist nur ein geringer Kursanteil auf Akademieebene für reguläre Lehrkräfte geöffnet – zum Beispiel in Fächern oder Fachbereichen, bei denen die Zahl der Lehrkräfte vor Ort so gering ist, dass diese nicht effizient mit regionaler oder schulinterner Fortbildung bedient werden können. Das Akademieangebot wird regelmäßig evaluiert.

Die einzelnen Standorte der Landesakademie haben unterschiedliche Zielgruppen bzw. thematische Schwerpunkte **H 3.2 (G1)**:

- Esslingen – Zielgruppe vor allem Lehrkräfte aus beruflichen Schulen
- Comburg – Führungfortbildung und Personalentwicklung für Lehrkräfte aller Schularten
- Bad Wildbad – Zielgruppe vor allem Lehrkräfte aus allgemein bildenden Schulen

Der erste Bildungsbericht konzentriert sich auf die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen mit ihren jeweiligen Standorten. Die Akademien Gaggenau-Bad Rotenfels und Ochsenhausen sowie das Landesinstitut für Schulsport werden in einem der nächsten Berichte aufgenommen.

Über 1 000 Fortbildungsveranstaltungen mit mehr als 21 000 Teilnehmern

Eine regelmäßige EDV-gestützte Erfassung von Fortbildungsdaten liegt bislang nur für den Bereich der Akademiefortbildungen vor. Voraussichtlich ab 2009 werden auch die entsprechenden Zahlen für die Fortbildungen im Bereich der Oberen und Unteren Schulaufsichtsbehörden erfasst. Sie machen rein quantitativ den größten Teil der Lehrerfortbildung aus. Die künftige Bildungsberichterstattung kann dann den gesamten Bereich der Lehrerfortbildung in den Blick nehmen. Der erste Bildungsbericht konzentriert sich auf die Veranstaltungen an der Landesakademie für Lehrerfortbildung und Personalentwicklung an Schulen. Im Jahr 2006 wurden an den vier Standorten der Landesakademie 1 084 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, an denen 21 450 Lehrkräfte aus allen Schularten teilnahmen (**Grafik H 3.2 (G2)**). Dies entspricht einer Durchschnittsbelegung von ca. 20 Teilnehmern pro Veranstaltung. Die Veranstaltungen dauern in der Regel 2,5 Tage.

Die meisten Veranstaltungen fanden am Standort Esslingen statt, gefolgt von den Standorten Comburg, Donaueschingen und Calw (**Grafik H3.2 (G3)**).

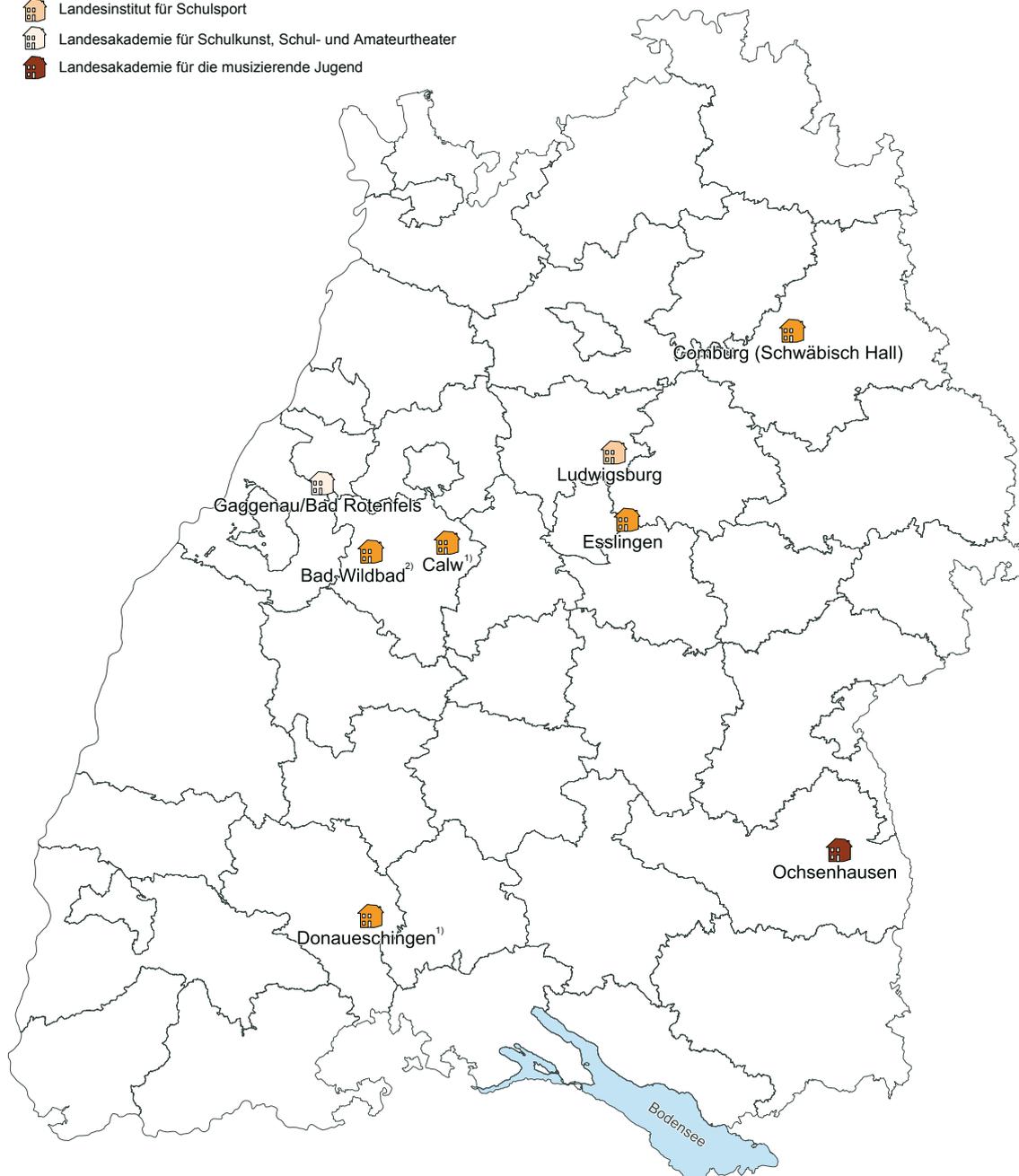
Grafik H3.2 (G2)



Grafik H3.2 (G1)

Akademiestandorte in Baden-Württemberg

-  Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen
-  Landesinstitut für Schulsport
-  Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater
-  Landesakademie für die musizierende Jugend



1) Schließung Ende Schuljahr 2006/07. – 2) seit 01.09.2007.

Grafik H3.2 (G3)



Zielgruppen der Fortbildungsveranstaltungen

Die größte Anzahl der Angebote mit einem Anteil von 27 % richtete sich an Lehrkräfte aller Schularten (Grafik H 3.2 (G4)). Die übrigen Angebote verteilten sich auf die Lehrkräfte beruflicher Schulen (23 %), Grundschulen (8 %), Hauptschulen (7 %), Gymnasien (7 %), Sonderschulen (4 %), Realschulen (4 %) sowie die Schulaufsicht und die Seminare mit jeweils knapp 4 %.

Unter der Rubrik „Sonstige“, die ca. 11 % ausmacht, finden sich Angebote für jeweils mindestens zwei verschiedene Schularten und für Kindergärten.

Bei den Angeboten für Lehrkräfte aller Schularten spielen die Führungsfortbildungen eine zentrale Rolle. In den vergangenen Jahren wurde ein umfassendes Angebot zur Personalentwicklung für Führungskräfte im schulischen Bereich aufgebaut. So sind Einführungsfortbildungen für neu bestellte Schulleitungen seit langem verpflichtend; 2006 fanden 41 einwöchige Fortbildungen mit insgesamt 834 Teilnehmern statt. Zusätzlich wurde ein berufsbegleitendes Seminarangebot für Schulleitungen aufgebaut, das 2006 in 72 Fortbildungen 1 388 Teilnehmer erreichte (2,5-tägige Fortbildungen, auch für Stellvertretende Schulleitungen bzw. Fachabteilungsleitungen). Außerdem werden sogenannte

Orientierungskurse für Lehrkräfte angeboten, die an einer künftigen Übernahme von pädagogischen Leitungsaufgaben Interesse haben.

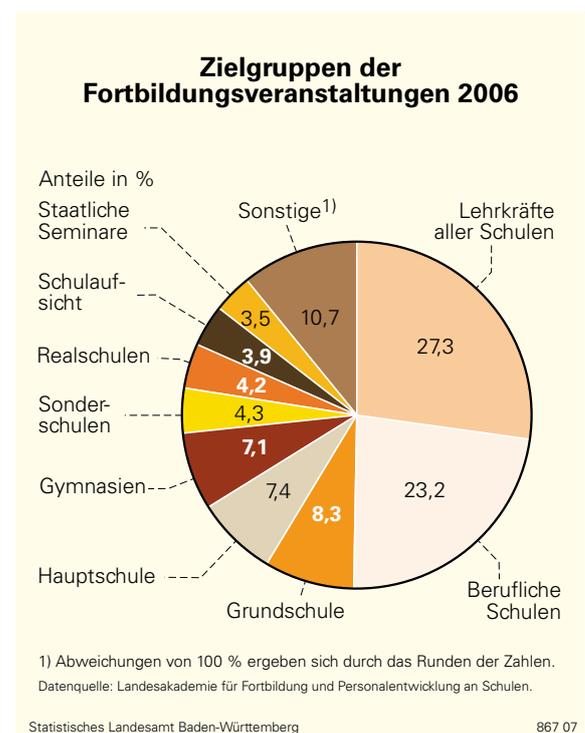
Altersstruktur der Teilnehmer

Die Altersstruktur der Teilnehmer (Grafik H 3.2 (G5)) an den Akademie-Lehrgängen spiegelt bei der Gruppe der unter 30-Jährigen – ca. 6 % der Akademieteilnehmer – in etwa deren Anteil an der Gesamtlehrerschaft wider. Die 30- bis 50-Jährigen sind überproportional vertreten. Die stärkste Gruppe mit 38 % aller Akademieteilnehmer ist die der über 50-Jährigen. Gleichwohl ist diese Gruppe im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Lehrerschaft insgesamt eher unterproportional an den Lehrgängen beteiligt.

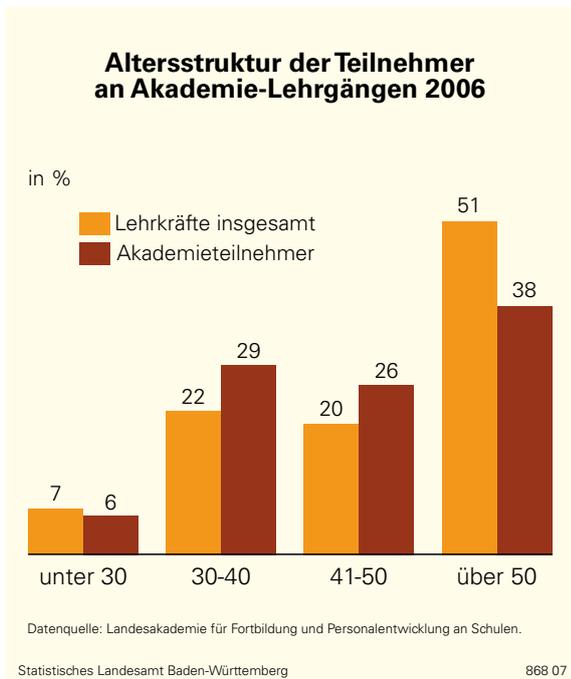
Evaluation der zentralen Lehrerfortbildung

Um eine kontinuierliche Qualität der Fortbildungen an den Akademien zu gewährleisten, erhalten die Teilnehmer einen Evaluationsbogen. Abgefragt wird neben dem Gesamturteil unter

Grafik H3.2 (G4)



Grafik H3.2 (G5)



anderem die zielgruppengerechte Aufbereitung der Lehrgangsthematik, der Informationsgehalt, die methodisch-didaktische Konzeption, die gewählten Arbeitsformen sowie die Umsetzungsmöglich-

keiten im Unterricht. Darüber hinaus werden Themenvorschläge für künftige Fortbildungen erfragt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für die weiteren Planungen.

Einige Ergebnisse für 2006 sind in den Grafiken H 3.2 (G6) und (G7) dargestellt.

Von den knapp 8 000 zurückgegebenen und ausgewerteten Evaluationsbögen im Jahr 2006 haben jeweils fast 46 % der Teilnehmer die Lehrgänge im Gesamturteil mit „sehr gut“ oder „gut“ beurteilt. 7 % haben „zufriedenstellend“ angekreuzt. Die Antworten signalisieren durchgängig eine hohe Akzeptanz. „Lern- und Arbeitsatmosphäre“ sowie die „Lehrgangsleitung“ erhalten die besten Bewertungen. Der zentrale Aspekt der „Umsetzungsmöglichkeiten im Unterricht“ erhält ebenfalls überwiegend sehr gute und gute Beurteilungen.

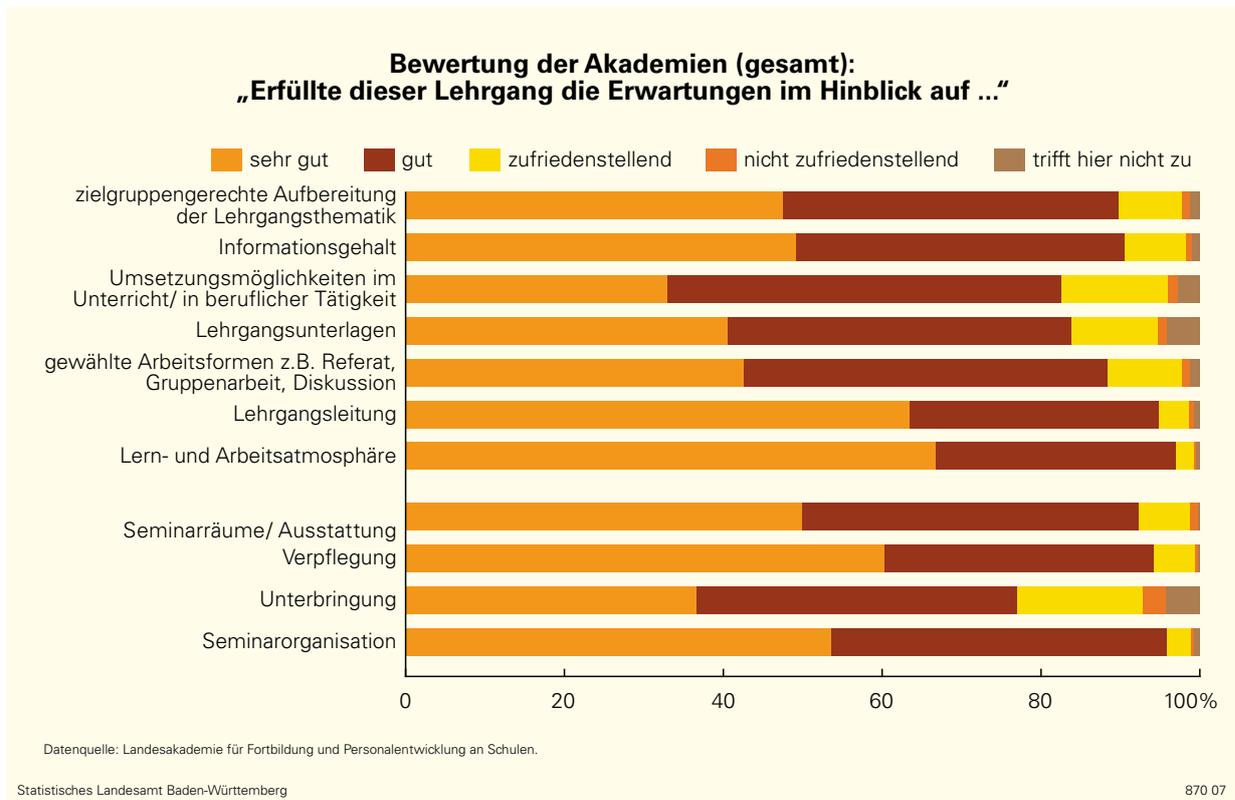
Fremdevaluation der Fortbildungen für neu bestellte Schulleitungen

Im Jahr 2006 wurde erstmalig der quantitativ stärkste Bereich der Führungsfortbildungen von einer externen Institution einer Evaluation unterzogen. Das Institut für Qualitätsentwicklung Schleswig-Holstein (IQSH) wurde vom Kultusministerium Baden-Württemberg beauftragt, die Einführungsfortbildung für neu bestellte Schullei-

Grafik H3.2 (G6)



Grafik H3.2 (G7)



ter zu evaluieren. Der Evaluationsauftrag beinhaltet, bestimmte Qualitätsaspekte der Fortbildung zu analysieren und Anhaltspunkte für gegebenenfalls notwendige Optimierungen aus der Sicht externer Gutachter bestimmen zu lassen. Die externe Evaluation stellte fest, dass die Einführungsfortbildung den an sie gestellten Anforderungen hinsichtlich der inhaltlichen und methodischen Gestaltung in hohem Maße gerecht wird. Besonders positiv werden die Punkte „Leitung der Fortbildung“ und „Rollenklärung“ hervorgehoben. Etwas ungünstiger werden die Themenbereiche „Führungstheorie, Führungsinstrumente und Führungsstil“ bewertet. In einem abschließend durchgeführten Assessment haben die teilnehmenden Schulleiter die – erwarteten – Kompetenzprofile „gut“ und „sehr gut“ erreicht. Die Gutachter regen für die Konzeption von Führungsfortbildungen eine noch stärkere Konzentration auf Schlüsselthemen pädagogischer Führungstätigkeit an. So sollten Führungskräfte grundlegende Kenntnisse über

Ziele, Inhalte und Verfahren des Controllings verfügen. Assessments oder Elemente davon sollten schrittweise in die Fortbildungen integriert werden.

Regionale – dezentrale – Fortbildungen in Baden-Württemberg

Regionale Fortbildung wird angeboten und ausgestaltet von den Schulabteilungen der vier Regierungspräsidien für Gymnasien und berufliche Schulen und von den Unteren Schulaufsichtsbehörden für Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen. Diese Schulaufsichtsbehörden unterstützen darüber hinaus auch schulinterne oder schulnahe Fortbildungsveranstaltungen einzelner Schulen oder von Schulverbänden.

Auf der Ebene der regionalen Fortbildung im Bereich der 35 Land- und der neun Stadtkreise wurde die Zuständigkeit für die Fortbildung und Beratung auf insgesamt 24 Anlaufstellen gebün-

delt. So hat beispielsweise der Landkreis Schwäbisch Hall die kreisübergreifende Zuständigkeit für den Hohenlohekreis und den Main-Tauber-Kreis.

Regionales Fortbildungsangebot am Beispiel des Landkreises Esslingen

Der Landkreis Esslingen mit 514 174 Einwohnern umfasst 44 Städte und Gemeinden. Seit der Kreisreform gehört auch der ehemalige Landkreis Nürtingen zum Kreis. Das Amt für Schule und Bildung im Landkreis Esslingen mit Sitz in Nürtingen hat als Institution der Schulaufsicht unter anderem die Organisation der regionalen Fortbildungsangebote für 3 800 Lehrkräfte an 150 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen zu leisten. Dazu gehören die Beratung bei der Entwicklung des schulischen Fortbildungsangebots, die Vermittlung von Referenten und die Zuweisung von Mitteln. Die Organisation der regionalen Fortbildungsangebote umfasst drei Bereiche:

- Terminangebote: Thema der Veranstaltung, Termin, Leitung und Zulassungstermin liegen von vornherein fest, die Veranstaltungen richten sich an Lehrkräfte verschiedener Schulen.
- Abrufangebote: Fortbildungsangebote, an denen eine ganze Schule oder mehrere kleine Schulen zusammen teilnehmen können.

- Pädagogische Foren: Veranstaltungen, in denen sich Schulen begegnen und zu bestimmten pädagogischen Fragestellungen austauschen können.

Durch die Trennung in Termin- und Abrufangebote kann das Amt für Schule und Bildung dem individuellen Fortbildungsbedarf in seinen zahlreichen Schulen besser gerecht werden. Im ersten Halbjahr 2007 fanden im Landkreis Esslingen 60 regionale Fortbildungsveranstaltungen – Terminangebote – mit zusammen 298 Teilnehmern statt. Der Anteil der weiblichen Teilnehmer war mit 192 fast doppelt so hoch wie der der männlichen mit 106. Zusätzlich dazu gab es noch 49 fakultative Angebote für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschule – Abrufangebote. Als Unterstützung für alle Schulen stellt das Amt für Schule und Bildung in seinem Fortbildungsangebot Adressen und Telefonnummern von Pädagogischen Beratern, Fachberatern und Experten zur Verfügung, die zu den Themenfeldern vorschulischer Bereich, jahrgangsgemischter Unterricht, Lernstandsdiagnostik und Lernförderung, Ganztagschule, interkulturelle Erziehung, Übergänge, Kooperation, Hochbegabung, Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS), Lese-Rechtschreibschwäche, Rechenschwäche, Computer sowie zu Spezialfragen zu einzelnen Schularten die Schulen vor Ort beraten können.

Einrichtung	Aufgabenschwerpunkt
Regierungspräsidien Obere Schulaufsichtsbehörden	schwerpunktmäßig eintägige Kursangebote für Gymnasien und berufliche Schulen entweder als regionale oder schulinterne Veranstaltung
Landratsämter/Stadtkreise Untere Schulaufsichtsbehörden, Amt für Schule und Bildung	schwerpunktmäßig halbtägige Kursangebote für Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen entweder als regionale oder schulinterne Veranstaltung

Angebote der regionalen Lehrerfortbildung im Landkreis Esslingen für das erste Halbjahr 2007

Fach Themenbereich	schulart- übergreifend	Grundschule	Hauptschule	Realschule
<i>Fach</i>				
Religion	7	–	–	1
Deutsch	2	5	1	1
Fremdsprachen	1	–	2	1
Sport	2	2	–	1
Mathematik	–	2	1	–
Naturkundliche Fächer/Technik	4	1	2	1
Musik	1	–	–	–
<i>Themenbereich</i>				
Schuleingangsstufe		3		
Test/Evaluation/Unterrichtsbeobachtung	1	2	–	2
Jahrgangsübergreifendes Arbeiten/ Projektunterricht/Methodenkompetenz	–	2	–	5
Prüfungsvorbereitung	–	–	2	–
Krisenmanagement/Personalentwicklung	–	2	–	–
Lehrertreffen/Arbeitskreise	–	1	–	1

Datenquelle: Amt für Schule und Bildung des Landkreises Esslingen.

Standorte der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen

Bad Wildbad: Zum Ende des Schuljahres 2006/07 wurden die Standorte Calw und Donaueschingen geschlossen. Mit dem Standort Bad Wildbad wurde im September 2007 eine neue Akademie eröffnet, die in erster Linie Fortbildungen für Lehrkräfte der allgemein bildenden Schulen anbietet. Fortbildungsschwerpunkte liegen in den modernen Fremdsprachen, den Naturwissenschaften, in der Grundschul- und Sonderpädagogik sowie im Bereich der Neuen Medien und der Inneren Schulentwicklung. Wichtige Arbeitsbereiche sind neben den fachlich orientierten Angeboten Wunschkurse von Schulen zu bestimmten Themenbereichen. Ein weiterer Schwerpunkt ist der internationale Bereich mit Studienaufenthalten, Studienfahrten und Partnerschaften. Zudem werden Europäische Begegnungsseminare – Europarat-Seminare – sowie das Projekt „Wissenschaft in die Schulen“ organisiert und betreut.



Comburg (Schwäbisch Hall): Im Mai 1947 wurde an der Comburg die erste Lehrerakademie in Süddeutschland eröffnet. Seit 1997 hat der Standort Comburg die Aufgabe, Fortbildungsangebote für pädagogische Führungskräfte zu entwickeln und anzubieten. Für das Leitungspersonal aus Schule, Seminaren und Schulverwaltung werden maßgeschneiderte Kurse konzipiert und durchgeführt. Zum Angebot der Personalentwicklung im schulischen Bereich gehören Einführungsfortbildungen für neu bestellte Schulleitungen und ein berufs begleitendes Seminarangebot, das jährlich über 1 500 Teilnehmer erreicht. Außerdem werden Orientierungskurse für Lehrkräfte angeboten, die an einer künftigen Übernahme von pädagogischen Leitungsaufgaben Interesse haben.

berufsbegleitendes Seminarangebot, das jährlich über 1 500 Teilnehmer erreicht. Außerdem werden Orientierungskurse für Lehrkräfte angeboten, die an einer künftigen Übernahme von pädagogischen Leitungsaufgaben Interesse haben.

Esslingen: Die Fortbildungsangebote des Esslinger Standorts der Landesakademie richten sich vor allem an Lehrkräfte beruflicher Schulen. Neben technisch orientierten Lehrgängen sowie Computer- und Netzkursen gibt es auch Angebote zu methodisch-didaktischen Themenbereichen. Weitere Felder sind: Ausbildung von Prozessbegleitern, Fortbildungen im Rahmen des OES-Projekts (Operativ Eigenständige Schulen) sowie der IT-Bereich und Multimedia.



I Qualitätsentwicklung

I 1 Nationale und internationale Studien zur Kompetenzmessung

I 1.1 TIMSS (Third International Mathematics and Science Study)

Die in jüngerer Vergangenheit erste internationale Vergleichsuntersuchung, die nicht nur in Expertenkreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit breitere Beachtung erfuhr, ist die TIMS-Studie. Vorgängerstudien waren die erste internationale Mathematikstudie (FIMS) aus dem Jahr 1964, an der sich nur die Länder Hessen und Schleswig-Holstein beteiligten, sowie die erste internationale Naturwissenschaftsstudie (FISS) in den Jahren 1970 und 1971. Hieran nahmen zwar mehrere Bundesländer teil, doch die Berichtslegung beschränkte sich auf eine knappe Zusammenfassung in der „grauen Reihe“ des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Erst durch die Beteiligung an der dritten internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie für die Sekundarstufe I – TIMSS/II – im Jahr 1995 wurden umfassende Daten gewonnen, die im Kontext internationaler Vergleichsdaten zuverlässige Hinweise auf die Leistungsfähigkeit deutscher Schüler in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern gaben. Insgesamt nahmen 45 Staaten teil. Die Befunde dieser unter dem Dach der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) durchgeführten Studie zeigten, dass die Leistungen der deutschen Schüler sowohl in Mathematik als auch in den Naturwissenschaften lediglich in einem breiten internationalen Mittelfeld liegen.

Die Oberstufenstudie TIMSS/III, an der sich 24 Staaten beteiligten, untersuchte die mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Die Stichprobe umfasste in Deutschland insgesamt 5 345 Schüler. Sie wurde nicht mit dem Ziel systematischer Bundesländervergleiche geplant. Bei den im Jahr 2000 veröffentlichten Ergebnissen zeigte sich wie schon bei TIMSS/II, dass das am Ende der Schullaufbahn erreichte Niveau mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundbildung im internationalen Vergleich in einem mittleren Bereich liegt. Schulabsolventen europäischer Nachbarländer erreichen tendenziell oder deut-

lich bessere Leistungsergebnisse. Dies gilt auch für die außerdem untersuchten Teilkomponenten des voruniversitären Mathematik- und Physikunterrichts. Relative Stärken der deutschen Abschlussjahrgänge liegen eher bei der Lösung mathematischer Routineaufgaben und erfahrungsnaher naturwissenschaftlicher Aufgaben.

Die Befunde der in TIMSS/II und TIMSS/III geführten Untersuchungen haben nicht nur die Wahrnehmung der erreichten Unterrichtserfolge geschärft, sie haben auch zu konstruktiven Folgemaßnahmen geführt. Eine wesentliche Initiative hierbei war das BLK-Programm „Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts“ (SINUS), an dem sich Baden-Württemberg mit dem Programmelement „Weiterentwicklung des Mathematikunterrichts“ (WUM) beteiligte. Dieses anfänglich nur für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen ausgelegte Projekt fand mit seiner begleitenden Lehrerfortbildung eine Ergänzung in entsprechenden Projekten für die beruflichen Schulen und die Grundschulen des Landes.

TIMSS hat in vielerlei Hinsicht Grundlagen gelegt und Voraussetzungen geschaffen für die wenige Jahre später folgende PISA-Studie.

I 1.2 PISA (Programme for International Student Assessment)

PISA ist die bislang umfassendste und in Bezug auf ihre Wirkungen auf das deutsche Bildungswesen bedeutsamste Schulleistungsstudie. Die PISA-Studie wird im Auftrag der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) durchgeführt und erhebt in drei Zyklen die Kompetenzen von 15-jährigen Jugendlichen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Im ersten Zyklus im Jahr 2000 bildete die Lesekompetenz den Schwerpunkt, 2003 die Mathematik und 2006 die Naturwissenschaften. Weltweit nahmen 32 (2000), 41 (2003) und bei PISA 2006 57 Nationen aus den OECD-Mitgliedsstaaten sowie weiteren Partnerländern teil. Um die Testergebnisse auf die Vorausset-

zungen in den Teilnehmerländern beziehen zu können, werden sogenannte Hintergrundmerkmale zu Elternhaus, Unterricht und Schule erhoben.

Das Konzept der OECD sieht die Möglichkeit vor, dass Teilnehmerstaaten den internationalen Test um nationale Komponenten erweitern. Diese Möglichkeit wurde in Deutschland genutzt. Unter PISA-E versteht man die nationale Ergänzung der internationalen PISA-Studien. Ziel von PISA-E ist eine Analyse des möglichen Einflusses von äußeren Faktoren wie zum Beispiel des Schulsystems des jeweiligen Bundeslandes, der Lehrplangestaltung und des familiären Hintergrunds der Schüler. Aus den Schülerangaben zur sozioökonomischen Stellung der Familie, zum erreichten Ausbildungsniveau der Eltern und zur materiellen Ausstattung wird eine Kennziffer des ökonomischen, sozialen und kulturellen Status berechnet, die dann mit den kognitiven Leistungen der Schüler in Beziehung gesetzt wird.

Zentrale Ergebnisse aus PISA 2000

Unter 31 ausgewerteten Teilnehmerstaaten belegt Deutschland bei der Lesekompetenz Rang 21 und liegt damit unter dem OECD-Durchschnitt. Finnland schneidet am besten ab. Der Anteil von Schülern, die nicht über die unterste Kompetenzstufe – insgesamt definiert PISA fünf Kompetenzstufen – hinauskommen, ist in Deutschland mit fast 25% größer als in vergleichbaren Staaten. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb ist in allen drei untersuchten Bereichen besonders eng – bei der Lesekompetenz am engsten. Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund bleiben im Durchschnitt deutlich unter den Kompetenzniveaus, die 15-Jährige erreichen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden.

Das Grundmuster dieser Befunde gilt für alle Bundesländer – jedoch in unterschiedlicher Ausprägung. Baden-Württemberg liegt bei der Lesekompetenz im Ländervergleich nach Bayern auf Platz zwei und im internationalen Vergleich auf dem OECD-Durchschnitt, bei der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung über dem OECD-Mittelwert. Die Unterschiede bei der Lesekompetenz zwischen den

sozialen Schichten sind in Baden-Württemberg deutlich geringer als in vielen anderen Bundesländern.

Eine grundlegende Erkenntnis der ersten PISA-Untersuchung ist, dass die Schlüsselfunktion der Lesekompetenz sichtbar wird. Eine ausreichende Beherrschung der Verkehrssprache und eine solide verstehensbasierte Lesekompetenz sind der Schlüssel und die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen in allen schulischen Bereichen.

Zentrale Ergebnisse aus PISA 2003

Die Erhebungen zur mathematischen Kompetenz bildeten den Schwerpunkt bei PISA 2003. Grundgedanke bei der Konzeption der Aufgaben ist, dass Schüler in der Lage sein sollten, die gelernte Mathematik zur Lösung realitätsorientierter Probleme verständlich einzusetzen. Deutschland liegt mit einem Mittelwert von 503 Punkten im internationalen Durchschnittsbereich. An der Spitze liegen Finnland, Korea und die Niederlande. Ein Vergleich der Ergebnisse von PISA 2000 und PISA 2003 auf internationaler Ebene ist aufgrund einer veränderten Konzeption des Mathematiktests nur bedingt möglich.

Die nationale Erweiterung der Studie – PISA-E 2003 – zeigt folgende Ergebnisse: Schüler aus Baden-Württemberg finden sich auf dem dritten Platz in der Rangfolge der Bundesländer und oberhalb des internationalen OECD-Durchschnitts. Ein Vergleich zwischen den Erhebungsrounden 2000 und 2003 ist nur bei zwei Subskalen, bei denen identische Testaufgaben eingesetzt wurden, möglich. Hier ergaben sich für Baden-Württemberg leichte Zuwächse. Insgesamt wurden 2003 in etwa vergleichbare Werte zum Jahr 2000 erreicht. Innerhalb der verschiedenen Schularten stellen die Gymnasien die einzige Schulart dar, deren Leistungen zwischen den Ländern verglichen werden können. Die Jugendlichen erreichen im nationalen Durchschnitt 589 Punkte auf der Gesamtskala, die baden-württembergischen Schüler belegen mit 599 Punkten hinter Bayern und Sachsen den dritten Platz. Insgesamt zeigt sich auch bei den Gymnasien ein erheblicher Länderunterschied in der mathematischen Kompetenz, der bis zur Größenordnung von einem Schuljahr Leistungsabstand reicht.

Auch bei der Lesekompetenz erreichen baden-württembergische Schüler – an zweiter Stelle im nationalen Vergleich – Mittelwerte über dem OECD-Durchschnitt. Ähnlich der mathematischen Kompetenz finden sich knapp 7 % der Schüler in Baden-Württemberg unter, knapp 11 % in Kompetenzstufe I, doch hier beziehen sich die Prozentwerte auf fünf an Stelle von sechs Kompetenzstufen. Der Anteil dieser Risikokandidaten liegt unter dem OECD-Durchschnitt. 10 % der baden-württembergischen Schüler können der höchsten Stufe V zugeordnet werden, national der zweithöchste Wert. Gegenüber PISA 2000 ergab sich insgesamt eine leichte Steigerung in der erreichten Punktzahl von 500 auf 507.

Bei der naturwissenschaftlichen Grundbildung liegen die Ergebnisse der Schüler aus Baden-Württemberg wie bei der Mathematik an dritter Stelle im nationalen Vergleich und oberhalb des OECD-Durchschnitts. Gegenüber PISA 2000 ergab sich eine Steigerung um acht Punkte. Ein Schwerpunkt innerhalb der fächerübergreifenden Kompetenzen lag bei PISA-E 2003 auf der Erfassung der Problemlösekompetenz, die aufzeigt, inwieweit Schüler fähig sind, kognitive Prozesse für Problemstellungen zu nutzen, bei denen der Lösungsweg nicht sofort erkennbar ist. Die Ergebnisse baden-württembergischer Schüler liegen national an dritter Stelle und über dem OECD-Durchschnitt.

Als Bedingungsfaktor für den Kompetenzerwerb untersucht PISA-E 2003 den Einfluss der sozialen Herkunft. Der Zusammenhang zwischen dem ökonomischen, kulturellen und sozialen familiären Hintergrund der Schüler und deren mathematischer Kompetenz ist in Baden-Württemberg am zweithöchsten. Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund – bundesweit drittgrößter Anteil – erreichen im nationalen Vergleich die höchsten Kompetenzwerte in mathematischer Grundbildung.

PISA 2006

Die dritte PISA-Erhebung fand im Zeitraum zwischen April und Juni 2006 statt. Auch PISA 2006 deckt die Kompetenzbereiche Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften ab, wobei letztere den Schwerpunkt bilden. Wie in den Jahren 2000 und 2003 gab es eine nationale Ergänzung der Studie, die einen Ländervergleich innerhalb Deutsch-

lands ermöglicht. Eine Neuerung in PISA 2006 ist die Erfassung sogenannter motivationaler Einstellungen und Orientierungen. Im Anschluss an die Bearbeitung der Testaufgaben wurde abgefragt, inwieweit der naturwissenschaftliche Bereich als persönlich bedeutsam beziehungsweise interessant erlebt wird. Auch der Schulleiterfragebogen ist naturwissenschaftlich akzentuiert. Die Fragen bezogen sich auf Strukturmerkmale, Ressourcen und Unterrichtsbedingungen. Die Ergebnisse der internationalen Erhebung wurden am 4. Dezember 2007 veröffentlicht. Die Ergebnisse des Ländervergleichs – PISA-E 2006 – werden für Mitte 2008 erwartet.

Ausblick

Der nächste PISA-Zyklus beginnt im Jahr 2009. Dabei wird der Schwerpunkt von PISA wieder auf der Erfassung der Lesekompetenz liegen. Die geplante Erweiterung um innovative, computergestützte Testformate soll einer effizienten Leistungserfassung dienen und die Nutzung lebensnaher Testszenarien durch dynamische und interaktive Aufgaben ermöglichen. Besonders interessante Ergebnisse werden von den längsschnittlichen Trendanalysen von Kompetenzentwicklung und Bedingungsfaktoren über die vier Erhebungszyklen seit dem Jahr 2000 erwartet.

Mit den Beschlüssen vom Juni 2006 hat das Plenum der Kultusministerkonferenz (KMK) eine Gesamtstrategie der Qualitätssicherung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet, die unter anderem regelmäßige Ländervergleiche auf der Basis der Bildungsstandards vorsieht. Die zukünftigen Ländervergleiche – bislang PISA-E und IGLU-E – sollen vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin durchgeführt werden und sich auf die Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschule sowie Deutsch, Mathematik, die erste Fremdsprache und die drei Naturwissenschaften in der Sekundarstufe I beziehen.

I 1.3 IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung)

IGLU untersuchte die Lesekompetenz – Lese- und Textverständnis, Einstellungen zum Lesen/Lesegewohnheiten – von Grundschulern am Ende der

vierten Jahrgangsstufe in 35 Nationen. Die nationale Erweiterung IGLU-E erhob zusätzlich zur Lesekompetenz der Schüler den Leistungsstand in Naturwissenschaften, Mathematik und der Rechtschreibung sowie die Bedingungsfaktoren schulischen Lernens. Insgesamt sieben Bundesländer – darunter Baden-Württemberg – stellten sich einem Ländervergleich. Der Testzeitpunkt für IGLU lag im April/Mai 2001. Eine zweite Erhebungswelle von IGLU – ebenfalls mit einer nationalen Erweiterung – wurde zwischen April und Juni 2006 durchgeführt. Die Ergebnisse des internationalen Vergleichs wurden im November 2007 veröffentlicht, die der nationalen Erweiterung, also des Ländervergleichs, werden für Ende 2008 erwartet.

Ergebnisse des internationalen Vergleichs

Bei der Lesekompetenz wurden neben dem internationalen Mittelwert von 530 Punkten weitere Kennwerte als für Deutschland relevante Vergleichsmaßstäbe angegeben, unter anderem der Vergleich mit den acht an IGLU teilnehmenden EU-Ländern. Deutschland liegt danach mit 539 Punkten im oberen Segment auf Platz 11 unter den 35 Nationen. Die Leistungen der deutschen Schüler entsprechen in etwa denen aus Kanada, den USA, Italien und Neuseeland. Die höheren mittleren Leistungen der drei Länder der Spitzengruppe – Schweden, den Niederlanden und England – werden von deutschen Schülern nicht erreicht. PISA-Sieger Finnland hat an IGLU nicht teilgenommen. Die Vergleichsgruppe der EU-Länder erreicht einen Durchschnittswert von 541 Punkten.

Ergebnisse des nationalen Vergleichs

Aus Baden-Württemberg gingen die Ergebnisse von 25 Schulen in die nationale Erweiterung der IGLU-Untersuchung ein. Mit einem Mittelwert von 549 Punkten liegen die baden-württembergischen Grundschulen bei der Lesekompetenz im Vergleich der sieben Bundesländer an erster Stelle. Ordnet man diesen Wert international ein, rangiert Baden-Württemberg hinter Schweden, den Niederlanden, England und Bulgarien auf dem fünften Platz unter 35 Nationen.

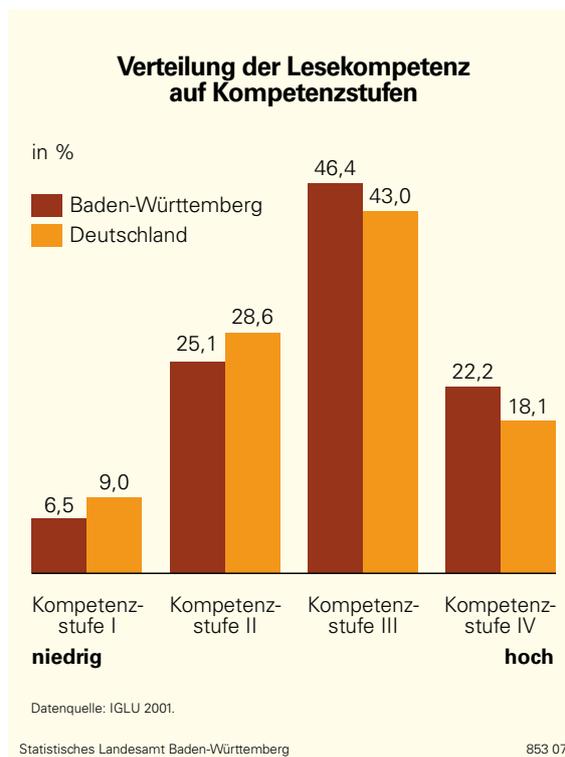
In keinem der Bundesländer sind die Leistungsunterschiede zwischen starken und schwachen

Schülern so gering wie in Baden-Württemberg; auch bei den Leseleistungen von Jungen und Mädchen gibt es die geringste Differenz.

In der IGLU-Studie werden vier Kompetenzstufen unterschieden und mittels standardisierter Punktwerte definiert. Schüler, die maximal die Kompetenzstufe I erreichen, gelten dabei als potenzielle Risikoschüler. Die baden-württembergischen Schüler sind seltener als im Bundesdurchschnitt in den unteren Kompetenzstufen vertreten, dafür häufiger in den oberen (**Grafik I 1.3 (G1)**).

Für die Untersuchungen der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen, die international nicht erhoben wurden, wurden Aufgaben der Primarstufenuntersuchung von TIMSS (1995), bei der Deutschland nicht beteiligt war, verwendet. Im Rahmen von IGLU-E erlaubt dies eine nachträgliche Einordnung der Ergebnisse in eine internationale Skala. Sowohl in den Naturwissenschaften als auch in Mathe-

Grafik I 1.3 (G1)



matik erzielte Baden-Württemberg unter den Bundesländern das jeweils beste Ergebnis. Die erzielten Leistungen liegen auch international gesehen auf den vorderen Plätzen.

Trotz der im nationalen und internationalen Vergleich für Baden-Württemberg guten Ergebnisse zeigen sich insbesondere drei Problembereiche:

- Kinder mit Migrationshintergrund weisen deutlich schwächere Leistungen als ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund auf
- es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Sozialschichtzugehörigkeit und der Leistung
- ein Teil der Schüler findet sich im Risikobereich, hat also maximal Kompetenzstufe I erreicht.

Vergleich der Ergebnisse von IGLU und PISA

Ein direkter Vergleich der Ergebnisse der Lesekompetenz bei IGLU und PISA, das die Kompetenzen 15-jähriger Jugendlicher in den Blick nimmt, ist nicht möglich. Es wird zwar die gleiche Metrik mit einem Mittelwert von 500 Punkten verwendet, die Tests zur Erfassung des Leseverständnisses sind jedoch unterschiedlich. Weiterhin werden bei IGLU komplette Klassen getestet, bei PISA jedoch 15-Jährige aus verschiedenen Jahrgangsstufen. Auch muss berücksichtigt werden, dass einige bei PISA leistungsstarke Länder wie zum Beispiel Finnland bei IGLU nicht vertreten waren.

I 1.4 DESI (Deutsch Englisch Schülerleistungen International)

DESI ist eine vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) durchgeführte Studie, die auf eine Initiative der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahre 1999 zurückgeht. Ziel dieser Studie ist unter anderem, Basisinformationen über den Stand der Kompetenzen von Schülern der 9. Jahrgangsstufe in den Fächern Englisch und Deutsch zu gewinnen. Einen Bundesländervergleich gibt es bei DESI nicht. Auch die Bezeichnung „International“ ist nur in begrenztem Rahmen zutreffend: Neben deutschen Neuntklässlern wurden ledig-

lich Schüler aus Österreich und der Schweiz getestet.

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Der Geschlechterunterschied ist im Fach Deutsch bei der Textproduktion höher als im Lesen und in der Sprachbewusstheit. Auch in Englisch sind Schülerinnen bei schriftlichen produktiven Aufgaben – kreatives Schreiben, Textrekonstruktion – erfolgreicher. Mädchen haben vor allem einen größeren Wortschatz, Jungen sind jedoch bei Aussprache und Sprechflüssigkeit sicherer. Die sprachlichen Leistungsunterschiede zwischen Schülern und Schülerinnen sind also nicht linear.

Die größten Leistungsunterschiede zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund zeigen sich im Fach Deutsch beim Wortschatz, weniger bei der Rechtschreibung oder beim Erkennen orthografischer Phänomene. Schülern, die Deutsch als zweite Sprache erworben haben, fällt das Erlernen der Fremdsprache Englisch vergleichsweise leichter, sie haben hier also Vorteile. In Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund der Schüler haben die kulturellen Ressourcen der Familie den größten Effekt im Fach Deutsch, für Englisch hingegen die spezifisch sprachförderlichen Bedingungen.

Auch Lehrkräfte haben einen entscheidenden Einfluss auf die sprachlichen Leistungen ihrer Schüler. Vor allem, wenn sprachbezogene Ziele im Fachkollegium besondere Beachtung finden oder wenn im Deutschunterricht dem korrekten Sprachgebrauch und der schriftlichen Kommunikationsfähigkeit höhere Bedeutung zugemessen werden, ist der Zuwachs in produktiven schriftlichen Leistungen – Textproduktion im Deutschen, Textrekonstruktion im Englischen – deutlich.

Besonders förderlich für die Entwicklung sprachlicher Kompetenzen sind bilinguale Angebote, die hauptsächlich an Gymnasien und Realschulen zu finden sind. Sie wirken sich auf die Englischleistungen der Schüler, insbesondere auf deren kommunikative Kompetenz und das Hörverständnis, besonders positiv aus. Der Lernvorsprung beträgt bis zu zwei Schuljahre. Auch auf die Fähigkeit, grammatikalische Fehler zu erkennen und zu korrigieren, wirken sich bilinguale Angebote günstig aus.

I 1.5 Lernstandserhebungen in den Bundesländern

Die durch TIMSS bekannt gewordenen und in PISA weiterentwickelten Verfahren der auf Kompetenzmodellen aufsetzenden Konstruktion von Aufgaben zur Lernstandserhebung mittels standardisierter Tests sind die beispielhaften Vorgaben an denen sich inzwischen auch die Aufgabenentwickler für die länderspezifischen und länderübergreifenden Vergleichsarbeiten orientieren. Ähnliches gilt für die zur Normierung der

PISA-Aufgaben und deren Ergebnisauswertung laufend verfeinerten Methoden der probabilistischen Testtheorie.

Auf diesen Verfahren aufbauend wurden in Baden-Württemberg am Landesinstitut für Schulentwicklung die Diagnose- und Vergleichsarbeiten entwickelt und erstmals im Sommer 2006 in der Grundschule (Klasse 2), in der Hauptschule (Klasse 6), in der Realschule (Klassen 6 und 8) und im Gymnasium (Klasse 6) in mehreren Fächern eingesetzt. (Vgl. Kapitel I 2).

I 2 Diagnose- und Vergleichsarbeiten

Im Bildungsplan 2004 hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland im Bereich der allgemein bildenden Schulen auf herkömmliche Lehrpläne verzichtet und stattdessen Bildungsstandards eingeführt. Damit verbunden ist eine systemische Umstellung von der Vorgabe dessen, was unterrichtet werden muss (*input*-Steuerung), auf die Festlegung dessen, was letztlich von den Schülern geleistet werden soll (*output*-Steuerung). Im Kontext des neuen Bildungsplans wurden daher in Baden-Württemberg Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) eingeführt: Diese landesweit zentral vorgegebenen Lernstandserhebungen sollen den Schulen empirisch abgesicherte Auskunft darüber geben, inwieweit ihre Schüler die in den zielsetzenden Bildungsstandards vorgegebenen Kompetenzen verinnerlicht haben.

Schulen und Schüler können profitieren

Seit dem Schuljahr 2005/06 sind Schulen verpflichtet, in vom Kultusministerium festgelegten Fächern bzw. Fächerverbänden an den Grundschulen unbenotete *Diagnosearbeiten* und an den Haupt- und Realschulen sowie an den Gymnasien als zusätzliche Klassenarbeiten benotete *Vergleichsarbeiten* zu schreiben (**Tabelle I 2 (T1) im Anhang**). Da Unterrichtserfolg im Grunde nur am Lernerfolg der Schüler festgemacht werden kann, soll das Konzept der Diagnose- und Vergleichsarbeiten vor allem zwei Aufgaben erfüllen:

1. Die Diagnose- und Vergleichsarbeiten erheben als standardisierte Tests möglichst objektiv die Lernstände von Schülern. Sie geben Hinweise auf deren Stärken und Schwächen und dienen der Anpassung individueller Fördermaßnahmen.
2. Die Diagnose- und Vergleichsarbeiten sind durch die schulinterne Auswertung der Lernergebnisse der Schüler ein Hilfsmittel für die Selbstevaluation einer Schule. Die in einer Klasse erreichten Leistungen werden landesweiten Vergleichswerten gegenübergestellt. Zudem können die in Parallelklassen erreichten Ergebnisse verglichen werden. Von der Ursachenanalyse für beobachtete Abweichungen sind Impulse zur Weiterentwicklung des Unterrichts zu erwarten.

Gegenüberstellung von Klassen- und Vergleichswerten kommt der schulinternen Qualitätssicherung und Unterrichtsentwicklung zugute

Für jede DVA wird zu Beginn der insgesamt zwei Jahre dauernden Entwicklungszeit eine große Anzahl neuer Aufgaben konstruiert. Im Rahmen der Testentwicklung werden diese Aufgaben zu Beginn des Schuljahres in der jeweils höheren Klassenstufe in mehreren Modulen pilotiert, also erprobt. Anhand einer repräsentativen Stichprobe werden dabei zum einen die Aufgaben in statistischer Hinsicht überprüft, zum anderen werden landesweite Vergleichswerte für den späteren Pflichteinsatz am Schuljahresende im Rahmen von „Hochrechnungen“ ermittelt.

Die landesweiten Vergleichswerte werden vom Landesinstitut für Schulentwicklung bereitgestellt, damit an den Schulen die von den Schülern in der DVA gezeigten Leistungen in Relation gesetzt werden können. Diese Werte geben Auskunft darüber, mit welcher Häufigkeit jede Teilaufgabe bei der Pilotierung erfolgreich gelöst wurde.

Des Weiteren werden nach den Ergebnissen der Pilotierung drei Leistungsgruppen definiert. Dazu wird ermittelt, wie viele Items (Teilaufgaben) das leistungsschwächste Viertel der Erprobungsteilnehmer höchstens und wie viele Items das leistungsstärkste Viertel mindestens erfolgreich bearbeitet hat. Zwischen der Obergrenze für die untere Leistungsgruppe und der Untergrenze für die obere Leistungsgruppe liegt die mittlere Leistungsgruppe, der die Hälfte der Schüler aus der Erprobung angehört.

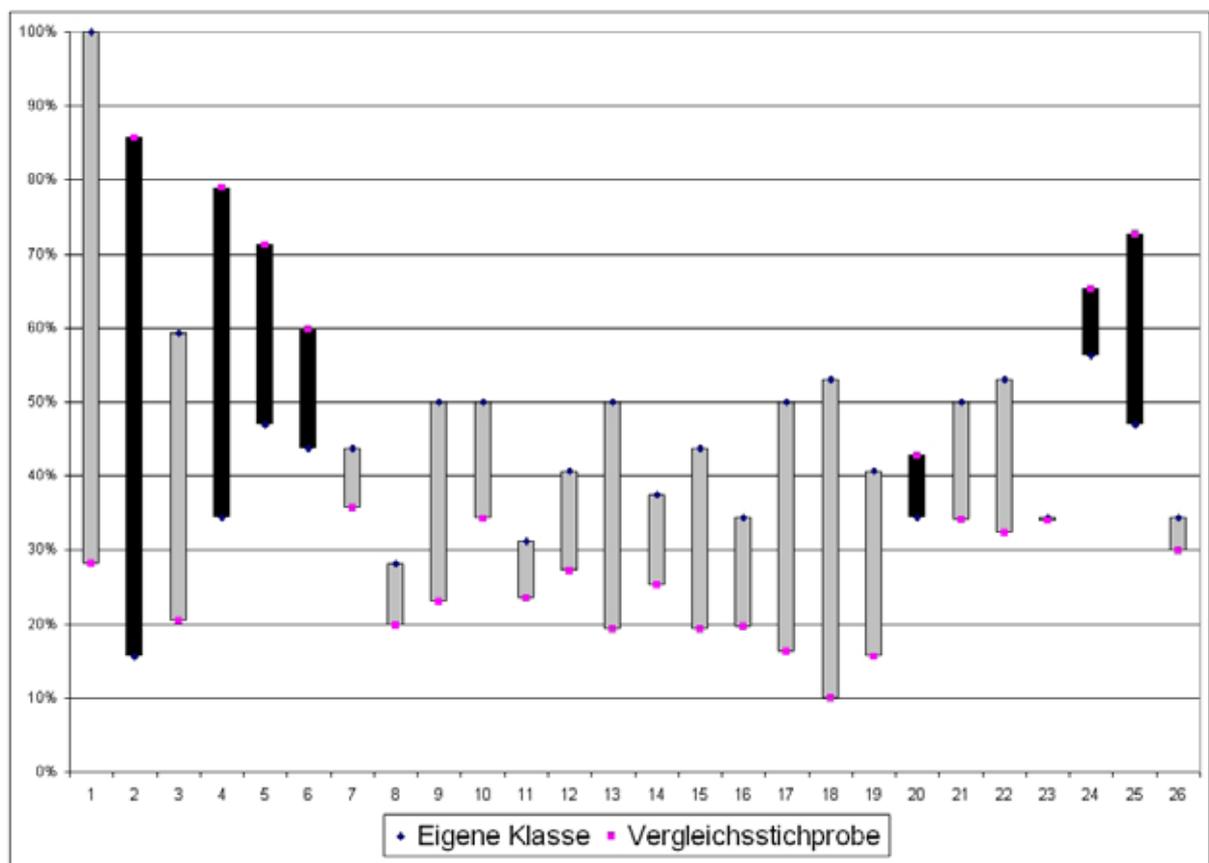
Die Lehrkraft korrigiert zunächst die Schülerarbeitsblätter entsprechend vorgegebener standardisierter Lösungsdefinitionen. Dann protokolliert sie in einer testspezifischen Excel-Mappe (**Grafik I 2 (G1)**) für die einzelnen Schüler, ob das jeweilige Item richtig gelöst wurde. Die schüler- und klassenspezifische Auswertung sowie die Gegenüberstellung der Vergleichsdaten erfolgt dann automatisch durch das Programm.

Welche Erkenntnisse aus einer DVA schulintern als bedeutsam eingestuft und welche Maßnahmen zur Unterrichtsentwicklung ergriffen werden, liegt in der Verantwortung der jeweiligen Schule.

Grafik I 2 (G1) DVA-Testmappe, Ausschnitt: Ergebnisdarstellung nach Aufgaben

Ergebnisse auf Itemebene (Diagramm)
Klasse 6c

Blatt drucken Tabelle aufrufen Zurück zur Startseite



Landesweite repräsentative Auswertung des Pflichteinsatzes

Die DVA sind als Instrumente der schulinternen Selbstevaluation ausgelegt. Dementsprechend bleiben die Ergebnisse der DVA an der jeweiligen Schule. Gleichzeitig übersenden aber die Schulen, die als repräsentative Stichprobe für die Pilotierung am Beginn des nächsten Schuljahres ausgewählt wurden, ihre Daten aus dem Pflichteinsatz der DVA an das Landesinstitut für Schulentwicklung. Damit können stichprobenartig die an diesen Schulen im Pflichteinsatz erreichten Ergebnisse den durch die Pilotierung ermittelten Ergebnissen gegenübergestellt und ein repräsentatives Bild über die landesweiten Ergebnisse gewonnen werden.

Mit den Daten aus dem Pflichteinsatz können zusätzliche Auswertungen vorgenommen werden. Im Folgenden wird für den ersten verbindlichen Einsatz dieser Aufgaben im Sommer 2006 der Frage nachgegangen, ob sich die immer wieder aufgestellte Hypothese, dass Mädchen in Deutsch in der Regel eine bessere Leistung zeigen als Jungen – und dass umgekehrt Jungen in Mathematik in der Regel eine bessere Leistung zeigen als Mädchen – durch die DVA belegen lässt.

Dazu wurden die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten 2006 für die Fächer Deutsch und Mathematik aus der Klassenstufe 6 aller drei Schularten (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) miteinander verglichen. Da die einzelnen Vergleichsarbeiten sich aus unterschiedlich vielen Items zusammengesetzt

haben und damit auch die Skalenmittelwerte unterschiedlich sind, wurden für den Vergleich die Testrohwerte (Summe der richtig gelösten Items) auf eine gemeinsame Standardskala transformiert.

Deutliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen

- In **Deutsch** zeigen die Mädchen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt bessere Leistungen als die Jungen, und zwar unabhängig von der Schulart. In der Hauptschule ist die Leistung der Jungen deutlich breiter, im Gymnasium tendenziell breiter gestreut als die der Mädchen.
- In **Mathematik** zeigen die Jungen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt eine deutlich bessere Leistung als die Mädchen und zwar unabhängig von der Schulart ([Tabelle I2 \(G2\) im Anhang](#)).

Die dargestellten Ergebnisse reproduzieren die Erkenntnisse zahlreicher Untersuchungen. Dennoch sind die deutlichen Leistungsunterschiede sowie deren Unabhängigkeit von der Schulart bemerkenswert.

Damit zeigen auch die Ergebnisse dieser Stichprobe, dass die Geschlechtszugehörigkeit einen erheblichen Beitrag zur Aufklärung von Leistungsunterschieden in Deutsch und Mathematik leistet. Es handelt sich dabei um einen über alle Schularten hinweg stabilen Effekt.

I 3 Qualitätsentwicklung und Evaluation

Die erweiterte Eigenständigkeit der Schulen in Baden-Württemberg bietet vielfältige Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Gestaltung der pädagogischen Praxis vor Ort, stellt die Schulen jedoch auch vor neue Herausforderungen. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der systematischen Qualitätsentwicklung. Hierbei kommt der Evaluation, also der Überprüfung und Bewertung schulischer Prozesse, eine besondere Bedeutung zu. Sie ermöglicht es den Schulen mittels geeigneter Verfahren und Instrumente bestimmte Aspekte schulischer Wirklichkeit zu untersuchen, zu beurteilen und weiterzuentwickeln.

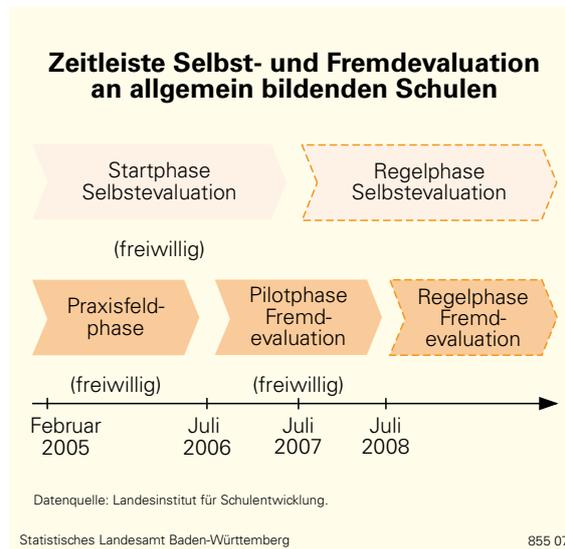
Die Evaluation an Schulen in Baden-Württemberg erfolgt in einem zweiteiligen komplementären Verfahren: Sie besteht einerseits aus einer kontinuierlichen Selbstevaluation in der Eigenverantwortung durch die Schule und andererseits aus einer regelmäßig in größeren Abständen durchgeführten Fremdevaluation, dem Blick von außen.

Orientierungsrahmen zur Schulqualität als Grundlage der Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden Schulen

Die Einführung eines systematischen schulischen Qualitätsentwicklungsprozesses an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg erfolgt in zwei Stufen. Nach freiwilligen Start- bzw. Pilotphasen erfolgt der Übergang in die verpflichtende Regelphase. Diese beginnt im Bereich der Selbstevaluation für alle Schulen ab dem Schuljahr 2007/08, im Bereich der Fremdevaluation ab dem Schuljahr 2008/09 (Grafik I 3 (G1)).

Grundlage für die Selbstevaluation an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg ist der *Orientierungsrahmen zur Schulqualität*. Ab dem Schuljahr 2007/08 stellt er den verbindlichen Referenzrahmen für die innerschulische Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden Schulen dar, indem er die Qualitätsbereiche vorstellt, die grundsätzlich – über längere Zeiträume hinweg – bei Evaluationsvorhaben an Schulen in Baden-Württemberg betrachtet werden sollen. Dem Qualitätsbereich Unterricht kommt vorrangige Bedeutung zu, er ist daher verbindlich zu betrachten. Die Fremdevaluation bewertet dann in einem zweiten Schritt die Qualitätsentwicklung der Schule und gibt in einem Evaluationsbericht wichtige Impulse durch

Grafik I3 (G1)



eine objektive Außensicht. Die inhaltlichen Bereiche und Kriterien der Fremdevaluation sind in dem *Qualitätsrahmen Fremdevaluation* veröffentlicht. Die Qualitätsbereiche und Kriterien des Qualitätsrahmens entsprechen denen des Orientierungsrahmens zur Schulqualität.

Gemeinsam tragen Selbst- und Fremdevaluation damit dazu bei, schulische Prozesse anzustoßen, zu verstetigen und die Qualität vor Ort zu fördern. Die Selbstevaluation und Fremdevaluation der Schulen schließt auch die Bewertung und Diskussion der Ergebnisse aus zentralen Lernstandserhebungen wie zum Beispiel den Diagnose- und Vergleichsarbeiten mit ein. Diese bilden ein wichtiges Instrument der Schule zur Überprüfung der Umsetzung der Bildungsstandards. Die Fremdevaluation mündet in ein Zielvereinbarungsgespräch zwischen Schulen und Schulaufsicht.

Qualitätsentwicklung und -sicherung an beruflichen Schulen im Modellvorhaben Operativ Eigenständige Schule (OES®)

Im Modellvorhaben OES wurde gemeinsam mit Modellschulen das Qualitätsentwicklungskonzept *Operativ Eigenständige Schule (OES®)* er-

Orientierungsrahmen zur Schulqualität für allgemein bildende Schulen

Voraussetzungen und Bedingungen	Prozesse	Ergebnisse und Wirkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenvorgaben • Sächliche und personelle Ressourcen • Schülerinnen und Schüler sowie deren Lebensumfeld 	<p>Qualitätsbereich I – Unterricht I 1 Schulinterne Umsetzung des Bildungsplanes I 2 Gestaltung der Lehr-/Lernprozesse I 3 Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung</p> <p>Qualitätsbereich II – Professionalität der Lehrkräfte II 1 Kooperation II 2 Praxis der Weiterqualifizierung II 3 Umgang mit beruflichen Anforderungen</p> <p>Qualitätsbereich III – Schulführung und Schulmanagement III 1 Führung III 2 Verwaltung und Organisation</p> <p>Qualitätsbereich IV – Schul- und Klassenklima IV 1 Schulleben IV 2 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler</p> <p>Qualitätsbereich V – Innerschulische und Außerschulische Partnerschaften V 1 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Eltern V 2 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen V 3 Darstellung schulischer Arbeit in der Öffentlichkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fachliche und überfachliche Lernergebnisse • Schul-/ Laufbahnerfolg • Bewertung schulischer Arbeit Lernergebnisse

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung			
Q 1	Q 2	Q 3	Q 4
Pädagogische Grundsätze	Strukturen der schulischen Qualitätsentwicklung	Durchführung der Selbstevaluation	Individualfeedback

Beschreibungsraster OES für berufliche Schulen

Input (Voraussetzungen)	Prozesse	Produkte (Ergebnisse)
Personelle Ressourcen	Unterricht	Fachliche und überfachliche Lernergebnisse
Sächliche Ressourcen	Professionalität der Lehrkräfte	Schul- und Laufbahnerfolg
Rahmenvorgaben	Klassen- und Schulklima	Zufriedenheit der am Schulleben Beteiligten
	Leitung der Schule	
	Schulorganisation	
	Außenbeziehungen	

Qualitätsmanagement – Praxis der Evaluation und Qualitätsentwicklung

arbeitet und erprobt. Das Modellvorhaben startete Ende 2003 mit einer Laufzeit von drei Jahren (Grafik I 3 (G2)). Im Konzept OES durchlaufen die Schulen einen Zyklus aus Leitbildentwicklung, Selbstevaluation, Fremdevaluation und Zielvereinbarung mit der Schulaufsicht. Auch im OES-Modellvorhaben ist der Unterricht ein vorrangiger Qualitätsbereich.

Mit Beginn des Schuljahres 2007/08 wurde das Konzept OES schrittweise an allen beruflichen Schulen in Baden-Württemberg eingeführt. Bis 2010/11 sollen in jedem Schuljahr rund 70 berufliche Schulen mit ihrer Arbeit im Konzept OES beginnen. Die Rahmenvorgaben von OES orientieren sich dabei am schweizerischen Qualitätsmanagementsystem *Qualität durch Evaluation und Entwicklung (Q2E)*. Das Modell Q2E versteht sich als ein Rahmenmodell für den Aufbau eines ganzheitlichen Qualitätsmanagements an Schulen. Es definiert einen relativ offenen Rahmen, der den einzelnen Schulen genügend Gestaltungsspielraum lässt, damit sich ein schulisches Qualitätsmanagement entwickeln kann, das dem jeweiligen Profil der Schule Rechnung trägt. Daraus abgeleitet wurde – vergleichbar mit dem *Orientierungsrahmen* der allgemein bil-

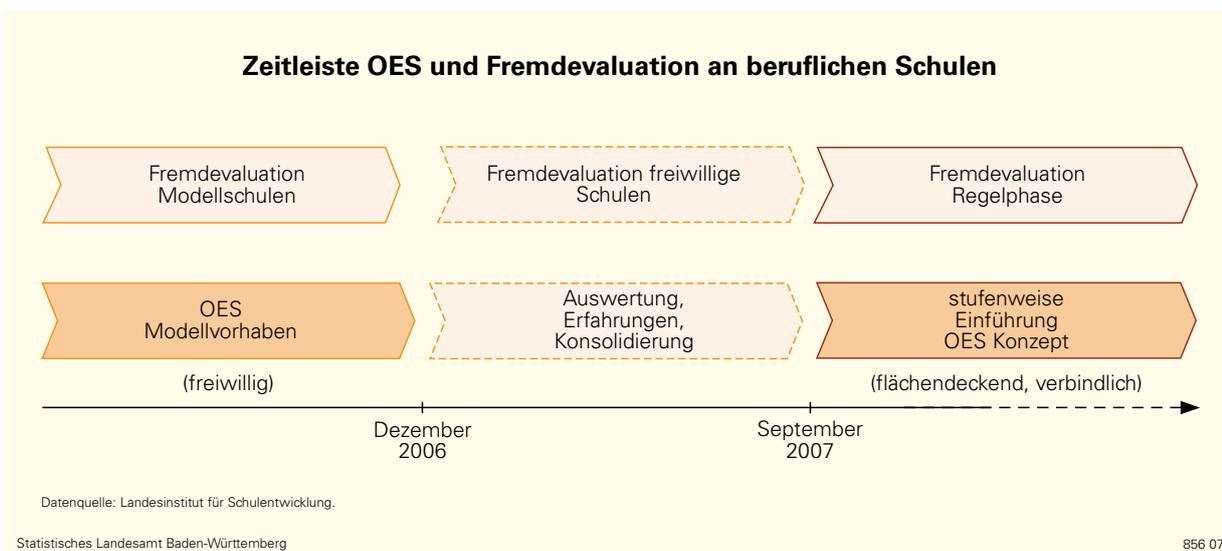
denden Schulen – für die beruflichen Schulen ein Beschreibungsraaster aus Voraussetzungen, Prozessen und Ergebnissen definiert, das von den Schulen im Modellvorhaben ergänzt werden konnte.

Fremdevaluation als zentrales Element der Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Die Fremdevaluation wird in regelmäßigen Abständen von Evaluationsteams des Landesinstituts für Schulentwicklung durchgeführt. Sie gibt den Schulen eine professionelle Rückmeldung über deren Stärken und über mögliches Entwicklungspotenzial. Der Evaluationsbericht mit seinen Empfehlungen liefert den einzelnen Schulen Informationen und Anregungen für die weitere Entwicklung.

Im Verlauf der Fremdevaluation werden Daten bei unterschiedlichen Personengruppen erhoben. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Schule in ihrer jeweiligen eigenen Ausprägung und aus verschiedenen Perspektiven erfasst wird.

Grafik I3 (G2)



Folgende Methoden kommen zum Einsatz:

- Dokumentenanalyse,
- Beobachtung bei einem Schulhausrundgang,
- kriteriengeleitete ‚Beobachtungen von Unterrichtssituationen‘ bei allgemein bildenden Schulen,
- strukturierte Gruppeninterviews mit Schülern, Lehrkräften, Eltern und der Schulleitung bei allgemein bildenden Schulen,
- strukturierte Gruppeninterviews mit Schülern, Lehrkräften, Schulleitung sowie gegebenenfalls mit Vertretern der Betriebe bei beruflichen Schulen,
- Rating-Konferenzen an beruflichen Schulen (Befragung einer Personengruppe zu einem bestimmten Thema und anschließender Diskussion der Ergebnisse durch die Befragten).

Die Auswertung der Berichte zur Fremdevaluation – in Form von aggregierten und anonymisierten Daten – wird bei fortschreitender Umsetzung des Stufenplans zur flächendeckenden Einführung der Fremdevaluation eine wichtige Datenquelle für die Steuerung des Bildungswesens des Landes darstellen. Eine Gesamtschau der Auswertungsbefunde kann gegebenenfalls auch Hinweise auf die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten beispielsweise in den Bereichen der Unterrichts-, Personal – und Organisationsentwicklung liefern.

Erste Ergebnisse der Pilotphase Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen

Für diesen ersten Bildungsbericht konnten lediglich Daten aus den Pilotphasen zur Fremdevaluation von insgesamt 56 Schulen – 41 allgemein bildende und 15 berufliche Schulen – ausgewertet werden. Bei den allgemein bildenden Schulen handelt es sich um 16 Grund- und Hauptschulen, elf Grundschulen, sechs Gymnasien, fünf Realschulen und drei sonstige Schulen. Eine solch geringe Datenbasis kann für die Interpretation der Ergebnisse keine Repräsentativität beanspruchen, zumal sich alle Schulen im Rahmen der Pilotphase freiwillig gemeldet haben und die evaluierten Bereiche selbst bestimmen konnten.

Gleichwohl kann die Wirkungsweise der Fremdevaluation damit konkreter und anschaulicher aufgezeigt werden.

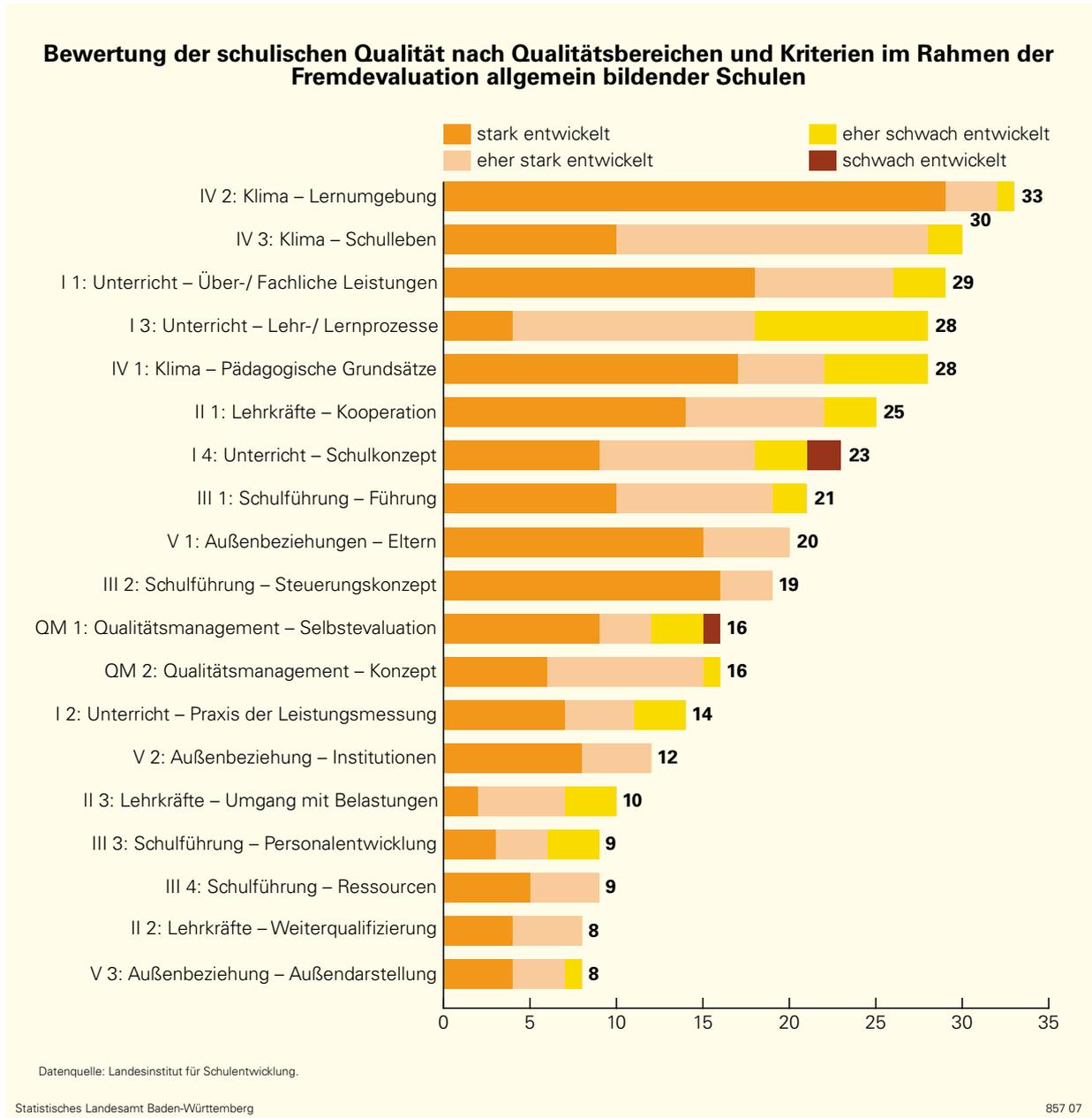
Die Häufigkeit, mit der einzelne Kriterien zur Fremdevaluation ausgewählt wurden, ermöglicht daher zunächst einen ersten Blick auf die Schwerpunktsetzungen der Schulen (**Grafik I 3 (G3)**). Die Bewertung der Kriterien erfolgte zu diesem Zeitpunkt in vier Abstufungen. Bewertet wurde dabei jeweils der Grad der Entwicklung schulischer Qualität in den vom Kriterium abgedeckten Bereichen – von „stark entwickelt“, „eher stark entwickelt“ und „eher schwach entwickelt“ bis „schwach entwickelt“.

Die Ergebnisse sind in der **Grafik I 3 (G3)** dargestellt. Mit Abstand am häufigsten zur Fremdevaluation ausgewählt wurde der Qualitätsbereich IV „Schul- und Klassenklima“. Dabei fand die „Gestaltung der Lernumgebung“ das größte Interesse und wurde am positivsten bewertet. Auch das Kriterium „Schulleben“, bei dem die Möglichkeiten für Schüler, das Schulleben aktiv mit zu gestalten, beleuchtet wurden, wurde häufig gewählt, jedoch nicht gleichermaßen positiv bewertet. Starke Abweichungen gab es beim Kriterium „Pädagogische Grundsätze“. Während über die Hälfte der Schulen ein „stark entwickelt“ attestiert bekamen, gab es für ca. ein Viertel der Schulen ein „eher schwach entwickelt“.

Auch der Qualitätsbereich I „Unterrichtsergebnisse und Unterrichtsprozesse“ wurde von den Schulen vergleichsweise häufig zur Fremdevaluation ausgewählt. Insbesondere die „fachlichen und überfachlichen Leistungen“ aber auch die Kriterien „Praxis der Leistungsmessung“ und „Gestaltung der Lehr-/Lernprozesse“ wurden vorwiegend positiv bewertet. Bei letzterem Kriterium standen beispielsweise Aspekte wie die Binnendifferenzierung im Unterricht oder bestehende Förderkonzepte im Zentrum der Beobachtung. Beim Kriterium „Schulkonzept“, das auf die Entwicklung einer spezifischen pädagogischen Ausrichtung fokussiert, wurde in zwei Fällen eine negative Bewertung erteilt. Offensichtlich standen diese Schulen bei der Entwicklung eines Schulkonzepts erst am Anfang.

Bei den übrigen Kriterien ragt insbesondere die positive Einschätzung der Beziehungen der Schulen zu ihren außerschulischen Partnern in Kriterium V2 heraus.

Grafik I3 (G3)



Die Bewertung der schulischen Qualität in den verschiedenen Bereichen fällt durchweg positiv aus, was sicher auch durch die Selbstselektivität der Schulen zu erklären ist. Es ist anzunehmen, dass sich in der Pilotphase vor allem Schulen zur Evaluation gemeldet haben, die mit dem Thema Schulentwicklung gut vertraut sind und schon länger entsprechende Prozesse angelegt haben.

Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung

Am Ende eines jeden Evaluationsberichts werden der Schule Empfehlungen für ihre weitere Qualitätsentwicklung gegeben. Eine Übersicht über Art und Häufigkeit der jeweiligen Empfehlungen – nach Schularten differenziert – gibt die **Grafik I 3 (G4)**.

Qualitätsrahmen der Fremdevaluation (allgemein bildende Schulen) Auszüge

(Qualitätsbereich I, Kriterium I-1; Stand Pilotphase)

Qualitätsbereich I Unterrichtsergebnisse und Unterrichtsprozesse

Kriterium 1	Fachliche und überfachliche Leistungen	Die Vermittlung von Wissen (Basiswissen, Orientierungswissen, Transferwissen) ist ebenso Aufgabe der Schule wie die Stärkung von personalen, methodischen und sozialen Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern. Schulische Bildung muss auch darauf abzielen, dass Brüche in der Lernbiografie der Schülerinnen und Schüler vermieden werden. Die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten hilft dieses Ziel zu erreichen.
-------------	--	---

Qualitätsaussagen		Bewertung		
		++	+	0
(1)	Die Ergebnisse der Diagnosearbeiten/Vergleichsarbeiten/Abschlussprüfungen/Übertritte in weiterführende Schulen werden in den Fach-/Klassen- und Jahrgangskonferenzen von den Lehrkräften gemeinsam analysiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(2)	Die Diagnose- und Vergleichsarbeiten werden von den Lehrkräften daraufhin analysiert, welche individuellen Maßnahmen bei den Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf die erreichten Kompetenzen in Bezug auf die Bildungsstandards abgeleitet werden müssen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(3)	Aus den Ergebnissen der Diagnosearbeiten/Vergleichsarbeiten/Abschlussprüfungen/Übertritte in weiterführende Schulen werden Konsequenzen für das Schulcurriculum und/oder für die Gestaltung des Kerncurriculums gezogen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(4)	In den Fächern werden Methodenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(5)	In den Fächern werden soziale und personale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(6)	Die Förderung der überfachlichen Kompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern geschieht nach einem schulischen Konzept, das im Kollegium abgesprochen und weiterentwickelt wird.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(7)	Wenn die Schule eine Gefährdung hinsichtlich Klassenwiederholungen bzw. Schulabgang ohne Abschluss festgestellt hat, werden spezifische Maßnahmen ergriffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(8)	Eltern und Schüler/-innen werden in die Entscheidungsfindung integriert, welche individuellen Maßnahmen ergriffen werden, die die Anzahl der Klassenwiederholungen und Schulabgänge ohne Abschluss reduzieren sollen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(9)	Pädagogisch-psychologische und andere Einrichtungen werden bei Bedarf in individuelle Maßnahmen eingebunden, die die Anzahl der Klassenwiederholungen und Schulabgänge ohne Abschluss reduzieren sollen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Auswertungsbefunde zur Fremdevaluation (allgemein bildende Schulen)

Auszüge aus **Berichten zur Fremdevaluation** verschiedener Schulen (Pilotphase, anonymisiert) zu den umseitig aufgeführten Qualitätsaussagen – nach Ziffern zugeordnet
(Qualitätsbereich I, Kriterium I-1; Stand Pilotphase)

(1/2/3) Mit den Ergebnissen von zentral gestellten Aufgaben (Vergleichsarbeiten, zentrale Klassenarbeiten, Abitur) wurde ... bisher unterschiedlich umgegangen. Bei den Vergleichsarbeiten fand ein offener Austausch unter Lehrerinnen und Lehrern über die Inhalte und den Schwierigkeitsgrad der Aufgaben sowie über den Bewertungsschlüssel statt. Eine gemeinsame, systematische und vertiefende Analyse und Interpretation der Ergebnisse fand nach Aussage der Befragten nicht statt. Darauf aufbauende individuelle Maßnahmen auf Schülerebene (zum Beispiel Förderbedarf) sowie Konsequenzen für die Gestaltung des Unterrichts (zum Beispiel Anpassung Kern-/Schulcurriculum und Weiterentwicklung des Unterrichts) sind bisher noch wenig im Fokus der Lehrpersonen. ...

(4a) Die gezielte Förderung und das Einfordern methodischer Kompetenzen konnte in den beobachteten Unterrichtssituationen nur vereinzelt festgestellt werden. ... Eine im Kollegium abgesprochene Gesamtkonzeption für ein systematisches Methodentraining ist nicht erkennbar.

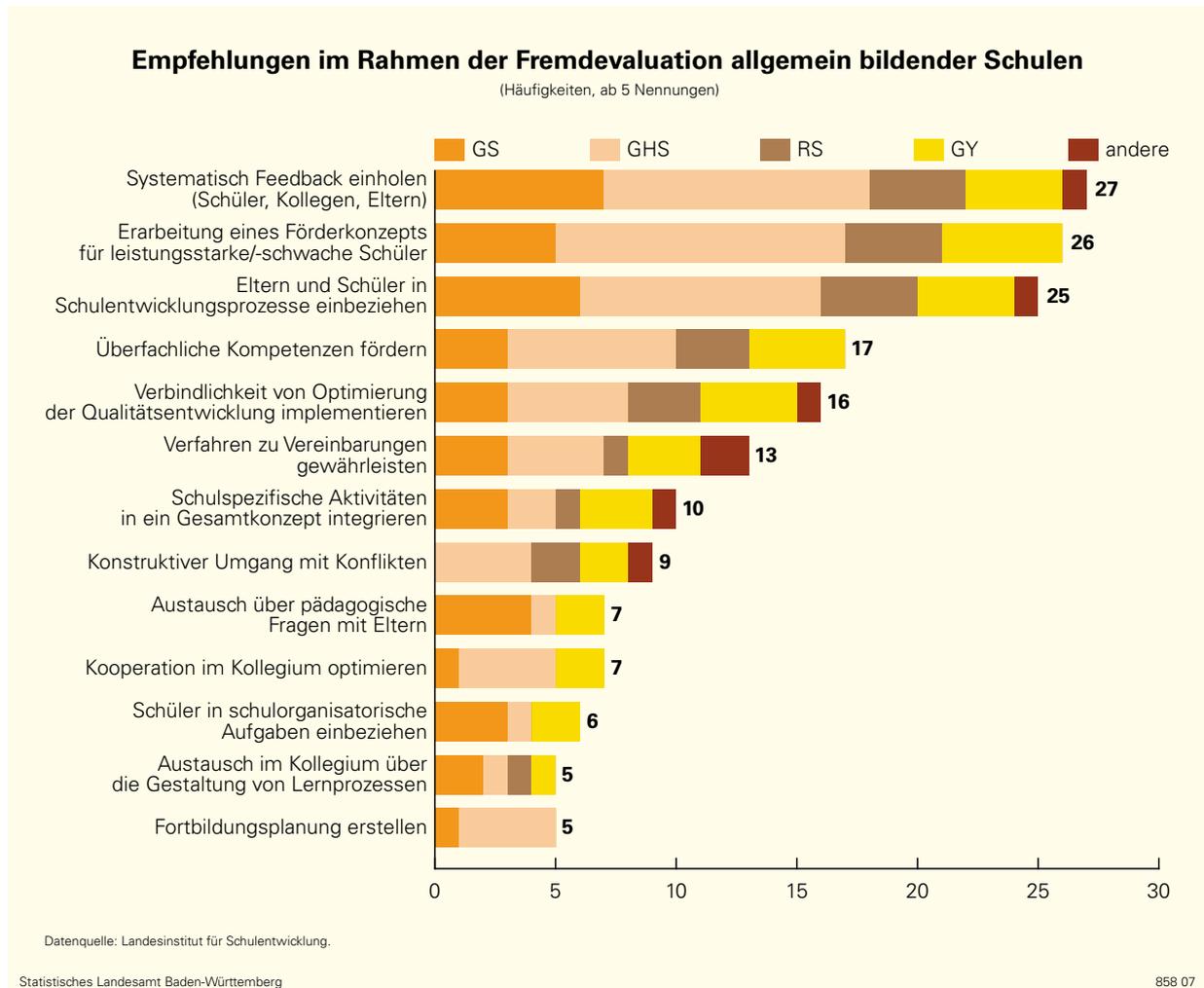
(4b) Die Methodenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen der viermal wöchentlich stattfindenden freien Stillarbeit systematisch gefördert. Das Evaluationsteam konnte in fast allen Klassen freie Stillarbeit beobachten und feststellen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre selbst gewählten Aufgaben selbstständig, ruhig und motiviert erledigten.

(5) Die personalen und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler werden in den meisten Klassen durch das Ausarbeiten von Klassen- und Gesprächsregeln, durch Gruppen- und Partnerarbeit, durch die Übernahme von Verantwortung bei Klassendiensten und durch den Klassenrat gefördert; auch wird häufiger die Sitzordnung geändert. Expertenvorschläge, Morgenkreis und Wochenabschlusskreis sind weitere Elemente des gestalteten Miteinanders. Feedback geben wird zunehmend in den Klassen eingeführt. ...

(6) Die Förderung der überfachlichen Kompetenzen geschieht nach einem vom Kollegium gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Gesamtkonzept, das sich in den Bausteinen des Schulcurriculums ... widerspiegelt und auf Betreiben des Kollegiums fortlaufend weiterentwickelt wird. ... Die im Schulcurriculum angelegten Bausteine zur Förderung der fachlichen wie überfachlichen Kompetenzen ermöglichen es der Schule, alle Schülerinnen und Schüler so zu fördern, dass sie das Klassenziel erreichen. Entscheidenden Anteil haben daran Sprachförderung, freie Stillarbeit und Lerntreff. ...

(7/8/9) Bei Gefahr der Nichtversetzung führen die Lehrkräfte frühzeitig Gespräche mit den Eltern, die in die Maßnahmenplanung einbezogen werden. Über alle Schülerinnen und Schüler werden Beobachtungsbögen geführt, die von den Lehrkräften und dem eingebundenen pädagogischen Personal einsehbar und die Grundlage von Klassenkonferenzen, Hilfeplan- und Zielvereinbarungsgesprächen mit Eltern, Schülern oder weiteren Unterstützungssystemen sind. Bei Elterngesprächen werden Protokolle erstellt.

Grafik I3 (G4)



Am häufigsten wurde den Schulen die Empfehlung gegeben, *systematisch Feedback* einzuholen. Dies bedeutet für Lehrkräfte, sich von Lehrer-, Schüler- und Elternschaft regelmäßig und gezielt Rückmeldungen zum eigenen Handeln geben zu lassen, um damit die pädagogische Praxis und insbesondere Lehr- und Lernprozesse immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und zu verbessern.

Beinahe ebenso häufig folgt die Empfehlung zur Erarbeitung eines *Förderkonzepts für leistungsstarke und leistungsschwache Schüler*, das heißt die Stärkung von Binnendifferenzierung. Dies umfasst beispielsweise individuell angepasste Pro-

gramme oder Zusatzangebote für besonders Begabte oder für Kinder mit (Teil-) Leistungsschwächen, zum Beispiel Lese-Rechtschreibschwäche. Es umfasst auch die Planung und Absprache zwischen den Lehrkräften über die individuelle Förderung im regulären Unterricht.

Eltern sowie Schülerinnen und Schüler stärker in Schulentwicklungsprozesse einzubinden, wurde ebenfalls häufig empfohlen. Schulen sollen bei der Entwicklung von Leitbildern, Schulkonzepten, schulspezifischen Profilen etc. darauf achten, dass Eltern und Schülern die Möglichkeit eröffnet wird, sich an den schulischen Prozessen aktiv zu beteiligen.

Fremdevaluation an beruflichen Schulen

Die Fremdevaluation an den beruflichen Schulen nimmt die im Rahmen des Modellvorhabens OES bearbeiteten Qualitätsdimensionen der jeweiligen Schule in den Blick. Das Evaluationsteam begutachtet die Ergebnisse der schulinternen Selbstevaluationen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen dahingehend, ob diese leitbildkonform und sinnstiftend sind, ob die Qualitätsaktivitäten zielgerichtet gesteuert werden und ob Akzeptanz bei den Beteiligten hergestellt werden konnte.

Ergebnisse der Fremdevaluation an beruflichen Schulen

Das Analyseraster, mit dem das Evaluationsteam die Gesamtheit der schulischen Qualitätsent-

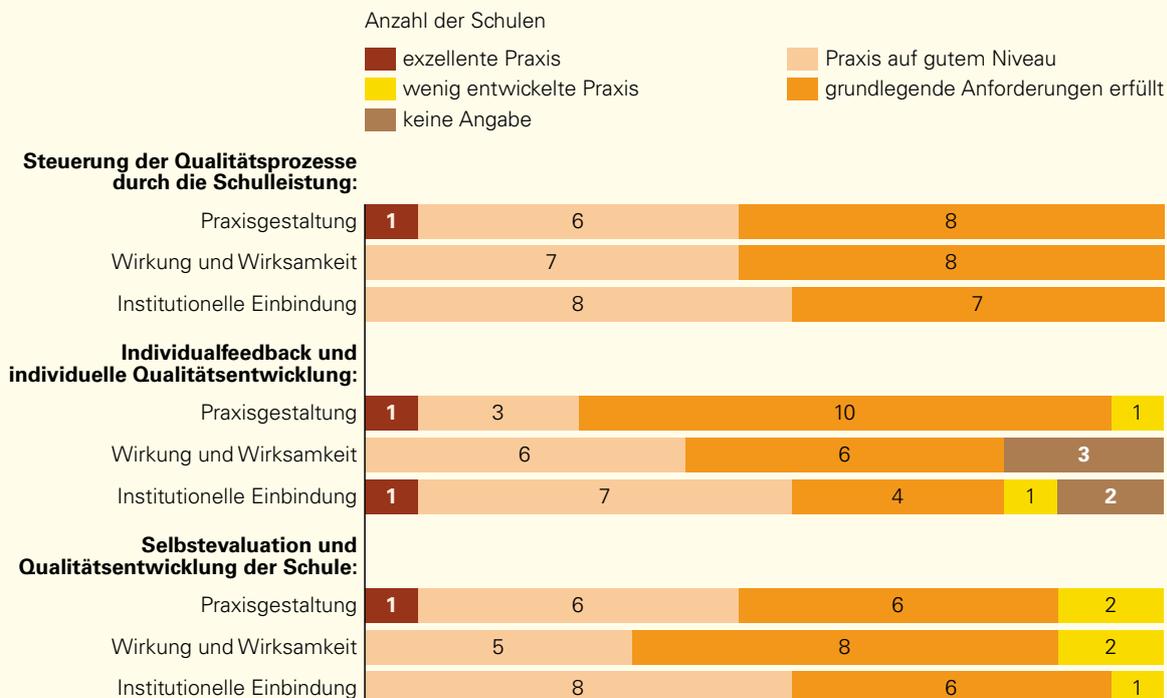
wicklungsmaßnahmen evaluiert, gibt folgende Betrachtungsebenen vor:

- Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse
- Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung
- Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule.

Dieser Struktur liegt die Überlegung zugrunde, dass die individuelle wie auch die institutionelle Ebene als gleichberechtigte Aspekte in die Prozesse der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung einbezogen werden müssen. Dabei werden Projekte und Prozesse nicht auf einer inhaltlich operativen Ebene evaluiert, sondern es wird untersucht, wie die Schule auf den Ebenen der Steuerung und

Grafik I3 (G5)

Einstufung der einzelnen Bereiche im Rahmen der Fremdevaluation beruflicher Schulen



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Organisation dafür sorgt, dass Qualität entwickelt und gesichert wird. Die angelegten Kriterien gehen damit von einem breit eingeführten Qualitätsmanagementverfahren aus. Bei den Schulen des Modellvorhabens zeigte sich, dass ein großer Teil der Schulen nicht nur grundlegende Anforderungen in den jeweils betrachteten Bereichen erfüllt, sondern sich auf einem guten – in Einzelfällen exzellenten – Niveau bewegt. Die Aussagen, Rückmeldungen und Ergebnisse in allen drei Betrachtungsfeldern bilden die Grundlage für Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Schule (Grafik I 3 (G5)).

Beinahe allen Schulen im Modellvorhaben wurde empfohlen, ihre Feedbackkultur noch weiterzuentwickeln. Feedback meint in diesem Zusammenhang das individuelle Einholen lernwirksamer Rückmeldungen durch die Lehrkraft von ihren Schülern, von anderen Lehrkräften – kollegiale Hospitation – sowie gegebenenfalls von Eltern oder Betrieben. Da Feedback aus Sicht der Lehrkräfte ein sehr sensibles Thema darstellt, agier-

ten die OES-Schulen in diesem Bereich eher zurückhaltend. So ist zu erklären, dass nach zwei bis drei Jahren im Modellvorhaben noch Entwicklungsbedarf besteht – entsprechende Befunde weist auch die Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen auf (s.o.) Grafik I 3 (G6).

Als ebenfalls wichtige Ansatzpunkte für Optimierungen stellten sich die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements der Schulen, die Verbesserung der Kommunikation, die Optimierung der Projektabwicklung sowie die Verbesserung der Akzeptanz qualitätsfördernder Maßnahmen bei den Beteiligten heraus. In diesem Kontext gingen die Empfehlungen oft in die Richtung einer besseren Vermittlung von Zweck und Nutzen des Qualitätsmanagements in die Kollegien. Mehrfach beschränkte sich Qualitätsentwicklung noch auf Projekte, die von einem relativ kleinen Personenkreis innerhalb des Kollegiums vorangetrieben wurden – wenn auch mit außerordentlichem und deshalb hervorzuhebendem Einsatz. Darüber hinaus war

Grafik I3 (G6)



bei Qualitätsentwicklungsprojekten der Schulen noch nicht durchgängig eine Nachhaltigkeit im Sinne konsequenter Ableitung und Umsetzung von Maßnahmen und deren Evaluation erkennbar.

Konzeptionelle Weiterentwicklung der Selbst- und Fremdevaluation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Sowohl im allgemein bildenden als auch im beruflichen Bereich werden sich aufgrund von Er-

kenntnissen aus den Pilotphasen und des Übergangs in die Regelphase noch Änderungen und Ergänzungen im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses der jeweiligen Evaluationsverfahren ergeben. So wurde für die allgemein bildenden Schulen beispielsweise bereits der *Orientierungsrahmen zur Schulqualität* in Teilen neu gefasst. Die Verfahren zur Messung der Qualität sind ebenso wie die Qualitätsentwicklung selbst offene und nicht abgeschlossene Prozesse.

J Anhang

J 1 Glossar

Abschlüsse

Hauptschulabschluss:

Der Hauptschulabschluss wird nach erfolgreicher Abschlussprüfung in Klassenstufe 9 der Hauptschule erworben. Ein gleichwertiger Bildungsstand kann auch an einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Freien Waldorfschule erreicht werden. An einigen Sonderschultypen gibt es ebenfalls Bildungsgänge mit dem Ziel des Hauptschulabschlusses.

Nach Erfüllung der Vollzeiterschulpflicht können allgemein bildende Schulen auch ohne Hauptschulabschluss verlassen werden. Es besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss im Berufsvorbereitungsjahr nachzuholen.

Mittlerer Abschluss:

Der Realschulabschluss wird nach erfolgreicher Abschlussprüfung in Klassenstufe 10 der Realschule oder auf dem Zweiten Bildungsweg an einer Abendrealschule oder einer Berufsaufbauschule erworben. Ein gleichwertiger Bildungsstand kann im 10. Hauptschuljahr, an einem Gymnasium oder einer Freien Waldorfschule erreicht werden. Darüber hinaus kann dieser auch nach Abschluss der Berufsausbildung an einer Berufsschule bei entsprechendem Notendurchschnitt zuerkannt werden. An einigen Sonderschultypen gibt es ebenfalls Realschul-Bildungsgänge.

An zweijährigen Berufsfachschulen kann mit der Fachschulreife ebenfalls ein mittlerer Bildungsabschluss erreicht werden, der dem Realschulabschluss entspricht.

Fachhochschulreife:

Die Fachhochschulreife berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule. Sie besteht aus einem schulischen und einem berufsbezogenen Teil. Letzterer besteht aus einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer gleichwertigen mehrjährigen Berufserfahrung. Daher wird die Fachhochschulreife auch fast ausschließlich an beruflichen Schulen (Berufskolleg, Fachschule, Berufsschule

im Schulversuch) erworben. Bei den allgemein bildenden Schulen erfüllen lediglich die Freien Waldorfschulen die Voraussetzung für den vollständigen Erwerb der Fachhochschulreife. An Gymnasien kann nur der schulische Teil erreicht werden.

Hochschulreife:

Die Hochschulreife wird nach dem Bestehen der Abschlussprüfung an einem allgemein bildenden oder beruflichen Gymnasium zuerkannt. Auch einzelne Sonderschulen bieten diese Möglichkeit. Auf dem Zweiten Bildungsweg führen das Abendgymnasium, das Kolleg, die Technische und die Wirtschaftsoberschule zur Hochschulreife.

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden sechs Ausbildungsbereiche unterschieden:

- Industrie und Handel,
- Handwerk,
- Landwirtschaft,
- Öffentlicher Dienst,
- Freie Berufe,
- Hauswirtschaft (städtischer Bereich),
- Seeschifffahrt.

Die einzelnen Ausbildungsberufe werden entsprechend der im Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelten Zuständigkeiten den Ausbildungsbereichen zugeordnet. Dies führt in einigen Bereichen zu einer Untererfassung der Zahl der Auszubildenden. Besonders davon betroffen ist der Bereich „Öffentlicher Dienst“, da gemäß BBiG alle Ausbildungsverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft in den Verzeichnissen der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerkskammern zu führen sind. Auch in Unternehmen, die an sich zum Bereich der „Freien Berufe“ gehören, fallen einige Ausbildungsberufe (zum Beispiel Bürokaufleute, Technische Zeichner) in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern.

Zum Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ zählen alle Gewerbebetriebe, die nicht Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe sind: Also außer Industrie und Handel auch Banken, Versicherungen, Betriebe des Gast- und Verkehrsgewerbes sowie des Bergbaus.

Der Ausbildungsbereich „Handwerk“ ist zuständig für die in den Anlagen der Handwerksordnung (HwO) aufgeführten Gewerbe. Darüber hinaus werden auch alle anderen Ausbildungsberufe über die Handwerkskammern gemeldet, sofern die Ausbildung in Handwerksbetrieben oder handwerksähnlichen Betrieben stattfindet.

Der Ausbildungsbereich „Landwirtschaft“ umfasst land- und tierwirtschaftliche Berufe, Gartenbauberufe sowie Forst- und Jagdberufe.

Zum Ausbildungsbereich „Öffentlicher Dienst“ zählen die Berufe, in denen nach Ausbildungsordnungen des öffentlichen Dienstes ausgebildet wird. Neben Bund, Ländern und Gemeinden betrifft dies auch die diesen unterstellten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die Kirchen.

Zu Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ gehören die Ausbildungsgänge für Rechtsanwalts-, Patentanwalts- und Notarfachangestellte, Steuerfachangestellte, Arzthelfer, zahnmedizinische Fachangestellte, pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte sowie Tierarzthelfer.

Zum Ausbildungsbereich „Hauswirtschaft“ zählen die Berufe Hauswirtschafter und Hauswirtschaftshelfer.

Im Ausbildungsbereich „Seeschifffahrt“ (Schiffsmechaniker) findet in Baden-Württemberg keine Ausbildung statt.

Brennpunktschule

Siehe „Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“.

Demografie

Die Demografie bzw. Bevölkerungswissenschaft befasst sich mit der Beschreibung und Analyse von Bevölkerungsstrukturen (zum Beispiel Alter, Geschlecht, Nationalität), Bevölkerungsbewegun-

gen (zum Beispiel Wanderungen über Grenzen, Geburten und Sterbefälle) und Bevölkerungsentwicklungen im Zeitablauf. Im Zusammenhang mit dem Bildungswesen sind insbesondere demografische Entwicklungen hinsichtlich der Zahl, der Altersstruktur und des Migrationshintergrunds von Kindern und Jugendlichen von Interesse.

Ganztagsschule

Gemäß der Definition der Kultusministerkonferenz (KMK) wird zwischen Ganztagschulen in voll gebundener, teilweise gebundener und offener Form unterschieden. Alle Ganztagschulen haben gemeinsam, dass an allen Tagen des Ganztagsbetriebs den teilnehmenden Schülern ein Mittagessen bereitgestellt wird und dass die Organisation aller Angebote unter Aufsicht und Verantwortung der Schulleitung steht.

– Voll gebundene Form:

Der Aufenthalt in der Schule von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens drei Wochentagen ist für Schüler mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe verpflichtend und durchgehend strukturiert. Die vormittäglichen und nachmittäglichen Aktivitäten der Schüler stehen in einem konzeptionellen Zusammenhang.

– Teilweise gebundene Form:

Der Aufenthalt in der Schule von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens drei Wochentagen ist für Schüler bestimmter Klassen bzw. Jahrgangsstufen (zum Beispiel Ganztagszug) verpflichtend und durchgehend strukturiert. Die vormittäglichen und nachmittäglichen Aktivitäten der Schüler stehen in einem konzeptionellen Zusammenhang.

– Offene Form:

Für die Schüler ist ein Aufenthalt, verbunden mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot in der Schule, von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens drei Wochentagen möglich. Die Teilnahme an den Ganztagsangeboten wird jeweils durch die Schüler oder deren Erziehungsberechtigte für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich erklärt.

Von der Definition der KMK abweichend ist in Baden-Württemberg ein durchstrukturierter Aufenthalt an mindestens vier Wochentagen von

täglich mindestens sieben Zeitstunden vorgesehen. Die Konzeption einer öffentlichen Ganztagschule in Baden-Württemberg orientiert sich an den Bedürfnissen und der Situation der Schule vor Ort und wird von der Schule in Abstimmung mit dem Schulträger entwickelt.

Islamischer Religionsunterricht

Sunniten

Die Sunniten bilden die größte Glaubensrichtung im Islam. Sie verlangen von jedem Gläubigen die Erfüllung der fünf Grundpflichten („fünf Säulen“): Glaubensbekenntnis, fünfmaliges Gebet am Tag, Fasten im Ramadan, Abgabe von Almosen und die Wallfahrt nach Mekka. Das Recht (Scharia) ist religiös begründet, wird auf die Offenbarungen des Koran zurückgeführt und beansprucht absolute Geltung.

Aleviten

Die Aleviten sind eine Religionsgemeinschaft, die sich in ihrem Islamverständnis stark von der Mehrheit der Muslime unterscheiden. Aleviten praktizieren etwa das fünfmalige Gebet und die Wallfahrt nach Mekka in der Regel nicht. Sie sehen im Koran eine Offenbarungsschrift, die nicht wortwörtlich auszulegen ist und lehnen die Scharia ab. Religionsfreiheit und die Gleichstellung von Mann und Frau werden bejaht.

In Deutschland leben heute (nach Angabe des Zentralrates der Muslime) etwa 3,5 Mill. Muslime. Davon sind knapp 3 Mill. Sunniten, etwa 400 000 Aleviten und etwa 70 000 Schiiten.

Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Darüber hinaus können Kinder im Schulalter ergänzend zum Schulbesuch auch Horte in Anspruch nehmen. In vielen Einrichtungen werden Kinder verschiedener Altersklassen, also Kinder im Krippenalter (null bis drei Jahre), im Kindergartenalter (drei Jahre bis Schulbeginn) und/oder im Hortalter gemeinsam in altersübergreifenden bzw. in alterseinheitlichen Gruppen betreut.

Der Träger einer Kindertageseinrichtung benötigt für den Betrieb eine Erlaubnis nach § 45 SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch), für die in Baden-Württemberg das Landesjugendamt zuständig ist.

Migrationshintergrund

Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen in der Abgrenzung des Mikrozensus Ausländer, Spätaussiedler, Eingebürgerte und Kinder dieser Personengruppen, wenn mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt. Dieses Konzept liegt auch der TOSCA-Studie zugrunde. In der Schulstatistik können dagegen nur Bildungsteilnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Spätaussiedler, die im Verlauf der letzten fünf Jahre vor der Erhebung zugewandert sind, erfasst werden. In der Statistik der Kindertageseinrichtungen wird erfragt, ob mindestens ein Elternteil ein ausländisches Herkunftsland hat und ob die vorrangig in der Familie gesprochene Sprache nicht Deutsch ist.

Regelstundenmaß

Das Regelstundenmaß gibt die übliche Zahl von Unterrichtsstunden an, die eine vollzeitbeschäftigte Lehrkraft in einer Unterrichtswoche zu unterrichten hat. Die Verwaltungsvorschrift *„Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen“* vom 10. November 1993 (K.u.U. S. 469) legt das Regelstundenmaß je nach Schularten und teilweise auch nach Lehrerarten differenziert fest (siehe Kasten nächste Seite).

Nicht vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die eine Arbeitszeit von mindestens 50 % des Regelstundenmaßes haben, gelten als teilzeitbeschäftigt. Lehrkräfte mit einer geringeren Arbeitszeit werden als „stundenweise beschäftigt“ bezeichnet.

Aus persönlichen Gründen (Alter, Schwerbehinderung) oder für die Übernahme bestimmter Aufgaben (zum Beispiel Schulleitung, Fachberater Tätigkeit, Personalrat) können Nachlässe ausgesprochen und auf die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit angerechnet werden.

Regelstundenmaß

Grundschule	28 Stunden,
Hauptschule	27 Stunden,
Realschule und Gymnasium (gehobener Dienst)	27 Stunden,
Sonderschule	26 Stunden,
Gymnasium (höherer Dienst)	25 Stunden,
Fachlehrer für musisch-technische Fächer und für vorschulische Einrichtungen	28 Stunden,
Fachlehrer für Schulen für geistig- und Körperbehinderte	31 Stunden,
Technische Lehrer an Schulen für geistig Behinderte bzw. an entsprechenden Abteilungen anderer Sonderschultypen	31 Stunden,
Sportlehrer	28 Stunden,
Lehrer an beruflichen Schulen, die theoretischen und gegebenenfalls fachpraktischen Unterricht erteilen	25 Stunden,
Technische Lehrer der kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Fachrichtung	27 Stunden,
Technische Lehrer der gewerblichen und landwirtschaftlichen Fachrichtung (je nach Anteil an praktischer Fachkunde)	27-28 Stunden.

Schularten

Die Schularten sind in § 4(1) SchG festgelegt. Zum allgemein bildenden Bereich gehören:

- die Grundschule,
- die Hauptschule,
- die Realschule (einschließlich Abendrealschule),
- das Gymnasium (einschließlich Abendgymnasium),
- das Kolleg und
- die Sonderschule.

Darüber hinaus gibt es bei den allgemein bildenden Schulen auch integrierte Schulformen, in denen mehrere dieser Schularten zusammengefasst sind. Dazu zählen

- die Freien Waldorfschulen,
- die Schulen besonderer Art und

- die Orientierungsstufe.

Im Bereich der beruflichen Schulen gibt es

- die Berufsschule (einschließlich Berufsvorbereitungsjahr),
- die Berufsfachschule (einschließlich Berufseinstiegsjahr),
- das Berufskolleg,
- die Berufsoberschule (Berufsaufbauschule, Technische und Wirtschaftsoberschule),
- das berufliche Gymnasium,
- die Fachschule und
- berufliche Sonderschulen (Sonderberufsschule und Sonderberufsfachschule).

Außerdem gibt es im Geschäftsbereich des Sozialministeriums noch spezielle Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Sie vermitteln eine Ausbildung für nicht-akademische Gesundheitsberufe wie zum Beispiel Kranken- und Kinder-

krankenschwestern, Hebammen, medizinisch-technische Assistenten, Physiotherapeuten und andere.

Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung („Brennpunktschule“)

Eine Hauptschule oder eventuell auch eine Grundschule kann als Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingestuft werden, wenn sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt. Dies kann der Fall sein, wenn mehrere der folgenden Kriterien im Schulbezirk vorliegen:

- Bevölkerungszusammensetzung, bei der sozial und ökonomisch unterprivilegierte Bevölkerungsschichten überwiegen,
- schwieriges soziales Umfeld mit hohem Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, hohem Bedarf an Familienfürsorge und Jugendhilfe,
- hohe Jugendarbeitslosigkeit,
- defizitäre Wohn- und Infrastruktur,
- hoher Anteil an Ausländern, Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, überdurchschnittlich viele allein Erziehende,
- hoher Anteil an Schlüssel- und Straßenkindern,
- Heimerziehungsschwerpunkte wie zum Beispiel Kinderheim, betreutes Wohnen, Kinder aus einem Frauenhaus.

Schulen

Schulartspezifische Zählung:

Die Zahl der Schulen orientiert sich an der Zahl der organisatorischen Einheiten mit der Einschränkung, dass bei schulartbezogenen Aufgliederungen die Organisationseinheit bei Vorhandensein mehrerer Schularten entsprechend mehrfach berücksichtigt wird. Beispiel: Eine Grund-, Haupt- und Realschule unter gemeinsamer Leitung wird bei allen drei Schularten berücksichtigt, unter der Rubrik „Allgemein bildende Schulen“ jedoch nur einfach gezählt.

Schulpflicht

Die Schulpflicht wird in den § 72 bis 87 SchG geregelt. Sie gliedert sich in die Pflicht zum Besuch der Grundschule und einer auf ihr aufbauenden Schule, die Berufsschulpflicht und die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule.

Pflicht zum Besuch der Grundschule und einer auf ihr aufbauenden Schule:

Ab dem Schuljahr 2006/07 gilt, dass mit Beginn des Schuljahres alle Kinder zum Besuch der Grundschule verpflichtet sind, die bis 30. September des laufenden Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben. Für jüngere Kinder beginnt die Schulpflicht mit der Aufnahme in die Schule. Die Pflicht zum Besuch der Grundschule dauert mindestens vier Jahre. Nach Abschluss der Grundschule sind alle Kinder verpflichtet, eine auf ihr aufbauende Schule zu besuchen. Diese Pflicht dauert in der Regel fünf weitere Jahre an.

Berufsschulpflicht:

Sie beginnt mit dem Ablauf der Pflicht zum Besuch einer allgemein bildenden Schule und endet mit dem Ablauf des Schuljahres in dem der oder die Schulpflichtige das 18. Lebensjahr vollendet, außer er oder sie steht zu diesem Zeitpunkt noch in einem Ausbildungsverhältnis. Schülerinnen und Schüler, die nach Verlassen einer allgemein bildenden Schule keinen Ausbildungsplatz haben, müssen das Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Nach dessen Abschluss sind die Jugendlichen von der weiteren Berufsschulpflicht befreit. Daher können auch Jugendliche unter 18 Jahren bereits das Bildungswesen verlassen haben. Die Berufsschulpflicht ruht, solange eine allgemein bildende Schule, eine Berufsfachschule, ein Berufskolleg, eine Berufsakademie oder eine Hochschule besucht wird, das freiwillige soziale oder ökologische Jahr, Wehr- oder Zivildienst geleistet wird oder eine beamtenrechtliche Ausbildung absolviert wird.

Pflicht zum Besuch einer Sonderschule:

Behinderte Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind grundsätzlich zum Besuch der für sie geeigneten Sonderschule verpflichtet.

Die Dauer der Schulpflicht richtet sich nach der Art der Behinderung und dem entsprechenden Bildungsziel der Sonderschule. Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule endet auch, wenn festgestellt wird, dass der Schüler oder die Schülerin künftig mit Erfolg am Unterricht einer allgemeinen Schule teilnehmen kann.

Schulträgerschaft

Öffentliche Schulen

sind Schulen, die von einer Gemeinde, einem Landkreis oder einem Schulverband gemeinsam mit dem Land oder vom Land allein getragen werden.

Private Schulen

sind Schulen in nicht öffentlicher Trägerschaft. Der Begriff beinhaltet keine Aussage über die Form des Zugangs, da auch Privatschulen grundsätzlich allen offenstehen.

Sekundarbereich

Der Sekundarbereich baut auf den grundlegenden Bildungsgängen des Primarbereichs (Grundschule und 1. bis 4. Klassenstufe vergleichbarer Bildungsgänge) auf. Er gliedert sich in zwei Stufen: Sekundarbereich I und Sekundar-

bereich II. Der Sekundarbereich I der allgemein bildenden Schulen umfasst in Baden-Württemberg die Hauptschule, die Realschule sowie die Klassenstufen 5 bis 10 der Gymnasien, der integrierten Schularten und der Sonderschulen. Dementsprechend umfasst der Sekundarbereich II die Oberstufe der letztgenannten Schularten. Im Bereich der beruflichen Schulen zählen hierzu die Berufsschulen des dualen Systems, berufliche Grundkenntnisse oder einen Berufsabschluss vermittelnde Berufsfachschulen, Berufskollegs und Schulen für Berufe des Gesundheitswesens sowie die beruflichen Gymnasien.

Zweiter Bildungsweg

Schulen des Zweiten Bildungsweges bieten Weiterbildungswilligen, die der Schulpflicht entwachsen sind und sich bereits im Berufsleben befinden, die Möglichkeit, einen höherwertigen Schulabschluss nachzuholen. Folgende Bildungseinrichtungen stehen zur Verfügung:

- Abendrealschule,
- Abendgymnasium,
- Kolleg,
- Berufsaufbauschule,
- Berufsoberschule (Oberstufe),
- Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife.

J 2 Tabellen

B 1.1 (T1): Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 in ausgewählten Altersgruppen

Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 20
– in 1 000 –					
1980	282,6	280,4	424,6	898,3	656,9
1985	284,0	294,1	358,1	639,7	615,3
1990	350,3	323,0	415,7	591,4	457,7
1995	345,3	366,3	477,8	669,0	426,7
2000	327,5	345,3	474,7	724,8	464,2
2005	290,5	312,5	458,2	724,6	502,2
2006	284,8	302,5	450,3	712,0	508,5
Vorausrechnung					
2010	271,7	281,1	401,2	684,9	490,7
2015	269,8	271,0	369,0	608,8	470,0
2020	269,3	271,2	361,6	558,6	413,1
2025	261,8	268,5	361,9	546,7	380,9
2030	246,9	257,6	355,3	546,6	373,6
2035	230,0	241,2	337,9	536,4	374,0
2040	218,0	225,6	315,4	510,7	367,4
2045	212,4	216,4	296,8	477,4	350,1
2050	209,2	212,4	287,1	449,9	327,6
– 2006 $\hat{=}$ 100 –					
1980	99,2	92,7	94,3	126,2	129,2
1985	99,7	97,2	79,5	89,8	121,0
1990	123,0	106,8	92,3	83,1	90,0
1995	121,2	121,1	106,1	94,0	83,9
2000	115,0	114,1	105,4	101,8	91,3
2005	102,0	103,3	101,8	101,8	98,8
2006	100	100	100	100	100
Vorausrechnung					
2010	95,4	92,9	89,1	96,2	96,5
2015	94,7	89,6	81,9	85,5	92,4
2020	94,6	89,7	80,3	78,5	81,2
2025	91,9	88,8	80,4	76,8	74,9
2030	86,7	85,2	78,9	76,8	73,5
2035	80,8	79,7	75,0	75,3	73,6
2040	76,5	74,6	70,0	71,7	72,2
2045	74,6	71,5	65,9	67,1	68,8
2050	73,5	70,2	63,8	63,2	64,4

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung

B 1.2 (T1): Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerungszahl in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bis zum Jahr 2025 in ausgewählten Altersgruppen

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 20	unter 20
	Veränderung in % gegenüber 2005					
Stuttgart (SKR)	- 9,6	- 11,4	- 15,7	- 18,9	- 19,1	- 15,8
Böblingen (LKR)	- 13,2	- 17,0	- 22,2	- 22,4	- 18,8	- 19,6
Esslingen (LKR)	- 11,7	- 12,5	- 17,9	- 18,2	- 15,4	- 15,9
Göppingen (LKR)	- 6,8	- 13,1	- 21,3	- 26,1	- 25,3	- 20,9
Ludwigsburg (LKR)	- 10,4	- 13,3	- 17,3	- 19,9	- 16,4	- 16,5
Rems-Murr-Kreis (LKR)	- 10,6	- 13,4	- 21,4	- 24,2	- 20,4	- 19,6
Heilbronn (SKR)	- 14,7	- 14,2	- 18,4	- 20,3	- 20,7	- 18,4
Heilbronn (LKR)	- 8,1	- 16,6	- 22,5	- 26,3	- 25,5	- 21,8
Hohenlohekreis (LKR)	- 9,2	- 16,1	- 22,0	- 27,6	- 29,4	- 23,2
Schwäbisch Hall (LKR)	- 9,0	- 13,5	- 22,3	- 27,9	- 29,4	- 23,0
Main-Tauber-Kreis (LKR)	- 12,0	- 14,5	- 21,7	- 28,3	- 30,9	- 23,8
Heidenheim (LKR)	- 9,6	- 16,7	- 24,6	- 30,6	- 32,4	- 25,6
Ostalbkreis (LKR)	- 9,4	- 16,2	- 24,1	- 28,5	- 28,1	- 23,5
Regierungsbezirk Stuttgart	- 10,3	- 14,1	- 20,3	- 23,4	- 22,1	- 19,5
Baden-Baden (SKR)	- 6,6	- 1,1	- 7,5	- 9,4	- 9,0	- 7,5
Karlsruhe (SKR)	- 8,7	- 9,3	- 15,4	- 20,7	- 21,3	- 16,3
Karlsruhe (LKR)	- 7,9	- 12,7	- 21,3	- 23,3	- 21,7	- 19,3
Rastatt (LKR)	- 8,1	- 13,5	- 18,8	- 24,7	- 23,0	- 19,7
Heidelberg (SKR)	- 17,7	- 11,4	- 15,8	- 14,4	- 19,8	- 16,0
Mannheim (SKR)	- 15,1	- 16,4	- 21,5	- 25,1	- 24,4	- 21,6
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	- 9,8	- 13,7	- 20,7	- 27,7	- 29,8	- 22,9
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	- 9,7	- 12,8	- 18,0	- 20,2	- 19,5	- 17,3
Pforzheim (SKR)	- 9,0	- 14,8	- 18,7	- 21,4	- 22,0	- 18,4
Calw (LKR)	- 8,8	- 16,9	- 24,7	- 28,6	- 29,7	- 24,2
Enzkreis (LKR)	- 7,6	- 15,1	- 26,1	- 30,6	- 27,5	- 24,3
Freudenstadt (LKR)	- 11,9	- 15,1	- 21,1	- 28,0	- 26,6	- 22,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	- 10,0	- 13,3	- 20,0	- 23,6	- 23,1	- 19,6
Freiburg im Breisgau (SKR)	- 19,9	- 17,3	- 22,4	- 18,3	- 19,2	- 19,4
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	- 10,6	- 14,0	- 20,8	- 25,1	- 24,2	- 20,7
Emmendingen (LKR)	- 11,1	- 12,1	- 21,7	- 23,8	- 24,7	- 20,4
Ortenaukreis (LKR)	- 8,5	- 14,7	- 21,7	- 26,2	- 28,4	- 22,2
Rottweil (LKR)	- 6,0	- 11,5	- 23,4	- 30,3	- 28,6	- 23,2
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	- 7,7	- 11,2	- 20,3	- 24,8	- 28,0	- 20,8
Tuttlingen (LKR)	- 8,8	- 13,2	- 19,4	- 22,8	- 26,5	- 19,9
Konstanz (LKR)	- 5,5	- 12,1	- 18,9	- 20,1	- 19,8	- 16,8
Lörrach (LKR)	- 8,2	- 16,0	- 24,4	- 28,6	- 26,4	- 23,3
Waldshut (LKR)	- 10,9	- 18,5	- 24,2	- 30,8	- 30,4	- 25,4
Regierungsbezirk Freiburg	- 9,7	- 14,1	- 21,6	- 25,2	- 25,8	- 21,2
Reutlingen (LKR)	- 13,9	- 18,8	- 25,8	- 29,1	- 26,7	- 24,6
Tübingen (LKR)	- 14,9	- 18,6	- 25,2	- 27,4	- 27,2	- 24,0
Zollernalbkreis (LKR)	- 7,4	- 15,0	- 22,3	- 31,6	- 31,3	- 24,9
Ulm (SKR)	+ 0,8	- 3,3	- 14,3	- 19,4	- 23,1	- 14,0
Alb-Donau-Kreis (LKR)	- 9,0	- 16,0	- 24,0	- 26,6	- 28,1	- 22,8
Biberach (LKR)	- 8,2	- 12,8	- 23,9	- 28,2	- 29,1	- 23,1
Bodenseekreis (LKR)	- 5,4	- 9,6	- 17,7	- 21,8	- 24,3	- 17,9
Ravensburg (LKR)	- 8,6	- 15,9	- 24,1	- 27,1	- 27,2	- 22,8
Sigmaringen (LKR)	- 7,7	- 17,0	- 26,9	- 31,4	- 33,0	- 26,2
Regierungsbezirk Tübingen	- 9,0	- 14,9	- 23,3	- 27,4	- 27,8	- 22,7
Land Baden-Württemberg	- 9,9	- 14,1	- 21,0	- 24,6	- 24,1	- 20,5

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung

B 1.3 (T1): Bevölkerung in den Regionen Baden-Württembergs 2005 nach Migrationshintergrund

Region Land	Bevölkerung insgesamt	Davon		
		Deutsche ohne Migrations- hintergrund	Deutsche mit Migrations- hintergrund	Ausländer
	Anzahl in 1 000	Anteil in %		
Stuttgart	2 667	68,7	14,1	17,1
Heilbronn-Franken	888	77,5	14,3	8,2
Ostwürttemberg	453	77,8	14,4	7,8
Mittlerer Oberrhein	995	75,7	12,3	12,0
Rhein-Neckar ¹⁾	1 135	77,2	10,6	12,2
Nordschwarzwald	599	72,4	15,2	12,4
Südlicher Oberrhein	1 035	79,5	12,6	7,9
Schwarzwald-Baar-Heuberg	489	77,1	13,5	9,4
Hochrhein-Bodensee	663	75,2	12,3	12,5
Neckar-Alb	691	73,8	14,0	12,2
Donau-Iller ¹⁾	498	77,7	11,7	10,6
Bodensee-Oberschwaben	614	82,3	10,6	7,1
Land Baden-Württemberg	10 728	74,9	13,1	12,0

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Mikrozensus

B 1.3 (T2): In Baden-Württemberg aufgenommene (Spät-)Aussiedler seit 1990

Jahr	(Spät-) Aussiedler insgesamt	Davon mit Herkunft aus			
		Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion	Rumänien	Polen	anderen Staaten
	Anzahl	Anteil in %			
1990	92 741	38,8	41,8	16,1	3,3
...					
1995	20 212	93,7	5,4	0,7	0,2
...					
2000	11 794	98,3	1,3	0,4	0,0
2001	12 093	98,6	0,9	0,5	0,1
2002	11 245	98,5	0,8	0,7	0,0
2003	8 982	98,8	0,5	0,7	–
2004	7 229	99,2	0,5	0,2	0,1
2005	4 494	99,7	0,1	0,1	0,1
2006	984	97,5	1,5	1,0	–

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Innenministerium Baden-Württemberg: Zahlen, Daten Fakten zur Herkunft der Spätaussiedler

B3 (T1): Bevölkerung in Baden-Württemberg im Jahr 2006 nach Altersgruppen, allgemeinem Schulabschluss und Staatsangehörigkeit

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ohne allgemeinen Schulabschluss	Mit Hauptschulabschluss ¹⁾	Mit mittlerem Abschluss ²⁾	Mit Hochschul-/ Fachhochschulreife
	Angaben in %			
Insgesamt				
20 – 30	2,5	25,0	32,1	40,4
30 – 40	3,2	31,4	32,4	33,1
40 – 50	3,6	40,2	29,5	26,7
50 – 60	4,6	53,6	20,4	21,4
60 – 70	3,9	65,1	16,3	14,6
70 – 80	4,5	73,6	12,2	9,7
Deutsche				
20 – 30	1,6	21,3	34,5	42,6
30 – 40	1,4	27,9	35,7	35,0
40 – 50	1,8	39,2	31,4	27,6
50 – 60	1,5	53,8	22,1	22,6
60 – 70	1,4	66,4	17,2	15,0
70 – 80	3,4	74,8	12,4	9,4
Ausländer				
20 – 30	6,6	41,7	21,3	30,4
30 – 40	11,4	47,4	16,7	24,5
40 – 50	18,6	48,3	14,4	18,6
50 – 60	24,7	52,6	9,1	13,5
60 – 70	29,2	52,3	(7,9)	10,7
70 – 80	37,1	39,5	–	(16,7)

1) Einschließlich Volksschulabschluss. – 2) Realschulabschluss, Fachschulreife oder gleichwertiger Abschluss der polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR. – 3) Bezogen auf die Personen mit Angaben zum allgemeinen Schulabschluss.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Mikrozensus

B3 (T2): Erwerbstätige und Erwerbslose in Baden-Württemberg im Jahr 2006 nach beruflichem Schulabschluss bzw. Hochschulabschluss

Erwerbsstatus	Ohne beruflichen bzw. Hochschulabschluss	Mit Lehrausbildung ¹⁾	Mit Meister-/ Techniker Ausbildung ²⁾	Mit Hochschul-/ Fachhochschulabschluss ³⁾
	Angaben in % ⁴⁾			
Erwerbstätige	21,1	52,7	10,2	16,0
Erwerbslose	41,2	46,7	3,9	8,2
Insgesamt	22,4	52,3	9,8	15,5

1) Einschließlich Abschluss einer Anlernausbildung, eines beruflichen Praktikums, eines Berufsvorbereitungsjahres oder eines berufsqualifizierenden Abschlusses an einer Berufsfachschule oder einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 2) Einschließlich eines Fachschulabschlusses, eines Abschlusses einer Fachschule in der ehemaligen DDR, einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fachakademie, einer Berufsakademie oder einer Verwaltungsfachhochschule. – 3) Einschließlich Promotion und Ingenieurabschluss; ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule. – 4) Bezogen auf die Personen mit Angaben zum beruflichen Ausbildungs- bzw. Hochschulabschluss.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Mikrozensus

C 1 (T1): Kinder in Kindertageseinrichtungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006 nach Migrationshintergrund

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Betreute Kinder insgesamt	In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen		Ausländisches Herkunftsland der Eltern/eines Elternteils	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Stuttgart (SKR)	23 104	8 363	36,2	11 781	51,0
Böblingen (LKR)	13 612	3 090	22,7	4 818	35,4
Esslingen (LKR)	18 161	3 928	21,6	5 944	32,7
Göppingen (LKR)	8 867	1 886	21,3	2 927	33,0
Ludwigsburg (LKR)	18 520	4 032	21,8	6 394	34,5
Rems-Murr-Kreis (LKR)	14 623	2 731	18,7	4 338	29,7
Heilbronn (SKR)	4 219	1 567	37,1	2 360	55,9
Heilbronn (LKR)	12 438	2 090	16,8	3 387	27,2
Hohenlohekreis (LKR)	3 853	577	15,0	1 040	27,0
Schwäbisch Hall (LKR)	6 904	1 060	15,4	1 774	25,7
Main-Tauber-Kreis (LKR)	4 630	536	11,6	979	21,1
Heidenheim (LKR)	4 708	848	18,0	1 434	30,5
Ostalbkreis (LKR)	11 758	1 775	15,1	2 840	24,2
Regierungsbezirk Stuttgart	145 397	32 483	22,3	50 016	34,4
Baden-Baden (SKR)	1 596	285	17,9	520	32,6
Karlsruhe (SKR)	9 368	1 978	21,1	3 416	36,5
Karlsruhe (LKR)	15 196	2 117	13,9	3 757	24,7
Rastatt (LKR)	8 133	1 135	14,0	2 129	26,2
Heidelberg (SKR)	4 594	1 097	23,9	1 695	36,9
Mannheim (SKR)	11 212	3 458	30,8	5 092	45,4
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	5 190	771	14,9	1 311	25,3
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	18 830	3 051	16,2	5 040	26,8
Pforzheim (SKR)	4 027	1 451	36,0	2 195	54,5
Calw (LKR)	5 858	1 048	17,9	1 681	28,7
Enzkreis (LKR)	7 245	941	13,0	1 763	24,3
Freudenstadt (LKR)	4 329	593	13,7	1 033	23,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	95 578	17 925	18,8	29 632	31,0
Freiburg im Breisgau (SKR)	8 349	1 596	19,1	2 806	33,6
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	9 064	962	10,6	1 738	19,2
Emmendingen (LKR)	5 869	545	9,3	1 037	17,7
Ortenaukreis (LKR)	15 806	2 077	13,1	3 638	23,0
Rottweil (LKR)	5 124	641	12,5	1 232	24,0
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	7 529	1 318	17,5	2 236	29,7
Tuttlingen (LKR)	4 957	1 141	23,0	1 879	37,9
Konstanz (LKR)	9 542	1 387	14,5	2 661	27,9
Lörrach (LKR)	7 833	1 322	16,9	2 271	29,0
Waldshut (LKR)	6 185	1 083	17,5	1 730	28,0
Regierungsbezirk Freiburg	80 258	12 072	15,0	21 228	26,4
Reutlingen (LKR)	10 156	1 958	19,3	3 087	30,4
Tübingen (LKR)	8 564	1 328	15,5	2 213	25,8
Zollernalbkreis (LKR)	6 528	1 152	17,6	1 918	29,4
Ulm (SKR)	4 151	1 183	28,5	1 773	42,7
Alb-Donau-Kreis (LKR)	7 242	1 094	15,1	1 682	23,2
Biberach (LKR)	7 189	873	12,1	1 466	20,4
Bodenseekreis (LKR)	7 210	945	13,1	1 700	23,6
Ravensburg (LKR)	10 665	1 416	13,3	2 347	22,0
Sigmaringen (LKR)	4 999	738	14,8	1 199	24,0
Regierungsbezirk Tübingen	66 704	10 687	16,0	17 385	26,1
Land Baden-Württemberg	387 937	73 167	18,9	118 261	30,5

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Statistik zur Kindertagesbetreuung

C 3 (T1): Grundschulförderklassen und Schulkindergärten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91

Schuljahr	Einrichtungen	Klassen/Gruppen	Betreute Kinder		Erziehungspersonal	
			insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter Vollzeitbeschäftigte
Grundschulförderklassen						
1990/91	188	281	4 207	1 436	655	182
...						
1995/96	243	298	4 743	1 571	748	160
...						
2000/01	242	290	4 192	1 294	723	127
2001/02	243	291	4 032	1 270	728	113
2002/03	243	293	4 084	1 263	734	126
2003/04	242	292	4 069	1 339	692	138
2004/05	242	293	3 983	1 272	704	137
2005/06	241	293	4 241	1 304	718	143
2006/07	241	295	4 363	1 413	722	161
Schulkindergärten						
1990/91	205	580	3 822	1 424	1 204	682
...						
1995/96	219	634	4 154	1 467	1 322	678
...						
2000/01	235	661	4 321	1 493	1 512	660
2001/02	238	673	4 385	1 537	1 544	654
2002/03	241	683	4 432	1 558	1 550	656
2003/04	238	687	4 513	1 497	1 585	697
2004/05	242	685	4 546	1 535	1 612	666
2005/06	240	685	4 547	1 519	1 641	649
2006/07	246	683	4 527	1 452	1 630	644

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

D 1.1 (T1): Erstmals schulpflichtige und zurückgestellte Kinder an Grundschulen in Baden-Württemberg seit 1990

Schuljahr	Erstmals schulpflichtige Kinder ¹⁾			Darunter zurückgestellt		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl			Anteil in %		
1990/91	99 306	51 150	48 156	9,5	11,8	7,1
1991/92	101 583	52 227	49 356	9,5	11,8	7,1
1992/93	106 164	54 511	51 653	9,5	11,9	6,9
1993/94	111 560	57 490	54 070	9,5	11,7	7,1
1994/95	116 326	59 569	56 757	9,3	11,6	6,8
1995/96	117 994	60 526	57 468	8,4	10,4	6,2
1996/97	118 274	60 612	57 662	7,4	9,2	5,5
1997/98	120 640	62 057	58 583	6,4	8,1	4,7
1998/99	112 906	58 153	54 753	6,2	7,8	4,5
1999/2000	108 961	56 399	52 562	6,3	8,0	4,5
2000/01	104 470	54 523	49 947	6,7	8,6	4,6
2001/02	100 054	52 105	47 949	6,7	8,5	4,8
2002/03	101 412	52 555	48 857	6,6	8,3	4,8
2003/04	104 237	54 210	50 027	6,0	7,5	4,4
2004/05	98 555	51 541	47 014	5,7	7,2	4,1
2005/06	102 915	53 708	49 207	7,3	9,2	5,4
2006/07	103 800	54 144	49 656	8,8	10,8	6,5

1) Bis einschließlich Schuljahr 2004/05 bis zum 30.06. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden, 2005/06 bis zum 31.07.2005, 2006/07 bis zum 31.08.2006 sechs Jahre alt geworden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 1.1 (T2): Einschulungen an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schulanfänger in der ersten Klassenstufe	Davon					
		normal eingeschult	früh eingeschult	spät eingeschult	normal eingeschult	früh eingeschult	spät eingeschult
		Anzahl			Anteil in %		
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	4 769	3 980	392	397	83,5	8,2	8,3
Böblingen (LKR)	3 972	3 450	279	243	86,9	7,0	6,1
Esslingen (LKR)	5 077	4 432	279	366	87,3	5,5	7,2
Göppingen (LKR)	2 600	2 351	109	140	90,4	4,2	5,4
Ludwigsburg (LKR)	5 296	4 578	353	365	86,4	6,7	6,9
Rems-Murr-Kreis (LKR)	4 222	3 706	275	241	87,8	6,5	5,7
Heilbronn (SKR)	1 092	970	64	58	88,8	5,9	5,3
Heilbronn (LKR)	3 654	3 254	211	189	89,1	5,8	5,2
Hohenlohekreis (LKR)	1 187	1 044	84	59	88,0	7,1	5,0
Schwäbisch Hall (LKR)	2 028	1 833	110	85	90,4	5,4	4,2
Main-Tauber-Kreis (LKR)	1 398	1 246	51	101	89,1	3,6	7,2
Heidenheim (LKR)	1 398	1 248	70	80	89,3	5,0	5,7
Ostalbkreis (LKR)	3 451	3 071	194	186	89,0	5,6	5,4
Regierungsbezirk Stuttgart	40 144	35 163	2 471	2 510	87,6	6,2	6,3
Baden-Baden (SKR)	434	367	28	39	84,6	6,5	9,0
Karlsruhe (SKR)	2 313	1 991	214	108	86,1	9,3	4,7
Karlsruhe (LKR)	4 420	3 935	263	222	89,0	6,0	5,0
Rastatt (LKR)	2 299	2 019	149	131	87,8	6,5	5,7
Heidelberg (SKR)	1 016	838	125	53	82,5	12,3	5,2
Mannheim (SKR)	2 533	2 195	164	174	86,7	6,5	6,9
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	1 508	1 359	50	99	90,1	3,3	6,6
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	5 312	4 654	388	270	87,6	7,3	5,1
Pforzheim (SKR)	1 140	1 025	47	68	89,9	4,1	6,0
Calw (LKR)	1 818	1 620	86	112	89,1	4,7	6,2
Enzkreis (LKR)	2 163	1 928	118	117	89,1	5,5	5,4
Freudenstadt (LKR)	1 298	1 182	42	74	91,1	3,2	5,7
Regierungsbezirk Karlsruhe	26 254	23 113	1 674	1 467	88,0	6,4	5,6
Freiburg im Breisgau (SKR)	1 800	1 456	194	150	80,9	10,8	8,3
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	2 524	2 202	157	165	87,2	6,2	6,5
Emmendingen (LKR)	1 652	1 456	73	123	88,1	4,4	7,4
Ortenaukreis (LKR)	4 434	3 944	178	312	88,9	4,0	7,0
Rottweil (LKR)	1 540	1 366	58	116	88,7	3,8	7,5
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	2 141	1 921	69	151	89,7	3,2	7,1
Tuttlingen (LKR)	1 590	1 434	76	80	90,2	4,8	5,0
Konstanz (LKR)	2 668	2 383	126	159	89,3	4,7	6,0
Lörrach (LKR)	2 224	1 918	98	208	86,2	4,4	9,4
Waldshut (LKR)	1 828	1 637	61	130	89,6	3,3	7,1
Regierungsbezirk Freiburg	22 401	19 717	1 090	1 594	88,0	4,9	7,1
Reutlingen (LKR)	2 995	2 624	176	195	87,6	5,9	6,5
Tübingen (LKR)	2 213	1 906	183	124	86,1	8,3	5,6
Zollernalbkreis (LKR)	1 824	1 644	79	101	90,1	4,3	5,5
Ulm (SKR)	1 021	890	65	66	87,2	6,4	6,5
Alb-Donau-Kreis (LKR)	2 261	2 003	108	150	88,6	4,8	6,6
Biberach (LKR)	2 131	1 885	110	136	88,5	5,2	6,4
Bodenseekreis (LKR)	2 078	1 799	132	147	86,6	6,4	7,1
Ravensburg (LKR)	3 098	2 708	168	222	87,4	5,4	7,2
Sigmaringen (LKR)	1 422	1 242	70	110	87,3	4,9	7,7
Regierungsbezirk Tübingen	19 043	16 701	1 091	1 251	87,7	5,7	6,6
Land Baden-Württemberg	107 842	94 694	6 326	6 822	87,8	5,9	6,3

D 1.2 (T1): Schüler an Grundschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	Schüler an Grundschulen			Davon an					
				öffentlichen Grundschulen			privaten Grundschulen		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	430 384	210 935	49,0	426 755	209 038	49,0	3 629	1 897	52,3
...									
1985/86	347 504	170 520	49,1	344 167	168 814	49,1	3 337	1 706	51,1
...									
1990/91	405 951	199 761	49,2	402 088	197 761	49,2	3 863	2 000	51,8
...									
1995/96	461 413	226 332	49,1	456 628	223 867	49,0	4 785	2 465	51,5
...									
2000/01	477 429	234 132	49,0	471 596	231 301	49,0	5 833	2 831	48,5
2001/02	463 640	226 776	48,9	457 596	223 834	48,9	6 044	2 942	48,7
2002/03	454 759	222 787	49,0	448 647	219 849	49,0	6 112	2 938	48,1
2003/04	453 084	222 388	49,1	446 596	219 256	49,1	6 488	3 132	48,3
2004/05	451 232	221 555	49,1	444 470	218 235	49,1	6 762	3 320	49,1
2005/06	452 015	221 951	49,1	444 937	218 524	49,1	7 078	3 427	48,4
2006/07	447 796	219 498	49,0	440 228	215 845	49,0	7 568	3 653	48,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 1.2 (T2): Schüler an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 nach Geschlecht und Trägerart

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler an Grundschulen			Davon an					
	ins-gesamt		darunter weiblich	öffentlichen Grundschulen			privaten Grundschulen		
	Anzahl	Anteil in %		zu-sammen		darunter weiblich	zu-sammen		Anteil in %
			Anzahl	Anteil in %	Anzahl		Anteil in %	Anzahl	
Stuttgart (SKR)	19 210	9 402	48,9	18 354	9 008	49,1	856	394	46,0
Böblingen (LKR)	16 392	7 947	48,5	16 248	7 886	48,5	144	61	42,4
Esslingen (LKR)	21 159	10 379	49,1	21 065	10 335	49,1	94	44	46,8
Göppingen (LKR)	10 996	5 302	48,2	10 996	5 302	48,2	–	–	–
Ludwigsburg (LKR)	22 018	10 729	48,7	22 018	10 729	48,7	–	–	–
Rems-Murr-Kreis (LKR)	18 112	9 089	50,2	18 103	9 085	50,2	9	4	44,4
Heilbronn (SKR)	4 691	2 297	49,0	4 468	2 197	49,2	223	100	44,8
Heilbronn (LKR)	15 440	7 550	48,9	15 440	7 550	48,9	–	–	–
Hohenlohekreis (LKR)	4 929	2 357	47,8	4 881	2 332	47,8	48	25	52,1
Schwäbisch Hall (LKR)	8 526	4 151	48,7	8 526	4 151	48,7	–	–	–
Main-Tauber-Kreis (LKR)	5 742	2 844	49,5	5 631	2 779	49,4	111	65	58,6
Heidenheim (LKR)	5 674	2 755	48,6	5 502	2 676	48,6	172	79	45,9
Ostalbkreis (LKR)	14 169	7 061	49,8	14 031	6 997	49,9	138	64	46,4
Regierungsbezirk Stuttgart	167 058	81 863	49,0	165 263	81 027	49,0	1 795	836	46,6
Baden-Baden (SKR)	1 834	895	48,8	1 684	832	49,4	150	63	42,0
Karlsruhe (SKR)	9 228	4 584	49,7	9 195	4 567	49,7	33	17	51,5
Karlsruhe (LKR)	18 559	8 990	48,4	18 435	8 928	48,4	124	62	50,0
Rastatt (LKR)	9 521	4 712	49,5	9 521	4 712	49,5	–	–	–
Heidelberg (SKR)	4 182	2 058	49,2	3 997	1 970	49,3	185	88	47,6
Mannheim (SKR)	10 456	5 193	49,7	10 456	5 193	49,7	–	–	–
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	6 412	3 022	47,1	6 412	3 022	47,1	–	–	–
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	21 626	10 635	49,2	21 514	10 570	49,1	112	65	58,0
Pforzheim (SKR)	4 594	2 245	48,9	4 594	2 245	48,9	–	–	–
Calw (LKR)	7 344	3 600	49,0	7 284	3 574	49,1	60	26	43,3
Enzkreis (LKR)	9 198	4 484	48,7	9 046	4 419	48,9	152	65	42,8
Freudenstadt (LKR)	5 391	2 620	48,6	5 391	2 620	48,6	–	–	–
Regierungsbezirk Karlsruhe	108 345	53 038	49,0	107 529	52 652	49,0	816	386	47,3
Freiburg im Breisgau (SKR)	7 223	3 515	48,7	6 759	3 293	48,7	464	222	47,8
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	10 608	5 117	48,2	10 573	5 103	48,3	35	14	40,0
Emmendingen (LKR)	6 820	3 428	50,3	6 794	3 420	50,3	26	8	30,8
Ortenaukreis (LKR)	18 316	8 906	48,6	18 130	8 816	48,6	186	90	48,4
Rottweil (LKR)	6 572	3 240	49,3	6 205	3 063	49,4	367	177	48,2
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	8 897	4 214	47,4	8 817	4 177	47,4	80	37	46,3
Tuttlingen (LKR)	6 457	3 122	48,4	6 113	2 977	48,7	344	145	42,2
Konstanz (LKR)	11 021	5 465	49,6	11 006	5 460	49,6	15	5	33,3
Lörrach (LKR)	9 597	4 826	50,3	9 312	4 695	50,4	285	131	46,0
Waldshut (LKR)	7 421	3 633	49,0	7 341	3 595	49,0	80	38	47,5
Regierungsbezirk Freiburg	92 932	45 466	48,9	91 050	44 599	49,0	1 882	867	46,1
Reutlingen (LKR)	12 283	5 987	48,7	11 445	5 595	48,9	838	392	46,8
Tübingen (LKR)	9 221	4 506	48,9	8 882	4 350	49,0	339	156	46,0
Zollernalbkreis (LKR)	7 981	3 927	49,2	7 981	3 927	49,2	–	–	–
Ulm (SKR)	4 179	2 058	49,2	4 001	1 916	47,9	178	142	79,8
Alb-Donau-Kreis (LKR)	9 231	4 532	49,1	9 215	4 526	49,1	16	6	37,5
Biberach (LKR)	9 167	4 578	49,9	8 935	4 478	50,1	232	100	43,1
Bodenseekreis (LKR)	8 553	4 212	49,2	8 135	4 032	49,6	418	180	43,1
Ravensburg (LKR)	12 621	6 249	49,5	11 595	5 689	49,1	1 026	560	54,6
Sigmaringen (LKR)	6 225	3 082	49,5	6 197	3 054	49,3	28	28	100,0
Regierungsbezirk Tübingen	79 461	39 131	49,2	76 386	37 567	49,2	3 075	1 564	50,9
Land Baden-Württemberg	447 796	219 498	49,0	440 228	215 845	49,0	7 568	3 653	48,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 1.3 (T1): Übergänge aus öffentlichen und privaten Grundschulen auf weiterführende Schulen zum Schuljahr 2006/07 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler in Klassenstufe 4 nach Abschluss der Aufnahme- verfahren 2006		Davon Übergänge auf ...						
			Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige ¹⁾
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	4 491	1 132	25,2	1 163	25,9	2 141	47,7	55	1,2
Böblingen (LKR)	3 887	959	24,7	1 223	31,5	1 677	43,1	28	0,7
Esslingen (LKR)	5 041	1 350	26,8	1 736	34,4	1 920	38,1	35	0,7
Göppingen (LKR)	2 692	791	29,4	948	35,2	936	34,8	17	0,6
Ludwigsburg (LKR)	5 378	1 419	26,4	1 746	32,5	2 160	40,2	53	1,0
Rems-Murr-Kreis (LKR)	4 363	1 195	27,4	1 528	35,0	1 614	37,0	26	0,6
Heilbronn (SKR)	1 118	405	36,2	308	27,5	397	35,5	8	0,7
Heilbronn (LKR)	3 769	1 070	28,4	1 321	35,0	1 358	36,0	20	0,5
Hohenlohekreis (LKR)	1 203	350	29,1	506	42,1	344	28,6	3	0,2
Schwäbisch Hall (LKR)	2 159	646	29,9	822	38,1	682	31,6	9	0,4
Main-Tauber-Kreis (LKR)	1 423	376	26,4	602	42,3	437	30,7	8	0,6
Heidenheim (LKR)	1 369	417	30,5	378	27,6	557	40,7	17	1,2
Ostalbkreis (LKR)	3 481	985	28,3	1 338	38,4	1 146	32,9	12	0,3
Regierungsbezirk Stuttgart	40 374	11 095	27,5	13 619	33,7	15 369	38,1	291	0,7
Baden-Baden (SKR)	443	95	21,4	113	25,5	233	52,6	2	0,5
Karlsruhe (SKR)	2 151	490	22,8	533	24,8	1 114	51,8	14	0,7
Karlsruhe (LKR)	4 451	1 220	27,4	1 458	32,8	1 751	39,3	22	0,5
Rastatt (LKR)	2 309	628	27,2	773	33,5	895	38,8	13	0,6
Heidelberg (SKR)	1 060	148	14,0	196	18,5	611	57,6	105	9,9
Mannheim (SKR)	2 491	699	28,1	534	21,4	1 011	40,6	247	9,9
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	1 616	546	33,8	515	31,9	538	33,3	17	1,1
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	5 261	1 211	23,0	1 630	31,0	2 375	45,1	45	0,9
Pforzheim (SKR)	1 100	366	33,3	312	28,4	408	37,1	14	1,3
Calw (LKR)	1 797	528	29,4	613	34,1	642	35,7	14	0,8
Enzkreis (LKR)	2 229	540	24,2	767	34,4	907	40,7	15	0,7
Freudenstadt (LKR)	1 398	401	28,7	552	39,5	437	31,3	8	0,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	26 306	6 872	26,1	7 996	30,4	10 922	41,5	516	2,0
Freiburg im Breisgau (SKR)	1 655	247	14,9	341	20,6	857	51,8	210	12,7
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	2 693	663	24,6	932	34,6	1 077	40,0	21	0,8
Emmendingen (LKR)	1 608	451	28,0	608	37,8	544	33,8	5	0,3
Ortenaukreis (LKR)	4 501	1 437	31,9	1 497	33,3	1 544	34,3	23	0,5
Rottweil (LKR)	1 644	519	31,6	526	32,0	592	36,0	7	0,4
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	2 185	675	30,9	776	35,5	725	33,2	9	0,4
Tuttlingen (LKR)	1 527	479	31,4	549	36,0	488	32,0	11	0,7
Konstanz (LKR)	2 629	744	28,3	805	30,6	1 058	40,2	22	0,8
Lörrach (LKR)	2 314	743	32,1	718	31,0	826	35,7	27	1,2
Waldshut (LKR)	1 889	654	34,6	662	35,0	553	29,3	20	1,1
Regierungsbezirk Freiburg	22 645	6 612	29,2	7 414	32,7	8 264	36,5	355	1,6
Reutlingen (LKR)	2 965	855	28,8	961	32,4	1 112	37,5	37	1,2
Tübingen (LKR)	2 261	436	19,3	730	32,3	1 082	47,9	13	0,6
Zollernalbkreis (LKR)	1 955	686	35,1	626	32,0	630	32,2	13	0,7
Ulm (SKR)	997	272	27,3	289	29,0	432	43,3	4	0,4
Alb-Donau-Kreis (LKR)	2 206	631	28,6	815	36,9	750	34,0	10	0,5
Biberach (LKR)	2 192	656	29,9	842	38,4	682	31,1	12	0,5
Bodenseekreis (LKR)	2 073	585	28,2	762	36,8	719	34,7	7	0,3
Ravensburg (LKR)	3 070	978	31,9	1 074	35,0	1 001	32,6	17	0,6
Sigmaringen (LKR)	1 531	423	27,6	562	36,7	539	35,2	7	0,5
Regierungsbezirk Tübingen	19 250	5 522	28,7	6 661	34,6	6 947	36,1	120	0,6
Land Baden-Württemberg	108 575	30 101	27,7	35 690	32,9	41 502	38,2	1 282	1,2

1) Wiederholer und andere Schularten sowie Schüler ohne Grundschulempfehlung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

**D 1.3 (T2): Grundschulempfehlung Gymnasium und abweichender Elternwunsch
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2006/07**

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler mit GSE Gymnasium		Darunter				Tatsächliche Übergänge auf das Gymnasium	Abweichung GSE Gym- nasium und tatsächlicher Übergang
	Anzahl	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	Elternwunsch Realschule		Elternwunsch Hauptschule			
			Anzahl	in % der Schüler mit GSE Gymnasium	Anzahl	in % der Schüler mit GSE Gymnasium	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	in %-Punkten
Stuttgart (SKR)	2 230	49,7	116	5,2	5	0,2	47,7	+ 2,0
Böblingen (LKR)	1 890	48,6	261	13,8	3	0,2	43,1	+ 5,5
Esslingen (LKR)	2 279	45,2	385	16,9	0	0,0	38,1	+ 7,1
Göppingen (LKR)	1 192	44,3	261	21,9	1	0,1	34,8	+ 9,5
Ludwigsburg (LKR)	2 509	46,7	355	14,1	0	0,0	40,2	+ 6,5
Rems-Murr-Kreis (LKR)	2 030	46,5	406	20,0	1	0,0	37,0	+ 9,5
Heilbronn (SKR)	444	39,7	47	10,6	0	0,0	35,5	+ 4,2
Heilbronn (LKR)	1 651	43,8	332	20,1	0	0,0	36,0	+ 7,8
Hohenlohekreis (LKR)	557	46,3	208	37,3	8	1,4	28,6	+ 17,7
Schwäbisch Hall (LKR)	901	41,7	248	27,5	5	0,6	31,6	+ 10,1
Main-Tauber-Kreis (LKR)	655	46,0	229	35,0	1	0,2	30,7	+ 15,3
Heidenheim (LKR)	623	45,5	63	10,1	0	0,0	40,7	+ 4,8
Ostalbkreis (LKR)	1 520	43,7	357	23,5	0	0,0	32,9	+ 10,8
Regierungsbezirk Stuttgart	18 481	45,8	3 268	17,7	24	0,1	38,1	+ 7,7
Baden-Baden (SKR)	251	56,7	23	9,2	0	0,0	52,6	+ 4,1
Karlsruhe (SKR)	1 174	54,6	82	7,0	0	0,0	51,8	+ 2,8
Karlsruhe (LKR)	2 118	47,6	382	18,0	2	0,1	39,3	+ 8,3
Rastatt (LKR)	1 109	48,0	240	21,6	0	0,0	38,8	+ 9,2
Heidelberg (SKR)	654	61,7	19	2,9	3	0,5	57,6	+ 4,1
Mannheim (SKR)	1 092	43,8	48	4,4	2	0,2	40,6	+ 3,2
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	660	40,8	125	18,9	0	0,0	33,3	+ 7,5
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	2 692	51,2	312	11,6	2	0,1	45,1	+ 6,1
Pforzheim (SKR)	454	41,3	44	9,7	0	0,0	37,1	+ 4,2
Calw (LKR)	786	43,7	134	17,0	2	0,3	35,7	+ 8,0
Enzkreis (LKR)	1 070	48,0	165	15,4	0	0,0	40,7	+ 7,3
Freudenstadt (LKR)	632	45,2	185	29,3	0	0,0	31,3	+ 13,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	12 692	48,2	1 759	13,9	11	0,1	41,5	+ 6,7
Freiburg im Breisgau (SKR)	942	56,9	19	2,0	0	0,0	51,8	+ 5,1
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	1 237	45,9	165	13,3	0	0,0	40,0	+ 5,9
Emmendingen (LKR)	672	41,8	133	19,8	0	0,0	33,8	+ 8,0
Ortenaukreis (LKR)	1 817	40,4	293	16,1	1	0,1	34,3	+ 6,1
Rottweil (LKR)	736	44,8	144	19,6	0	0,0	36,0	+ 8,8
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	909	41,6	187	20,6	0	0,0	33,2	+ 8,4
Tuttlingen (LKR)	631	41,3	138	21,9	0	0,0	32,0	+ 9,3
Konstanz (LKR)	1 244	47,3	174	14,0	8	0,6	40,2	+ 7,1
Lörrach (LKR)	955	41,3	127	13,3	1	0,1	35,7	+ 5,6
Waldshut (LKR)	738	39,1	180	24,4	1	0,1	29,3	+ 9,8
Regierungsbezirk Freiburg	9 881	43,6	1 560	15,8	11	0,1	36,5	+ 7,1
Reutlingen (LKR)	1 305	44,0	188	14,4	2	0,2	37,5	+ 6,5
Tübingen (LKR)	1 225	54,2	131	10,7	0	0,0	47,9	+ 6,3
Zollernalbkreis (LKR)	730	37,3	96	13,2	0	0,0	32,2	+ 5,1
Ulm (SKR)	466	46,7	33	7,1	0	0,0	43,3	+ 3,4
Alb-Donau-Kreis (LKR)	974	44,2	217	22,3	0	0,0	34,0	+ 10,2
Biberach (LKR)	921	42,0	247	26,8	1	0,1	31,1	+ 10,9
Bodenseekreis (LKR)	883	42,6	165	18,7	5	0,6	34,7	+ 7,9
Ravensburg (LKR)	1 316	42,9	337	25,6	6	0,5	32,6	+ 10,3
Sigmaringen (LKR)	700	45,7	150	21,4	0	0,0	35,2	+ 10,5
Regierungsbezirk Tübingen	8 520	44,3	1 564	18,4	14	0,2	36,1	+ 8,2
Land Baden-Württemberg	49 574	45,7	8 151	16,4	60	0,1	38,2	+ 7,5

 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

**D 1.3 (T3): Grundschulempfehlung Realschule und abweichender Elternwunsch
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2006/07**

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler mit GSE Realschule		Darunter				Tatsächliche Übergänge auf die Realschule	Abweichung GSE Real- schule und tatsächlicher Übergang
			Elternwunsch Hauptschule		Elternwunsch Gymnasium			
	Anzahl	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	Anzahl	in % der Schüler mit GSE Realschule	Anzahl	in % der Schüler mit GSE Realschule	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	in %-Punkten
Stuttgart (SKR)	1 021	22,7	14	1,4	134	13,1	25,9	- 3,2
Böblingen (LKR)	963	24,8	6	0,6	72	7,5	31,5	- 6,7
Esslingen (LKR)	1 307	25,9	20	1,5	77	5,9	34,4	- 8,5
Göppingen (LKR)	675	25,1	23	3,4	23	3,4	35,2	- 10,1
Ludwigsburg (LKR)	1 317	24,5	26	2,0	81	6,2	32,5	- 8,0
Rems-Murr-Kreis (LKR)	1 079	24,7	9	0,8	52	4,8	35,0	- 10,3
Heilbronn (SKR)	250	22,4	14	5,6	10	4,0	27,5	- 5,1
Heilbronn (LKR)	975	25,9	9	0,9	66	6,8	35,0	- 9,1
Hohenlohekreis (LKR)	288	23,9	16	5,6	8	2,8	42,1	- 18,2
Schwäbisch Hall (LKR)	588	27,2	16	2,7	19	3,2	38,1	- 10,9
Main-Tauber-Kreis (LKR)	390	27,4	24	6,2	17	4,4	42,3	- 14,9
Heidenheim (LKR)	313	22,9	12	3,8	8	2,6	27,6	- 4,7
Ostalbkreis (LKR)	955	27,4	18	1,9	26	2,7	38,4	- 11,0
Regierungsbezirk Stuttgart	10 121	25,1	207	2,0	593	5,9	33,7	- 8,6
Baden-Baden (SKR)	85	19,2	4	4,7	19	22,4	25,5	- 6,3
Karlsruhe (SKR)	460	21,4	11	2,4	66	14,3	24,8	- 3,4
Karlsruhe (LKR)	1 065	23,9	31	2,9	61	5,7	32,8	- 8,9
Rastatt (LKR)	557	24,1	33	5,9	30	5,4	33,5	- 9,4
Heidelberg (SKR)	215	20,3	5	2,3	26	12,1	18,5	+ 1,8
Mannheim (SKR)	552	22,2	4	0,7	69	12,5	21,4	+ 0,8
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	382	23,6	17	4,5	17	4,5	31,9	- 8,3
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	1 292	24,6	39	3,0	85	6,6	31,0	- 6,4
Pforzheim (SKR)	249	22,6	3	1,2	19	7,6	28,4	- 5,8
Calw (LKR)	459	25,5	11	2,4	19	4,1	34,1	- 8,6
Enzkreis (LKR)	576	25,8	10	1,7	30	5,2	34,4	- 8,6
Freudenstadt (LKR)	342	24,5	22	6,4	8	2,3	39,5	- 15,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	6 234	23,7	190	3,0	449	7,2	30,4	- 6,7
Freiburg im Breisgau (SKR)	368	22,2	0	0,0	31	8,4	20,6	+ 1,6
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	759	28,2	22	2,9	38	5,0	34,6	- 6,4
Emmendingen (LKR)	445	27,7	8	1,8	29	6,5	37,8	- 10,1
Ortenaukreis (LKR)	1 170	26,0	27	2,3	66	5,6	33,3	- 7,3
Rottweil (LKR)	392	23,8	26	6,6	17	4,3	32,0	- 8,2
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	588	26,9	15	2,6	22	3,7	35,5	- 8,6
Tuttlingen (LKR)	404	26,5	8	2,0	16	4,0	36,0	- 9,5
Konstanz (LKR)	620	23,6	33	5,3	23	3,7	30,6	- 7,0
Lörrach (LKR)	583	25,2	15	2,6	31	5,3	31,0	- 5,8
Waldshut (LKR)	477	25,3	23	4,8	15	3,1	35,0	- 9,7
Regierungsbezirk Freiburg	5 806	25,6	177	3,0	288	5,0	32,7	- 7,1
Reutlingen (LKR)	746	25,2	26	3,5	47	6,3	32,4	- 7,2
Tübingen (LKR)	571	25,3	5	0,9	29	5,1	32,3	- 7,0
Zollernalbkreis (LKR)	505	25,8	9	1,8	20	4,0	32,0	- 6,2
Ulm (SKR)	240	24,1	11	4,6	19	7,9	29,0	- 4,9
Alb-Donau-Kreis (LKR)	575	26,1	9	1,6	21	3,7	36,9	- 10,8
Biberach (LKR)	600	27,4	37	6,2	27	4,5	38,4	- 11,0
Bodenseekreis (LKR)	594	28,7	19	3,2	32	5,4	36,8	- 8,1
Ravensburg (LKR)	815	26,5	79	9,7	32	3,9	35,0	- 8,5
Sigmaringen (LKR)	390	25,5	10	2,6	13	3,3	36,7	- 11,2
Regierungsbezirk Tübingen	5 036	26,2	205	4,1	240	4,8	34,6	- 8,4
Land Baden-Württemberg	27 197	25,0	779	2,9	1 570	5,8	32,9	- 7,9

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

**D 1.3 (T4): Grundschulempfehlung Hauptschule und abweichender Elternwunsch
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2006/07**

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler mit GSE Hauptschule		Darunter				Tatsächliche Übergänge auf die Hauptschule	Abweichung GSE Haupt- schule und tatsächlicher Übergang
	Anzahl	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	Elternwunsch Realschule		Elternwunsch Gymnasium			
			Anzahl	in % der Schüler mit GSE Hauptschule	Anzahl	in % der Schüler mit GSE Hauptschule	in % aller Schüler nach Abschluss der Aufnahme- verfahren	in %-Punkten
Stuttgart (SKR)	1 230	27,4	407	33,1	0	0,0	25,2	+ 2,2
Böblingen (LKR)	1 022	26,3	300	29,4	0	0,0	24,7	+ 1,6
Esslingen (LKR)	1 432	28,4	357	24,9	2	0,1	26,8	+ 1,6
Göppingen (LKR)	819	30,4	147	17,9	1	0,1	29,4	+ 1,0
Ludwigsburg (LKR)	1 542	28,7	479	31,1	2	0,1	26,4	+ 2,3
Rems-Murr-Kreis (LKR)	1 251	28,7	290	23,2	1	0,1	27,4	+ 1,3
Heilbronn (SKR)	423	37,8	99	23,4	0	0,0	36,2	+ 1,6
Heilbronn (LKR)	1 139	30,2	290	25,5	0	0,0	28,4	+ 1,8
Hohenlohekreis (LKR)	356	29,6	84	23,6	0	0,0	29,1	+ 0,5
Schwäbisch Hall (LKR)	666	30,8	141	21,2	0	0,0	29,9	+ 0,9
Main-Tauber-Kreis (LKR)	374	26,3	76	20,3	0	0,0	26,4	- 0,1
Heidenheim (LKR)	422	30,8	74	17,5	1	0,2	30,5	+ 0,3
Ostalbkreis (LKR)	1 004	28,8	203	20,2	4	0,4	28,3	+ 0,5
Regierungsbezirk Stuttgart	11 680	28,9	2 947	25,2	11	0,1	27,5	+ 1,4
Baden-Baden (SKR)	107	24,2	32	29,9	2	1,9	21,4	+ 2,8
Karlsruhe (SKR)	508	23,6	131	25,8	1	0,2	22,8	+ 0,8
Karlsruhe (LKR)	1 258	28,3	255	20,3	0	0,0	27,4	+ 0,9
Rastatt (LKR)	641	27,8	149	23,2	3	0,5	27,2	+ 0,6
Heidelberg (SKR)	189	17,8	39	20,6	0	0,0	14,0	+ 3,8
Mannheim (SKR)	835	33,5	174	20,8	0	0,0	28,1	+ 5,4
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	562	34,8	124	22,1	0	0,0	33,8	+ 1,0
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	1 273	24,2	330	25,9	2	0,2	23,0	+ 1,2
Pforzheim (SKR)	396	36,0	78	19,7	1	0,3	33,3	+ 2,7
Calw (LKR)	549	30,6	105	19,1	1	0,2	29,4	+ 1,2
Enzkreis (LKR)	578	25,9	128	22,1	2	0,3	24,2	+ 1,7
Freudenstadt (LKR)	422	30,2	85	20,1	0	0,0	28,7	+ 1,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	7 318	27,8	1 630	22,3	12	0,2	26,1	+ 1,7
Freiburg im Breisgau (SKR)	326	19,7	57	17,5	0	0,0	14,9	+ 4,8
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	693	25,7	139	20,1	1	0,1	24,6	+ 1,1
Emmendingen (LKR)	491	30,5	133	27,1	0	0,0	28,0	+ 2,5
Ortenaukreis (LKR)	1 509	33,5	259	17,2	2	0,1	31,9	+ 1,6
Rottweil (LKR)	514	31,3	102	19,8	0	0,0	31,6	- 0,3
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	687	31,4	107	15,6	0	0,0	30,9	+ 0,5
Tuttlingen (LKR)	490	32,1	81	16,5	0	0,0	31,4	+ 0,7
Konstanz (LKR)	761	28,9	140	18,4	3	0,4	28,3	+ 0,6
Lörrach (LKR)	767	33,1	150	19,6	1	0,1	32,1	+ 1,0
Waldshut (LKR)	672	35,6	111	16,5	1	0,1	34,6	+ 1,0
Regierungsbezirk Freiburg	6 910	30,5	1 279	18,5	8	0,1	29,2	+ 1,3
Reutlingen (LKR)	901	30,4	225	25,0	1	0,1	28,8	+ 1,6
Tübingen (LKR)	464	20,5	130	28,0	1	0,2	19,3	+ 1,2
Zollernalbkreis (LKR)	719	36,8	178	24,8	5	0,7	35,1	+ 1,7
Ulm (SKR)	290	29,1	73	25,2	0	0,0	27,3	+ 1,8
Alb-Donau-Kreis (LKR)	655	29,7	135	20,6	1	0,2	28,6	+ 1,1
Biberach (LKR)	666	30,4	90	13,5	0	0,0	29,9	+ 0,5
Bodenseekreis (LKR)	595	28,7	141	23,7	1	0,2	28,2	+ 0,5
Ravensburg (LKR)	933	30,4	106	11,4	2	0,2	31,9	- 1,5
Sigmaringen (LKR)	438	28,6	88	20,1	0	0,0	27,6	+ 1,0
Regierungsbezirk Tübingen	5 661	29,4	1 166	20,6	11	0,2	28,7	+ 0,7
Land Baden-Württemberg	31 569	29,1	7 022	22,2	42	0,1	27,7	+ 1,4

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 1.3 (T5): Hochqualifizierte und Übergänge auf Gymnasium/Hauptschule in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006 nach Rängen

Stadtkreise (SKR) Landkreise (LKR)	Anteil der Hochqualifizierten ¹⁾	Übergangsquoten aufs Gymnasium	Übergangsquoten auf die Hauptschule
	Rang		
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	1	6	35
Heidelberg (SKR)	2	1	44
Freiburg im Breisgau (SKR)	3	4	43
Böblingen (LKR)	4	9	36
Karlsruhe (SKR)	5	3	40
Ulm (SKR)	6	8	30
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	7	7	39
Bodenseekreis (LKR)	8	29	24
Tübingen (LKR)	9	5	42
Mannheim (SKR)	10	12	25
Ludwigsburg (LKR)	11	14	34
Esslingen (LKR)	12	18	32
Konstanz (LKR)	13	13	22
Karlsruhe (LKR)	14	16	28
Reutlingen (LKR)	15	19	18
Heidenheim (LKR)	16	11	12
Rems-Murr-Kreis (LKR)	17	21	29
Rastatt (LKR)	18	17	31
Heilbronn (LKR)	19	22	21
Baden-Baden (SKR)	20	2	41
Biberach (LKR)	21	41	13
Heilbronn (SKR)	22	26	1
Lörrach (LKR)	23	25	6
Ostalbkreis (LKR)	24	35	23
Ravensburg (LKR)	25	36	8
Pforzheim (SKR)	26	20	5
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	27	34	11
Göppingen (LKR)	28	26	15
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	29	15	37
Emmendingen (LKR)	30	32	26
Tuttlingen (LKR)	31	38	10
Ortenaukreis (LKR)	32	30	7
Main-Tauber-Kreis (LKR)	33	42	33
Rottweil (LKR)	34	23	9
Calw (LKR)	35	24	16
Schwäbisch Hall (LKR)	36	39	14
Zollernalbkreis (LKR)	37	37	2
Freudenstadt (LKR)	38	40	19
Waldshut (LKR)	39	43	3
Hohenlohekreis (LKR)	40	44	17
Sigmaringen (LKR)	41	27	27
Enzkreis (LKR)	42	10	38
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	43	33	4
Alb-Donau-Kreis (LKR)	44	31	20

1) Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsort) zum 30. Juni 2006;

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Schulstatistik.

D 2.1 (T1): Schüler an Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	Schüler an Hauptschulen			Davon an					
				öffentlichen Hauptschulen			privaten Hauptschulen		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	285 411	127 951	44,8	282 953	126 873	44,8	2 458	1 078	43,9
...									
1985/86	204 178	92 112	45,1	201 707	91 011	45,1	2 471	1 101	44,6
...									
1990/91	179 890	81 253	45,2	177 209	80 076	45,2	2 681	1 177	43,9
...									
1995/96	206 505	91 732	44,4	203 899	90 665	44,5	2 606	1 067	40,9
...									
2000/01	211 084	93 391	44,2	207 836	92 019	44,3	3 248	1 372	42,2
2001/02	214 758	94 687	44,1	211 331	93 251	44,1	3 427	1 436	41,9
2002/03	215 532	95 226	44,2	211 975	93 732	44,2	3 557	1 494	42,0
2003/04	212 517	94 334	44,4	208 678	92 729	44,4	3 839	1 605	41,8
2004/05	205 161	91 268	44,5	201 144	89 604	44,5	4 017	1 664	41,4
2005/06	194 437	86 723	44,6	190 295	84 972	44,7	4 142	1 751	42,3
2006/07	182 988	81 493	44,5	178 734	79 650	44,6	4 254	1 843	43,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.1 (T3): Regelklassen*) nach Klassengrößen an Hauptschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Trägerart

Trägerart	Einheit	Regel- klassen insgesamt	Davon mit ... bis unter ... Schülern				
			unter 18	18 – 23	23 – 28	28 – 33	33 und darüber
Öffentliche Schulen	Anzahl	8 567	2 088	3 745	2 197	528	9
	Anteil in %	100	24,4	43,7	25,6	6,2	0,1
Private Schulen	Anzahl	180	32	19	93	35	1
	Anteil in %	100	17,8	10,6	51,7	19,4	0,6
Hauptschulen insgesamt	Anzahl	8 747	2 120	3 764	2 290	563	10
	Anteil in %	100	24,2	43,0	26,2	6,4	0,1

*) Ohne Klassen für Kinder mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, muttersprachliche Klassen, BVJ-Kooperations-Klassen, Förder- und Vorbereitungsklassen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.1 (T2): Schüler an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 nach Geschlecht und Trägerart

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler an Hauptschulen			Davon an					
	ins- gesamt	darunter weiblich		öffentlichen Hauptschulen		privaten Hauptschulen			
		Zu- sammen	darunter weiblich	Zu- sammen	darunter weiblich	Zu- sammen	darunter weiblich		
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %			
Stuttgart (SKR)	6 735	2 999	44,5	6 490	2 887	44,5	245	112	45,7
Böblingen (LKR)	5 463	2 416	44,2	5 399	2 392	44,3	64	24	37,5
Esslingen (LKR)	7 638	3 376	44,2	7 638	3 376	44,2	–	–	–
Göppingen (LKR)	4 754	2 068	43,5	4 754	2 068	43,5	–	–	–
Ludwigsburg (LKR)	8 164	3 633	44,5	8 164	3 633	44,5	–	–	–
Rems-Murr-Kreis (LKR)	6 817	3 111	45,6	6 817	3 111	45,6	–	–	–
Heilbronn (SKR)	2 484	1 129	45,5	2 402	1 092	45,5	82	37	45,1
Heilbronn (LKR)	6 401	2 854	44,6	6 401	2 854	44,6	–	–	–
Hohenlohekreis (LKR)	2 044	864	42,3	2 044	864	42,3	–	–	–
Schwäbisch Hall (LKR)	4 096	1 829	44,7	4 096	1 829	44,7	–	–	–
Main-Tauber-Kreis (LKR)	2 512	1 080	43,0	2 512	1 080	43,0	–	–	–
Heidenheim (LKR)	2 599	1 201	46,2	2 599	1 201	46,2	–	–	–
Ostalbkreis (LKR)	5 763	2 570	44,6	5 763	2 570	44,6	–	–	–
Regierungsbezirk Stuttgart	65 470	29 130	44,5	65 079	28 957	44,5	391	173	44,2
Baden-Baden (SKR)	612	288	47,1	612	288	47,1	–	–	–
Karlsruhe (SKR)	3 188	1 449	45,5	3 177	1 445	45,5	11	4	36,4
Karlsruhe (LKR)	7 638	3 431	44,9	7 512	3 374	44,9	126	57	45,2
Rastatt (LKR)	3 918	1 744	44,5	3 918	1 744	44,5	–	–	–
Heidelberg (SKR)	837	370	44,2	798	350	43,9	39	20	51,3
Mannheim (SKR)	4 565	2 064	45,2	4 565	2 064	45,2	–	–	–
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	3 229	1 471	45,6	3 229	1 471	45,6	–	–	–
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	7 689	3 512	45,7	7 689	3 512	45,7	–	–	–
Pforzheim (SKR)	2 098	964	45,9	2 098	964	45,9	–	–	–
Calw (LKR)	3 248	1 473	45,4	3 248	1 473	45,4	–	–	–
Enzkreis (LKR)	3 387	1 458	43,0	3 238	1 401	43,3	149	57	38,3
Freudenstadt (LKR)	2 452	1 084	44,2	2 452	1 084	44,2	–	–	–
Regierungsbezirk Karlsruhe	42 861	19 308	45,0	42 536	19 170	45,1	325	138	42,5
Freiburg im Breisgau (SKR)	2 021	918	45,4	1 598	760	47,6	423	158	37,4
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	3 902	1 675	42,9	3 902	1 675	42,9	–	–	–
Emmendingen (LKR)	2 848	1 278	44,9	2 848	1 278	44,9	–	–	–
Ortenaukreis (LKR)	8 830	3 950	44,7	8 711	3 895	44,7	119	55	46,2
Rottweil (LKR)	3 140	1 388	44,2	2 848	1 260	44,2	292	128	43,8
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	4 321	1 888	43,7	4 321	1 888	43,7	–	–	–
Tuttlingen (LKR)	3 005	1 349	44,9	2 599	1 173	45,1	406	176	43,3
Konstanz (LKR)	4 406	1 925	43,7	4 378	1 908	43,6	28	17	60,7
Lörrach (LKR)	4 662	2 124	45,6	4 404	1 986	45,1	258	138	53,5
Waldshut (LKR)	3 770	1 663	44,1	3 770	1 663	44,1	–	–	–
Regierungsbezirk Freiburg	40 905	18 158	44,4	39 379	17 486	44,4	1 526	672	44,0
Reutlingen (LKR)	4 902	2 217	45,2	4 403	2 002	45,5	499	215	43,1
Tübingen (LKR)	2 668	1 146	43,0	2 523	1 081	42,8	145	65	44,8
Zollernalbkreis (LKR)	4 169	1 870	44,9	4 169	1 870	44,9	–	–	–
Ulm (SKR)	1 564	682	43,6	1 564	682	43,6	–	–	–
Alb-Donau-Kreis (LKR)	3 877	1 751	45,2	3 877	1 751	45,2	–	–	–
Biberach (LKR)	4 090	1 795	43,9	3 800	1 670	43,9	290	125	43,1
Bodenseekreis (LKR)	3 486	1 492	42,8	3 039	1 306	43,0	447	186	41,6
Ravensburg (LKR)	6 247	2 732	43,7	5 616	2 463	43,9	631	269	42,6
Sigmaringen (LKR)	2 749	1 212	44,1	2 749	1 212	44,1	–	–	–
Regierungsbezirk Tübingen	33 752	14 897	44,1	31 740	14 037	44,2	2 012	860	42,7
Land Baden-Württemberg	182 988	81 493	44,5	178 734	79 650	44,6	4 254	1 843	43,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.2 (T1): Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	Schüler an Realschulen			Davon an					
	insgesamt		darunter weiblich	öffentlichen Realschulen			privaten Realschulen		
				zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl		Anteil in %	Anzahl		Anteil in %	
1980/81	256 490	138 346	53,9	250 277	132 865	53,1	6 213	5 481	88,2
...									
1985/86	202 157	107 421	53,1	195 894	102 111	52,1	6 263	5 310	84,8
...									
1990/91	172 920	90 430	52,3	166 090	85 193	51,3	6 830	5 237	76,7
...									
1995/96	199 732	102 752	51,4	191 833	96 819	50,5	7 899	5 933	75,1
...									
2000/01	229 836	116 998	50,9	220 065	109 767	49,9	9 771	7 231	74,0
2001/02	237 855	120 894	50,8	227 654	113 342	49,8	10 201	7 552	74,0
2002/03	243 210	123 165	50,6	232 738	115 518	49,6	10 472	7 647	73,0
2003/04	247 412	124 810	50,4	236 656	117 021	49,4	10 756	7 789	72,4
2004/05	247 564	124 392	50,2	236 631	116 613	49,3	10 933	7 779	71,2
2005/06	244 798	122 613	50,1	233 696	114 810	49,1	11 102	7 803	70,3
2006/07	244 836	121 941	49,8	233 485	114 110	48,9	11 351	7 831	69,0

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.2 (T3): Herkunft der Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07

Klassenstufe	Schüler insgesamt	Von den Schülern waren am Ende des vergangenen Schuljahres in ...									
		der vorangegangenen Klassenstufe der Realschule ¹⁾		der gleichen Klassenstufe der Realschule (Wiederholer)		einer Hauptschule		einem Gymnasium		einer anderen Schule oder im Ausland	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
5	37 271	36 461	97,8	341	0,9	338	0,9	37	0,1	94	0,3
6	37 579	35 215	93,7	615	1,6	1 300	3,5	363	1,0	86	0,2
7	40 983	38 841	94,8	797	1,9	558	1,4	710	1,7	77	0,2
8	42 080	39 723	94,4	1 501	3,6	86	0,2	687	1,6	83	0,2
9	44 241	40 942	92,5	2 408	5,4	52	0,1	729	1,6	110	0,2
10	42 682	41 031	96,1	1 361	3,2	27	0,1	209	0,5	54	0,1
Insgesamt	244 836	232 213	94,8	7 023	2,9	2 361	1,0	2 735	1,1	504	0,2
davon											
männlich	122 895	115 793	94,2	4 183	3,4	1 035	0,8	1 607	1,3	277	0,2
weiblich	121 941	116 420	95,5	2 840	2,3	1 326	1,1	1 128	0,9	227	0,2

1) In Klassenstufe 5: Übergänge aus der Grundschule.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.2 (T2): Schüler an Realschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 nach Geschlecht und Trägerart

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler an Realschulen		Davon an						
	ins-gesamt	darunter weiblich	öffentlichen Realschulen		privaten Realschulen		Zu-sammen	darunter weiblich	
			Zu-sammen	darunter weiblich	Zu-sammen	darunter weiblich			
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %			
Stuttgart (SKR)	8 084	4 021	49,7	7 456	3 778	50,7	628	243	38,7
Böblingen (LKR)	8 497	4 148	48,8	8 497	4 148	48,8	–	–	–
Esslingen (LKR)	11 897	5 936	49,9	11 897	5 936	49,9	–	–	–
Göppingen (LKR)	6 616	3 238	48,9	6 616	3 238	48,9	–	–	–
Ludwigsburg (LKR)	12 463	6 186	49,6	12 463	6 186	49,6	–	–	–
Rems-Murr-Kreis (LKR)	10 449	5 201	49,8	10 447	5 200	49,8	2	1	50,0
Heilbronn (SKR)	2 650	1 329	50,2	2 557	1 285	50,3	93	44	47,3
Heilbronn (LKR)	8 605	4 289	49,8	8 605	4 289	49,8	–	–	–
Hohenlohekreis (LKR)	3 212	1 690	52,6	3 212	1 690	52,6	–	–	–
Schwäbisch Hall (LKR)	5 467	2 763	50,5	5 302	2 682	50,6	165	81	49,1
Main-Tauber-Kreis (LKR)	4 460	2 230	50,0	3 890	1 660	42,7	570	570	100,0
Heidenheim (LKR)	3 476	1 707	49,1	3 344	1 643	49,1	132	64	48,5
Ostalbkreis (LKR)	9 121	4 535	49,7	7 768	3 538	45,5	1 353	997	73,7
Regierungsbezirk Stuttgart	94 997	47 273	49,8	92 054	45 273	49,2	2 943	2 000	68,0
Baden-Baden (SKR)	676	299	44,2	476	243	51,1	200	56	28,0
Karlsruhe (SKR)	3 925	1 889	48,1	3 809	1 850	48,6	116	39	33,6
Karlsruhe (LKR)	10 596	5 149	48,6	10 348	5 046	48,8	248	103	41,5
Rastatt (LKR)	5 546	2 763	49,8	5 546	2 763	49,8	–	–	–
Heidelberg (SKR)	1 677	882	52,6	1 206	450	37,3	471	432	91,7
Mannheim (SKR)	4 356	2 096	48,1	4 067	2 014	49,5	289	82	28,4
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	3 307	1 624	49,1	3 307	1 624	49,1	–	–	–
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	9 935	4 858	48,9	9 841	4 816	48,9	94	42	44,7
Pforzheim (SKR)	2 460	1 257	51,1	2 460	1 257	51,1	–	–	–
Calw (LKR)	3 936	1 979	50,3	3 936	1 979	50,3	–	–	–
Enzkreis (LKR)	5 056	2 496	49,4	4 808	2 388	49,7	248	108	43,5
Freudenstadt (LKR)	3 264	1 569	48,1	3 264	1 569	48,1	–	–	–
Regierungsbezirk Karlsruhe	54 734	26 861	49,1	53 068	25 999	49,0	1 666	862	51,7
Freiburg im Breisgau (SKR)	3 187	1 536	48,2	2 742	1 252	45,7	445	284	63,8
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	5 564	2 722	48,9	5 496	2 708	49,3	68	14	20,6
Emmendingen (LKR)	3 996	1 964	49,1	3 987	1 961	49,2	9	3	33,3
Ortenaukreis (LKR)	10 300	5 119	49,7	9 033	4 277	47,3	1 267	842	66,5
Rottweil (LKR)	3 500	1 745	49,9	3 500	1 745	49,9	–	–	–
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	5 367	2 673	49,8	4 933	2 449	49,6	434	224	51,6
Tuttlingen (LKR)	3 629	1 851	51,0	3 629	1 851	51,0	–	–	–
Konstanz (LKR)	5 390	2 718	50,4	5 362	2 704	50,4	28	14	50,0
Lörrach (LKR)	4 787	2 348	49,0	4 493	2 204	49,1	294	144	49,0
Waldshut (LKR)	4 622	2 355	51,0	4 564	2 326	51,0	58	29	50,0
Regierungsbezirk Freiburg	50 342	25 031	49,7	47 739	23 477	49,2	2 603	1 554	59,7
Reutlingen (LKR)	6 038	2 986	49,5	6 038	2 986	49,5	–	–	–
Tübingen (LKR)	4 791	2 474	51,6	3 972	1 655	41,7	819	819	100,0
Zollernalbkreis (LKR)	4 727	2 437	51,6	4 727	2 437	51,6	–	–	–
Ulm (SKR)	2 552	1 352	53,0	2 150	950	44,2	402	402	100,0
Alb-Donau-Kreis (LKR)	4 896	2 540	51,9	4 383	2 027	46,2	513	513	100,0
Biberach (LKR)	5 339	2 682	50,2	4 987	2 502	50,2	352	180	51,1
Bodenseekreis (LKR)	5 022	2 577	51,3	4 368	1 923	44,0	654	654	100,0
Ravensburg (LKR)	7 517	3 781	50,3	6 634	3 200	48,2	883	581	65,8
Sigmaringen (LKR)	3 881	1 947	50,2	3 365	1 681	50,0	516	266	51,6
Regierungsbezirk Tübingen	44 763	22 776	50,9	40 624	19 361	47,7	4 139	3 415	82,5
Land Baden-Württemberg	244 836	121 941	49,8	233 485	114 110	48,9	11 351	7 831	69,0

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 2.3 (T1): Schüler an Gymnasien in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	Schüler an Gymnasien			Davon an						
					öffentlichen Gymnasien		privaten Gymnasien			
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		
1980/81	339 696	167 106	49,2	314 923	152 147	48,3	24 773	14 959	60,4	
...										
1985/86	268 370	134 461	50,1	245 999	121 423	49,4	22 371	13 038	58,3	
...										
1990/91	230 916	117 862	51,0	210 146	106 069	50,5	20 770	11 793	56,8	
...										
1995/96	256 979	135 942	52,9	233 806	122 248	52,3	23 173	13 694	59,1	
...										
2000/01	292 966	156 526	53,4	265 949	140 197	52,7	27 017	16 329	60,4	
2001/02	300 906	160 618	53,4	273 025	143 721	52,6	27 881	16 897	60,6	
2002/03	307 204	164 071	53,4	278 665	146 763	52,7	28 539	17 308	60,6	
2003/04	313 302	166 664	53,2	284 832	149 420	52,5	28 470	17 244	60,6	
2004/05	320 846	170 033	53,0	291 481	152 307	52,3	29 365	17 726	60,4	
2005/06	328 449	173 536	52,8	298 011	155 172	52,1	30 438	18 364	60,3	
2006/07	333 322	175 874	52,8	302 060	157 014	52,0	31 262	18 860	60,3	

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

D 2.3 (T2): Schüler an Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 nach Geschlecht und Trägerart

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler an Gymnasien			Davon an					
	ins-gesamt	darunter weiblich		öffentlichen Gymnasien		privaten Gymnasien			
		Anzahl	Anteil in %	zu-sammen	darunter weiblich	zu-sammen	darunter weiblich		Anteil in %
	Anzahl						Anteil in %	Anzahl	
Stuttgart (SKR)	19 609	10 347	52,8	15 206	7 654	50,3	4 403	2 693	61,2
Böblingen (LKR)	12 803	6 671	52,1	12 803	6 671	52,1	–	–	–
Esslingen (LKR)	15 369	8 101	52,7	15 369	8 101	52,7	–	–	–
Göppingen (LKR)	7 406	3 972	53,6	7 406	3 972	53,6	–	–	–
Ludwigsburg (LKR)	16 639	8 608	51,7	16 281	8 374	51,4	358	234	65,4
Rems-Murr-Kreis (LKR)	12 145	6 299	51,9	12 145	6 299	51,9	–	–	–
Heilbronn (SKR)	4 518	2 420	53,6	4 344	2 327	53,6	174	93	53,4
Heilbronn (LKR)	8 711	4 628	53,1	8 548	4 547	53,2	163	81	49,7
Hohenlohekreis (LKR)	2 808	1 568	55,8	2 808	1 568	55,8	–	–	–
Schwäbisch Hall (LKR)	5 709	3 029	53,1	4 895	2 618	53,5	814	411	50,5
Main-Tauber-Kreis (LKR)	4 185	2 230	53,3	4 185	2 230	53,3	–	–	–
Heidenheim (LKR)	4 121	2 179	52,9	4 121	2 179	52,9	–	–	–
Ostalbkreis (LKR)	9 754	5 073	52,0	9 517	4 836	50,8	237	237	100,0
Regierungsbezirk Stuttgart	123 777	65 125	52,6	117 628	61 376	52,2	6 149	3 749	61,0
Baden-Baden (SKR)	2 870	1 537	53,6	1 833	911	49,7	1 037	626	60,4
Karlsruhe (SKR)	10 265	5 420	52,8	9 127	4 498	49,3	1 138	922	81,0
Karlsruhe (LKR)	13 207	6 789	51,4	12 198	6 186	50,7	1 009	603	59,8
Rastatt (LKR)	5 386	2 781	51,6	5 386	2 781	51,6	–	–	–
Heidelberg (SKR)	6 479	3 350	51,7	3 481	1 747	50,2	2 998	1 603	53,5
Mannheim (SKR)	9 235	4 779	51,7	6 788	3 444	50,7	2 447	1 335	54,6
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	4 506	2 466	54,7	4 506	2 466	54,7	–	–	–
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	15 602	8 061	51,7	14 742	7 702	52,2	860	359	41,7
Pforzheim (SKR)	5 072	2 684	52,9	4 615	2 445	53,0	457	239	52,3
Calw (LKR)	4 554	2 423	53,2	4 554	2 423	53,2	–	–	–
Enzkreis (LKR)	4 159	2 149	51,7	4 159	2 149	51,7	–	–	–
Freudenstadt (LKR)	2 908	1 539	52,9	2 908	1 539	52,9	–	–	–
Regierungsbezirk Karlsruhe	84 243	43 978	52,2	74 297	38 291	51,5	9 946	5 687	57,2
Freiburg im Breisgau (SKR)	8 699	4 770	54,8	7 014	3 377	48,1	1 685	1 393	82,7
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	7 479	3 856	51,6	6 526	3 389	51,9	953	467	49,0
Emmendingen (LKR)	3 815	1 973	51,7	3 815	1 973	51,7	–	–	–
Ortenaukreis (LKR)	13 493	7 427	55,0	10 475	5 510	52,6	3 018	1 917	63,5
Rottweil (LKR)	4 494	2 436	54,2	4 494	2 436	54,2	–	–	–
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	5 702	2 974	52,2	4 826	2 481	51,4	876	493	56,3
Tuttlingen (LKR)	3 688	1 982	53,7	3 688	1 982	53,7	–	–	–
Konstanz (LKR)	7 891	4 121	52,2	7 345	3 859	52,5	546	262	48,0
Lörrach (LKR)	6 269	3 299	52,6	5 813	3 029	52,1	456	270	59,2
Waldshut (LKR)	4 229	2 244	53,1	3 358	1 827	54,4	871	417	47,9
Regierungsbezirk Freiburg	65 759	35 082	53,3	57 354	29 863	52,1	8 405	5 219	62,1
Reutlingen (LKR)	9 066	4 820	53,2	9 066	4 820	53,2	–	–	–
Tübingen (LKR)	9 412	4 848	51,5	8 062	4 102	50,9	1 350	746	55,3
Zollernalbkreis (LKR)	5 197	2 773	53,4	5 197	2 773	53,4	–	–	–
Ulm (SKR)	6 098	3 346	54,9	5 356	2 604	48,6	742	742	100,0
Alb-Donau-Kreis (LKR)	4 026	2 049	50,9	3 687	1 918	52,0	339	131	38,6
Biberach (LKR)	5 679	3 075	54,1	5 541	3 000	54,1	138	75	54,3
Bodenseekreis (LKR)	6 033	3 067	50,8	5 465	2 794	51,1	568	273	48,1
Ravensburg (LKR)	9 006	4 812	53,4	6 674	3 516	52,7	2 332	1 296	55,6
Sigmaringen (LKR)	5 026	2 899	57,7	3 733	1 957	52,4	1 293	942	72,9
Regierungsbezirk Tübingen	59 543	31 689	53,2	52 781	27 484	52,1	6 762	4 205	62,2
Land Baden-Württemberg	333 322	175 874	52,8	302 060	157 014	52,0	31 262	18 860	60,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 3 (T1): Übergänge*) von Sonderschulen in Baden-Württemberg auf andere Schulen im Schuljahr 2005/06

Übergänge (auch in andere Bundesländer)	männlich	weiblich	zusammen
auf Grundschulen	654	282	936
auf Hauptschulen	1 113	573	1 686
auf Sonderschulen gleichen Typs	1 253	766	2 019
auf Sonderschulen anderen Typs	829	392	1 221
auf Realschulen	171	50	221
auf Gymnasien	29	7	36
auf sonstige allgemein bildende Schulen	180	84	264
Übergänge insgesamt	4 229	2 154	6 383

*) Schülerbewegung zwischen Beginn und Ende des Schuljahres 2005/06, erhoben im Schuljahr 2006/07.
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

D 3 (T2): Außenklassen der Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Behinderungsart

Behinderungsart	Anzahl Sonder- schulen	Zahl der		Anzahl Partnerschulen
		Klassen	Schüler	
Förderschulen	12	20	153	16
geistig behindert	62	150	881	130
körperbehindert	9	31	161	22
hörgeschädigt	3	9	62	6
sprachbehindert	3	9	71	5
Erziehungshilfe	10	18	156	15
Insgesamt	99	237	1 484	194
dagegen				
2005/06	96	206	1 269	169
2004/05	92	191	1 189	153

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

D 5 (T1): Ausländer und Aussiedler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Schulart und Trägerschaft

Schulart Trägerschaft	Schüler insgesamt	Darunter			
		Ausländer		Aussiedler ¹⁾	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Grundschule	447 796	58 407	13,0	8 419	1,9
davon					
öffentliche Schulen	440 228	58 134	13,2	8 389	1,9
private Schulen	7 568	273	3,6	30	0,4
Hauptschule	182 988	46 504	25,4	7 956	4,3
davon					
öffentliche Schulen	178 734	46 160	25,8	7 905	4,4
private Schulen	4 254	344	8,1	51	1,2
Sonderschule	54 227	12 328	22,7	1 052	1,9
davon					
öffentliche Schulen	40 396	10 592	26,2	848	2,1
private Schulen	13 831	1 736	12,6	204	1,5
Realschule	244 836	19 644	8,0	3 172	1,3
davon					
öffentliche Schulen	233 485	19 399	8,3	3 149	1,3
private Schulen	11 351	245	2,2	23	0,2
Gymnasium	333 322	14 531	4,4	3 155	0,9
davon					
öffentliche Schulen	302 060	13 693	4,5	3 062	1,0
private Schulen	31 262	838	2,7	93	0,3
Integrierte Schulformen	27 766	1 447	5,2	.	.
davon					
öffentliche Schulen ²⁾	4 795	720	15,0	108	2,3
private Schulen ³⁾	22 971	727	3,2	.	.
Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)	1 290 935	152 861	11,8	23 862	1,8
davon					
öffentliche Schulen	1 199 698	148 698	12,4	23 461	2,0
private Schulen	91 237	4 163	4,6	401	0,4
Abendrealschule (privat)	2 773	748	27,0	.	.
Abendgymnasium (privat)	3 113	561	18,0	.	.
Kolleg	670	25	3,7	.	.
davon					
öffentliche Schule	87	1	1,1	.	.
private Schulen	583	24	4,1	.	.
Allgemein bildende Schulen insgesamt	1 297 491	154 195	11,9	.	.
davon					
öffentliche Schulen	1 199 785	148 699	12,4	.	.
private Schulen	97 706	5 496	5,6	.	.

1) Ohne Angaben zu Freien Waldorfschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs. – 2) Schulen besonderer Art und integrierte Orientierungsstufe. – 3) Freie Waldorfschule.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

D 5 (T2): Ausländische Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91 nach Schulart

Schulart	Ausländische Schüler im Schuljahr 2006/07		Dagegen im Schuljahr ...							
			2005/06		2000/01		1995/96		1990/91	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule	58 407	13,0	61 858	13,7	72 698	15,2	70 276	15,2	60 245	14,8
Hauptschule	46 504	25,4	48 950	25,2	49 054	23,2	53 505	25,9	49 650	27,6
Sonderschule	12 328	22,7	13 004	23,7	13 074	24,4	13 369	27,2	11 694	26,6
Realschule	19 644	8,0	19 034	7,8	16 067	7,0	16 399	8,2	15 993	9,2
Gymnasium	14 531	4,4	14 071	4,3	12 503	4,3	12 711	4,9	12 033	5,2
Integrierte Schulformen	1 447	5,2	1 482	5,4	1 277	5,2	1 316	5,7	1 338	6,2
Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)	152 861	11,8	158 399	12,2	164 673	12,8	167 576	14,0	150 953	14,3
Abendrealschule	748	27,0	735	25,8	546	29,4	454	28,5	231	13,1
Abendgymnasium	561	18,0	551	18,0	382	20,6	265	17,7	148	7,9
Kolleg	25	3,7	27	4,1	44	9,6	29	4,8	16	1,8
Allgemein bildende Schulen insgesamt	154 195	11,9	159 712	12,2	165 645	12,8	168 324	14,0	151 348	14,3

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 5 (T3): Schüler aus Aussiedlerfamilien an allgemein bildenden Schulen* in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91 nach Schulart

Schulart	Schüler aus Aussiedlerfamilien im Schuljahr 2006/07		Dagegen im Schuljahr ...							
			2005/06		2000/01		1995/96		1990/91	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule	8 419	1,9	10 447	2,3	16 037	3,4	27 600	6,0	18 045	4,4
Hauptschule	7 956	4,3	11 484	5,9	23 581	11,2	22 661	11,0	12 784	7,1
Sonderschule	1 052	1,9	1 333	2,4	1 902	3,6	2 069	4,2	684	1,6
Realschule	3 172	1,3	4 917	2,0	10 559	4,6	6 783	3,4	3 625	2,1
Gymnasium	3 155	0,9	3 628	1,1	5 247	1,8	3 721	1,4	2 903	1,3
Schule besonderer Art ¹⁾	108	2,3	137	2,9	253	5,9	92	2,1	272	5,0
Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)	23 862	1,9	31 946	2,5	57 579	4,5	62 926	5,3	38 313	3,7

*) An Freien Waldorfschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs werden keine Angaben zu Aussiedlern erhoben. – 1) Einschließlich integrierte Orientierungsstufe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

D 5 (T4): Ausländische Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Schulart und Staatsangehörigkeit

Schulart	Einheit	Ausländische Schüler insgesamt	Davon mit Land der Staatsangehörigkeit					Übrige Staaten
			Türkei	Italien	Serbien-Montenegro ¹⁾	Griechenland	Kroatien	
Grundschule	Anzahl	58 407	23 807	7 469	4 153	3 234	2 310	17 434
	Anteil in %	100	40,8	12,8	7,1	5,5	4,0	29,8
Hauptschule	Anzahl	46 504	22 193	6 684	3 056	2 040	1 186	11 345
	Anteil in %	100	47,7	14,4	6,6	4,4	2,6	24,4
Sonderschule	Anzahl	12 328	4 754	2 047	1 388	460	320	3 359
	Anteil in %	100	38,6	16,6	11,3	3,7	2,6	27,2
Realschule	Anzahl	19 644	8 305	2 674	949	1 443	976	5 297
	Anteil in %	100	42,3	13,6	4,8	7,3	5,0	27,0
Gymnasium	Anzahl	14 531	3 818	1 180	555	1 068	819	7 091
	Anteil in %	100	26,3	8,1	3,8	7,3	5,6	48,8
Integrierte Schulformen	Anzahl	1 447	369	107	27	41	30	873
	Anteil in %	100	25,5	7,4	1,9	2,8	2,1	60,3
allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)	Anzahl	152 861	63 246	20 161	10 128	8 286	5 641	45 399
	Anteil in %	100	41,4	13,2	6,6	5,4	3,7	29,7
Abendrealschule	Anzahl	748	389	77	37	29	26	190
	Anteil in %	100	52,0	10,3	4,9	3,9	3,5	25,4
Abendgymnasium	Anzahl	561	269	49	20	41	30	152
	Anteil in %	100	48,0	8,7	3,6	7,3	5,3	27,1
Kolleg	Anzahl	25	4	3	1	4	2	11
	Anteil in %	100	16,0	12,0	4,0	16,0	8,0	44,0
allgemein bildende Schulen insgesamt	Anzahl	154 195	63 908	20 290	10 186	8 360	5 699	45 752
	Anteil in %	100	41,4	13,2	6,6	5,4	3,7	29,7

1) Im Schuljahr 2006/07 wurden Serbien und Montenegro noch nicht getrennt erhoben.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

**D 6 (T1): Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg
seit dem Schuljahr 1980/81 und Voraussrechnung bis 2025/26**

Schuljahr	Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt	Davon an					
		Grund- schulen	Haupt- schulen	Real- schulen	Gymnasien	integrierten Schulformen ¹⁾	Sonder- schulen
1990/91	1 055 224	405 951	179 890	172 920	230 916	21 569	43 978
1995/96	1 196 738	461 413	206 505	199 732	256 979	23 021	49 088
2000/01	1 287 946	477 429	211 084	229 836	292 966	24 628	52 003
2005/06	1 301 886	452 015	194 437	244 798	328 449	27 383	54 804
2006/07	1 290 888	447 796	182 988	244 836	333 322	27 719	54 227
Vorausrechnung							
2007/08	1 273 600	436 100	172 700	244 200	338 4000	27 800	54 400
2008/09	1 253 800	424 600	164 100	243 000	340 500	28 100	53 500
2009/10	1 235 600	412 800	158 500	242 500	341 000	28 200	52 600
2010/11	1 221 000	402 500	155 100	240 900	342 400	28 300	51 800
2011/12	1 206 100	393 500	152 000	239 700	341 900	28 200	50 800
2012/13	1 162 600	385 900	148 200	236 300	314 500	28 000	49 700
2013/14	1 136 800	379 300	144 300	230 700	307 300	28 000	47 200
2014/15	1 116 800	372 900	140 800	225 100	302 700	27 800	47 500
2015/16	1 094 800	368 000	137 300	219 600	295 800	27 500	46 600
2016/17	1 074 200	364 600	134 100	214 300	288 900	27 300	45 000
2017/18	1 057 500	362 000	131 600	209 600	282 400	26 800	45 100
2018/19	1 043 100	360 400	129 400	205 900	276 600	26 300	44 500
2019/20	1 031 300	359 600	127 500	202 800	271 600	25 800	44 000
2020/21	1 022 000	359 200	125 900	200 000	267 600	25 700	43 600
2021/22	1 014 800	359 200	124 800	197 800	264 300	25 400	43 300
2022/23	1 009 500	359 300	124 000	196 300	261 600	25 200	43 100
2023/24	1 005 900	359 500	123 500	195 300	259 500	25 100	43 000
2024/25	1 003 400	359 600	123 200	194 600	259 200	24 900	42 900
2025/26	1 002 000	359 600	123 100	194 300	257 300	24 800	42 900

1) Schulen besonderer Art, integrierte Orientierungsstufe, Freie Waldorfschulen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schülervorausrechnung

D 6 (T2): Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006/07 bis 2015/2016

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Grundschule			Hauptschule			Realschule			Gymnasium		
	Schüler im Schuljahr			Schüler im Schuljahr			Schüler im Schuljahr			Schüler im Schuljahr		
	2006/07	2015/16	Veränderung in %									
	Anzahl	Anzahl	Veränderung in %									
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	19 210	16 790	- 12,6	6 735	5 330	- 20,8	8 084	7 580	- 6,3	19 609	17 460	- 11,0
Böblingen (LKR)	16 392	13 530	- 17,4	5 463	4 270	- 21,7	8 497	7 970	- 6,2	12 803	11 520	- 10,0
Esslingen (LKR)	21 159	18 510	- 12,5	7 638	6 190	- 19,0	11 897	11 510	- 3,3	15 369	14 220	- 7,5
Göppingen (LKR)	10 996	9 010	- 18,1	4 754	3 480	- 26,8	6 616	5 800	- 12,4	7 406	6 250	- 15,5
Ludwigsburg (LKR)	22 018	19 210	- 12,8	8 164	6 480	- 20,7	12 463	11 770	- 5,6	16 639	15 050	- 9,5
Rems-Murr-Kreis (LKR)	18 112	14 830	- 18,1	6 817	5 150	- 24,5	10 449	9 480	- 9,3	12 145	10 660	- 12,2
Heilbronn (SKR)	4 691	4 040	- 13,9	2 484	1 990	- 20,0	2 650	2 510	- 5,2	4 518	4 070	- 10,0
Heilbronn (LKR)	15 440	12 410	- 19,6	6 401	4 740	- 26,0	8 605	7 620	- 11,5	8 711	7 410	- 14,9
Hohenlohekreis (LKR)	4 929	3 980	- 19,2	2 044	1 480	- 27,4	3 212	2 780	- 13,3	2 808	2 310	- 17,8
Schwäbisch Hall (LKR)	8 526	6 920	- 18,8	4 096	2 930	- 28,4	5 467	4 680	- 14,5	5 709	4 670	- 18,2
Main-Tauber-Kreis (LKR)	5 742	4 680	- 18,5	2 512	1 830	- 27,2	4 460	3 850	- 13,7	4 185	3 450	- 17,7
Heidenheim (LKR)	5 674	4 480	- 21,1	2 599	1 840	- 29,3	3 476	2 940	- 15,4	4 121	3 340	- 18,9
Ostalbkreis (LKR)	14 169	11 300	- 20,2	5 763	4 150	- 27,9	9 121	7 880	- 13,6	9 754	8 120	- 16,7
Baden-Baden (SKR)	1 834	1 750	- 4,8	612	520	- 14,4	676	690	+ 1,7	2 870	2 780	- 3,0
Karlsruhe (SKR)	9 228	7 740	- 16,2	3 188	2 490	- 22,0	3 925	3 650	- 7,0	10 265	9 070	- 11,6
Karlsruhe (LKR)	18 559	15 210	- 18,0	7 638	5 780	- 24,3	10 596	9 620	- 9,2	13 207	11 550	- 12,6
Rastatt (LKR)	9 521	7 980	- 16,1	3 918	2 950	- 24,8	5 546	4 960	- 10,5	5 386	4 630	- 14,0
Heidelberg (SKR)	4 182	4 050	- 3,1	837	700	- 16,9	1 677	1 650	- 1,5	6 479	5 890	- 9,2
Mannheim (SKR)	10 456	8 660	- 17,2	4 565	3 480	- 23,7	4 356	3 950	- 9,3	9 235	7 920	- 14,2
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	6 412	5 300	- 17,4	3 229	2 340	- 27,6	3 307	2 840	- 14,1	4 506	3 710	- 17,6
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	21 626	18 470	- 14,6	7 689	6 060	- 21,2	9 935	9 340	- 6,0	15 602	14 010	- 10,2
Pforzheim (SKR)	4 594	3 830	- 16,5	2 098	1 620	- 22,6	2 460	2 260	- 8,1	5 072	4 440	- 12,5
Calw (LKR)	7 344	5 760	- 21,6	3 248	2 360	- 27,2	3 936	3 420	- 13,2	4 554	3 800	- 16,5
Enzkreis (LKR)	9 198	6 860	- 25,4	3 387	2 380	- 29,8	5 056	4 250	- 15,9	4 159	3 420	- 17,7
Freudenstadt (LKR)	5 391	4 470	- 17,0	2 452	1 780	- 27,3	3 264	2 830	- 13,3	2 908	2 430	- 16,6
Freiburg im Breisgau (SKR)	7 223	5 870	- 18,7	2 021	1 710	- 15,2	3 187	3 220	+ 1,0	8 699	8 210	- 5,6
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	10 608	8 680	- 18,2	3 902	2 920	- 25,1	5 564	4 980	- 10,5	7 479	6 420	- 14,2
Emmendingen (LKR)	6 820	5 480	- 19,6	2 848	2 160	- 24,3	3 996	3 610	- 9,6	3 815	3 300	- 13,5
Ortenaukreis (LKR)	18 316	14 830	- 19,0	8 830	6 480	- 26,6	10 300	9 000	- 12,6	13 493	11 270	- 16,5
Rottweil (LKR)	6 572	5 160	- 21,5	3 140	2 160	- 31,2	3 500	2 890	- 17,4	4 494	3 610	- 19,6
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	8 897	7 410	- 16,7	4 321	3 210	- 25,8	5 367	4 730	- 11,9	5 702	4 790	- 15,9
Tuttlingen (LKR)	6 457	5 300	- 17,9	3 005	2 290	- 23,7	3 629	3 280	- 9,5	3 688	3 150	- 14,5
Konstanz (LKR)	11 021	9 040	- 17,9	4 406	3 450	- 21,6	5 390	5 070	- 6,0	7 891	7 140	- 9,5
Lörrach (LKR)	9 597	7 460	- 22,3	4 662	3 360	- 27,9	4 787	4 110	- 14,0	6 269	5 260	- 16,2
Waldshut (LKR)	7 421	5 800	- 21,9	3 770	2 680	- 29,0	4 622	3 910	- 15,3	4 229	3 440	- 18,7
Reutlingen (LKR)	12 283	9 510	- 22,6	4 902	3 580	- 27,1	6 038	5 280	- 12,6	9 066	7 630	- 15,8
Tübingen (LKR)	9 221	7 260	- 21,3	2 668	2 000	- 25,1	4 791	4 280	- 10,7	9 412	8 040	- 14,6
Zollernalbkreis (LKR)	7 981	6 420	- 19,5	4 169	2 880	- 30,8	4 727	3 910	- 17,3	5 197	4 140	- 20,3
Ulm (SKR)	4 179	3 650	- 12,7	1 564	1 170	- 25,5	2 552	2 260	- 11,3	6 098	5 160	- 15,4
Alb-Donau-Kreis (LKR)	9 231	7 130	- 22,8	3 877	2 870	- 26,1	4 896	4 340	- 11,4	4 026	3 410	- 15,3
Biberach (LKR)	9 167	7 230	- 21,2	4 090	2 940	- 28,0	5 339	4 600	- 13,9	5 679	4 690	- 17,4
Bodenseekreis (LKR)	8 553	7 260	- 15,2	3 486	2 660	- 23,8	5 022	4 560	- 9,2	6 033	5 190	- 13,9
Ravensburg (LKR)	12 621	10 060	- 20,3	6 247	4 560	- 27,1	7 517	6 530	- 13,1	9 006	7 540	- 16,2
Sigmaringen (LKR)	6 225	4 710	- 24,4	2 749	1 900	- 31,0	3 881	3 210	- 17,3	5 026	4 020	- 20,0
Land Baden-Württemberg	447 796	368 000	- 17,8	182 988	137 300	- 25,0	244 836	219 600	- 10,3	333 322	288 600	- 13,4

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

E 1 (T1): Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Schulart und Trägerschaft

Schulart	Schüler an beruflichen Schulen								
	Öffentlich		Privat		Sonstige		Insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Berufsschulen ¹⁾	198 024	97,7	4 571	2,3	.	.	202 595	79 411	39,2
Berufsvorbereitungsjahr	12 338	100,0	–	–	.	.	12 338	5 637	45,7
Berufsfachschulen	54 189	83,4	10 765	16,6	.	.	64 954	32 552	50,1
Berufskollegs	41 687	75,0	13 863	25,0	.	.	55 550	32 890	59,2
Berufsoberschulen	2 061	98,8	24	1,2	.	.	2 085	667	32,0
Berufliche Gymnasien	44 293	96,6	1 544	3,4	.	.	45 837	23 918	52,2
Fachschulen	12 473	67,7	5 947	32,3	.	.	18 420	6 246	33,9
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens	15 792	100,0	15 792	12 815	81,1
Berufliche Schulen insgesamt	365 065	87,4	36 714	8,8	15 792	3,8	417 571	194 136	46,5

1) Einschließlich Sonderberufsschulen und Berufsschulen Vollzeit.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 1 (T2): Schüler an beruflichen Schulen seit dem Schuljahr 1980/81 nach Trägerschaft

Schuljahr	Öffentlich		Privat		Sonstige ¹⁾		Insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
1980/81	408 014	93,6	15 177	3,5	12 813	2,9	436 004	195 169	44,8
...									
1985/86	414 183	92,7	17 060	3,8	15 537	3,5	446 780	203 564	45,6
...									
1990/91	350 049	91,4	18 923	4,9	13 912	3,6	382 884	175 736	45,9
...									
1995/96	319 104	89,9	21 517	6,1	14 281	4,0	354 902	161 771	45,6
...									
2000/01	347 766	90,0	23 763	6,1	14 883	3,9	386 412	181 228	46,9
2001/02	352 573	90,0	24 320	6,2	14 841	3,8	391 734	182 819	46,7
2002/03	355 226	89,6	25 973	6,6	15 045	3,8	396 244	185 569	46,8
2003/04	356 899	88,6	29 996	7,4	15 821	3,9	402 716	189 031	46,9
2004/05	358 195	88,0	32 792	8,1	15 984	3,9	406 971	189 786	46,6
2005/06	360 901	87,7	34 890	8,5	15 958	3,9	411 749	191 380	46,5
2006/07	365 065	87,4	36 714	8,8	15 792	3,8	417 571	194 136	46,5

1) Schulen für Berufe des Gesundheitswesens.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 1 (T3): Schüler in schulischer Berufsausbildung in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Berufsbereich und Geschlecht

Berufsbereich Beruf	Schüler		
	insgesamt	und zwar	
		weiblich	im ersten Ausbildungsjahr
Anzahl			
Naturwissenschaftlich-technischer Bereich	4 269	2 922	2 163
darunter			
Chemisch-technischer Assistent	678	375	356
Medizinisch-technischer Laborassistent	686	595	214
Pharmazeutisch-technischer Assistent	1 181	1 140	644
Gesundheitswesen	14 621	11 892	5 472
darunter			
Ergotherapeut	1 289	1 143	457
Kinderkrankenschwester	1 056	1 037	377
Krankenschwester	7 141	5 907	2 610
Physiotherapeut	3 050	2 115	1 048
Sozialer Bereich	18 343	15 824	10 316
darunter			
Altenpfleger	7 031	5 556	2 445
Erzieher ¹⁾	8 804	8 044	5 871
Kinderpfleger	1 151	1 085	643
Hauswirtschaftlicher Bereich	492	428	279
Pädagogischer Bereich	1 077	638	385
darunter			
Gymnastiklehrer	1 043	620	376
Kaufmännischer Bereich	9 662	6 170	6 906
darunter			
Fremdsprachenberufe ²⁾	1 667	1 389	724
Wirtschaftsassistent	7 537	4 485	6 001
Datenverarbeitung	2 927	435	2 262
darunter			
Assistent für technische Kommunikation	1 512	305	1 512
Informations- und kommunikationstechnische Assistent	1 085	68	605
Künstlerisch-gestalterischer Bereich	2 731	1 923	1 089
darunter			
Grafik-Design-Assistent	1 232	771	490
Insgesamt	54 122	40 232	28 872

1) Einschließlich Praktikanten für Sozialpädagogik. – 2) Dolmetscher, Europasekretär, Fremdsprachenkorrespondent, Übersetzer, Wirtschaftskorrespondent.

E 2 (T1): Schüler in berufsvorbereitenden Bildungsgängen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Bildungsgang, Geschlecht und Trägerart

Bildungsgang	Öffentlich			Privat			Insgesamt		
	Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
Berufsschule ¹⁾	1 586	569	35,9	360	109	30,3	1 946	678	34,8
Berufsvorbereitungsjahr	12 338	5 637	45,7	–	–	–	12 338	5 637	45,7
Sonderberufsvorbereitungsjahr ²⁾	43	20	46,5	1 598	557	34,9	1 641	577	35,2
Berufseinstiegsjahr	953	401	42,1	–	–	–	953	401	42,1
Berufsvorbereitende Berufsfachschulen	–	–	–	1 519	507	33,4	1 519	507	33,4
Berufsfachschule zur Förderung der Berufsreife von Hauptschulabgängern	63	11	17,5	–	–	–	63	11	17,5
Berufsvorbereitende Bildungsgänge insgesamt	14 983	6 638	44,3	3 477	1 173	33,7	18 460	7 811	42,3

1) Nur Schüler ohne Ausbildungsvertrag. – 2) SBVJ einschließlich SBFBV.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 3 (T1): Schüler an den zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	2BF Öffentlich			2BF Privat			2BF insgesamt		
	Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	33 252	21 332	64,2	711	586	82,4	33 963	21 918	64,5
...									
1985/86	25 100	16 256	64,8	350	303	86,6	25 450	16 559	65,1
...									
1990/91	23 558	14 370	61,0	298	239	80,2	23 856	14 609	61,2
...									
1995/96	22 810	13 352	58,5	327	242	74,0	23 137	13 594	58,8
...									
2000/01	24 770	14 251	57,5	276	171	62,0	25 046	14 422	57,6
2001/02	25 254	14 271	56,5	267	171	64,0	25 521	14 442	56,6
2002/03	26 420	14 921	56,5	269	164	61,0	26 689	15 085	56,5
2003/04	27 662	15 451	55,9	260	146	56,2	27 922	15 597	55,9
2004/05	28 910	16 005	55,4	429	237	55,2	29 339	16 242	55,4
2005/06	30 394	16 660	54,8	670	345	51,5	31 064	17 005	54,7
2006/07	30 757	16 672	54,2	1 220	507	41,6	31 977	17 179	53,7

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 3 (T2): Schüler an den zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Bildungsgang, Geschlecht und Trägerart

Bildungsgang	Öffentlich			Privat			Insgesamt		
	Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich	
		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %
kaufmännischer Bereich ¹⁾	14 005	7 525	53,7	862	316	36,7	14 867	7 841	52,7
gewerblich-technischer Bereich	6 995	583	8,3	137	21	15,3	7 132	604	8,5
davon im Berufsfeld									
Bautechnik	122	8	6,6	–	–	–	122	8	6,6
Drucktechnik	–	–	–	24	11	45,8	24	11	45,8
Elektrotechnik	2 756	82	3,0	28	–	–	2 784	82	2,9
Fahrzeugtechnik	87	5	5,7	–	–	–	87	5	5,7
Farbtechnik und Raumgestaltung	107	33	30,8	20	8	40,0	127	41	32,3
Hauswirtschaft - Ernährung und Textiltechnik	90	39	43,3	–	–	–	90	39	43,3
Holztechnik	170	13	7,6	–	–	–	170	13	7,6
Labortechnik	527	202	38,3	–	–	–	527	202	38,3
Metalltechnik	3 061	148	4,8	65	2	3,1	3 126	150	4,8
Textiltechnik und Bekleidung	23	21	91,3	–	–	–	23	21	91,3
sonstige lernfeldorientierte 2BFS	52	32	61,5	–	–	–	52	32	61,5
Bereich Ernährung und Gesundheit	9 740	8 559	87,9	221	170	76,9	9 961	8 729	87,6
Hauswirtschaft und Ernährung	4 968	4 273	86,0	157	124	79,0	5 125	4 397	85,8
Gesundheit und Pflege	4 746	4 268	89,9	64	46	71,9	4 810	4 314	89,7
Ernährung und Gastronomie	26	18	69,2	–	–	–	26	18	69,2
Agrarwirtschaft (auslaufend)	17	5	29,4	–	–	–	17	5	29,4
Zur Fachschulreife führende Berufsfachschulen insgesamt	30 757	16 672	54,2	1 220	507	41,6	31 977	17 179	53,7

1) Einschließlich Wirtschafts-Sonderberufsfachschule.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 4 (T1): Schüler an Berufskollegs in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Bildungsgang, Geschlecht und Trägerart

Bildungsgang	Öffentliche Berufskollegs			Private Berufskollegs			Berufskollegs insgesamt		
	Schüler zu- sammen	darunter weiblich		Schüler zu- sammen	darunter weiblich		Schüler zu- sammen	darunter weiblich	
		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %
Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife	5 374	1 938	36,1	1 297	523	40,3	6 671	2 461	36,9
Berufskolleg - Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen	1 468	625	42,6	–	–	–	1 468	625	42,6
Kaufmännische Berufskollegs	13 084	7 842	59,9	1 999	975	48,8	15 083	8 817	58,5
Technik und Medien und technische Kommunikation	3 613	756	20,9	577	159	27,6	4 190	915	21,8
Technische Assistenten	2 872	1 377	47,9	1 102	674	61,2	3 974	2 051	51,6
Gesundheit und Pflege	2 329	2 080	89,3	47	38	80,9	2 376	2 118	89,1
Sozialpädagogik	4 662	4 206	90,2	4 142	3 838	92,7	8 804	8 044	91,4
Ernährung und Hauswirtschaft	1 010	893	88,4	14	14	100,0	1 024	907	88,6
Duale Berufskollegs	5 466	2 381	43,6	–	–	–	5 466	2 381	43,6
Kaufmännische Berufskollegs für Sprachen und Büroberufe	–	–	–	1 923	1 563	81,3	1 923	1 563	81,3
Mode	292	274	93,8	413	390	94,4	705	664	94,2
Grafik und Design	330	219	66,4	902	552	61,2	1 232	771	62,6
Produktdesign	201	129	64,2	46	19	41,3	247	148	59,9
Informatik	194	20	10,3	–	–	–	194	20	10,3
Sport und Vereinsmanagement	66	10	15,2	–	–	–	66	10	15,2
Industrietechnologie	12	1	8,3	–	–	–	12	1	8,3
Design, Schmuck und Gerät	142	122	85,9	–	–	–	142	122	85,9
Soziales	572	492	86,0	–	–	–	572	492	86,0
Medien und Kommunikation	–	–	–	114	38	33,3	114	38	33,3
Metallografie	–	–	–	12	5	41,7	12	5	41,7
Gymnastiklehrer	–	–	–	1 043	620	59,4	1 043	620	59,4
Darstellende Kunst	–	–	–	132	77	58,3	132	77	58,3
Musikpädagogen	–	–	–	34	18	52,9	34	18	52,9
Profimusiker	–	–	–	66	22	33,3	66	22	33,3
Berufskollegs insgesamt	41 687	23 365	56,0	13 863	9 525	68,7	55 550	32 890	59,2

 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schulstatistik

E 4 (T2): Schüler an den Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Zeitumfang

Schuljahr	BKFH Vollzeit			BKFH Teilzeit			BKFH insgesamt		
	Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	724	182	25,1	–	–	–	724	182	25,1
...									
1985/86	3 195	559	17,5	–	–	–	3 195	559	17,5
...									
1990/91	6 499	1 683	25,9	401	177	44,1	6 900	1 860	27,0
...									
1995/96	4 279	1 360	31,8	632	355	56,2	4 911	1 715	34,9
...									
2000/01	4 643	1 439	31,0	680	281	41,3	5 323	1 720	32,3
2001/02	5 229	1 570	30,0	813	361	44,4	6 042	1 931	32,0
2002/03	5 514	1 699	30,8	880	401	45,6	6 394	2 100	32,8
2003/04	5 864	1 878	32,0	945	430	45,5	6 809	2 308	33,9
2004/05	6 032	1 955	32,4	931	420	45,1	6 963	2 375	34,1
2005/06	5 948	2 057	34,6	864	380	44,0	6 812	2 437	35,8
2006/07	5 839	2 089	35,8	832	372	44,7	6 671	2 461	36,9

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

E 5 (T1): Schüler an beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart

Schuljahr	Öffentlich			Privat			Insgesamt		
	Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich		Schüler zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	29 744	12 608	42,4	322	248	77,0	30 066	12 856	42,8
...									
1985/86	30 416	12 546	41,2	337	217	64,4	30 753	12 763	41,5
...									
1990/91	30 157	13 224	43,9	418	243	58,1	30 575	13 467	44,0
...									
1995/96	32 147	15 218	47,3	851	589	69,2	32 998	15 807	47,9
...									
2000/01	37 129	18 420	49,6	934	656	70,2	38 063	19 076	50,1
2001/02	38 267	19 115	50,0	950	666	70,1	39 217	19 781	50,4
2002/03	39 721	20 056	50,5	1 019	723	71,0	40 740	20 779	51,0
2003/04	41 000	20 738	50,6	1 061	738	69,6	42 061	21 476	51,1
2004/05	41 865	21 452	51,2	1 120	778	69,5	42 985	22 230	51,7
2005/06	43 171	22 313	51,7	1 281	877	68,5	44 452	23 190	52,2
2006/07	44 293	22 836	51,6	1 544	1 082	70,1	45 837	23 918	52,2

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

E 6 (T1): Ausländische Schüler und Aussiedler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81

Schuljahr	Ausländer		Aussiedler		Schüler Insgesamt	darunter Ausländer und Aussiedler	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %
1980/81	23 392	5,4	.	.	436 004	23 392	5,4
...							
1985/86	25 778	5,8	.	.	446 780	25 778	5,8
...							
1990/91	43 598	11,4	3 149	0,8	382 884	46 747	12,2
...							
1995/96	55 654	15,7	9 985	2,8	354 902	65 639	18,5
...							
2000/01	49 807	12,9	7 370	1,9	386 412	57 177	14,8
2001/02	48 633	12,4	6 528	1,7	391 734	55 161	14,1
2002/03	46 808	11,8	5 961	1,5	396 244	52 769	13,3
2003/04	46 384	11,5	4 801	1,2	402 716	51 185	12,7
2004/05	46 075	11,3	3 875	1,0	406 971	49 950	12,3
2005/06	45 970	11,2	3 754	0,9	411 749	49 724	12,1
2006/07	46 304	11,1	2 705	0,6	417 571	49 009	11,7

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

E 6 (T3): Ausländische Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Schulart und Staatsangehörigkeit

Schulart	Einheit	Aus- ländische Schüler insgesamt	Davon mit Land der Staatsangehörigkeit					
			Türkei	Italien	Serbien- Monte- negro ¹⁾	Griechen- land	Kroatien	Übrige Staaten
Berufsschule	Anzahl	20 301	7 518	4 289	1 112	1 208	1 182	4 992
	Anteil in %	100	37,0	21,1	5,5	6,0	5,8	24,6
Berufsvorbereitungsjahr	Anzahl	3 850	1 786	599	258	133	93	981
	Anteil in %	100	46,4	15,6	6,7	3,5	2,4	25,5
Berufsfachschule	Anzahl	11 125	4 841	1 743	688	448	393	3 012
	Anteil in %	100	43,5	15,7	6,2	4,0	3,5	27,1
Berufskolleg	Anzahl	5 546	2 277	764	259	348	354	1 544
	Anteil in %	100	41,1	13,8	4,7	6,3	6,4	27,8
Berufsoberschule	Anzahl	181	74	28	10	14	14	41
	Anteil in %	100	40,9	15,5	5,5	7,7	7,7	22,7
Berufliches Gymnasium	Anzahl	3 340	1 310	356	117	177	321	1 059
	Anteil in %	100	39,2	10,7	3,5	5,3	9,6	31,7
Fachschule	Anzahl	863	192	139	39	63	88	342
	Anteil in %	100	22,2	16,1	4,5	7,3	10,2	39,6
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens	Anzahl	1 098	108	80	35	33	49	793
	Anteil in %	100	9,8	7,3	3,2	3,0	4,5	72,2
Berufliche Schulen insgesamt	Anzahl	46 304	18 106	7 998	2 518	2 424	2 494	12 764
	Anteil in %	100	39,1	17,3	5,4	5,2	5,4	27,6

1) Im Schuljahr 2006/07 wurden Serbien und Montenegro noch nicht getrennt erhoben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

E 6 (T2): Ausländer und Aussiedler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 nach Schulart und Trägerschaft

Schulart Trägerschaft	Schüler insgesamt	Darunter			
		Ausländer		Aussiedler	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Berufsschule (einschließlich Sonderberufsschule)	202 595	20 301	10,0	1 328	0,7
davon					
öffentliche Schulen	198 024	19 561	9,9	1 269	0,6
private Schulen	4 571	740	16,2	59	1,3
Berufsvorbereitungsjahr	12 338	3 850	31,2	346	2,8
davon					
öffentliche Schulen	12 338	3 850	31,2	346	2,8
private Schulen	–	–	–	–	–
Berufsfachschule	64 954	11 125	17,1	623	1,0
davon					
öffentliche Schulen	54 189	8 925	16,5	548	1,0
private Schulen	10 765	2 200	20,4	75	0,7
Berufskolleg	55 550	5 546	10,0	221	0,4
davon					
öffentliche Schulen	41 687	4 351	10,4	220	0,5
private Schulen	13 863	1 195	8,6	1	0,0
Berufsoberschule	2 085	181	8,7	14	0,7
davon					
öffentliche Schulen	2 061	177	8,6	13	0,6
private Schulen	24	4	16,7	1	4,2
Berufliches Gymnasium	45 837	3 340	7,3	173	0,4
davon					
öffentliche Schulen	44 293	3 294	7,4	171	0,4
private Schulen	1 544	46	3,0	2	0,1
Fachschule	18 420	863	4,7	.	.
davon					
öffentliche Schulen	12 473	636	5,1	.	.
private Schulen	5 947	227	3,8	.	.
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens ¹⁾	15 792	1 098	7,0	.	.
Berufliche Schulen insgesamt	417 571	46 304	11,1	2 705	0,6
davon					
öffentliche Schulen	365 065	40 794	11,2	2 567	0,7
private Schulen	36 714	4 412	12,0	138	0,4
sonstige Schulen ¹⁾	15 792	1 098	7,0	.	.

1) Die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens werden in der amtlichen Schulstatistik nicht nach öffentlichen und privaten Einrichtungen getrennt erhoben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

E 7 (T1): Schüler an beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 und Vorausrechnung bis 2025/26

Schuljahr	Schüler an beruflichen Schulen insgesamt	Davon				
		an Teilzeit-Berufsschulen	im Vollzeit-Bereich	darunter an		
				Berufsfachschulen	Berufskollegs	beruflichen Gymnasien
1990/91	368 954	233 378	135 576	48 161	28 199	30 575
1995/96	340 621	195 062	145 559	51 105	30 965	32 998
2000/01	371 523	211 195	160 328	52 760	39 779	38 063
2005/06	395 791	198 736	197 055	63 978	54 289	44 452
2006/07	401 755	202 293	199 462	64 001	55 550	45 837
Vorausrechnung						
2007/08	406 300	203 800	202 500	63 100	57 400	47 400
2008/09	407 200	206 700	200 500	60 400	57 500	48 200
2009/10	402 300	206 800	195 500	56 500	56 400	48 100
2010/11	394 600	203 800	190 800	53 100	55 800	47 300
2011/12	383 800	198 400	185 400	51 000	53 900	46 000
2012/13	377 800	192 000	185 800	51 200	54 800	45 300
2013/14	376 200	192 100	184 100	50 400	54 100	45 200
2014/15	372 500	190 700	181 800	49 400	53 000	45 400
2015/16	368 100	189 000	179 100	48 400	52 300	45 200
2016/17	360 800	184 900	175 900	47 100	51 600	44 500
2017/18	353 000	181 100	171 900	45 700	50 400	43 500
2018/19	344 900	177 400	167 500	44 500	49 100	42 300
2019/20	336 900	173 100	163 800	43 600	47 800	41 100
2020/21	329 300	168 700	160 600	42 800	46 700	40 100
2021/22	322 000	164 700	157 300	42 000	45 700	39 300
2022/23	315 400	161 200	154 200	41 300	44 800	38 500
2023/24	309 700	158 100	151 600	40 800	44 000	37 900
2024/25	304 700	155 300	149 400	40 300	43 400	37 300
2025/26	300 500	152 900	147 600	40 000	42 800	36 800

*) Ohne Schulen für Berufe des Gesundheitswesens.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
 Datenquelle: Schülervorausrechnung

F 1 (T1): Schulabgänger in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Bildungsbereich

Jahr	Ohne Haupt- schul- abschluss	Mit Hauptschulabschluss			Mit mittlerem Abschluss			Mit Fachhoch- schulreife	Mit Hochschulreife		
	aus all- gemein bildenden Schulen	zu- sammen	davon aus		zu- sammen	davon aus		aus beruf- lichen Schulen ¹⁾	zu- sammen	davon aus	
			allgemein bildenden Schulen	beruf- lichen Schulen		allgemein bildenden Schulen	beruf- lichen Schulen			allgemein bildenden Schulen	beruf- lichen Schulen
1990	8 435	40 954	36 807	4 147	49 758	33 336	16 422	8 262	34 247	25 019	9 228
...											
1995	8 883	41 298	34 897	6 401	47 904	35 031	12 873	6 841	30 984	21 107	9 877
...											
2000	9 182	43 880	37 035	6 845	54 195	43 252	10 943	6 753	35 746	25 371	10 375
2001	9 152	44 849	37 299	7 550	54 173	43 096	11 077	8 962	35 805	25 269	10 536
2002	9 146	44 484	38 191	6 293	55 374	44 225	11 149	11 132	36 705	25 742	10 963
2003	8 739	46 447	39 809	6 638	57 418	45 494	11 924	11 831	37 579	26 122	11 457
2004	8 738	47 776	40 840	6 936	60 493	48 409	12 084	13 741	36 913	24 578	12 335
2005	8 419	47 019	40 406	6 613	61 625	49 530	12 095	14 650	38 949	26 404	12 545
2006	7 932	46 181	40 367	5 814	61 273	48 748	12 525	14 921	41 719	28 827	12 892

1) Einschließlich einer geringen Anzahl (100 - 350) von Absolventen mit Fachhochschulreife aus allgemein bildenden Freien Waldorfschulen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 1 (T3): Schulabgänger mit allgemein bildenden Abschlüssen in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Geschlecht

Jahr	Ohne Haupt- schulabschluss		Mit Haupt- schulabschluss		Mit mittlerem Abschluss		Mit Fachhoch- schulreife		Mit Hoch- schulreife	
	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1990	8 435	41,1	40 954	44,3	49 758	51,4	8 262	26,0	34 247	47,3
...										
1995	8 883	39,1	41 298	45,7	47 904	51,0	6 841	32,3	30 984	50,5
...										
2000	9 182	37,5	43 880	44,4	54 195	52,6	6 753	37,6	35 746	52,1
2001	9 152	38,0	44 849	44,5	54 173	51,7	8 962	33,4	35 805	52,2
2002	9 146	38,2	44 484	44,4	55 374	52,2	11 132	32,2	36 705	53,0
2003	8 739	38,7	46 447	44,3	57 418	51,2	11 831	33,6	37 579	52,6
2004	8 738	38,3	47 776	43,0	60 493	51,7	13 741	34,1	36 913	52,8
2005	8 419	37,9	47 019	43,2	61 625	50,7	14 650	34,7	38 949	53,0
2006	7 932	38,4	46 181	43,0	61 273	51,2	14 921	37,4	41 719	52,1

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 1 (T2): Schulabgänger in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006 nach Abschlussart

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Regierungsbezirk Land	Schul- abgänger mit allgemein- bildenden Abschlüssen insgesamt	Davon				
		ohne Hauptschul- abschluss	mit Hauptschul- abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit Fachhoch- schulreife	mit Hochschul- reife
Anzahl						
Stuttgart (SKR)	8 410	451	1 773	1 952	1 632	2 602
Böblingen (LKR)	5 495	239	1 309	1 944	512	1 491
Esslingen (LKR)	7 352	323	2 005	2 724	504	1 796
Göppingen (LKR)	3 839	185	956	1 565	254	879
Ludwigsburg (LKR)	6 970	318	1 881	2 689	348	1 734
Rems-Murr-Kreis (LKR)	5 932	319	1 560	2 270	355	1 428
Heilbronn (SKR)	3 077	128	748	988	492	721
Heilbronn (LKR)	4 197	254	1 374	1 728	140	701
Hohenlohekreis (LKR)	2 063	83	573	776	123	508
Schwäbisch Hall (LKR)	3 588	175	1 094	1 327	259	733
Main-Tauber-Kreis (LKR)	2 737	87	653	1 065	252	680
Heidenheim (LKR)	2 328	89	670	858	181	530
Ostalbkreis (LKR)	5 669	206	1 544	2 188	458	1 273
Regierungsbezirk Stuttgart	61 657	2 857	16 140	22 074	5 510	15 076
Baden-Baden (SKR)	832	55	246	230	60	241
Karlsruhe (SKR)	4 162	191	893	1 127	719	1 232
Karlsruhe (LKR)	6 378	301	1 648	2 517	417	1 495
Rastatt (LKR)	3 589	137	1 065	1 370	274	743
Heidelberg (SKR)	2 445	71	384	628	409	953
Mannheim (SKR)	4 537	268	1 324	1 413	475	1 057
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	2 956	158	887	1 051	200	660
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	6 927	318	2 002	2 510	419	1 678
Pforzheim (SKR)	2 495	119	568	740	322	746
Calw (LKR)	2 618	141	807	1 007	153	510
Enzkreis (LKR)	2 219	91	725	1 033	67	303
Freudenstadt (LKR)	2 073	125	700	744	98	406
Regierungsbezirk Karlsruhe	41 231	1 975	11 249	14 370	3 613	10 024
Freiburg im Breisgau (SKR)	4 175	204	587	1 078	713	1 593
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	3 287	142	980	1 309	1	855
Emmendingen (LKR)	2 456	112	648	997	217	482
Ortenaukreis (LKR)	7 401	322	2 213	2 783	390	1 693
Rottweil (LKR)	2 418	110	795	869	119	525
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	4 036	151	984	1 539	442	920
Tuttlingen (LKR)	2 274	127	783	853	79	432
Konstanz (LKR)	4 101	178	1 105	1 391	377	1 050
Lörrach (LKR)	3 393	166	1 108	1 300	112	707
Waldshut (LKR)	3 081	124	1 003	1 152	190	612
Regierungsbezirk Freiburg	36 622	1 636	10 206	13 271	2 640	8 869
Reutlingen (LKR)	4 704	200	1 369	1 596	512	1 027
Tübingen (LKR)	3 441	144	719	1 182	292	1 104
Zollernalbkreis (LKR)	3 401	153	951	1 286	360	651
Ulm (SKR)	2 758	120	533	809	433	863
Alb-Donau-Kreis (LKR)	2 740	128	909	1 156	103	444
Biberach (LKR)	3 334	145	980	1 228	271	710
Bodenseekreis (LKR)	3 862	185	838	1 358	468	1 013
Ravensburg (LKR)	5 803	261	1 587	2 094	527	1 334
Sigmaringen (LKR)	2 473	128	700	849	192	604
Regierungsbezirk Tübingen	32 516	1 464	8 586	11 558	3 158	7 750
Baden-Württemberg	172 026	7 932	46 181	61 273	14 921	41 719

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 1 (T4): Schulabgänger in Baden-Württemberg 2006 nach Abschlussart, Bildungsgang und Geschlecht

Abschluss Bildungsgang	Schulabgänger insgesamt	Davon		
		männlich	weiblich	
	Anzahl			Anteil in %
Ohne Hauptschulabschluss	7 932	4 888	3 044	38,4
davon aus				
Hauptschulen	2 417	1 560	857	35,5
Realschulen	863	503	360	41,7
Gymnasien	108	65	43	39,8
Integrierten Schulformen	56	28	28	50,0
Sonderschulen	4 488	2 732	1 756	39,1
Mit Hauptschulabschluss	46 181	26 327	19 854	43,0
davon aus				
Hauptschulen	37 067	20 696	16 371	44,2
Realschulen	1 559	894	665	42,7
Gymnasien	287	172	115	40,1
Integrierten Schulformen	337	192	145	43,0
Sonderschulen	1 117	797	320	28,6
Berufsvorbereitungsjahr	4 020	2 396	1 624	40,4
anderen beruflichen Schulen	1 794	1 180	614	34,2
Mit mittlerem Abschluss	61 273	29 892	31 381	51,2
davon aus				
Hauptschulen	6 760	3 427	3 333	49,3
Realschulen	38 159	18 662	19 497	51,1
Gymnasien	2 383	1 219	1 164	48,8
Integrierten Schulformen	627	335	292	46,6
Sonderschulen	124	79	45	36,3
Abendrealschulen	695	392	303	43,6
zweijährigen Berufsfachschulen	11 514	5 084	6 430	55,8
anderen beruflichen Schulen	1 011	694	317	31,4
Mit Fachhochschulreife	14 921	13 901	1 020	6,8
davon aus				
Freien Waldorfschulen	334	168	166	49,7
Berufskollegs zum Erwerb der FHR	4 834	3 133	1 701	35,2
Anderen Berufskollegs	6 451	3 174	3 277	50,8
Fachschulen	2 964	2 686	278	9,4
anderen beruflichen Schulen	338	180	158	46,7
Mit Hochschulreife	41 719	19 991	21 728	52,1
davon aus				
Gymnasien	27 357	13 057	14 300	52,3
Integrierten Schulformen	890	376	514	57,8
Sonderschulen	29	13	16	55,2
Abendgymnasien und Kollegs	551	219	332	60,3
Beruflichen Gymnasien	12 302	5 924	6 378	51,8
Technischen und Wirtschaftsoberschulen	590	402	188	31,9

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

F 2 (T1): Schulabgänger in Baden-Württemberg 2006 nach Abschlussart, Bildungsgang und Staatsangehörigkeit

Abschluss Bildungsgang	Schulabgänger insgesamt	Davon		Anteil in %
		Deutsche	Ausländer	
	Anzahl			
Ohne Hauptschulabschluss	7 932	5 476	2 456	31,0
davon aus				
Hauptschulen	2 417	1 406	1 011	41,8
Realschulen	863	750	113	13,1
Gymnasien	108	92	16	14,8
Integrierten Schulformen	56	49	7	12,5
Sonderschulen	4 488	3 179	1 309	29,2
Mit Hauptschulabschluss	46 181	35 844	10 337	22,4
davon aus				
Hauptschulen	37 067	29 052	8 015	21,6
Realschulen	1 559	1 388	171	11,0
Gymnasien	287	256	31	10,8
Integrierten Schulformen	337	279	58	17,2
Sonderschulen	1 117	929	188	16,8
Berufsvorbereitungsjahr	4 020	2 657	1 363	33,9
anderen beruflichen Schulen	1 794	1 283	511	28,5
Mit mittlerem Abschluss ¹⁾	60 578	55 005	5 573	9,2
davon aus				
Hauptschulen	6 760	5 410	1 350	20,0
Realschulen	38 159	35 827	2 332	6,1
Gymnasien	2 383	2 233	150	6,3
Integrierten Schulformen	627	580	47	7,5
Sonderschulen	124	118	6	4,8
zweijährigen Berufsfachschulen	11 514	9 942	1 572	13,7
anderen beruflichen Schulen	1 011	895	116	11,5
Mit Fachhochschulreife	14 921	13 901	1 020	6,8
davon aus				
Freien Waldorfschulen	334	326	8	2,4
Berufskollegs zum Erwerb der FHR	4 834	4 566	268	5,5
Anderen Berufskollegs	6 451	5 904	547	8,5
Fachschulen	2 964	2 787	177	6,0
anderen beruflichen Schulen	338	318	20	5,9
Mit Hochschulreife ¹⁾	41 168	39 861	1 307	3,2
davon aus				
Gymnasien	27 357	26 726	631	2,3
Integrierten Schulformen	890	847	43	4,8
Sonderschulen	29	29	–	–
Beruflichen Gymnasien	12 302	11 695	607	4,9
Technischen und Wirtschaftsoberschulen	590	564	26	4,4

1) Ohne Absolventen allgemein bildender Schulen des Zweiten Bildungswegs. An diesen wird die Staatsangehörigkeit der Absolventen nicht erhoben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 2 (T2): Schulabgänger in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Staatsangehörigkeit

Jahr	Ohne Haupt- schulabschluss		Mit Haupt- schulabschluss		Mit mittlerem Abschluss		Mit Fachhoch- schulreife		Mit Hoch- schulreife ¹⁾	
	zu- sammen	darunter Ausländer	zu- sammen	darunter Ausländer	zu- sammen	darunter Ausländer	zu- sammen	darunter Ausländer	zu- sammen	darunter Ausländer
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1990	8 435	41,8	40 954	25,0	49 209	7,3	8 262	2,6	33 750	2,5
...										
1995	8 883	37,6	41 298	26,4	47 495	9,6	6 841	7,3	30 474	4,5
...										
2000	9 182	31,0	43 880	21,1	53 715	9,0	6 753	9,1	35 356	4,5
2001	9 152	29,7	44 849	20,3	53 702	8,1	8 962	8,0	35 435	4,0
2002	9 146	29,9	44 484	20,6	54 914	7,8	11 132	6,8	36 367	3,8
2003	8 739	31,1	46 447	21,2	56 894	8,3	11 831	6,4	37 145	3,6
2004	8 738	30,2	47 776	21,4	59 896	8,3	13 741	6,7	36 472	3,6
2005	8 419	30,5	47 019	22,6	61 016	8,7	14 650	7,0	38 381	3,0
2006	7 932	31,0	46 181	22,4	60 578	9,2	14 921	6,8	41 168	3,2

1) Ohne Absolventen allgemein bildender Schulen des Zweiten Bildungswegs. An diesen wird die Staatsangehörigkeit der Absolventen nicht erhoben.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 3 (T1): Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg 2006 nach Ausbildungsbereich und Vorbildung

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge		davon von Auszubildenden ...				
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2005	ohne Haupt- schul- abschluss	mit Haupt- schul- abschluss oder aus BVJ	mit mittlerem Abschluss	mit Fach- hochschul- oder Hoch- schulreife	mit sonstigem Abschluss
	Anzahl		in %				
Industrie und Handel	43 993	+ 6,0	0,7	22,3	36,9	17,9	22,1
Handwerk	22 519	+ 3,7	2,4	50,5	25,0	3,9	18,2
Landwirtschaft	1 623	+ 1,2	6,1	44,9	32,8	10,9	5,2
Öffentlicher Dienst ¹⁾	2 090	+ 1,2	–	6,0	68,4	21,3	4,3
Freie Berufe	5 306	– 5,0	0,1	18,1	55,0	11,4	15,5
Hauswirtschaft ²⁾	617	– 1,4	32,9	40,0	12,8	0,8	13,5
Insgesamt	76 148	+ 4,2	1,5	30,6	35,2	13,1	19,6

1) Ohne diejenigen Auszubildenden des Öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsberufe nach dem BBiG bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) registriert werden. – 2) Hauswirtschaft im städtischen Bereich.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

F 3 (T2): Vorzeitige Lösungen von Ausbildungsverträgen in ausgewählten Berufen*) in Baden-Württemberg im Jahr 2006

Ausbildungsberuf	Einfache Lösungsquote	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Darunter von Auszubildenden ...			
			ohne Hauptschulabschluss	mit Hauptschulabschluss/ aus BVJ	mit mittlerem Abschluss	mit Hochschul-/ Fachhochschulreife
	in %	Anzahl	in %			

Berufe mit den höchsten Lösungsquoten

Restaurantfachleute	40,7	747	0,7	34,0	33,3	10,4
Gebäudereiniger	39,2	114	13,2	67,5	14,0	–
Koch	38,8	1 647	1,5	43,5	29,6	6,1
Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte ¹⁾	34,1	307	(–)	(–)	(–)	(–)
Zahntechniker	33,0	186	0,5	11,8	54,3	32,3
Sport- und Fitnesskaufleute	31,3	177	–	12,4	37,3	29,4
Dachdecker	31,0	187	2,1	79,1	15,0	1,6
Hotelfachleute	30,4	1 280	0,7	11,9	39,1	26,3
Fleischer	29,8	382	2,9	78,5	12,0	1,0
Bäcker	29,5	970	2,5	77,1	15,8	0,6

Berufe mit den niedrigsten Lösungsquoten

Justizfachangestellte	3,8	156	–	0,6	86,5	8,3
Elektroniker – Betriebstechnik	3,8	632	0,3	9,3	57,8	5,5
Fachangestellte für Bürokommunikation	3,7	160	–	3,8	78,1	8,1
Forstwirt	3,7	163	0,6	50,9	41,7	5,5
Verwaltungsfachangestellte	3,4	830	–	3,1	72,4	19,9
Elektroniker – Automatisierungstechnik	3,3	388	–	4,6	65,7	9,5
Industriemechaniker	3,2	3 131	–	25,9	50,6	4,4
Bankkaufleute	3,2	1 984	0,1	0,3	40,4	50,4
Fertigungsmechaniker	2,4	331	–	43,5	42,0	1,8
Verlagskaufleute ²⁾	1,4	147	–	2,0	18,4	65,3

Ausbildungsberufe insgesamt

Insgesamt	15,6	76 148	1,5	30,6	35,2	13,1
------------------	-------------	---------------	------------	-------------	-------------	-------------

*) Es wurden nur Berufe berücksichtigt, in denen im Jahr 2006 mindestens 100 Verträge abgeschlossen wurden. – 1) Von den Kammern wurden die Auszubildenden fast ausschließlich mit „sonstigem Abschluss“ gemeldet. – 2) Ab 2006: Medienkaufleute Digital und Print.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Berufsbildungsstatistik

F 4 (T1): Schulabgänger in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Bildungsbereich und Voraussrechnung bis 2025

Jahr	Ohne Hauptschulabschluss	Mit Hauptschulabschluss			Mit mittlerem Abschluss			Mit Fachhochschulreife	Mit Hochschulreife		
	aus allgemein bildenden Schulen	zu-sammen	davon aus		zu-sammen	davon aus		aus beruflichen Schulen ¹⁾	zu-sammen	davon aus	
			allgemein bildenden Schulen	beruflichen Schulen		allgemein bildenden Schulen	beruflichen Schulen			allgemein bildenden Schulen	beruflichen Schulen
1990	8 435	40 954	36 807	4 147	49 758	33 336	16 422	8 262	34 247	25 019	9 228
1995	8 883	41 298	34 897	6 401	47 904	35 031	12 873	6 841	30 984	21 107	9 877
2000	9 182	43 880	37 035	6 845	54 195	43 252	10 943	6 753	35 746	25 371	10 375
2005	8 419	47 019	40 406	6 613	61 625	49 530	12 095	14 650	38 949	26 404	12 545
2006	7 932	46 181	40 367	5 814	61 273	48 748	12 525	14 921	41 719	28 827	12 892
Vorausrechnung											
2007	8 100	45 100	39 100	6 000	64 800	51 500	13 300	14 900	43 200	30 000	13 200
2008	7 800	43 000	36 600	6 400	63 800	50 600	13 200	15 800	45 400	31 700	13 700
2009	7 500	39 800	33 500	6 300	61 600	49 000	12 600	16 100	46 400	32 300	14 100
2010	7 400	37 200	31 000	6 200	60 200	48 400	11 800	16 100	48 000	33 300	14 700
2011	7 400	36 300	30 200	6 100	57 300	46 400	10 900	16 300	48 600	34 000	14 600
2012	7 400	36 200	30 300	5 900	57 300	47 100	10 200	16 100	71 100	56 900	14 200
2013	7 200	35 600	29 700	5 900	58 200	48 300	9 900	15 700	49 800	35 700	14 100
2014	7 000	35 100	29 100	6 000	57 500	47 600	9 900	15 700	46 400	32 900	13 500
2015	6 800	34 300	28 400	5 900	56 400	46 700	9 700	15 300	48 100	34 500	13 600
2016	6 600	33 200	27 500	5 700	55 200	45 600	9 600	15 100	47 800	33 900	13 900
2017	6 400	32 200	26 600	5 600	53 600	44 300	9 300	15 100	47 000	33 300	13 700
2018	6 300	31 400	26 000	5 400	52 000	42 900	9 100	14 900	46 000	32 500	13 500
2019	6 200	30 900	25 600	5 300	50 600	41 800	8 800	14 600	44 800	31 600	13 200
2020	6 100	30 300	25 100	5 200	49 800	41 200	8 600	14 300	43 500	30 600	12 900
2021	6 000	29 700	24 600	5 100	48 900	40 400	8 500	14 000	42 400	29 900	12 500
2022	5 900	29 300	24 300	5 000	47 900	39 600	8 300	13 600	41 600	29 400	12 200
2023	5 900	28 900	24 000	4 900	47 100	39 000	8 100	13 300	40 800	28 800	12 000
2024	5 800	28 600	23 800	4 800	46 500	38 500	8 000	13 000	40 000	28 300	11 700
2025	5 800	28 300	23 600	4 700	46 100	38 200	7 900	12 800	39 400	27 900	11 500

1) Einschließlich einer geringen Anzahl (100 – 350) von Absolventen mit Fachhochschulreife aus allgemein bildenden Freien Waldorfschulen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Voraussrechnung der Schulabgängerzahlen

H 1 (T1): Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg 2006/07 nach Schulart und Beschäftigungsverhältnis

Schulart	Lehrkräfte		Davon					
	insgesamt	darunter weiblich	vollzeitbeschäftigt		teilzeitbeschäftigt		sonstige Lehrkräfte	
			zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
Grund- und Hauptschule	47 773	34 902	19 520	11 081	20 510	19 031	7 743	4 790
Realschule	16 054	9 277	7 462	2 790	6 287	5 142	2 305	1 345
Gymnasium	24 293	12 279	10 925	2 941	10 395	7 668	2 973	1 670
Schule besonderer Art ¹⁾	465	283	242	107	196	159	27	17
Sonderschule	9 575	6 916	5 012	3 011	3 541	3 177	1 022	728
Insgesamt	98 160	63 657	43 161	19 930	40 929	35 177	14 070	8 550

1) Einschließlich integrierte Orientierungsstufe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

H 1 (T2): Lehrkräfte an öffentlichen Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg seit 1985/86 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter					
	insgesamt	darunter weiblich		vollzeitbeschäftigt			teilzeitbeschäftigt		
		Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	in %
1985/86	41 012	24 348	59,4	21 918	9 315	42,5	13 148	11 987	91,2
...									
1990/91	41 306	25 299	61,2	20 485	8 232	40,2	15 254	14 340	94,0
...									
1995/96	45 240	29 782	65,8	20 208	8 716	43,1	18 110	17 076	94,3
...									
2000/01	46 981	32 575	69,3	18 669	8 631	46,2	21 505	19 847	92,3
2001/02	46 684	32 668	70,0	18 838	9 009	47,8	21 448	19 818	92,4
2002/03	46 371	32 695	70,5	18 908	9 268	49,0	21 163	19 583	92,5
2003/04	45 995	32 737	71,2	19 478	9 950	51,1	20 270	18 919	93,3
2004/05	46 334	33 482	72,3	19 580	10 380	53,0	20 259	18 945	93,5
2005/06	46 609	34 197	73,4	19 725	10 845	55,0	20 259	18 963	93,6
2006/07	47 773	34 902	73,1	19 520	11 081	56,8	20 510	19 031	92,8

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datenquelle: Schulstatistik

H 1 (T3): Lehrkräfte an öffentlichen Realschulen in Baden-Württemberg seit 1985/86 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter					
	insgesamt		darunter weiblich	vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt		
	Anzahl			zusammen		darunter weiblich		zusammen	
		in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
1985/86	14 252	6 697	47,0	8 755	2 644	30,2	3 998	3 249	81,3
...									
1990/91	12 826	5 904	46,0	7 875	2 069	26,3	3 817	3 265	85,5
...									
1995/96	13 411	6 659	49,7	7 466	1 976	26,5	4 564	3 904	85,5
...									
2000/01	14 488	7 767	53,6	7 020	2 038	29,0	6 024	4 888	81,1
2001/02	14 737	7 980	54,1	7 070	2 096	29,6	6 278	5 093	81,1
2002/03	14 963	8 221	54,9	7 240	2 254	31,1	6 369	5 170	81,2
2003/04	15 111	8 418	55,7	7 560	2 465	32,6	6 255	5 176	82,7
2004/05	15 207	8 629	56,7	7 630	2 622	34,4	6 170	5 137	83,3
2005/06	15 325	8 843	57,7	7 559	2 717	35,9	5 951	4 955	83,3
2006/07	16 054	9 277	57,8	7 462	2 790	37,4	6 287	5 142	81,8

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

H 1 (T4): Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien in Bden-Württemberg seit 1985/86 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter					
	insgesamt		darunter weiblich	vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt		
	Anzahl			zusammen		darunter weiblich		zusammen	
		in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
1985/86	20 941	7 409	35,4	13 124	2 382	18,1	5 590	4 038	72,2
...									
1990/91	19 709	7 047	35,8	12 561	2 022	16,1	5 354	4 215	78,7
...									
1995/96	20 159	7 801	38,7	12 111	2 100	17,3	6 119	4 816	78,7
...									
2000/01	21 739	9 443	43,4	11 156	2 181	19,6	8 008	5 934	74,1
2001/02	22 017	9 880	44,9	11 045	2 262	20,5	8 452	6 286	74,4
2002/03	22 608	10 461	46,3	11 154	2 444	21,9	8 959	6 685	74,6
2003/04	22 487	10 544	46,9	11 081	2 583	23,3	8 999	6 656	74,0
2004/05	22 819	11 028	48,3	10 862	2 635	24,3	9 412	6 941	73,7
2005/06	23 450	11 631	49,6	11 013	2 825	25,7	9 772	7 228	74,0
2006/07	24 293	12 279	50,5	10 925	2 941	26,9	10 395	7 668	73,8

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

H 1 (T5): Lehrkräfte an öffentlichen Sonderschulen in Baden-Württemberg seit 1985/86 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht

Schuljahr	Lehrkräfte		Darunter						
	insgesamt	darunter weiblich	vollzeitbeschäftigt		teillzeitbeschäftigt		insgesamt	darunter weiblich	
			zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %			
1985/86	6 872	4 325	62,9	4 842	2 541	52,5	1 674	1 496	89,4
...									
1990/91	7 092	4 442	62,6	4 537	2 181	48,1	2 240	2 022	90,3
...									
1995/96	7 711	5 023	65,1	4 780	2 359	49,4	2 619	2 429	92,7
...									
2000/01	8 509	5 833	68,6	4 747	2 514	53,0	3 304	2 970	89,9
2001/02	8 692	6 004	69,1	4 887	2 651	54,2	3 337	3 002	90,0
2002/03	8 845	6 160	69,6	4 916	2 712	55,2	3 396	3 049	89,8
2003/04	8 777	6 155	70,1	5 018	2 816	56,1	3 263	2 969	91,0
2004/05	9 024	6 431	71,3	5 073	2 905	57,3	3 259	2 971	91,2
2005/06	9 178	6 607	72,0	5 090	2 953	58,0	3 353	3 069	91,5
2006/07	9 575	6 916	72,2	5 012	3 011	60,1	3 541	3 177	89,7

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

H 2 (T1): Lehrkräfte an öffentlichen beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg 2006/07 nach Schultyp, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis

Schultyp	Lehrkräfte		Davon					
	insgesamt	darunter weiblich	vollzeitbeschäftigt		teillzeitbeschäftigt		sonstige Lehrkräfte	
			zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
Gewerblicher Typ	9 720	2 118	6 992	784	1 984	1 078	744	256
Kaufmännischer Typ	6 925	3 012	3 713	908	2 267	1 655	945	449
Haus- und landwirtschaftlicher Typ ¹⁾	4 769	3 337	1 914	1 020	2 239	2 001	616	316
Insgesamt	21 414	8 467	12 619	2 712	6 490	4 734	2 305	1 021

*) Im Geschäftsbereich des Kultusministeriums. – 1) Einschließlich sozialpflegerischer Typ.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

H 2 (T2): Lehrkräfte an öffentlichen beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg seit 1985/86 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht

Schuljahr	Lehrkräfte		Darunter						
			vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt			
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %			
1985/86	.	.	.	13 121	2 429	18,5	2 151	1 763	82,0
...									
1990/91	18 944	5 566	29,4	12 697	2 003	15,8	3 402	2 605	76,6
...									
1995/96	18 860	6 041	32,0	12 171	2 000	16,4	4 315	3 117	72,2
...									
2000/01	20 070	7 156	35,7	12 327	2 202	17,9	5 178	3 812	73,6
2001/02	20 113	7 250	36,0	12 365	2 242	18,1	5 228	3 870	74,0
2002/03	20 192	7 436	36,8	12 429	2 328	18,7	5 399	4 032	74,7
2003/04	20 113	7 559	37,6	12 616	2 469	19,6	5 405	4 111	76,1
2004/05	20 487	7 857	38,4	12 568	2 521	20,1	5 781	4 366	75,5
2005/06	20 893	8 140	39,0	12 687	2 562	20,2	6 023	4 564	75,8
2006/07	21 414	8 467	39,5	12 619	2 712	21,5	6 490	4 734	72,9

*) Im Geschäftsbereich des Kultusministeriums.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Schulstatistik

I 2 (T1) Diagnose- und Vergleichsarbeiten im Schuljahr 2005/2006

Schulart	Klasse	Fach	
Grundschule	Klasse 2	Deutsch	verpflichtend
		Mathematik	verpflichtend
Hauptschule	Klasse 6	Deutsch	wahlweise
		Mathematik	2 aus 3
		Englisch	
Realschule	Klasse 6	Deutsch	verpflichtend
		Mathematik	verpflichtend
		EWG	wahlweise
		Geschichte	1 aus 2
Realschule	Klasse 8	Deutsch	verpflichtend
		Mathematik	verpflichtend
		EWG	wahlweise
		Geschichte	1 aus 2
Gymnasium	Klasse 6	Deutsch	verpflichtend
		Mathematik	verpflichtend
		GWG	wahlweise
		Biologie	1 aus 2

**I 2 (T2) Ergebnisse der Diagnose- und Vergleichsarbeiten 2006
(Pilotierungsschulen) nach Fach, Schulart und Geschlecht**

Deutsch

Hauptschule	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	623	98,9	10,3
Mädchen	498	101,4	9,5

Realschule	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	799	98,6	9,9
Mädchen	735	101,6	9,8

Gymnasium	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	919	98,4	10,2
Mädchen	937	101,7	9,6

Mathematik

Hauptschule	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	679	101,4	10,0
Mädchen	575	98,4	9,7

Realschule	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	790	101,4	9,9
Mädchen	734	98,4	9,8

Gymnasium	Teilnehmende Schüler	Mittelwert	Streuung
	Anzahl	Punkte	
Jungen	958	101,5	9,8
Mädchen	978	98,6	10,0

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Literaturverzeichnis

Avenarius, Hermann; Ditton, Hartmut; Döbert, Hans; Klemm, Klaus; Klieme, Eckhard; Rürup, Matthias; Tenorth; Heinz-Elmar; Weishaupt, Horst; Weiß, Manfred (2003): Bildungsbericht für Deutschland: Erste Befunde, Opladen.

Baumert, Jürgen; Bos, Wilfried; Lehmann, Rainer (Hrsg.). (2000): TIMSS/III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie – Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn, Bd. 1: Mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung am Ende der Pflichtschulzeit; Bd. 2: Mathematische und physikalische Kompetenzen am Ende der gymnasialen Oberstufe, Opladen.

Bos, Wilfried; Lankes, Eva-Maria; Prenzel, Manfred; Schwippert, Kurt; Valtin, Renate; Walther, Gerd (Hrsg.) (2003): Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster.

Bos, Wilfried; Lankes, Eva-Maria; Prenzel, Manfred; Schwippert, Kurt; Valtin, Renate; Walther, Gerd (Hrsg.) (2004): IGLU. Einige Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich, Münster.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2005): BLK-Bildungsfinanzbericht 2003/04, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 131-II, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Berufsbildungsbericht 2007, Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Grund- und Strukturdaten 2007, Bonn, Berlin.

Cornelius, Ivar (2007): Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 2/2007, S. 5 – 13.

Deutscher Bildungsrat (1975): Bericht' 75 – Entwicklungen im Bildungswesen, Stuttgart.

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.

Köller, Olaf; Watermann, Rainer; Trautwein, Ulrich; Lüdtke, Oliver (Hrsg.) (2004): Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg, TOSCA – Eine Untersuchung an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg, Opladen.

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld.

Kultusministerkonferenz (2002): Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Nr. 161, Bonn.

Landesinstitut für Schulentwicklung (2007): Jahresbericht 2006, Stuttgart.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (2004): Bildungsbericht für Schleswig-Holstein, Kiel.

Nagy, Gabriel (2006): Berufliche Interessen, kognitive und fachgebundene Kompetenzen: Ihre Bedeutung für die Studienfachwahl und die Bewährung im Studium. Dissertationsschrift, Freie Universität Berlin.

Ofsted (2006): The Annual Report of Her Majesty's Chief Inspector of Schools 2005/06, The Stationary Office, London.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2006): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2006, Paris.

PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2004): PISA 03. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (2006): Bildungsbericht Schweiz 2006, Aarau.

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung Qualitätsagentur (2006): Bildungsbericht-erstattung 2006, München.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2007, Wiesbaden.

Trautwein, Ulrich; Köller, Olaf; Lehmann, R.; Lüdtke, Oliver (Hrsg.) (2007): Schulleistungen von Abiturienten: Regionale, schulformbezogene und soziale Disparitäten, Münster.

Trautwein, Ulrich; Lüdtke, Oliver; Husemann, Nicole (2006): Die Qualität der Studienvorbereitung in der gymnasialen Oberstufe: Eine Längsschnittstudie mit Absolventen von allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, in: Merkens, H.; Zinnecker, J. (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung, Wiesbaden, S. 47 – 67.

Trautwein, Ulrich; Maaz, Kai; Lüdtke, Oliver; Nagy, Gabriel; Husemann, Nicole; Watermann, Rainer; Köller, Olaf (2006): Studieren an der Berufsakademie oder an der Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule? Ein Vergleich des Leistungsstands, familiären Hintergrunds, beruflicher Interessen und der Studienwahlmotive von (künftigen) Studierenden aus Baden-Württemberg, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 9, S. 393 – 412.

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (2007): Bildungsgerechtigkeit. Jahresbericht 2007 des Aktionsrats Bildung, Wiesbaden.

Landesinstitut für Schulentwicklung
Baden-Württemberg

Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart

www.ls-bw.de

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Böblinger Str. 68
70199 Stuttgart

www.statistik-bw.de



Baden-Württemberg